



# ABSCHLUSSBERICHT FÜR DAS PROJEKT

„Intensivierung der Verbandsarbeit und mehr  
Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen“

Juli 2017 bis Juni 2020

# IMPRESSUM



## Herausgeber

Deutscher Gehörlosen-Bund e. V.  
Prenzlauer Alle 180  
10405 Berlin

## Projektverantwortliche

Helmut Vogel  
Dr. Ulrike Gotthardt (2017-2018)  
Elisabeth Kaufmann (2019-2020)  
Michael Wohlfahrt

## Redaktion

Daniel Büter  
Dr. Anja Gutjahr  
Helmut Vogel

## Gestaltung und Layout

Marc Weigt

## Veröffentlichung

Oktober 2020

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

# INHALTSVERZEICHNIS

- 7 Vorwort**  
Helmut Vogel, Präsident des Deutschen Gehörlosen-Bundes e. V.
- 9 Abschlussbericht**  
über das Projekt „Intensivierung der Verbandsarbeit und mehr Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen“ von Daniel Büter, Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit
- Pressemitteilungen 2017**
- 60** 05/2017 „Beginn des neuen Projektes für mehr Intensivierung unserer Verbandsarbeit und mehr Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen“
- 62** 06/2017 „Unsere Wahlkampfveranstaltung mit Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl 2017“
- 64** 07/2017 „Spendenaufruf für die Anwalts- und Gerichtskosten in Bezug auf den Rechtsstreit der Familie Walte mit der Stadt Duisburg über die Mehrkosten der Pflege der gehörlosen Frau Walte“
- 66** 08/2017 „Offizielle Bekanntgabe zum erstmaligen staatlichen barrierefreien Notruf rund um die Uhr von der Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries am 18.07.2017“
- 69** 09/2017 „Malu Dreyer, Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz und Vorsitzende der Rundfunkkommission der Länder, ist unsere Schirmherrin für die Fachtagung „Barrierefreie Medien“
- 75** 10/2017 „Die Broschüre „Unsere Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2017 mit Antworten der bundespolitischen Parteien“ kann als eine Entscheidungs- und Orientierungshilfe zur Bundestagswahl dienen.“
- 76** 11/2017 „Unsere Feier zum 90-jährigen Jubiläum“
- 77** 12/2017 „Kandidaten für die Bundestagswahl 2017 diskutieren über Behinderten- und Sozialpolitik in Bezug auf unsere Wahlprüfsteine“
- 79** 13/2017 „Der Untertitelausbau darf nicht stagnieren und die Gebärdensprache darf nicht im Internet „versteckt“ sein – intensiver Austausch bei der Fachtagung „Barrierefreie Medien“ über mehr Barrierefreiheit im Fernsehen“
- 83** 14/2017 „Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. feierte am 21.10.2017 in Bremen sein 90-jähriges Jubiläum.“
- 89** 15/2017 „Großartige, unvergessliche und erfahrungsreiche Ergebnisse der 3. Internationalen Konferenz des Weltverbandes der Gehörlosen, vom 8.-10. November 2017 in Budapest“
- 95** 16/2017 „Schon zum 13ten Mal fand das Seniorenseminar des Deutschen Gehörlosen-Bundes vom 07. bis 09. November 2017 in Dresden statt.“
- 98** Kulturtage- Pressemitteilung 01/2017 „Neue Leitung für die 6. Deutschen Kultur- tage der Gehörlosen“
- Pressemitteilungen 2018**
- 100** 01/2018 „Der CI-Zwang für gehörlose Kinder ist nicht mit der UN-Behindertenrechtskonvention vereinbar. – Unsere Aktivitäten bezüglich der aktuellen Situation um das Cochlea-Implantat“
- 104** 02/2018 „Unsere Dokumentation zur Fachtagung „Barrierefreier Notruf“ ist endlich da!“
- 105** 03/2018 „Neue Services der Deutschen Bahn für Gehörlose und andere Menschen mit Hörbehinderungen.“
- 106** 04/2018 „Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. fordert die Verpflichtung statt die Freiwilligkeit zur digitalen Barrierefreiheit im privaten Sektor!“
- 108** 05/2018 „Aktueller Stand zum Umsetzungsprozess der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland“
- 109** 06/2018 „Die Dokumentation zur Fachtagung „Barrierefreie Medien“ als ein Instrument zur Aufklärung und Sensibilisierung“
- 110** 07/2018 „Durch Gebärdensprache gehört jeder ganz natürlich dazu!“ lautet das gemeinsame Motto des Internationalen Tages der Gebärdensprachen und der Internationalen Woche der Gehörlosen vom 23. bis 30. September 2018“

- 112** 08/2018 „Das 2. Staatenprüfverfahren zur UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland ist bereits gestartet.“
- 114** 09/2018 „Der Besuch des österreichischen Bundespräsidenten, Alexander van der Bellen, war der Höhepunkt der EUD-Mitgliederversammlung“
- 116** 10/2018 „Mit dem SQAT-Verfahren können Gehörlose sich an die Schlichtungsstelle wenden, wenn ein Konflikt, eine Benachteiligung oder eine kommunikative Barriere mit Trägern öffentlicher Gewalt des Bundes entstanden ist.“
- 117** 11/2018 „Hauptziel des Fachtreffens am 20.09.2018 in Hannover: Anerkennung und Umsetzung der Deutschen Gebärdensprache als Unterrichtsfach an den Förderschulen und als Wahlpflichtfach der Fremdsprache an den all-gemeinbildenden Schulen“
- 120** 12/2018 „Deutscher Gehörlosen-Bund hat neues Präsidium gewählt – Helmut Vogel bleibt Präsident“
- 121** 13/2018 „Zwang zu einer CI-Operation als äußerst bedenkliche Entscheidungsgrundlage“ und „Förderung der bimodal-bilingualen Erziehung mit Gebärdensprache für Kinder mit Hörbehinderungen“ sind die Schwerpunkte der Fachtagung des DGB mit dem Thema „Cochlea Implantat – Realitäten ohne Zwang“ am 28.11.2018 in Berlin.“
- 123** 14/2018 „Klare Antwort und Bestätigung der Fachtagung „Cochlea Implantat - Realitäten ohne Zwang“: Gegen CI-Zwang und für eine bimodal-bilinguale Förderung mit Gebärdensprache zum Wohle aller Kinder mit Hörbehinderung!“
- 129** Kulturtage- Pressemitteilung 01/2018 „Personalveränderungen im Organisations-team der Kulturtage“
- 130** Kulturtage- Pressemitteilung 02/2018 „Eröffnung der 6. Deutschen Kulturtage der Gehörlosen am 17.05.2018 in Potsdam“

#### Pressemitteilungen 2019

- 131** 01/2019 „Vorstellung der politischen Arbeitsstruktur und des Organigramms des Deutschen Gehörlosen-Bundes“
- 134** 02/2019 „Bekanntgabe des Datums und des Mottos zu 7. Kulturtagen 2022 – Aufruf zum Logo-Wettbewerb“
- 136** 03/2019 „Großer Applaus zum dritten Platz von Benjamin Piwko bei der „Let’s Dance!““
- 138** 04/2019 „18. Weltkongress des Weltverbandes der Gehörlosen (WFD) eröffnet.“
- 139** 05/2019 „Eröffnungsfeier des 18. Weltkongresses der Gehörlosen“
- 141** 06/2019 „Neuer Vorstand des Weltverbandes der Gehörlosen (2019-2023) gewählt“
- 143** 07/2019 „zur bundesweiten Einführung der DGS-Sprachzertifizierung“
- 144** 08/2019 „Gebärdensprachrechte für alle!“ – so lautet das Motto des diesjährige Internationalen Tages der Gebärdensprachen und der Internationalen Woche der Gehörlosen, die vom 23. bis zum 29. September 2019 zum zweiten Mal stattfinden.“
- 146** 09/2019 „Der Forderungskatalog des Deutschen Gehörlosen-Bundes e. V. als ein wichtiges Handlungsinstrument zur politischen Verbandsarbeit“
- 147** 10/2019 „Abbau kommunikativer Barrieren als Voraussetzung für soziale Teilhabe – E-Learning-Programm für Deutsche Gebärdensprache“
- 148** 11/2019 „4. Bildungskongress vom 11.-12. September 2020 in Landshut: „Bimodal-bilinguale Bildung verstehen, erleben und voranbringen“

#### Pressemitteilungen 2020

- 150** 01/2020 „Menschen mit Hör- und Sprachbehinderungen brauchen mehr staatliche Sicherheit und staatlichen Schutz in Notfall- bzw. Gefahrensituationen!“
- 151** 02/2020 „Krankenhäuser sind seit 01.01.2020 nicht mehr für die Dolmetscherkosten zuständig, sondern die Krankenkassen“
- 152** 03/2020 „Das Verwenden von Mund-Nase-Masken ohne und mit Sichtfenster erschwert die Kommunikation zwischen Hörenden und Gehörlosen. Die Möglichkeiten der Kommunikation müssen vielfältiger sein!“
- 154** 04/2020 „Die Dokumentation zur Fachtagung „Cochlea Implantat – Realitäten ohne Zwang“ ist erschienen!“

- 155** 01/2017 „Wir wollen Achterbahn im Freizeitpark „Phantasialand“ mitfahren! Wir fordern sofortige Aufhebung des Achterbahn-Verbots für Menschen mit Hörbehinderungen!“
- 157** 02/2017 „Zur aktuellen Diskussion bezüglich des Versuchs, gegen den Willen der gehörlosen Eltern gerichtlich durchzusetzen, einem gehörlosen Kind ein Cochlea-Implantat einzusetzen“
- Stellungnahmen Jahr 2018**
- 160** 01/2018 „Koalitionsverhandlungen: Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. fordert Nachbesserungen und die Aufnahme unserer Forderungen in den neuen Koalitionsvertrag“
- 161** 02/2018 „Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. ist mit der Antwort der Bundesregierung bezüglich „Arbeitsassistenten“ nicht zufrieden und strebt weiter an, die Teilhabe am Arbeitsleben zu verbessern und die Kommunikation sicherzustellen.“
- 163** 03/2018 „Der bisherige Standard des Behindertengleichstellungsgesetzes darf nicht durch die Umsetzung der EU-Richtlinie 2016/2012 für Menschen mit Hörbehinderungen verschlechtert werden.“
- 164** 04/2018 „Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. und die Gehörlosengemeinschaft Sachsen-Anhalt e. V. halten das Verbot der Gebärdensprache auf der Bühne bei einer Jugendweihefeier für diskriminierend.“
- 165** 05/2018 „Behindertenpolitik im Koalitionsvertrag aus der Sicht des Deutschen Gehörlosen-Bundes e. V.“
- 172** 06/2018 „Der Telefonvermittlungsdienst in Schrift- und Gebärdensprache soll für Gehörlose und andere Menschen mit Hörbehinderungen ab dem 01.01.2019 bundesweit kostenfrei genutzt werden können!“

#### Stellungnahmen Jahr 2019

- 174** 01/2019 „Vorab-Stellungnahme zur künftig geplanten 7. Versorgungsmedizinischen Änderungsverordnung“
- 176** 02/2019 „Kritik an der neuen Regelung der Bahn für Menschen mit Behinderungen“
- 177** 03/2019 „Keine gute Aufklärung bzw. Sensibilisierung bei der SOKO München Folge „Stille Liebe!““
- 179** 04/2019 „Novellierung des Filmförderungsgesetzes“
- 181** 05/2019 „Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung (BITV 2.0)“
- 184** 06/2019 „Der Deutsche Gehörlosen-Bund nimmt Stellung zu den Zahlen der Schwerbehindertenstatistik – 0,1 Prozent der Gesamtbevölkerung sind gehörlos, also ca. 83.000 Menschen in Deutschland“
- 187** 07/2019 „Stellungnahme zum überarbeiteten Entwurf für einen Medienstaatsvertrag“
- 192** 08/2019 „zum Entwurf eines Gesetzes für bessere und unabhängige Prüfungen (MDK-Reformgesetz) BT-Drs. 19/13397 und zur öffentlichen Anhörung zur Reform des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (MDK) am 14.10.2019“
- 194** Stellungnahme 09/2019 „Musikperformance und Empowerment“

#### Stellungnahmen Jahr 2020

- 197** 01/2020 „zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes (JVEG-Änderungsgesetz 2020)“
- 199** 03/2020 „Fehlender Zugang zu gesundheitlichen Informationen über das Coronavirus in Gebärdensprache und mit Untertiteln“
- 201** 04/2020 „Bereitstellung von gesundheitsrelevanten Informationen zur Corona-Krise in Gebärdensprache und mit Untertiteln: zum aktuellen Stand“

#### Berichte 2019

- 206** 01/2019 „Monatsbericht des Präsidiums zum Januar 2019“
- 210** 02/2019 „Monatsbericht des Präsidiums für Februar 2019“
- 215** 03/2019 „Präsidiumssitzung vom 01. bis 03. März 2019 in Berlin“
- 216** 04/2019 „Treffen der Arbeitsgruppe „Struktur des DGB“ am 09.03.2019 in Kassel“

## VORWORT VON HELMUT VOGEL, PRÄSIDENT DES DGB

Die Partizipationsförderung ist ein neues Instrument in der Behindertenpolitik bzw. in der Behindertenselbstvertretung und wurde 2016 auf den Weg gebracht. Grundlage hierfür war der Paragraph 19 des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG), welcher bei der Novellierung des BGG eingefügt wurde. Paragraph 19 ermöglichte somit die Partizipationsförderung, die dann ab 2017 umgesetzt wurde.

Den Selbstvertreterorganisationen aus dem Bereich der Menschen mit Behinderung wurde damit eine neue Möglichkeit gegeben, ihre politische Arbeit auf verschiedenen Wegen und in verschiedenen Formen zu intensivieren. Wir, der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V., erhielten dadurch die Chance, unsere Verbandsarbeit inhaltlich besser und strukturierter umzusetzen sowie insgesamt mehr politische Arbeit und Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben.

Vorher war es aufwendig und kräftebindend, stets Anträge zu stellen, um Mitteln für diverse Projekte einzuwerben, die erst bei zugesicherter Finanzierung durchgeführt werden konnten. Zeit und Kraft für tieferegehende Öffentlichkeits- und politische Arbeit fehlten, denn der Fokus lag auf der Finanzierung und Umsetzung von Projekten. Das novellierte BGG hatte eben dies im Sinne: die politische Arbeit im Behindertenbereich zu fördern, genau so, wie die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK, Artikel 4, Absatz 3) es vorsieht. Und das ist tatsächlich das wichtige Instrument,

denn nur so können wir als Selbstvertretungsorganisation unsere Arbeit, unser Engagement und vor allem auch unsere Erfahrung und Expertise transparent machen, unser Wissen nach außen transportieren und der Öffentlichkeit, der Politik, unseren Kooperationspartnern zugänglich machen.

Mitte des Jahres 2017 hatte der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. nur zwei halbe Stellen in der Bundesgeschäftsstelle, mehr nicht. Das Präsidium mit mir als Präsident hat sehr viel ehrenamtlich geleistet – vor allem auch, um die in den Jahren davor bestehende finanzielle Krise des DGB zu bewältigen. Unser Antrag auf Partizipationsförderung wurde Mitte 2017 bewilligt, und so erhielten wir für drei Jahre Mittel für eine (fast) volle Stelle für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit sowie für eine Teilzeitstelle für die Assistenz des Präsidiums. Ebenso wurde uns ein Dolmetscherbudget für ehrenamtlich Tätige zur Verfügung gestellt. So aufgestellt konnten wir gut ehren- und hauptamtlich arbeiten, unsere Arbeit weiterentwickeln und unsere Ressourcen besser nutzen.

Dieser Abschlussbericht verdeutlicht gut, wie umfangreich und umfassend wir uns in den drei Jahren in den Bereichen der politischen Arbeit und der Öffentlichkeitsarbeit weiterentwickeln konnten. Auch das Präsidium konnte sehr engagiert arbeiten, hatte verschiedene Funktionen inne, die Fachteams waren ausgesprochen aktiv und breit aufgestellt. Das

- 217 05/2019 „Monatsbericht des Deutschen Gehörlosen-Bundes für März und April 2019“
- 226 06/2019 „1. Norddeutschen Gehörlosen-Seniorentreff vom 14.-16. Juni 2019 in Hamburg“
- 228 07/2019 „Monatsbericht des Deutschen Gehörlosen-Bundes für Mai und Juni 2019“
- 238 08/2019 „Arbeitsstagung des Deutschen Gehörlosen-Bundes vom 28.-29.06.2019 in Frankfurt/Main“
- 240 09/2019 „Monatsbericht des Deutschen Gehörlosen-Bundes für Juli und August 2019“
- 246 10/2019 „2. Expertengespräch mit dem Verband Deutscher Freizeitparks und Freizeitunternehmen (VDFU) am 18.07.2019 in Berlin“
- 248 11/2019 „Monatsbericht des Deutschen Gehörlosen-Bundes für September 2019“
- 257 12/2019 „Fachtagung von der Deutschen Gesellschaft der Hörbehinderten: „Gebärdensprache an Schulen jetzt!“ am 18.11.2019 in Berlin“
- 259 13/2019 „Monatsbericht des Deutschen Gehörlosen-Bundes für Oktober, November und Dezember 2019“

### Berichte 2020

- 275 01/2020 „Monatsbericht des Deutschen Gehörlosen-Bundes für Januar 2020“
- 279 02/2020 „Tagungsbericht über den Weltkongress des WFD“
- 284 03/2020 „Monatsbericht des Deutschen Gehörlosen-Bundes für Februar, März, April, Mai und Juni 2020“

### Life InSight Artikel

- 294 März/April 2017 - Nr. 87 „Im Interview (Teil 1) Dr. Ulrike Gotthardt“
- 298 Mai/Juni 2017 - Nr. 88 „Im Interview (Teil 2) Dr. Ulrike Gotthardt“
- 304 Juni/Juli 2017 - Nr. 89 „Gebärdensprache Demo in Karlsruhe“
- 308 August 2017 - Nr. 90 „Neuigkeiten vom Deutschen Gehörlosenbund e. V.“
- 310 November 2017 - Nr. 92 „90 Jahre Deutscher Gehörlosenbund“
- 318 März/April 2018 - Nr. 95 „Helmut Vogel im Interview“
- 322 August 2018 - Nr. 98 „Arbeitsassistenz: Der Deutsche Gehörlosen-Bund will mehr“
- 327 August 2018 - Nr. 98 „2. Staatenprüfung Deutschland im September“
- 328 Sep./Okt. 2018 - Nr. 99 „Der Regierungsentwurf zur Teilhabe“
- 330 Nov. 2018 - Nr. 100 „Fachtreffen: Gebärdensprache als Unterrichtsfach“
- 334 Nov. 2018 - Nr. 100 „Bundesversammlung des Deutschen Gehörlosen-Bundes“
- 340 Dez. 18 / Jan. 19 - Nr. 101 „Fachtagung Cochlea Implantat: Realität ohne Zwang“
- 352 Februar 2019 - Nr. 102 „Helmut Vogel im Interview“
- 358 Mai 2019 - Nr. 104 „Steffen Helbing im Interview“
- 362 August 2019 - Nr. 106 „83.000 Gehörlose Menschen leben in Deutschland“
- 364 Nov. 2019 - Nr. 108 „Bundesversammlung des Deutschen Gehörlosen-Bundes“
- 368 Mai 2020 - Nr. 112 „Helmut Vogel im Interview“
- 372 August 2020 - Nr. 114 „Daniel Büter im Interview“

### DGZ Artikel

- 380 DGZ 11 - 2017 „Verjährt, nicht versöhnt“
- 385 DGZ 01 - 2018 „Herber Schlag“
- 386 DGZ 02 - 2018 „Der Druck ist natürlich da“
- 390 DGZ 06 - 2018 „Früher war mehr Lametta“
- 396 DGZ 10 - 2018 „Beim DGB wird neu gewählt“
- 398 DGZ 11 - 2018 „Ein Neuanfang ohne Altlasten“
- 404 DGZ 11 - 2018 „Packt die Reformen an!“
- 406 DGZ 12 - 2018 „Realitäten ohne Politiker“
- 408 DGZ 04 - 2019 „Die Karten auf den Tisch“
- 410 DGZ 11 - 2019 „Verteilt auf viele Schultern“
- 414 DGZ 04 - 2020 „Wir müssen das gemeinsam aushalten“

- 416 **Richtlinie für die Förderung der Partizipation von Menschen mit Behinderungen**

lässt sich unter anderem an den vielen Pressemitteilungen, Stellungnahmen und Tätigkeitsberichten ablesen, die 2017 bis 2020 verfasst und veröffentlicht wurden. Dabei spiegeln sie noch lange nicht alles wider, was der DGB umgesetzt hat, denn darüber hinaus gab es noch weitere, vielfältige Projektarbeit, beispielsweise im Rahmen von Krankenkassengeförderten Projekten und ebenso von den 6. Deutschen Kulturtagen der Gehörlosen in Potsdam 2018.

Insgesamt ist festzuhalten, dass es für uns absolute Priorität hat, dass wir als Dachverband der Gehörlosen- bzw. der Gebärdensprachgemeinschaft deren Interessen auf Bundesebene gut vertreten. Hierfür ist uns ein großes Anliegen, in einem engen Austausch mit unseren 16 Landesverbänden sowie den 10 bundesweiten Fachverbänden zu stehen. Diese unsere Arbeit mit unseren Partnern muss gut koordiniert und abgestimmt sein, denn nur so bilden wir eine Gemeinschaft, die sich geschlossen für die gemeinsamen Ziele einsetzt und sich von Herzen dafür engagiert. Dabei ist uns Gleichberechtigung und Selbstbestimmung wichtig, ganz im Sinne sowohl der UN-BRK als auch der einschlägigen Gesetze in Deutschland, sowie Zielstrebigkeit beim Verfolgen unserer Ziele.

Der vorliegende Abschlussbericht soll verdeutlichen, welchen Stellenwert die Partizipationsförderung vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales für uns hat. Es soll außerdem klar werden,

wie bedeutsam eine Weiterführung der Förderung ist und welche positiven Auswirkungen es hat, wenn die Förderung intensiviert und erweitert wird.

Wir vom Präsidium bedanken uns sehr herzlich bei Daniel Büter, unserem Referenten für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit, sowie bei Dr. Anja Gutjahr, Assistentin des Präsidiums. Sie haben den Maßnahmendurchführungsplan von 2017 bis 2020 hervorragend umgesetzt bzw. die Umsetzung optimal unterstützt. Vom Präsidium für das Projekt verantwortlich waren außer mir Michael Wohlfahrt von 2017 bis 2020, Dr. Ulrike Gotthardt von 2017 bis 2018 und Elisabeth Kaufmann von 2019 bis 2020. Sie haben in ehrenamtlicher Tätigkeit engagiert dazu beigetragen, dass die geplanten Maßnahmen umgesetzt werden konnten. Der Gehörlosen- bzw. Gebärdensprachgemeinschaft eng verbunden sind wir stets im Austausch und Kontakt mit unseren Partnern und Freunden, den politischen Institutionen und unserem gesamten Netzwerk. Weiterhin möchten wir uns bei den Redaktionen der bekannten Zeitschriften „Life InSight“ und „Deutsche Gehörlosenzeitung“ bedanken, dass sie uns ihre Artikel in Bezug auf den DGB zur Verfügung gestellt und somit weitere Einblicke in unsere Arbeit ermöglicht haben.

Abschließend kann ich mir nur wünschen, dass das insgesamt weiter so bleibt und noch viele Jahre folgen, in denen wir so konstruktiv arbeiten können.

## ABSCHLUSSBERICHT: Juli 2017 bis Juni 2020

<b>Projekttitle:</b>	„Intensivierung der Verbandsarbeit und mehr Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen“
<b>Förderkennzeichen:</b>	01KM170210
<b>Zuwendungsempfänger:</b>	Deutscher Gehörlosen-Bund e. V.
<b>Projektverantwortliche:</b>	Helmut Vogel Dr. Ulrike Gotthardt (2017-2018) Elisabeth Kaufmann (2019-2020) Michael Wohlfahrt
<b>Förderzeitraum:</b>	01.07.2017 bis 30.06.2020
<b>Fördersumme:</b>	170.530 Euro

Dieses Projekt auf der Grundlage der Partizipationsförderung nach § 19 BGG vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert.

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

**Soll-Ist-Vergleich zum Zeit- und Maßnahmenplan (Arbeitspakete und Meilensteine)**

Nr.	Inhalt der Arbeitspakete	Zeitplan	Meilensteine	IST-Zustand
	<b>Bewilligung</b>			Wir haben den Zuwendungsbescheid vom 13.06.2017 erhalten.
	<b>Mitarbeiterakquise</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Stellenausschreibung veröffentlichen</li> <li>• Mitarbeiter einstellen</li> </ul>		Arbeitsvertrag	Wir haben die Stellenausschreibung veröffentlicht, das Bewerbungsverfahren ausgeführt und einen Referenten für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit bei uns eingestellt. Wir haben einen dreijährigen Arbeitsvertrag unterschrieben. Der Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit, Daniel Büter, arbeitet für 35 Stunde pro Woche für dieses Projekt.
	<b>Geplanter Projektstart</b>	<b>01.07.2017</b>		Das Projekt hat pünktlich bereits gestartet.
<b>1</b>	<b>Einrichtung des Arbeitsplatzes beim Bundeskompetenzzentrum</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• PC bzw. Laptop, Drucker, E-Mail-Postfach, Webcam, Büromaterial</li> <li>• Einführung von Gebärden-/Sprechzeiten</li> </ul>	Juli-August 2017 2 Monate		Wir haben noch keinen neuen Laptop inkl. Webcam und Drucker gekauft, da D. Büter selbst einen Laptop gekauft hat und derzeit benutzt. Ein Drucker steht in der Geschäftsstelle bereit schon zur Verfügung. D. Büter bekommt seine dienstliche Emailadresse: <a href="mailto:bkz-bueter@gehoerlosen-bund.de">bkz-bueter@gehoerlosen-bund.de</a> (01.07.2017 bis 30.03.2018), dann <a href="mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de">d.bueter@gehoerlosen-bund.de</a> (ab 01.04.2018) Büromaterial hat er bereits bestellt und gebraucht. Die Öffnungszeiten in der Bundesgeschäftsstelle finden am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag, jeweils 10-12 Uhr statt. Die Gebärden-Sprechzeiten per Webcam und persönlicher Termin können individuell vereinbart werden.  <b>Veröffentlichungen:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Pressemitteilung 05/2017 „Beginn des neuen Projektes für mehr Intensivierung unserer Verbandsarbeit und mehr Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen“</li> </ul> <b>Das Arbeitspaket 1 wurde erfolgreich abgeschlossen.</b>
<b>2</b>	<b>Bundestagswahl 2017 mit Wahlprüfsteinen vom DGB</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Antworten von Parteien (CDU/CSU, SPD, Linke, Grüne, FDP, AfD) auf die vom Beitrag entwickelten Wahlprüfsteine analysieren und veröffentlichen</li> <li>• Wahlprogramm der Parteien, Barrierefreiheit (Gebärdensprachfilm) überprüfen, Stellungnahme schreiben</li> </ul>	Juli-September 2017 3 Monate	Dokumentation, Wahlprogramm, Stellungnahme	Wir haben unsere wichtigsten Fragen in 9 Wahlprüfsteinen formuliert und uns mit diesen an sieben Parteien gewendet. Anschließend haben wir den Fragenkatalog und die vorliegenden Antworten der Parteien zusammengestellt und veröffentlicht. Aus finanziellen und zeitlichen Gründen ist es nicht gelungen, diese Broschüre in Gebärdensprache zu übersetzen. Wir haben alle Wahlprogramme der Parteien analysiert, auf Barrierefreiheit überprüft, eine Stellungnahme geschrieben und einen Film in Gebärdensprache veröffentlicht.

				<p><b>Veröffentlichungen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Pressemitteilung 10/2017 ‚Unsere Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2017 mit Antworten der bundespolitischen Parteien‘ kann als eine Entscheidungs- und Orientierungshilfe zur Bundestagswahl dienen.“</li> <li>• 40-seitige Broschüre „Unsere Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2017 mit Antworten der bundespolitischen Parteien“</li> <li>• Textausschnitte und eine Übersicht der Wahlprogramme für die Bundestagswahl 2017</li> </ul> <p>➔ <b>Das Arbeitspaket 2 wurde erfolgreich abgeschlossen.</b></p>
3	<p><b>Wahlkampfveranstaltung mit Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl 2017</b> am 02.09.2017 in Berlin</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Unterstützung und evtl. Moderation bei der Podiumsdiskussion</li> <li>• Vorbesprechungen mit zur Podiumsdiskussion eingeladenen Bundestagsabgeordneten</li> <li>• Abschlussbericht schreiben</li> </ul>	Juli-September 2017 3 Monate	Film, Abschlussbericht	<p>Unsere Wahlkampfveranstaltung mit Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl 2017 hat am 02.09.2017 stattgefunden. Dazu wurden sechs Gäste eingeladen. D. Büter hat die Moderation übernommen. Wir haben die Podiumsdiskussion fotografiert und gefilmt. Fotos und Filme wurden bereits auf unserer Homepage veröffentlicht.</p> <p><b>Veröffentlichungen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Pressemitteilung 06/2017 „Unsere Wahlkampfveranstaltung mit Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl 2017“</li> <li>• Plakat</li> <li>• Pressemitteilung 12/2017 „Kandidaten für die Bundestagswahl 2017 diskutieren über Behinderten- und Sozialpolitik in Bezug auf unsere Wahlprüfsteine“ (Abschlussbericht)</li> </ul> <p>➔ <b>Das Arbeitspaket 3 wurde erfolgreich abgeschlossen.</b></p>
4	<p><b>Koordination der Arbeiten im Beirat</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Koordinierung der dreijährigen Arbeiten des Beirats durch den /die Referent/in für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit</li> <li>• Leitung der Beiratssitzungen bzw. Fachbeiratssitzungen mit ehrenamtlich tätigen Fachbeiratsleiter/innen, Bundesreferenten und Bundesbeauftragten durch den /die Referent/in für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit</li> <li>• Aufgabenbereiche bzw. Handlungsfelder strukturieren</li> <li>• Geschäftsordnung mit dem Präsidium und dem Beirat erarbeiten</li> <li>• Vertiefung der Arbeiten in den Referaten des Beirats nach Absprache mit den Landesreferenten der Landesverbände laut dem Arbeitsprogramm</li> </ul>	Juli 2017-Juni 2020 36 Monate		<p>Da es anfangs nicht einfach für uns ist, geeignete Bundesreferenten bzw. -beauftragten zu finden und mit diesen zusammenzuarbeiten, haben wir die Beiratsordnung geändert und bei der ordentlichen Bundesversammlung bzw. Mitgliederversammlung des Deutschen Gehörlosen-Bund e. V., welche vom 20.-22. Oktober 2017 in Bremen stattfand, vorgestellt und darüber diskutiert. D. Büter hat das Arbeitsprogramm bereits bei der Bundesversammlung vorgestellt und auf die Fragen von Mitgliedern geantwortet. Seine Rede wurde mit der Kamera aufgenommen. M. Schumacher, H. Vogel und D. Büter haben an der 3. Internationalen Konferenz des Weltverbandes der Gehörlosen teilgenommen, welche vom 8.-10. November 2017 in Budapest stattfand. Seit März 2018 wird das Treffen zur Arbeitsgruppe „Umstrukturierung“ mehrmals gegeben, welche das Ziel hat, ein Konzept zu entwickeln, wie der DGB in Zukunft aufgebaut und organisiert werden soll. Bei der ordentlichen Bundesversammlung des Deutschen Gehörlosen-Bundes e. V. vom 26.-28.10.2018 in Magdeburg haben wir den Zwischenbericht über das Projekt, das durch das BMAS auf der Grundlage der Partizipationsförderung gefördert wird, vorgestellt. Nach der Bundesversammlung mit neuer Präsidiumswahl 2018 haben wir die politische Arbeitsstruktur des DGB umgestaltet und das Organigramm erstellt. Das Team des DGB setzt sich aus</p>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Vorstellung des Arbeitsprogramms bei der Bundesversammlung des DGB in Bremen am 22.10.2017 und in einem Film für die Öffentlichkeit</li> <li>• Teilnahme an der 3. Internationalen Konferenz des Weltverbands der Gehörlosen vom 8.-10.11.2017 in Budapest, Ungarn</li> </ul>			<p>drei Teilen zusammen: Präsidium, Beirat und Geschäftsstelle. Zusätzlich gibt es derzeit 15 Fachteams in den Bereichen, die an die Handlungsfelder des aktuellen Nationalen Aktionsplans der Bundesregierung (NAP 2.0) angelehnt sind.</p> <p>Im Frühjahr 2019 in Kassel hat die Arbeitsgruppe „DGB 2.0“ die Bestandsaufnahme der aktuellen Struktur, der Finanzierung, der Stimmzahlen und der Mitgliederentwicklung vorgestellt und Probleme, Ideen und Lösungsvorschläge in den Bereichen Informationsfluss, Namensstruktur sowie Transparenz und Strategieplanung präsentiert. Bei der Arbeitstagung im Sommer 2019 in Frankfurt wurde die Arbeit der Arbeitsgruppe „DGB 2.0“ fortgesetzt und es wurde in einem Workshop über die vier Themen „Umstrukturierung, Informationsfluss, Strategieplanung und Jugendorganisation“ diskutiert. Die Ergebnisse des Workshops wurden bei der Bundesversammlung im Oktober 2019 in Augsburg vorgestellt. Die Arbeitsgruppe „DGB 2.0“ wird einen Maßnahmenkatalog zu neun Themen (Informationsfluss, Strategieplanung, Jugendorganisation, Umstrukturierung, Namensstrukturen, Mitgliedervorteile, Führungsseminar, Personalausbau (Fundraising, Projekt-leitung) und Länderrat) erstellen und bearbeiten.</p> <p>Wir haben das Organigramm entsprechend aktualisiert.</p> <p><b>Veröffentlichungen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Pressemitteilung 15/2017 „Großartige, unvergessliche und erfahrungsreiche Ergebnisse der 3. Internationalen Konferenz des Weltverbandes der Gehörlosen, vom 8.-10. November 2017 in Budapest“</li> <li>• Pressemitteilung 01/2019 „Vorstellung der politischen Arbeitsstruktur und des Organigramms des Deutschen Gehörlosen-Bundes“</li> </ul> <p>➔ <b>Das Arbeitspaket 4 wurde teilweise erfolgreich abgeschlossen.</b></p>
5	<p><b>6. Deutsche Kulturtag der Gehörlosen 17.-19.5.2018 in Potsdam</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Unterstützung bei der Programmgestaltung der Kulturtag mit dem Organisationsteam</li> <li>• Vorstellung des Arbeitsprogramms und Förderungskataloges mit den Handlungsfeldern und Diskussion mit dem Publikum bei Kulturtagen</li> <li>• Vorträge bzw. Diskussionsrunden von den Bundesreferenten zu einzelnen Handlungsfeldern bei Kulturtagen</li> <li>• Auswertungsberichte mit Fotos erstellen</li> </ul>	Juli 2017-Juni 2018 12 Monate	Vorträge, Diskussionsrunden, Auswertungsberichte	<p>D. Büter hat das Programm der Kulturtag unterstützend mitgestaltet und bei der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Pressekonferenz, Facebook und Twitter) mitgewirkt.</p> <p>Er hat die Moderationen für den Vortrag von Andre Necke (BMAS) über den NAP 2.0 zur UN-BRK und für die Podiumsdiskussion „Behindertenpolitik im Koalitionsvertrag“ mit fünf Bundestagsabgeordneten (Dr. Bartke (SPD), W. Oellers (CDU), Jens Beeck (FDP), Sören Pellmann (LINKE), Corinna Ruffer (Bündnis 90/Die Grünen)) übernommen.</p> <p>Die Fotos und die Videofilme werden auf der Homepage unter <a href="http://www.gehoerlosen-kulturtag.de">www.gehoerlosen-kulturtag.de</a> zur Verfügung gestellt.</p> <p><b>Veröffentlichungen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Programmheft der 6. Deutschen Kulturtag der Gehörlosen</li> <li>• Auswertungsberichte (Das Zeichen, DGZ und Life InSight)</li> </ul> <p>➔ <b>Das Arbeitspaket 5 wurde erfolgreich abgeschlossen.</b></p>



<p><b>6</b></p>	<p><b>Koalitionsvertrag der neuen Regierungsfractionen des Bundestags in der 19. Legislaturperiode (2017-2021)</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Koalitionsvertrag analysieren und bewerten, Stellungnahme schreiben</li> <li>• Gespräche mit neuer/m Beauftragten/m der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen und den behinderten-/sozialpolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen</li> </ul>	<p>November 2017-Juni 2018 8 Monate</p>	<p>Stellungnahmen, Gespräche</p>	<p>Fünf Monate nach der Bundestagswahl und nach Abbruch der Jamaika-Verhandlungen haben CDU/CSU und SPD den Koalitionsvertrag unterschrieben. Wir haben den Koalitionsvertrag analysiert und bewertet. Wir haben mit U. Schummer (CDU) am 14.12.2017, mit K. Mindrup (SPD) am 10.01.2017, mit C. Ruffer (Grüne) am 19.03.2018, mit S. Pellmann (DIE LINKE) am 20.03.2018, mit J. Beeck (FDP) am 17.04.2018 und mit K. Tack und Dr. M. Bartke (SPD) am 19.04.2018, mit D. Kolbe (SPD) am 05.07.2018 und mit A. Glöckner (SPD) am 12.09.2018 Gespräche geführt und uns über die Behindertenpolitik ausgetauscht. Außerdem haben wir an dem Gespräch mit dem neuen Bundesbehindertenbeauftragten, Jürgen Dusel, am 22.08.2018 teilgenommen.</p> <p><b>Veröffentlichungen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Stellungnahme 01/2018 „Koalitionsverhandlungen: Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. fordert Nachbesserungen und die Aufnahme unserer Forderungen in den neuen Koalitionsvertrag“</li> <li>• Stellungnahme 05/2018 „Behindertenpolitik im Koalitionsvertrag“</li> </ul> <p>➔ <b>Das Arbeitspaket 6 wurde erfolgreich abgeschlossen.</b></p>
<p><b>7</b></p>	<p><b>Arbeitsprogramm und Forderungskatalog vom DGB</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• das in den vorliegenden Arbeitspakete beschriebene dreijährige Arbeitsprogramm fertigstellen und veröffentlichen</li> <li>• Abstimmung mit dem bestehenden Personal</li> <li>• Stellungnahme des DGBs zum NAP 2.0 vom 18.05.2016 unter Einbeziehung der Forderungen zu einzelnen Maßnahmen</li> <li>• Ziele und Maßnahmen für die in 12.1.-12.13 beschriebenen Handlungsfelder des Forderungskatalogs definieren, den Forderungskatalog fertigstellen und veröffentlichen</li> </ul>	<p>Juli 2017-Juni 2018 12 Monate</p>	<p>Dokumentation in Text und DGS veröffentlichen</p>	<p>Wir haben den Katalog mit Fragen und Forderungen zu unseren Wahlprüfsteinen zur Bundestagswahl 2017 bearbeitet und veröffentlicht. Diese orientieren sich an den 13 Handlungsfeldern des NAP 2.0 und an den über 60 Empfehlungen des UN-Vertragsausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen.</p> <p>Wir haben die Fragenliste des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V., im Zusammenhang mit dem zweiten Zyklus der Staatenprüfung Deutschlands, mit den Beiräten (Bundesreferenten und -beauftragte), Mitgliederverbänden (Landes- und Fachverbände) und den Experten formuliert. Am 15.05.2018 wurde die Fragenliste an das Kernteam, bestehend aus dem Deutschen Behindertenrat, der BAG der Freien Wohlfahrtspflege, den Fachverbänden für Menschen mit Behinderung und der LIGA Selbstvertretung, versendet.</p> <p>Dieses Kernteam hat eine Gesamtfragenliste, die inzwischen von über 50 Verbänden mitgetragen wird, und das Update an die UN-Berichterstatter nach Genf übersandt. Beide Texte wurden auf der Internetseite des „United Nations Human Rights office“ aufgenommen/veröffentlicht.</p> <p>D. Büter nimmt an dem nicht öffentlichen Treffen mit dem UN-Fachausschuss für Menschen mit Behinderungen über die Beratung der 2. Staatenprüfung zur UN-Behindertenrechtskonvention am 21.09.2018 in Genf teil.</p> <p>Die Fragenliste für Deutschland sollte nun binnen 2 Wochen veröffentlicht werden. Dann hat die Bundesregierung ein Jahr Zeit, diese zu beantworten und daraus einen Umsetzungsbericht zu erstellen.</p> <p>Im Sommer 2018 wurde der Forderungskatalog neu überarbeitet und bei der DGB-Bundesversammlung vom 26.-28. Oktober 2018 in Magdeburg vorgestellt. Dort wurde die Abstimmung über die Annahme bzw. Bestätigung des Forderungskatalogs auf die nächste Bundesversammlung 2019 in Augsburg verschoben.</p>

				<p>Dann wurde der Forderungskatalog von den Fachteams, Landes- und Fachverbänden des DGB und Experten noch einmal weiter überarbeitet und aktualisiert.</p> <p>Auf der Bundesversammlung 2019 in Augsburg haben wir den umfangreichen Forderungskatalog vorgestellt, mit den Mitgliedern diskutiert und die gewünschten Änderungen vorgenommen. Anschließend ist der Forderungskatalog auf der Bundesversammlung einstimmig beschlossen worden. Er ist ein wichtiges Handlungsinstrument zur politischen Verbandsarbeit und eine gute gemeinsame Orientierungs- und Argumentationshilfe. Er unterstützt die Umsetzung unserer Forderungen auf der Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Der Forderungskatalog ist als dynamischer Prozess einer Arbeitsleitlinie für die jeweils kommenden Jahre zu verstehen, der einer kontinuierlichen Evaluation und Verbesserung unterzogen wird. Er wird sich an den jeweiligen individuellen, gesellschaftlichen und politischen Veränderungen innerhalb und außerhalb der Gehörlosen-/Gebärdensprachgemeinschaft orientieren und in der Weiterentwicklung vor allem den Bedarf der taubblinden Menschen im Blick haben.</p> <p>Der Forderungskatalog wurde durch die Homepage und die sozialen Medien in der Öffentlichkeit stark verbreitet. Da das Kostenangebot für die Übersetzung des Forderungskatalogs in DGS mit UT sehr hoch ist, wird dies nicht umgesetzt.</p> <p><b>Veröffentlichungen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Pressemitteilung 05/2018 „Aktueller Stand zum Umsetzungsprozess der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland“ (03.07.2018),</li> <li>• Fragenliste des Deutschen Gehörlosen-Bundes (15.05.2018),</li> <li>• Update zur 2. Staatenprüfung Deutschlands vor dem UN-Fachausschuss zur UN-BRK“ (20.06.2018)</li> <li>• Vorschläge für Fragen des Fachausschusses zur UN-BRK“ (20.06.2018)</li> <li>• schriftliches Statement (21.09.2018)</li> <li>• Pressemitteilung 8/2018 „Das 2. Staatenprüfverfahren zur UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland ist bereits gestartet.“ (02.10.2018)</li> <li>• Pressemitteilung 09/2019 „Der Forderungskatalog des Deutschen Gehörlosen-Bundes e. V. als ein wichtiges Handlungsinstrument zur politischen Verbandsarbeit“</li> <li>• Forderungskatalog des Deutschen Gehörlosen-Bundes</li> </ul> <p>➔ <b>Das Arbeitspaket 7 wurde erfolgreich abgeschlossen.</b></p>
8	<p><b>Recherchen zu rechtlichen Grundlagen der UN-BRK und bisherigen Verbandsarbeiten</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• UN-BRK (2009), NAP 1.0 (2011), 1. Staatenbericht (2011), 1. Teilhabebericht (2013), Evaluation des NAP 1.0 durch Prognos AG (2014), abschließende Empfehlungen vom UN-Fachausschuss zur 1.</li> </ul>	Juli 2017- Dezember 2018 18 Monate	Informationen in Website in Text und DGS	<p>Wir haben alle Unterlagen zu rechtlichen Grundlagen der UN-BRK und bisherigen Verbandsarbeiten gesammelt und in Ordnern zusammengestellt. Die Arbeit erfolgte auf der Grundlage dieser Recherche.</p> <p>➔ <b>Das Arbeitspaket 8 wurde erfolgreich abgeschlossen.</b></p>

	<p>Staatenprüfung (2015), Dokumentationen der Inklusionstage 2014, 2015, 2016, NAP 2.0 (2016), 2. Teilhabebericht (2017), etc.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Bisherige Forderungskataloge, Stellungnahmen und Pressemitteilungen vom DGB zur UN-BRK</li> </ul>			
9	<p><b>Netzwerkarbeit und Teilnahme an Gremien</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Bestehende Kontakte mit Institutionen, Politikern, Ministerien und Behindertenverbänden weiterführen und vertiefen</li> <li>Teilnahme an Gremiensitzungen, Kongressen, Workshops, Seminaren (Verbändekonsultationen der UN-BRK, Arbeitsausschusssitzungen des DBR, Liga Selbstvertretung - Treffen, DPWV-Fachveranstaltungen, BAG Selbsthilfe-Veranstaltungen, usw.) und evtl. Mitarbeit</li> <li>Inklusionstage 2017, 2018, 2019</li> <li>Teilnahme an Mitgliederversammlungen der European Union of the Deaf (immer im Mai) und Veranstaltungen des Weltverbandes der Gehörlosen</li> <li>Korrekturarbeiten durch Arbeitsassistenten für Präsidiumsmitglieder</li> <li>Einsatz von Gebärdensprachdolmetscher/innen für ehrenamtlich Tätige (Präsidium und Beirat)</li> </ul>	<p>Juli 2017-Juni 2020 36 Monate</p>	<p>Gespräche, Berichte</p>	<p>Wir haben die Kontaktliste erstellt und aktualisiert, um die Netzwerkarbeit zu stabilisieren. In der Bundesrepublik Deutschland besteht die Bundesregierung derzeit aus der Bundeskanzlerin und den 14 Bundesministerien. Bis jetzt haben wir bereits zahlreiche Gespräche mit sieben verschiedenen Bundesministerien über verschiedene Themen aus dem Forderungskatalog geführt. Vor allem gab es viele Gespräche mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.</p> <p>Im 19. Deutschen Bundestag sind insgesamt 709 Abgeordnete aus sieben politischen Parteien (CDU/CSU, SPD, AfD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen) vertreten. Mit schätzungsweise 70 Abgeordneten haben wir bereits Kontakt aufgenommen und sich ausgetauscht. Wichtige Ansprechpartner/-innen sind für uns die fünf Sprecher/-innen für Behindertenpolitik: Wilfried Oellers (CDU/CSU), Angelika Glöckner (SPD), Jens Beck (FDP), Sören Pellmann (Die Linke) und Corinna Rüffer (Bündnis 90/Die Grünen).</p> <p><b>Teilnahme an den Veranstaltungen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>SPD-Diskussionsveranstaltung „Nur eine inklusive Gesellschaft ist eine gerechte Gesellschaft“ am 30.08.2017 im DGB-Haus in Berlin</li> <li>Sitzung der Programmbegleitenden Arbeitsgruppe zur Barrierefreiheit (Deutsche Bahn) am 06. und 09.09.2017 in Münster</li> <li>Matinée zum 50-jährigen Bestehen der BAG Selbsthilfe am 22.09.2017 in Berlin</li> <li>REHACARE von 04.-06.10.2017 in Düsseldorf</li> <li>BBK-Veranstaltung „Selbsthilfe im Wandel“ am 05.10.2017 in Düsseldorf</li> <li>Treffen der LIGA Selbstvertretung am 09.10.2017 in Berlin</li> <li>WFD-Konferenz von 08.-10.11.2017 in Budapest</li> <li>Fachtagung „Selbsthilfeförderung“ am 13.11.2017 in Berlin</li> <li>MDR-Sitzung am 15.11.2017 in Leipzig</li> <li>Fachtagung „Internationaler Tag der Menschen mit Behinderung“ am 30.11.2017 in Berlin</li> <li>DBR-Versammlung am 30.11.2017 in Berlin</li> <li>Eröffnungsfeier der Fachstelle Teilhabeberatung (EUTB) am 01.12.2017 in Berlin</li> <li>European Day of Persons with Disabilities (EP und EC) vom 04.-06.12.2017 in Brüssel</li> <li>Gespräch mit Herrn Dr. Schmachtenberg (BMAS) am 12.12.2017 in Berlin</li> <li>Expertengespräch mit dem Verband Deutscher Freizeitparks und Freizeitunternehmen e.V. am 12.01.2018 in Berlin</li> <li>Filmvorführung „Wunder“ am 22.01.2018 im Kleisthaus in Berlin</li> <li>Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses am 25.01.2018 in Berlin</li> </ul>

				<ul style="list-style-type: none"> <li>• BGSD-Arbeitstagung zur Novellierung der Berufs- und Ehrenordnung (BEO) am 27.01.2018 in Berlin</li> <li>• Kranzniederlegung für die Opfer der NS-„Euthanasie“ am 31.01.2018 in Berlin</li> <li>• Gespräch der programmbegleitenden Arbeitsgruppe der Deutschen Bahn in Frankfurt am 01.02.2018 in Frankfurt</li> <li>• Tagung „deaf &amp; (self) employment“ am 09.03.2018 in Aachen</li> <li>• Mitgliederversammlung des Landesverbandes der Gehörlosen Thüringen mit Vorstandswahl am 10.03.2018 in Erfurt</li> <li>• Fachtagung „Private Anbieter zur Barrierefreiheit verpflichtet – Novellierung des AGG jetzt“ am 16.03.2018 in Berlin</li> <li>• Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses am 19.03.2018 in Berlin</li> <li>• 16. Deutscher Hörfilmpreis 2018 am 20.03.2018 in Berlin</li> <li>• Gespräch mit Prof. Dr. Mälzer am 20.04.2018 in Berlin</li> <li>• Gespräch mit der Schlichtungsstelle BGG am 08.05.2018 in Berlin</li> <li>• 6. Deutsche Kulturtag der Gehörlosen von 17.-19.05.2018 in Potsdam</li> <li>• Fachtagung „BGG“ (Bundesfachstelle Barrierefreiheit) am 29.05.2018 in Berlin</li> <li>• Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses am 05.06.2018 in Berlin</li> <li>• Gespräch mit DBSV über das Projekt Barrierefreier Zugang am 18.06.2018 in Berlin</li> <li>• 28. Verbändekonsultation (DIM) am 20.06.2018 in Berlin</li> <li>• Besuch von der Palestinian Association of the Deaf am 28.06.2018 in Berlin</li> <li>• Treffen der DBR AG Forderungspapier AGG am 19.07.2018 in Berlin</li> <li>• NDR-Sitzung am 14.08.2018 in Hamburg</li> <li>• Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses am 11.09.2018 in Berlin</li> <li>• MRP-Projekttreffen am 13. und 14.09.2018 in Berlin</li> <li>• Treffen mit UN-Fachausschuss am 21.09.2018 in Genf</li> <li>• EUD-Mitgliederversammlung vom 04.-07.10.2018 in Wien</li> <li>• Fachtagung „Diskriminierung sichtbar machen“ (ADS-Bund) am 15.10.2018 in Berlin</li> <li>• Pressekonferenz der Deutsche Bahn am 18.10.2018 in Berlin</li> <li>• Telefonkonferenz der programmbegleitenden Arbeitsgruppe der Deutschen Bahn am 23.10.2018</li> <li>• Bundesversammlung des DGB von 26.-28.10.2018 in Magdeburg</li> <li>• Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses am 06.11.2018 in Berlin</li> <li>• 29. Verbändekonsultation (DIM) am 07.11.2018 in Berlin</li> <li>• Gespräch mit Thomas Hacker (medienpolitischer Sprecher FDP) am 08.11.2018 in Berlin</li> <li>• Mitarbeiterschulung des Landesverbandes der Gehörlosen Thüringen am 10.11.2018 in Erfurt</li> <li>• DG-Arbeitstagung vom 09.-11.11.2018 in Eisenach</li> <li>• Pressekonferenz im Haus der Bundespressekonferenz am 13.11.2018 in Berlin</li> <li>• WDR-Sitzung am 16.11.2018 in Köln</li> <li>• Inklusionstage am 19.11. und 20.11.2018 in Berlin</li> <li>• Runden Tisch „Barrierefreies Fernsehen“ am 20.11.2018 in Berlin</li> <li>• Gespräch mit Herrn Pauer (Huawei) am 21.11.2018 in Berlin</li> </ul>
--	--	--	--	--

				<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gespräch mit Herrn Hahn (DBSV) am 21.11.2018 in Berlin</li> <li>• CI-Fachtagung am 28.11.2018 in Berlin</li> <li>• Gespräch mit Herrn Staatssekretär Dr. Nußbaum (BMWi) am 29.11.2018 in Berlin</li> <li>• 2. Workshop „Verbandsklagerecht“ am 30.11.2018 in Berlin</li> <li>• Welttag der Menschen mit Behinderungen zum Thema „Armut“ (DBR) am 03.12.2018 in Berlin</li> <li>• DBR-Versammlung am 03.12.2018 in Berlin</li> <li>• Gespräch mit Jochen Traupmann (DLR) am 04.12.2018</li> <li>• 70 Jahre allgemeine Aufklärung des Menschenrechts am 07.12.2019 in Berlin</li> <li>• Neujahrsempfang (Jürgen Dusel) am 11.12.2018 in Berlin</li> <li>• Gespräch mit Margit Stumpp (medienpolitische Sprecherin) und Corinna Rüffer am 13.12.2018 in Berlin</li> <li>• EUD-Vorstandssitzung vom 14.-16.12.2018 in Sofia</li> <li>• 1. Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses am 21.01.2019 in Berlin</li> <li>• Festveranstaltung der BIH „Die Hauptfürsorgestellen werden 100“ am 07.02.2019 in Berlin</li> <li>• Gespräch über EFRE-Forschungsprojekt „TV-Untertitel für gehörlose und schwerhörige Kinder“ am 08.02.2019 in Hildesheim</li> <li>• Gespräch mit Frau Motschmann (CDU) am 13.02.2019 in Berlin</li> <li>• Gespräch mit Wilfried Oellers (CDU) am 13.02.2019 in Berlin</li> <li>• Gespräch mit Herrn Dr. Peter Mozet (BMAS) am 26.02.2019 in Berlin</li> <li>• 30. Verbändekonsultationen der Monitoring-Stelle UN-BRK am 27.02.2019</li> <li>• DGB-Präsidiumssitzung am 02.03.2019 in Berlin</li> <li>• Gespräch mit Jürgen Dusel am 05.03.2019 in Berlin</li> <li>• EUD-Vorstandssitzung vom 06.-08.03.2019 in Zypern</li> <li>• Fachtagung „Teilhabe am Arbeitsleben“ am 20.03.2019 in Berlin</li> <li>• Festakt „10 Jahre UN-BRK in Deutschland“ am 26.03.2019 in Berlin</li> <li>• 2. Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses am 01.04.2019 in Berlin</li> <li>• Jahresempfang Behindertenbeauftragter am 09.05.2019 in Berlin</li> <li>• EUD-Mitgliederversammlung von 15.-19.05.2019 in Bukarest (Rumänien)</li> <li>• Podiumsdiskussion „70 Jahre Grundgesetz“ (BMJV) am 23.05.2019 in Berlin</li> <li>• Verbändeanhörung Staatenprüfung UN-BRK (BMAS) am 27.05.2019 in Berlin</li> <li>• 31. Verbändekonsultationen der Monitoring-Stelle UN-BRK am 05.06.2019 in Berlin</li> <li>• 3. Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses am 06.06.2019 in Berlin</li> <li>• DGB-Arbeitstagung am 28./29.06.2019 in Frankfurt am Main</li> <li>• Gespräch über Notruf-App am 09.07.2019 in Berlin</li> <li>• 18. Weltkongress des WFD vom 23.-27.07.2019 in Paris</li> <li>• Sitzung der Arbeitsgruppe „Qualitätssicherung für DGS-Filme“ per Zoom-Videokonferenz am 05.08.2019</li> <li>• DGB-Präsidiumssitzung am 24.08.2019 in Hannover</li> <li>• Tag der Ein- und Ausblicke des Bundestages am 08.09.2019 in Berlin</li> </ul>
--	--	--	--	--

				<ul style="list-style-type: none"> <li>• MRP-Projektetreffen im Rahmen der Modelhaften Erprobung regionaler Projekte am 12./13.09.2019 in Berlin</li> <li>• Gemeinsam vom Gesetz zur Praxis: „Bilanz und Ausblick zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes“ am 16./17.09.2019 in Berlin</li> <li>• 10 Jahre UN-BRK: Wo stehen wir bei der Inklusion? (Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen) am 23.09.2019 in Berlin</li> <li>• Gespräch mit ZDF am 26.09.2019 in Potsdam</li> <li>• Schulungstagung VKGD am 28.09.2019 in Heiligenstadt</li> <li>• Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Gesundheit zur Reform des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (MDK) am 14.10.2019 in Berlin</li> <li>• Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales zu rechtlichen Regelungen für Menschen mit Behinderung am 14.10.2019 in Berlin</li> <li>• Filmdreh von Sehen statt Hören am 16.10.2019 in Berlin</li> <li>• 6. Sitzung des Expertenkreises der Bundesfachstelle Barrierefreiheit am 24.10.2019 in Berlin</li> <li>• DGB-Bundesversammlung von 25.-27.10.2019 in Augsburg</li> <li>• 32. Konsultationen der Monitoring-Stelle UN-BRK mit den behindertenpolitischen Verbänden am 06.11.2019 in Berlin</li> <li>• Gespräch mit Medienstaatssekretärin Heike Raab am 07.11.2019 in Berlin</li> <li>• Fotoausstellung „Audismus“ am 08.11.2019 in Berlin</li> <li>• Inklusionstage am 11./12.11.2019 in Berlin</li> <li>• 7. Runde „Barrierefreies Fernsehen“ am 12.11.2019 in Berlin</li> <li>• Symposium „Repräsentativbefragung zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung und Beeinträchtigung“ am 12.11.2019 in Berlin</li> <li>• 5. Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses am 13.11.2019 in Berlin</li> <li>• Abschlussveranstaltung zum Projekt „Unser gutes Recht: Verbandsklagen als strategisches Instrument der Selbsthilfe“ am 15.11.2019 in Berlin</li> <li>• DG-Mitgliederversammlung/Arbeitstagung mit Neuwahlen von 15.-17.11.2019 in Eisenach</li> <li>• Veranstaltung der DG: UN-BRK umsetzen: Gebärdensprachen an Schulen jetzt! am 18.11.2019 in Berlin</li> <li>• 25-jähriges Jubiläum von Loor Ens am 30.11.2019 in Köln</li> <li>• Abendveranstaltung „Inklusive Bildung in Deutschland – 10 Jahre UN-BRK“ am 02.12.2019 in Berlin</li> <li>• DBR-Welttagesveranstaltung „Einmischen, Mitmischen, Aufmischen – Perspektiven politischer Partizipation“ am 03.12.2019 in Berlin</li> <li>• Fachtagung „10 Jahre UN-BRK: Teilhabe durch Gebärdensprache(n) aus der Perspektive der Deaf Studies“ am 07.12.2019 in Berlin</li> <li>• Gespräch mit Corinna Rüffer (Bündnis 90/Die Grünen) am 09.12.2019 in Berlin</li> <li>• Abschlussveranstaltung „Alle dabei – gemeinsam unterwegs“ am 10.12.2019 in Berlin</li> <li>• Telefongespräch mit BMWi über barrierefreiem Notruf am 07.01.2020</li> <li>• 1. Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses am 16.01.2020 in Berlin</li> <li>• Gespräch mit LWL über Gebärdensprach-Avatar 20.01.2020 in Münster</li> </ul>
--	--	--	--	---

				<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gespräch mit Mareike Drygala am 21.01.2020 in Berlin</li> <li>• 70. Geburtstag des Sozialverbandes VdK Deutschland am 29.01.2020 in Berlin</li> <li>• Gespräch über barrierefreiem Notruf am 30.01.2020 in Berlin</li> <li>• Gespräch mit Herrn Staatssekretär Dr. Nußbaum (BMWi) am 12.02.2020 in Berlin</li> <li>• Sitzung des Expertenkreises der Bundesfachstelle zur Barrierefreiheit am 17.02.2020 in Berlin</li> <li>• Gespräch mit Frau Dr. Tabbara (BMAS) am 25.02.2020 in Berlin</li> <li>• 33. Konsultationen der Monitoring-Stelle UN-BRK mit den behindertenpolitischen Verbänden am 04.03.2020 in Berlin</li> <li>• 2. Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses am 11.03.2020 in Berlin</li> <li>• 3. Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses am 17.06.2020 per Zoom-Videokonferenz</li> <li>• 34. Konsultationen der Monitoring-Stelle UN-BRK mit den behindertenpolitischen Verbänden am 24.06.2020 per Zoom-Videokonferenz</li> </ul> <p>→ <b>Das Arbeitspaket 9 wurde erfolgreich abgeschlossen.</b></p>
10	<b>Öffentlichkeitsarbeit</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Berichte und Pressemitteilungen schreiben</li> <li>• Filmveröffentlichungen in Gebärdensprache</li> <li>• Korrespondenzen über Mail-Verteiler</li> <li>• Einträge in Facebook, Twitter und der DGB-Homepage</li> <li>• Film- und Fotodokumentation</li> </ul>	Juli 2017-Juni 2020 36 Monate		<p>Seit Projektbeginn im Jahr 2017 haben wir insgesamt 44 Pressemitteilungen, 20 Stellungnahmen, 16 Berichte und zahlreiche Videos in Gebärdensprache und mit Untertiteln verfasst und veröffentlicht. Der Mailverteiler wurde regelmäßig gepflegt und aktualisiert. Seit August 2018 ist der DGB-Newsletter ein- bis zweimal wöchentlich versendet worden. Insgesamt handelte es sich um 46 DGB-Newsletter. Im September 2019 wurde der DGB-Newsletter auf die neue Form „Mailchimp“ umgestellt.</p> <p>Wir haben zahlreiche Einträge auf Facebook, bei Twitter und auf unserer Homepage veröffentlicht. Die Anzahl der Fans der Facebook-Seite des DGB hat sich von 5.422 (Stand: 07/2017) auf 8.277 (Stand: 06/2020) erhöht, während die der Follower des DGB-Twitter-Accounts von 1.071 (Stand: 07/2017) auf 2.240 (06/2020) zugenommen hat.</p> <p>Seit dem 20.12.2018 sammeln wir die Daten der Anfragen unter <a href="mailto:info@gehoerlosen-bund.de">info@gehoerlosen-bund.de</a>. Bis zum 30.06.2020 haben wir 1.424 Anfragen bekommen und beantwortet. Durchschnittlich gibt es 80 Mails im Monat.</p> <p>→ <b>Das Arbeitspaket 10 wurde erfolgreich abgeschlossen.</b></p>
11	<b>Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG)</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bewilligungs- und Ablehnungsbescheide von Menschen mit Hörbehinderungen sammeln, Widerspruchschreiben sammeln</li> <li>• Probleme und Defizite aus der Umsetzungspraxis sammeln</li> <li>• Evaluationsbegleitung mit dem Hinblick auf die UN-BRK</li> </ul>	Januar 2018-Dezember 2019 24 Monate	Dokumentation, Berichte	<p>Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) hat die rechtlichen Regelungen für Menschen mit Behinderungen im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) reformiert und zu einem modernen Teilhaberecht weiterentwickelt. Das Sozialgesetzbuch IX ist durch das BTHG neu gefasst worden. Die Eingliederungshilfe für Behinderte ist aus dem bisherigen Fürsorgesystem der Sozialhilfe nach dem SGB XII herausgelöst und in das SGB IX mit eingebunden worden. Das BTHG tritt in vier Stufen zwischen dem 30.12.2016 und dem 01.01.2023 in Kraft.</p> <p><b>Reformstufe 1 (ab 01.01.2017/01.04.2017)</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Änderungen im Schwerbehindertenrecht</li> </ul>

				<ul style="list-style-type: none"> <li>• Erste Stufe bei Verbesserungen in der Einkommens- und Vermögensheranziehung, insbesondere durch die Erhöhung des Einkommensfreibetrags um bis zu 260 Euro monatlich und des Vermögensfreibetrags um 25.000 Euro</li> <li>• Verdoppelung des Arbeitsförderungsgeldes von 26 Euro auf 52 Euro monatlich</li> <li>• Erhöhung des Schonvermögens für Bezieher von SGB XII-Leistungen von derzeit 2.600 Euro auf 5.000 Euro</li> <li>• Merkzeichen „TBl“ (taubblind)</li> </ul> <p><b>Reformstufe 2 (ab 01.01.2018)</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einführung SGB IX, Teil 1 (Verfahrensrecht) und 3 (Schwerbehindertenrecht)</li> <li>• Vorgezogene Verbesserungen im Bereich der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und im Gesamtplanverfahren in der Eingliederungshilfe (im SGB XII)</li> <li>• Ergänzende Unabhängige Teilhabeberatung (EUTB)</li> </ul> <p><b>Reformstufe 3 (ab 01.01.2020)</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einführung SGB IX, Teil 2 (Eingliederungshilferecht)</li> <li>• Trennung der Fachleistungen der Eingliederungshilfe von den existenzsichernden Leistungen</li> <li>• Zweite Stufe bei Verbesserungen in der Einkommens- und Vermögensheranziehung: Der Vermögensfreibetrag steigt auf rund 50.000 Euro. Partnereinkommen und -vermögen wird nicht mehr herangezogen</li> </ul> <p><b>Reformstufe 4 (ab 01.01.2023)</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Neubestimmung des leistungsberechtigten Personenkreises in der Eingliederungshilfe (Artikel 25a BTHG, § 99 SGB IX)</li> </ul> <p><b>Begleitende Untersuchungen (Art. 25 des BTHG)</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wirkungsuntersuchung (Art. 25 Abs. 2 Satz 1, 1. Halbsatz BTHG)</li> <li>• Modellhafte Erprobung (Art. 25 Abs. 3 BTHG)</li> <li>• Finanzuntersuchung (Art. 25 Abs. 4 BTHG)</li> <li>• Evaluation der Neuregelung des leistungsberechtigten Personenkreises in der Eingliederungshilfe (Art. 25 Abs. 5 und Art. 25a § 99 BTHG)</li> </ul> <p>D. Büter hat diese begleitenden Untersuchungen (Art. 25 des BTHG) beobachtet und mitverfolgt. Der Abschlussbericht im Fall der Umsetzung von Artikel 25a § 99 des Bundesteilhabegesetzes (ab 2023) zu den rechtlichen Auswirkungen auf den leistungsberechtigten Personenkreis der Eingliederungshilfe (BT-Drucksache 19/4500, 13.09.2018, 131 Seiten) wurde veröffentlicht. Bis zum 31.12.2019 wurden Dolmetscherkosten für gehörlose Menschen im privaten und ehrenamtlichen Bereich nicht übernommen. Ab dem 01.01.2020 wurden die Leistungen zur sozialen Teilhabe (§ 76 – 84, SGB IX) und zu Assistenzleistungen im Rahmen der dritten Reformstufe reformiert, um eine individuelle Lebensführung zu ermöglichen und die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu fördern. Seitdem können gehörlose Menschen</p>
--	--	--	--	---



				<p>einen Antrag auf Kostenübernahme für Gebärdensprachdolmetscher/-innen im privaten und ehrenamtlichen Bereich nach §82 SGB IX (Leistungen zur Förderung der Verständigung) bei dem Träger der Eingliederungshilfe stellen. Es ist sehr problematisch, dass §82 SGB IX Gehörlosen nur dann ein Recht auf diese Leistungen zuspricht, wenn sie aus besonderem Anlass benötigt werden. Daneben wird Kommunikation in §78 als Anlass für Assistenzleistungen erwähnt. Diese Unterscheidung ist verwirrend! Daher müssen die Regelungen zu den Leistungen zur Kommunikation vereinfacht werden, indem sie in einem Paragraphen zusammengefasst werden. Wir fordern, die Formulierung „aus besonderem Anlass“ in §82 SGB IX „Leistungen zur Förderung der Verständigung“ zu streichen. Wir sind der Meinung, dass diese Formulierung ein großes Hindernis für die gehörlosen Leistungsberechtigten darstellt. Zudem sollte auf §99 SGB IX zur Definition des leistungsberechtigten Personenkreises verzichtet werden, und §78 SGB IX „Assistenzleistungen“ sollte um notwendige Unterstützung durch Dolmetscher/-innen für DGS und Deutsch und andere professionelle Kommunikationshilfen (Taubblindenassistenz) bei ehrenamtlichen und politischen Tätigkeiten ergänzt werden. Wir fordern die Abschaffung der Einkommens- und Vermögensabhängigkeit von Leistungen zur sozialen Teilhabe. Der Deutsche Gehörlosen-Bund hat am 26.04.2016 eine Stellungnahme 03/2016 zum Thema BTHG veröffentlicht. Diese Stellungnahme ist immer noch aktuell, da die Anmerkungen bzw. Wünsche des DGB noch nicht angenommen und umgesetzt werden. Übrigens gibt es auch einen sehr guten Artikel von Prof. Dr. Ulrich Hase mit dem Titel „Das BTHG im Spektrum der Erwartungen von Menschen mit Hörbehinderungen“, der in „Das Zeichen 106“ (Nr. 106, Seite 204-212) erschienen ist. Den Forderungsbereich „gesellschaftliche und politische Teilhabe“ hat der DGB in seinem Forderungskatalog (Seite 19-21) beschrieben. Der DGB plant, eine Pressemitteilung zu verfassen und zur Sammlung von Ablehnungsbescheiden und Widerspruchsschreiben von Gehörlosen und anderen Menschen mit Hörbehinderungen aufzurufen. Die Ergebnisse können für die Evaluation verwendet und auch dazu genutzt werden, die Forderungen zu den Nachbesserungen des BTHG neu zu formulieren.</p> <p><b>Veröffentlichungen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Stellungnahme 03/2016 zum Referentenentwurf eines Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz) vom 26.04.2016</li> </ul> <p>➔ <b>Das Arbeitspaket 11 wurde teilweise erfolgreich abgeschlossen.</b></p>
12	<p><b>Weiterentwicklungs- und Umsetzungsprozesse des NAP 2.0 inkl. Stellungnahme des DGB zum NAP 2.0</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Umsetzung des Arbeitsprogramms bzw. Forderungskatalogs</li> <li>• Forderungen in 13 Handlungsfeldern für die Implementierung der UN-BRK in der Praxis prüfen</li> </ul>	Januar 2018- Dezember 2019 24 Monate	Gespräche, Berichte	<p>Siehe gleiche Antworten bezüglich des Arbeitspakets 7.</p> <p>Bei der Bundesversammlung des DGB vom 20.-22.10.2017 in Bremen haben wir uns mit dem Schweizerischen Gehörlosen-Bund und dem Österreichischen Gehörlosen-Bund über den 4. internationalen Bildungs- und Fachkongress 2019 ausgetauscht (Organisation, Schwerpunktthema, Ort, Finanzierung, etc.).</p> <p>Bei der 6. Deutschen Kulturtagen der Gehörlosen vom 17.-19.05.2018 in Potsdam haben wir mit drei nationalen Gehörlosenverbänden (Frankreich, Österreich und Schweiz) von den Erfahrungen aus der politischen und gesellschaftlichen Arbeit ausgetauscht.</p>

	<p>und für den nächsten NAP und den Parallelbericht zum 2./3. Staatenbericht weiterentwickeln</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Begleitung der Beiratsmitglieder zu den Terminen mit Politikern und Ministerien</li> <li>• Analyse der Instrumente zu diversen Aktionsplänen</li> <li>• Erfahrungsaustausch auf internationalen und bilateralen Ebenen (Weltverband der GL, European Union of the Deaf, Österreichischer GL-Bund, Schweizerischer GL-Bund)</li> <li>• Vorstellung des Forderungskatalogs und der Umsetzungsprozesse zur UN-BRK in Deutschland beim 18. Weltkongress der Gehörlosen im 23.-27.7.2019 in Paris, Frankreich</li> <li>• Bestandsaufnahme zu Umsetzungsprozessen und Forderungskatalog für den nächsten NAP und den Parallelbericht zum 2. Staatenbericht zur UN-BRK in Deutschland beim 4. Internationalen Bildungs- und Fachkongress der Gehörlosen im Herbst 2019 in Deutschland</li> </ul>			<p>Der 4. Internationale Bildungs- und Fachkongress im deutschsprachigen Raum wird auf Frühjahr 2021 verschoben.</p> <p>→ <b>Das Arbeitspaket 12 wurde teilweise erfolgreich abgeschlossen.</b></p>
<p><b>12.1</b></p>	<p>Prüfung der Forderungen im Handlungsfeld 1: <b>Arbeit und Beschäftigung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Stärkung der Berufsorientierung und Förderung der Ausbildung von Jugendlichen mit Hörbehinderungen</li> <li>• Förderung der Beschäftigung von Menschen mit Hörbehinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt</li> <li>• Stärkung der Schwerbehindertenvertretungen</li> <li>• Verbesserung des Zugangs von Langzeitarbeitslosen zur beruflichen Rehabilitation und Förderung der beruflichen Integration von Menschen mit Hörbehinderungen</li> <li>• Förderung gesunder Arbeitsbedingungen und einer barrierefreien Arbeitsumgebung in Unternehmen</li> <li>• Nationale Konferenz zur „Zukunft inklusiven Arbeitens“ (ab 2018, BMAS)</li> </ul>	<p>Januar 2018-Dezember 2019 24 Monate</p>	<p>Gespräche, Berichte</p>	<p>D. Büter hat sich mit dem Thema „Arbeit und Beschäftigung“ auseinandergesetzt. Bei der Abschlusstagung „DeafExist“ am 09.03.2018 in Aachen hat er seinen Vortrag „Wege in die Selbstständigkeit – eine Möglichkeit zur Teilhabe am Arbeitsleben für hörbehinderte Menschen“ gehalten und an der Podiumsdiskussion teilgenommen. Bei den Kulturtagen der Gehörlosen in Potsdam hat Prof. Dr. C. Rathmann einen Vortrag über „Abbau der Barrieren im Arbeitsleben“ gehalten. Aufgrund der Gespräche mit behindertenpolitischen Sprechern wurde eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE bezüglich Arbeitsassistenten an die Bundesregierung verschickt (BT-Drucksache 19/1972). Die Bundesregierung hat auf diese Kleine Anfrage geantwortet (BT-Drucksache 19/2339). Dann haben wir die Stellungnahme verfasst und am 08.06.2018 veröffentlicht. Wir haben die 16 Landesverbände der Gehörlosen angeregt, mit den zuständigen Integrationsämtern der Länder Kontakt aufzunehmen, um zufriedenstellende Antworten auf unsere Fragen zu geben. Anschließend können wir diese der Bundesregierung und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) vorlegen und werden außerdem ein Gespräch mit dem BMAS darüber führen, wie die Arbeitsassistentenleistungen verbessert werden können. Wir haben unsere Anregungen und Vorschläge für die BIH-Empfehlung zur Arbeitsassistenten an die Arbeitsgruppe abgegeben. Die neuen BIH-Empfehlungen zur Arbeitsassistenten schwerbehinderter Menschen wurden neu überarbeitet und bereits veröffentlicht.</p>

				<p>D. Büter nahm an der Festveranstaltung des BIH „Die Hauptfürsorgestellen werden 100“ am 07.02.2019 teil.</p> <p>Wir haben an der delegs-Fachtagung „Teilhabe gehörloser Kolleginnen und Kollegen am Arbeitsleben“ am 20.03.2019 teilgenommen. D. Büter hat die Forderungen des DGB zum Thema Arbeit dort vorgetragen.</p> <p>Seit mehr als 15 Jahren arbeitet die Salo Bildung und Beruf GmbH in Berlin an der beruflichen Inklusion von Menschen mit Behinderungen. Daniel Büter nahm an dem Fachtag „Teilhabe am Arbeitsleben“ am 22.05.2019 teil.</p> <p><b>Veröffentlichungen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Stellungnahme 2/2018 „Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. ist mit der Antwort der Bundesregierung bezüglich „Arbeitsassistenten“ nicht zufrieden und strebt weiter an, die Teilhabe am Arbeitsleben zu verbessern und die Kommunikation sicherzustellen.“</li> <li>• BIH-Empfehlungen zur Arbeitsassistenten schwerbehinderter Menschen</li> </ul>
<p><b>12.2</b></p>	<p>Prüfung der Forderungen im Handlungsfeld 2: <b>Bildung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bilinguale Bildungsangebote in Gebärdens-, Laut- und Schriftsprache für gehörlose Menschen</li> <li>• Barrierefreie Zugänglichkeit zu allen Bildungswegen für gehörlose Menschen mit Gebärdensprachdolmetscher</li> <li>• Verbesserung der Aus-, Fort- und Weiterbildung von pädagogischen Fachkräften</li> <li>• Verbesserung der Kenntnisse über Erfolgsfaktoren inklusiver Bildung</li> <li>• Stärkere Implementierung der Teilhabeforschung in Deutschland</li> <li>• Verbesserung der Datenlage zur Teilhabeberichterstattung</li> </ul>	<p>Januar 2018-Dezember 2019 24 Monate</p>	<p>Gespräche, Berichte</p>	<p>Wir haben den Wahlprüfstein „Bildung“ zur Bundestagswahl 2017 mit unseren Forderungen formuliert. Diese Forderungen wurden nicht in den Koalitionsvertrag aufgenommen.</p> <p>Die behindertenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, C. Rüffer, hat 37 Fragen „Zur Situation von hörbeeinträchtigten Menschen in Deutschland“ an die Bundesregierung gestellt. Einige davon beinhalten das Thema Bildung.</p> <p>Wir bearbeiten die Stellungnahme bezüglich der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Zur Situation von hörbeeinträchtigten Menschen in Deutschland“ noch.</p> <p>Bei den Kulturtagen der Gehörlosen in Potsdam haben drei gehörlose Lehrerinnen einen Vortrag über das Thema „Ist ‚Deutsche Gebärdensprache‘ in Zukunft erlernbar an allen Schulen?“ gehalten.</p> <p>Wir haben zusammen mit dem Gehörlosenverband Niedersachsen e. V. das Fachtreffen „Gebärdensprache in den Schulen – Perspektiven und Strategien“ am 20.09.2018 in Hannover organisiert.</p> <p>Zur dreitägigen Fachtagung „Inklusive Bildung durch Gebärdensprache“ des Gehörlosenverbandes München und Umland e.V. (GMU) von 17.–19.05.2019 in München sind viele Gehörlose, Eltern und Fachleute aus dem bayerischen Raum gekommen. Ebenso waren Vertreter des bayerischen Sozial- und Kultusministeriums wie auch einige Professoren für Gehörlosen-/Schwerhörigenpädagogik von deutschen Hochschulen anwesend. An einer abendlichen Diskussionsrunde nahm auch Helmut Vogel als Präsident und Leiter des Fachteams „Bildung“ teil. Der GMU hat am 18.06.2019 eine ausführliche Pressemitteilung veröffentlicht. Demnächst wird ein konkreter Forderungskatalog für die bayerische Schulpolitik veröffentlicht. Es war ein großes zweites Treffen nach dem Fachtreffen des DGB am 20.09.2018 in Hannover.</p> <p>Die Deutsche Gesellschaft der Hörbehinderten – Selbsthilfe und Fachverbände e. V. hat am 18.11.2019 eine Fachtagung zum Thema „Gebärdensprache an Schulen jetzt!“ veranstaltet. Daran nahmen Helmut Vogel und Daniel Büter teil. Das Ziel dieser Fachtagung war es, die Öffentlichkeit und Verantwortliche aus der Bildungspolitik und den Bildungsministerien über den Einsatz der</p>

				<p>Deutschen Gebärdensprache (DGS) an Schulen in Deutschland aufzuklären und dazu zu bewegen, endlich das Unterrichtsfach DGS deutschlandweit als (Fremd-)Sprachenfach einzuführen.</p> <p><b>Veröffentlichungen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen „Zur Situation von hörbeeinträchtigten Menschen in Deutschland“ (Drucksache 19/1620)</li> <li>• Pressemitteilung 11/2018 „Hauptziel des Fachtreffens am 20.09.2018 in Hannover: Anerkennung und Umsetzung der Deutschen Gebärdensprache als Unterrichtsfach an den Förderschulen und als Wahlpflichtfach der Fremdsprache an den allgemeinbildenden Schulen“</li> <li>• Dokumentation der Deutschen Gesellschaft der Hörbehinderten – Selbsthilfe und Fachverbände „Gebärdensprache an Schulen jetzt!“ am 18.11.2019 in Berlin</li> </ul>
12.3	<p>Prüfung der Forderungen im Handlungsfeld 3: <b>Rehabilitation, Gesundheit und Pflege</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht mit Verbesserungen bei der Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen</li> <li>• Weiterentwicklung der medizinischen und medizinisch-beruflichen Rehabilitation für Hörbehinderte</li> <li>• Bedarfsgerechte Ausgestaltung der Gesundheitsversorgung und Pflege für Menschen mit Hörbehinderungen</li> <li>• Ausbau des Angebots an ausreichend spezialisierten gynäkologischen Praxen und Ambulanzen für Frauen und Mädchen mit Hörbehinderungen</li> <li>• Bedarfsgerechte Ausgestaltung der Gesundheitsversorgung für hörbehinderte Menschen mit Gewaltfolgen</li> </ul>	Januar 2018-Dezember 2019 24 Monate	Gespräche, Berichte	<p>Wir haben den Wahlprüfstein „Rehabilitation, Gesundheit und Pflege“ mit unseren Forderungen formuliert.</p> <p>Wir haben mit den behindertenpolitischen Sprechern über die Problematik der Dolmetscherkostenübernahme im Krankenhaus besprochen.</p> <p>Wir haben den Entwurf zur Fortschreibung des Hilfsmittelverzeichnisses im Bereich Kommunikationshilfen (PG 16) und die Stellungnahme des DSB gelesen und analysiert und nahmen an dem Gespräch zum mündlichen Stellungnahmeverfahren beim GKV-Spitzenverband im Herbst 2018 teil.</p> <p>Wir haben uns mit dem Thema der 6. Versorgungsmedizinischen Verordnung sehr beschäftigt. Daniel Büter nahm als Gast an der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Gesundheit am 14.10.2019 teil und verfolgte, wie Dr. Siiri Doka, Referatsleiterin für Gesundheits- und Pflegepolitik der BAG Selbsthilfe, die Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema der Kosten des Gebärdensprachdolmetschens im Krankenhaus beantwortete.</p> <p>Anlässlich der Ausbreitung des Coronavirus haben wir ein Aufklärungspapier, Stellungnahmen, Pressemitteilungen und zahlreiche Videofilme in DGS veröffentlicht und uns für die volle Zugänglichkeit zu gesundheitlichen Informationen über das Coronavirus in Gebärdensprache und mit Untertiteln auf Bundesebene eingesetzt. Zahlreiche Informationsangebote und Nachrichten sowie Links zum Thema Coronavirus und Informationszugänglichkeit bzw. Barrierefreiheit haben wir auf der DGB-Homepage gesammelt und diese Zusammenstellung regelmäßig aktualisiert.</p> <p><b>Veröffentlichungen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Pressemitteilung 07/2017 „Spendenaufwurf für die Anwalts- und Gerichtskosten in Bezug auf den Rechtsstreit der Familie Walte mit der Stadt Duisburg über die Mehrkosten der Pflege der gehörlosen Frau Walte“</li> <li>• Stellungnahme 01/2019 „Vorab-Stellungnahme zur künftig geplanten 7. Versorgungsmedizinischen Änderungsverordnung“</li> <li>• Stellungnahme 08/2019 zum Entwurf eines Gesetzes für bessere und unabhängigere Prüfungen (MDK-Reformgesetz)</li> </ul>

				<ul style="list-style-type: none"> <li>• Pressemitteilung 02/2020 „Krankenhäuser sind seit 01.01.2020 nicht mehr für die Dolmetscherkosten zuständig, sondern die Krankenkassen“</li> <li>• Stellungnahme 03/2020 „Fehlender Zugang zu gesundheitlichen Informationen über das Coronavirus in Gebärdensprache und mit Untertiteln“</li> <li>• Stellungnahme 04/2020 „Bereitstellung von gesundheitsrelevanten Informationen zur Corona-Krise in Gebärdensprache und mit Untertiteln: zum aktuellen Stand“</li> <li>• Pressemitteilung 03/2020 „Das Verwenden von Mund-Nase-Masken ohne und mit Sichtfenster erschwert die Kommunikation zwischen Hörenden und Gehörlosen. Die Möglichkeiten der Kommunikation müssen vielfältiger sein!“</li> </ul>
<b>12.4</b>	<p>Prüfung der Forderungen im Handlungsfeld 4: <b>Kinder, Jugendliche, Familie und Partnerschaft</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderung der Entwicklung von Kindern mit Hörbehinderungen von Anfang an</li> <li>• Stärkung der Qualität inklusiver frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung</li> <li>• Schnittstellen in den Leistungssystemen möglichst überwinden</li> <li>• Verbesserung des Schutzes von Mädchen und Jungen mit Hörbehinderung vor (sexualisierter) Gewalt in und außerhalb von Einrichtungen</li> <li>• Stärkung der Menschen- und Persönlichkeitsrechte intergeschlechtlicher Menschen</li> <li>• Verbesserung der Situation von Müttern und Vätern mit Hörbehinderungen</li> </ul>	Januar 2018-Dezember 2019 24 Monate	Gespräche, Berichte	<p>Wir haben den Wahlprüfstein „Kinder, Jugendliche und Familie“ mit unseren Forderungen formuliert. Bei den Kulturtagen der Gehörlosen in Potsdam haben S. Bräunlich und Dr. O. Rien einen Vortrag über „CI und Gebärde - geht das?“ gehalten. Wir haben eine Fachtagung zum Thema „Cochlea Implantat (CI) – Realitäten ohne Zwang“ organisiert und durchgeführt, welche am 28.11.2018 im Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Berlin stattfand. Die Fotos und Videofilme sind auf die DGB-Homepage zur Verfügung gestellt. Wir haben die Dokumentation zur Fachtagung „CI – Realitäten ohne Zwang“ abschließend bearbeitet und für die Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.</p> <p><b>Veröffentlichungen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Stellungnahme 02/2017 „Zur aktuellen Diskussion bezüglich des Versuchs, gegen den Willen der gehörlosen Eltern gerichtlich durchzusetzen, einem gehörlosen Kind ein Cochlea-Implantat einzusetzen“</li> <li>• Pressemitteilung 01/2018 „Der CI-Zwang für gehörlose Kinder ist nicht mit der UN-Behindertenrechtskonvention vereinbar. – Unsere Aktivitäten bezüglich der aktuellen Situation um das Cochlea-Implantat“</li> <li>• Pressemitteilung 13/2018 „Zwang zu einer CI-Operation als äußerst bedenkliche Entscheidungsgrundlage“ und „Förderung der bimodal-bilingualen Erziehung mit Gebärdensprache für Kinder mit Hörbehinderungen“ sind die Schwerpunkte der Fachtagung des DGB mit dem Thema „Cochlea Implantat – Realitäten ohne Zwang“ am 28.11.2018 in Berlin“</li> <li>• Pressemitteilung 14/2018 „Klare Antwort und Bestätigung der Fachtagung „Cochlea Implantat – Realitäten ohne Zwang“: Gegen CI-Zwang und für eine bimodal-bilinguale Förderung mit Gebärdensprache zum Wohle aller Kinder mit Hörbehinderung!“</li> <li>• Pressemitteilung 04/2020 „Die Dokumentation zur Fachtagung ‚Cochlea Implantat – Realitäten ohne Zwang‘ ist erschienen!“</li> <li>• Dokumentation zur Fachtagung „CI – Realitäten ohne Zwang“</li> </ul>

<p><b>12.5</b></p>	<p>Prüfung der Forderungen im Handlungsfeld 5: <b>Frauen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderung der Interessenvertretung von Frauen mit Hörbehinderungen und Stärkung ihrer Mitwirkungsmöglichkeiten</li> <li>• Stärkung des Gewaltschutzes für Frauen mit Hörbehinderungen</li> </ul>	<p>Januar 2018-Dezember 2019 24 Monate</p>	<p>Gespräche, Berichte</p>	<p>Wir haben den Wahlprüfstein „Frauen“ mit unseren Forderungen formuliert. Die Forderungen sind in den Koalitionsvertrag aufgenommen. F. Jung und E. Lißbeck haben bei den Kulturtagen der Gehörlosen in Potsdam einen Vortrag über „Selbstbestimmt leben ohne Gewalt! Wie ist das möglich?“ gehalten. Am 02.02.2019 wurde Silvia Gegenfurtner als DGB-Frauenbeauftragte gewählt. Wir haben uns mit ihr über den Projektantrag „Frauseminar im Jahr 2020“ und die EUD-Arbeitsgruppe „Geschlechtergleichheit“ ausgetauscht. S. Gegenfurtner hat das Amt als Fachteamleiterin für Frauen aus persönlichen Gründen abgeben. E. Kaufmann übernahm kommissarisch das Amt.</p>
<p><b>12.6</b></p>	<p>Prüfung der Forderungen im Handlungsfeld 6: <b>Ältere Menschen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderung barrierefreier Wohnstrukturen</li> <li>• Bedarfsgerechte, z.B. barrierefreie, Unterstützungs- und Beratungsangebote für ältere Menschen mit Hörbehinderungen und Menschen mit Hörbehinderungen im Alter</li> <li>• Bereitstellung der notwendigen Pflegeleistungen für ältere Menschen mit Hörbehinderungen</li> </ul>	<p>Januar 2018-Dezember 2019 24 Monate</p>	<p>Gespräche, Berichte</p>	<p>Wir haben den Wahlprüfstein „Senioren“ mit unseren Forderungen verfasst. Wir haben mit der Bundesreferentin B. Schudlik und ihrem Team für die Organisation des 13. Seniorenseminars vom 07. bis 09.11.2017 in Dresden zusammengearbeitet. B. Schudlik hat das Amt als Bundesreferentin aus gesundheitlichen Gründen abgeben. Kommissarisch übernahm B. Siebert das Amt, bis zur Wahl im Jahr 2018. Mit B. Siebert haben wir das 14. Seniorenseminar vom 07.-09.11.2018 in Kassel organisiert. Dort wurde B. Siebert als DGB-Seniorenbeauftragter offiziell gewählt. Der Gehörlosenverband Hamburg hat gemeinsam mit drei weiteren Landesverbänden für gehörlose Menschen den 1. Norddeutschen Gehörlosen-Seniorentreff vom 14.-16.06.2019 in Hamburg veranstaltet.</p> <p><b>Veröffentlichungen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Pressemitteilung 16/2017 „Schon zum 13ten Mal fand das Seniorenseminar des Deutschen Gehörlosen-Bundes vom 07. bis 09. November 2017 in Dresden statt.“</li> </ul>
<p><b>12.7</b></p>	<p>Prüfung der Forderungen im Handlungsfeld 7: <b>Bauen und Wohnen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderung der barrierefreien Gestaltung von Wohnungen</li> <li>• Förderung der Gestaltung eines inklusiven Sozialraums unter besonderer Berücksichtigung ländlicher Räume</li> </ul>	<p>Januar 2018-Dezember 2019 24 Monate</p>	<p>Gespräche, Berichte</p>	<p>Das Thema bzw. der Bereich „Bauen und Wohnen“ ist im Forderungskatalog bisher nicht enthalten bzw. wird nicht erläutert, weil ein Fachteam „Bauen und Wohnen“ bei Bedarf noch gesucht bzw. gefunden werden müsste.</p>
<p><b>12.8</b></p>	<p>Prüfung der Forderungen im Handlungsfeld 8: <b>Mobilität</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Verbesserung der Barrierefreiheit in den verschiedenen Bereichen des Personenverkehrs</li> <li>• Forschungsvorhaben zur Verbesserung der Barrierefreiheit</li> </ul>	<p>Januar 2018-Dezember 2019 24 Monate</p>	<p>Gespräche, Berichte,</p>	<p>D. Büter nahm an den Sitzungen der Arbeitsgruppe „3. Programm zur Barrierefreiheit der Deutschen Bahn AG“ teil und hat die Maßnahmen (Mobilitätsservice-Zentrale (Textchat), Gebärdensprachavatar, App DB Barrierefrei, etc.) mitgestaltet bzw. mitentwickelt. Hans-Jürgen Kleefeldt hat die Leitung für das Fachteam „Mobilität“ übernommen. Er nahm an der Sitzung der Arbeitsgruppe Deutsche Bahn am 27.03.2019 teil. D. Büter nahm an dem Expertengespräch mit dem Verband Deutscher Freizeitparks und Freizeitunternehmen e.V. am 12.01.2018 in Berlin teil. Wir haben mit dem Deutschen Schwerhörigenbund und der Deutschen Gesellschaft der Hörbehinderten – Selbsthilfe und Fachverbände eine Resolution zum barrierefreien Notruf am 24.10.2016</p>

				<p>verabschiedet, in der die Einrichtung eines bundesweiten barrierefreien Notrufs gefordert wird. Die Voraussetzungen dafür werden bereits teilweise erfüllt. Seit 01.07.2018 kann der barrierefreie Notruf über die Telefonvermittlungsdienste kostenfrei und rund um die Uhr in Gebärdensprache und in Schriftsprache abgesetzt werden. Bisher mangelt es noch an einer staatlichen Notruf-App, welche nach der Änderung des § 108 des Telekommunikationsgesetzes eingerichtet werden muss. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie fördert seit Oktober 2017 die Entwicklung eines Prototyps einer Notruf-App, die den Notruf direkt vom Smartphone in die örtlich zuständige Leitstelle von Polizei und Feuerwehr bringt. Die Bundesregierung möchte „innerhalb der nächsten Monate“ einen Prototyp für eine Notruf-App testen. Bisher gibt es für gehörlose Menschen nur zwei kostenfreie Optionen, einen Notruf abzusetzen: per Fax oder per Telefonvermittlungsdienst mit Gebärdensprachdolmetschern und Schriftdolmetschern. Apps existieren bereits, allerdings sind diese kostenpflichtig. Steffen Helbing übernahm die Leitung für die Fachteamgruppe „Notruf/Katastrophenversorgung“. Wir haben uns mit Wilfried Oellers, dem behindertenpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion CDU/CSU, über Barrierefreien Notruf, besonders über eine bundesweite staatliche Notruf-App, intensiv ausgetauscht. Elisabeth Kaufmann nahm an das 2. Expertengespräch mit dem Verband Deutscher Freizeitparks und Freizeitunternehmen (VDFU) am 18.07.2019 in Berlin teil. Hans- Jürgen Kleefeldt nahm an der Sitzung der begleitenden Arbeitsgruppe der DB AG am 06.11.2019 in Berlin teil.</p> <p><b>Veröffentlichungen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Pressemitteilung 3/2018 „Neue Services der Deutschen Bahn für Gehörlose und andere Menschen mit Hörbehinderungen“</li> <li>• Die Stellungnahme 02/2019 „Kritik an der neuen Regelung der Bahn für Menschen mit Behinderungen“</li> <li>• Die Stellungnahme 01/2017 „Wir wollen Achterbahn im Freizeitpark „Phantasialand“ mitfahren! Wir fordern sofortige Aufhebung des Achterbahn-Verbots für Menschen mit Hörbehinderungen!“</li> <li>• Pressemitteilung 08/2017 „Offizielle Bekanntgabe zum erstmaligen staatlichen barrierefreien Notruf rund um die Uhr von der Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries am 18.07.2017“</li> <li>• Dokumentation zur Fachtagung „Barrierefreier Notruf“</li> <li>• Pressemitteilung 02/2018 „Unsere Dokumentation zur Fachtagung „Barrierefreier Notruf“ ist endlich da!“</li> <li>• Pressemitteilung 01/2020 „Menschen mit Hör- und Sprachbehinderungen brauchen mehr staatliche Sicherheit und staatlichen Schutz in Notfall- bzw. Gefahrensituationen!“</li> </ul>
<b>12.9</b>	<p>Prüfung der Forderungen im Handlungsfeld 9: <b>Kultur, Sport und Freizeit</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Verbesserung der Barrierefreiheit im Kulturangebot,</li> </ul>	Januar 2018-Dezember 2019 24 Monate	Gespräche, Berichte	<p>Wir haben den Wahlprüfstein „Barrierefreie Medien“ mit unseren Forderungen formuliert. Die Forderungen wurden in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Wir haben die Fachtagung „Barrierefreie Medien“ am 12.09.2017 in Mainz organisiert.</p>

<ul style="list-style-type: none"> <li>• Unterstützung eines verbesserten Zugangs zu Medienangeboten (Kino und Film, Rundfunk, Internet),</li> <li>• 100 % Untertitel in den Medien und 5 % Gebärdenspracheinblendung</li> <li>• Verbesserung des Zugangs von kulturschaffenden Menschen mit Hörbehinderungen zum Kulturbetrieb</li> <li>• Stärkung der Möglichkeiten ehrenamtlichen Engagements von Menschen mit Hörbehinderungen</li> </ul>			<p>Bei den Kulturtagen der Gehörlosen in Potsdam hat eine Podiumsdiskussion zum Thema „Wann kommt die volle Barrierefreiheit in den Medien?“ stattgefunden. Wir haben die Dokumentation zur Fachtagung „Barrierefreie Medien“ als Broschüre und die Pressemitteilung 6/2018 „Die Dokumentation zur Fachtagung „Barrierefreie Medien“ als Instrument zur Aufklärung und Sensibilisierung veröffentlicht. Außerdem haben wir sechs Forderungen nach barrierefreien Medien überarbeitet und aktualisiert. Mit der Dokumentation haben wir das Schreiben an Bundes- und Landesregierungen, die Behindertenbeauftragten sowie die behindertenpolitischen und medienpolitischen Sprecher der Bundestags- und Landtagsfraktionen per Post und E-Mail zugesendet. Wir haben Gespräche mit medienpolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen (T. Hacker (FDP), M. Stumpp (Grüne), E. Motschmann (CDU)) geführt. D. Büter hat beim 6. Runden Tisch „Barrierefreies Fernsehen“ bei den Inklusionstagen konstruktiv mitdiskutiert, um die Barrierefreiheit im Fernsehen auszubauen. D. Büter war beim Runden Tisch zum EFRE-Forschungsprojekt „TV-Untertitel für gehörlose und schwerhörige Kinder“ am 08.02.2019 in Hildesheim anwesend. Am 25.06.2019 hat der NDR zum Treffen mit den Vertretern der Gehörlosenverbände in Hamburg eingeladen. Die Gesprächsrunde beim BR fand am 10.07.2019 in München statt. Das Gespräch mit dem ZDF fand am 26.09.2019 in Potsdam statt. Wir haben ein Gespräch mit der Medienstaatssekretärin Frau Raab am 07.11.2019 geführt, um in einen Austausch über zwei Themen zu kommen: den Medienstaatsvertrag und die Fernsehsendung „Sehen statt Hören“. Im Rahmen der jährlichen Inklusionstage des BMAS fand am 12.11.2019 zum siebten Mal der Runde Tisch „Barrierefreies Fernsehen“ statt.</p> <p><b>Veröffentlichungen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Pressemitteilung 9/2017 „Malu Dreyer, Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz und Vorsitzende der Rundfunkkommission der Länder, ist unsere Schirmherrin für die Fachtagung „Barrierefreie Medien“.“</li> <li>• Hintergrundinformationen zur Fachtagung „Barrierefreie Medien“ am 12.09.2017</li> <li>• Pressemitteilung 13/2017 „Der Untertitelausbau darf nicht stagnieren und die Gebärdensprache darf nicht im Internet „versteckt“ sein – intensiver Austausch bei der Fachtagung „Barrierefreie Medien“ über mehr Barrierefreiheit im Fernsehen“</li> <li>• Dokumentation zur Fachtagung „Barrierefreie Medien“</li> <li>• Pressemitteilung 6/2018 „Die Dokumentation zur Fachtagung „Barrierefreie Medien“ als Instrument zur Aufklärung und Sensibilisierung“</li> <li>• Dokumentation des 6. Runden Tisches „Barrierefreies Fernsehen“</li> <li>• Stellungnahme 04/2019 „Novellierung des Filmförderungsgesetzes“</li> <li>• Stellungnahme 07/2019 „Stellungnahme zum überarbeiteten Entwurf für einen Medienstaatsvertrag“</li> <li>• Stellungnahme 09/2019 „Musikperformance und Empowerment“</li> </ul>
---	--	--	---



<p><b>12.10</b></p>	<p>Prüfung der Forderungen im Handlungsfeld 10: <b>Gesellschaftliche und politische Teilhabe</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Soziale und gesellschaftliche Akzeptanz unserer Sprache und unserer besonderen Kommunikationsbedürfnisse</li> <li>• Übernahme der Kosten für Gebärdensprachdolmetscher, insbesondere im privaten und ehrenamtlichen Bereich</li> <li>• Stärkung der Gleichstellung von Menschen mit Hörbehinderungen</li> <li>• Verbesserung der Zugänglichkeit zu Informationen und Kommunikation</li> <li>• Förderung von Barrierefreiheit</li> <li>• Verbesserung der Datenlage zur Teilhabesituation von Menschen mit Hörbehinderungen</li> </ul>	<p>Januar 2018-Dezember 2019 24 Monate</p>	<p>Gespräche, Berichte</p>	<p>Wir haben den Wahlprüfstein „Gesellschaftliche und politische Teilhabe“ mit unseren Forderungen formuliert. Die Forderungen wurden in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Der Bundestagsfraktion DIE LINKE hat den Antrag „Menschenrecht auf Barrierefreiheit umsetzen – Privatwirtschaft zu Barrierefreiheit verpflichten“ (BT-Drucksache 19/1342) an den Bundestag gestellt. Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) soll den Referentenentwurf für die Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) vorlegen. Wir haben an dem DBR-Forderungspapier AGG mitgewirkt und es mitgestaltet. Dieses Forderungspapier wurde veröffentlicht. H. Vogel und D. Büter nahmen an der Bilanzveranstaltung vom Projekt Umsetzungsbegleitung BTHG am 16./17.09.2019 teil.</p> <p><b>Veröffentlichungen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Stellungnahme 3/2018 „Der bisherige Standard des Behindertengleichstellungsgesetzes darf nicht durch die Umsetzung der EU-Richtlinie 2016/2102 für Menschen mit Hörbehinderungen verschlechtert werden.“</li> <li>• Pressemitteilung 4/2018 „Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. fordert die Verpflichtung statt die Freiwilligkeit zur digitalen Barrierefreiheit im privaten Sektor!“</li> <li>• Pressemitteilung 10/2018 „Mit dem SQAT-Verfahren können Gehörlose sich an die Schlichtungsstelle wenden, wenn ein Konflikt, eine Benachteiligung oder eine kommunikative Barriere mit Trägern öffentlicher Gewalt des Bundes entstanden ist.“</li> <li>• Stellungnahme 06/2018 „Der Telefonvermittlungsdienst in Schrift- und Gebärdensprache soll für Gehörlose und andere Menschen mit Hörbehinderungen ab dem 01.01.2019 bundesweit kostenfrei genutzt werden können!“</li> <li>• Stellungnahme 05/2019 zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der BITV 2.0</li> </ul>
<p><b>12.11</b></p>	<p>Prüfung der Forderungen im Handlungsfeld 11: <b>Persönlichkeitsrechte</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Stärkung des Selbstbestimmungsrechts hilfebedürftiger Erwachsener</li> <li>• Stärkung des Bewusstseins in der Justiz für die Rechte von Menschen mit Hörbehinderungen</li> <li>• Umgang mit und Vermeidung von Zwangsmaßnahmen in Einrichtungen und der psychiatrischen Versorgung</li> </ul>	<p>Januar 2018-Dezember 2019 24 Monate</p>	<p>Gespräche, Berichte</p>	<p>Judith Hartmann nahm als DGB-Vertreterin an dem dritten Workshop des von der Aktion Mensch geförderten behinderungsübergreifenden Muster- und Verbandsklageprojekts am 25.06.2019 in Berlin teil. Organisatoren waren der deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband e. V. in Kooperation mit der Rechtsberatungsgesellschaft „Rechte behinderter Menschen“ gemeinnützige GmbH. Thema des Workshops war dieses Mal die Rechtsdurchsetzung barrierefreier Mobilität. Die Hürden sind vielfältig. Die Problemlagen sollten anhand von Fällen aus der Beratungspraxis analysiert und einer rechtlichen Bewertung zugeführt werden. Im ersten Teil des Workshops ging es dabei um die Barrierefreiheit bei der Nutzung des öffentlichen Personenverkehrs –von fehlenden Informationen am Bahnsteig über Probleme mit Ein-, Aus- und Umstiegshilfen bei Bahnreisen bis zur verweigerter Mitnahme von Assistenzhunden. Im zweiten Teil des Workshops wurde dann die Barrierefreiheit im Straßenraum adressiert –von Problemen mit Ampeln über stufenlose Zugänge bis zur Gestaltung öffentlicher Plätze. Ein besonderes Augenmerk wurde daraufgelegt, wie die Rechtsdurchsetzung mit Muster- und Verbandsklagen sowie weiteren rechtlichen Instrumenten vorangebracht werden kann.</p>

				<p>Am 15.11.2019 fand die Abschlussveranstaltung des Verbandsklageprojekts der gemeinnützige GmbH Rechte behinderter Menschen (rbm) in Berlin statt. Für den DGB nahm Judith Hartmann an der Veranstaltung teil. Projektleiter Dr. Michael Richter blickte auf die dreijährige Projektlaufzeit zurück, die sowohl durch positive Ergebnisse als auch durch nicht erfüllte Erwartungen geprägt gewesen sei. Insgesamt könne die Klagehäufigkeit höher sein, allerdings seien nicht alle an das Projekt herangetragenen Fallkonstellationen für ein Verbandsklageverfahren geeignet gewesen. Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit sei in Zukunft stärker in die Arbeit mit einzubeziehen. Die Schlichtungsstelle nach dem Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) stellte auf ihre bisherige Arbeit vor, und wies darauf hin, dass zunehmend auch Verbände Schlichtungsanträge stellten. Weiterhin präsentierte sich in einem Vortrag die Deutsche Umwelthilfe (DUH), die über eine deutlich bessere finanzielle und personelle Ausstattung verfügt und daher Verbandsklagen hochprofessionell angehen kann. Geplant ist, dass die Workshopteilnehmer/-innenkünftig weiterhin über eine Art Netzwerk verbunden bleiben und dass das Thema Verbandsklage für die Behindertenverbände weiter im Fokus bleibt.</p> <p><b>Veröffentlichung:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Stellungnahme 01/2020 „zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes (JVEG-Änderungsgesetz 2020)“</li> </ul>
<p><b>12.12</b></p>	<p>Prüfung der Forderungen im Handlungsfeld 12: <b>Internationale Zusammenarbeit</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Verbesserung der Beteiligung von Menschen mit Hörbehinderungen und ihren Interessensvertretungen in den Prozessen der Entwicklungszusammenarbeit und der Humanitären Hilfe</li> <li>• Verbesserung der Datenlage zur Situation von Menschen mit Hörbehinderungen in den Partnerländern</li> <li>• Stärkung der Zusammenarbeit mit der Europäischen Union und den Vereinten Nationen</li> </ul>	<p>Januar 2018-Dezember 2019 24 Monate</p>	<p>Gespräche, Berichte</p>	<p>Bei den Kulturtagen der Gehörlosen in Potsdam hat R. Grund einen Vortrag über „NAUWU = Nothing About Us Without Us (Nichts Über Uns Ohne Uns) in der Entwicklungszusammenarbeit gehalten. Auch über „Nachhaltige Entwicklung für Alle“ hat G. Weigt einen Vortrag gehalten. Die Bundesregierung überarbeitet in diesem Jahr die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Gemeinsam setzen wir uns mit der ISL und bezev für eine inklusive Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ein und haben eine stärkere Berücksichtigung von Menschen mit Behinderung bei der Umsetzung eingefordert.</p> <p>Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie ist die zentrale Strategie der Bundesregierung zur Umsetzung der Agenda 2030 und der Nachhaltigkeitsziele.</p> <p>Steffen Helbing, der 2. Vizepräsident und Leiter des Fachteams „Internationales“, hat an der Sitzung beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) am 17.06.2019 in Bonn teilgenommen. Dort traf sich wieder das ‚Expertenteam Inklusion‘ zu einer Sitzung. Es ging u.a. um einen übersektoralen Konzeptentwurf zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Das Expertenteam kämpft mit guten Ideen für dieses Ziel! Die Zivilgesellschaft müsse mehr eingebunden werden. Es solle eine Botschaft an die Politik gehen, damit ein Umdenken erreicht und das Thema ‚Menschen mit Behinderung‘ auch bei der Arbeit des BMZ noch mehrberücksichtigt wird, um eine bessere Förderung zu ermöglichen.</p>

<p><b>12.13</b></p>	<p>Prüfung der Forderungen im Handlungsfeld 13: <b>Bewusstseinsbildung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Steigerung des Bewusstseins für das Thema Inklusion in</li> <li>den obersten Bundesbehörden durch die Entwicklung von Aktionsplänen</li> <li>Durchführung von Veranstaltungen und Fortbildungen für verschiedene Zielgruppen zu unterschiedlichen Inklusionsthemen</li> </ul>	<p>Januar 2018- Dezember 2019 24 Monate</p>	<p>Gespräche, Berichte</p>	<p>Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen „Zur Situation von hörbeeinträchtigten Menschen in Deutschland“ (Drucksache 19/1620) zeigt uns deutlich, dass das Bewusstsein der Bundesregierung für die Lebenssituation gehörloser Menschen nicht ausreichend vorhanden ist. Auch ist das im Koalitionsvertrags verwendete Wort "Gebärdendolmetscher" nicht die richtige Bezeichnung. Für den Vertrag angemessen wäre "Dolmetscher für Gebärdensprache" oder „Gebärdensprachdolmetscher“. Wir müssen weiterhin darüber aufklären und dafür sensibilisieren.</p> <p><b>Veröffentlichungen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Stellungnahme 4/2018 „Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. und die Gehörlosengemeinschaft Sachsen-Anhalt e. V. halten das Verbot der Gebärdensprache auf der Bühne bei einer Jugendweihefeier für diskriminierend.“</li> <li>Pressemitteilung 7/2018 „Durch Gebärdensprache gehört jeder ganz natürlich dazu!“ lautet das gemeinsame Motto des Internationalen Tages der Gebärdensprachen und der Internationalen Woche der Gehörlosen vom 23. bis 30. September 2018“</li> <li>Stellungnahme 03/2019 „Keine gute Aufklärung bzw. Sensibilisierung bei der SOKO München Folge "Stille Liebe"!“</li> <li>Stellungnahme 06/2019 „Der Deutsche Gehörlosen-Bund nimmt Stellung zu den Zahlen der Schwerbehindertenstatistik – 0,1 Prozent der Gesamtbevölkerung sind gehörlos, also ca. 83.000 Menschen in Deutschland“</li> <li>Pressemitteilung 07/2019 „zur bundesweiten Einführung der DGS-Sprachzertifizierung“</li> <li>Pressemitteilung 8/2019 „Gebärdensprachrechte für alle!“ – so lautet das Motto des diesjährigen Internationalen Tages der Gebärdensprachen und der Internationalen Woche der Gehörlosen, die vom 23. bis zum 29. September 2019 zum zweiten Mal stattfinden.“</li> <li>Pressemitteilung 10/2019 „Abbau kommunikativer Barrieren als Voraussetzung für soziale Teilhabe – E-Learning-Programm für Deutsche Gebärdensprache“</li> </ul>
<p><b>13.</b></p>	<p><b>18. Weltkongress des Weltverbands der Gehörlosen (WFD) vom 23.-27.7.2019 in Paris</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Antrag auf die Übernahme der Fahrt- und Übernachtungskosten und Teilnahmegebühren für die Delegierten und Gebärdensprachdolmetscher/innen bei zuständigen Ministerien stellen</li> <li>Bewerbung für den Vortrag beim Weltkongress über die Vorstellung der bisherigen Umsetzungsprozesse zur UN-BRK und der Forderungen für den Parallelbericht zum 2./3. Staatenbericht in Deutschland</li> <li>Abschlussbericht nach dem Weltkongress schreiben</li> </ul>	<p>Juli 2018-Dezember 2019 18 Monate</p>	<p>Bewerbung, Abschlussbericht</p>	<p>Wir haben den Antrag bearbeitet und gestellt. Der Antrag ist bewilligt. Dann haben wir die Fahrten/Flüge, Übernachtungen und Teilnahmegebühren für die fünf Teilnehmern und vier Gebärdensprachdolmetscherinnen bereits gebucht. Wir haben das Programm für den 18. Weltkongress von Englisch ins Deutsche übersetzt und auf die DGB-Homepage gestellt. Das Programm wird sechs Hauptthemen behandeln: Gebärdensprache und Deaf Studies (A), Bildung für Gehörlose (B), Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung (C), Technologie und Zugänglichkeit (D), Gesundheit (E) sowie Arbeit und Beschäftigung (F). Jeder von uns Teilnehmern hat einen Schwerpunktbereich. E. Kaufmann: A, H. Vogel: B, S. Helbing: C, U. Gotthardt: E, D. Büter: D und F. Nach dem Weltkongress haben wir einen fünfseitigen Abschlussbericht geschrieben und veröffentlicht.</p>

				<p><b>Veröffentlichungen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Pressemitteilung 04/2019 „18. Weltkongress des WFD eröffnet.“</li> <li>• Pressemitteilung 05/2019 „Eröffnungsfeier des 18. Weltkongresses der Gehörlosen“</li> <li>• Pressemitteilung 06/2019 „Neuer Vorstand des WFD (2019-2023) gewählt“</li> <li>• Tagungsbericht über den Weltkongress des WFD</li> </ul> <p>→ <b>Das Arbeitspaket 13 wurde erfolgreich abgeschlossen.</b></p>
14.	<p><b>4. Internationaler Bildungs- und Fachkongress der Gehörlosen vom DGB im Herbst 2019 in Deutschland</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Unterstützung bei der Programmgestaltung des Fach- und Bildungskongresses mit dem Organisationsteam</li> <li>• Abklärung der Kongressinhalte mit dem österreichischen Gehörlosenverband (ÖGLB) und dem schweizerischen Gehörlosenverband (SGB-FSS) als Kongresspartner</li> <li>• Vorstellung der Bestandsaufnahme zum Forderungskatalog bzgl. UN-BRK in Deutschland und der präzisierten Forderungen für den nächsten NAP und den Parallelbericht zum 2./3. Staatenbericht</li> <li>• Vorträge bzw. Diskussionsrunden mit den Bundesreferenten zu jeweiligen Handlungsfeldern des Forderungskataloges</li> <li>• Auswertungsberichte erstellen</li> </ul>	Juli 2018-Dezember 2019 18 Monate	Vorträge, Auswertungsberichte	<p>Der DGB steht schon seit längerer Zeit mit der Hochschule Landshut in Kontakt. Dort arbeitet die einzige gehörlose Professorin Deutschlands, Frau Prof. Sabine Fries. Sie leitet zusammen mit Frau Prof. Brenner den Studiengang Gebärdensprachdolmetschen. Am 10.07.2019 fand ein Treffen von Helmut Vogel und Prof. Fries in Landshut statt, bei dem die Hochschule besichtigt wurde. Vor Ort sind gute räumliche und technische Bedingunge gegeben. Darüber hinaus besteht eine gute Verbindung zwischen Landshut und dem Flughafen München, was besonders wichtig für die Besucher aus Österreich, der Schweiz und Deutschland ist. Dies sind gute Voraussetzungen für die Organisation und Umsetzung des vierten Bildungskongresses im September 2020. Der DGB, der Österreichische Gehörlosenverband und der Schweizer Gehörlosenverband haben sich bei den drei bisherigen Bildungskongressen mit der Durchführung abgewechselt.</p> <p>Seit Sommer 2019 beschäftigt sich Helmut Vogel als Fachteamleiter für Bildung beim DGB mit dem 4. Bildungskongress. Zunächst ging es um eine überzeugende Projektkonzeption, um eine finanzielle Förderung des Projektes über den Europäischen Gehörlosen-Verband (EUD) zu ermöglichen. Nach Begutachtung der Projektbeschreibung wurde die Förderung durch den EUD erfreulicherweise genehmigt. Die Projektinhalte (Ziele, Zeitplan, Ablauf des Bildungskongresses) wurden bei der Bundesversammlung des DGB Oktober 2019 in Augsburg vorgestellt. Das Projekt, darunter dem Motto „Bimodal-bilinguale Bildung verstehen, erleben und voranbringen“ steht, beinhaltet drei Teilprojekte: den Bildungskongress, den Medienpark sowie die Erstellung einer neuen Homepage zum Thema bimodal-bilinguale Bildung. Aus dem Kreis der Bewerberinnen und Bewerber auf die Teilzeitstelle als Projektleiter/-in hat sich das Präsidium für Petra Alaei aus Hamburg entschieden. Ihre Arbeit als Projektleiterin für den Bildungskongress des DGB hat am 1. Dezember 2019 begonnen. Helmut Vogel und Michael Wohlfahrt wirken als ehrenamtliche Projektverantwortliche und als Vertreter des Präsidiums an dem Bildungskongress mit. Zusammen mit Petra Alaei bilden sie die Projektsteuerungsgruppe. Deren erste Sitzung fand bereits am 28./29.11.2019 in Frankfurt am Main statt.</p> <p>Am 27.12.2019 traf sich Helmut Vogel mit Helene Jarmer, der Präsidentin des Österreichischen Gehörlosenbundes (ÖGLB) bei Salzburg/Österreich.</p> <p>Am 28.12.2019 fuhr er weiter nach Zürich, um dort Tatjana Binggeli, die Präsidentin des Schweizerischen Gehörlosenbundes (SGB-FSS), sowie Rudi Graf, den Regionalleiter für die Deutsch-schweiz und Mitglied der Geschäftsleitung im SGB-FSS, zu treffen. Ihnen stellte er nacheinander das Konzept des vierten Bildungskongresses vor, das seit einem halben Jahr entwickelt worden war. Beide Verbände teilten ihre Erfahrungen mit der Organisation eines Bildungskongresses mit Helmut Vogel, denn der zweite Bildungskongress fand 2013 in Wien statt, und der dritte Bildungskongress</p>

				<p>wurde 2016 in Bern veranstaltet. Gemeinsam wurde überlegt, wie in allen drei Ländern Interessierte, die einen Beitrag zum Bildungskongress leisten können und wollen, am besten erreicht werden können.</p> <p>Am 16. Januar 2020 konnte sich die Projektsteuerungsgruppe (mit Petra Alaei als Projektleiterin sowie Helmut Vogel und Michael Wohlfahrt vom Präsidium des DGB) zum ersten Mal in der Hochschule in Landshut treffen. Zusammen mit David Dawei Ni, einer tauben Lehrenden der Hochschule, und mit Alina Reidelstütz, einer Studentin des Studiengangs Gebärdensprachdolmetschen, besichtigten sie die Räumlichkeiten der Hochschule und besprachen die Programmplanung des Kongresses. Die Räumlichkeiten (Hörsaal, Seminarräume, Mensa etc.) sowie der Campus beeindruckten Petra Alaei und Michael Wohlfahrt sehr. Helmut Vogel hatte sich die Hochschule schon im Juli 2019 zusammen mit der Professorin Sabine Fries angeschaut. Die Voraussetzungen für eine Umsetzung des Bildungskongresses sind dort ideal.</p> <p>Der 4. Bildungskongress, der vom 11. bis 12.09.2020 in Landshut stattfinden sollte, wird auf das Frühjahr 2021 wegen der Corona-Krise verschoben.</p> <p><b>Veröffentlichung:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Pressemitteilung 11/2019 4. Bildungskongress vom 11.-12. September 2020 in Landshut: „Bimodal-bilinguale Bildung verstehen, erleben und voranbringen“</li> </ul> <p><b>Das Arbeitspaket 14 wurde teilweise erfolgreich abgeschlossen.</b></p>
15	<p><b>Debatte im Bundestag und Bundesrat</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Live-Streamings in Gebärdensprache und mit Untertiteln</li> <li>• Relevante Protokolle lesen</li> </ul>	<p>Juli 2017-Juni 2020 36 Monate</p>		<p>Bisher verfolgen wir die Debatten im Bundestag per Live-Übertragung in Gebärdensprache und mit Untertiteln, wenn es um behindertenpolitische Themen geht.</p> <p>Es ist jedoch problematisch, dass die Live-Übertragung der Plenardebatte mit Gebärdensprachdolmetschung und Untertiteln immer nur donnerstags von 9 bis 12 Uhr (Kernzeit) stattfindet. Wir haben den Bundestag, die Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit und Soziales und die behindertenpolitischen Sprecher, die Bundesbehindertenbeauftragten diesbezüglich bereits kontaktiert. Für uns wäre es besser, wenn alle behindertenpolitischen Themen im Bundestag live direkt in Gebärdensprache und mit Untertiteln übertragen würden und nicht nur die Kernzeitdebatten (donnerstags 9-12 Uhr).</p> <p>Beim Lesen des Plenarprotokolls 19/29 konnten wir feststellen, dass bereits zwei behindertenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion angesprochen haben, dass die Debatte nicht live in Gebärdensprache übertragen wird. Die Vizepräsidentin, Claudia Roth, sagte diesbezüglich, dass sie einmal im Ältestenrat oder in anderen Gremien darüber beraten werden, wie sich dies erweitern lässt. Mit seiner Pressemitteilung hat Sören Pellmann die Bundesregierung aufgefordert, alle Live-Übertragungen und Multimediaangebote des Bundestags mit sofortiger Wirkung barrierefrei anzubieten und die Übertragung der Bundestagsdebatten nicht auf bestimmte Uhrzeiten zu beschränken.</p> <p>D. Büter hat Debatten per Live-Streaming in DGs und mit UT angeschaut und relevante Protokolle gelesen.</p> <p><b>Das Arbeitspaket 15 wurde erfolgreich abgeschlossen.</b></p>

16	<b>2./3. Staatenbericht der Bundesregierung</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Teilnahme an den Veranstaltungen bzgl. des nächsten Staatenberichts (voraussichtlich zum 24.3.2019)</li> <li>Stellungnahme zum Staatenbericht schreiben</li> </ul>	Juli 2018- Juni 2020 24 Monate	Stellungnahme	<p>Die Fragenliste („List of issues prior to reporting – LoIPR“) des UN-Fachausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen wurde am 21.09.2018 veröffentlicht. Die deutsche Übersetzung für die Fragenliste hat das BMAS im Februar 2019 veröffentlicht. Wir haben den Analysebericht „Wer Inklusion will, sucht Wege – 10 Jahre UN-BRK in Deutschland“ des Deutschen Instituts für Menschenrechte und die Vorschläge des FbJJ zur Verwirklichung der UN-BRK gelesen.</p> <p>Das BMAS hat uns den Antwortentwurf am 15.05.2019 per Mail zugesendet. Daniel Büter nahm an der Verbändeanhörung am 27.05.2019 teil und gab mündlich die DGB-Stellungnahme ab. Am 04.06.2019 wurde die schriftliche Stellungnahme des DGB an das Ministerium versandt. Der Staatenbericht der Bundesregierung ist im Juli 2019 vom Bundeskabinett verabschiedet und dem Ausschuss in Genf im September fristgerecht (vor dem 1. Oktober 2019) in der englischen Fassung übersandt worden. Die Staatenprüfung findet nicht im Jahr 2020 statt, sondern wird auf die Frühjahrs- oder Herbstsitzung 2021 in Genf verschoben. Dort wird der UN-Ausschuss den Staatenbericht prüfen und bewerten.</p> <p>→ <b>Das Arbeitspaket 16 wurde erfolgreich abgeschlossen.</b></p>
17	<b>Parallelbericht zum 2./3. Staatenbericht</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Präzisierung und Berücksichtigung der Forderungen für den nächsten NAP und den Parallelbericht bzgl. der Umsetzung der UN-BRK in Deutschland,</li> <li>Abfassung der Stellungnahme für den Parallelbericht</li> </ul>	Juli 2019 - Juni 2020 12 Monate	Forderungskatalog, Stellungnahme	<p>Der Deutsche Behindertenrat hat alle Mitglieder dazu aufgefordert, einen Parallelbericht der Zivilgesellschaft zu erstellen und uns einen Zeitplan und zehn Themengruppen zugesandt. Seit Ende November 2019 haben wir uns als DGB-Vertreter/-innen an allen zehn Themenbereichen zur Parallelberichterstattung beteiligt. Laut Zeitplan soll ein Parallelbericht im Frühjahr 2021 nach Genf gesandt werden. Der gesamte Bericht darf nicht mehr als 10.700 englische Wörter umfassen.</p> <p>→ <b>Das Arbeitspaket 17 wurde erfolgreich abgeschlossen.</b></p>
18	<b>Abschlussbericht zur 3jährigen Arbeit der/s Referent/in für Politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Inhalte: Arbeitsprogramm, Pressemitteilungen, Auswertungsberichte, Film- und Fotodokumentation, Forderungskatalog für nächsten NAP und den Parallelbericht</li> <li>Sortierung und Sicherung der Unterlagen</li> <li>Abschlussveranstaltung mit der Vorstellung und Veröffentlichung des Abschlussberichts</li> </ul>	Januar 2020-Juli 2020 6 Monate	Abschlussbericht	<p>Wir haben den Abschlussbericht zur 3-jährigen Arbeit des Referenten für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit bearbeitet und in der Bundesversammlung des DGB Ende Oktober 2020 in Berlin vorgestellt. Er wurde zudem in Papierform und als PDF-Datei online auf der Homepage des DGB veröffentlicht.</p> <p>→ <b>Das Arbeitspaket 18 wurde erfolgreich abgeschlossen.</b></p>
	<b>Projektende</b>	30.06.2020		

Berlin, 05.07.2017

## Pressemitteilung 05/2017

### Beginn des neuen Projektes für mehr Intensivierung unserer Verbandsarbeit und mehr Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen

Das Präsidium des Deutschen Gehörlosen-Bundes (DGB) kann mit Freude mitteilen, dass das Bundeskompetenzzentrum sein Team um einen neuen Mitarbeiter erweitern konnte. Ab dem 1. Juli 2017 ist Daniel Büter als Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit mit 35 wöchentlichen Arbeitsstunden hauptamtlich angestellt.

Der gebürtige Jenaer hat an der Universität Köln in der Fachrichtung Lehramt Sonderpädagogik mit Schwerpunkt Hören/Kommunikation und Sozialwissenschaften (Politik, Soziologie und Wirtschaft) studiert. Über drei Jahre war er als hauptamtlicher Geschäftsführer beim Landesverband der Gehörlosen Baden-Württemberg e.V. tätig.

Mit der Anstellung als hauptamtlicher Referent ist die dreijährige ehrenamtliche Tätigkeit von Daniel Büter (Beisitzer im Präsidium, Fachbeiratsleiter für barrierefreie Technologie, Bundesreferent für barrierefreie Medien und Bundesbeauftragter für Deutsche Bahn) beim DGB beendet. Das Präsidium bedankt sich herzlich bei ihm für seine ehrenamtlichen Tätigkeiten. Insbesondere die Fachtagung zum barrierefreien Notruf im letzten November war auf seine Initiative zurückzuführen. Das Präsidium hat sich nach der Stellenausschreibung und dem Bewerbungsverfahren für Daniel Büter entschieden.



Mitte Juni 2017 hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) unser Projekt „Intensivierung und Aktivierung der Verbandsarbeit und mehr Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen“ bewilligt und die erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt. Dadurch ist unter anderem die Einstellung eines Referenten für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit möglich. Das Ziel des Projektes ist, die Partizipation von Menschen mit Hörbehinderungen an politischen Entscheidungsprozessen zu erleichtern und diese für politische Themen durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zu sensibilisieren.

Das geförderte Projekt erfolgt auf Grundlage der Förderung der Partizipation nach § 19 Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) vom 19.07.2016 und der Richtlinie für die Förderung der Partizipation von Menschen mit Behinderungen und ihrer Verbände an der Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten vom 26.10.2016. Die Stelle von Daniel Büter wird für die Dauer von drei Jahren (07/2017 - 06/2020) größtenteils vom BMAS gefördert. Der Präsident Helmut Vogel ist verantwortlich für das Projekt. Ihn unterstützt das Präsidiumsmitglied Dr. Ulrike Gotthardt.

Die Aufgabe von Daniel Büter ist es nun, die Arbeiten im Beirat mit ehrenamtlichen Bundesreferenten und Bundesbeauftragten zu verschiedenen Sachthemen zu koordinieren und dadurch mehr Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen zu gewährleisten. Dadurch sollen die Beiratsmitglieder vermehrt Kontakte mit den zuständigen Politikern, den

Institutionen, der Bundesregierung, den Bundesministerien, Behinderten- und Sozialverbänden knüpfen und die Verbandsarbeit intensivieren können.

Auch die Vernetzung der 16 Landesverbände der Gehörlosen wird über den hauptamtlichen Referenten und die Beiratsmitglieder auf nationaler Ebene intensiviert und gestärkt. Ziel ist es, gemeinsam an den Weiterentwicklungs- und Umsetzungsprozessen des Nationalen Aktionsplan 2.0 zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention aktiv mitzuwirken und diese mit zu gestalten.

Diese Arbeiten sind mit unserem Arbeitsprogramm und unserem Forderungskatalog mit den Handlungsfeldern laut dem NAP 2.0 zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention verbunden. Dadurch wird die Förderung von Kompetenzaufbau und Empowerment nach der Förderrichtlinie der Partizipationsförderung erreicht, indem den ehren- und hauptamtlichen Kräften vom DGB Kompetenzen und praktische Erfahrungen für die Interessenvertretung auf Bundesebene vermittelt werden.

Zum geförderten Projekt gehören ebenso in beschränktem Rahmen der Einsatz von Gebärdensprachdolmetscher/innen zwecks Kontakten mit den Behinderten- und Sozialverbänden und den Partnern und die Einstellung von Assistenzkräften im Rahmen der ehrenamtlich Tätigen von Präsidium und Beirat. Dadurch soll die Teilhabe an der Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten auf Bundesebene gestärkt und gesichert werden.

In der Bundesgeschäftsstelle des DGB ist das Bundeskompetenzzentrum angesiedelt. Das Bundeskompetenzzentrum des DGB ist im April 2014 gegründet und für drei Jahre bis März 2017 zum großen Teil vom „Aktion Mensch“ finanziert worden. Nach der schweren Schuldenkrise des DGB und dem daraus resultierenden Projektschnitt haben von 01/2015 bis 12/2016 Sven Niklas als Justiziar/Referent für Rechtsfragen und Ludwig Herb als Referent für Sozialpolitik und Selbsthilfe für jeweils eine halbe Stelle gearbeitet. Nach dem Weggang von Sven Niklas ist das Bundeskompetenzzentrum seitdem nur von Ludwig Herb besetzt.

Zum 1. Juli 2017 wird die Arbeitszeit von Ludwig Herb für das Bundeskompetenzzentrum auf wöchentlich 15 Arbeitsstunden bis zum 12/2018 reduziert. Für weitere wöchentlich 25 Arbeitsstunden wird Ludwig Herb als Projektleiter für die „6. Deutsche Kulturtagung vom 17. bis 19. Mai 2018 in Potsdam“ beim Deutschen Gehörlosen-Bund angestellt sein.

#### Kontaktdaten

Daniel Büter: [bkz-bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:bkz-bueter@gehoerlosen-bund.de)

Ludwig Herb: [bkz-herb@gehoerlosen-bund.de](mailto:bkz-herb@gehoerlosen-bund.de)

#### Deutscher Gehörlosen-Bund e.V. Bundeskompetenzzentrum

Prenzlauer Allee 180  
10405 Berlin

Telefon: 030 / 49 90 22 - 66

E-Mail: [info@gehoerlosen-bund.de](mailto:info@gehoerlosen-bund.de)

Internet: [www.gehoerlosen-bund.de](http://www.gehoerlosen-bund.de)

Berlin, 14.07.2017

## Pressemitteilung 06/2017

### Unsere Wahlkampfveranstaltung mit Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl 2017

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. veranstaltet am Samstag, dem 2. September 2017 im Gehörlosenzentrum Berlin, Friedrichstraße 12 eine Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl 2017.

An der Podiumsdiskussion nehmen teil:

- **Steffen Helbing (CDU)**, gehörlos und Kandidat für die Bundestagswahl der CDU-Landesliste, Listenplatz 12 und 1. Vorsitzender des Landesverbandes der Gehörlosen Brandenburg e.V.
- **Mechthild Rawert (SPD)**, Bundestagsabgeordnete seit 2005 für Berlin-Tempelhof-Schöneberg; kandidiert auf Listenplatz 5 der SPD-Landesliste Berlin
- **Margit Glasow (DIE LINKE)**, Inklusionsbeauftragte der Partei DIE LINKE und Mitglied im SprecherInnenrat der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik und freie Journalistin mit dem Schwerpunkt Inklusion
- **Corinna Rüffer (Bündnis 90/Die Grünen)**, Bundestagsabgeordnete und Sprecherin für Behindertenpolitik der Bundestagfraktion seit 2013; kandidiert auf Platz 3 der Landesliste Rheinland-Pfalz
- **Helmut Vogel**, Präsident des Deutschen Gehörlosen-Bund e.V., Fachbeiratsleiter „Soziales“ und Bundesreferent für das Bundesteilhabegesetz
- **Dr. Ulrike Gotthard**, Präsidiumsmitglied des Deutschen Gehörlosen Bundes, Fachbeiratsleiterin „Gesundheit“ und Bundesbeauftragte für psychische und körperliche Gesundheit bei Gehörlosen

Die Moderation übernimmt **Daniel Büter**, Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit im Bundeskompetenzzentrum des Deutschen Gehörlosen-Bund e.V..

Hauptthema der Podiumsdiskussion ist die **Behinderten- und Sozialpolitik in Bezug auf unsere Wahlprüfsteine**. Die Wahlprüfsteine orientieren sich an den 13 Handlungsfeldern des Nationalen Aktionsplan 2.0 der Bundesregierung (NAP 2.0) zur UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) und an den über 60 Empfehlungen des UN-Vertragsausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Im Moment bearbeitet der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. unsere Wahlprüfsteine und formuliert wichtige Fragen. Diese werden voraussichtlich im Ende Juli 2017 allen Bundesparteien zur Beantwortung und Stellungnahme zugesandt.

Die Wahlkampfveranstaltung mit Podiumsdiskussion wird in Deutscher Gebärdensprache und in Deutscher Lautsprache gedolmetscht. Der Eintritt ist frei.

**Um Anmeldung wird bis Donnerstag, 24. August 2017 gebeten unter:**  
[info@gehoerlosen-bund.de](mailto:info@gehoerlosen-bund.de)

Wir freuen uns auf Ihr zahlreiches Kommen und eine spannende Diskussion!

## Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl 2017

Samstag, 2. September 2017  
Gehörlosenzentrum, Friedrichstraße 12, 10969 Berlin

13:00 Uhr Einlass

14:00 Uhr Podiumsdiskussion über Behinderten- und Sozialpolitik in Bezug auf unsere Wahlprüfsteine



CDU

**Steffen Helbing**



SPD

**Mechthild Rawert**



DIE LINKE.

**Margit Glasow**



**Corinna Rüffer**



**Helmut Vogel**



**Dr. Ulrike Gotthard**

Moderation:  
**Daniel Büter**  
Bundeskompetenzzentrum des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V.

15:30 Uhr Kaffeepause

16:00 Uhr Fragestunde für das Publikum

17:00 Uhr Ende

Die Wahlveranstaltung wird in Deutscher Gebärdensprache und in Deutscher Lautsprache entsprechend gedolmetscht.

Der Eintritt ist frei.  
Anmeldeschluss: Donnerstag, 24. August 2017  
Um Anmeldung wird gebeten unter [info@gehoerlosen-bund.de](mailto:info@gehoerlosen-bund.de)



Berlin, 19.07.2017

## Pressemitteilung 07/2017

### Spendenaufwurf für die Anwalts- und Gerichtskosten in Bezug auf den Rechtsstreit der Familie Walte mit der Stadt Duisburg über die Mehrkosten der Pflege der gehörlosen Frau Walte

Eine 74-jährige gehörlose Frau, Eleonore Walte, und ihre beiden Töchter, Anja Bosserhoff und Renate Walte, brauchen ihre Hilfe!

Die gehörlose Seniorin lebt in einem Seniorenheim in Duisburg, welches speziell auf die Bedürfnisse von gehörlosen Patienten und Patientinnen eingestellt ist.

Die Einrichtung hat sich im Jahr 2012 das Konzept „Sprechende Hände“ von Krankenkasse, Sozialamt und Landschaftsverband bewilligen lassen.

Aus diesem Grund müssen die gehörlosen Senioren nun selbst für die Mehrkosten in Höhe von 500 Euro monatlich aufkommen, die beispielsweise durch den Einsatz von gebärdensprachkompetentem Personal entstehen.

Nach unserem Verständnis müssten diese Kosten nach dem Gleichheitsgrundsatz auf alle Bewohner des Heimes verteilt werden. Dies ist jedoch nicht der Fall und die beiden Töchter von Frau Walte sollen die Kosten nun selbst übernehmen.

Diese Ungerechtigkeit wollte die Familie Walte nicht hinnehmen und weil sie die Mehrkosten nicht bezahlte, wurde sie von der Stadt Duisburg verklagt. Das Sozialamt hat im Namen der Familie Walte gegen diese Klage Beschwerde eingelegt und bekam in der ersten Instanz Recht. In der zweiten Instanz, vor dem Oberlandesgericht, bekam Familie Walte jedoch leider nicht Recht. So stehen sie nun vor der Entscheidung, vor dem Bundesgerichtshof Revision einzulegen.

Bis Sonntag, den 23. Juli 2017, muss sich Familie Walte entscheiden, ob sie den nächsten Klageweg zum Bundesgerichtshof beschreitet.

Die Entscheidung ist mit einem hohen Risiko verbunden, da die Kosten für das Gerichtsverfahren von der Familie Walte selbst übernommen werden müssen, wenn sie verlieren. Diese Kosten kann die Familie Walte nicht alleine tragen und bittet um Ihre Hilfe!

Es ist wichtig sich gegen diese Ungerechtigkeit, auch im Namen anderer Gehörloser, zur Wehr zu setzen! Es geht auch um die Zukunft und den Wohlstand aller gehörloser Senioren.

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. hat überprüft, ob im Zusammenhang mit diesem Verfahren eine Verbandsklage möglich ist. Jedoch handelt es sich um eine Familienrechtssache, sodass keine Verbandsklage erhoben werden kann. Ebenso wenig kann der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. selbst als gemeinnützige Organisation an Privatpersonen spenden.

Dennoch möchte der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. die Familie in ihrer Sache unterstützen und ruft zur Spende auf.

Der Förderverein „Zeichen setzen!“ hilft den beiden Töchtern von Frau Walte und hat folgendes Spendenkonto eingerichtet:

Förderverein „Zeichen setzen!“ Gehörlosenkultur in Essen e.V.  
Sparkasse Essen  
IBAN: DE77 3605 0105 0000 2568 18  
BIC: SPESDE33XXX  
Verwendungszweck: Urteil Pflegeheim

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. verfolgt mit Spannung, wie sich die Angelegenheit der Familie Walte, auch im Namen aller Gehörloser, weiterentwickelt.

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. überlegt, ob er sich mit der Angelegenheit an die Antidiskriminierungsstelle des Bundes wendet und nach möglichen Lösungsansätzen fragt.

## Internetquellen:

Taubenschlag: Urteil gegen gehörlose Seniorin in der Pflege. URL:  
<http://www.taubenschlag.de/2017/07/urteil-gegen-gehoerlose-seniorin-in-der-pflege/>  
(Abfrage: 18.07.2017)

Sehen statt Hören: Pflege gehörloser Eltern & Armstrong auf dem Mond. URL:  
<http://www.ardmediathek.de/tv/Sehen-statt-H%C3%B6ren/Pflege-geh%C3%B6rloser-Eltern-Armstrong-auf/BR-Fernsehen/Video?bcastId=14912912&documentId=41586786>  
(Abfrage: 18.07.2017)

Sehen statt Hören: Pflege im Alter. Höhere Zuzahlung für die Pflege gehörloser Eltern? URL:  
<http://www.br.de/br-fernsehen/sendungen/sehen-statt-hoeren/pflege-gehoerlose-zuzahlung-kinder-100.html> (Abfrage: 18.07.2017)

**Deutscher Gehörlosen-Bund e.V.**  
**Bundesgeschäftsstelle/Bundeskompetenzzentrum**  
Prenzlauer Allee 180  
10405 Berlin

E-Mail: [info@gehoerlosen-bund.de](mailto:info@gehoerlosen-bund.de)  
Internet: [www.gehoerlosen-bund.de](http://www.gehoerlosen-bund.de)

Berlin, 20.07.2017

## Pressemitteilung 08/2017

### Offizielle Bekanntgabe zum erstmaligen staatlichen barrierefreien Notruf rund um die Uhr von der Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries am 18.07.2017

Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries hat ihr Versprechen, welches sie erstmals in der Pressemitteilung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zum barrierefreien Notruf vom 11. Februar 2017 angekündigt hat, gehalten.

Auf der Pressekonferenz vom 18. Juli 2017 im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat Bundesministerin Brigitte Zypries den Telefonvermittlungsdienst persönlich mit Wolfgang Bachmann, 2. Vizepräsident des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V., ausprobiert und ein Telefongespräch in Deutscher Gebärdensprache und Deutscher Lautsprache geführt und konnte sich selbst davon überzeugen, dass das Telefongespräch einwandfrei funktioniert.

Bundesministerin Zypries bewertet das durch die Bundesregierung angepasste Telekommunikationsgesetz als positiv, da der Alltag für Menschen mit Sprach- und Hörbehinderungen dadurch wesentlich erleichtert wird. Eine telefonische Kommunikation und damit Teilhabe rund um die Uhr, wie sie für Menschen ohne Hör- und Sprachbehinderung selbstverständlich ist, werde dadurch ermöglicht.

Verena Bentele, Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, hat ebenfalls an der Pressekonferenz teilgenommen und das Vorhaben unterstützt.



Unsere bekannte Forderung nach einem kostenfreien Notruf für Menschen mit Sprach- und Hörbehinderungen rund um die Uhr hatte Erfolg. Bei unserer Fachtagung „Barrierefreier Notruf“ am 29. November 2016 in Berlin haben wir die Umfrage bei den Menschen mit Hörbehinderung vorgestellt und konnten feststellen, dass die überwältigende Mehrheit von gehörlosen Menschen für die barrierefreie Videotelefonie mittels Gebärdensprachdolmetscher war und wir somit den Willen der Mehrheit umgesetzt haben.

Nun ist die Bundesnetzagentur am Zug, denn die Änderungen für die gesetzeskonforme Bereitstellung des Telefondienstes werden im Rahmen der Möglichkeiten der Agentur umgesetzt. Dies erfolgt im Rahmen eines öffentlichen Ausschreibungsverfahrens.

Bisher ist uns nur der Telefonvermittlungsdienst Tess - Sign & Script - Relay-Dienste für hörgeschädigte Menschen GmbH auf dem Markt bekannt, welche die Voraussetzungen der Resolution vom 24.10.2016 des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V., des Deutschen Schwerhörigenbundes e.V. und der Deutschen Gesellschaft der Hörgeschädigten - Selbsthilfe und Fachverbände e.V., zum barrierefreien Notruf in Gebärdensprache und Schriftsprache erfüllt.

Diese Firma ist ein Dienstleistungsservice, der sich auf Telefondolmetschen spezialisiert hat und dadurch Kommunikationsbarrieren zwischen hörbehinderten und hörenden Menschen, über eine Video- oder Schriftverbindung abgebaut und überwunden werden. Professionelle Gebärdensprachdolmetscher oder Schriftsprachdolmetscher übersetzen telefonische Gesprächsinhalte von entweder von Deutscher Gebärdensprache (DGS) oder lautsprachbegleitenden Gebärden (LBG) in deutsche Lautsprache oder von Lautsprache in Schriftsprache und umgekehrt. Der Dolmetschdienst ist über das Internet mit einer kostenlosen MMX Software zu erreichen. Die Telefonvermittlungsdienste funktionieren mit allen Betriebssystemen für PC, Laptop, Tablet und Smartphone. Dafür muss nur aus dem Google Playstore oder Apple Store die kostenlose Tess-APP heruntergeladen werden. Im Moment ist dieser Dienst jeden Tag von 8.00 bis 23.00 Uhr erreichbar.



Auf die Initiative von Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries hin, soll die vom Deutschen Bundestag beschlossene Änderung des § 45 TKG soll der Telefondolmetschdienst künftig jederzeit bereitgestellt werden. Die geänderte Rechtslage muss nun von der Bundesnetzagentur zügig umgesetzt werden, so dass im Laufe des Jahres 2018 der Dienst 24 Stunden am Tag und 7 Tage die Woche verfügbar sein wird.

Bisher hat der Telefonvermittlungsdienst Tess die Kosten für einen Notrufdienst freiwillig selbst übernommen. In Zukunft sollen diese Kosten vom Deutschen Staat übernommen werden. Dadurch ist es allen Menschen mit Sprach- und Hörbehinderungen möglich, jederzeit zu telefonieren und auch einen Notruf abzusetzen. Der Notruf wird weiterhin kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Endlich hat die Große Koalition, CDU/CSU und SPD, die Notwendigkeit für einen Notrufdienst für Menschen mit Sprach- und Hörbehinderung erkannt und den Koalitionsvertrag, in Hinblick auf das Thema „Deutschlands Zukunft gestalten“ (Kapitel 4.4., S.99), erfüllt.

Wir vom Deutschen Gehörlosen-Bund e.V. haben Verständnis dafür, dass die Umsetzung durch die Bundesnetzagentur noch etwas Zeit braucht. Bis der 24-stündige Service realisiert werden kann, muss bezüglich vieler Gesetzesvorschriften noch einiges erledigt werden. Über den Erfolg, dass in Zukunft Menschen mit Sprach- und Hörbehinderungen in Deutschland einen barrierefreien Zugang zu den Notrufen haben, freuen wir uns sehr.

Des Weiteren wünschen wir uns, dass die Bundesnetzagentur, das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und die Telefondienstvermittler ihre Gebührenmodelle anpassen und sich dabei beispielsweise andere Länder, wie die USA und die Schweiz zum Vorbild nehmen, wo Menschen mit Sprach- und Hörbehinderungen kostenfrei und ohne behindertenspezifische Mehrkosten telefonieren können.

Wir stellen fest, dass sich die Resolution vom 24.10.2016 und die Fachtagung „Barrierefreier Notruf“ mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, sowie dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, am 29. November 2016, sich positiv auf die Entwicklung ausgewirkt haben.

Wir bedanken uns beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales für die Zusammenarbeit und würden uns sehr freuen, wenn dies auch in Zukunft so weitergeht, um die Lebenssituationen der Menschen mit Sprach- und Hörbehinderungen weiter verbessern zu können.

Des Weiteren gilt unser Dank dem Deutschen Schwerhörigenbund e.V. und der Deutschen Gesellschaft der Hörgeschädigten - Selbsthilfe und Fachverbände e.V, sowie dem CDU-Bundestagsabgeordneten Hubert Hüppe, der unser Anliegen lange Zeit und mit Nachdruck unterstützt hat.

#### Internetquellen:

Tagesschau 15 Uhr: Bereitschaft rund um die Uhr. Telefondienst für Gehörlose. URL: <http://www.ardmediathek.de/tv/Tagesschau/tagesschau-15-00-Uhr/Das-Erste/Video?bcastId=4326&documentId=44496770> (Abfrage: 19.07.2017) - von Minute 3:14 bis 5:04.

Pressemitteilung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie: Zyprien demonstriert neuen rund-um-die-Uhr-Telefondienst zur Kommunikation mit gehörlosen Menschen. URL: <http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2017/20170718-zyprien-demonstriert-neuen-rund-um-die-uhr-telefondienst-zur-kommunikation-mit-gehoerlosen-menschen.html> (Abfrage: 19.07.2017)

Taubenschlag: Rund-um-die-Uhr-Telefondienst kommt. URL: <http://www.taubenschlag.de/2017/07/rund-um-die-uhr-telefondienst-kommt/> (Abfrage: 19.07.2017)

Deutsche Gehörlosenzeitung: Ab 2018: Tess rund um die Uhr erreichbar. URL: <http://gehoerlosenzeitung.de/telefonvermittlungsdienst-tess-rund-um-die-uhr-erreichbar/> (Abfrage: 19.07.2017)

#### Deutscher Gehörlosen-Bund e.V. Bundesgeschäftsstelle/Bundeskompetenzzentrum

Prenzlauer Allee 180  
10405 Berlin

E-Mail: [info@gehoerlosen-bund.de](mailto:info@gehoerlosen-bund.de)  
Internet: [www.gehoerlosen-bund.de](http://www.gehoerlosen-bund.de)

# Deutscher Gehörlosen-Bund e.V.

Interessenvertretung der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung in Deutschland



Berlin, 22.08.2017

#### Pressemitteilung 9/2017

#### Malu Dreyer, Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz und Vorsitzende der Rundfunkkommission der Länder, ist unsere Schirmherrin für die Fachtagung „Barrierefreie Medien“.

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. organisiert die Fachtagung „Barrierefreie Medien“. Diese findet am Dienstag, den 12. September 2017, im ZDF Sendezentrum 1, Kasinogebäude, Konferenzraum K3, ZDF-Str. 1, in 55127 Mainz statt.

Ziel der Fachtagung ist eine Änderung des Rundfunkstaatsvertrags, um den Ausbau barrierefreier Angebote innerhalb eines zeitlichen Rahmens mit konkreten Mindestanforderungen zu regeln.

Seit 2009 schreibt der Rundfunkstaatsvertrag lediglich vor, dass die Fernsehsender barrierefreie Angebote im Rahmen ihrer technischen und finanziellen Möglichkeiten ausbauen sollen. Während einige Fernsehanstalten den Anteil von Untertitelten Sendungen stark erhöht haben, sind andere, insbesondere bei der Gebärdensprache im Fernsehen, weit hinter den Erwartungen zurück geblieben.

Als 2013 der Rundfunkbeitrag die GEZ-Gebühr abgelöst hat, haben die Hörbehindertenverbände ihre Gebührenbefreiung zugunsten eines stärkeren Ausbaus der barrierefreien Angebote aufgegeben. Das Ziel von 100% Untertitel, 5% Gebärdensprache und Clean Audio ist jedoch noch längst nicht erreicht.

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. hat zur Fachtagung „Barrierefreie Medien“ Entscheidungsträger, Politiker, Rundfunkräte und Mitarbeiter der Fernsehanstalten eingeladen. Es werden bis zu 100 Teilnehmer erwartet. Die Veranstaltung wird in Deutscher Gebärdensprache, in Deutscher Schriftsprache und in Deutscher Lautsprache abgehalten und entsprechend von sechs Dolmetschern übersetzt.

Unser besonderer Dank gilt der Krankenkasse „DAK Gesundheit“ und dem Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF), mit deren freundlicher Unterstützung wir die Fachtagung realisieren können.

Weiteres erfahren Sie in den Anhängen zum Programm der Fachtagung „Barrierefreie Medien“ (Änderungen vorbehalten) und in den Hintergrundinformationen zu den barrierefreien Medien für Menschen mit Hörbehinderungen.

#### Ansprechpartner für Rückfragen:

Daniel Büter  
Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit  
Email: [bkz-bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:bkz-bueter@gehoerlosen-bund.de)  
Telefon über den Dolmetscherdienst Telesign: 069 - 900 160 333

#### Deutscher Gehörlosen-Bund e.V.

Bundeskompetenzzentrum  
Prenzlauer Alle 180  
10405 Berlin  
Internet: [www.gehoerlosen-bund.de](http://www.gehoerlosen-bund.de)  
Facebook: Deutscher Gehörlosen-Bund  
Twitter: @gehoerlosenbund

## Fachtagung „Barrierefreie Medien“ am 12. September 2017

**Schirmherrin:** Malu Dreyer (Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz und Vorsitzende der Rundfunkkommission der Länder)

**Geplantes Programm: (Änderungen vorbehalten) (Stand: 22.08.2017)**

<b>10:00 Uhr</b>	<b>Einlass</b>
<b>10:30 Uhr</b>	<b>Grußworte</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Heike Raab Staatssekretärin und Bevollmächtigte beim Bund und in Europa, für Medien und Digitales</li> <li>• Dr. Eckart Gaddum Hauptredaktionsleiter Neue Medien ZDF</li> <li>• Matthias Rösch Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung des Landes Rheinland-Pfalz</li> <li>• Prof. Dr. Ulrich Hase Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft der Hörbehinderten – Selbsthilfe und Fachverbände e.V.</li> <li>• Helmut Vogel Präsident des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V.</li> </ul>
<b>11:00 Uhr</b>	<b>Bisherige Entwicklung und aktuelle Situation in Deutschland</b> Bernd Schneider Referatsleiter Barrierefreie Medien Deutsche Gesellschaft der Hörbehinderten - Selbsthilfe und -Fachverbände e.V.
<b>11:30 Uhr</b>	<b>Ergebnisse zur Mediennutzung von Menschen mit Hörbehinderungen</b> Dipl.-Journ. Anne Haage Wissenschaftliche Mitarbeiterin Technische Universität Dortmund
<b>12:00 Uhr</b>	<b>Ergebnis der Staatenprüfung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Bezug auf Untertitel und Gebärdensprache beim öffentlich-rechtlichen und privaten TV-Sendern</b> H.- Günter Heiden Publizist und Koordinator der BRK-Allianz (2011-2015)
<b>12:30 Uhr</b>	Mittagspause
<b>13:30 Uhr</b>	<b>Barrierefreie Angebote (Untertitel und Gebärdensprache)</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Niels Rasmussen (ARD) (angefragt)</li> <li>• Jürgen Kleinknecht (ZDF)</li> <li>• Jessica Lilienthal (ProSiebenSat. 1 Media SE) (angefragt)</li> <li>• Maren Rolfes (Mediengruppe RTL Deutschland GmbH)</li> </ul>
<b>14:30 Uhr</b>	Kaffeepause
<b>15:00 Uhr</b>	Podiumsdiskussion <b>„Der Weg zu einem barrierefreien Medien-Angebot“</b> Gäste: Niels Rasmussen (ARD), Jürgen Kleinknecht (ZDF), Jessica Lilienthal (ProSiebenSat. 1 Media SE) (angefragt), Maren Rolfes (Mediengruppe RTL), Josef Dötsch (Medienpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz), Daniel Schäffner (Medienpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz), Katrin Werner (Behindertenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE), Bernd Schneider Moderation: Daniel Büter
<b>16:00 Uhr</b>	Schlusswort Daniel Büter

Die Fachtagung wird in Deutscher Gebärdensprache, in Deutscher Schriftsprache und in Lautsprache, gehalten und entsprechend gedolmetscht.

## Hintergrundinformationen

### zur Fachtagung „Barrierefreie Medien“ am 12.09.2017

Das Fernsehen und das Internet spielen eine große Rolle im Leben vieler Gehörloser.<sup>1</sup> Ton als Komponente der audiovisuellen Medien kann von Gehörlosen nicht wahrgenommen werden. Da für sie der Fernseher immer stumm bleibt, sind gehörlose Menschen darauf angewiesen, gesendete Informationen mit den Augen aufzunehmen. Dabei bleiben relevante Botschaften oft auf der Strecke. Dieser Informationsmangel kann zum Ausschluss aus der Gesellschaft führen. Tatsächlich ist nicht der fehlende Ton die Barriere, sondern die fehlende Tonsubstitution.<sup>2</sup> Dies bedeutet, dass durch die Visualisierung akustischer Informationen, in Form von Untertiteln oder Gebärdensprache, die Möglichkeit besteht Gehörlosen einen barrierefreien Zugang zum Fernsehprogramm und somit zu Informationen zu verschaffen. Untertitel können demnach als ein Ersatz für den fehlenden Ton betrachtet werden.

Seit 1975 strahlt die Sendung „Sehen statt Hören“ im Dritten Programm wöchentlich ein halbstündiges Format in Gebärdensprache, Lautsprache und mit Untertitelung aus. Diese Sendung bildet damit einen wichtigen und geradezu historischen Bestandteil der Gebärdensprachgemeinschaft und -kultur im deutschsprachigen Raum. Sie hat für die Gehörlosen und Schwerhörigen in Deutschland einen ähnlich hohen Stellenwert wie die „Tagesschau“ oder das „Heute Journal“.

Im Jahr 1980 wurde von den Sendern ARD und ZDF der Videotext eingeführt. Die erste Sendung, die mit Untertiteln ausgestrahlt wurde, war die Krimiserie „Tatort“ der ARD. Das Jahr 1981 wurde von der UNO als das internationale Jahr der Behinderten ausgerufen. In diesem Jahr begann auch die große Unterschriftenaktion der „Tagesschau“. Insgesamt wurden 575.000 Unterschriften gesammelt. Das Ergebnis dieser Aktion war, dass die Tagesschau fortan ebenfalls untertitelt wurde. Im Laufe der Jahre haben die öffentlich-rechtlichen Sender ihr Angebot in diesem Bereich kontinuierlich ausgebaut. Bereits 1985 hat die ARD-Textredaktion erstmals Live-Untertitel von Fußballspielen erstellt. Mit dem Sendebeginn des Senders „Phoenix“, im Jahr 1997, wurden erstmals die „Tagesschau“ und das „Heute Journal“ durch Gebärdensprachdolmetscher simultan in die deutsche Gebärdensprache übersetzt. Der Sender „ProSieben“ hat als erster der privaten Sender im Jahr 2000 mit der Untertitelung begonnen. Im Oktober 2002 ist „Kabel Eins“ als zweiter privater Sender nachgezogen.

Im Jahr 2002, welches auch das Jahr der Anerkennung der Deutschen Gebärdensprache durch das Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz (B-BGG) ist, wurde die Arbeitsgruppe „Untertitel und Gebärdensprachdolmetschereinblendung“ von der Deutschen Gesellschaft der Hörgeschädigten – Selbsthilfe und Fachverbände e.V. gegründet. Prof. Dr. Ulrich Hase hat Bernd Schneider damit beauftragt, die Arbeitsgruppe zu leiten. Die Ziele der Arbeitsgruppe sind die Durchsetzung von 100 % Untertitel, 5 % Gebärdenspracheinblendung und eine bessere Untertitelqualität aller Fernsehprogramme. Für Schwerhörige soll auch die Tonqualität verbessert werden.

<sup>1</sup> Wir definieren: Als „Gehörlos“ werden Personen bezeichnet die aufgrund einer Hörschädigung, Hörbehinderung bzw. Hörbeeinträchtigung (Taub oder Schwerhörigkeit) vorwiegend in Gebärdensprache kommunizieren und sich der Gebärdensprachgemeinschaft und ihrer Kultur zugehörig fühlen.

<sup>2</sup> Der Begriff Tonsubstitution beinhaltet, dass der nicht wahrnehmbare Ton für Gehörlose mittels Untertitelung oder Gebärdensprache „sichtbar“ gemacht wird.

Die Arbeitsgruppe „Sign Dialog“ wurde im Juni 2007 gegründet und bestand aus acht Personen (Uwe Zelle, Isa Werth, Ege Karar, Bernd Schneider, Kilian Knoerzer, Joachim Brüderle, Roland Stirnkorb und Oliver Markwirth). Bei den 4. Deutschen Kulturtagen der Gehörlosen in Köln hat die Gruppe, am 23.08.2008, eine Demonstration unter dem Motto „Mehr Bildung durch Untertitel“ für den Deutschen Gehörlosen-Bund e.V. organisiert. Insgesamt haben 7.000 Gehörlose daran teilgenommen. Die Demonstration war ein großer Erfolg! Viele Sender haben im Anschluss ihr Untertitelangebot ausgebaut.

Der nächste große Erfolg war die Übergabe der Sammlung von fast 180.000 Unterschriften an Kurt Beck (SPD), den damaligen Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Vorsitzenden der Rundfunkkommission der Länder und Vorsitzender des Verwaltungsrates des ZDF, am 20. Oktober 2008. Dieser erklärte, dass die Unterschriftensammlung eine wertvolle Unterstützung sei, um die Barrierefreiheit im Fernsehen noch besser verwirklichen zu können. Daraufhin wurde am 1. Juni 2009 im 12. Rundfunkstaatsvertrag, unter § 3 der Allgemeinen Grundsätze, folgender Zusatz aufgenommen: „(2) Die Anbieter nach Absatz 1 Satz 1 sollen über ihr bereits bestehendes Engagement hinaus im Rahmen ihrer technischen und finanziellen Möglichkeiten barrierefreie Angebote vermehrt aufnehmen“.

Die weiteren Aktionen (neues Untertitelsymbol, Untertitel-Petition, Beschwerdeformular für fehlerhafte Untertitel, einheitliche Untertitelrichtlinien, etc.) hat die Arbeitsgruppe „Sign Dialog“ des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V. durchgeführt.

Bis 2013 waren Gehörlose durch den Schwerbehindertenausweis vom Rundfunkbeitrag befreit. Seit dem 1. Januar 2013 zahlen Gehörlose nun ein Drittel der Rundfunkgebühren (Ermäßigung gemäß Rundfunkbeitragsstaatsvertrag § 4 (2)). Dafür sollen die barrierefreien Angebote (Untertitel und Gebärdensprache) bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten weiter ausgebaut werden. Die ARD ist ein Zusammenschluss der Landesrundfunkanstalten der Länder, um ein gemeinsames Fernseh- und Rundfunkprogramm auszustrahlen. Das ZDF ist eine von allen Ländern getragene zentrale Fernsehanstalt. Die Landesrundfunkanstalten haben die Aufgabe, den Rundfunk für das jeweilige Land auszustrahlen. Sie unterliegen demnach dem Landesrecht des jeweiligen Bundeslandes. Die Regelungen und Maßnahmen der Zugänglichkeit zu den Fernsehprogrammen liegen, entsprechend der gesetzlich vorgegebenen Kompetenzverteilung, im Zuständigkeitsbereich der Bundesländer.

Mit Untertitelungsquoten zwischen 70 und 90 Prozent gibt es bei den öffentlich-rechtlichen Sendern ARD, ZDF sowie bei fast allen Dritten Programmen, in den letzten Jahrzehnten eine positive Entwicklung.

Alle zwei Jahre melden die ARD, das ZDF und das Deutschlandradio ihren gesamten Finanzbedarf bei der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF). Es ist jedoch nicht Aufgabe der KEF die Rationalität und Zweckmäßigkeit der Programmentscheidungen zu überprüfen, da dies wesentliche Aufgabe der mehrfach besetzten Organe der Rundfunkanstalten und Ausdruck der verfassungsrechtlich garantierten Autonomie der Anstalten ist. Dies bedeutet, dass es Sache der Anstalten und vor allem deren Aufsichtsgremien ist, zu entscheiden und zu kontrollieren, wie viele finanzielle Mittel für barrierefreie Angebote aufgewendet werden. Der KEF kommt insofern keine Kontrollfunktion zu.

Wir haben sowohl den 19. KEF-Bericht (Seite 46-47), als auch den 20. KEF-Bericht (Seite 61-62) gelesen. Nach der Umstellung auf den neuen Rundfunkbeitrag, seit dem 01.01.2013, haben die ARD, das ZDF und das Deutschlandradio ihre barrierefreien Angebote (Untertitelung, Gebärdensprache und Audiodeskription) ausgebaut. Dies entspricht den staatsvertraglichen Verpflichtungen (§ 3 Abs. 2 RStV). Die Kosten für barrierefreie Angebote

sind im Zeitraum von 2009 bis 2017, von 4,2 Mio. Euro auf 16,2 Mio. Euro, erheblich gestiegen. In den Jahren von 2018 bis 2020 werden die ARD, das ZDF und das Deutschlandradio voraussichtlich zwischen 16,5 Mio. Euro und 17,2 Mio. Euro pro Jahr für die barrierefreien Medien ausgegeben.

Auch im privaten Rundfunk werden barrierefreie Angebote, im Rahmen der technischen und finanziellen Möglichkeiten, weiterentwickelt und ausgebaut. Da die beiden privaten Sendegruppen mit der größten Reichweite (Mediengruppe RTL und ProSiebenSat.1 Media AG) sich durch Werbeeinnahmen und Sponsoring-Erlöse finanzieren, erfüllen sie die Forderung der Gesamtkonferenz der Landesmedienanstalten. Nach dieser muss mindestens eine Sendung pro Abend, in einem der jeweiligen Programme, mit Untertitel für Gehörlose gesendet werden. In der Hauptsendezeit des Fernsehprogramms unterteilt die RTL-Mediengruppe im Schnitt knapp zwei Prozent aller Sendungen und ProSiebenSat.1 knapp sieben Prozent.

Auch der Pay-TV-Sender Sky bietet seit dem 1. September 2012 barrierefreie Angebote mit Untertitelungen an. Dies geschieht beispielsweise bei Fußball-Übertragungen und aktuellen Filmen über deren Video-on-Demand-Plattformen.

Für eine uneingeschränkte Zugänglichkeit zu den TV-Programmen der privaten Sender, ist eine alternative Finanzierungsmöglichkeit notwendig. Diese könnte beispielsweise über eine, in diesem Schreiben erwähnte, staatliche Ausgleichszahlung erfolgen.

Auf europäischer Ebene haben sich viele Länder selbst eine Untertitelungsquote vorgenommen, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums umgesetzt werden muss. So hat der öffentliche Sender BBC in England bereits 2008 das Untertitelniveau von 100 % erreicht.

In der Richtlinie der Audiovisuellen Mediendienste (Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates, vom 10.03.2010, zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste) heißt es:

(23) Für die Zwecke dieser Richtlinie sollte sich der Begriff „audiovisuell“ auf bewegte Bilder mit oder ohne Ton beziehen; er sollte somit Stummfilme erfassen, nicht aber Tonübertragungen oder Hörfunkdienste. Der Hauptzweck eines audiovisuellen Mediendienstes ist zwar die Bereitstellung von Sendungen, die Definition eines solchen Dienstes sollte aber auch textgestützte Inhalte umfassen, die diese Sendungen begleiten, wie z.B. Untertitel oder elektronische Programmführer. Eigenständige textgestützte Dienste sollten nicht in den Anwendungsbereich dieser Richtlinie fallen; die Freiheit der Mitgliedstaaten, solche Dienste auf einzelstaatlicher Ebene in Einklang mit dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu regeln, sollte unberührt bleiben.

(46) Das Recht von Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen auf Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben der Union und ihre Integration ist untrennbar mit der Bereitstellung zugänglicher audiovisueller Mediendienste verbunden. Die Mittel, um die Zugänglichkeit zu erreichen, sollten unter anderem Gebärdensprache, Untertitelung, Audiobeschreibung und leicht verständliche Menüführung umfassen.

Seit geraumer Zeit kämpfen wir für eine Untertitelquote von 100 % und für eine Quote der Gebärdensprache von 5 % in allen Fernsehsendungen. Außerdem setzen wir uns für den Erhalt der Fernsehsendung „Sehen statt Hören“ ein, die zukünftig mehr neue Folgen

produzieren (mindestens 36 Neusendungen pro Jahr) und dafür weniger Wiederholungen ausstrahlen soll.

In Artikel 21e der UN-Behindertenrechtskonvention (Zugang zu Informationen) heißt es: „... die Verwendung von Gebärdensprachen anerkennen und fördern“, in Artikel 24 3b (Bildung): „...erleichtern sie das Erlernen der Gebärdensprache und die Förderung der sprachlichen Identität der Gehörlosen“ und in Artikel 30 (Teilhabe am kulturellen Leben sowie an Erholung, Freizeit und Sport): „...Menschen mit Behinderungen haben gleichberechtigt mit anderen Anspruch und Anerkennung und Unterstützung ihrer spezifischen kulturellen und sprachlichen Identität, einschließlich der Gebärdensprachen und der Gehörlosenkultur“.

Daher ist eine Untertitelungsquote von 100 Prozent und eine Gebärdensprachquote von 5 Prozent in Deutschland ein Ziel, welchem sich alle Gesellschaftsgruppen, Politiker, TV-Sender sowie hörende und gehörlose Bürger verpflichtet fühlen sollten. Es geht hierbei um die Durchsetzung eines Menschenrechts und sollte aus diesem Grund selbstverständlich sein.

Ziel unserer Fachtagung ist es, eine Gesetzesänderung im Rundfunkstaatsvertrag anzustoßen, um eine verbindliche und jährlich steigende Quote für Untertitel und Gebärdensprache im Fernsehen zu erreichen. Möglicherweise ist auch an eine Modifizierung der Rundfunkstaatsverträge oder der Landesmediengesetze zu denken, wobei, ähnlich der Regelung in anderen europäischen Staaten, eine gesetzliche Quote zur Untertitelung von Sendungen bzw. der Gebärdensprache fixiert werden könnte.

Es existieren leider noch immer keine verbindlichen gesetzlichen Regelungen oder Verpflichtungen in Bezug auf den Zeitraum, in welchem die Quoten von Untertiteln und Gebärdensprache im Fernsehen erreicht werden müssen. Es wäre gut, wenn die Soll-Forderung im § 3 Rundfunkstaatsvertrag zu einer „Muss“-Forderung werden würde.

Nach § 5 des Behindertengleichstellungsgesetzes können wir, von dem Deutschen Gehörlosen-Bund e.V., dem Deutschen Schwerhörigenbund e.V. und der Deutschen Gesellschaft der Hörbehinderten – Selbsthilfe und Fachverbände e.V., die Zielvereinbarungen zur Herstellung der Barrierefreiheit mit den zwei großen privaten Sendegruppen (Mediengruppe RTL und ProSiebenSat.1 Media AG) beschließen. Eine solche Zielvereinbarung könnte ein Mittel für uns sein, für die Weiterentwicklung und den Ausbau der barrierefreien Angebote (Untertitel und Gebärdensprache) zu kämpfen.

#### **Ansprechpartner für Rückfragen:**

Daniel Büter  
Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit  
Email: [bkz-bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:bkz-bueter@gehoerlosen-bund.de)  
Telefon über den Dolmetscherdienst Telesign: 069 - 900 160 333

#### **Deutscher Gehörlosen-Bund e.V.**

Bundeskompetenzzentrum  
Prenzlauer Alle 180  
10405 Berlin

Internet: [www.gehoerlosen-bund.de](http://www.gehoerlosen-bund.de)  
Facebook: Deutscher Gehörlosen-Bund  
Twitter: @gehoerlosenbund

# Deutscher Gehörlosen-Bund e.V.

Interessenvertretung der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung in Deutschland



Berlin, 30.08.2017

#### **Pressemitteilung 10/2017**

#### **Die Broschüre „Unsere Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2017 mit Antworten der bundespolitischen Parteien“ kann als eine Entscheidungs- und Orientierungshilfe zur Bundestagswahl dienen.**

Am Sonntag, den 24. September 2017, wird der 19. Bundestag der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Er ist die Volksvertretung der Bundesrepublik Deutschland und als Gesetzgebungsgremium ihr wichtigstes Organ. Der Bundestag setzt sich aus Abgeordneten zusammen, die in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl auf vier Jahre gewählt werden. Grundsätzlich dürfen alle deutschen Staatsbürger, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben, bei der Bundestagswahl mitentscheiden.

Nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes sind im Bundesgebiet etwa 61,5 Millionen Deutsche wahlberechtigt, davon 31,7 Millionen Frauen und 29,8 Millionen Männer.

Wir vom Deutschen Gehörlosen-Bund e.V. (DGB), haben, die bevorstehende Bundestagswahl betreffend, bei verschiedenen Punkten Klärungsbedarf. Aus diesem Grund haben wir unsere wichtigsten Fragen in 9 Wahlprüfsteinen formuliert und uns mit diesen an sieben Parteien, CDU/CSU, SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, AfD und DiB, gewendet.

Nun liegen die Antworten von sechs der sieben Parteien vor, die sich zu den Wahlprüfsteinen geäußert haben. Die Partei der AfD hat die Möglichkeit nicht genutzt, sich bis Redaktionsschluss zu unseren Wahlprüfsteinen zu äußern. Die Antworten sind inhaltlich unverändert, unkommentiert und ungekürzt aufgeführt.

Nachfolgend haben wir den Fragenkatalog und die vorliegenden Antworten der Parteien zusammengestellt. Mit den Antworten der Parteien möchten wir den gehörlosen Bürgerinnen und Bürgern eine Entscheidungshilfe bei der Bundestagswahl anbieten.

Die Broschüre ist eine Arbeitsgrundlage für die Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl 2017, welche der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. am Samstag, den 2. September 2017, im Gehörlosenzentrum Berlin, Friedrichstraße 12, veranstaltet.

Auch die Landesverbände und Vereine der Gehörlosengemeinschaft in Deutschland organisieren Podiumsdiskussionen zur Bundestagswahl 2017. Aus diesem Grund wird ihnen diese Broschüre als Orientierung zur Verfügung gestellt.

Wir wünschen viel Spaß bei der Lektüre! Bitte nutzen Sie Ihre Stimme und gehen Sie am 24. September wählen. Die Wahlbeteiligung sollte bei dieser Bundestagswahl höher sein, als bei der vergangenen.

#### **Deutscher Gehörlosen-Bund e.V.**

Bundeskompetenzzentrum  
Prenzlauer Alle 180  
10405 Berlin

Internet: [www.gehoerlosen-bund.de](http://www.gehoerlosen-bund.de)  
Facebook: Deutscher Gehörlosen-Bund  
Twitter: @gehoerlosenbund

Berlin, 06.09.2017

## Pressemitteilung 11/2017

### Unsere Feier zum 90-jährigen Jubiläum

In diesem Jahr feiert der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. sein 90jähriges Bestehen. Aus diesem Anlass laden wir Sie herzlich zu unserer Jubiläumsveranstaltung ein. Diese findet am Samstag, den 21. Oktober 2017, im Borgfelder Landhaus, Warfer Landstraße 73, in Bremen statt.

Die organisierte Gehörlosenbewegung in Deutschland besteht schon etwa 170 Jahre. 1848 wurde in Berlin der erste „Taubstummverein“ gegründet. Seit 1892 gab es deutschlandweit Organisationen für „Taubstumme“, in denen sich gebärdensprachlich/bilingual orientierte Gehörlose und Schwerhörige lose organisiert hatten.

Am 15./16. Januar 1927 wurde in Weimar der „Reichsverband der Gehörlosen Deutschlands“ (kurz: Regede) als eine eigenständige Organisation, an der sich die Landes- und Stadtverbände der Gehörlosen angeschlossen haben, gegründet. In der nationalsozialistischen Diktatur wurde der Regede gleichgeschaltet, entmachtet und 1944 aufgelöst.

Am 14./15. Januar 1950 erfolgte in Düsseldorf die Wiedergründung der eigenständigen Organisation unter dem Namen „Deutscher Gehörlosen-Bund“ als Rechtsnachfolger des Regede. Somit steht der DGB, mit seinen 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, in der heute 90-jährigen Tradition der Verbandsarbeit für die Interessen der deutschen Gebärdensprachgemeinschaft.

Gemeinsam wollen wir auf die 90jährige Vergangenheit des DGB zurückblicken. Ebenso erinnern wir uns dankbar an die zahlreichen ehrenamtlichen Engagements vieler Gehörloser und deren Freunde, für die deutsche Gehörlosengemeinschaft. Kurz gesagt: 90 Jahre Zusammenhalt, Engagement und Verantwortung!

Der Einlass ist um 16.30 Uhr, um 18 Uhr wird es Abendessen geben. Von 19-21 Uhr wird das Programm dargeboten: Begrüßung, Grußworte von einigen eingeladenen Organisationen, künstlerischer Auftritt von Guiseppa Giuranna, dem bekannten Gebärdensprachkünstler, die Filmvorführung über 90 Jahre DGB, Ehrungen mit der Karl-Wacker-Plakette an drei Personen für ihre hervorragende Gehörlosenarbeit und Gratulationen von diversen Verbänden. Die Moderation des Programms übernimmt Conny Khadivi, vorherige Vorsitzende der Deutschen Gehörlosen-Jugend.

Alle weiteren Informationen finden Sie auf dem Plakat und dem Anmeldeformular. Der Anmeldeschluss ist am 27.09.2017.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen und das gemeinsame Begehen des 90jährigen Jubiläums!

### Deutscher Gehörlosen-Bund e.V.

Bundeskompetenzzentrum  
Prenzlauer Alle 180  
10405 Berlin

Internet: [www.gehoerlosen-bund.de](http://www.gehoerlosen-bund.de)  
Facebook: Deutscher Gehörlosen-Bund  
Twitter: @gehoerlosenbund

Berlin, 18.09.2017

## Pressemitteilung 12/2017

### Kandidaten für die Bundestagswahl 2017 diskutieren über Behinderten- und Sozialpolitik in Bezug auf unsere Wahlprüfsteine

Ca. 100 Gehörlose kamen zur Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl 2017 am 2. September 2017 in das Gehörlosenzentrum Berlin.

Margarethe Lipowski, 1. Vorsitzende des Gehörlosenverbandes Berlin e.V., Gérard-Leonhard Toepfich, 2. Vorsitzender der Gesellschaft zur Förderung der Gehörlosen in Berlin e.V. und die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung Berlin, Christine Braunert-Rümenapf hielten ihre Grußworte zu Beginn der Veranstaltung.

Sehr bedauerlich war, dass der auf einen Rollstuhl angewiesene gehörlose Podiumsgast Steffen Helbing (CDU) nicht wie geplant an der Diskussion teilnehmen konnte, weil die Bühne nicht barrierefrei zugänglich war. Die Gesellschaft zur Förderung der Gehörlosen in Berlin e.V., der Gehörlosenverband Berlin e.V. und der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. möchten sich dafür bei Herrn Steffen Helbing entschuldigen.

Gäste der Podiumsdiskussion waren: Mechthild Rawert (SPD), Margit Glasow (DIE LINKE), Corinna Ruffer (Bündnis 90/Die Grünen), Helmut Vogel (Präsident des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V. und Fachbeiratsleiter „Soziales“) und Dr. Ulrike Gotthardt (Präsidiumsmitglied des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V. und Fachbeiratsleiterin „Gesundheit“).

Zu Beginn der Diskussion wurde die Broschüre „Unsere Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2017 mit Antworten der bundespolitischen Parteien“ kurz präsentiert. Gemeinsam wurde entschieden, sich in der Diskussion auf die Wahlprüfsteine „Arbeit und Beschäftigung“, „Rehabilitation, Gesundheit und Pflege“, „Senioren“, „Gesellschaftliche und politische Teilhabe“ und „Barrierefreier Notruf“ zu konzentrieren.



Nach der Kaffeepause nutzte das Publikum rege die Möglichkeit, die Gäste der Podiumsdiskussion zu befragen und die Antworten mit ihnen zu diskutieren. Zu den einzelnen Wahlprüfsteinen fanden Fragerunden statt, z.B. zu den Themen Dolmetscherkosten im privaten Bereich, Notruf-App, Barrierefreiheit, Seniorenarbeit, politische Teilhabe, Steuerrecht, Situation taubblinder Menschen, Wahlversprechen usw..

Für das gute Gelingen der Veranstaltung möchten wir uns bei den beiden Gebärdensprachdolmetschern Carola Otto und Daniel Meixner, bei der Gesellschaft zur Förderung der Gehörlosen in Berlin e.V. (Räumlichkeiten), bei Christopher Buhr, Marco Strauß und Marietta Schumacher (Fotografie und Filmaufnahmen) bedanken.

Wir hoffen, dass diese Wahlkampfveranstaltung allen Teilnehmern gut gefallen hat und Ihnen bei ihrer Entscheidung zur Bundestagswahl am 24. September 2017 hilfreich ist.

Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch!

#### Videofilme:

- DGB-Film 12-1/2017 „DGB-Wahlkampfveranstaltung am 02.09.2017 in Berlin – 1. Teil“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=4z3alDZ4-nc> (57,50 Minuten)
- DGB-Film 12-2/2017 „DGB-Wahlkampfveranstaltung am 02.09.2017 in Berlin – 2. Teil“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=w11unvbJJQo> (43,27 Minuten)
- Film „Fragerunde 1 – Dolmetscherkosten im privaten Bereich“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=ncfYLR5ZpEs&t=36s> (3,53 Minuten)
- Film „Fragerunde 2 – NotrufApp“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=d-hKfRaLp-g> (3,07 Minuten)
- Film „Fragerunde 3 – Minderheitskultur“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=NskGiG6GkBW&t=37s> (6,35 Minuten)
- Film „Fragerunde 4 – Taubblinde“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=HaH3xe6UMWo> (9,09 Minuten)
- Film „Fragerunde 5 – Barrierefreiheit“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=wY1J6-xI-i4> (4,44 Minuten)
- Film „Fragerunde 6 – Seniorenarbeit“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=6vQP1Bml4BQ&t=4s> (8,14 Minuten)
- Film „Fragerunde 7 – Notruf“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=tXHAJ9tXrEc&t=107s> (5,35 Minuten)
- Film „Fragerunde 8 – politische Teilhabe“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=kcJiJmb6AQ> (15,47 Minuten)
- Film „Fragerunde 9 – Steuer, Schule, Arztbesuch“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=bl1n9zILXKw&t=39s> (6,43 Minuten)
- Film „Fragerunde 10 – Wahlversprechen“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=snszHfOdFuQ> (3,59 Minuten)
- Film „Fragerunde 11 – Barrierefreiheit im Veranstaltungen“ unter [https://www.youtube.com/watch?v=35GLZWkDk\\_E&t=2s](https://www.youtube.com/watch?v=35GLZWkDk_E&t=2s) (2,12 Minuten)
- Kompletter Film „Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl 2017“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=HlFtZBRThnI&t=3499s> (2 Stunden 57 Minuten)

#### Fotos:

- Fotos „PD zur BTW2017 am 02.09.2017 Teil 1“ unter <http://www.gehoerlosen-bund.de/chronik/fotogalerie/pd%20zur%20btw2017%20am%2002.09.2017%20teil%201>
- Fotos „PD zur BTW2017 am 02.09.2017 Teil 2“ unter <http://www.gehoerlosen-bund.de/chronik/fotogalerie/pd%20zur%20btw2017%20am%2002.09.2017%20teil%202>

#### Deutscher Gehörlosen-Bund e.V.

Bundeskompetenzzentrum  
Prenzlauer Alle 180  
10405 Berlin

Internet: [www.gehoerlosen-bund.de](http://www.gehoerlosen-bund.de)  
Facebook: Deutscher Gehörlosen-Bund  
Twitter: @gehoerlosenbund

# Deutscher Gehörlosen-Bund e.V.

Interessenvertretung der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung in Deutschland



Berlin, 26.09.2017

#### Pressemitteilung 13/2017

### Der Untertitelausbau darf nicht stagnieren und die Gebärdensprache darf nicht im Internet „versteckt“ sein – intensiver Austausch bei der Fachtagung „Barrierefreie Medien“ über mehr Barrierefreiheit im Fernsehen

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. organisierte am 12. September 2017 die Fachtagung „Barrierefreie Medien“ im ZDF-Kongresszentrum in Mainz, bei welcher über 80 Teilnehmer anwesend waren. Unter den Teilnehmern waren Bundestagsabgeordnete, Landtagsabgeordnete, ein Landesbehindertenbeauftragter, Vertreter des Bundesministeriums Arbeit und Soziales, Rundfunkräte, Medienbeauftragte und Vertreter der Hörbehindertenverbände.



Schirmherrin der Fachtagung war Malu Dreyer, Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz und Vorsitzende der Rundfunkkommission der Länder.

Grußworte sprachen Heike Raab (Staatssekretärin und Bevollmächtigte beim Bund und in Europa für Medien und Digitales), Dr. Eckart Gaddum (Hauptredaktionsleiter Neue Medien ZDF), Matthias Rösch (Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung des Landes Rheinland-Pfalz), Prof. Dr. Ulrich Hase (Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft der Hörgeschädigten – Selbsthilfe und Fachverbände e.V.) und Helmut Vogel (Präsident des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V.).





Bernd Schneider (Referatsleiter barrierefreie Medien in der Deutschen Gesellschaft) referierte über die Entwicklung der Untertitel und der Gebärdensprache im Fernsehen.



Seit 2013 sind Gehörlose nicht mehr vom Rundfunkbeitrag befreit. Es gab kurzzeitig einen starken Anstieg der barrierefreien Angebote, aber seitdem stagniert der Ausbau der Untertitelung. Die Verbände fordern eine jährliche Steigerung um 10%, bis 100% erreicht sind, um keine weiteren 30 Jahre auf ein vollständig barrierefreies Angebot warten zu müssen. Von der Teilhabe am Medienangebot, wie sie in der 2009 von Deutschland ratifizierten „UN-Konvention für Menschen mit Behinderung“ gefordert wird, ist man noch ein gutes Stück entfernt.

Annegret Haage (Wiss. Mitarbeiterin der technischen Universität Dortmund) stellte die repräsentative Studie zur Mediennutzung von Menschen mit Behinderungen vor. Diese wurde im Auftrag der Aktion Mensch und der Medienanstalten durch die Technische Universität Dortmund und das Hans-Bredow-Institut durchgeführt. 86% der Zuschauer mit Hörbehinderung gaben an, dass sie dem Programm nicht immer folgen können. Das lineare Fernsehen ist der Ort, an dem gleichberechtigte Teilhabe gewünscht wird. Es reicht nicht aus, Angebote in Gebärdensprache ausschließlich im Internet anzubieten.

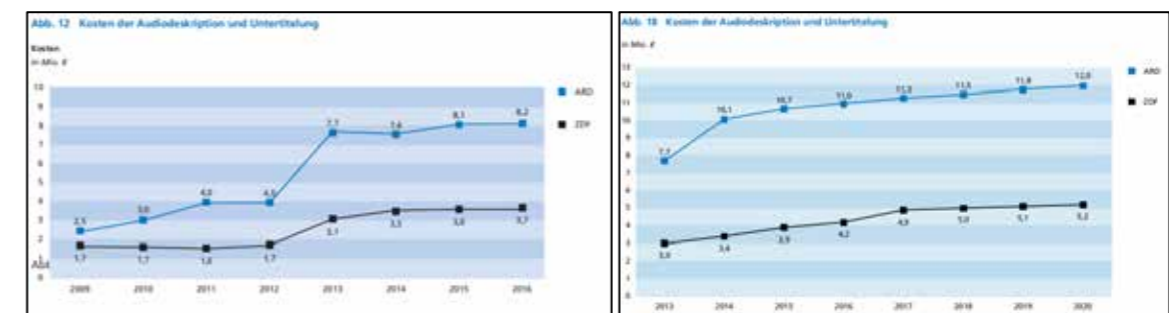


H.- Günter Heiden, Publizist und Koordinator der BRK-Allianz von 2011 – 2015 stellte das Ergebnis der Staatenprüfung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Bezug auf Untertitel und Gebärdensprache bei öffentlich-rechtlichen und privaten TV-Sendern dar. Er betonte, dass eine Konkretisierung und Verschärfung des Rundfunkstaatsvertrages unbedingt erforderlich ist. Hierzu sollten auch die Landesrundfunkgesetze und Landesmediengesetze einbezogen werden.

Nach der Mittagspause stellten Georg Schmolz (ARD), Jürgen Kleinknecht (ZDF), Ferdinand Sacksofsky (ProSiebenSat. 1 Media SE) und Maren Rolfes (Mediengruppe RTL Deutschland GmbH) die barrierefreien Angebote ihrer Rundfunkanstalt vor. Sie nahmen zusammen mit den Medienpolitischen Sprechern Josef Dötsch (CDU) und Daniel Schäffner (SPD) sowie der behindertenpolitischen Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Katrin Werner, und Bernd Schneider von der Deutschen Gesellschaft, auf dem Podium Platz und diskutierten den Weg zu einem barrierefreien Medien-Angebot.



Nach dem 21. Geschäftsbericht der KEF (Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten) ist bis 2020 eine jährliche Steigerung von ca. 3,4 % für den Ausbau der Barrierefreiheit geplant. Bei Sendern, die bisher noch keine bis wenig Untertitel ausstrahlen wie z.B. Phoenix, Arte oder ARD Alpha müssten Gehörlose weitere 30 Jahre warten, bis 100% erreicht sind.



Der Bayerische Rundfunk finanziert „Sehen statt Hören“, die einzige vollständig inklusive Sendung im linearen TV-Programm, zu über 90% allein. Dadurch steht dem Sender weniger Geld für den Ausbau der Untertitelung zur Verfügung. Da erfreulicherweise nahezu alle Dritten Programme der ARD die Sendung übernehmen, sollten sich aus Gründen der Gleichbehandlung auch alle ARD-Rundfunkanstalten entsprechend ihrem Anteil an den Gebühreinnahmen an der Finanzierung beteiligen.



Unser besonderer Dank gilt der Krankenkasse „DAK Gesundheit“ und dem Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF), mit deren freundlicher Unterstützung wir die Fachtagung realisieren konnten.

## Videofilme:

- DGB-Film 13-1/2017 „Kurzfassung Fachtagung „Barrierefreie Medien“ unter [https://www.youtube.com/watch?v=Fb7S2\\_p39A&t=4s](https://www.youtube.com/watch?v=Fb7S2_p39A&t=4s) (2:38 Minuten)
- DGB-Film 13-2/2017 „Grußwort von Heike Raab“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=vfQEMpPhOK8&t=5s> (11:48 Minuten)
- DGB-Film 13-3/2017 „Grußwort von Dr. Eckart Gaddum“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=EFCSmuKPMGo&t=8s> (10:35 Minuten)
- DGB-Film 13-4/2017 „Grußwort von Matthias Rösch“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=ai8Qy-LeRGg> (11:33 Minuten)
- DGB-Film 13-5/2017 „Grußwort von Prof. Dr. Ulrich Hase“ unter [https://www.youtube.com/watch?v=W\\_c7o1c3Gns&t=95s](https://www.youtube.com/watch?v=W_c7o1c3Gns&t=95s) (10:33 Minuten)
- DGB-Film 13-6/2017 „Grußwort von Helmut Vogel“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=KDoG8RNmoHE> (6:51 Minuten)
- DGB-Film 13-7/2017 „Vortrag „Bisherige Entwicklung und aktuelle Situation in Deutschland“ von Bernd Schneider“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=5QQ3vwI35vw&t=8s> (30:15 Minuten)
- DGB-Film 13-8/2017 „Vortrag „Ergebnisse zur Mediennutzung von Menschen mit Hörbehinderungen“ von Anne Haage“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=BiS-FgezKIs&t=119s> (28:19 Minuten)
- DGB-Film 13-9/2017 „Vortrag „Ergebnis der Staatenprüfung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Bezug auf Untertitel und Gebärdensprache beim öffentlich-rechtlichen und privaten TV-Sendern“ von H.- Günter Heiden“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=qc5jLT4AysA&t=495s> (23:26 Minuten)
- DGB-Film 13-10/2017: „Kurzvortrag „Barrierefreie Angebote (Untertitel und Gebärdensprache)“ von Georg Schmolz (ARD)“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=4-98j0JYsmg&t=375s> (24:10 Minuten)
- DGB-Film 13-11/2017: „Kurzvortrag „Barrierefreie Angebote (Untertitel und Gebärdensprache)“ von Jürgen Kleinknecht (ZDF)“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=y9vZh3ktKbw> (11:54 Minuten)
- DGB-Film 13-14/2017: „Podiumsdiskussion "Der Weg zu einem barrierefreien Medien-Angebot" unter <https://www.youtube.com/watch?v=7kPFV04yZVw&t=1721s> (50:01 Minuten)
- DGB-Film 13-15/2017: „Fragestunde für das Publikum bei der Podiumsdiskussion "Der Weg zu einem barrierefreien Medien-Angebot"“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=4GEhM3Gxau0&t=355s> (56:43 Minuten)

## Fotos:

- Fotos „Fachtagung Barrierefreie Medien Teil1“ unter <http://www.gehoerlosen-bund.de/chronik/fotogalerie/fachtagung%20barrierefreie%20medien%20teil%201> (156 Fotobilder)
- Fotos „Fachtagung Barrierefreie Medien Teil2“ unter <http://www.gehoerlosen-bund.de/chronik/fotogalerie/fachtagung%20barrierefreie%20medien%20teil%202> (53 Fotobilder)
- Fotos „Fachtagung Barrierefreie Medien Teil3“ unter <http://www.gehoerlosen-bund.de/chronik/fotogalerie/fachtagung%20barrierefreie%20medien%20teil%203> (8 Fotobilder)

## Deutscher Gehörlosen-Bund e.V.

Bundeskompetenzzentrum  
Prenzlauer Alle 180  
10405 Berlin

Internet: [www.gehoerlosen-bund.de](http://www.gehoerlosen-bund.de)  
Facebook: Deutscher Gehörlosen-Bund  
Twitter: @gehoerlosenbund

Berlin, 03.11.2017

## Pressemitteilung 14/2017

### Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. feierte am 21.10.2017 in Bremen sein 90-jähriges Jubiläum.

An der Feier, welche im Borgfelder Landhaus in Bremen stattfand, nahmen insgesamt 180 Gäste teil und feierten gemeinsam mit uns das 90-jährige Bestehen des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V. Es war ein sehr schöner Abend und alles ist so abgelaufen, wie wir es uns vorgestellt haben.



Die Moderatorin des Abends war Conny Khadivi, die alle Gäste zunächst begrüßte und das Programm eröffnete. Sie betonte die Besonderheit unserer Feier und machte auch darauf aufmerksam, wie sich die Lebensbedingungen der Gehörlosen im Laufe der letzten 90 Jahre verbessert haben und was der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. dazu alles beigetragen hat.

Nach einer kurzen Vorstellung der etwa 80 eingeladenen Gäste, begrüßte zunächst unser Präsident, Helmut Vogel, alle Gäste und brachte seine Freude über den vollen Saal zum Ausdruck. Ebenso herzlich begrüßte er den Schweizer Gehörlosenbund und den einzigen anwesenden Politiker an diesem Abend, Hubert Hüppe von der CDU, der von 2009 bis 2013 Bundesbehindertenbeauftragter war und sich durch sein Engagement als besonderer Freund der Gehörlosengemeinschaft hervorgetan hat.



Helmut Vogel beschrieb anschließend, was 90 Jahre Deutscher Gehörlosen-Bund e.V. bedeuten und bezog sich dabei auf die drei Stichworte: Zusammenhalt, Engagement und Verantwortung. Diese Worte sind besonders wichtig für unsere Geschichte. Er bedankte sich für die nun 90 Jahre währende, ehrenamtliche Zusammenarbeit insbesondere von gehörlosen Menschen für die Interessen der Gehörlosengemeinschaft. Das zeige der heutige elfminütige Film zur Geschichte des Deutschen Gehörlosen-Bundes, der vom Geschichtsbüro Helmut Vogel erstellt wurde. Allerdings enthält dieser weniger Bilder über die Gehörlosen in der früheren DDR. Er wünsche sich, dass zum 100-jährigen Jubiläum des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V., die Geschichte des geteilten Deutschlands komplett vereint wird, damit diese weiterge-

tragen werden kann. Abschließend wies er auf drei Ehrungen mit der Karl-Wacker-Plakette, einer ganz wichtigen Auszeichnung des DGB für die überregionale Gehörlosenarbeit, hin und wünschte allen, dass sie den Abend genießen.



Der zweite Redner, der sich mit einem Grußwort an die Gäste richtete, war unser Ehrenpräsident und der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft der Hörgeschädigten- Selbsthilfe und Fachverbände e.V., Prof. Dr. Ulrich Hase. Er betonte, dass es seit 170 Jahren eine starke Gehörlosenbewegung gibt, ohne die er sich ein Leben gar nicht mehr vorstellen kann. Die Gehörlosen hätten in dieser Zeit auch viele Erfahrungen mit Diskriminierung, Bevormundung durch Hörende und die Unterdrückung der Deutschen Gebärdensprache erdulden müssen. Ab den 1980-er Jahren habe dann endlich ein Paradigmenwechsel stattgefunden und es habe allmählich mehr Verständnis für die Wichtigkeit der Anerkennung der Deutschen Gebärdensprache gegeben. Für die Gehörlosen sei es eine lange Zeit des Leidens gewesen und oftmals hätten sie sich geschämt, wenn sie DGS in der Öffentlichkeit verwendeten. Schließlich wurde ein neuer Weg eingeschlagen und heute gebe es für Gehörlose mehr Selbstbestimmung und das Prinzip des Empowerments. Jedoch seien gerade im privaten Bereich noch viele Probleme vorhanden, welche die Teilhabe an einer offenen Gesellschaft behinderten. Ulrich Hase ist der Meinung, dass Inklusion für die Gehörlosengemeinschaft nicht nur eine Chance ist, sondern auch eine Gefahr darstellen kann, wenn sie falsch verstanden wird. Eine weitere Errungenschaft sei das Bundesteilhabegesetz, welches den Gehörlosen in Deutschland einige Türen öffnete, beispielsweise im Hinblick auf die Kostenübernahme für Dolmetscher im privaten Bereich. Schließlich brachte er seine Freude darüber zum Ausdruck, dass der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. ein starker Partner der Deutschen Gesellschaft der Hörgeschädigten- Selbsthilfe und Fachverbände e.V. sei. Die zahlreichen offenen Baustellen, könnten in Zukunft gemeinsam bearbeitet werden und dafür müsse noch viel getan werden.



Die dritte Rednerin des Abends war die Präsidentin des Schweizerischen Gehörlosen-Bundes (SGB-FSS), Tatjana Binggeli. Sie betonte die ereignisreiche Geschichte der vergangenen 90 Jahre und die besondere Zusammenarbeit und gute Partnerschaft des Schweizerischen und des Deutschen Gehörlosen-Bundes. Als besonderes Geschenk überreichte sie unserem Präsidenten einen Scheck im Wert von 700 Euro.

Die vierte Rednerin war die Präsidentin des Österreichischen Gehörlosenbundes (ÖGLB), Helene Jarmer. Sie konnte leider an diesem Abend nicht persönlich erscheinen, da wir jedoch in modernen Zeiten leben, wurde sie per Videobotschaft im Saal begrüßt. Die Gehörlosengemeinschaft sei wie eine Fußballmannschaft und müsse zusammenhalten, um etwas zu erreichen. Gemeinsam müsse man gegen den Hass, wie er beispielsweise bei Facebook verbreitet wird, kämpfen und die Gleichberechtigung aller Menschen durchsetzen.



Der letzte Redner, der sich mit einem Grußwort an alle richtete, war Karlheinz Kunze vom Fördervereins der neuen Bundesländer e.V. Er bedankte sich insbesondere bei Helmut Vogel für die gute Zusammenarbeit und den guten Austausch der letzten Jahre. Als Dank überreichte er unserem Präsidenten ein dickes Buch über die Geschichte der Gehörlosen in der DDR.

Nach den Grußworten wurde, durch den Film vom Geschichtsbüro Helmut Vogel über die Geschichte des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V., eine kurze Zeitreise unternommen. Anschließend veranstaltete Conny ein kleines Quiz mit uns. Wir wurden beispielsweise gefragt, wie viele Präsidenten der DGB in seinem 90-jährigen Bestehen schon hatte. Mit Helmut Vogel waren es 16, worunter bisher nur eine Frau war. Die richtige Antwort auf die Frage, wie viele Mitglieder der DGB hat, lautet 28.000.

Bei unserer Feier wurden drei Personen mit der Karl-Wacker-Ehrenplakette ausgezeichnet. Conny erklärte im Vorfeld, warum die Ehrenausszeichnung nach Karl Wacker benannt wurde. Dieser war der erste Präsident des Deutschen Gehörlosen-Bundes nach der Nazizeit, und insgesamt der fünfte der gesamten Geschichte des DGB, und hob sich durch sein besonderes Engagement für die Gehörlosen in Deutschland hervor. Die Plakette wurde das erste Mal 1983 verliehen und seitdem wurden 29 Personen mit ihr ausgezeichnet. Die Ehrenplakette wird an Menschen verliehen, die sich aktiv für die überregionale Gehörlosenarbeit einsetzen.

Die erste Person, die an diesem Abend ausgezeichnet wurde, war der 75-jährige Herr Prof. Dr. Siegmund Prillwitz, der 1987 das Institut für Deutsche Gebärdensprache und Kommunikation Gehörloser an der Universität Hamburg begründete und bis 2005 leitete. Er hat sich für die Anerkennung der Gebärdensprache als Minderheitensprache und gegen den Oralismus eingesetzt und gekämpft. Die Laudatio über Herrn Prof. Dr. Siegmund Prillwitz hielt unser Ehrenpräsident Prof. Dr. Ulrich Hase. Leider konnte er aus gesundheitlichen Gründen nicht persönlich erscheinen und die Ehrenplakette entgegennehmen und hat sich aus diesem Grund im Vorfeld mit einem Brief an Helmut Vogel gerichtet. Er bedankte sich für die besondere Ehrung und betonte hierbei auch die Leistungen der Gehörlosen selbst, die sich in den vergangenen 30 Jahren erfolgreich für die Anerkennung ihrer Sprache eingesetzt haben. Außerdem hat Ulrich Hase nicht vergessen zu erwähnen, dass Siegmund Prillwitz ihn gebeten hat, sich für das Amt des Präsidenten des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V. zu bewerben, um sich stärker auf politischer Ebene für die Anerkennung der Deutschen Gebärdensprache einzusetzen. Ulrich Hase und Helmut Vogel werden die Karl-Wacker-Plakette nachträglich an Siegmund Prillwitz überreichen.

Die zweite Person, die mit der Karl-Wacker-Ehrenplakette ausgezeichnet wurde, war Erhard Müller, welcher über Jahrzehnte hinweg hauptamtlich als Sozialberater in der Beratungsstelle für Hörgeschädigte und Gehörlose in Erfurt gearbeitet hat. Bereits zu Zeiten der DDR war er im damaligen Gehörlosen- und Schwerhörigenverband als Sekretär in der Bezirksorganisation Erfurt tätig. Außerdem war er ehrenamtlich als Vorsitzender des Landesverbandes der Gehörlosen Thüringen e.V. (1994-2010) und als Präsidiumsmitglied des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V. (1999-2009) tätig. Mittlerweile ist er Ehrenvorsitzender des Landesverbandes der Gehörlosen Thüringen e.V. und Vorstandsmitglied des Fördervereins der Gehörlosen der neuen Bundesländer e.V. Die Laudatio hielt Martin Domke, Ehrenvorsitzender des Landesverbandes der Gehörlosen in Sachsen.

Helmut Vogel übergab die Ehrenplakette feierlich an Erhard Müller, der sich vielmals für die Ehrung bedankte.



Schließlich erhielt als dritte Person Hans-Wolfram Kleefeld die Karl-Wacker-Ehrenplakette, welcher im Jahre 1963 mit seiner Vereinsarbeit begonnen hat und anschließend als Schriftführer, Vorsitzender und Ehrenvorsitzender des Gehörlosenvereins Nürnberg e.V. tätig war. Besonders hervorzuheben ist seine Gründung eines Kraftfahrervereins der Gehörlosen in Nürnberg, in dessen Rahmen er viele Kurse über Verkehrssicherheit angeboten hat. Über Jahrzehnte hinweg war er als Vorsitzender des Bezirksverbandes der Gehörlosen Mittelfranken e.V. ehrenamtlich tätig. Außerdem war er der erste gehörlose Erzieher in Deutschland und hat von 1972 bis 2004 hauptamtlich am Berufsbildungswerk für Hör- und Sprachgeschädigte Nürnberg gearbeitet. Des Weiteren führte er zahlreiche LBG-Kurse für Hörende durch. Die Laudatio hielt Rudolf Gast, Ehrenvorsitzender des Landesverbandes Bayern der Gehörlosen e.V.

Helmut Vogel übergab die Ehrenplakette nochmals feierlich an Herrn Kleefeld, der sich über die Auszeichnung freute und sich bedankte.



Drei besondere Auftritte hatte über den Abend verteilt der Gebärdensprachkünstler Giuseppe Giuranna, der uns mit seinen ausdrucksstarken poetischen Bildern beeindruckte, die für Gehörlose mit Musik verglichen werden können.



Im Anschluss bedankten sich fast alle Delegierten der 26 Mitgliedsverbände des Deutschen Gehörlosen-Bundes und einige Ehrengäste für unsere Arbeit und unser Engagement beim Deutschen Gehörlosen-Bund e.V. der letzten 90 Jahre. Der Politiker Hubert Hüppe erinnerte uns daran, dass der Bund sich ehemals auch als Notgemeinschaft vereinigte, um für die Rechte der Gehörlosen in Deutschland zu kämpfen. Er hob besonders unsere Anliegen hervor, die gesellschaftliche Teilhabe sowie die Anerkennung der Deutschen Gebärdensprache durchzusetzen und lobte unsere Erfolge der letzten Jahrzehnte. Der Deutsche Gehörlosen-Bund engagiere sich auch besonders auf politischer Ebene, damit irgendwann jedem Menschen bewusst werde, dass die Gebärdensprache ein Menschenrecht ist. Hubert Hüppe möchte uns auch in den kommenden Jahren bei der Durchsetzung unserer Ziele unterstützen, weil er glaubt, dass wir noch lange nicht am Ende des Weges angekommen sind und wir uns gemeinsam weiter für die Interessen der Gehörlosen in Deutschland und für deren Teilhabe einsetzen müssen. Er hofft, dass der gute Kontakt zum Deutschen Gehörlosen-Bund e.V. bestehen bleibt und ist zuversichtlich, dass wir gemeinsam in den kommenden 10 Jahren viel erreichen werden.



Renate Reymann, Vorsitzende des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbands e.V., hielt ebenfalls eine interessante Dankesrede über die Erfahrungen der sehbehinderten Menschen in Deutschland, welche mit denen der Gehörlosen zu vergleichen sind. Sie plädierte für Chancengleichheit und brachte zum Ausdruck, dass damit sowohl die blinden, als auch die gehörlosen Menschen in Deutschland für die gleichen Rechte einstehen. Insbesondere die Taubblinden in Deutschland seien aufgrund der schweren ihrer Behinderung oftmals aus der Gesellschaft ausgeschlossen. Man habe jedoch mit dem Merkzeichen TBL im Schwerbehindertenausweis schon viel erreicht. Sie wolle die gute Zusammenarbeit mit dem Deutschen Gehörlosen-Bund e.V. gerne in den nächsten Jahren weiter fortsetzen.

Der Höhepunkt unserer Jubiläumsfeier war, als die letzten 4 noch lebenden Präsidenten des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V. (Ulrich Hase, Gerlinde Gerkens, Alexander von Meyenn und Rudolf Sailer) und der aktuelle Präsident Helmut Vogel, gemeinsam auf der Bühne standen. Mit ihnen und allen Gästen hat das Präsidium mit einem Glas Sekt auf die Arbeit der letzten 90 Jahre und die weitere Zukunft des DGB angestoßen.



Wir möchten uns recht herzlich bei Sabine Schöning, Petra Sperling und Edgar Zehner vom Landesverband der Gehörlosen Bremen e.V. für ihre Mithilfe bei der Organisation bedanken. Als Dank überreichten wir dem Landesverband der Gehörlosen Bremen e.V. eine Pflanze, die im Gehörlosenzentrum in Bremen erblühen und alle daran erfreuen soll. Außerdem danken wir Patrick George und Rita Segelke für ihre Dolmetscherdienste und Conny Khadivi für die schöne Moderation des Abends. Beim Borgfelder Landhaus bedanken wir uns für die hervorragende Bewirtung und das gute Essen. Bei Danny Igerski und Tim Krenke bedanken wir uns für das Live-Streaming und die Technik im Allgemeinen. Oliver Bardt danken wir für das Fotografieren unserer Feier. Ein großes Dankeschön richten wir auch an Marco Strauß, der ebenfalls fotografierte und den Abend filmte. Schließlich möchten wir uns bei unseren zahlreich erschienenen Gästen bedanken. Wir hoffen, dass Ihnen der Abend gefallen hat und Ihnen für immer in guter Erinnerung bleibt.

#### Videofilme:

- DGB-Film 15-1/2017 „Kurzfassung“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=Y3ProjGh8d8> (4:09 Minuten)
- DGB-Film 15-2/2017 „Begrüßung“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=rQDCzz636aU> (4:12 Minuten)
- DGB-Film 15-3/2017 „Eröffnung“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=r11ohrH21oM> (5:45 Minuten)
- DGB-Film 15-4/2017 „Grußworte“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=5cuTGOq-4xQ> (24:04 Minuten)
- DGB-Film 15-5/2017 „Zeitreise“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=Si8Px1CVIpA> (15:07 Minuten)
- DGB-Film 15-6/2017 „Karl-Wacker-Plakette: Siegmund Prillwitz“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=UJgliu-ssF0> (14:29 Minuten)
- DGB-Film 15-7/2017 „Karl-Wacker-Plakette: Erhard Müller“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=BNYVxlVOfss> (8:17 Minuten)
- DGB-Film 15-8/2017 „Karl-Wacker-Plakette: Hans-Wolfram Kleefeld“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=WwD50H5BPRk> (22:03 Minuten)
- DGB-Film 15-9/2017 „Glückwünsche“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=IBZ8S13wgrQ> (41:11 Minuten)
- DGB-Film 15-10/2017: „Gemeinsames Anstoßen“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=kCPI5-B0eMY> (9:10 Minuten)
- DGB-Film 15-11/2017: „Danksagung“ unter <https://www.youtube.com/watch?v=oNqWA3m39eU> (12:48 Minuten)

#### Deutscher Gehörlosen-Bund e.V.

Bundeskompetenzzentrum  
Prenzlauer Alle 180  
10405 Berlin

Internet: [www.gehoerlosen-bund.de](http://www.gehoerlosen-bund.de)  
Facebook: Deutscher Gehörlosen-Bund  
Twitter: @gehoerlosenbund

# Deutscher Gehörlosen-Bund e.V.

Interessenvertretung der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung in Deutschland



Berlin, 01.12.2017

#### Pressemitteilung 15/2017

### Großartige, unvergessliche und erfahrungsreiche Ergebnisse der 3. Internationalen Konferenz des Weltverbandes der Gehörlosen, vom 8.-10. November 2017 in Budapest

Der Präsident des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V., Helmut Vogel, reiste zusammen mit der 1. Vizepräsidentin, Marietta Schuhmacher, und anderen deutschen Teilnehmern, am Mittwoch, den 8. November, morgens nach Budapest. Dort gab es im Novotel Budapest City Hotel zunächst ein freudiges Wiedersehen mit Daniel Büter, dem Referenten für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit, der bereits am Sonntag, den 5. November, nach Budapest gereist ist, um an einer zweitägigen EUD-Vorstandssitzung teilzunehmen.

Am Anfang der Konferenz fand zunächst von 13-17 Uhr ein WFD-Workshop zum Thema inklusive Bildung statt. An diesem nahmen etwa 100 Personen aus 46 Ländern teil und es ging vor allem darum, wie der WFD und seine ordentlichen Mitglieder zusammenarbeiten können, um sicherzugehen, dass gehörlose Kinder nicht vernachlässigt werden, wenn sich die Regierungen der Länder inklusiven Bildungsformen zuwenden und unter Druck stehen Gehörlosenschulen zu schließen. Es sollte betrachtet werden, wie gemeinsame Positionen und juristische Strategien gegenüber Regierungen und anderen Behindertenorganisationen in diesem Kontext definiert werden können.

Insgesamt nahmen an der 3. Internationalen Konferenz, unter dem Motto „Volle Inklusion mit Gebärdensprache“, etwa 650 Personen aus 83 verschiedenen Ländern teil. Alle Vorträge wurden in International Sign (IS), ungarische Gebärdensprache (HSL) sowie in englische und ungarische Lautsprache übersetzt.

Ziel der Konferenz war es, die Möglichkeit zu geben, sich voll und ganz zu beteiligen, sich auszutauschen und zu diskutieren, wie alle Teilnehmer ihre wichtige Arbeit zur Erreichung der Menschenrechte gehörloser Menschen, mit der UN-Behindertenrechtskonvention fortsetzen können. Das Thema der Konferenz war die Überzeugung, dass die vollständige soziale Teilhabe gehörloser Menschen möglich ist, wenn die Gebärdensprache in der Gesellschaft anerkannt und weit verbreitet ist.

Der ungarische Gehörlosen- und Schwerhörigenverband SINOSZ übernahm die Organisation in diesem Jahr und arbeitete eng mit dem WFD zusammen.



Fotograf: Markku Jokinen

Nach dem Workshop wurden alle von 19-21 Uhr mit einem Willkommensempfang begrüßt und es konnte bei einem Glas Sekt oder einem Orangensaft die Gelegenheit genutzt werden, die anderen Teilnehmer kennenzulernen und sich auszutauschen.

Die für das Thema der Konferenz sehr inspirierende und weltweite Kampagne "Gebärdensprache fördert das Lesen und Schreiben" ist mit Gewinnpreisen von jeweils 25.000 Euro bis zu etwa 250.000 Euro ausgeschrieben und läuft noch bis Januar 2018.

Insbesondere weil von den schätzungsweise 32 Millionen gehörlosen Kindern auf der ganzen Welt nur 2 Prozent eine Ausbildung in Gebärdensprache erhalten, unterstützt der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. diese Idee. Die Kampagne zeigt, dass die Zusammenarbeit zwischen dem Weltverband der Gehörlosen und dem Weltverband der Gebärdensprachdolmetscher/innen (WASLI) vorbildlich umgesetzt wird. Es wird auch zur finanziellen Unterstützung des WFD für die menschenrechtspolitische Arbeit aufgerufen.



Fotograf: András Ágh

Am Donnerstag, den 9. November, wurde der Tag mit einer Eröffnungszeremonie begonnen, bei der einige wichtige Personen, unter anderem Dr. Adam Kosa, Präsident des SINOSZ, gastgebender Organisator und Mitglied des Europäischen Parlaments, Colin Allen, Präsident des WFD, Zoltán Balog, Vertreter der ungarischen Regierung und Dr. Liisa Kauppinen, die Ehrenpräsidentin des WFD, Grußworte hielten.

Der Saal war beeindruckend und Videofilme von Kindern, welche die Gebärdensprachen der verschiedenen Länder der Welt zeigten, wurden auf zwei großen Leinwänden seitlich der Bühne projiziert. Zwei Künstler zeichneten live mit Sand auf einem Diaprojektor mehrere wunderschöne Bilder.



Fotograf: András Ágh

Es wurde deutlich, dass dies ein bedeutender Jahrestag für alle Gehörlosen sein wird, da der ungarische Regierungsmann, Zoltán Balog, bei seinem Grußwort verkündete, dass der 9. November von nun an der „Tag der ungarischen Gebärdensprache“ ist. Es folgte tosender Applaus und alle freuten sich sehr.



Fotograf: András Ágh

Von 10-11 Uhr wurde eine ausdrucksstarke Keynote-Präsentation von Victoria Manning, Vertreterin des neuseeländischen Gehörlosenverbands, zum Thema „Entwicklung der Gebärdensprache-Rechte für die Gehörlosen in Neuseeland“, gezeigt. Im Jahr 2006 wurde die neuseeländische Gebärdensprache (NZSL) offiziell zur Amtssprache erklärt. In Neuseeland leben etwa 4,8 Millionen Menschen, von denen 2.500-4.000 Menschen gehörlos sind. Victoria Manning teilte einige ihrer Erfahrungen zur Erlangung der offiziellen Anerkennung und informierte über die Fortschritte bezüglich der Gebärdensprachrechte.

Sie verdeutlichte das Problem, dass die NZSL-Gesetze größtenteils nur symbolischer Art sind und keine bedeutenden neuen Rechte für die Gehörlosen im Land hervorbrachten. Vor allem wurden keine neuen Finanzmittel oder Ressourcen zur Umsetzung des offiziellen Status bereitgestellt. Dieser Status Quo setzte sich mit wachsender Unzufriedenheit in der Gehörlosengemeinschaft fort, bis zur Veröffentlichung eines Berichts der Menschenrechtskommission im Jahr 2013. Dieser übte Druck auf die Regierung aus, mehr Ressourcen bereitzustellen, um den offiziellen Status der NZSL zu erreichen.

Zwei Schlüsselinitiativen, die aus dem Bericht der Menschenrechtskommission hervorgingen, waren die Einrichtung eines von Gehörlosen geführten Dienstes, der NZSL Erwerbsunterstützung für Familien gehörloser Kinder im Vorschulalter bietet, und die Gründung des NZSL-Vorstandes, um bei der Förderung und Aufrechterhaltung von NZSL zu beraten, einschließlich der Zuweisung des NZSL-Fonds von 1,25 Millionen Euro pro Jahr.

Victoria Manning arbeitete während dieses Prozesses in Schlüsselpositionen, unter anderem als Regierungsangestellte, die bei der Entwicklung des NZSL-Gesetzes beriet und als Projektleiterin für den NZSL-Untersuchungsbericht der Menschenrechtskommission. Derzeit arbeitet sie als Eröffnungsvorsitzende des NZSL-Vorstands. Sie erläuterte einige Themen für gehörlose Menschen, die mit der Regierung zusammenarbeiten, um Fortschritte zu erzielen und gab Einblick in die Herausforderungen der fortschreitenden Gebärdensprachrechte.

Victoria Manning arbeitete während dieses Prozesses in Schlüsselpositionen, unter anderem als Regierungsangestellte, die bei der Entwicklung des NZSL-Gesetzes beriet und als Projektleiterin für den NZSL-Untersuchungsbericht der Menschenrechtskommission. Derzeit arbeitet sie als Eröffnungsvorsitzende des NZSL-Vorstands. Sie erläuterte einige Themen für gehörlose Menschen, die mit der Regierung zusammenarbeiten, um Fortschritte zu erzielen und gab Einblick in die Herausforderungen der fortschreitenden Gebärdensprachrechte.

Victoria Manning arbeitete während dieses Prozesses in Schlüsselpositionen, unter anderem als Regierungsangestellte, die bei der Entwicklung des NZSL-Gesetzes beriet und als Projektleiterin für den NZSL-Untersuchungsbericht der Menschenrechtskommission. Derzeit arbeitet sie als Eröffnungsvorsitzende des NZSL-Vorstands. Sie erläuterte einige Themen für gehörlose Menschen, die mit der Regierung zusammenarbeiten, um Fortschritte zu erzielen und gab Einblick in die Herausforderungen der fortschreitenden Gebärdensprachrechte.



Nach der Pause ging es mit der zweiten Keynote-Präsentation zum Thema „Eine gute gebärdensprachliche bilinguale Erziehung“ von Dr. Krister Schönström aus Schweden weiter. In seinem Vortrag gab er einen Hinweis auf den bilingualen Unterricht und die bilinguale Erziehung. Er verdeutlichte dabei, dass ein Weg zu einer zugänglichen und erfolgreichen Bildung über die gebärdensprachliche bilinguale Erziehung führt. Diese bestehe vor allem aus vier Merkmalen, dem Fachunterricht, der Unterrichtssprache, dem Lehrer und dem Schulkontext, welche die Modelle der zweisprachigen Erziehung bestimmten.

Aus globaler Sicht entspricht Zweisprachigkeit bzw. Mehrsprachigkeit der Norm. Die meisten Menschen auf der Welt sind zweisprachig. In einigen Ländern, vor allem der westlichen Welt, hat die Zweisprachigkeit jedoch keinen besonderen Stellenwert. Für gehörlose Menschen ist die Bilingualität, d.h. die Verwendung von mindestens einer gebärdeten und einer gesprochenen Sprache, besonders wichtig, um ein erfülltes Leben zu führen und für die Zukunft vorzusorgen. Dennoch wurde die gebärdensprachliche Zweisprachigkeit lange Zeit zugunsten von einsprachigen mündlichen Bildungskonzepten diskutiert.

Die dritte Keynote-Präsentation wurde von Joni Oyserman und Mathilde de Geus aus Holland gezeigt. Sie beschäftigten sich mit „Gebärdensprache in der Familie“ und betonten dabei, dass es mehr denn je wichtig sei, sich auf gehörlose Kinder in hörenden Familien zu konzentrieren und darauf, welchen Stellenwert die Gebärdensprache in diesen Familien besitzt. In den Niederlanden haben fast alle gehörlosen Kinder ein CI und sind in einer Regelschule eingeschrieben. Der Gebärdensprachunterricht für Eltern gehörloser Kinder habe seit 1994

Die dritte Keynote-Präsentation wurde von Joni Oyserman und Mathilde de Geus aus Holland gezeigt. Sie beschäftigten sich mit „Gebärdensprache in der Familie“ und betonten dabei, dass es mehr denn je wichtig sei, sich auf gehörlose Kinder in hörenden Familien zu konzentrieren und darauf, welchen Stellenwert die Gebärdensprache in diesen Familien besitzt. In den Niederlanden haben fast alle gehörlosen Kinder ein CI und sind in einer Regelschule eingeschrieben. Der Gebärdensprachunterricht für Eltern gehörloser Kinder habe seit 1994

lange Zeit nur aus Grundkursen bestanden. Wenn Eltern selbst um fortgeschrittenere Gebärdensprachkurse bitten, seien sie oft auf Hindernisse gestoßen.

Seit 2011 gibt es Lehrpläne für Eltern, die sich an der Gemeinsamen Europäischen Referenz für Sprachen (GeRS) orientieren. Grundlegend für diesen Ansatz sei das Konzept der Mehrsprachigkeit, das Eltern gehörloser Kinder verspricht, nachhaltige und langfristige Kommunikationskompetenzen zu entwickeln, um die alltäglichen familiären Kommunikationsbedürfnisse zu erfüllen. Gebärdensprache müsse den Fortschritt der Bildungsentwicklung der gehörlosen Kinder unterstützen. Hierzu bedürfe es eines strategischen Essentialismus, um das Problem auf politischer Ebene hervorzuheben. Zusammengefasst sei es für die Gehörlosengemeinschaft wertvoll und unabdingbar in Eltern zu investieren und mit ihnen zusammenzuarbeiten, um eine gute Zukunft für die gehörlosen Kinder zu sichern.



Fotograf: András Ágh

Die nächsten Vorträge wurden parallel in zwei verschiedenen Räumen gehalten. Dabei ging es um zwei Hauptthemen, „Die bilinguale Erziehung, eine bessere Zukunft für gehörlose Kinder“ und „Gebärdensprache in der Familie“ mit insgesamt 20 Unterthemen, über die jeweils ein Vortrag von 20 Minuten gehalten wurde.



Fotograf: András Ágh

Schließlich wurde von 17-18 Uhr ein zusammenfassendes Abschlusswort gehalten, wobei Fragen gestellt und beantwortet werden konnten. Damit endete der erste Tag der Konferenz.



Fotograf: András Ágh

Der zweite Tag hat mit einer sehr interessanten einstündigen Podiumsdiskussion zum Thema „Unsere Rechte, unsere Stimmen“ begonnen, die Roberta Cordiano, Präsidentin der Gallaudet Universität, anleitete. Die vier Diskussionsteilnehmer, Helga Stevens aus Belgien, Dr. Gergely Tapolczai aus Ungarn, Colin Allen aus Australien und Jay Bunnac aus Thailand, berichteten über ihre Arbeit in Führungspositionen und über gemeinsame Erfahrungen.



Fotograf: András Ágh

Anschließend wurden parallel Präsentation zum Thema „Gehörlose Menschen auf dem Arbeitsmarkt“ und zum Thema „Kommunikative Barrierefreiheit und Zugänglichkeit von Kommunikationstechnologien“ mit jeweils 10 Unterthemen gehalten.



Fotograf: András Ágh

Der absolute Höhepunkt der Konferenz war der überraschende Besuch des ungarischen Premierministers Viktor Orbán, der eine umwerfende Rede für die Gehörlosengemeinschaft hielt, die hier im Anhang als deutsche Übersetzung beigefügt ist. Er betonte, dass es für kleine Sprachgemeinschaften, wie die ungarische Gemeinschaft und die gebärdensprachlichen Gemeinschaften, besonders wichtig ist, für die Rechte auf ihre eigenen Sprachen zu kämpfen. Das vereine die ungarische Bevölkerung mit der Gebärdensprachgemeinschaft. Des Weiteren hieß er alle Gehörlosen besonders willkommen in dem Land Ungarn, das als erstes Land die UN-Behindertenrechtskonvention und sein Fakultativprotokoll unterzeichnet und ratifiziert hat, und somit einen großen Beitrag für die Durchsetzung der Rechte gehörloser Menschen leistete. Die ungarische Regierung unterstütze weiterhin die Initiative des WFD, welcher einen Welttag der Gebärdensprachen durchsetzen möchte.



Fotograf: András Ágh

Geschlossen wurde die Konferenz mit einem schönen Gala-Abend, an dem sich alle noch einmal über neue Erfahrungen und Anregungen austauschen konnten. Das Kulturprogramm wurde vor allem durch den gehörlosen amerikanischen Showmann, John Maucere, und das spanische Duo Maloes einzigartig.



Fotograf: András Ágh

Wir möchten uns recht herzlich beim ungarischen Gehörlosen- und Schwerhörigenverband SINOSZ und dem Weltverband der Gehörlosen (WFD) für die hervorragende Gastfreundschaft und den guten Ablauf der Konferenz bedanken. Es war eine tolle Zeit, in der wir viele Erfahrungen sammeln, uns weiterbilden und zahlreiche internationale Kontakte knüpfen konnten. Es war einmal mehr interessant zu beobachten, wie gut sich die Gehörlosengemeinschaft auch auf internationaler Ebene, mit den vielen verschiedenen Gebärdensprachen, versteht und miteinander kommunizieren kann. Bei den gesprochenen Sprachen klappt dies wahrscheinlich nicht so gut.



Wir freuen uns bereits auf den 18. Weltkongress des Weltverbandes der Gehörlosen unter dem Motto „Gebärdensprachrechte für alle“, welcher vom 23. - 27. Juli 2019 in Paris stattfindet.

Wir können allen empfehlen, sich den Termin schon jetzt im Kalender einzutragen und Vorbereitungen für die Reise nach Paris zu treffen. Es lohnt sich!

Daniel Büter  
Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit

**Deutscher Gehörlosen-Bund e.V.**  
-Bundeskompetenzzentrum-  
Prenzlauer Alle 180  
10405 Berlin  
Email: [bkz-bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:bkz-bueter@gehoerlosen-bund.de)  
Web: [www.gehoerlosen-bund.de](http://www.gehoerlosen-bund.de)  
Facebook: Deutscher Gehörlosen-Bund  
Twitter: @gehoerlosenbund

# Deutscher Gehörlosen-Bund e.V.

Interessenvertretung der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung in Deutschland



Berlin, 12.12.2017

## Pressemitteilung 16/2017

### Schon zum 13ten Mal fand das Seniorenseminar des Deutschen Gehörlosen-Bundes vom 07. bis 09. November 2017 in Dresden statt.

Im Auftrag des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V. hat die Bundesreferentin Brigitte Schudlik die Einladungen an alle Seniorenbeauftragten und SeniorenleiterInnen der Landesverbände Deutschland versendet. Insgesamt haben sich 28 Teilnehmer im Tagungshaus Cityherberge Hotel Dresden eingefunden.

Am Anreisetag eröffnete die Seniorenreferentin, Brigitte Schudlik pünktlich um 15 Uhr die Veranstaltung und stellte sich zunächst selbst vor. Sie war 7 Jahre in diesem Amt tätig und bereits 12 x Teilnehmerin beim Seniorenseminar. Das Grußwort hielt der Seniorenbeauftragte des Landesverbandes der Gehörlosen Sachsen e.V., Horst Bormann.

Alle Teilnehmer stellten sich mit ihren Namen vor und teilten mit, aus welchem Bundesland sie kommen und was für Aufgaben sie in Anspruch nahmen.

Anschließend wurde Herr Dr. Jens Michael Cramer von Frau Schudlik vorgestellt. Herr Dr. Cramer berichtete, er sei gehörlos und arbeite heute im Gebärdensprachlabor in der Universität in Göttingen. In dem neuen Projekt sollen die Lebensgeschichten gehörloser Menschen dokumentiert, für die Zukunft bewahrt und erforscht werden. Aus diesem Grund möchte Herr Dr. Cramer deutschlandweit gehörlose SeniorInnen ab 70 Jahren besuchen, interviewen und mit zwei Kameras filmen. Dieses Vorhaben ist bisher einzigartig.



Der Seniorenbeauftragte von Hamburg, Alexander von Meyenn, hielt eine Rede über DGS-Kompetenz für MitarbeiterInnen in den Altenpflegeheimen und bei Beratungen. Er zeigte uns Gebärden - Erklärungen und Beispiele von den Sprachkompetenzen A1 bis 2, B1 bis 2 und C1 bis 2. Wer noch nicht so gut gebärden kann (Grundlage Anfänger), hat eine Kompetenz von A1 und dann steigert sich die Sprachkompetenz bis C2 (Muttersprachler). Für die Alten und Pflegeheime braucht man gute AltenpflegerInnen für Hörbehinderte, welche die Gebärdensprache beherrschen sollten. Die Ausbildung für die Gebärdensprache wird speziell benötigt. Der gehörlose Referent & 2.Vizepräsident des DGB, Wolfgang Bachmann, hielt einen Vortrag über den barrierefreien Notruf und Erste Hilfe. Heutzutage haben viele Gehörlose ein Handy und einen Computer und es gibt bereits einen Notruf über -Tess. Beim Bundeswirtschaftsministerium wurde anerkannt, dass die Gebühr ab sofort frei ist. Ab 2018 soll es für Notrufe 24 Stunden, also rund um die Uhr, Dolmetscher geben. Bisher sind es nur 20 Stunden. Man muss im Internet den Tess Relay-Dienst aufrufen und die eigene Adresse einspeichern. Falls etwas passiert, dann muss nur auf dem Handy der Button gedrückt werden und der DolmetscherIn leitet den Notruf an den Arzt, die Polizei oder Feuerwehr weiter. Es gibt noch andere Leistungen von Tess Privat. Dieser Dienst kostet monatlich 5.-Euro, hat aber mit dem Notruf-Tess nichts zu tun.



Nach diesem Vortrag überraschte Wolfgang Bachmann, im Auftrag vom Deutschen Gehörlosen-Bund e.V. und des Präsidenten Helmut Vogel, Brigitte Schudlik mit einem schönen Blumenstrauß und einer Flasche Wein, weil sie in den vielen Jahre so aktiv war und immer gute Seminare durchgeführt hat. Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. bedankte sich auch bei Rosa Reinhardt und Klauspeter Peiker für ihre vielseitigen Unterstützungen. Rosa und Klauspeter bekamen ebenfalls als Dankeschön eine Flasche Wein. Da Klauspeter nicht anwesend war, nahm Elisabeth Brockmann das Geschenk gerne für ihn entgegen. Sie versprach, ihn sobald wie möglich zu besuchen. Der Präsident des DGB, Helmut Vogel, befand sich zur gleichen Zeit beim Weltkongress der Gehörlosen in Budapest.



Am 08. November 2017 um 9 Uhr begann die gehörlose Andrea Huckemeier zu referieren. Sie arbeitet als Fachberaterin und Dozentin für Gehörlose im Kompetenzzentrum des Martineum-Seniorenheims in Essen. Sie ist für ältere hörbehinderte Menschen und für Demenzkranke auf diesem Gebiet spezialisiert. Im Wohnbereich wohnen 15 und im betreuten Wohnen 6 Gehörlose. Zu ihren Aufgaben zählen die Beratung Gehörloser und Hausbesuche. Jeder hat ein Recht auf diese Beratung. Es geht dabei um Fragen wie: Wo bekommt man die Hilfe? Was ist für mich eine gute Lebensqualität? Denn jeder hat das Recht auf gute Lebensqualität.

Das Thema war: Pflegestärkungsgesetz II, 2017

Sie klärte uns über die Veränderungen der Pflegestufen ab 2017, Pflege-Grade, Mobilität und Pflegedienste auf:

- Wann ist man pflegebedürftig?
- Wie viel Hilfe braucht der pflegebedürftige Mensch?
- Welchen Pflege-Grad bekommt der pflegebedürftige Mensch?
- Gutachten vom Medizinischen Pflegedienst
- Pflegeversicherung
- Verhinderung
- Betreuungskraft
- Pflegezeit für Angehörige wegen Auszeit, maximal 10 Tage im Jahr Behandlungspflege
- Pflegehilfsmittel
- Pflegegeld
- Zuschuss für Wohnumbau z.B. ebenerdige Dusche
- Jede Stadt hat Wohnungsberatung, wegen barrierefreiem Umbau
- Immer vom Hausarzt verschreiben lassen

Andrea Huckemeier hat viele wichtige und interessante Beispiele vorgestellt, damit wir z.B. gut verstehen, was überhaupt die 5 Grade bedeuten? Früher nannte man die Grade Pflegestufen.

Nachmittags stand eine Besichtigung in der Untersuchungshaft-Gedenkstätte der DDR-Zeit auf dem Programm. Das ist der Ort der Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft in Sachsen. Frau Garte, gehörlose Dresdenerin des Stadtverbandes des Gehörlosen Dresden e.V., holte uns direkt von der Cityherberge ab und wir fuhren mit der Straßenbahn zur Gedenkstätte. An der Kasse standen schon die Dolmetscherin, Frau Jenni Lindner, und der Zeitzeuge, Jürgen Gottschalk, der selbst Opfer war. Er führte uns durch alle Räume. Es ist eine traurige Geschichte, die man sich heute kaum noch vorstellen kann.



Nach der Besichtigung fuhren wir mit der Straßenbahn zum Landesverbandshaus der Gehörlosen Sachsen e.V. Wir staunten über die schöne Fassade der Villa. Wir wurden vom 1. Vorsitzenden des Stadtverbandes der Gehörlosen Dresden e.V., Martin Domke, begrüßt. Er zeigte uns einen Film, wie das Verbandshaus entstand. Mit viel Mühe und Fleiß haben die gehörlosen Handwerker das Haus aus eigener Kraft saniert. Auch hörende Handwerker von verschiedenen Firmen haben das Haus mit in Ordnung gebracht.

Nach dem Kaffeetrinken wurde es schon langsam dunkel und wir bummelten noch zur Frauenkirche. Leider durften wir nicht reingehen, weil dort Gottesdienst war.

Am Donnerstag, den 9. November, begann um 9 Uhr der Vortrag von Rosa Reinhardt. Das Thema war "Gender-Mainstreaming". Es wurde über die Geschlechter von Mann und Frau referiert. Brigitte Schudlik gab bekannt, dass sie das Amt als Bundersreferentin aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr weiterführen kann. Sie widmet nun auch ihrem kranken Mann mehr Zeit, da sie bereits viele Jahre verschiedene Ämter ausgeübt hat.

Die Seminarist\*Innen bedankten sich für ihre besondere Leistung. Sie bedankten sich gleichzeitig auch bei Rosa Reinhardt und Klauspeter Peiker, die alle drei das Amt besetzt haben. Kommissarisch übernahm Bernd Siebert das Amt, bis zur Wahl im Jahr 2018.



Für nächstes Jahr 2018 steht nun fest, dass das Seminar in Kassel stattfinden wird. Bernd Siebert versprach, die Organisation zu übernehmen.

Vielen Dank für die gute Zusammenarbeit, besonders an Brigitte Schudlik und Rosa Reinhardt! Auf Wiedersehen und bis nächstes Jahr in Kassel!

Geschrieben von Elisabeth Brockmann



Deutscher Gehörlosen - Bund e.V.  
6. Deutsche Kulturtag der Gehörlosen  
Prenzlauer Allee 180  
10405 Berlin  
Tel.: +49 30 / 49 90 22 66  
Fax: +49 30 / 49 90 22 10  
info@gehoerlosen-kulturtag.de  
www.gehoerlosen-kulturtag.de

Vera Koplin ist Studentin der Rehabilitationswissenschaften Schwerpunkt Gebärdensprach- und Audiopädagogik an der Humboldt-Universität zu Berlin und steht Ludwig Herb mit ihren Erfahrungen aus unterschiedlichen Veranstaltungen in dem Bereich der Organisation zur Seite. Auch sie hat im Rahmen der Projektleitung als Koordinationsfachkraft eine wöchentliche Arbeitszeit von 25 Stunden. Das Präsidium hat sich nach der Stellenausschreibung und dem Bewerbungsverfahren für Vera Koplin entschieden.

Unterstützt wird das Leitungsteam durch das Organisationsteam, bestehend aus 25 Mitgliedern, das sich in 12 Gruppen den unterschiedlichen Veranstaltungsbereichen widmet. Ein erstes Vorbereitungs- und Kennenlernetreffen fand bereits vom 28.05.2017 bis 30.05.2017 statt.

Alle weiteren Informationen zur Veranstaltung, den Tickets und dem Veranstaltungsprogramm finden Sie unter: [www.gehoerlosen-kulturtag.de](http://www.gehoerlosen-kulturtag.de)

Interessenten für die Ausstellung wenden sich bitte an Ludwig Herb als auch Vera Koplin unter den unten genannten Kontaktdaten. Interessenten für das Sponsoring kontaktieren bitte Lisa Leonhardt unter der ebenfalls unten genannten Kontaktdaten.

Kontakt Daten von Vera Koplin, Ludwig Herb und Lisa Leonhardt:

[herb@gehoerlosen-kulturtag.de](mailto:herb@gehoerlosen-kulturtag.de)

[koplin@gehoerlosen-kulturtag.de](mailto:koplin@gehoerlosen-kulturtag.de)

[sponsoring@gehoerlosen-kulturtag.de](mailto:sponsoring@gehoerlosen-kulturtag.de)

## Pressemitteilung KT 01/2017 am 17. Juli 2017

### Neue Leitung für die 6. Deutschen Kulturtag der Gehörlosen

Mit großer Freude teilt der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. mit, dass die **6. Deutschen Kulturtag der Gehörlosen** unter dem Motto **"Unsere Kultur mit Gebärdensprache: inklusiv und gleichwertig"** vom 17.05.2018 bis 19.05.2018 in der Metropolis Halle des Filmparks Potsdam-Babelsberg in der Nähe von Berlin stattfinden werden.

Die Deutschen Kulturtag der Gehörlosen verfolgen seit 1993 das Ziel, Sprache, Kultur und Kunst der Gehörlosengemeinschaft zu zeigen, zu fördern, zu stärken und traditionsgerecht weiterzugeben. Sie bilden die Möglichkeit soziale Kontakte aufzubauen, zu stärken und sich in der Peer-Group auszutauschen. Gleichzeitig unterstützen sie im Sinne des Empowerments persönliche Stärken und Fähigkeiten.

Nach Hamburg, Dresden, München, Köln und Erfurt werden gehörlose Künstler\_innen und Referent\_innen ihre Bandbreite der Gehörlosengemeinschaft und ihre Botschaften an Gesellschaft und Politik nun auch im Nordosten Deutschlands kundtun. Diese Kulturtag sollen getreu dem Motto „Unsere Kultur mit Gebärdensprache: inklusiv und gleichwertig“ die Gleichstellung in der Gesellschaft aufzeigen. Durch die Anerkennung der Gebärdensprache im Jahre 2002 und die verbesserte Öffentlichkeitsarbeit, wurde ein Weg in die inklusive Gesellschaft geebnet. Um eine erfolgreiche Umsetzung zu gewährleisten, muss die Kultur und Gemeinschaft weiterhin gestärkt und gefördert werden. Erst dann können alle Bedürfnisse und Ziele eingehalten wie erreicht werden.

Eine Besonderheit der kommenden Veranstaltung wird das **25-jährige Jubiläum** der Deutschen Kulturtag der Gehörlosen sein, das gebührend gefeiert werden soll.

Organisiert werden die „6. Deutschen Kulturtag der Gehörlosen“ neben der 1. Vizepräsidentin Marietta Schumacher als Verantwortliche und Ansprechpartnerin der Kulturtag, durch die Projektleitung. Diese steht seit dem 01.07.2017 unter der Leitung von Ludwig Herb und Vera Koplin.

Ludwig Herb ist bereits seit 01/2015 Referent für Sozialpolitik und Selbsthilfe im Bundeskompetenzzentrum des Deutschen Gehörlosen-Bundes. Seine wöchentliche Arbeitszeit wird hier von 30 auf 15 Arbeitsstunden reduziert. Im Rahmen der Projektleitung der „6. Deutschen Kulturtag der Gehörlosen“ wird er wöchentlich mit 25 Arbeitsstunden zur Verfügung stehen.

Berlin, 27.03.2018

## Pressemitteilung 1/2018

### **Der CI-Zwang für gehörlose Kinder ist nicht mit der UN-Behindertenrechtskonvention vereinbar. – Unsere Aktivitäten bezüglich der aktuellen Situation um das Cochlea-Implantat**

Wir möchten Sie zunächst darüber informieren, dass wir die zahlreichen Beiträge, Einreichungen und E-Mails erhalten und zur Kenntnis genommen haben. Den Prozess in Goslar sowie alle Neuigkeiten, z.B. einen weiteren Prozess in Trier, wo der Kostenträger statt eine Assistenz für gehörlose Kindergartenkinder zu bezahlen nun über eine Forderung zur CI-Implantation für die Kinder nachdenkt, verfolgen wir weiterhin mit Interesse und Nachdruck.

Wir haben mit dem EUD und dem WFD Kontakt aufgenommen und sie über die aktuelle Situation informiert. Von beiden Verbänden haben wir Antwort erhalten und sie haben uns jeweils ihre Positionspapiere bzw. ihre Pressemitteilung zukommen lassen, die wir anschließend auf Deutsch übersetzt haben. Außerdem haben wir zahlreiche Stellungnahmen und Artikel von diversen Persönlichkeiten und Verbänden/Institutionen erhalten und gesammelt. Im Anhang finden Sie die Übersetzungen und Sammlung dieser Stellungnahmen und Artikel.

Im Herbst 2018 plant der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. eine Fachtagung zum Thema „Cochlea Implantat (CI) – Realitäten ohne Zwang“ im Bereich Gesundheit. Dabei ist es unser Ziel, auch die Aspekte zu beleuchten, die bei überwiegend positiver Betrachtung untergehen. Derzeit läuft die Organisation für die Tagung an und es werden u.a. noch Kooperationspartner gesucht.

Die Stern-Medizinreporterin und Ärztin, Dr. Anika Geisler, hat die betroffene Familie in Goslar besucht und dazu einen sehr guten Artikel mit der Überschrift „Hören oder nicht hören“ verfasst. Daraus folgendes Zitat:

*Mitte September 2017 trifft bei ihr ein Brief des HNO-Chefarztes Andreas Gerstner ein: Er fordert sie dringend zu einem weiteren Gespräch über die CI-Versorgung auf, in dem er über die Behandlungsmethode aufklären will. „Das Ergebnis dieser Abklärung ist mit großer Wahrscheinlichkeit, dass die Hörstörung durch ein Cochlea-Implantat geheilt werden kann“, heißt es in dem Brief. Und: Als Garant für das Wohl des Kindes stehe der Arzt „ihm gegenüber nämlich in der Pflicht, die Schritte einzuleiten, die geboten sind, um potenziell irreparable Schäden von ihm abzuwenden. Falls Sie als seine Eltern diese ablehnen, dann muss ich hierzu eine Entscheidung des Familiengerichts anregen.“*

Mit dieser stark unter Fachleuten und der gut hörenden Bevölkerung verbreiteten Meinung stimmen wir aufgrund unserer eigenen Erfahrungen und der Erfahrungen von Experten, die mit Gehörlosen arbeiten, absolut nicht überein.

Ein Cochlea-Implantat ist keine Garantie für das Kindeswohl. Für das Kindeswohl ist jedoch eine effektive frühe Eltern-Kind-Interaktion und die möglichst umfassende kognitive, sprachliche, psychische und psychosoziale Entwicklung unablässig. Das Cochlea-Implantat ist kein Super-Hörgerät, welches dies garantiert.

Bei einer CI-Operation handelt es sich nicht um eine lebensnotwendige Operation. Es gibt mögliche Risiken und Nebenwirkungen, z.B. Gleichgewichtsstörungen, Lähmung des Gesichtsnervs, Verlust des Geschmacksinns, Tinnitus, Schwindel, Kopfschmerzen, etc. Auch eine Implantation ohne Komplikationen führt nicht zwangsläufig zum gewünschten Erfolg.

Das Hauptziel der normal hörenden Eltern, dass ihr Kind einen normalen Lautspracherwerb erfährt, die Regelschule besucht und damit möglichst „nicht behindert“ in die hörende Gesellschaft inkludiert werden kann, wird in vielen Fällen nicht erreicht. Nicht alle CI-versorgten Kinder erreichen eine Hör- und Lautsprachkompetenz, mit der sie langfristig auf der Regelschule verbleiben und dort einen Abschluss machen können. Viele Kinder wechseln früher oder später auf Schulen für Hörbehinderte bzw. Förderschulen für Hören und Kommunikation, wo sie trotz der nach der Implantation bestehenden Höreinschränkungen angemessener gefördert werden können. Ein Cochlea-Implantat verwandelt gehörlose Kinder nicht in hörende Kinder, sondern in schwerhörige Kinder.

Da die Lebensdauer eines CIs nur selten langfristig ist, muss im Leben vieler CI-Versorgten das Implantat erneuert werden. Dieser muss mit dem Hörtraining damit wieder von vorne anfangen und an regelmäßiger und zeitintensiver Nachsorge (Hör- und Sprachtherapie bzw. -training) teilnehmen. Die CI-versorgte Person bleibt damit öfters langfristig abhängiger, vom medizinischen System, u.a. Ärzten und Logopäden. Diese Person muss daher viel Zeit ihrer wertvollen Kindheit, ihrer Freizeit und der Zeit mit ihrer Familie für einen z.T. fraglichen Hörfolg opfern.

Dass CI-Implantierte schwerhörig bleiben, kann im Alltagsleben unterschiedliche praktische Auswirkungen haben. Viele Betroffene können sich beim Telefonieren nur mit ihnen bekannten Menschen unterhalten, aber nicht mit unbekanntem Menschen, an deren Stimmen sie nicht gewöhnt sind. Trotz CI sind oftmals Hören und Verstehen mit großen Anstrengungen und einer hohen Quote an Missverständnissen einschließlich eines erhöhten Stresslevels verbunden. Die erhöhten psychischen und körperlichen Belastungen führen bei einer ganzen Reihe von Betroffenen z.B. zu sozialem Rückzug, Isolation oder auch zum dauerhaften Ablegen des Sprachprozessors.

Auch bleiben z.B. CI-versorgte Personen dauerhaft auf Batterien mit häufigerem Wechseln angewiesen, müssen darauf achten, die externen Teile z.B. vor Wasser zu schützen und dürfen sich bestimmten Untersuchungen, z.B. MRT nicht unterziehen.

Auch wenn es viele CI-Betroffene gibt, die vom CI mehr oder weniger gut profitieren, so bleiben sehr oft als Beispiele die o.B. Einschränkungen bestehen und zeigen, dass in keinem Fall von einem Hören, wie Hörende es gewohnt sind und wie sie dieses verstehen, ausgegangen werden kann.

Typischerweise kristallisieren sich erst mit der Entwicklung der eigenständigen Persönlichkeit Beurteilungs- und Entscheidungsfähigkeiten heraus, die sich auch auf das Leben, die Zufriedenheiten, aber auch Einschränkungen mit einem CI beziehen. So kann dies z.B. auch die Erkenntnis weiterbestehender kommunikativer Einschränkungen betreffen, die zusätzlicher kommunikativer Unterstützung bedürfen.

Dies sollte auch bei Kindern besonders bedacht werden, da man als Eltern und Verantwortliche diesen ja eigentlich so viel wie möglich für ein gutes Leben mitgeben möchte. In der Konsequenz kann dies durchaus auch bedeuten, von einer Implantation abzusehen oder das Kind im Falle einer Implantation zumindest bilingual, also einschließlich der Gebärdensprache, zu fördern und zu erziehen. Dabei können sowohl die gehörlosen wie auch die hörenden Eltern ihr gehörloses Kind von jeder Seite fördern: die gehörlosen Eltern durch die natürliche gebärdensprachliche Sozialisation unter Einbeziehung der hörenden Welt und Lautsprache, sowie hörende Eltern durch zusätzlich gemeinsame, bilinguale Kommunikation mit der Gebärdensprache.

Ergänzend dazu folgendes Zitat aus dem Artikel von Dr. Anika Geisler:

*Der Leipziger Juraprofessor Drygala und seine Mitautorin kommen zu drei Schlüssen: Erstens: Eltern gehörloser Kinder teilweise das Sorgerecht zu entziehen, um eine CI-Versorgung zwangsdurchzusetzen, ist unzulässig.*

*Zweitens: Die Entscheidung der Eltern gegen die Operation ist vertretbar. Ein staatliches „Optimierungsgebot“ in Bezug auf behinderte Kinder besteht nicht.*

*Drittens: Ein behindertes Kind darf nicht zum Zweck einer CI-Versorgung von seinen Eltern getrennt werden. Ein „Zwang zu hören“ sei nicht mit der UN-Behindertenrechtskonvention vereinbar.*

Unserer Lebenserfahrung als erwachsene Gehörlose entsprechend stimmen wir mit den Aussagen des Juraprofessors Dryala und seiner Mitautorin voll überein.

Neben der rein gebärdensprachlichen Alternative zur CI-Operation ist die Versorgung mit guten Hörgeräten und der Einsatz von Gebärdensprache eine weitere Option. Hier müssen Kinder nicht einer z.T. risikobehafteten Operation mit unsicheren Erfolgsaussichten unterzogen werden. Wenn das hörbehinderte Kind zweisprachig mit Gebärdensprache und Lautsprache aufwächst, ist am ehesten eine vergleichbar umfassende Kommunikation, wie Hörende diese von der Lautsprache her kennen, gegeben. Schulversuche haben bewiesen, dass bilingual erzogene gehörlose Kinder eine annähernd gleiche Lesekompetenz und ein annähernd gleiches Textverständnis erreichen können, wie gleichaltrige hörende Kinder. Die bilingual erzogenen Kinder zeigten zudem ein besseres Lautsprachvermögen als rein lautsprachlich geförderte gehörlose Kinder.

Wir, der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V., empfehlen auf dem Hintergrund des Gesagten und unserer Lebenserfahrung eine bilinguale Erziehung mit Gebärdensprache, da dieser Weg risikofrei und langfristig erfolversprechend für hörbehinderte Kinder ist. Bei der bilingualen Methode ist keine Gefährdung des Kindeswohls zu erkennen.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn gerichtlicherseits der Elternwille, in diesem Fall die Ablehnung einer CI-Operation, gestärkt wird. Wünschenswert ist in dem Zusammenhang, wenn die Gerichte, u.a. das Amtsgericht Goslar, aufgrund der zahlreichen Bemühungen um Aufklärung durch die selbst betroffene Gehörlosengemeinschaft erkennen, dass der Zwang zu einer CI-Operation die falsche Entscheidung ist, und zugunsten der gehörlosen Eltern urteilen.

Schließlich ist es für uns allen Betroffenen, ob mit oder ohne CI, ganz vordringlich, dass somit kein Präzedenzfall gerichtlicher Weise geschaffen wird und der soziale Frieden und der Zusammenhalt in der Gesellschaft gewahrt bleiben.

#### Literaturquellen:

- EUD-Positionspapier zum Cochlea-Implantat (Mai 2013)
- WFD-Positionspapier zu den Sprachrechten gehörloser Kinder (7. September 2016)
- WFD-Pressemitteilung über die Resolution der Weltgesundheitsversammlung zur Vorbeugung von Taubheit und Hörverlust (7. Juni 2017)
- Stellungnahme von TuT-Initiative e.V. zum Thema „CI-Zwang?!“ (16.11.2017)
- Stellungnahme der DCIG „Eine CI-Implantation ohne Zustimmung der Eltern ist strikt abzulehnen!“ (17.11.2017)
- Stellungnahme des Bundeselternverbandes gehörloser Kinder e.V. „Anzeige durch Prof. Dr. med. Andreas Gerstner beim Jugendamt Braunschweig wegen Verweigerung der Einwilligung zur Implantation eines CI“ (18.11.2017)
- Stellungnahme von Prof. Dr. Christian Rathmann „Entscheidungsprocedere zur CI-Operation eines Kindes mit Hörbehinderung“ (19.11.2017)
- Karin Kestner: Bericht über die Anhörung vor dem Goslarer Amtsgericht. (20.11.2017)
- Stellungnahme von Dipl.-Psychologe Dr. Oliver Rien (20.11.2017)

- Stellungnahme von Uwe v. Stosch (GIB ZEIT e.V.) zu zwei Fernsehbeiträgen zur Anhörung beim Amtsgericht in Goslar am 20.11.2017 zur Frage des angedrohten „Zwangs zum Implantat“ (21.11.2017)
- Deutschlandfunk Kultur: Eltern verweigern Cochlea-Implantat. „Keine Gefahr des Kindeswohls“ ohne Hörprothese. Interview mit Prof. Dr. Christian Rathmann. (23.11.2017)
- Karin Kestner: Warum sich Eltern gegen ein Cochlea-Implantat entscheiden. Und sie auch nicht dazu gezwungen werden können. (27.11.2017)
- Christian Heinrich (Spiegel Online): Zwangsimplantation. Darf man ein gehörloses Kind gegen den Willen der Eltern operieren? (29.11.2017)
- Focus Online: Grotesker Rechtsstreit: Ein Richter soll entscheiden, ob ein Kind hören darf oder nicht. (03.12.2017)
- Jost Müller-Neuhof (Der Tagesspiegel): Ärztliche Eingriffe: Was dem Kindeswohl dient, sollten die Eltern bestimmen. (04.12.2017)
- Stellungnahme von Uwe v. Stosch (GIB ZEIT e.V.) zum Spiegelartikel „Zwangsimplantation – darf man ein gehörloses Kind gegen den Willen der Eltern operieren?“ (05.12.2017)
- Karin Kestner: Kein Cochlear Implantat für zwei gehörlose Kinder. Sozialamt Landkreis Trier-Saarburg übergibt Fall an Jugendamt. (12.12.2017)
- Katrin Werner (DIE LINKE): Autonomie von Eltern gehörloser Kinder schützen (13.12.2017)
- Stellungnahme des Landeselternverbandes gehörloser und schwerhöriger Kinder und Jugendlicher Nordrhein-Westfalen e.V. zur CI-Implantierung (19.12.2017)
- Uwe Schummer (CDU): Selbstbestimmungsrecht der Eltern stärken. (19.12.2017)
- Manuel Löffelholz (BILING e.V.): "Die sprachliche Deprivation tauber Kinder" bedeutet eine Kindeswohlgefährdung – nicht die Erziehung in DGS! (20.12.2017)
- Sehen statt Hören: Kein Cochlea Implantat als Kindeswohlgefährdung? (23.12.2017)
- Christian Beneker (Ärzte Zeitung online): Cochlea-Implantat. Eltern gegen Operation des gehörlosen Kindes. (10.01.2018)
- Rebecca Such und Johanna Touoda (Der Albrecht): Kann zum Hören gezwungen werden? Ein Gerichtsprozess erschüttert die Gehörlosengemeinschaft. (13.01.2018)
- Tim Drygala / Mareike Kenzler: Teilentzug des elterlichen Sorgerechts zur Ermöglichung einer Cochlea-Implantation gegen den Willen der Eltern. erschienen in der Zeitschrift für das gesamte Familienrecht (FamRZ) 3/2018 (15.01.2018)
- Dr. Anika Geisler (Stern Nr. 4): Hören oder Nichthören. Mario ist zwei Jahre alt und taub. Aber muss er deshalb eine Hörprothese bekommen? Eine Klinik ist dafür, Marios Eltern, ebenfalls taub, sind dagegen. Der Fall landet vor Gericht – und wirft grundsätzliche Fragen auf. Seite 62-65 (18.01.2018)
- Karin Kestner: CI-Zwang – ein Zwischenbericht. Was seit der ersten gerichtlichen Anhörung in Goslar passiert ist. (18.01.2018)
- Corinna Rüffer (Bündnis 90/Die Grünen): Elternrechte stärken – Zwangsimplantation verhindern (19.01.2018)
- Wille Felix Zante: „Beschämend für ein Sozialamt“. erschienen in Deutsche Gehörlosenzeitung 1/2018, Seite 21. (20.01.2018)

#### Deutscher Gehörlosen-Bund e.V.

Bundeskompetenzzentrum und Bundesgeschäftsstelle  
Prenzlauer Allee 180  
10405 Berlin  
E-Mail: [info@gehoerlosen-bund.de](mailto:info@gehoerlosen-bund.de)  
Internet: [www.gehoerlosen-bund.de](http://www.gehoerlosen-bund.de)  
Facebook: Deutscher Gehörlosen-Bund  
Twitter: @gehoerlosenbund

Berlin, 07.06.2018

## Pressemitteilung 2/2018

### Unsere Dokumentation zur Fachtagung „Barrierefreier Notruf“ ist endlich da!



Wir freuen uns Ihnen mitteilen zu können, dass die Dokumentation zur Fachtagung „Barrierefreier Notruf“ am 29.11.2016 nun zur Verfügung steht und allen Interessierten zugänglich ist. Diese Dokumentation bildet die Grundlage für die weitere Arbeit an diesen Themen, um die Notrufsituation für Menschen mit Hörbehinderung signifikant zu verbessern. Sie können die [Dokumentation \(PDF, 5,3 MB\)](#) herunterladen oder kostenfrei bei uns bestellen.

Die Ergebnisse der Umfrage haben deutlich gezeigt, dass Gehörlose und hörbehinderte Menschen Notrufe lieber über die Videotelefonie in Gebärdensprache absetzen wollen.

Durch die Änderung des § 45 des Telekommunikationsgesetzes vom 04.07.2017 kann der barrierefreie Notruf ab 01.07.2018 kostenfrei und rund um die Uhr (24 Stunden und

7 Tage pro Woche) in Gebärdensprache und in Schriftsprache über den Telefonvermittlungsdienst „Tess Relay Dienste GmbH“ abgesetzt werden. Damit wurde unsere jahrelange Forderung endlich erfüllt.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) fördert seit Oktober 2017 die Entwicklung des Prototyps einer Notruf-App, welche den Notruf direkt vom Smartphone in die örtlich zuständige Leitstelle von Polizei und Feuerwehr sendet. Laut BMWi-Pressemitteilung vom 09.02.2018 möchte die Bundesregierung „innerhalb der nächsten Monate“ einen Prototyp für eine Notruf-App, die für alle gängigen Smartphone-Plattformen verfügbar sein wird, testen. Die Kommunikation mit der Leitstelle erfolgt anhand eines textbasierten Chatsystems, mit dem Nutzer von Smartphones in der Regel bestens vertraut sind.

Es ist für uns Menschen mit Hörbehinderungen lebensnotwendig, dass die Notrufmöglichkeiten weiter verbessert werden, um unseren Schutz und unsere Sicherheit zu gewährleisten (UN-BRK Artikel 11).

### Literaturquellen:

- Pressemitteilung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie „Zyprien: Die Digitalisierung des Notrufs bringt mehr Sicherheit für alle“ (09.02.2018)
- Pressemitteilung der Tess Relay-Dienste GmbH „Tess ab Juli rund um die Uhr erreichbar“ (17.05.2018)

### Pressekontakt

Daniel Büter  
Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit  
Prenzlauer Alle 180, 10405 Berlin  
E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)  
Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch  
Telefon: 01805-83 77 00

### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die derzeit 26 Mitgliedsverbände mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbände und 10 bundesweite Fachverbände, die sich insgesamt in mehr als 600 Vereinen zusammengeschlossen haben, zählen.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen, durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

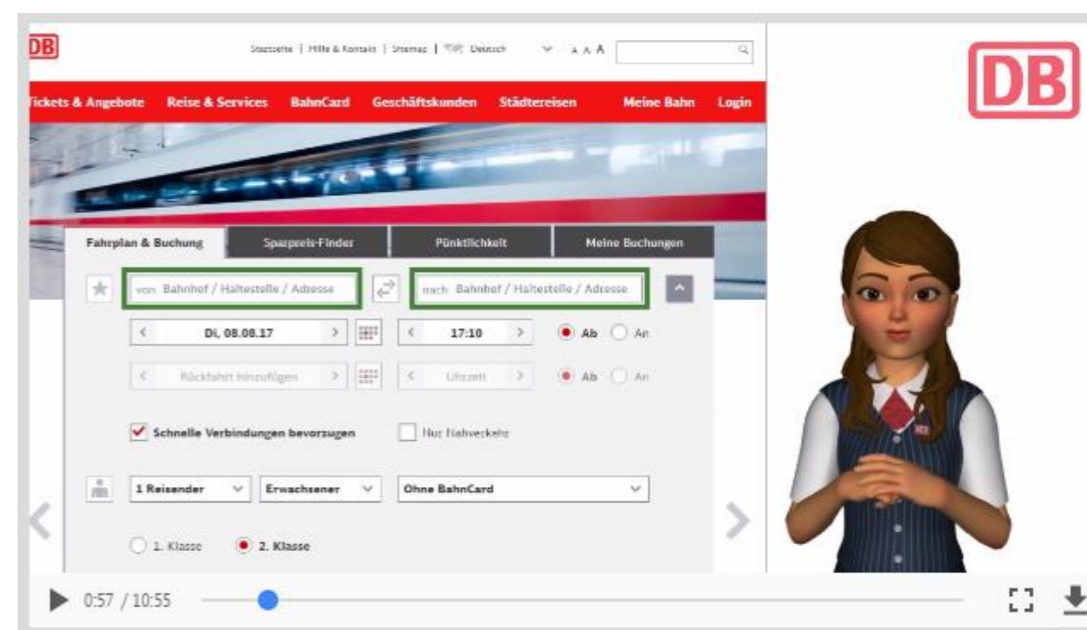
Berlin, 03.07.2018

## Pressemitteilung 3/2018

### Neue Services der Deutschen Bahn für Gehörlose und andere Menschen mit Hörbehinderungen

Seit vielen Jahren kommunizieren Menschen mit Hörbehinderungen mit den Mitarbeitern der Mobilitätsservice-Zentrale (MSZ) per Fax oder E-Mail über Reiseplanung, z.B. über Buchung von Fahrscheinen und kostenfreie Sitzplatzreservierungen, über Information zu Verspätungen, Umbuchungen oder Gleiswechseln. Störungen können auch per SMS mitgeteilt werden.

Seit 2. Juli 2018 bietet die Deutsche Bahn (DB) in einer halbjährlichen Pilotphase zusätzlich eine neue Live-Chat-Funktion an. Ab sofort kann der Live-Chat mit der MSZ nun von Montag bis Freitag (08:00 bis 18:00 Uhr) unter [www.bahn.de/msz-chat](http://www.bahn.de/msz-chat) getestet werden.



Mit freundlicher Genehmigung der Deutsche Bahn

Die Deutsche Bahn hat auf ihrer Internetseite [www.bahn.de/gehoerlos](http://www.bahn.de/gehoerlos) außerdem sechs neue Gebärdensprachvideos mit einem Avatar eingefügt.

Eindrücke, Bewertungen und Rückmeldungen zum Live-Chat und den Gebärdensprachvideos können per E-Mail an [mehr-zu-barrierefrei@deutschebahn.com](mailto:mehr-zu-barrierefrei@deutschebahn.com) abgegeben werden. Diese Rückmeldungen sind für die Deutsche Bahn sehr wichtig, um das Angebot weiterentwickeln und verbessern zu können.

### Pressekontakt

Daniel Büter  
Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit  
Prenzlauer Alle 180, 10405 Berlin  
E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)  
Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch  
Telefon: 01805-83 77 00

### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die derzeit 26 Mitgliedsverbände mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbände und 10 bundesweite Fachverbände, die sich insgesamt in mehr als 600 Vereinen zusammengeschlossen haben, zählen.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen, durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

Berlin, 03.07.2018

## Pressemitteilung 4/2018

### Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. fordert die Verpflichtung statt die Freiwilligkeit zur digitalen Barrierefreiheit im privaten Sektor!

Am 14.06.2018 hat der Bundestag das geänderte Behindertengleichstellungsgesetz (BGG), bezüglich des barrierefreien Zugangs zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen, durch die Umsetzung der EU-Richtlinie 2016/2102 mit dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD beschlossen. Darin geht es u.a. um die Beibehaltung der graphischen Programmoberfläche und Social Media-Angebote und die Einbeziehung der bundeseigenen Unternehmen (Deutsche Flugsicherung, Deutsche Bahn AG, LH Bundeswehr Bekleidungs-gesellschaft mbH, HIL Heeresinstandsetzungslogistik GmbH, Bundesdruckerei GmbH, etc.). Die AfD, die Linken und das Bündnis 90/Die Grünen stimmten dagegen.

Der Entschließungsantrag vom Bündnis 90/Die Grünen wurde abgelehnt. Einen Antrag von den Linken, das Menschenrecht auf Barrierefreiheit umzusetzen und die Privatwirtschaft zu Barrierefreiheit zu verpflichten, lehnten CDU/CSU, SPD, AfD und FDP ab. Die Linken und das Bündnis 90/Die Grünen stimmten dafür.

Das Gesetzgebungsverfahren im Bundestag (1. Lesung, Ausschussberatung, 2./3. Lesung) wurde mit unter einem Monat Bearbeitungszeit deutlich beschleunigt. Verbände und Selbsthilfeorganisationen haben nur eine Woche Zeit, eine Stellungnahme abzugeben. Dies ist unserer Ansicht nach nicht ausreichend und nicht angemessen. Die Möglichkeit Einfluss zu nehmen, wurde beschränkt. Wir benötigen mehr Zeit, um uns mit dem Thema digitale Barrierefreiheit auseinandersetzen zu können. Die Frist für Stellungnahmen sollte etwas länger sein.

Unverändert werden alle öffentlichen Stellen des Bundes dazu verpflichtet, die Videos ihrer Webseiten und Apps für Gehörlose und andere Menschen mit Hörbehinderungen in Gebärdensprache und mit Untertiteln zugänglich zu machen.

Für uns ist immer nicht klar, wer die Inhalte der Videos in Gebärdensprache und mit Untertiteln kontrollieren bzw. prüfen soll. Wir möchten keine falschen Übersetzungen sehen und fordern Qualitätssicherung.

Mit dem Erwähnungsgrund 34 der EU-Richtlinie 2016/2102 als Empfehlung sollten die Mitgliedsstaaten dazu ermutigt werden, die Anwendung dieser Richtlinie auf private Stellen auszuweiten, welche Einrichtungen und Dienstleistungen anbieten, die der Öffentlichkeit offenstehen bzw. bereitgestellt werden. Dies gilt u.a. in den Bereichen Gesundheitswesen, Kinderbetreuung, soziale Integration und soziale Sicherheit sowie in den Sektoren Verkehr, Strom, Gas, Wärme, Wasser, elektronische Kommunikation und Postdienste.

Wir sehen von der großen Koalition (CDU/CSU und SPD) kein deutliches Signal, die digitale Barrierefreiheit im privaten Sektor auszubauen. Dies ist sehr bedauerlich und unverständlich für uns.

Die digitale Barrierefreiheit ist für den privaten Bereich in Deutschland noch immer nur freiwillig. Die Forderungen des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V., des Deutschen Behindertenrates sowie anderer Behindertenverbände, nach digitaler Barrierefreiheit in allen Bereichen, wurde erneut ignoriert. Wir empfinden diese Ignoranz als deutlichen Widerspruch

zu unserem uneingeschränkten und selbstverständlichem Recht auf Teilhabe, wie es die UN-Behindertenrechtskonvention vorsieht.

Anders als Deutschland hat unser Nachbarland Österreich gezeigt, dass es möglich ist auch die Privatwirtschaft zur Barrierefreiheit zu verpflichten.

Deshalb fordert der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) auf, einen Referentenentwurf für die Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) vorzulegen, die Schaffung einer gestuften gesetzlichen Pflicht zur Barrierefreiheit im Privatwirtschaft, verlängerte Klagefristen, die Schaffung eines Verbandsklagerechts und die Förderung der Diskriminierungsschutz durch angemessene Vorkehrungen im Sinne der UN-BRK (Artikel 2) aufzunehmen bzw. zu erweitern.

Am 14.06.2018 haben wir nachts die Debatte über die Umsetzung der EU-Richtlinie im Bundestag als Livestream in Gebärdensprache und mit Untertiteln unter <https://www.bundestag.de/gebaerdensprache/> verfolgt. Leider gab es einige technische Untertitel-Störungen und beide tauben Dolmetscher konnten zeitweise nicht weiter übersetzen. Solche technischen Störungen gilt es in Zukunft zu vermeiden, damit die Debatten barrierefrei verfolgt werden können.

## Literaturquellen:

- EU-Richtlinie 2016/2102 über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen (26.10.2016) unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32016L2102>
- Forderungen des Deutschen Behindertenrates (DBR) anlässlich der Sondierungsgespräche von CDU, CSU und SPD 2018 (17.01.2018)
- DGB-Stellungnahme 3/2018 - Der bisherige Standard des Behindertengleichstellungsgesetzes darf nicht durch die Umsetzung der EU-Richtlinie 2016/2012 für Menschen mit Hörbehinderungen verschlechtert werden. (13.06.2018)
- BT-Drucksache 19/1342 - Antrag: Menschenrecht auf Barrierefreiheit umsetzen - Privatwirtschaft zu Barrierefreiheit verpflichten. (21.03.2018)
- BT-Drucksache 19/2072 - Gesetzentwurf (09.05.2018)
- BT-Drucksache 19/2728 - Beschlussempfehlung und Bericht (13.06.2018)
- BT-Drucksache 19/2733 - Entschließungsantrag (13.06.2018)
- BT-Plenarprotokoll 19/39

## Pressekontakt

Daniel Büter  
Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit  
Prenzlauer Alle 180, 10405 Berlin  
E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)  
Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch  
Telefon: 01805-83 77 00

## Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die derzeit 26 Mitgliedsverbände mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbände und 10 bundesweite Fachverbände, die sich insgesamt in mehr als 600 Vereinen zusammengeschlossen haben, zählen. Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen, durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

Berlin, 03.07.2018

## Pressemitteilung 5/2018

### Aktueller Stand zum Umsetzungsprozess der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland

Im Jahr 2015 prüfte der UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen den ersten deutschen Staatsbericht zur UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK). Die abschließenden Bemerkungen (Concluding Observations) über den ersten Staatsbericht Deutschlands wurden am 13. Mai 2015 veröffentlicht. Die Empfehlungen für die Umsetzung der UN-BRK wurden durch Bund, Länder und Kommunen angenommen und seither wurde daran gearbeitet. Der UN-Fachausschuss fordert den Vertragsstaat nun dazu auf, bis spätestens 24. März 2019 seinen zweiten und dritten Bericht vorzulegen und darin die Informationen der vorliegenden abschließenden Bemerkungen zur Umsetzung aufzunehmen.

Der Deutsche Gehörlosen Bund e.V. hat im April und Mai 2018, zusammen mit seinen 26 Mitgliedsverbänden (Landes- und Fachverbänden) und beteiligten Experten, eine Fragenliste im Zusammenhang mit dem zweiten Zyklus der Staatenprüfung Deutschlands formuliert. Am 15.05.2018 wurde die Fragenliste an das Kernteam, bestehend aus dem Deutschen Behindertenrat, der BAG der Freien Wohlfahrtspflege, den Fachverbänden für Menschen mit Behinderung und der LIGA Selbstvertretung, versendet.

Am 20. Juni 2018 hat dieses Kernteam eine Gesamtfragenliste, die inzwischen von über 50 Verbänden mitgetragen wird, und ein Update an die UN-Berichterstatter nach Genf übersandt. Das gemeinsame Ziel war es, die zivilgesellschaftlichen Kräfte zur 2. Staatenprüfung Deutschlands erneut zu bündeln. Von unserer Seite wurden diverse Vorschläge und Begründungen in diese Gesamtfragenliste aufgenommen.

Die zweite Staatenprüfung Deutschlands soll nach dem sogenannten vereinfachten Verfahren am 21. September 2018 in Genf stattfinden. Deutschland wird diesbezüglich nur Stellung zur Fragenliste nehmen. Diese Stellungnahme muss binnen sechs Monaten erfolgen. Anschließend erfolgt dann die Prüfung vor dem UN-Ausschuss in Genf, die im Frühjahr 2019 zu erwarten ist.

Im Sommer 2018 wird der Forderungskatalog des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V. neu überarbeitet und aktualisiert. Er wird für die Diskussion bei der DGB-Bundesversammlung vom 26.-28. Oktober 2018 in Magdeburg vorbereitet.

#### Literaturquellen:

- Fragenliste des Deutschen Gehörlosen-Bundes (15.05.2018)
- Update zur 2. Staatenprüfung Deutschlands vor dem UN-Fachausschuss zur UN-Behindertenrechtskonvention vorlegt von einem zivilgesellschaftlichen Verbändebündnis (20.06.2018)
- Vorschläge für Fragen des Fachausschusses zur UN-Behindertenrechtskonvention im Rahmen der 2. Staatenprüfung Deutschlands vorlegt von einem zivilgesellschaftlichen Verbändebündnis (20.06.2018)

#### Pressekontakt

Daniel Büter  
Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit  
Prenzlauer Alle 180, 10405 Berlin  
E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)  
Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch  
Telefon: 01805-83 77 00

#### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die derzeit 26 Mitgliedsverbände mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbände und 10 bundesweite Fachverbände, die sich insgesamt in mehr als 600 Vereinen zusammengeschlossen haben, zählen. Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen, durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

Berlin, 18.07.2018

## Pressemitteilung 6/2018

### Die Dokumentation zur Fachtagung „Barrierefreie Medien“ als ein Instrument zur Aufklärung und Sensibilisierung

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. hat die Dokumentation zur Fachtagung „Barrierefreie Medien“ am 12.09.2017 in Mainz nun als Broschüre veröffentlicht.

Die Dokumentation liefert viele wichtige Impulse und Anregungen für die Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit in der medien- und behindertenpolitischen Landschaft.

[Die digitale Version \(PDF; 4,9 MB; komprimiert\)](#) steht als Download zu Verfügung. Die Druckversion ist kostenfrei auf unserer Homepage bestellbar.

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. hat die Forderungen nach barrierefreien Medien zusammen mit der Deutschen Gesellschaft der Hörbehinderten – Selbsthilfe und Fachverbände e.V. überarbeitet und aktualisiert:

1. 100 % Untertitelung und mindestens 5 % Gebärdensprache für alle öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehsendungen im linearen Fernsehen
2. Werbesendungen und Wahlwerbungen in Gebärdensprache und mit Untertiteln
3. Kindersendungen in Gebärdensprache
4. Erhalt der einzigen vollständig inklusiven Fernsehsendung „Sehen statt Hören“ im linearen TV-Programm (mindestens 36 Neusendungen pro Jahr und dafür weniger Wiederholungen)
5. die RedakteurInnen von „Sehen statt Hören“ sollten hörbehindert und/oder gebärdensprachkompetent sein
6. Betroffene Menschen mit Behinderung sollten in den Fernsehräten bzw. Rundfunkräten vertreten sein

Der Rundfunkstaatsvertrag und das Behindertengleichstellungsgesetz müssen überarbeitet werden und an die UN-Behindertenkonvention (Artikel 9 und 30), die EU-Richtlinie für audiovisuelle Mediendienste 2010/13 (Artikel 23 und 46) und unsere Forderungen angepasst werden. Dadurch soll die Verpflichtung zu barrierefreien Angeboten (Gebärdensprache, Untertitel, Audiodeskription und leicht verständliche Menüführung) im öffentlich-rechtlichen und privaten Medienbereichen erreicht werden. Außerdem sollen die finanziellen Ressourcen für den Ausbau der barrierefreien Angebote nach Stufenplan (10 % Steigerung pro Jahr) erhöht werden. All dies sollte in unserer Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit sein!

#### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die derzeit 26 Mitgliedsverbände mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbände und 10 bundesweite Fachverbände, die sich insgesamt in mehr als 600 Vereinen zusammengeschlossen haben, zählen. Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen, durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

#### Pressekontakt

Daniel Büter  
Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit  
Prenzlauer Alle 180, 10405 Berlin  
E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)  
Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch  
Telefon: 01805-83 77 00



Berlin, 19.09.2018

## Pressemitteilung 7/2018

### „Durch Gebärdensprache gehört jeder ganz natürlich dazu!“ lautet das gemeinsame Motto des Internationalen Tages der Gebärdensprachen und der Internationalen Woche der Gehörlosen vom 23. bis 30. September 2018

Der Weltverband der Gehörlosen (WFD) wurde 1951 in Rom, Italien gegründet und ist eine internationale Non-Profit- und Nichtregierungsorganisation mit 135 nationalen Gehörlosenverbänden, die schätzungsweise 70 Millionen gehörlose Menschen und ihre Menschenrechte weltweit vertritt.

Zum ersten Mal wurde eine Initiative des WFD, und zwar die Internationale Woche der Gehörlosen, im Jahr 1958 in Rom, Italien durchgeführt, um auf die Situation der gehörlosen Menschen aufmerksam zu machen und das Bewusstsein für Gebärdensprache zu erhöhen.



Die Internationale Woche der Gehörlosen wird jährlich durch verschiedene Aktivitäten der jeweiligen Gehörlosengemeinschaften in der letzten vollen Septemberwoche weltweit veranstaltet, und zwar in Erinnerung an den ersten Weltkongress des WFD 1951 in Rom, der im gleichen Monat abgehalten wurde. In Deutschland wird der Tag der Gehörlosen seit den späten 1970er-Jahren veranstaltet, sowohl vom Deutschen Gehörlosen-Bund als auch von Landesverbänden der Gehörlosen. Diese Aktivitäten brauchen die Partizipation und Beteiligung verschiedener Akteure, zu denen Familien, Peers, staatliche Einrichtungen, professionelle Dolmetscher für Gebärdensprache und Organisationen von Menschen mit Behinderungen gehören.



Der Internationale Tag der Gebärdensprachen wurde von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossen. Er wird vom 23. September 2018 an jährlich gefeiert, um den Status der Gebärdensprachen und die Rechte von gehörlosen Menschen zu fördern und zu schützen.

Seit dem 1. Mai 2002 ist mit dem Inkrafttreten des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) die Deutsche Gebärdensprache (DGS) als eigenständige Sprache anerkannt. Ebenso wurde an diesem Tag das Recht auf die Verwendung von Gebärdensprache und anderen Kommunikationshilfen im Sozial- und Verwaltungsrecht statuiert. Die Gebärdensprache ist jedoch bis heute nicht im Sinne der Europäischen Charta als Regional- oder Minderheitensprache in allen Lebensbereichen anerkannt.

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. strebt an, dass die Deutsche Gebärdensprache als Minderheitensprache im Sinne der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen anerkannt wird.

### Die gemeinsamen Ziele des Internationalen Tages der Gebärdensprachen und der Internationalen Woche der Gehörlosen 2018 sind:

- auf so viele Regierungen wie möglich zuzugehen und Einfluss auszuüben, damit die Verpflichtungen zur Förderung des Status der Gebärdensprachen und des sprachlichen Menschenrechts von Gehörlosen gesetzlich umgesetzt werden,
- die Gebärdensprache als Mehrsprachigkeit und die Gehörlosenkultur als sprachliche und kulturelle Vielfalt weltweit zu fördern, zu schützen und zu erhalten,
- deutlich und bewusst zu machen, dass die Gebärdensprachen vollwertige natürliche Sprachen sind, während sie sich strukturell von den gesprochenen Sprachen unterscheiden, neben welchen sie koexistieren, und dass Gebärdensprachen und gesprochene Sprachen gleichwertig sind,
- zu betonen, dass die Gebärdensprache für gehörlose Menschen eine wichtige Voraussetzung für die volle Inklusion und gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft ist,
- klar zu machen, dass ein frühzeitiger Zugang zur Gebärdensprache und zu Dienstleistungen, die in Gebärdensprache angeboten werden, entscheidend für das Heranwachsen und die Entwicklung der gehörlosen Person ist, genauso wie für die Erreichung der international vereinbarten Nachhaltigkeitsziele,
- darauf zu drängen, dass das Prinzip „Nichts über uns ohne uns“ bei der politischen Arbeit mit dem Deutschen Gehörlosen-Bund und seinen Mitgliedsverbänden berücksichtigt und integriert wird.

Über 12.400 Personen haben bisher die Petition „Gebärdensprache umsetzen! Bilingual – bimodal – endlich normal!“ von Magdalena Stenzel unter [www.openpetition.de!/gehoerlosekinder](http://www.openpetition.de!/gehoerlosekinder) unterschrieben. Wir halten diese für wichtig und bitten darum, diese Petition zu unterschreiben und weiterzuleiten.

Das Kampagnenmaterial zur Internationale Woche der Gehörlosen 2018 ist unter folgendem Link als Download verfügbar: <https://wfdeaf.org/idsl2018/>

Teilen Sie die Informationen in den sozialen Medien mit den empfohlenen Hashtag-Namen:

**#IWDeaf2018 #IDSL2018 #SignLanguagesDay #SupportSignLanguage**

#### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine. Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

#### Pressekontakt

Daniel Büter  
Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit  
Prenzlauer Alle 180, 10405 Berlin  
E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)  
Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetscherinnen und Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch: 01805-83 77 00



Berlin, 02.10.2018

## Pressemitteilung 8/2018

### Das 2. Staatenprüfverfahren zur UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland ist bereits gestartet.

Am Freitag, den 21.09.2018, hat das Verbändebündnis der Zivilgesellschaft (Deutscher Behindertenrat, Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, die Fachverbände für Menschen mit Behinderung und die Liga Selbstvertretung) mit einer Delegation von acht Personen (Dr. Sigrid Arnade, Martina Heland-Gräf, Andrea Fabris, Joachim Busch, Verena Bentele, Dr. Thorsten Hinz und Daniel Büter) an der nicht öffentlichen Sitzung im Palais des Nations in Genf teilgenommen, um mit dem UN-Fachausschuss für Menschen mit Behinderungen (UN-Fachausschuss) die „Prüfungsfragen“ für Deutschland zu beraten. Diese Sitzung wurde in Internationale Gebärdensprache (International Sign/IS) und Schriftsprache übersetzt.



Foto: Sozialverband VdK

Anfangs haben wir die Redezeit (15 Minuten) genommen und unser Statement vorgetragen.

Eine Information, die besonders für Gehörlose und andere Menschen mit Hörbehinderungen wichtig ist:

*Es gibt in Deutschland einen Zwei-Klassen-Zugang zu Informationen, weil der private Rundfunk nicht zur Barrierefreiheit verpflichtet ist. Beim öffentlich-rechtlichen Fernsehen gab es in den letzten Jahren eine positive Entwicklung. Im privaten Fernsehen sind nur 9-13 % der Sendungen mit Untertiteln versehen. Eine Audiodeskription oder der Einsatz von Gebärdensprache finden nicht statt und sind auch nicht geplant. Auch Kultur- und Freizeitveranstaltungen sind häufig weder baulich noch sprachlich barrierefrei.*

*Die Deutsche Gebärdensprache ist zwar als Sprache in Deutschland anerkannt, jedoch nicht im Sinne der europäischen Charta als Regional- oder Minderheitensprache. Sie wird nicht regelhaft als Fremdsprache in Schulen angeboten und es gibt kaum Lehrer, welche die Deutsche Gebärdensprache ausreichend beherrschen.*

Anschließend hat der UN-Fachausschuss viele Fragen an uns gestellt. Davon hat Daniel Büter zwei Fragen über die Situation der modernen Technologie bzw. über technische Lösungen für Gehörlose und angemessene Vorkehrungen, z.B. Untertitel und Gebärdensprachdolmetscher für Studenten an der Universität in Bezug auf die UN-BRK Artikel 9, 11, 21, 24, 29 und 30 beantwortet: Es gibt bei dem Notruf für Gehörlose und andere Menschen mit Hörbehinderungen etwas Positives, nämlich die 24-stündige Verfügbarkeit des Telefonvermittlungsdienstes mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Schriftsprache (Video Relay Service (VRS)), und zwar seit dem 01.07.2018. Aber es gibt auch Negatives, vor allem, dass die Bundesregierung bis jetzt noch keine staatliche Notruf-App eingeführt bzw. angeboten hat. Beim Telefonieren müssten die Gehörlose und andere Menschen mit Hörbehinderungen die Grundgebühr (5 Euro monatlich) und zusätzliche Kosten (0,14 oder 0,28 € pro Minute) zur privaten Nutzung der VRS selbst zahlen. Das ist eine deutliche Benachteiligung für uns. Beim Studium werden die Dolmetscher für Gebärdensprache und Schriftsprache an den Universitäten zur Verfügung gestellt. Doch auch das ist problematisch, da die Dolmetscherkosten für den zweiten Studiengang meistens nicht akzeptiert bzw. übernommen wurden.



Fotos: H.- Günter Heiden und EDF

Das Update und die Vorschläge für die Fragenliste zur 2. Staatsprüfung Deutschlands von einem zivilgesellschaftlichen Verbändebündnis wurden auf der Internetseite des „UN-Fachausschusses“ bereits aufgenommen.

Anschließend wurde vom UN-Fachausschuss mit 18 Mitgliedern die Fragenliste ("List of issues prior to reporting - LoIPR") erstellt und veröffentlicht, die die Grundlage für den neuen 2. Staatenbericht sein wird. Die Bundesregierung muss nun auf diese Fragenliste innerhalb eines Jahres antworten und daraus einen Umsetzungsbericht erstellen.

### Literaturquelle:

- Statement von einem zivilgesellschaftlichen Verbändebündnis für die nicht öffentliche Sitzung am 21.09.2018 in Genf
- DBR Pressemitteilung „Große Defizite bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention“ (24.09.2018)

### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine. Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

### Pressekontakt

Daniel Büter  
Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit  
Prenzlauer Alle 180, 10405 Berlin

E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetscherinnen und Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch: 01805-83 77 00

Berlin, 12.10.2018

## Pressemitteilung 9/2018

### Der Besuch des österreichischen Bundespräsidenten, Alexander van der Bellen, war der Höhepunkt der EUD-Mitgliederversammlung

An der Mitgliederversammlung der Europäischen Union der Gehörlosen (EUD) vom 4. bis 7. Oktober 2018 in Wien nahmen der Präsident des Deutschen Gehörlosen-Bundes, Helmut Vogel, und EUD-Vorstandsmitglied Daniel Büter teil.

Am Donnerstag, den 04.10.2018 hat der EUD-Workshop mit drei Themen zum EUD-Projekt „Designs“, zum vorgeschlagenen Entwurf des EUD-Positionspapiers zur Barrierefreiheit und zur politischen Strategie begonnen, wo die Vorstände der nationalen Gehörlosenverbände, EUD-Vorstandsmitglieder und EUD-Mitarbeiter sich ausgetauscht und Kommentare abgegeben haben. Danach haben wir das Schloss Belvedere besucht, die Kulturführung in Gebärdensprache mitgemacht und ausgewählte Werke des gehörlosen Bildhauers Gustinus Ambrosi angeschaut.

Am Freitag, den 05.10.2018 hat die EUD zusammen mit dem Österreichischen Gehörlosenbund (ÖGLB) ein Seminar zum Thema „Gemeinsam überwinden wir Barrieren! – Österreichische beste Beispiele für Europa“ organisiert. Ein besonderes Ereignis in diesem Zusammenhang war, dass der Bundespräsident von Österreich, Alexander van der Bellen, und seine Frau Doris Schmidauer, uns besuchten, die Eröffnungsrede gehalten und eine Stunde lang mitgehört haben. Das war das erste Mal, seit der Gründung der EUD, dass ein Bundespräsident die EUD-Mitgliederversammlung besucht hat. Das ist eine schöne Ehrung und ein Höhepunkt für unsere Gebärdensprachgemeinschaft.



Fotos: EUD

Danach gab es acht weitere Eröffnungsreden. Das Seminar ging auf 10 verschiedene Beispiele auf österreichischer und europäischer Ebene ein zu folgenden Themen: „Zero Projekt Österreich“, „ESC 2015 in Österreich“, „Arbeit und Perspektiven des Ombudsmans“, „Bimodale bilinguale Bildung in Europa – Ein Überblick“, „Service – Modelle für gehörlose Personen über die gesamte Lebensdauer“, „Österreichische Gebärdensprache als UNESCO-Weltkulturerbe“, „30 Jahre Gebärdensprache im Parlament der Europäischen Union“, „LOGO! Gebärdensprachdolmetscher im deutschsprachigen Raum“ und „Kurzfilmvorführung Dokumentarfilm „Seeing Voices“. Es war ein unglaublich erfolgreiches und informatives Seminar mit 120 registrierten Teilnehmern!

Am Samstag, den 6. Oktober nahmen die Delegierten aus 27 nationalen Gehörlosenverbänden an der 32. Mitgliederversammlung teil. Während der Mitgliederversammlung wurde der Jahresbericht 2017 zusammen mit einem Finanzbericht und einem Überblick des Arbeitsprogramms 2018 vorgestellt. Das Positionspapier zur Barrierefreiheit wurde mit Änderungen angenommen. Außerdem wurden drei Anträge diskutiert. Ein Antrag über die Unterstützung für die Weiterentwicklung des Projekts DDL zur Verbesserung der Situation von tauben

Gebärdensprachdolmetschern in Europa in der Zusammenarbeit mit efsli und elfsliDI von dem dänischen Gehörlosenverband wurde mehrheitlich angenommen. Zwei Anträge vom belgischen Gehörlosenverband über eine Strategie für gehörlose Senioren in Europa und die Lage der Rechte auf Gebärdensprachdolmetscheinsätze in Europa wurden diskutiert und abgestimmt.



Fotos: EUD

Die politische Strategie (European Accessibility Act (EAA), AVMS-Directive revision, European Electronic Communications code revision, Social Security coordination regulation revision, etc.) und die kommunikativen Strategien der social media (Facebook, Twitter, Instagram) wurden präsentiert.

Die Kooperationspartner, EDF, EDSO, EUDY, efsli und ENSLT, haben jeweils einen kurzen Vortrag über die Bedeutung der Zusammenarbeit mit der EUD gehalten.



Foto: EUD

Die EUD-Mitgliederversammlung war eine gelungene Veranstaltung, wo die Delegierten aktiv beteiligt waren und viele Diskussionen geführt haben.

Die Organisation durch die europäischen und österreichischen Gehörlosenverbände war sehr gut. Am Ende des Tages veranstaltete die EUD eine schöne Abendgala.

Die nächste Mitgliederversammlung findet vom 16.-19. Mai 2019 in Bukarest (Rumänien) statt.

#### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine. Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

#### Pressekontakt

Daniel Büter  
Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit  
Prenzlauer Allee 180, 10405 Berlin  
E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)  
Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetscherinnen und Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch: 01805-83 77 00

Berlin, 17.10.2018

## Pressemitteilung 10/2018

**Mit dem SQAT-Verfahren können Gehörlose sich an die Schlichtungsstelle wenden, wenn ein Konflikt, eine Benachteiligung oder eine kommunikative Barriere mit Trägern öffentlicher Gewalt des Bundes entstanden ist.**

Durch die Novellierung des § 16 Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) wurde die unabhängige [Schlichtungsstelle](#) bei dem Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen im Anfang Dezember 2016 gegründet und aufgebaut.

Die Schlichtungsstelle hat die Aufgabe, Streitigkeiten zwischen Menschen mit Behinderungen und den sogenannten Trägern öffentlicher Gewalt des Bundes, also Ämtern und Behörden auf Bundesebene, wie Rentenversicherung oder Agentur für Arbeit, zum Thema Barrierefreiheit außergerichtlich zu behandeln, entstandene Konflikte zu lösen, Benachteiligung zu beseitigen bzw. verhindern und Barrierefreiheit herzustellen. Einzelpersonen und Verbände können das Angebot der Schlichtungsstelle nutzen, wenn sie sich in ihren Rechten nach dem BGG verletzt sehen. Das Schlichtungsverfahren ist kostenlos und es muss kein Rechtsbeistand eingeschaltet werden. Die schlichtenden Personen sind für eine unparteiische und faire Verfahrensführung verantwortlich und zur Verschwiegenheit verpflichtet.



Mit dem [SQAT-Verfahren](#) (Abkürzung für Signing Question and Answer Tool) kann ein Gehörloser/eine Gehörlose einen Antrag in Deutscher Gebärdensprache stellen. Zuerst wird ein zweiminütiges Video in Gebärdensprache aufgenommen und an die Services abgeschickt. Die Services werden dann den Inhalt von Gebärdensprache in Schriftsprache übersetzen

und an die Schlichtungsstelle per Mail zusenden. Danach wird die Schlichtungsstelle an die Services per Mail antworten. Die Services werden den Inhalt von Schriftsprache in die Gebärdensprache übersetzen und ein Video an den Gehörlosen oder die Gehörlose zurücksenden. Anschließend schaut der/die Gehörlose das Video. Das ist der vorgesehene Ablauf der SQUAT-Verfahren. [Hier](#) kann man sich den Aufklärungsfilm über das SQUAT-Verfahren anschauen.

Laut Jahresbericht 2017 wurden insgesamt 146 Anträgen bei der Schlichtungsstelle eingereicht, davon 62 unzulässige und 84 zulässige Anträge. Bisher hat es noch keine Anträge über das SQAT-Verfahren gegeben. Für Probleme mit den Landesbehörden, der Landesverwaltung, privaten Anbietern von Gütern und Dienstleistungen kann die Schlichtungsstelle nicht zur Verfügung stehen, sondern nur im Falle von Trägern öffentlicher Gewalt des Bundes als Ansprechpartner. Die mangelnde Inanspruchnahme kann aber auch am Fehlen der Informationsverbreitung liegen. Deshalb bittet der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. in dieser Pressemitteilung alle Gehörlosen und andere Menschen mit Hörbehinderungen, sich mit dem SQAT-Verfahren bei der Schlichtungsstelle zu melden, wenn ein Konflikt, eine Benachteiligung oder eine kommunikative Barriere in Bezug auf Träger öffentlicher Gewalt des Bundes entstanden ist.

Außerdem werden Dr. Rica Werner und Anne Katrin Lutz einen Vortrag über die Schlichtungsstelle am Freitag, den 26.10.2018 vom 14:00 bis 15:00 Uhr bei der Bundesversammlung in Magdeburg halten und die Delegierten der Mitgliedsverbände des DGB werden informiert.

### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

### Pressekontakt

Daniel Büter

Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit

Prenzlauer Alle 180, 10405 Berlin

E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetscherinnen und Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch: 01805-83 77 00

Berlin, 25.10.2018

## Pressemitteilung 11/2018

**Hauptziel des Fachtreffens am 20.09.2018 in Hannover: Anerkennung und Umsetzung der Deutschen Gebärdensprache als Unterrichtsfach an den Förderschulen und als Wahlpflichtfach der Fremdsprache an den allgemeinbildenden Schulen**

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. organisierte gemeinsam mit dem Gehörlosenverband Niedersachsen e. V. das Fachtreffen „Gebärdensprache in den Schulen – Perspektiven und Strategien“ am 20. September 2018 in Hannover. An diesem Fachtreffen nahmen über 44 Personen, darunter Bildungsbeauftragte der Landesverbände der Gehörlosen, Gebärdensprachdozent/-innen, Lehrer/-innen verschiedener Schulen sowie Gebärdensprachdolmetscher/-innen teil.



Fotos: Sandra Gogol

Der niedersächsische Kultusminister, Grant Hendrik Tonne, eröffnete das Fachtreffen und hielt sein Grußwort. Weitere Grußworte richteten der Präsident des Deutschen Gehörlosen-Bundes, Helmut Vogel, und die zweite Vorsitzende des Gehörlosenverbandes Niedersachsen, Ludmila Schmidt, an die Anwesenden.



Fotos: Sandra Gogol

Dann hielt der Beauftragte für Bildung und Politik des Gehörlosenverbandes Niedersachsen, Bengt Förster, seinen Einführungsvortrag. Danach stellte Magdalena Stenzel die Online-Petition „Gebärdensprache umsetzen! Bilingual – bimodal – endlich normal!“ vor, mit den Unterschriften gesammelt werden sollen, um die Gebärdensprache auf allen Ebenen des Bildungswesens im deutschen Raum bezüglich des Artikels 24 der UN-Behindertenrechtskonvention voranzubringen. „Es muss doch selbstverständlich sein, dass tauben Kindern und Schülern ihre Gebärdensprache als Unterrichtsfach angeboten wird. Mit der aus der UN-Behindertenrechtskonvention sich ergebenden Gleichstellung folgt dies zwingend!“ wird Prof. Helen Leuning zitiert!



Fotos: Sandra Gogol

Nach einer kurzen Kaffeepause erläuterte Prof. Dr. Claudia Becker (Humboldt-Universität zu Berlin) in ihrem Vortrag die Notwendigkeit der Deutschen Gebärdensprache (DGS) als Unterrichtsfach und die möglichen Schritte zur Implementierung von DGS als Sprachfach. Eine europaweite Studie zu Gebärdensprachen in Deutschland und in Europa wurde vorgestellt.



Fotos: Sandra Gogol

Dann informierte Prof. Dr. Christian Rathmann (Humboldt-Universität zu Berlin) über den aktuellen Stand der Kultusministerkonferenz zu DGS als Unterrichtsfach und über weitere erforderliche Maßnahmen wie den Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GER) für Gebärdensprachen, das Assessment für die Anerkennung der DGS als Fremdsprache sowie über Qualifizierungsmaßnahmen. Anschließend gab es Diskussionen und Austausch.



Fotos: Sandra Gogol

Nach einstündiger Mittagspause brachte Prof. Dr. Barbara Hänel-Faulhaber (Universität Hamburg) (neuro-)wissenschaftliche Argumente für die Einführung und den Aufbau eines Rahmenlehrplans in DGS vor. In ihrem Beitrag wurden im ersten Teil zunächst wesentliche Erkenntnisse zu Sprachverarbeitung und Spracherwerb der DGS in unterschiedlichen Lerngruppen vorgestellt. Im zweiten Teil wurde am Beispiel des neuen Hamburger Rahmenlehrplans für das Fach DGS gezeigt, wie die verschiedenen Sprachebenen, Inhalte und Lernpotenziale der DGS berücksichtigt werden können.

Die Lehrerin an der Berliner Ernst-Adolf-Eschke-Schule, Sieglinde Lemcke, stellte einige standardillustrierende Beispiele aus dem Rahmenlehrplan DGS Berlin und Brandenburg und Unterrichtseinheiten aus dem schulinternen Curriculum vor und berichtete von ihren Erfahrungen, wie man aus einem Abschnitt des Rahmenlehrplans ein paar Unterrichtsbeispiele entwickelt.



Fotos: Sandra Gogol

Nach kurzer Kaffeepause berichteten drei Schulleiter, Christoph Plickert (LBZH Osnabrück), Joachim Budke (LBZH Hildesheim) und Jürgen Rode (Hartwig-Claussen-Schule Hannover) über die Entwicklung von DGS als Unterrichtsfach an ihren Schulen. Dana Apel zeigte einen kurzen DGS-Film über Schüler/-innen, die die Notwendigkeit von DGS in der Schule begründeten.

Nun informierte Katrin Pflugfelder (Bundeselternverband gehörloser Kinder) über den Bundeselternverband und trug die Perspektive der Eltern vor, sich für die Kinder einzusetzen und für deren Förderung mit DGS sowie über den Bedarf an Austausch und Beratung der Eltern. Karin Pflugfelder berichtete auch über verschiedene Erfahrungen mit diesem Thema und über schulische Biografien.



Fotos: Sandra Gogol

Anschließend gab es eine Abschlussdiskussion und einen gemeinsamen fachlichen Austausch. Ein großer Dank für die großartige Organisation und hervorragende Zusammenarbeit ging an Bengt Förster und Ludmila Schmidt sowie für die schönen Fotos an Sandra Gogol.

#### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

#### Pressekontakt

Daniel Büter  
Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit  
Prenzlauer Allee 180, 10405 Berlin  
E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetscherinnen und Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch: 01805-83 77 00

Berlin, 15.11.2018

## Pressemitteilung 12/2018

### Deutscher Gehörlosen-Bund hat neues Präsidium gewählt – Helmut Vogel bleibt Präsident

Die Bundesversammlung des Deutschen Gehörlosen-Bundes (DGB) hat das neue Präsidium für die kommenden vier Jahre, von 2018 bis 2022, am 27.10.2018 in Magdeburg gewählt.

Helmut Vogel wurde als Präsident mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt.

Neu in das Präsidium gewählt wurden 1. Vizepräsidentin Elisabeth Kaufmann, 2. Vizepräsident Steffen Helbing und Beisitzer Hans-Jürgen Kleefeldt. Wiedergewählt wurden Schatzmeister Michael Wohlfahrt und Beisitzerin Dr. Ulrike Gotthardt.



(v.l.n.r.) Dr. Ulrike Gotthardt, Hans-Jürgen Kleefeldt, Michael Wohlfahrt, Helmut Vogel, Steffen Helbing und Elisabeth Kaufmann

Darüber hinaus hat sich das vorherige Präsidium bei der 1. Vizepräsidentin Marietta Schumacher und dem 2. Vizepräsidenten Wolfgang Bachmann für ihre Arbeit für den DGB bedankt. Die beiden traten nicht wieder an. Insbesondere Marietta Schumacher hat sich durch die Übernahme vieler Aufgaben (u. a. früher als Revisorin und aktuell für die Kulturtagung in Potsdam) für den DGB über 12 Jahre lang verdient gemacht. Ein Bericht über die dreitägige und gut verlaufene Bundesversammlung folgt.

#### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

#### Pressekontakt

Daniel Büter  
Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit  
Prenzlauer Alle 180, 10405 Berlin  
E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetscherinnen und Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch: 01805-83 77 00

Berlin, 17.11.2018

## Pressemitteilung 13/2018

### „Zwang zu einer CI-Operation als äußerst bedenkliche Entscheidungsgrundlage“ und „Förderung der bimodal-bilingualen Erziehung mit Gebärdensprache für Kinder mit Hörbehinderungen“ sind die Schwerpunkte der Fachtagung des DGB mit dem Thema „Cochlea Implantat – Realitäten ohne Zwang“ am 28.11.2018 in Berlin.

Seit November 2017 entwickelt sich ein erster juristischer Präzedenzfall in Deutschland, wonach einem gehörlosen Kleinkind gegen den Willen seiner gehörlosen Eltern ein Cochlea-Implantat (CI) eingesetzt werden soll. Dieses Thema verfolgt der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. bereits seit vielen Jahren mit großer Sorge, insbesondere die derzeitigen Auseinandersetzungen um die Cochlea-Implantationen.

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. veranstaltet die Fachtagung „Cochlea Implantat – Realitäten ohne Zwang“ in Kooperation mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Diese Tagung findet am Mittwoch, 28. November 2018 im Kleisthaus, Mauerstraße 53, in 10117 Berlin statt. Für die Fachtagung sind Einladungen an Mitgliedsverbände des DGB, verschiedene Verbände und Einrichtungen sowie Experten verschickt worden. Zudem ist der vorhandene Raum auf maximal 90 Personen begrenzt. Deswegen können keine weiteren Anmeldungen mehr entgegengenommen werden. Allerdings wird die Fachtagung gefilmt und danach für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Jürgen Dusel, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, übernimmt die Schirmherrschaft für die Fachtagung.

Zur Eröffnung der Fachtagung werden Vanessa Ahuja, Leiterin der Abteilung V im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Jürgen Dusel, Prof. Dr. Ulrich Hase, Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft der Hörbehinderten – Selbsthilfe und Fachverbände e. V., sowie Helmut Vogel, Präsident des Deutschen Gehörlosen-Bund e. V., die Grußworte halten.

Dann werden sechs Betroffene, Tanja Wolters mit ihrer Tochter Isea, Nadine von Deetzen mit ihrer Tochter Jette, Tina Ehmman und Julia Probst über ihre Erfahrungen mit CI berichten.

Dr. Ulrike Gotthardt, Präsidiumsmitglied des Deutschen Gehörlosen-Bundes, wird den Einführungsvortrag über das Thema „CI-Versorgung aus Sicht des DGBs und Ergebnisse der Umfrage“ präsentieren. Dann wird Prof. Dr. Christian Rathmann seinen Vortrag „Kognitive, psychosoziale und sprachliche Risiken im Fall eines Sprachentzugs bei Kindern mit Hörbehinderung („language deprivation“)" halten. Danach wird Prof. Dr. Claudia Becker über „Chancen und Formen der bilingualen Sprachbildung mit Laut- und Gebärdensprache bei Kindern mit einer Hörbehinderung“ referieren. Über „Ethische Aspekte der CI-Versorgung“ wird anschließend Dr. Katrin Bentele einen Vortrag halten.

Nach der Mittagspause gibt es vier Vorträge in dieser Reihenfolge: Prof. Dr. Gisela Szagun spricht über „Zweisprachigkeit – der sicherste Weg zur Sprache: empirische Evidenz von Kindern mit CI“, Karin Kestner über „Diagnose gehörlos – was Ärzte Eltern raten“, Simone Bräunlich über „Beratungsqualität und deren Informationsmöglichkeiten für Eltern von hörbehinderten Kindern – aus erfahrungsbasierter Perspektive der betroffenen Eltern“ sowie Dr. Karen Jahn über „CI-Versorgung bei Kindern und Jugendlichen aus psychologischer Sicht – im Spannungsfeld von Individuum, Familie und Gesellschaft“.

Berlin, 04.12.2018

## Pressemitteilung 14/2018

### **Klare Antwort und Bestätigung der Fachtagung „Cochlea Implantat – Realitäten ohne Zwang“: Gegen CI-Zwang und für eine bimodal-bilinguale Förderung mit Gebärdensprache zum Wohle aller Kinder mit Hörbehinderung!**

Bei der Fachtagung „Cochlea Implantat – Realitäten ohne Zwang“ am 28. November 2018 im Bundesministerium für Arbeit und Soziales begrüßte Vanessa Ahuja, die Abteilungsleiterin V der Abteilung für Belange behinderter Menschen, Prävention und Rehabilitation, Soziale Entschädigung und Sozialhilfe, über 110 Teilnehmer/-innen und betonte die große Bedeutung des Themas, nicht zuletzt aufgrund des aktuellen Falles in Goslar, aber auch aufgrund allgemeiner Tendenzen in der heutigen Gesellschaft. In Goslar verhandelt derzeit das Familiengericht die Klage des Klinikums Braunschweig gegen die Eltern eines gehörlosen Kindes, die sich gegen eine empfohlene CI-Operation bei ihrem Kind entschieden haben.



Fotos: DGB / Anton Schneid

Unser Schirmherr, Jürgen Dusel, der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung, betonte in seinem Grußwort, wie wichtig der Dialog untereinander sei, um sich dem Thema der Fachtagung adäquat zu nähern. Es müsse sensibel ein Weg gefunden werden, um das Wohl des Kindes und das Recht der Eltern zur Erziehung gleichermaßen zu berücksichtigen. Zum aktuellen Fall in Goslar betont Herr Dusel jedoch: „Mein Herz schlägt in diesem Fall für die Eltern“.

Prof. Dr. Ulrich Hase fragte in seinem Grußwort: „Gibt es eigentlich eine Pflicht zum Hören?“ Ebenso stellte er die Frage in den Raum, ob das medizinisch Machbare immer das Richtige, das Entscheidende ist. „Die einhellige Meinung in unseren Verbänden ist: Wir sind absolut gegen jeden Zwang!“, so Prof. Hase. Aber er betonte auch, dass ein Nebeneinander von CI und Gebärdensprache vernünftig umgesetzt werden sollte, zum Wohle aller hörbehinderten Kinder.



Fotos: DGB / Anton Schneid

Zum Abschluss hielt Helmut Vogel, Präsident des Deutschen Gehörlosenbundes, sein Grußwort und betonte die Wichtigkeit des Themas Bilingualität, das Leben sowohl mit Deutscher Gebärdensprache als auch mit deutscher Sprache, für den DGB. „Der Elternwille ist ein hohes

An der anschließenden Podiumsdiskussion „Der Weg zu einem risikominimierten, gesicherten Langzeiterfolg auf der Grundlage einer bimodal-bilingualen Erziehung mit Gebärdensprache für hörbehinderte Kinder mit und ohne CI“ nehmen die behindertenpolitischen Sprecher und Sprecherinnen Angelika Glöckner (SPD-Bundestagsfraktion), Jens Beeck (FDP-Bundestagsfraktion), Corinna Rüffer (Bündnis 90/Die Grünen-Bundestagsfraktion) und Sören Pellmann (DIE LINKE-Bundestagsfraktion) sowie Prof. Dr. Christian Rathmann, Prof. Dr. Gisela Szagun und Dr. Ulrike Gotthardt teil. In dieser Runde werden die Problematik, die Chancen und Risiken von CIs, die Wahrung der Autonomie der Eltern einschließlich der Frage nach der Kindeswohlgefährdung, die gleichberechtigte Einbeziehung der Gebärdensprache sowie betroffener Gehörloser als Experten in eigener Sache in die Vor- und Nachsorge erörtert.

Danach wird es eine Abschlussdiskussion mit dem Publikum geben. Beendet wird die Fachtagung mit einem Schlusswort des Präsidenten des DGB, Helmut Vogel.

Die Veranstaltung wird in Deutscher Gebärdensprache und in gesprochener und geschriebener Sprache abgehalten, dem entsprechend wird von sechs Dolmetscherinnen übersetzt.

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. stellt in Bezug auf CI die Forderungen nach

- einer verpflichtenden Festschreibung von Angeboten zum Erlernen der Gebärdensprache sowie zur Beratung und Begleitung durch gehörlose gebärdensprachkompetente Erwachsene mit Gebärdensprachkompetenz im Rahmen der Implantationsvorsorge und -nachsorge für die CI-Zentren und Reha-Einrichtungen,
- der Unterstützung für gehörlose Eltern, die in der Ausübung des Sorgerechts über die Implantation und über die weitere Behandlung selbst bestimmen dürfen,
- der öffentlichen Ausschreibung eines Forschungsauftrags zur Untersuchung der physisch-kognitiven, psychischen und psychosozialen Entwicklung von nach Schule und Ausbildung im Berufs- und Familienleben stehenden erwachsenen CI-Träger/-innen, denen das CI im Kindesalter implantiert wurde. Dieser Forschungsauftrag sollte durch eine unabhängige, im gleichen Verhältnis mit hörenden und gehörlosen Experten besetzte Kommission an eine unabhängige und neutrale Universität bzw. Forschungseinrichtung vergeben werden und im weiteren Verlauf von dieser Kommission kontrolliert werden.

Unser besonderer Dank gilt bereits jetzt dem „AOK-Bundesverband GbR“ und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, mit deren freundlicher Unterstützung wir diese Fachtagung realisieren können.

Das Programm der Fachtagung (Änderungen vorbehalten), die Stellungnahme 2/2017 „Zur aktuellen Diskussion bezüglich des Versuchs, gegen den Willen der gehörlosen Eltern gerichtlich durchzusetzen, einem gehörlosen Kind ein Cochlea-Implantat einzusetzen“ und die Pressemitteilung 1/2018 „Der CI-Zwang für gehörlose Kinder ist nicht mit der UN-Behindertenrechtskonvention vereinbar. – Unsere Aktivitäten bezüglich der aktuellen Situation um das Cochlea-Implantat“ sind im Anhang beigefügt.

#### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

#### Pressekontakt

Daniel Büter

Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit

Prenzlauer Alle 180, 10405 Berlin

E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetscherinnen und Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch: 01805-83 77 00

Gut und sollte es auch bleiben", so Vogel. „Wenn Eltern, ob hörend oder gehörlos, sich gegen ein CI für ihr Kind entscheiden, muss dies akzeptiert werden. Es darf kein Zwang ausgeübt werden.“

Die nun folgende Podiumsdiskussion leitete Dr. Ulrike Gotthardt vom Präsidium des DGB. Teilnehmende der Diskussion waren Tanja Wolters mit ihrer Tochter Isea, Nadine von Deetzen mit Tochter Jette, Tina Ehmann und Julia Probst.



Fotos: DGB / Anton Schneid

„Isea sollte in die Gesellschaft inkludiert werden“, so schilderte Tanja Wolters den Grund für die Entscheidung für das CI bei ihrer Tochter. Leider gab es Komplikationen und das CI wurde wieder entfernt. Für die Familie ist nun die gebärdensprachliche Kommunikation „unser Weg“.

Tochter Jette ist aufgrund des Eigenengagements der Mutter Nadine von Deetzen mit Lautsprache und Gebärdensprache aufgewachsen, parallel zur CI-Implantation gab es einen Hausgebärdensprachkurs. Jette sagt heute selbst: „Ich habe so das Gefühl, ohne Gebärden würde ich eigentlich gar nicht richtig leben.“

Bei Tina Ehmann ebenso wie bei Julia Probst begann mit der CI-Implantation eher ein „Auf und Ab“ der Annahme und Ablehnung des CIs, weil das „Hören-Lernen“ mit CI als ein anstrengender Prozess erlebt wurde.

Dr. Ulrike Gotthardt betonte in ihrem anschließenden Vortrag, dass es bisher kaum Erhebungen zu den Langzeitentwicklungen (körperlich, psychosozial, etc.) bei erwachsenen CI-Trägern gibt.

Eine vom DGB durchgeführte Umfrage, bei der 622 Beteiligte mit Hörschädigung in der Auswertung berücksichtigt werden konnten, deckte auf, dass etwa 50 % der CI-Träger sehr zufrieden sind mit dem Verstehen von Lautsprache. Aber auch, dass 50 % von ihnen Mühe oder zum Teil große Schwierigkeiten haben, die Lautsprache gut zu verstehen.



Fotos: DGB / Anton Schneid

Prof. Dr. Christian Rathmann betonte, dass Studien belegt haben, dass sich die Sprachentwicklung bei tauben Kindern mit tauben Eltern sich qualitativ nicht von der Sprachentwicklung hörender Kinder mit hörenden Eltern unterscheidet (kognitiv, emotional, psychosozial). Diese Entwicklung sei nur dann gefährdet, wenn sprachliche Deprivation (Entzug) stattfindet, und nicht, wenn auditive Deprivation stattfindet. Ebenso würden Studien belegen, dass der Erwerb von Gebärdensprache den Lautspracherwerb nicht behindere, sondern diesen sogar eher noch fördere.

Prof. Dr. Claudia Becker stellte zu Beginn ihres Vortrages fest, dass die Schülerschaft mit Hörbehinderung in den Schulen so heterogen ist, dass es niemals nur einen Weg gibt bzw. geben darf, wie man sie bestmöglich fördern kann. Es sei für alle Kinder ein Gewinn, mit mehreren Sprachen aufzuwachsen. Frau Becker plädierte für eine bimodal-bilinguale Förderung für alle Kinder mit Hörbehinderung, ob nun mit CI oder ohne CI. Studien belegen, dass man nicht vorhersagen kann, wie sich die Kinder in ihrer Sprachbiographie entwickeln. Wichtige Bausteine für eine bimodale-bilinguale Bildung sind u. a. eine Förderung von Anfang an (bereits in der Frühförderung), das Fach DGS in der Schule, selber hörbehinderte Lehrer/-innen, wie auch das gemeinsame Lernen von hörenden und hörbehinderten Kindern. Dafür braucht es die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen ebenso wie umfassende Qualifizierungsangebote für die hörbehinderten und hörenden PädagogInnen, um eine hochwertige bimodal-bilinguale Förderung von der Frühförderung bis zur Berufsschule anbieten zu können.



Fotos: DGB / Anton Schneid

Dr. Katrin Bentele betonte in ihrem Vortrag, dass man bei der Entscheidung für oder gegen ein CI u. a. die Fragen stellen sollte: „Wie kann der betroffene Mensch am meisten Autonomie erlangen? Welche Ziele sollen mit dem CI erreicht werden? Sind diese Ziele erreichbar? Sind die gewählten Mittel den Zielen angemessen?“ Das alles seien Fragen, die in diesem Zusammenhang wichtig sind. Abschließend betonte Frau Dr. Bentele, dass jede Diskussion des Einzelfalls auch wieder in den gesamtgesellschaftlichen Diskurs münden sollte: „Nicht alle Menschen kennen z. B. die Gehörlosenkultur, da muss noch viel Wissen über unterschiedliche Lebensentwürfe transportiert werden.“



In der Diskussion und bei den Fragen aus dem Publikum im Anschluss an die Vorträge vom Vormittag wurde u. a. angemerkt, dass die Bedeutung der CI-Beratungsstellen noch einmal besonders hervorgehoben werden muss. Diese müssten flächendeckend, offen und interdisziplinär beraten. Ebenso wurde diskutiert, inwieweit man als Eltern die Entscheidung für oder gegen ein CI dem Kind überlassen kann - da wurde angemerkt, dass dies schwierig sei, mit 14, 15 Jahren sei eine Entscheidung für ein CI bezogen auf die Sprachentwicklung nicht optimal. Ein weiterer Diskussionsbeitrag aus dem Publikum führte zu der Frage, ob man - neben dem hier bereits eingeforderten Recht auf Gebärdensprache - auch ein „Recht auf Hören“ habe. Wichtig sei, dass es keine Diskussion um ein „Entweder - oder“ zwischen dem „Recht auf Hören“ und dem „Recht auf Gebärdensprache“ gebe, so eine Äußerung auf dem Podium.

Nach der Mittagspause begann Prof. Dr. Gisela Szagun ihren Vortrag. „Bei hörbeeinträchtigten Kindern mit CI ist Zweisprachigkeit mit gebärdeter und gesprochener Sprache der sicherste Weg in die Sprache. Es darf kein Kind ohne Sprache geben. Und es liegt an uns, dafür zu sorgen!“ Studien zeigen auf, dass eine CI-Implantation nicht gesichert zu einem guten Lautspracherwerb führt. Auch wenn bei einem Kind früh implantiert wird, kann ein guter Erwerb der Lautsprache nicht sicher prognostiziert werden.

In anderen Ländern wie Kanada oder Großbritannien wird eine Zweisprachigkeit für Kinder mit CI schon lange erfolgreich praktiziert. Prof. Szaguns Fazit ist: „Zweisprachigkeit mit gebärdeter und gesprochener Sprache bringt keine Nachteile, im Gegenteil, nur Vorteile.“ Bei einem zu langsamen Lautspracherwerb beim Kind (bei zu wenig Fortschritten) sollte man rechtzeitig den Weg der Sprachentwicklung über die Gebärdensprache beginnen.

Anschließend sprach Frau Karin Kestner zum Thema "Elternberatung" und berichtete in ihrem Vortrag vor allem aus ihrer Elternarbeit. Sie schilderte Fällen, in denen Eltern stark unter Druck gesetzt wurden, weil sie sich gegen ein CI für ihr Kind entscheiden wollten. Diese Eltern hätten dann Sätze gehört wie: „Sie handeln verantwortungslos. Ihr Kind wird isoliert aufwachsen, wollen Sie das?“ Eine gute und umfassende Beratung finde nur selten statt. Viele Eltern erhielten nach der Diagnose „Hörschädigung“ beim Kind gleich eine Überweisung in ein CI-Zentrum, ohne dass auf die Situation der Familien adäquat eingegangen oder Alternativen genannt würden. Die meisten HNO-Ärzte würden ausschließlich ein CI empfehlen, wobei es durchaus Ausnahmen gäbe. Den Eltern werde oft „Angst gemacht“, dass sie ihrem Kind schaden würden, wenn sie sich nicht schnell für ein CI entscheiden. Kestner berichtete von Slowenien, wo Eltern nach der Diagnosestellung umfassend beraten werden: Neben der Aufklärung über ein CI werden sie über Geschichte und Kultur der Gehörlosen informiert und es wird ein umfangreicher Gebärdensprachkurs angeboten.



Fotos: DGB / Anton Schneid

Simone Bräunlich gebärdete in ihrem Vortrag über mangelhafte Beratung und Begleitung von Eltern, die die Diagnose „Hörschädigung“ bei ihrem Kind erhalten hatten; es gäbe wenig psychologische Unterstützung und wenig Informationen. Sie forderte daher u.a.: eine breite und umfassende Information, gute psychologische Begleitung, Respekt und Akzeptanz gegenüber einer Ablehnung eines CIs, genügend Zeit (1-2 Jahre) für die Entscheidung. Mediziner benötigten hier ein solides Hintergrundwissen, ebenso Jugend- und Sozialamtsmitarbeiter/-innen. Es bedürfe eines guten Netzwerks aller Institutionen und ganzheitlich arbeitender Anlaufstellen, die interdisziplinär zusammenarbeiten sollten. Für die Vortragende liegt dann Kindeswohlgefährdung vor, wenn taube Kinder ohne Gebärdensprache aufwachsen, vor allem in Fällen, wo man gar nicht sicher davon ausgehen kann, dass der Lautspracherwerb altersgemäß verläuft.

Dr. Karen Jahn ging auf verschiedene Alltagssituationen im Leben von Menschen mit Hörbehinderung ein: Auch wenn man CI-versorgt ist und unter guten Bedingungen der Lautsprache gut folgen kann, erlebt man in anderen Situationen keine entspannte Kommunikation in Lautsprache. Bezogen auf die Eltern forderte sie, dass Eltern psychologisch gut betreut werden sollen, und zwar von Anfang an. Der Diagnoseschock muss verarbeitet und das Familienleben sollte begleitet werden, damit die Eltern-Kind-Bindung, die so zentral ist, nicht negativ

von der Hörschädigung beeinflusst werde. Die psychologische Begleitung bzw. Beratung der Familien dürfe nicht nach der Frühförderung beendet sein, denn auch im späteren Kindes- und Jugendalter würden viele wichtige Entwicklungs- und Identitätsprozesse stattfinden. Kinder und Jugendliche (und ihre Eltern) sollten nicht allein gelassen mit Fragen wie: „Ich bin anders, warum? Wo finde ich gute Freunde?“



Fotos: DGB / Anton Schneid

In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum wurden viele interessante Punkte eingebracht. So wurde noch einmal die Rolle der Mediziner bei der Entscheidung für oder gegen ein CI reflektiert. Schon im Studium fehle ein fundierter Wissenstransfer über Gebärdensprache. Ein Vorschlag aus dem Publikum war, eine Homepage bereitzustellen, die Eltern bei der Entscheidung für oder gegen ein CI mit fundierten, umfassenden und neutralen Informationen versorgt - so solle die einseitige Beratung durch viele Ärzte etwas ausgeglichen werden. Dem konnten viele zustimmen. Man ergänzte aber, dass es nicht nur Wissen, sondern auch Begegnungen mit solchen Menschen geben müsse, die bereits Erfahrungen mit dem Thema gemacht haben. Eine Art „Notfallkoffer“ wäre eine gute Idee, lautete ein Beitrag/laut eines Beitrags: Dies wäre dann ein „Rüstzeug“ mit umfassenden Informationen zur CI-Implantation ebenso wie zur Gebärdensprache und Gehörlosenkultur, mit denen die Beratungsstellen dann arbeiten können. Einigkeit herrschte auch bei der Frage, wie Eltern gut zu einer Entscheidung kommen: Indem sie genügend Zeit haben, sich diese Zeit nehmen können und dürfen, um "in ihr Herz schauen können", wie es in einem Beitrag formuliert wurde. Dies müssten alle Experten berücksichtigen.



Fotos: DGB / Anton Schneid

Nun folgte die Podiumsdiskussion mit drei behindertenpolitischen Sprechern von verschiedenen Parteien (Sören Pellmann, Die Linke; Jens Beek, FDP und Corinna Ruffer, Bündnis 90/Die Grünen) sowie mit Prof. Dr. Rathmann, Prof. Dr. Szagun und Dr. Karin Bentele. Wilfried Oellers, CDU, hatte sich zuvor für seine Nichtanwesenheit entschuldigt. Eine große Enttäuschung war das Nichterscheinen von Angelika Glöckner, SPD. Sören Pellmann, Corinna Ruffer sowie Jens Beek stimmten in der Thematik der Aussage zu, dass es zu keinem „Zwang“ - in welche Richtung auch immer - kommen dürfe. Wie kann man die Qualität der Elternberatung in dieser Thematik erhöhen, wie diese sicherstellen? Wie kann sie politisch unterstützt und umgesetzt werden? Auf diese Fragen erwartete das Podium fundierte Antworten von der Politik, die jedoch wenig konkret blieben.





Fotos: DGB / Anton Schneid

Einigkeit herrschte auf dem Podium darüber, dass man Eltern in alle Richtungen beraten muss, und ihnen alle Angebote macht, die zur Verfügung stehen. Dafür braucht es - politisch umgesetzt- klare Richtlinien. Dazu brauche es aber, so Corinna Rüffer, zwingend eine gute Öffentlichkeitsarbeit. Öffentlichkeit und Aufklärung über die Bedeutung der Gebärdensprache und über die Gebärdensprachgemeinschaft sei so zentral, weil ohne dieses Verständnis man für eine Gesetzesänderung keine Mehrheiten im Parlament erlangen würde. Bezüglich des Falls in Goslar wurde aus dem Publikum nach einer politischen Stellungnahme gefragt. Nach Ansicht der Politiker auf dem Podium kann jedoch nicht in ein "laufendes Verfahren" eingegriffen werden. Aus dem Plenum kam dann die Frage bzw. die Bitte um Beantragung eines Forschungsauftrags zur Untersuchung der Entwicklung von Erwachsenen nach ihrer CI-Implantation im Kindesalter durch eine unabhängige, mit hörenden und gehörlosen Experten besetzte Kommission - eine der drei Forderungen des DGB zu diesem Thema. Darauf antworteten die VertreterInnen der Parteien, dass sie gerne diesen Antrag, erneut, weiterleiten würden – sie selbst würden dies in jedem Fall unterstützen. Schmerzlich vermisst wurden bei diesem Thema Vertreter/-innen der SPD sowie der CDU, denn diese hätten als Angehörige der Regierung möglicherweise viel konkretere Antworten geben können. „Was machen Sie in Ihren Parteien als behindertenpolitische Sprecher, dass die Gebärdensprache verstärkt mit in die Frühförderung und in den gesamten Bildungsbereich eingebunden wird?“ fragte das Plenum. „Vermutlich noch zu wenig“, gaben die drei Bundestagsabgeordneten zu.

Abschließend bedankte sich der Präsident des DGB e. V., Helmut Vogel, bei allen Referenten, bei allen Gästen, beim Publikum und nicht zuletzt beim gesamten Team, das diese Fachtagung zu einem so wichtigen Thema so engagiert vorbereitet und durchgeführt hat.

#### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

#### Pressekontakt

Daniel Büter  
Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit  
Prenzlauer Allee 180, 10405 Berlin  
E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetscherinnen und Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch: 01805-83 77 00



Deutscher Gehörlosen - Bund e.V.  
6. Deutsche Kulturtag der Gehörlosen  
Prenzlauer Allee 180  
10405 Berlin  
Tel.: +49 30 / 49 90 22 66  
Fax: +49 30 / 49 90 22 10  
info@gehoerlosen-kulturtag.de  
www.gehoerlosen-kulturtag.de

Deutscher Gehörlosen- Bund e.V.. Prenzlauer Allee 180. 10405 Berlin

### Pressemitteilung DGB-KT 01/2018 am 9. Januar 2018: Personalveränderungen im Organisationsteam der Kulturtag

Liebe Leser/innen,

im Namen des Deutschen Gehörlosen-Bundes wünsche ich Ihnen erstmals ein ganz gutes neues Jahr! Bleiben Sie recht gesund und viel Erfolg im kommenden Jahr!

Heute möchte ich über die Personalveränderungen im Organisationsteam bekannt geben. Die 6. Deutschen Kulturtag der Gehörlosen vom 17. -19. Mai 2018 in Potsdam sind ein recht großes und wichtiges Projekt, bei dem es viel zu klären und zu organisieren gilt. Seit Juli 2017 sind zwei hauptamtliche Mitarbeiter/innen beim DGB angestellt: Ludwig Herb als Projektleiter und Vera Koplin als Projektkoordinatorin. Sie haben in den bisherigen sechs Monaten verschiedenes organisiert. Zum Jahresende haben beide auf eigenen Wunsch ihre Arbeiten beendet. Wir bedanken uns sehr bei beiden für ihren engagierten Einsatz.

Zum Jahresanfang sind zwei neue Mitarbeiter/innen angestellt: Petra Alaei als neue Projektleiterin kommt aus Hamburg und ist ein CODA (hörende Erwachsene gehörloser Eltern). Daher ist sie gebärdensprachkompetent und hat diverse Erfahrungen in der Gehörlosenarbeit gesammelt. Benjamin Busch als neuer Projektkoordinator kommt aus München und ist selbst taub. Er hat schon diverse Kulturveranstaltungen der Gehörlosen organisiert. Sie werden sich demnächst selbst vorstellen. Wir freuen uns, dass sie sich bereit erklärt haben beim DGB für die Kulturtag mitzuarbeiten und wünschen ihnen viel Kraft und Freude.

Ebenso haben wir ein großes Organisationsteam auf ehrenamtlicher Basis. Die verschiedenen Aufgabenbereiche sind auf der Homepage der Kulturtag beim Organisationsteam zu sehen. Zum Jahresende haben folgende Mitarbeiter/innen aus unterschiedlichen Gründen ebenso aufgehört: Lisa Leonhardt, Gudrun Sieke, Patrick Mierke, Lisa Schäfer, Robert Grund und Tino Sell. Ebenso ein großes Dankeschön für ihre Beiträge in den letzten Monaten! Barbara Niese und Katja Fischer haben sich bereit erklärt ab dem neuen Jahr im Organisationsteam mitzuarbeiten. Die restlichen Aufgaben werden intern verteilt. Es werden noch neue Personen hinzukommen.

Mit neuen Mitarbeiter/innen setzen wir uns vom Organisationsteam mit Engagement für die große Aufgabe: Organisation der Kulturtag weiter ein. Über die neuen ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen werden Sie in den nächsten Filmen noch erfahren.

Herzliche Grüße

Helmut Vogel, Präsident des Deutschen Gehörlosen-Bundes

Info: Pressemitteilung in Gebärdensprache bei [www.gehoerlosen-kulturtag.de](http://www.gehoerlosen-kulturtag.de)

Bankverbindung: IBAN DE71 1002 0500 0007 4704 01 - BIC BFSWDE33BER - Bank für Sozialwirtschaft  
Deutscher Gehörlosen- Bund e.V. - Prenzlauer Allee 180 - 10405 Berlin - [www.gehoerlosen-bund.de](http://www.gehoerlosen-bund.de)  
Präsidium: Helmut Vogel, Marietta Schumacher, Wolfgang Bachmann, Michael Wohlfahrt, Dr. Ulrike Gotthardt und Bianca Demmig



Pressemitteilung 2/2018 vom 17.05.2018

## Eröffnung der 6. Deutschen Kulturtage der Gehörlosen am 17.05.2018 in Potsdam

Unter dem Motto: „Unsere Kultur mit Gebärdensprache: inklusiv und gleichwertig“ veranstaltet der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. vom 17. - 19. Mai 2018 in Potsdam - Babelsberg die 6. Deutschen Kulturtage der Gehörlosen.

Die Kulturtage der Gehörlosen sind die größte Begegnungs- und Informationsplattform für Gehörlose, Gebärdensprachnutzer bzw. hörbehinderte Menschen Deutschlands. Mit und auf dieser Großveranstaltung feiert die Gebärdensprachgemeinschaft, unsere Sprache, unsere Kultur. Unsere Sprache und unsere Kultur ist gleichwertig ist wie jede andere Sprache und Kultur: Die UN - Behindertenrechtskonvention, Art. 2, 21, 24 und 30 betont die Gleichwertigkeit der Gebärdensprache und der Gehörlosenkultur.

Doch leider ist es oft das Wissen über unsere Kultur und Sprache sowie die konkrete sozialpolitische Umsetzung dieser „Gleichwertigkeit“, die fehlen. Darin sehen wir ganz konkret die Aufgabe der Kulturtage: Zu informieren, Vorbehalte abbauen, gegenseitiges Verständnis füreinander entwickeln und über den Dialog der Kulturen eine inklusive und barrierefreie Gesellschaft schaffen. Inklusion ist uns ein wichtiges Anliegen. Und so ist es uns wichtig, dass die Barrierefreiheit für hörende BesucherInnen mit den DolmetscherInnen für Deutsche Gebärdensprache und Deutsch dafür gewährleistet ist.

Die etwa 2.500 Besucher erwartet ein umfangreiches, spannendes und vielfältiges Programm! Etwa 90 Referenten zu verschiedenen sozialpolitischen, gesellschaftlichen und kulturellen Themen tragen zur Wissenserweiterung und zum Austausch bei. Ein umfangreiches Kulturprogramm mit 40 nationalen und internationalen KünstlerInnen aus den Bereichen Theater, Tanz, Gebärdensprachpoesie usw. wird die BesucherInnen mit Sicherheit faszinieren und unterhalten. Weitere Programmpunkte: etwa 55 Aussteller und Infostände, ein Foto- und Filmwettbewerb mit Preisverleihung, eine Kunstaussstellung von sieben KünstlerInnen, Abendveranstaltungen mit umfangreichen Bühnenprogramm und schließlich eine öffentliche Begegnungsveranstaltung „Fest der Hände“ Samstag nachmittags in Potsdam/Luisenplatz. Schauen Sie unseren Hashtag: #KTG18!

**Der Deutsche Gehörlosenbund e.V.** vertritt die sozialpolitischen, kulturellen, beruflichen und gesundheitspolitischen Interessen der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung in Deutschland mit dem Ziel ihrer Gleichstellung und Selbstbestimmung.

Berlin, 23.05.2019

## Pressemitteilung 01/2019

### Vorstellung der politischen Arbeitsstruktur und des Organigramms des Deutschen Gehörlosen-Bundes

Die konkrete Verteilung der Zuständigkeiten und Aufgaben hat bislang im Vordergrund für das neugewählte Präsidium gestanden. Die Teammitglieder des Deutschen Gehörlosen-Bundes haben schon ihre verschiedenen Aufgaben wahrgenommen. Nun werden die politische Arbeitsstruktur und das Organigramm des DGB vorgestellt.

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. (DGB) vertritt als Dachverband von derzeit 26 Mitgliedsverbänden die Gebärdensprachgemeinschaft. Er besteht mit ca. 28.000 Mitgliedern aus 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden. Insgesamt zählen dazu etwa 600 Gehörlosen- und Gebärdensprachvereine aller Bereiche.

### Die Mitgliedschaft im Deutschen Gehörlosen-Bundes:

Die 16 Landesverbände der Gehörlosen und die Deutsche Gehörlosen-Jugend als eigenständige Jugendorganisation des DGB sind ordentliche Mitglieder. Die Mitgliederzahlen in den einzelnen Landesverbänden errechnen sich aus den Mitgliedschaften in den Gehörlosenvereinen, die in den verschiedenen Bundesländern an den jeweiligen Landesverband angeschlossen sind. Das sind zusammen 11.000 Mitglieder. Dazu gehören auch gehörlose Kinder und Jugendliche/junge Erwachsene (bis 27 Jahre), die als Mitglieder in den Landesverbänden Teil der Deutschen Gehörlosen-Jugend sind.

Die neun bundesweiten Fachverbände vertreten ihre spezifischen Interessen auf der Bundesebene und sind als außerordentliche Mitglieder an den DGB angeschlossen. Diese Fachverbände haben zusammen 17.000 Mitglieder.

### Das Team des Deutschen Gehörlosen-Bundes:

Das Team des DGB setzt sich aus drei Teilen zusammen: das Präsidium, der Beirat und die Geschäftsstelle.

- 1) Den ersten Teil stellt das Präsidium dar. Dieses ist ehrenamtlich tätig und besteht aus sieben Personen. Es wurde im Oktober 2018 von der Bundesversammlung des DGB für vier Jahre gewählt. Es setzt sich zusammen aus:

- dem Präsidenten *Helmut Vogel*,
- der 1. Vizepräsidentin *Elisabeth Kaufmann*,
- dem 2. Vizepräsidenten *Steffen Helbing*,
- dem Schatzmeister *Michael Wohlfahrt*,
- der Beisitzerin *Dr. Ulrike Gotthardt*,
- dem Beisitzer *Hans-Jürgen Kleefeldt* sowie
- der Beisitzerin für die Deutsche Gehörlosen-Jugend e.V., *Katja Hopfenitz*.

Der Präsident sowie die beiden Vizepräsidenten bilden zusammen mit dem Schatzmeister den geschäftsführenden Vorstand des Präsidiums.

2) Der zweite Teil des Teams des DGB besteht aus dem ehrenamtlichen Beirat. Für vier verschiedene Personengruppen gibt es jeweils einen Beauftragten/eine Beauftragte.

- *Silvia Gegenfurtner* als Beauftragte für „Frauen“
- *Bernd Siebert* als Beauftragter für „Senioren“
- *Umut Cucu* als Beauftragter für „Migration“
- *Benjamin Gutwein* als Beauftragter für „Taubblinde“

Silvia Gegenfurtner, Bernd Siebert und Umut Cucu wurden Ende 2018 /Anfang 2019 für zwei Jahre von der Vertreterversammlung der jeweiligen Personengruppe zu Beauftragten des DGB gewählt. Hingegen wird Benjamin Gutwein nach vorheriger Klärung mit der Bundesarbeitsgemeinschaft für Taubblinde e. V. (BAT) als Beauftragter ernannt.

Darüber hinaus gibt es spezielle Aufgaben für einzelne Beauftragten, die vom Präsidium ernannt wurden:

- *Christian Ebmeyer* als Beauftragter für Gewaltopfer in Heimen
- *Bernd Schneider* als Beauftragter für DGB-Mitgliedsausweise

Christian Ebmeyer ist die Kontaktperson für gehörlose Betroffene und die Mitgliedsverbände des DGB, die über die „Stiftung Hilfe und Anerkennung“ mehr erfahren möchten. Seit einiger Zeit vergibt der DGB die Mitgliedsausweise an die Mitglieder des DGB, bei Fragen ist Bernd Schneider dafür zuständig.

3) Der dritte Teil des DGB wird repräsentiert durch die Bundesgeschäftsstelle. Derzeit sind dort drei Personen hauptamtlich tätig:

- *Daniel Büter* als Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit
- *Sandra Kühling* als Verwaltungsmitarbeiterin
- *Dr. Anja Gutjahr* als Assistenz des Präsidiums

### Die Fachteams des Deutschen Gehörlosen-Bundes:

Des Weiteren sind die oben genannten Teammitglieder des DGB auch Leiter verschiedener Fachteams. Insgesamt gibt es derzeit 15 Fachteams. Die Leitungen sind bereits festgelegt und nun dabei, ihr Fachteam aus drei bis fünf Personen zu konstituieren, d.h. ihre Teammitglieder zu finden. Die folgende Nennung der Fachteams ist in der Reihenfolge angelehnt an die Handlungsfelder des aktuellen Nationalen Aktionsplans (NAP 2.0.) der Bundesregierung:

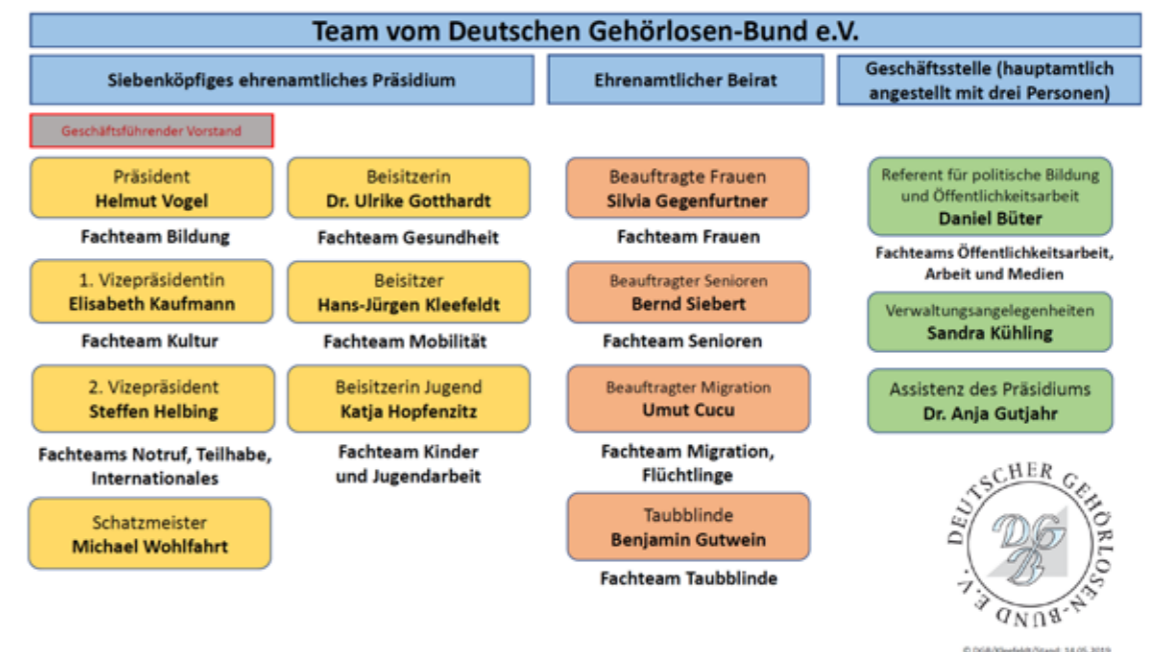
- *Daniel Büter* leitet das Fachteam „Arbeit“
- *Helmut Vogel* übernimmt das Fachteam „Bildung“
- *Dr. Ulrike Gotthardt* ist Leiterin des Fachteams „Gesundheit“
- *Katja Hopfenzitz* übernimmt die Leitung des Fachteams „Kinder/Jugendliche“
- *Silvia Gegenfurtner* leitet das Fachteam „Frauen“
- *Bernd Siebert* ist Fachteamleiter des Bereichs „Senioren“
- *Hans-Jürgen Kleefeldt* übernimmt das Fachteam „Mobilität“
- *Steffen Helbing* übernimmt das Fachteam „Notruf/Katastrophenversorgung“
- *Elisabeth Kaufmann* leitet das Fachteam „Kultur“
- *Daniel Büter* leitet das Fachteam „Medien“
- *Steffen Helbing* ist Leiter des Fachteams „Teilhabe“
- *Umut Cucu* leitet das Fachteam „Migration/Flüchtlinge“
- *Benjamin Gutwein* ist Leiter des Fachteams „Taubblinde“
- *Steffen Helbing* ist Leiter des Fachteams „Internationales“
- *Daniel Büter* übernimmt das Fachteam „Öffentlichkeitsarbeit“

Zwei Fachteams „Bauen und Wohnen“ und „Justiz“ werden nach Bedarf noch gesucht bzw. gefunden.

### Die Arbeitsgruppen des Deutschen Gehörlosen-Bundes:

Die Fachteams arbeiten themenzentriert. Er gibt sich aus aktuellem Anlass ein zu bearbeitendes Thema, welches zwei oder mehr Fachteams inhaltlich betrifft, kooperieren diese und führen ihre Aktivitäten in Form einer Arbeitsgruppe zusammen – im Sinne einer bestmöglichen Bearbeitung des Themas. Auch für die Arbeitsgruppen können dann Experten sowohl aus den Landes- und Fachverbänden des DGB als auch aus anderen Verbänden und von anderen Institutionen (wie etwa Universitäten etc.) mit einbezogen werden. Die Arbeitsgruppen haben einen konkreten Arbeitsauftrag und sind befristet, beispielsweise für die Vorbereitung und Planung einer Veranstaltung, das Ausarbeiten einer Stellungnahme oder, die Klärung bestimmter Fragestellungen in Form einer Gesprächsrunde.

### Das Organigramm des Deutschen Gehörlosen-Bundes:



Verfasst von Dr. Anja Gutjahr und Helmut Vogel

### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbände und 10 bundesweite Fachverbände, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu etwa 600 Vereine. Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen, durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

### Pressekontakt

Daniel Büter  
 Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit  
 E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)  
 Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch  
 Telefon: 01805-83 77 00



Berlin, 20.06.2019

## Pressemitteilung 02/2019

### Bekanntgabe des Datums und des Mottos zu 7. Kulturtagen 2022 – Aufruf zum Logo-Wettbewerb

Drei Landesverbände der Gehörlosen nahmen an dem Wettbewerb um die Ausrichtung der nächsten 7. Deutschen Kulturtag der Gehörlosen 2022 teil. Als es am 27. Oktober 2018 bei der Bundesversammlung des DGB in Magdeburg soweit war, bekam der Landesverband der Gehörlosen von Baden-Württemberg e.V. den Zuschlag. Die 7. Kulturtage werden nun in Friedrichshafen am Bodensee stattfinden.

Seit Januar 2019 tagt nun das Gremium „KT 2022 Friedrichshafen“ und trifft sich allmonatlich zusammen zu Sitzungen per Webcam. Das Gremium besteht aus sechs Personen, jeweils zwei aus dem DGB (Helmut Vogel und Elisabeth Kaufmann), zwei aus dem Landesverband (Wolfgang Reiner und Andreas Frucht) und zwei aus dem Hörgeschädigten-Zentrum Bodensee-Allgäu-Oberschwaben e.V. (Gerald Schneider und Holger Nagel).

Es wurden bisher vier wichtige Themen behandelt und entschieden:

1. Das Datum der Kulturtage ist festgelegt worden: **08. bis 11. Juni 2022**
2. Die Eröffnungsfeier und der Galaabend sowie die künstlerischen Auftritte und die Vorträge finden im sehr schönen **Graf Zeppelin-Haus** am Bodenseeufer statt.
3. Sieben Personen vom Präsidium des DGB und sieben Personen von den Vorständen des Landesverbandes und der südwürttembergischen Gehörlosenvereine haben ein Motto nach drei Runden ausgesucht und sich dafür entschieden:

#### "Eine Kultur überwindet Grenzen".

Das bedeutet: Wir leben derzeit in einer Gesellschaft, in der wir jeden Tag erfahren müssen, dass gehörlose Menschen aufgrund ihrer Kommunikationsbarrieren und ihrer fehlenden Förderung der Gebärdensprache in unterschiedlichen Lebenslagen oftmals an die Grenzen gestoßen sind. Dieses Motto soll daran erinnern, dass wir ein Recht auf eine gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft haben und dafür kämpfen müssen. Und wir setzen uns bei der Vorbereitung und Durchführung der 7. Kulturtage ein, dass verschiedene Grenzen in der künstlerischen Arbeit, der Wahrnehmung in der Öffentlichkeit, der Barrierefreiheit und dem Austausch der Besucher aus den grenznahen Ländern in einer der schönsten Regionen Europas überwunden werden.

4. Es muss noch ein **Logo** entworfen werden, das auch zum Sinn des Mottos und der siebten Durchführung der Kulturtage passen soll. Alle interessierten Künstler sind aufgerufen, an dem Logo-Wettbewerb teilzunehmen. Frist ist 15. September 2019. Bei Fragen und Sendung der Logo-Entwürfe bitte an diese Mail-Anschrift schicken: [logokt22@gehoerlosen-bund.de](mailto:logokt22@gehoerlosen-bund.de)

Der Siegerin bzw. dem Sieger winkt ein toller Preis: Freier Eintritt für die Kulturtage und dazu eine Zeppelinrundfahrt für eine halbe Stunde.

Weiterhin wird die neue Organisationsstruktur der Kulturtage demnächst so aussehen: Sie wird in drei Bereichen KT-Gremium, die gGmbH (die als Tochtergesellschaft des DGB noch zu gründen ist) und die Gesellschafter der gGmbH vom DGB aufgeteilt. Diese Struktur ist an diesen drei Bereichen ausgerichtet, so dass die Organisation der 7. Kulturtage bestens vorbereitet sein wird.

Demnächst steht ein Gespräch mit dem Friedrichshafener Oberbürgermeister Andreas Brand an. Das Gremium hat sich zum Ziel gesetzt, dass jeder von ihnen seinen Beitrag einbringt, der zum Gelingen der 7. Kulturtage der Gehörlosen in Friedrichshafen notwendig sein wird.

#### Kontakt:

Ansprechpartnerin vom DGB für die 7. Kulturtage: Elisabeth Kaufmann, 1. Vizepräsidentin und Fachteamleiterin für Kultur

Ansprechpartner vom LV BW für die 7. Kulturtage: Gerald Schneider

Neue Filme mit Untertiteln vom DGB und LV BW über Kulturtage 2022:

DGB - Film 3/19 vom 13. Juni 2019 mit Elisabeth Kaufmann über Vorbereitung und Organisationsstruktur von 5:45 bis 9:45 Min.:

[https://www.youtube.com/watch?time\\_continue=345&v=J5VNe-AwFYc](https://www.youtube.com/watch?time_continue=345&v=J5VNe-AwFYc)

LV BW - Film 4/19 vom 20. Juni 2019 mit Horst Nagel über Datum, Motto und Logo-Wettbewerb:

<https://m.facebook.com/393686587483137/posts/1114888152029640/>

#### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbände und 10 bundesweite Fachverbände, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu etwa 600 Vereine.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen, durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

#### Pressekontakt

Daniel Büter

Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch

Telefon: 01805-83 77 00

Berlin, 21.06.2019

## Pressemitteilung 03/2019

### Großer Applaus zum dritten Platz von Benjamin Piwko bei der „Let's Dance“!

Das bezaubernde Tanzpaar Benjamin Piwko und Isabel Edvardsson bei der RTL-Tanzshow „Let's Dance“ hat bis zum Finale am 14. Juni 2019 sehr viele Menschen begeistert. In den Medien und sozialen Medien wurde darüber sehr viel berichtet. Im Finale belegten sie den hervorragenden dritten Platz! Von unserer Seite gratulieren wir den beiden ganz herzlich!

Während sich Benjamin Piwko als prominenter Tanzpartner trotz der Taubheit so hervorragend entwickeln konnte, konnte sich Isabel Edvardsson als Profitänzerin in die Welt von Benjamin Piwko einfühlsam hineinversetzen. Drei Monate lang hat das Tanzpaar mit unterschiedlichen Tänzen hart gearbeitet und hat sich gegenseitig großartig unterstützt. Benjamin Piwko ist ein bekannter Kampfkunstsportler und Schauspieler.

Zu jeder Staffel seit März 2019 haben darunter viele Gehörlose mit Benjamin Piwko, der sich mit Gebärdensprache im Fernsehen stets gezeigt hat, gefiebert und sich bis zum Finale mit ihm mitgefremt. Die RTL-Tanzshow war zu unserer Freude jedes Mal untertitelt, das sollte zunehmend eine Selbstverständlichkeit im privaten Fernsehen werden!

Helmut Vogel als Präsident des DGB hatte überraschenderweise die Einladung von Benjamin Piwko erhalten. Er konnte das Finale im Coloneum in Köln miterleben und sich danach mit dem Tanzpaar treffen. Es ist beeindruckend für ihn gewesen! Viele Zuschauer\*innen wollten ein Foto mit Benjamin haben.



Helmut Vogel, Benjamin Piwko, Ralf Brauns und Isabel Edvardsson (von links)  
Foto: Ralf Brauns

Es ist eine ganz erfreuliche Nachricht für uns alle, dass sich Benjamin Piwko für die Inklusion und Barrierefreiheit in Deutschland vermehrt einsetzen möchte und somit Brücken für die Gehörlosen und die Hörenden miteinander bauen möchte, wie er es oftmals gesagt hat. Er wird sich an einer RTL-Tanztournee im November 2019 in Deutschland mit drei Finalisten beteiligen. Mit seiner Popularität wird er viele Menschen sicherlich weiterhin begeistern.

### Filme über Benjamin Piwko bei der RTL:

- <https://www.rtl.de/cms/let-s-dance-2019-die-highlights-von-benjamin-piwko-4354380.html>
- <https://www.rtl.de/cms/let-s-dance-2019-der-gehoerlose-schauspieler-benjamin-piwko-stellt-sich-der-tanz-herausforderung-mit-isabel-edvardsson-4290397.html>

### Weitere Artikeln über Benjamin Piwko:

- <https://www.noz.de/deutschland-welt/medien/artikel/1773736/benjamin-piwko-darum-ist-sein-jury-tanz-im-finale-so-schwer>
- <https://www.goettinger-tageblatt.de/Nachrichten/Medien/Let-s-Dance-Finale-Benjamin-Piwko-ist-schon-jetzt-voellig-ueberwaeltigt>

### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbände und 10 bundesweite Fachverbände, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu etwa 600 Vereine. Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen, durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

### Pressekontakt

Daniel Büter  
Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit  
E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)  
Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch  
Telefon: 01805-83 77 00

Berlin, 23.07.2019

## Pressemitteilung 04/2019

### 18. Weltkongress des Weltverbandes der Gehörlosen (WFD) eröffnet.

Heute hat der fünftägige 18. Weltkongress des Weltverbandes der Gehörlosen unter der Schirmherrschaft des französischen Präsidenten Emmanuel Macron in Paris begonnen, nachdem er vor 48 Jahren schon einmal dort stattgefunden hat. Mehr als 1.800 Teilnehmer\*innen aus 120 Ländern der Welt werden erwartet.

Der Weltkongress bekundet mit seinem innovativen Thema „Gebärdensprachrechte für alle“ den Willen zu inklusiver Politik und unterstreicht, dass die vollständige Inanspruchnahme von Sprachrechten für die Ermöglichung einer vollen Inklusion der Gehörlosen-/Gebärdensprachgemeinschaft in die nationale Gesellschaft unverzichtbar ist. Das Kongresssthema ergänzt das Internationale Jahr der indigenen Sprachen der UNESCO, die ihren Hauptsitz in Paris hat, und bietet die Möglichkeit aufzuzeigen, dass allen Gebärdensprachen der gleiche Status wie Lautsprachen zugestanden werden sollte.

Gebärdensprache ist ein kulturelles und sprachliches Gut des 21. Jahrhunderts. Deshalb ist es wesentlich, sie als Menschenrecht anzusehen und umzusetzen.



Das Kongressprogramm umfasst sechs Hauptthemen: Gebärdensprache und Deaf Studies, Bildung für Gehörlose, Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung, Technologie und Zugänglichkeit/Barrierefreiheit, Gesundheit sowie Arbeit und Beschäftigung. An fünf Tagen gibt es insgesamt sieben Plenarvorträge und 93 Vorträge.

Vier Präsidiumsmitglieder und ein Referent des Deutschen Gehörlosen-Bundes (Helmut Vogel, Elisabeth Kaufmann, Steffen Helbing, Dr. Ulrike Gotthardt und Daniel Büter) nehmen an diesem Weltkongress, einem der wichtigsten internationalen Treffen der Gehörlosen-/Gebärdensprachgemeinschaft, teil. Der DGB bringt vier Gebärdensprachdolmetscherinnen mit, damit die volle Zugänglichkeit/Barrierefreiheit in Deutscher Gebärdensprache für das Präsidium und für zahlreiche Teilnehmer\*innen aus Deutschland ermöglicht ist. Der DGB dankt dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales für die Finanzierung der Gebärdensprachdolmetscherinnen aus dem Partizipationsförderung nach dem Behindertengleichstellungsgesetz.

#### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu etwa 600 Vereine.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

#### Pressekontakt

Daniel Büter

Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch

Telefon: 01805-83 77 00

Bankverbindung: IBAN DE98 1002 0500 0007 4704 00 – BIC BFSWDE33BER

Präsidium: Helmut Vogel, Elisabeth Kaufmann, Steffen Helbing, Michael Wohlfahrt, Dr. Ulrike Gotthardt, Hans-Jürgen Kleefeldt und Katja Hopfenitz

Berlin, 24.07.2019

## Pressemitteilung 05/2019

### Eröffnungsfeier des 18. Weltkongresses der Gehörlosen

Ronit Laquerrière-Leven, Vorsitzende des Organisationskomitees, eröffnete den Weltkongress. Sie freute sich, bekannt zu geben, dass 2.400 Personen aus 130 Ländern daran teilnehmen.

Im Anschluss gab es zahlreiche Grußworte: von Sophie Cluzel, der Staatssekretärin für Menschen mit Behinderung; von Anna Hidalgo, der Bürgermeisterin von Paris, die möchte, dass die Anerkennung der Französischen Gebärdensprache (LSF) in der französischen Verfassung verankert wird; von Bobby Cordano, der Präsidentin der weltweit einzigen Universität für gehörlose Menschen, der Gallaudet University; von Ana Lucia Arellano, der Vorsitzenden der International Disability Alliance (IDA); von Mark Berry, dem Präsidenten des WFDYS; von Debra Russell, der Ehrenpräsidentin des WASLI; von Vincent Cottineau, dem Präsidenten des Französischen Nationalen Gehörlosenverbandes (FNSF); und von Colin Allen, dem Ehrenpräsidenten des WFD.

Nach dem schönen und lebhaften Theaterauftritt „Paris I love You“ erhielt Colin Allen den Liisa Kauppinen-Menschenrechtspreis für seine unermüdliche Arbeit für die Gehörlosen-/Gebärdensprachgemeinschaft auf internationaler Ebene. Er bekommt zudem eine neue Professorenstelle am Nationalen Technischen Institut für Gehörlose (RIT/NTID) in Rochester, New York, USA.

Professor Dr. Fernand de Varennes hielt einen Plenarvortrag zum Thema „Die Bedeutung von Sprachrechten als Menschenrechte für Gebärdensprachen“.

Seit August 2017 hat er das Mandat als UN-Sonderberichterstatter für Minderheitenfragen. Er ist als einer der weltweit führenden Expert\*innen zu internationalen Menschenrechten von Minderheiten bekannt und hat einen besonderen Schwerpunkt auf Fragen rund um Sprachen gelegt.

Er betonte, dass gehörlose Personen das Recht auf ihre Sprachen – Gebärdensprachen – haben, nicht aufgrund von Behinderung oder weil sie eine Minderheit sind, sondern weil es ein Menschenrecht ist, Zugang zur eigenen Sprache zu haben.

Die slowenische Regierung kündigte an, dass sie die Gebärdensprache als Amtssprache anerkennen wird. Hinsichtlich der Bedeutung der Gebärdensprache als vollwertiger Sprache gehörloser Personen ist die Tatsache zu begrüßen, dass mehrere Staaten ihren nationalen Gebärdensprachen den Status einer Amtssprache verleihen. Dadurch wird anerkannt, dass es wichtig ist, das Verständnis dafür zu verbessern, wie Gebärdensprachen in allen Staaten geschützt und gefördert werden können.



Auf dem Foto von links nach rechts: Helmut Vogel, Dr. Fernand de Varennes und Daniel Büter

Bankverbindung: IBAN DE98 1002 0500 0007 4704 00 – BIC BFSWDE33BER

Präsidium: Helmut Vogel, Elisabeth Kaufmann, Steffen Helbing, Michael Wohlfahrt, Dr. Ulrike Gotthardt, Hans-Jürgen Kleefeldt und Katja Hopfenitz

## Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu etwa 600 Vereine.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

## Pressekontakt

Daniel Büter

Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch

Telefon: 01805-83 77 00

Berlin, 26.07.2019

## Pressemitteilung 06/2019

### Neuer Vorstand des Weltverbandes der Gehörlosen (2019-2023) gewählt

Nach einem spannenden Rennen zwischen den drei Präsidentschaftskandidaten im Vorfeld der Wahl wurde Dr. Joseph Murray aus den USA bei der Generalversammlung am 22. Juli 2019 in Paris mit 46 Stimmen zum neuen Präsidenten des Weltverbandes der Gehörlosen (WFD) gewählt. Auf die anderen Kandidaten entfielen weniger Stimmen: Humberto Insolera aus Italien erhielt 26 Stimmen und Bruno Druchen aus Südafrika 9 Stimmen. Der Deutsche Gehörlosen-Bund gratuliert Murray sehr herzlich.

Joseph Murray hat insgesamt 16 Jahre lang im Vorstand mitgewirkt, die letzten acht Jahre als Vizepräsident. Er bringt seine wertvollen Erfahrungen aus zahlreichen Besuchen bei verschiedenen nationalen Mitgliedsverbänden des WFD und aus der politischen Arbeit bei den Vereinten Nationen (UN) in New York und Genf ein. Murray arbeitet als Professor für Deaf Studies an der Gallaudet-Universität in Washington, D.C., der einzigen Universität weltweit für Gehörlose und Gebärdensprachnutzer\*innen.

Der Deutsche Gehörlosen-Bund dankt dem vorherigen Präsidenten, Collin Allen aus Australien, für seine hervorragende Leitung des Weltverbandes der Gehörlosen. Es war eine harte und ausdauernde Arbeit für ihn und den Weltverband, bei dem nur wenige hauptamtliche Mitarbeiter\*innen in der Geschäftsstelle in Helsinki, Finnland arbeiten.

Der DGB freut sich mitteilen zu können, dass Steffen Helbing, der 2. Vizepräsident des DGB, von der Mitgliederversammlung als einer der neun Beisitzer\*innen beim WFD gewählt worden ist. Das DGB-Präsidium gratuliert Steffen Helbing zu seinem neuen Amt und wünscht ihm viel Freude und Erfolg.

Es ist ein gutes Zeichen für die internationale Zusammenarbeit, dass sich nach fast 55 Jahren wieder eine Person aus dem DGB bereit erklärt hat, beim WFD-Vorstand mitzuwirken.



Foto: Florjan Rojba

Damals war es der zu dieser Zeit amtierende DGB-Präsident Max Härdtner aus Frankfurt, der die Rolle des verantwortlichen Leiters des 3. Weltkongresses des WFD 1959 in Wiesbaden übernahm und für einige Jahre, bis 1963, im Präsidium des WFD war. Für Interessierte gibt es hier einen Link zum Film des dritten Weltkongresses: <https://youtu.be/FRhJmt7k11U>

Der Weltverband der Gehörlosen (WFD) wurde am 23. September 1951 in Rom, Italien, gegründet und ist eine internationale Nichtregierungsorganisation, die die Menschenrechte von schätzungsweise 70 Millionen gehörlosen Menschen weltweit vertritt und fördert. Der WFD ist ein Zusammenschluss von Gehörlosenorganisationen aus 125 Nationen; seine Aufgabe besteht in der Förderung der Menschenrechte von gehörlosen Menschen und eines uneingeschränkten, hochwertigen und gleichberechtigten Zugangs zu allen Lebensbereichen, einschließlich Selbstbestimmung, Gebärdensprache, Bildung, Beschäftigung und Gemeinschaftsleben. Der WFD hat einen beratenden Status bei den Vereinten Nationen und ist ein Gründungsmitglied der International Disability Alliance (IDA).

#### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu etwa 600 Vereine.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

#### Pressekontakt

Daniel Büter  
Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit  
E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch  
Telefon: 01805-83 77 00

Berlin, 04.09.2019

#### Pressemitteilung 07/2019 zur bundesweiten Einführung der DGS-Sprachzertifizierung

Das Präsidium des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V. freut sich mitteilen zu können, dass eine Sprachzertifizierung der Deutschen Gebärdensprache (DGS-Sprachzertifizierung) unter der federführenden Leitung der Abteilung Deaf Studies und Gebärdensprachdolmetschen an der Humboldt-Universität zu Berlin voraussichtlich im Jahr 2021 eingeführt wird.

Mittels solch eines bundesweiten Verfahrens zur Sprachstandsfeststellung in Deutscher Gebärdensprache (DGS) kann sichergestellt werden, dass die Sprachkompetenzen von Personen, die in DGS kommunizieren (d. h. DGS produzieren, rezipieren und in ihr interagieren), klassifiziert werden können. Weiterführende Informationen werden von der Abteilung Deaf Studies und Gebärdensprachdolmetschen an der Humboldt-Universität zu Berlin Mitte 2020 über verschiedene Wege bekannt gegeben.

Diese Sprachzertifizierung ist ein essenzieller Beitrag zur Qualitätssicherung der Deutschen Gebärdensprache und führt zu der so notwendigen Professionalisierung und Weiterentwicklung in zahlreichen Arbeitsfeldern wie etwa im Bildungsbereich (DGS im Unterricht an Schulen für hörbehinderte Kinder und Jugendliche; DGS als Fremdsprache an allgemeinbildenden Schulen) oder auch auf dem Arbeitsmarkt (Ausbildung von Gebärdensprachdolmetscher\*innen, Begleitung/Beratung von hörbehinderten Menschen usw.).

Die Abteilung Deaf Studies und Gebärdensprachdolmetschen ist prädestiniert für diese Aufgabe: Ihre Expertise in diesem Bereich verdankt sie unter anderem der Entwicklung des gemeinsamen europäischen Referenzrahmens (GER) für Gebärdensprache im Rahmen der Projekte ProSign1 (2012-2015) und ProSign2 (2015-2019) am Europäischen Fremdsprachenzentrum des Europäischen Rates. Für (Laut-)Fremdsprachen besteht ein GER und damit ein einheitlicher Maßstab für den Erwerb von Sprachkenntnissen schon längere Zeit, für Gebärdensprachen gibt es dies erst seit einigen Jahren.

Eine Sprachzertifizierung der DGS ist daher ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg der Gleichstellung von deutscher Lautsprache und deutscher Gebärdensprache. In Deutschland ist die DGS 2001 durch das Sozialgesetzbuch IX und 2002 durch das Behindertengleichstellungsgesetz auf Bundesebene anerkannt worden. Ebenso zentral ist die 2009 ratifizierte UN-Behindertenrechtskonvention mit den entsprechenden Artikeln 2,9,21,24 und 30, betonen diese doch die Gleichwertigkeit der Gebärdensprache und der Gehörlosenkultur. Diese Gleichwertigkeit konnten Linguist\*innen bereits vor 30 Jahren wissenschaftlich belegen. Politik und Gesellschaft sind weiter aufgefordert, die Gebärdensprache und die Gehörlosenkultur zu fördern.

Als Dachverband aus sechszwanzig Mitgliedsverbänden der Gehörlosen und der Gebärdensprachnutzer\*innen kann der Deutsche Gehörlosen-Bund solch eine Professionalisierung der DGS-Sprachzertifizierung nur begrüßen. Der Deutsche Gehörlosen-Bund wird die Entwicklung des Vorhabens mit großem Interesse verfolgen und es unterstützen, wo immer dies möglich ist.

DGB-Film 12/2019 in Gebärdensprache und mit Untertiteln: [https://youtu.be/phht\\_HTrA-g](https://youtu.be/phht_HTrA-g)

#### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu etwa 600 Vereine.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

#### Pressekontakt

Daniel Büter  
Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit  
E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch  
Telefon: 069 – 900 160 333



Berlin, 19.09.2019

## Pressemitteilung 08/2019

### „Gebärdensprachrechte für alle!“ – so lautet das Motto des diesjährige Internationalen Tages der Gebärdensprachen und der Internationalen Woche der Gehörlosen, die vom 23. bis zum 29. September 2019 zum zweiten Mal stattfinden.

Der Internationale Tag der Gebärdensprachen wurde von der Generalversammlung der Vereinten Nationen (durch die Resolution A/C.3/72/L.36/Rev.1) anerkannt. Er wird von 2018 an jährlich am 23. September gefeiert, um den Status der Gebärdensprachen und die Rechte von gehörlosen Menschen zu fördern und zu schützen. In der „Charta des Weltverbandes der Gehörlosen (WFD) zu Gebärdensprachrechten für alle“ vom 27.07.2019 wird betont, dass diese Anerkennung förderlich für „die rechtliche Anerkennung nationaler Gebärdensprachen als offizielle Sprachen“ ist und diese vorantreibt.

Die Internationale Woche der Gehörlosen wird jährlich von der weltweiten Gehörlosengemeinschaft in der letzten vollen Septemberwoche gefeiert, um an den ersten Weltkongress des WFD zu erinnern, der in Rom 1951 im gleichen Monat stattfand.



Dieses Jahr hat der WFD für jeden Wochentag von Montag, 23.09.2019, bis Sonntag, 29.09.2019, ein Unterthema festgelegt. Die Termine und die entsprechenden Unterthemen lauten wie folgt:

- Montag, 23.09.2019: Gebärdensprachrechte für alle!
- Dienstag, 24.09.2019: Gebärdensprachrechte für alle Kinder
- Mittwoch, 25.09.2019: Gebärdensprachrechte für gehörlose Seniorinnen und Senioren
- Donnerstag, 26.09.2019: Gebärdensprachrechte für taubblinde Menschen
- Freitag, 27.09.2019: Gebärdensprachrechte für gehörlose Frauen
- Samstag, 28.09.2019: Gebärdensprache für gehörlose LGBT (lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgender, queere, intersexuelle und asexuelle Menschen)
- Sonntag, 29.09.2019: Gebärdensprachrechte für gehörlose Flüchtlinge

Seit den späten 1970er Jahren wird sowohl vom Deutschen Gehörlosen-Bund als auch von Landesverbänden der Gehörlosen der Tag der Gehörlosen veranstaltet. Solche Aktivitäten brauchen die Partizipation und Beteiligung verschiedener Interessengruppen, zu denen Familien, Peers, Regierungsstellen, professionelle Dolmetscher/-innen für Gebärdensprache und Organisationen von Menschen mit Behinderungen gehören.

Gebärdensprachen werden jeden Tag von Millionen gehörloser Menschen auf der Welt gebraucht. Allerdings haben rund 50 Staaten sie als offizielle Sprachen anerkannt. Diese mangelnde Anerkennung bedeutet, dass es nicht möglich ist, einen Zugang zu Bildung in Gebärdensprachen und die Bereitstellung von Gebärdensprachdolmetscher/-innen in der öffentlichen Verwaltung zu garantieren. Darüber hinaus geht mit dem Fehlen einer offiziellen Anerkennung das Risiko einer Marginalisierung von Gehörlosen und Gebärdensprachnutzer/-innen einher.

Seit dem 1. Mai 2002 ist die Deutsche Gebärdensprache (DGS) mit Inkrafttreten des § 6 Absatz 1 des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) als eigenständige Sprache anerkannt. Ebenso wurde das Recht auf die Verwendung von Gebärdensprache und anderen Kommunikationshilfen im Sozial- und Verwaltungsrecht statuiert. Bis heute ist sie jedoch der deutschen gesprochenen Sprache nicht gleichgestellt. Die DGS wird im BGG als eine Kommunikationshilfe in der Amtssprache Deutsch beschrieben. Die DGS ist jedoch keine Kommunikationshilfe!

Die am 05.11.1992 vom Europarat gezeichnete Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen wurde durch die Bundesregierung 1998 ratifiziert und trat am 01.01.1999 in Kraft. Durch Hinterlegung beim Europarat verpflichtete sich die Bundesrepublik Deutschland, Minderheiten- und Regionalsprachen zu schützen und zu fördern. Das ist bisher mit Dänisch, Nord- und Saterfriesisch, Nieder- und Obersorbisch, Niederdeutsch sowie Romanes geschehen. Die Deutsche Gebärdensprache ist jedoch bis heute nicht in allen Lebensbereichen als Minderheitensprache im Sinne der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen anerkannt.

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. (DGB) fordert die gesetzliche Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland, die Deutsche Gebärdensprache als Minderheitensprachen zu schützen und zu fördern, sowie die Anerkennung der Deutschen Gebärdensprache als Amtssprache, Gerichtssprache und Schulsprache in der deutschen Verfassung oder mittels eines sogenannten Gebärdensprachgesetzes (mit gleichem Status wie gesprochenes und geschriebenes Deutsch).

Der DGB unterstützt vorbehaltlos die „Charta des Weltverbandes der Gehörlosen (WFD) zu Gebärdensprachrechten für alle“ vom 27.07.2019 und befürwortet die darin enthaltenen Ausführungen zur Anerkennung der Bedürfnisse, der Würde und der Menschenrechte Gehörloser als einer Behindertengruppe und sprachlichen Minderheit. Eine deutsche Übersetzung der „WFD-Charta“ ist [unter dem Link hier](#) abrufbar.

Der DGB bittet die Bundesregierung, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, den Bundesbehindertenbeauftragten, den Deutschen Behindertenrat, nationale und regionale Institutionen, nationale und regionale Organisationen sowie andere relevante Akteure jedweder Art, die WFD-Charta zu unterzeichnen, um sich dafür zu engagieren, die Menschenrechte gehörloser Menschen auf nationaler, regionaler und globaler Ebene zu fördern und zu verbessern. Die Charta kann online unter <http://wfdeaf.org/charter/> unterzeichnet werden.

#### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu etwa 600 Vereine.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

#### Pressekontakt

Daniel Büter

Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch

Telefon: 069 – 900 160 333



Berlin, 15.11.2019

## Pressemitteilung 09/2019

### Der Forderungskatalog des Deutschen Gehörlosen-Bundes e. V. als ein wichtiges Handlungsinstrument zur politischen Verbandsarbeit

Auf der Mitgliederversammlung des Deutschen Gehörlosen-Bundes e. V., die vom 26. bis zum 27. Oktober 2019 in Augsburg stattfand, ist ein umfangreicher Forderungskatalog einstimmig angenommen bzw. beschlossen worden.

Die Forderungen des DGB orientieren sich an dem Nationalen Aktionsplan 2.0 der Bundesregierung (NAP 2.0) zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), der 175 Maßnahmen in 13 Handlungsfeldern enthält und eine Laufzeit bis zum Jahr 2021 hat, an den abschließenden Bemerkungen des UN-Fachausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen über den ersten Staatenbericht Deutschlands (13.05.2015) sowie an dem zweiten und dritten Staatenbericht zur Umsetzung der UN-BRK (17.07.2019).

Deutschland ist seit dem 26. März 2009 rechtsverbindlich verpflichtet, die UN-BRK vollständig umzusetzen und dazu alle geeigneten Maßnahmen zu treffen. Dazu gehört es, die Rechte von gehörlosen Menschen als individuelle und kollektive Rechte zu achten und wirksam zu schützen.

Der Forderungskatalog ist eine wichtige Grundlage unserer politischen Verbandsarbeit und eine gute gemeinsame Orientierungs- und Argumentationshilfe. Er unterstützt die Umsetzung unserer Forderungen auf der Bundes-, Landes und Kommunalebene. [Die digitale Version steht als PDF-Datei zum Download zur Verfügung.](#)

Der Forderungskatalog ist als dynamischer Prozess einer Arbeitsleitlinie für die jeweils kommenden Jahre zu verstehen, der einer Evaluation und Verbesserung unterzogen wird. Er wird sich an den jeweiligen individuellen, gesellschaftlichen und politischen Veränderungen innerhalb und außerhalb der Gehörlosen-/Gebärdensprachgemeinschaft orientieren und in der Weiterentwicklung vor allem den Bedarf der taubblinden Menschen im Blick haben.

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. setzt sich mit seinen 16 Landesverbänden und zehn Fachverbänden in der Behinderten- und Sprachpolitik dafür ein, die Lebenssituation von Gehörlosen und Gebärdensprachnutzer/-innen kontinuierlich zu verbessern, kommunikative Barrieren abzubauen und die Rechte der Gehörlosen konsequent und nachhaltig umzusetzen.

#### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu etwa 600 Vereine.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

#### Pressekontakt

Daniel Büter

Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch

Telefon: 069 – 900 160 333



Berlin, 27.11.2019

## Pressemitteilung 10/2019

### Abbau kommunikativer Barrieren als Voraussetzung für soziale Teilhabe – E-Learning-Programm für Deutsche Gebärdensprache

Wie im jüngst von der Bundesversammlung verabschiedeten Forderungskatalog des Deutschen Gehörlosen-Bundes e. V. (siehe DGB-PM 09/2019) betont, kann gesellschaftliche Teilhabe gehörloser/gebärdensprachiger Menschen nur gelingen, wenn kommunikative Barrieren im Alltag abgebaut werden. Der Einsatz von Dolmetscher/-innen für Deutsche Gebärdensprache (DGS) und deutsche Sprache ist dabei eine Möglichkeit, aber nicht die einzige. Mehr gebärdensprachkompetente Menschen im Dienstleistungssektor (Gastronomie, Banken etc.), im Gesundheitssektor (Ärzt/-innen, Pflegepersonal, Apotheker/-innen etc.) oder im Bildungssektor (Lehrer/-innen, Kolleg/-innen etc.) würden u. a. die Möglichkeit sozialer Teilhabe von gehörlosen Menschen deutlich verbessern.

Es gibt zwar immer mehr hörende Menschen, die sich für das Erlernen der Deutschen Gebärdensprache interessieren, doch besteht kein ausreichendes bzw. flächendeckendes Angebot an qualifizierenden Gebärdensprachkursen. Daher werden nach wie vor der Ausbau von Kursen für DGS sowie die Förderung der Gebärdensprachdozent/-innen bzw. Gebärdensprachlehrer/-innen als qualifizierte Expert/-innen in eigener Sache angestrebt.

Seit Anfang des Jahres gibt es nun die Möglichkeit, die Deutsche Gebärdensprache auch mittels eines E-Learning-Programms der Firma „manimundo“ aus Hamburg online zu erlernen. Ein E-Learning-Programm hat den Vorteil, dass es mehr interessierte Menschen erreicht und bedarfsorientierter genutzt werden kann: Die Teilnehmer/-innen des Programms können ihrem eigenen Zeitbudget und Lernrhythmus folgen – und das ortsunabhängig von überall dort aus, wo es einen Internetzugang gibt.

Das Programm wurde von staatlich geprüften Gebärdensprachdozent/-innen konzipiert und wird von ihnen durchgeführt und begleitet. Die Kursstruktur und die Inhalte orientieren sich am Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Fremdsprachen (GER). Derzeit werden Kurse für Deutsche Gebärdensprache in den Stufen A1 und A2 angeboten. Weitere Informationen gibt es auf der Webseite [www.manimundo.de](http://www.manimundo.de).

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. begrüßt dieses Angebot und sieht darin eine wichtige und sinnvolle Ergänzung zu den derzeit bestehenden Möglichkeiten, die Deutsche Gebärdensprache vor Ort zu erlernen. Wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass kommunikative Barrieren gehörloser/gebärdensprachiger Menschen auf verschiedenen Wegen abgebaut werden und soziale Teilhabe dadurch weiter vorangetrieben wird.

#### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu etwa 600 Vereine.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

#### Pressekontakt

Daniel Büter

Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetscher/-innen für Gebärdensprache und Deutsch

Telefon: 069 – 900 160 333



Berlin, 19.12.2019

## Pressemitteilung 11/2019

### 4. Bildungskongress vom 11.-12. September 2020 in Landshut: „Bimodal-bilinguale Bildung verstehen, erleben und voranbringen“

Am 11./12. September 2020 findet der vierte Bildungskongress des Deutschen Gehörlosen-Bundes in den Räumlichkeiten der Hochschule Landshut statt.

Erfreulicherweise wird uns die Hochschule Landshut mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Studiengangs „Gebärdensprachdolmetschen“ als Kooperationspartner bei dieser Veranstaltung unterstützen. Diesmal stehen die gelebte Bilingualität von gehörlosen und schwerhörigen Menschen und das Thema „bimodal-bilinguale Bildung“ in Bezug auf den Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention im Fokus.

Mittels Vorträge, Workshops und Podiumsdiskussionen wollen wir gemeinsam mit Ihnen folgende Themenblöcke bearbeiten:

- **Frühförderung und Elternarbeit:** Familien, die bimodal-bilingual leben oder überlegen dies zu tun, möchten wir aufzeigen, welche frühen Hilfen und welche Unterstützungsformen es gibt. Wir wollen darstellen, wie Bilingualität gut verwirklicht, selbstverständlich und unkompliziert gelebt werden kann - und das von Anfang an.
- **Schulische Bildung:** Bimodal-bilinguale Bildung ist eine Chance und ein Mehrwert für alle, an Förderschulen ebenso wie an allgemeinbildenden Schulen. Das wollen wir darlegen, erörtern und im Austausch weiter voranbringen.
- **Berufliche Bildung:** Auch im Bereich berufliche Bildung und in der Arbeitswelt muss bimodal-bilinguale Bildung ihren Platz finden. Wie und wo dies bereits geschieht, wird vorgestellt („Best practise“)
- **Gebärdensprache / Deaf Studies:** Aktuelle Erkenntnisse aus den verschiedenen Bereichen der Deaf Studies und der Gebärdensprachforschung sowie -lehre werden dargelegt und sollen die zentrale Bedeutung bimodal-bilingualer Bildung auf allen Ebenen hervorheben.
- **Medien:** Um Bilingualität unkompliziert umzusetzen und spielerisch in den Familienalltag und in den schulischen Alltag einzubinden, müssen Familien und Pädagogen auf qualitativ gutes und ansprechendes Material zurückgreifen können. Solche Lernmaterialien wollen wir im parallel stattfindenden Medienpark präsentieren, ausprobieren und diskutieren.

Seit 2010 haben drei Bildungs- und Fachkongresse im deutschsprachigen Raum stattgefunden, den ersten Kongress 2010 hatte der Deutsche Gehörlosen-Bund in Saarbrücken organisiert, es folgte 2013 der Kongress in Wien vom Österreichischen Gehörlosen-Bund (ÖGLB) und schließlich 2016 vom Schweizerischen Gehörlosen-Bund (SGB-FSS) in Bern.

Ein Schwerpunkt der Bildungs- und Fachkongresse war immer die Thematisierung des bimodal-bilingualen Lebens, mit Gebärdensprache(n) als ebenso vollwertige Sprache wie die Deutsche Sprache (Lautsprache und Schriftsprache).

Seit Sommer 2019 haben die Vorbereitungsarbeiten beim Fachteam für Bildung unter der Leitung von Helmut Vogel vom DGB begonnen. Nach der Bewerbungsphase wurde am 1. Dezember 2019 Petra Alaei als hauptamtliche Projektleiterin des Bildungskongresses beim DGB angestellt. Der DGB wird bei der Umsetzung dieses Projekts finanziell vom Europäischen Gehörlosenverband (EUD = European Union of the Deaf) unterstützt.

Demnächst folgen weitere Informationen, die Sie auch unserer Homepage ([www.gehoerlosen-bund.de](http://www.gehoerlosen-bund.de)) entnehmen können.

Wir freuen uns jetzt schon auf einen sicherlich interessanten und spannenden Bildungskongress mit Ihnen!

Das Präsidium des DGB

#### Kontakt:

Petra Alaei, Projektleiterin des Bildungskongresses des DGB 2020  
Mail: [bildungskongress@gehoerlosen-bund.de](mailto:bildungskongress@gehoerlosen-bund.de)

#### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbände und 10 bundesweite Fachverbände, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu etwa 600 Vereine. Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.



Berlin, 11.02.2020

## Pressemitteilung 01/2020

### **Menschen mit Hör- und Sprachbehinderungen brauchen mehr staatliche Sicherheit und staatlichen Schutz in Notfall- bzw. Gefahrensituationen!**

Anlässlich des Europäischen Tages des Notrufs 112 informiert der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. über den aktuellen Stand des barrierefreien Notrufs.

Die Verpflichtung Deutschlands, einen gleichwertigen Zugang zu Notrufdiensten für Menschen mit Hör- und Sprachbehinderungen sicherzustellen, ergibt sich aus Artikel 11 der UN-Behindertenrechtskonvention sowie aus drei EU-Richtlinien: der Universalienrichtlinie 2002/22/EG, der EU-Richtlinie 2018/1972 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation („European Electronic Communications Code“, kurz EECC) und der EU-Richtlinie 2019/882 über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen (European Accessibility Act, kurz EAA).

Bis zum Oktober 2019 haben alle 16 Bundesländer eine Vereinbarung zur Einführung einer Notruf-App unterzeichnet. Federführend bei der Beschaffung und dem anschließenden Betreiben einer bundeseinheitlichen Notruf-App ist das Land Nordrhein-Westfalen (NRW), das derzeit das Vergabeverfahren durchführt.

Die Notruf-App soll im gesamten Bundesgebiet eingeführt werden und kostenfrei nutzbar sein. Sie soll es ermöglichen, in einer Notsituation schnell Kontakt zur zuständigen Leitstelle aufzunehmen. Notrufe in Deutscher Gebärdensprache durch TESS-Relay-Dienst und per App auf dem Smartphone und Tablet (Android und iOS) sollen mitberücksichtigt werden. Der aktuelle Standort soll via GPS direkt an die örtlich zuständige Leitstelle übersendet werden, und die direkte Kommunikation mit der Notrufabfragestelle soll durch textbasierten Chat sichergestellt werden.

Eine Entscheidung für einen konkreten Notruf-App-Anbieter ist noch nicht gefallen. Offen ist auch noch, wann und wo genau die Veranstaltung zur Veröffentlichung der Notruf-App im Jahr 2020 im Raum NRW stattfindet.

Wir bedauern sehr, dass wir als Selbstvertretungsorganisation nicht in den Mitwirkungs- und Entscheidungsprozess zur Einführung einer Notruf-App im Beirat bzw. in der Expertengruppe Leitstellen und Notruf (EGLN) eingebunden wurden.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) plant, den Referentenentwurf des neuen Telekommunikationsgesetzes (TKG) im März/April 2020 zu versenden. Im Rahmen der Überarbeitung des TKG werden nach jetzigem Stand Notrufe in deutscher Gebärdensprache und auch alternative Notrufmöglichkeiten, z. B. die Notruf-App, berücksichtigt werden. Dann wird der Deutsche Gehörlosen-Bund dem BMWi eine Stellungnahme dazu übermitteln.

#### **Über den Bundesverband**

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und zehn bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine. Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

#### **Pressekontakt**

Daniel Büter  
Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit  
E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer/-innen erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetscher/-innen für Gebärdensprache und Deutsch unter der Telefonnummer: 069 – 900 160 333



Berlin, 25.02.2020

## Pressemitteilung 02/2020

### **Krankenhäuser sind seit 01.01.2020 nicht mehr für die Dolmetscherkosten zuständig, sondern die Krankenkassen**

Am 14.12.2019 hat der Bundestag das Gesetz für bessere und unabhängigere Prüfungen (MDK-Reformgesetz) beschlossen, das im Bundesgesetzblatt Jahrgang 2019 Teil I Nr. 51 verkündet wurde. Dort ist in Artikel 4 „Änderung des Krankenhausentgeltgesetzes“ und Artikel 6 „Änderung der Bundespflegesatzverordnung“ festgehalten:

*„Nicht zu den Krankenhausleistungen (...) gehören (...) bei der Krankenhausbehandlung von Menschen mit Hörbehinderung Leistungen der Dolmetscherassistenz zum Ausgleich der behinderungsbedingten Kommunikationsbeeinträchtigungen.“*

Diese fast nebensächlich anmutende Einfügung im Rahmen der Gesetzesänderung ist für gehörlose Menschen jedoch von besonderer Wichtigkeit. Sie bedeutet einen großen Fortschritt im Hinblick auf eine gesundheitliche Versorgung, die sich den Möglichkeiten Nichtbehinderter annähert und wie sie entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention gefordert wird. Damit ist endlich ein wichtiger Schritt dahin getan, dass nicht nur eine massive Benachteiligung und ein großes Ärgernis, sondern auch eine nicht selten erfolgte gesundheitliche Gefährdung gehörloser Menschen enden kann.

Zuvor waren die Krankenhäuser verpflichtet, im Rahmen stationärer Behandlungen die Leistungen von Gebärdensprachdolmetschern für die Kommunikation mit gehörlosen Menschen zu zahlen. Die Kosten hierfür wurden quasi als eine Durchschnittspauschale in die Kostenkalkulation der Krankenhäuser einbezogen, konnten aber im jeweiligen Fall die tatsächlichen Kosten keineswegs ausgleichen. So versuchten Kliniken nicht nur, sich der Übernahme dieser Kosten zu entziehen; viele kannten diese Verpflichtung nicht, und auch entsprechende Gerichtsurteile führten nicht zu einer tatsächlichen Verbesserung der Kommunikation gehörloser Menschen im stationären Alltag eines Krankenhauses. So mussten Betroffene in stationärer Behandlung sich nicht nur mit ihren teils schweren Erkrankungen befassen, sie mussten auch immer wieder für den Einsatz und die Kostenübernahme der Gebärdensprachdolmetscher/-innen kämpfen – unter z. T. unwürdigen Bedingungen und unter Gefährdung ihrer Gesundheit durch Desinformation. In einzelnen Fällen wurden sie sogar von Krankenhäusern abgewiesen.

Nach Jahren der Proteste vieler gehörloser Betroffener und Verbände ist es nun dem Deutschen Gehörlosen-Bund zusammen mit anderen Behindertenverbänden gelungen, eine Änderung zu erreichen: Dieser absolut untragbare, unmenschliche, gehörlose Menschen und ihre Gesundheit gefährdende Zustand ist nun seit dem 01.01.2020 beendet!

In der Praxis wird dies bedeuten, dass gehörlose Menschen nicht nur wie bisher im Rahmen ambulanter Behandlungen einen Anspruch auf Übernahme der Kosten für Gebärdensprachdolmetscher/-innen durch die Krankenkassen haben. Ein vergleichbarer Anspruch besteht nun auch bei stationären Krankenhausbehandlungen, indem auch hier die Krankenkassen diese Kosten übernehmen müssen. Es ist zu erwarten, dass es anfangs, z. B. durch Unkenntnis aufseiten der Krankenhäuser oder Krankenkassen, mit der Kostenübernahme noch nicht reibungslos laufen wird. Es ist jedoch ein wichtiger Schritt getan, insofern mit der Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt nun die notwendige Argumentationshilfe dafür vorliegt.

Dr. Ulrike Gotthardt als Fachteamleiterin für Gesundheit



Berlin, 22.04.2020

## Pressemitteilung 03/2020

### **Das Verwenden von Mund-Nase-Masken ohne und mit Sichtfenster erschwert die Kommunikation zwischen Hörenden und Gehörlosen. Die Möglichkeiten der Kommunikation müssen vielfältiger sein!**

Zum Schutz vor einer Infektion durch das Coronavirus machen inzwischen alle Bundesländer das Tragen von Mund-Nase-Masken zur Pflicht, z. B. in Bussen, Bahnen und Geschäften. Uns haben hierzu viele Presseanfragen erreicht, z. B.: Sind Gehörlose durch Masken benachteiligt, weil sie dann nicht von den Lippen lesen können? Was bedeuten die Masken für die alltägliche Kommunikation von Gehörlosen? Auch fragen immer mehr gehörlose und stark schwerhörige Menschen nach Empfehlungen für Masken, die ihrem Kommunikationsbedürfnis entgegen kommen.

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. vertritt vor allem die Interessen der Gehörlosen, d. h. der gebärdensprachigen Menschen mit Hörbehinderung. Die Deutsche Gebärdensprache (DGS) ist seit 2002 als eigenständige und vollwertige Sprache gesetzlich anerkannt.

Das „Lippenlesen“, welches eine Maske mit Sichtfenster ermöglichen sollte, spielt für Gehörlose nur eine stark untergeordnete Rolle. „Lippenlesen“ ist sehr anstrengend und führt häufig zu Missverständnissen, denn selbst unter optimalen Bedingungen sind nur etwa 30 % des Gesprochenen bzw. der Laute anhand der Lippenbewegungen des Sprechers visuell wahrnehmbar – 70 % müssen erraten werden! Viele Mundbewegungen sind sich sehr ähnlich, z. B. „Mutter“ und „Butter“ oder „aus“ und „Haus“. Vor allem in angespannten Situationen (Arztbesuch, Klinikbesuch) ist es unmöglich, allein über das Lippenlesen alles zu verstehen.

In der Praxis haben Masken mit Sichtfenster zudem den Nachteil, dass die Fenster durch die Atemluft schnell beschlagen. Dann ist der Mund ohnehin schlecht zu sehen. Alternativ hierzu werden aktuell auch immer wieder durchsichtige Voll-Gesichtsschutz-Masken angesprochen bzw. von Händlern angeboten. Auch hier ergibt sich ein störendes Beschlagen durch die Atemluft, das die Ablesbarkeit deutlich herabsetzt. Mehr noch aber enthalten diese Masken u. a. PVC, das z. B. von den Verbraucherzentralen als gesundheitsschädlich eingestuft wird.

Die Mund-Nase-Masken mit Sichtschutz oder aus komplett durchsichtigem Material werden aus den genannten Gründen vom Deutschen Gehörlosen-Bund nur unter Vorbehalt empfohlen. Die Entscheidung zur Nutzung dieser nur sehr begrenzten Hilfsmittel bleibt letztlich jedem gehörlosen und hörbehinderten Menschen entsprechend seinen individuellen Bedürfnissen selbst überlassen.

Bestehen bleibt die Tatsache, dass die Kommunikation für gehörlose und hörbehinderte Menschen mit einer/m Gesprächspartner/-in, der/die einen durchsichtigen oder undurchsichtigen Mund-Nase-Schutz trägt, stark erschwert ist.

Damit wollen wir aber keineswegs jenen Menschen mit Hörbehinderung widersprechen, die eine Mund-Nase-Maske mit Sichtschutz als hilfreich erachten: In der Gruppe der Menschen mit Hörbehinderung (von leichtgradig schwerhörig bis zu gehörlos) gibt es unterschiedliche, individuelle kommunikative Bedarfe, und manch eine/r profitiert stark vom Mundbild und somit womöglich auch etwas von einer Maske mit Sichtschutz. Wir können daher nur fordern: Es sollte jedes Hilfsmittel, welches Menschen mit einer Hörbehinderung bei der

Kommunikation mit ihrem Umfeld unterstützt, aufgegriffen und angewandt werden. Wir vom Deutschen Gehörlosen-Bund e. V. stehen für Bilingualität, d. h. für ein Leben mit Deutscher Gebärdensprache und deutscher Sprache (in Laut- bzw. Schriftsprache). Jeder Weg zu gelingender Kommunikation wird von uns unterstützt.

Auch das Verwenden von Stift und Papier (schriftliche Kommunikation) ist eine hilfreiche und praktische Möglichkeit für die Kommunikation, weiterhin gibt es Spracherkennungsprogramme als App auf dem Smartphone<sup>1</sup>, die im Alltag anwendbar sind. Alternativ bzw. ergänzend kann bei kurzen Gesprächen das Herunterziehen des Mund-Nase-Schutzes unter Wahrung der Abstands- und Hygieneregeln helfen.

Für essenzielle und (vor allem in Corona-Zeiten lebens-) wichtige Gespräche, etwa mit medizinischem Personal, fordern wir jedoch, dass Dolmetscher/-innen für DGS und Deutsch über den Vermittlungsdienst Tess<sup>2</sup> oder über Videotelefonie bzw. Webcam, mit iPad, Smartphone oder Laptop einbezogen werden. Wenn Ärzte und Ärztinnen sowie Pflegekräfte FFP2- oder FFP3-Masken tragen, stellt sich die Frage des Sichtfensters ohnehin nicht.

Mit einer/m gebärdensprachkompetenten Gesprächspartner/in ist dagegen die Kommunikation in Gebärdensprache auch mit Schutzmaske (mit oder ohne Sichtschutz) weitestgehend möglich, weil die Gebärdensprache aus manuellen Komponenten (Handform, Handstellung, Ausführungsstelle und Bewegung) und nichtmanuellen Komponenten (Mimik, Mundbild, Mundgesten, Kopf- und Oberkörperhaltung, Blickrichtung) besteht. Über eine Distanz von zwei, fünf oder zehn Metern ist die Kommunikation per Gebärdensprache relativ problemlos möglich, selbst durch Glasscheiben oder Fenster.

#### **Über den Bundesverband**

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und zehn bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine. Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

#### **Pressekontakt**

Daniel Büter

Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer/-innen erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetscher/-innen für Gebärdensprache und Deutsch unter der Telefonnummer: 069 – 900 160 333

<sup>1</sup> Deutsche Gehörlosenzeitung 04/2019, Seite 28-29: Untertitel zum Mitnehmen – Die Spracherkennung ist im Anmarsch. Aber wie gut funktionieren Smartphone-Apps, die Gesprochenes in Text umwandeln? Ein Test.

<sup>2</sup> <https://www.tess-relay-dienste.de/>

Berlin, 04.06.2020

## Pressemitteilung 04/2020

### Die Dokumentation zur Fachtagung „Cochlea Implantat – Realitäten ohne Zwang“ ist erschienen!

Am 28.11.2018 fand die vom Deutschen Gehörlosen-Bund e. V. organisierte Fachtagung „Cochlea Implantat – Realitäten ohne Zwang“ in Berlin statt. Nun steht die Dokumentation der Fachtagung zur Verfügung. Wir freuen uns sehr, dass die interessanten Vorträge und Beiträge dieser Tagung nun der gesamten (Fach-)Öffentlichkeit und allen Interessierten zugänglich sind!

[Die Dokumentation \(PDF; 5,2 MB; komprimiert\)](#) steht als Download auf unserer Webseite zur Verfügung, die Druckversion können Sie ebenfalls dort (bei Übernahme der Portokosten) bestellen.

Die Dokumentation formuliert eine eindeutige Antwort: Gegen CI-Zwang und für eine bimodal-bilinguale Förderung mit Gebärdensprache zum Wohle aller Kinder mit Hörbehinderung!



Auch im „Fall Goslar“, der ein Anlass für die Fachtagung war, gab es eine Entscheidung: Im Beschluss vom 29. Januar 2019 hat das Amtsgericht Goslar von familienrechtlichen Maßnahmen gegen hörbehinderte Eltern abgesehen, die ihr gehörloses Kind keiner Cochlea-Implantation unterziehen wollen. Das Amtsgericht sah keine ausreichenden Gründe, um eine Zwangsimplantation eines CIs richterlich anzuordnen, da das Kindeswohl nicht gefährdet sei. Ein „Zwang zum Hören“ sei mit der UN-Behindertenrechtskonvention nicht vereinbar.

#### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und zehn bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine. Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

#### Pressekontakt

Daniel Büter  
Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit  
E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer/-innen erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetscher/-innen für Gebärdensprache und Deutsch unter der Telefonnummer: 069 – 900 160 333

Berlin, 06.07.2017

## Stellungnahme 01/2017

### Wir wollen Achterbahn im Freizeitpark „Phantasialand“ mitfahren! Wir fordern sofortige Aufhebung des Achterbahn-Verbots für Menschen mit Hörbehinderungen!

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. versteht sich als sozialpolitische, kulturelle, berufliche und gesundheitspolitische Interessenvertretung der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung in Deutschland. Mit Verwunderung und Besorgnis haben wir aufgrund vieler Nachrichten (E-Mails, Facebook, Twitter, Artikel von Taubenschlag, Deutsche Gehörlosenzeitung und hearZone) und zwei offener Briefe (Landesverband der Gehörlosen Nordrhein-Westfalen 1899 e.V. und Verband für Gebärdensprachkultur Köln und Umland e.V.) zur Kenntnis genommen, dass Menschen mit Hörbehinderungen im Freizeitpark „Phantasialand“ in Brühl bei Köln aus Sicherheitsgründen von einigen Fahrgeschäften ausgeschlossen werden.

In der Stellungnahme hat die Geschäftsführung auf die Sicherheitsvorschriften verwiesen, welche durch den Hersteller und den TÜV vorgeschrieben sind. Jedoch hat TÜV Rheinland das Sicherheits- und Evakuierungskonzept überprüft und nicht festgelegt, welche Nutzergruppe ausgeschlossen wird.

Im Prinzip sollte man vorher mit den Betroffenenverbänden reden oder sie einbeziehen, bevor die Vorschriften festgelegt werden. Viele Menschen mit Hörbehinderungen konnten bislang ohne Probleme mitfahren. Plötzlich geht das am 26. Juni 2017 bei zwei jungen Gehörlosen nicht mehr. Im Vorfeld hat die Geschäftsführung die Betroffenenverbände weder konsultiert noch die Änderung der Teilnahmebedingungen öffentlich kommuniziert.

Laut § 2 UN-Behindertenrechtskonvention liegt hier eine Diskriminierung von Menschen mit Hörbehinderungen jede Unterscheidung, Ausschließung oder Beschränkung aufgrund von Gehörlosigkeit vor, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass das auf die Gleichberechtigung mit anderen gegründete Anerkennen, Genießen oder Ausüben aller Menschenrechte und Grundfreiheiten im wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen oder jedem anderen Bereich beeinträchtigt oder vereitelt wird.

Dies hier ist zutreffend. Ohne einen sachlichen und klaren Grund fühlen wir uns ungerecht behandelt und diskriminiert.

Artikel 30 der UN-Behindertenrechtskonvention geht speziell auf die Freizeit ein und hat zum Ziel, Menschen mit Behinderungen die gleichberechtigte Teilnahme an Erholungs-, Freizeit- und Sportaktivitäten zu ermöglichen. Demnach müsste das Angebot des Freizeitparks „Phantasialand“ auch für Menschen mit Hörbehinderungen offenstehen.

Unsere Empfehlung ist es, das Sicherheits- und Evakuierungskonzept zusammen mit Experten vom Landesverband der Gehörlosen Nordrhein-Westfalen 1899 e.V. überprüfen und anpassen zu lassen, um Sicherheitstipps zu geben und Unfallrisiken für Menschen mit Hörbehinderungen zu minimieren. Das können zum Beispiel sein: Zwei-Sinne-Prinzip (akustische und visuelle Signale), mehrsprachige Infotafeln, Lichtblitze, Rundumleuchten oder Signallampen, eine sicher fühlbare Vibration oder eine prägnante Kurzinformation auf Displays.

Wir würden uns sehr freuen, wenn die Geschäftsführung des Freizeitparks „Phantasialand“ die Verbote der Nutzung dieser Fahrgeschäfte für Menschen mit Hörbehinderungen aufheben und künftig ähnliche Handlungen wie das jüngst erfolgte Verbot unterlassen könnte.

## Internetquellen:

Taubenschlag: Phantasialand: Achterbahn-Verbot für taube Menschen. URL: <http://www.taubenschlag.de/2017/06/phantasialand-achterbahn-verbot/> (Abfrage: 29.06.2017)

Taubenschlag: Achterbahn-Verbot ist nicht wirklich neu. URL: <http://www.taubenschlag.de/2017/06/achterbahn-verbot-ist-nicht-wirklich-neu/> (Abfrage: 29.06.2017)

Taubenschlag: Achterbahn-Verbot: TÜV Rheinland meldet sich zu Wort. URL: <http://www.taubenschlag.de/2017/06/achterbahn-verbot-tuev-rheinland-meldet-sich-zu-wort/> (Abfrage: 29.06.2017)

Deutsche Gehörlosenzeitung: Keine Achterbahn für Gehörlose: Phantasialand verbietet Mitfahrt. URL: <http://gehoerlosenzeitung.de/keine-achterbahn-fuer-gehoerlose-phantasialand-verbietet-mitfahrt/> (Abfrage: 29.06.2017)

hearZone: Achterbahn-Verbot für Gehörlose. URL: <https://www.hearzone.net/aktuelles/achterbahn-verbot-fuer-gehoerlose-9309.html> (Abfrage: 29.06.2017)

Landesverband der Gehörlosen Nordrhein-Westfalen 1899 e.V.: Offener Brief an die Geschäftsleitung und Eigentümer des Freizeitparks Phantasialand. Betreff: Nutzungsverbot der Achterbahn für taube Menschen. URL: <http://www.glhaus.de/data/Offener-BriefPhantasialand2017.pdf> (Abfrage: 29.06.2017)

Verband für Gebärdensprachkultur Köln und Umland e.V.: Phantasialand: Attraktionen – Verbot für taube Menschen. URL: <http://vgku.de/wp-content/uploads/2017/06/Phantasialand-28.6.17.pdf> (Abfrage: 29.06.2017)

## Deutscher Gehörlosen-Bund e.V. Bundesgeschäftsstelle/Bundeskompentenzentrum

Prenzlauer Allee 180  
10405 Berlin

E-Mail: [info@gehoerlosen-bund.de](mailto:info@gehoerlosen-bund.de)  
Internet: [www.gehoerlosen-bund.de](http://www.gehoerlosen-bund.de)

Berlin, 17.11.2017

## Stellungnahme 2/2017

### Zur aktuellen Diskussion bezüglich des Versuchs, gegen den Willen der gehörlosen Eltern gerichtlich durchzusetzen, einem gehörlosen Kind ein Cochlea-Implantat einzusetzen

Der Deutsche Gehörlosen Bund e.V., der als Dachverband der Gehörlosenverbände und deren Gehörlosenvereine die Interessen der Gebärdensprachgemeinschaft in Deutschland vertritt, verfolgt mit großer Sorge die derzeitige Auseinandersetzung um die Cochlea Implantation eines gehörlosen Kleinkindes gegen den Willen der gehörlosen Eltern, in Südniedersachsen. Dabei betrachtet der Deutsche Gehörlosen-Bund die Bemühungen, eine Entscheidung zur Operation des Kindes gegen den ausdrücklichen Willen der Eltern durchzusetzen, als inakzeptabel.

Ausgangspunkt ist hierbei eine medizinisch-technische Methode, die Cochlea Implantation (CI), die fachlich gesehen einen Wahleingriff und keine lebensnotwendige Maßnahme darstellt. Sie ist medizinisch-psychologisch nicht unumstritten und weist ebenso erhebliche körperliche und psychische Nebenwirkungen auf. Bei der Argumentation der CI-Fachleute wird ausschließlich die positive Zielsetzung, d.h. das Hören Können, in den Vordergrund gerückt. Nicht berücksichtigt werden bei dieser Argumentation die vielfältigen Nachteile und Gefahren, denen ein Teil der implantierten Personen dadurch ausgesetzt wird. Zudem wird verschwiegen, dass kein Implantierter je ein Gehör, wie Hörende dieses kennen, erhalten kann und die Betroffenen mindestens schwerhörig bleiben. Trotz intensiver Hör- und Sprachtherapie erreichen zudem viele implantierte junge Menschen keinen vollständigen Spracherwerb.

Daher ist das Angebot einer bimodalen und bilingualen Sprachentwicklung von Kindern mit einer Hörbehinderung zur Sicherstellung der ausreichenden Entwicklung ihrer sprachlichen und kognitiven Fähigkeiten, gerade in der frühkindlichen Phase, von großer Bedeutung. Durch das ausschließliche Verlassen auf die Hörverbesserung durch das Cochlea-Implantat wird diese Entwicklung nicht selten gestört. Ebenso werden die Alternativen und positiven Aspekte des Lebens gehörloser Menschen außer Acht gelassen. Durch die bimodale bilinguale Sprachkompetenz, einschließlich der deutschen Laut-/Schriftsprache und der Deutschen Gebärdensprache, kann ein kommunikativ, bildungstechnisch, beruflich, sozial und emotional gleichwertiges Leben ermöglicht werden. Nicht umsonst lassen aufgrund unterschiedlichster Irritationen nicht wenige Betroffene nach einigen Jahren ihre Cochlea-Implantate wieder explantieren.

Dazu muss angemerkt werden, dass die meisten im Rahmen der Implantationen Tätigen keine oder nur sehr wenige Informationen über die Gehörlosen-/Gebärdensprachgemeinschaft und kaum Erfahrungen mit diesen haben. Diese sehen in der Gehörlosigkeit nicht selten etwas Negatives und Auszumerzendes. Um in der Vor- und Nachsorge sowie bei der Förderung von CI-implantierten Kindern alle Aspekte berücksichtigen zu können, u.a. durch die Vermittlung positiver gehörloser Vorbilder, wurde seit Jahren wiederholt von Gehörlosenverbänden den verschiedenen CI-Zentren das Angebot einer Zusammenarbeit, z.B. in der Elternberatung, gemacht. Bislang ist es jedoch nirgendwo zu einer anhaltenden Zusammenarbeit gekommen, was der Deutsche Gehörlosen-Bund außerordentlich bedauert. Dies, wie auch viele Berichte Betroffener, zeigen auch, dass die ärztliche Aufklärung und Versorgung oftmals die Verpflichtung zur ausgewogenen und die möglichen Alternativen ausreichend berücksichtigenden Beratung vermissen lässt.

Auf dem Hintergrund dieser relativen Behandlungsmethode ist es aus unserer Sicht umso kritischer zu betrachten, dass mit juristischen Mitteln versucht wird, das hohe Gut des elterlichen Willens zu übergehen. Dabei macht besonders betroffen, dass dieses gerade bei Eltern versucht wird, die als selbst Betroffene noch besser um die Situation ihres gehörlosen Kindes wissen. Insbesondere gehörlose Eltern können ihrem gehörlosen Kind zahlreichere und bessere Lebenswerkzeuge, einschließlich der Gebärdensprache und einer voll funktionsfähigen familiären Einbeziehung und Entwicklung, vermitteln und ermöglichen. Die Abwägung von Förderungswegen für ihre Kinder, die ihre berechtigten und z.T. schwerwiegenden Vor- und Nachteile haben, kann und muss auch gehörlosen Eltern vorbehalten bleiben.

Im Zusammenhang mit dem aktuellen Fall ist es vielen gehörlosen und hörbehinderten Menschen nicht zu verdenken, wenn sie sich an längst überwunden geglaubte behindertenfeindliche Tendenzen erinnert fühlen. Daher sollte vor einer abschließenden Beurteilung, neben anderen, auch die Frage stehen, ob das Bestreben einer Implantation gegen den Elternwillen auch erfolgen würde, wenn die betroffenen Eltern hörend wären.

Der Deutsche Gehörlosen Bund e.V. wird dieses Verfahren, wie auch insgesamt die Entwicklung der Cochlea-Implantationen, vor allem im Hinblick auf die Akzeptanz und Berücksichtigung von Gehörlosigkeit und Gebärdensprache, weiterhin kritisch verfolgen.

Weitere Informationen zu den Positionen des DGB können den Stellungnahmen zur CI-Diskussion auf der Homepage des DGB entnommen werden. Auch wenn diese bereits älter sind, besitzen sie nach wie vor ihre Gültigkeit. Sie finden diese unter den untenstehenden Links (Internetquellen). Für weitere Informationen können Sie auf der Homepage des DGB unter <http://www.gehoerlosen-bund.de/publikationen%20-%20projekte/bestellung>, die drei Broschüren, Mein Kind (2011), Sprachen bilden (2016) und Bilingual aufwachsen 2. Auflage (2016), finden.

#### **Internetquellen:**

Stellungnahme des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V. zum Cochlea-Implantat (CI) (2006)  
URL: [http://www.gehoerlosen-bund.de/browser/752/dgb\\_stellungnahme\\_ci.pdf](http://www.gehoerlosen-bund.de/browser/752/dgb_stellungnahme_ci.pdf)

Stellungnahme des Deutschen Gehörlosen-Bundes e. V. zu den Kommentaren zum Cochlea Implantat von Sabine Fries und Thomas Geißler vom 29. Mai 2008 anlässlich des 3. Deutschen CI-Tags 2008 und den darauf erfolgten Reaktionen (18.06.2008)  
URL: <http://www.gehoerlosen-bund.de/browser/755/dgbstellungnahmecifriesgeissler.pdf>

Stellungnahme des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V. zu dem Artikel „Haben gehörlose Kleinkinder ein Recht auf ein Cochlea-Implantat?“ von S. Müller und A. Zaracko, erschienen in der Zeitschrift Nervenheilkunde Heft 4/2010, Seite 244–249 (22.06.2010)  
URL: [http://www.gehoerlosen-bund.de/browser/683/dgb\\_stellungnahme\\_2010\\_02.pdf](http://www.gehoerlosen-bund.de/browser/683/dgb_stellungnahme_2010_02.pdf)

Resolution der Deutschen Gesellschaft der Hörgeschädigten-Selbsthilfe und Fachverbände e.V., zur einseitigen Beeinflussung von Eltern hörbehinderter Kinder zum CI (13.11.2010)  
URL: [http://www.gehoerlosen-bund.de/browser/568/DG\\_resolution.pdf](http://www.gehoerlosen-bund.de/browser/568/DG_resolution.pdf)

Stellungnahme von Prof. Dr. Christian Rathmann zur Pressemitteilung der MHH vom 04. April 2016 „Hören und Denken sind eng verbunden: MHH-Forscher belegen Zusammenspiel von Sinnen und Kognition (04.04.2016)  
URL: <https://www.idgs.uni-hamburg.de/images/stellungnahme-rathmann/rathmann-stellungnahme-04-2016.pdf>

Pressemitteilung des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V. 1/2016: Cochlea-Implantate und Gebärdensprache (08.02.2016)  
URL: [http://www.gehoerlosen-bund.de/browser/735/pm01-2016\\_stellungnahme\\_ciunddgs\\_160208.pdf](http://www.gehoerlosen-bund.de/browser/735/pm01-2016_stellungnahme_ciunddgs_160208.pdf)

Karin Kestner: Kein fiktiver Fall! Eine Richterin soll über beidseitige Implantation eines zweijährigen gehörlosen Kindes gehörloser Eltern entscheiden. (10.11.2017)  
URL: [http://www.kestner.de/n/verschiedenes/presse/2017/Zwang\\_zur\\_CI\\_Implantation.htm](http://www.kestner.de/n/verschiedenes/presse/2017/Zwang_zur_CI_Implantation.htm)

Taubenschlag: Zwangsimplantation in Braunschweig? (10.11.2017)  
URL: <http://www.taubenschlag.de/2017/11/zwangsimplantation-in-braunschweig/>

Deutsche Gehörlosenzeitung: Die Pforte zum CI-Zwang? (14.11.2017)  
URL: <http://gehoerlosenzeitung.de/zwang-cochlea-implantat-familiengericht/>

Stellungnahme des Gehörlosenverbandes Niedersachsen e.V.: Würde der tauben und schwerhörigen Menschen beachten (15.11.2017)  
URL: <http://www.gehoerlosenverband-niedersachsen.de/index.php/home.html?file=files/dateien/anhang/ueberuns/Position%20zu%20DGS%20CI%20Sorgerecht.pdf>

**Deutscher Gehörlosen-Bund e.V.**  
Bundeskompetenzzentrum und Bundesgeschäftsstelle  
Prenzlauer Alle 180  
10405 Berlin

E-Mail: [info@gehoerlosen-bund.de](mailto:info@gehoerlosen-bund.de)  
Internet: [www.gehoerlosen-bund.de](http://www.gehoerlosen-bund.de)  
Facebook: Deutscher Gehörlosen-Bund  
Twitter: @gehoerlosenbund





Berlin, 30.01.2018

## Stellungnahme 1/2018

### **Koalitionsverhandlungen: Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. fordert Nachbesserungen und die Aufnahme unserer Forderungen in den neuen Koalitionsvertrag**

Vier Monate nach der Bundestagswahl und nach Abbruch der Jamaika-Verhandlungen haben CDU/CSU und SPD die Koalitionsverhandlungen aufgenommen. Bis 4. Februar soll noch verhandelt werden.

Im 28-seitigen Sondierungspapier "Ergebnisse der Sondierungen von CDU, CSU und SPD. Finale Fassung" vom 12.01.2018 wird kaum über die Behindertenpolitik geschrieben bzw. aufgezeigt, was verändert und verbessert werden soll. Es ist uns unverständlich, wie die Parteien, mit einer derartigen Missachtung der Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen in Deutschland, in die Verhandlungen gegangen sind.

Im Namen des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V. fordern wir Nachbesserungen dieser Sondierungsergebnisse von CDU/CSU und SPD vom 12.01.2018. Wir fordern ein umfassendes Wunsch- und Wahlrecht und umfangreiche Änderungen am Bundesteilhabegesetz. Die zukünftige Bundesregierung sollte sich zudem stärker für die Umsetzung des Menschenrechts auf Barrierefreiheit und Diskriminierungsschutz einsetzen.

Wir unterstützen ausdrücklich die vierzehn Forderungen des Deutschen Behindertenrates (DBR) anlässlich der Sondierungsgespräche von CDU, CSU und SPD 2018 vom 17.01.2018 sowie die Umsetzung der über 60 dringlichen Handlungsempfehlungen des UN-Vertragsausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 13.05.2015. Beides sollte unbedingt auch im neuen Koalitionsvertrag der 19. Legislaturperiode eingetragen werden.

Im Sommer 2018 plant der UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen eine Frageliste („List of Issues“) an Deutschland zu verabschieden und damit den zweiten Zyklus der Staatenprüfung Deutschlands zu eröffnen. Auch aufgrund dieser erneuten Befragung nach der Lebensqualität behinderter Menschen in Deutschland, muss die deutsche Bundesregierung die Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention endlich mit Nachdruck durchsetzen, um Verbesserungen der Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderungen zu erreichen.

Wir bitten nachdrücklich darum, unsere Forderungen aus dem von uns veröffentlichten Dokument „Unsere Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2017 mit Antworten der bundespolitischen Parteien“ vom September 2017 in den neuen Koalitionsvertrag aufzunehmen. Dazu zählen auch die gesellschaftliche Teilhabe betreffenden Bedürfnisse gehörloser und hörbehinderter Menschen, welche in allen Lebensbereichen nicht ignoriert und vergessen werden dürfen.

Wir beobachten mit Sorge die derzeitigen Entwicklungen der Koalitionsverhandlungen und bitten Sie herzlich darum, die Menschen mit Behinderungen in Deutschland nicht zu enttäuschen und mit der Aufnahme unserer Forderungen einen Schritt in die richtige Richtung zu tun.

### **Deutscher Gehörlosen-Bund e.V.**

Präsidium und Bundeskompetenzzentrum  
Prenzlauer Allee 180  
10405 Berlin  
E-Mail: [info@gehoerlosen-bund.de](mailto:info@gehoerlosen-bund.de)  
Internet: [www.gehoerlosen-bund.de](http://www.gehoerlosen-bund.de)



Berlin, 08.06.2018

## Stellungnahme 2/2018

### **Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. ist mit der Antwort der Bundesregierung bezüglich „Arbeitsassistenz“ nicht zufrieden und strebt weiter an, die Teilhabe am Arbeitsleben zu verbessern und die Kommunikation sicherzustellen.**

Auf die Antwort der Bundesregierung zur Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE über „Probleme bei der Gewährung des Rechtsanspruchs auf Arbeitsassistenzleistungen“ (Drucksache 19/2339) nehmen wir wie folgt Stellung:

1. Die 1.923 bewilligten Anträge zur Kostenübernahme einer notwendigen Arbeitsassistenz aus dem Jahr 2008 sind im Jahr 2017 mit 3.690 Anträgen fast um das Doppelte gestiegen. Uns fehlt jedoch ein Gesamtüberblick der gestellten, abgelehnten oder zurückgezogenen Anträge. Außerdem sind wir dennoch überrascht über diese Anzahl, da wir annehmen, dass es mehr Menschen mit Behinderungen gibt, die Arbeitsassistenzleistungen erhalten. In Deutschland leben laut Bericht zur Statistik der schwerbehinderten Menschen des statistischen Bundesamtes 2014 insgesamt 315.799 Menschen mit Sprach- und Hörbeeinträchtigungen.
2. Der Gesamtbetrag der Integrationsämter für Arbeitsassistenzleistungen ist von 12,31 Mio. Euro im Jahr 2008 auf 32,35 Mio. Euro im Jahr 2017 fast um das Dreifache gestiegen. Uns fehlt die Aufteilung der Arbeitsassistenzformen (Gebärdensprachdolmetscher, Schriftdolmetscher, Kommunikationsassistenz, Mobilitätsassistenz, etc.), die Klärung der Honorar- bzw. Stundensätze für Formen der Arbeitsassistenz und die Aufteilung der Behinderungsarten der LeistungsempfängerInnen.
3. Die Integrationsämter der Länder richten sich im Hinblick auf die Vergütung der GebärdensprachdolmetscherInnen nicht immer nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG), weil Gebärdensprachdolmetscher nur bei der Ausführung von Sozialleistungen nach dem JVEG bezahlt werden, wenn sie selbst die Sozialleistung nicht sind (Urteil des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz vom 30.05.2016 - 7 A 10583/15). Das ist absurd, da Dolmetscherleistungen für uns immer noch Sozialleistungen sind. Die Begründung der Bundesregierung ist nicht nachvollziehbar und unzutreffend. Die Formulierung „aufgrund gesetzlicher Vorgaben in §19 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 4 SGB X i.V. mit dem JVEG“ aus der alten BIH-Empfehlung seit 2008 wurden aus der aktuellen BIH-Empfehlung (14.09.2014) entfernt. Im Jahr 2013 wurde das JVEG durch das 2. KostModG reformiert, worin der Stundensatz von 55 Euro auf 75 Euro erhöht wurde. Wir befürchten, dass die GebärdensprachdolmetscherInnen vermehrt Angebote mit Vergütungen nach dem JVEG in anderen Bereich annehmen. Die Konsequenz wäre, dass es für die Gehörlose und Menschen mit Hörbehinderungen sehr schwierig ist, eine/n Gebärdensprachdolmetscher/in im Bereich Arbeit zu bekommen. Im schlimmsten Fall könnten viele Betroffene arbeitslos werden, da die kommunikativen Barrieren nicht beseitigt werden können. Wir fordern eine gerechte, einheitlich vorgegebene und angemessene Vergütung der GebärdensprachdolmetscherInnen in allen Bereichen.
4. Man stelle sich vor, ein Gehörloser erhält die Zusage für eine neue Arbeit und beantragt die Leistung „Arbeitsassistenz“. Sein Chef bzw. Arbeitgeber beobachtet ihn während der Probezeit. Ohne Arbeitsassistenz wird die Arbeit dieses Gehörlosen nicht annähernd so verrichtet werden können, wie die eines hörenden Bewerbers. Wenn die Bewilligung erst eintritt, nachdem aufgrund der Kommunikationsprobleme der Arbeitsplatz bereits verloren ist, nutzt selbst ein positiver Bescheid vom Integrationsamt dem wieder arbeits-

losen Hörbehinderten nichts. Er hatte somit keine Chance, seine ganze Arbeitsleistung zu erbringen und seine Fähigkeiten unter Beweis zu stellen.

Oft bringen lange Bearbeitungszeiten, wiederholte Rückfragen und unberechtigte Ablehnungen für ArbeitnehmerInnen mit Hörbehinderungen erhebliche Schwierigkeiten mit sich, die weit über den Arbeitsplatz hinauswirken.

Wir halten es für notwendig, die Dauer der Bearbeitung von Anträgen auf Arbeitsassistenz zu beschleunigen und einen Pauschalbetrag ab der Antragstellung bis zur Bewilligung zur Verfügung zu stellen. Damit würde die erste Kommunikationshürde genommen werden, bevor nach Wochen oder auch Monaten ein Bewilligungsbescheid vorliegt. Je schneller der Antrag bearbeitet wird, umso weniger muss die Pauschale in Anspruch genommen werden.

Die Kappungsgrenze von 50% des gezahlten Arbeitgeberbruttos und von 50% der Arbeitszeit sollten abgeschafft werden. Der Bewilligungszeitraum sollte außerdem zwei Jahre betragen.

Im Koalitionsvertrag der 19. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages zwischen der CDU, der CSU und der SPD steht:

*Gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit werden wir die Ursachen der überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderungen genau analysieren und passgenaue Unterstützungsangebote entwickeln.*

Im Hinblick auf die Verbesserung der Teilhabechancen von hörbehinderten Menschen, darauf die Inklusion im Arbeitsleben zu verwirklichen und damit eine Forderung der UN-BRK (Artikel 27) zu erfüllen, messen wir der Leistung Arbeitsassistenz eine besonders hohe Bedeutung bei. Erst durch eine Arbeitsassistenz kann auch eine höhere Beschäftigungsquote der gehörlosen Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt erreicht werden.

In diesem Zusammenhang sollte auch darauf hingewiesen werden, dass in bestehenden Arbeitsverhältnissen und damit verbundenen bzw. dafür notwendigen Fortbildungsmaßnahmen die Nichtakzeptanz von begleitenden Arbeitsassistenzleistungen durch Arbeitgeber oder Veranstalter (z.B. die Ablehnung von Dolmetscheranwesenheit bei privaten Unternehmen) verstärkt geahndet wird. Die IA/IFDs erhalten hierbei mehr Handlungsspielraum, um davon betroffene behinderte Menschen zu unterstützen oder eine Ahndung in die Wege zu leiten. Betroffene bleiben in solchen Situationen nicht selten hilf- und unterstützungslos zurück.

Wir werden unsere Anregungen und Vorschläge an die Arbeitsgruppe, welche im November 2018 eine neue BIH-Empfehlung zur Arbeitsassistenz abgeben wird, weiterreichen und außerdem die 16 Landesverbände der Gehörlosen dazu anregen, die mit den zuständigen Integrationsämtern der Länder Kontakt aufnehmen werden, zufriedenstellende Antworten auf unsere Fragen abzugeben.

#### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die derzeit 26 Mitgliedsverbände mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbände und 10 bundesweite Fachverbände, die sich insgesamt in ca. 600 Vereinen zusammengeschlossen haben, zählen.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen, durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

#### Pressekontakt

Daniel Büter  
Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit  
Prenzlauer Alle 180, 10405 Berlin  
E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch  
Telefon: 01805-83 77 00

Berlin, 13.06.2018

#### Stellungnahme 3/2018

### Der bisherige Standard des Behindertengleichstellungsgesetzes darf nicht durch die Umsetzung der EU-Richtlinie 2016/2102 für Menschen mit Hörbehinderungen verschlechtert werden.

Morgen soll das Gesetz zur Umsetzung der EU-Richtlinie 2016/2102 über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen (BT-Drucksache 19/2072) mit der 2. und 3. Lesung im Bundestag verabschiedet werden.

Wir sehen in dieser Umsetzung der EU-Richtlinie keine deutliche Verbesserung der digitalen Barrierefreiheit für Menschen mit Hörbehinderungen. Die bisherige Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung (BITV 2.0) nach dem Behindertengleichstellungsgesetz (BGG), vom 12.09.2011, stellt im internationalen Vergleich einen hohen Standard dar, z.B. im Hinblick auf Übersetzungen in Gebärdensprache und mit Untertiteln.

Ein weiterer kritischer Punkt ist, dass die bisherige Regelung „Internetauftritte und -angebote“ gestrichen werden soll. Stattdessen sollen nur Webseiten öffentlicher Stellen des Bundes (ab 23.09.2019) und mobile Anwendungen (ab 23.06.2021) im neuen BGG aufgenommen werden. Es besteht die Gefahr, dass die EU-Richtlinie hinter den bisherigem BGG zurückfällt. Dies sollte unbedingt vermieden werden.

Unsere Forderung bleibt unverändert und nachdrücklich, dass alle Webseiten und mobile Anwendungen öffentlicher Stellen in Gebärdensprache und mit Untertiteln barrierefrei gestaltet werden müssen, um die Verständlichkeit für Gehörlose und andere Menschen mit Hörbehinderung sicherzustellen.

Nicht nur Träger öffentlicher Gewalt, sondern auch andere Unternehmen, wie z.B. die Flugzeugsicherheit GmbH, die Deutsche Bahn AG, die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, Entsorgungsfirmen, Wasserwerke, Energieversorger etc., sollen in das BGG miteinbezogen werden, um die digitale Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen weiter auszubauen.

Die Rechtsschutzmöglichkeiten (Schlichtungsverfahren und Klagemöglichkeiten) und der Feedbackmechanismus müssen für die Behindertenverbände ausgebaut und verbessert werden, z.B. im Hinblick auf Leistungsklagen statt Feststellungsklagen und verkürzte Antwortfristen (1 Monat ist zu lang).

Da die EU-Richtlinie zwar nicht verpflichtet, digitale Barrierefreiheit im privaten Sektor vorzuschreiben, unterstützen wir deshalb den Antrag der Fraktion DIE LINKE (BT-Drucksache 19/1342) uneingeschränkt und teilen das Ziel dieses Antrags, private Anbieter von Waren und Dienstleistungen im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und im Behindertengleichstellungsrecht (BGG) zur Barrierefreiheit zu verpflichten.

Es ist sehr erfreulich, dass der Deutsche Bundestag die morgige Debatte über die Umsetzung der EU-Richtlinie 2016/2102 als Livestream in Gebärdensprache und mit Untertiteln auf seiner Webseite unter <https://www.bundestag.de/gebaerdensprache/> übertragen wird.

#### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die derzeit 26 Mitgliedsverbände mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbände und 10 bundesweite Fachverbände, die sich insgesamt in ca. 600 Vereinen zusammengeschlossen haben, zählen.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen, durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

#### Pressekontakt

Daniel Büter  
Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit  
Prenzlauer Alle 180, 10405 Berlin  
E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch  
Telefon: 01805-83 77 00

14.06.2018

### Gemeinsame Stellungnahme 4/2018

#### **Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. und die Gehörlosengemeinschaft Sachsen-Anhalt e.V. halten das Verbot der Gebärdensprache auf der Bühne bei einer Jugendweihefeier für diskriminierend.**

Christina Bendigs, Autorin der regionalen Tageszeitung Volksstimme, berichtete kürzlich, dass der Verein „Junge Humanisten Magdeburg e.V.“, ein Veranstalter für Jugendweihefeiern, einer Dolmetscherin für deutsche Gebärdensprache und deutsche Sprache verweigert hat, sich auf die Bühne der Johanniskirche in Magdeburg zu stellen. Außerdem musste die gehörlose Familie die Eintrittskarte zur Feier für die Gebärdensprachdolmetscherin selbst bezahlen.

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. und die Gehörlosengemeinschaft Sachsen-Anhalt e.V. nehmen hier zur Sache gemeinsam Stellung und betonen, dass dieses Verbot unverständlich und diskriminierend ist. Wir können die Begründung des Vereins „Junge Humanisten Magdeburg e.V.“ nicht nachvollziehen.

Mit dem Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (§ 6 und § 9 BGG) und dem Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (§ 6 und § 14 BGG LSA) wurde die Deutsche Gebärdensprache (DGS) 2002 als eigenständige Sprache anerkannt.

Ziel des BGG LSA (§ 1) ist es, in Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen im Land Sachsen-Anhalt zu verhindern und zu beseitigen, gleichwertige Lebensbedingungen und Chancengleichheit sowie die gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten und eine selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen. Geschlechtsspezifische Diskriminierungen von Menschen mit Behinderungen sind abzubauen und zu verhindern.

Deutschland hat sich mit der Ratifikation der UN-Behindertenrechtskonvention dazu verpflichtet, Menschen mit Hörbehinderungen den gleichberechtigten Zugang zu Information und die Möglichkeiten zur barrierefreien Kommunikation zu gewährleisten (Artikel 9 und 30).

Seit 1997 bietet die staatliche Hochschule Magdeburg-Stendal den Studiengang Gebärdensprachdolmetschen an, wodurch zahlreiche Studierende seitdem erlernen konnten, professionell zu dolmetschen.

Es wäre für uns sehr wünschenswert, wenn der Verein „Junge Humanisten Magdeburg e.V.“ umdenken würde und GebärdensprachdolmetscherInnen zu den nächsten Jugendweihefeiern auf der Bühne zulassen könnte.

#### **Literaturquellen:**

- Christina Bendigs: „Jugendweihe. Gebärdensprache auf Bühne verboten.“ erscheinen in Volksstimme (08.06.2018)
- Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz - BGG) vom 27.04.2002
- Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz Sachsen-Anhalt - BGG LSA) vom 16. Dezember 2010

Berlin, 28.08.2018

### Stellungnahme 5/2018

#### **Behindertenpolitik im Koalitionsvertrag aus der Sicht des Deutschen Gehörlosen-Bundes e. V.**

Am 12.03.2018 haben CDU, CSU und SPD den Koalitionsvertrag für die 19. Legislaturperiode unterzeichnet. Der Vertrag mit dem Titel „Ein neuer Aufbruch für Europa – Eine neue Dynamik für Deutschland – Ein neuer Zusammenhalt für unser Land“ ist die Grundlage der Bundesregierungsarbeit.

Bei den 6. Deutschen Kulturtagen der Gehörlosen vom 17. bis 19.05.2018 in Potsdam haben

- Wilfried Oellers (Heinsberg, Behindertenbeauftragter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion),
- Dr. Matthias Bartke (Hamburg, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales, SPD),
- Jens Beeck (Lingen/Ems, Teilhabepolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion der FDP),
- Sören Pellmann (Leipzig, Behindertenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE) und
- Corinna Ruffer (Trier, Behindertenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen)

als Gäste an der Podiumsdiskussion „Behindertenpolitik im Koalitionsvertrag“ teilgenommen und sich über die Themen Teilhabe an Arbeit, Barrierefreiheit und inklusive Bildung ausgetauscht.



Foto: DGZ/Norbert Richter

Wir haben die entsprechenden Passagen des Koalitionsvertrags analysiert und bewertet.

<b>Koalitionsvertrag</b>	<b>Sicht des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V.</b>
<p>Seite 94-95:  <b>2. Teilhabe von Menschen mit Behinderungen</b>                      Menschen mit Behinderungen haben einen Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe in allen Bereichen unserer Gesellschaft. Mit dem Bundesteilhabegesetz haben wir einen wichtigen Schritt zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention getan. Seine Umsetzung werden wir in den kommenden Jahren intensiv begleiten und gleichzeitig die Teilhabe weiter fördern.</p>	<p>Wir begrüßen, dass sich die Große Koalition für die Gestaltung einer inklusiven Gesellschaft und die Umsetzung der Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) einsetzen will. Die UN-BRK ist in Deutschland bereits seit dem 26.03.2009 geltendes Recht.</p>
<p><b>Teilhabe an Arbeit</b>                      Wir prüfen die Einführung eines Budgets für Ausbildung. Wir wollen zudem die Assistierte Ausbildung um zwei Jahre verlängern und weiterentwickeln. Darüber hinaus wollen wir gemeinsam mit den Akteuren der Arbeitsmarktpolitik klären, wie Teilqualifizierungen einen Beitrag leisten können, auch Menschen mit Beeinträchtigungen, die als nicht ausbildungsfähig gelten, einen schrittweisen Einstieg in eine anerkannte Ausbildung nach § 66 Berufsbildungsgesetz (BBIG) oder § 42m Handwerksordnung (HwO) zu ermöglichen. Inklusionsbetriebe werden wir weiter fördern. Wir wollen die Werkstätten für behinderte Menschen unterstützen, ihr Profil entsprechend neuer Anforderungen weiterzuentwickeln und dem Wunsch der Menschen mit Behinderungen nach Selbstbestimmung Rechnung zu tragen.</p> <p>Gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit werden wir die Ursachen der überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderungen genau analysieren und passgenaue Unterstützungsangebote entwickeln. Wir wollen die Meldepflicht an die Arbeitsagenturen für offene Stellen im öffentlichen Dienst, die von einem Menschen mit Schwerbehinderung besetzt waren, wiedereinführen. Das betriebliche Eingliederungsmanagement wollen wir stärken. Für alle Menschen mit Behinderungen, ob im allgemeinen Arbeitsmarkt oder in Werkstätten beschäftigt, wollen wir den</p>	<p>Menschen, die ausschließlich gehörlos sind, werden in den meisten Fällen nicht in Werkstätten für Behinderte beschäftigt. Dort sind jedoch sehr häufig Gehörlose mit anderen Behinderungen, zum Beispiel psychischen Erkrankungen oder geistigen Beeinträchtigungen, tätig. Jedoch bleiben viele gehörlose Betroffene dauerhaft dort beschäftigt, auch wenn sie die Fähigkeit haben, in Integrationsfirmen oder auf dem ersten Arbeitsmarkt tätig zu werden. Es muss mehr getan werden, um den Übergang von dieser Beschäftigungsform in den ersten Arbeitsmarkt zu fördern und zu ebnen.</p> <p>Seit Oktober 2000 haben wir einen Rechtsanspruch auf Kostenübernahme einer notwendigen Arbeitsassistenz (§ 49 und § 185 SGB IX). Hier gibt es erhebliche Probleme: Betroffene berichten von viel zu langen Bearbeitungszeiten der Anträge auf Gewährung dieses Rechtsanspruches, pauschalen Kürzungen des Bedarfes und oft wechselnden Zuständigkeiten für die Sachbearbeitung.</p> <p>Dazu ein plastisches Beispiel: Eine Gehörlose erhält die Zusage für eine neue Arbeit</p>

<p>vollen Zugang zu medizinisch-beruflicher Rehabilitation verbessern. Wir sehen dabei insbesondere für Menschen mit psychischer Erkrankung einen Nachholbedarf.</p>	<p>und beantragt die Leistung „Arbeitsassistenz“. Ihr Chef bzw. Arbeitgeber beobachtet sie während der Probezeit. Ohne Arbeitsassistenz wird die Arbeit der gehörlosen Mitarbeiterin nicht annähernd so sein können, wie die eines/einer hörenden Bewerbers/Bewerberin. Wenn die Bewilligung erst eintrifft, nachdem aufgrund der Kommunikationsprobleme der Arbeitsplatz bereits verloren ist, nutzt selbst ein positiver Bescheid des Integrationsamtes der wieder arbeitslosen Hörbehinderten nichts mehr. Sie hatte nie eine Chance, ihre ganze Arbeitsleistung und ihre Fähigkeiten zu zeigen.</p> <p>Wir messen deshalb der Leistung Arbeitsassistenz eine besonders hohe Bedeutung im Hinblick auf die Verbesserung der Teilhabechancen von hörbehinderten Menschen bei. Sie hilft, Inklusion im Arbeitsleben zu verwirklichen und damit eine Forderung der UN-BRK zu erfüllen.</p> <p>Die Arbeitslosenquote gehörloser Menschen ist im Vergleich zu jener von ArbeitnehmerInnen ohne Hörbehinderungen höher. Viele Firmen zahlen lieber die Ausgleichsabgabe, als gehörlose Menschen einzustellen. Der Zugang zu Arbeit und der Erhalt von Arbeit sind dadurch erschwert. Daraus resultiert das eingeschränkte Wohlbefinden vieler Gehörloser am Arbeitsplatz.</p>
<p><b>Barrierefreiheit</b>                      Wir wollen behinderungsgerechten, barrierefreien Wohnungsbau und barrierefreie Mobilität fördern, damit Menschen mit Behinderungen eine Wahl haben, wo und wie sie leben wollen. Wir wollen darüber hinaus Initiativen zu mehr Barrierefreiheit in Städten und Gemeinden stärken. Wir wollen Anreize auch durch Förderprogramme zur Verbesserung der Barrierefreiheit in den Kommunen setzen (z. B. Einsatz leichter Sprache und Gebärdendolmetscher, mobile sanitäre Anlagen, barrierefreie Veranstaltungen).</p> <p>Im Rahmen der Weiterentwicklung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) werden wir prüfen, wie Private, die</p>	<p>Wir begrüßen sehr, dass die Barrierefreiheit in den Kommunen durch Förderprogramme verbessert werden soll.</p> <p>Im Hinblick aufzutreffende Fachbezeichnungen bitten wir, statt "Gebärdendolmetscher" die korrekte Bezeichnung „Dolmetscher/-in für Gebärdensprache und Deutsch" zu verwenden.</p> <p>Aus unserer Sicht genügt es nicht, den beschriebenen Sachverhalt nur zu prüfen! Wir fordern, dass Unternehmen, die Dienstleistungen für die Allgemeinheit erbringen,</p>

<p>Dienstleistungen für die Allgemeinheit erbringen, angemessene Vorkehrungen umsetzen können. Ein erster Schritt wird den Gesundheitssektor betreffen.</p>	<p>angemessene Vorkehrungen im Sinne der UN-BRK (Artikel 2) treffen müssen. Es ist gesetzlich klarzustellen, dass die Verweigerung von angemessenen Vorkehrungen eine Diskriminierung bedeutet. Ebenso sind in das Behindertengleichstellungsgesetz umfassende Regelungen für Barrierefreiheit und eine diesbezügliche gesetzliche Verpflichtung aufzunehmen – einschließlich einer verbindlichen Frist bzw. eines verbindlichen Stufenplans zur Umsetzung der Barrierefreiheit, sowohl für den öffentlich-rechtlichen als auch den privatrechtlichen Bereich.</p> <p>Barrierefreiheit hat einen starken kollektiven Charakter und bezieht sich auf den Zugang und die Nutzbarkeit von Angeboten, Leistungen und Informationen für alle Menschen gleichermaßen.</p> <p>Mit „angemessenen Vorkehrungen“ sollen hingegen individuelle Einschränkungen ausgeglichen und damit Diskriminierungen verhindert werden.</p> <p>Im Jahr 2016 wurde das Bundesgleichstellungsgesetz novelliert. Ignoriert wurde dabei die Forderung der Menschen mit Behinderung, auch die Privatwirtschaft zur Barrierefreiheit zu verpflichten. Da auch das Leben gehörloser Menschen zu einem großen Teil mit der Privatwirtschaft verflochten ist, wird ihnen damit eine echte und umfassende Teilhabe vorenthalten. Diese ist in anderen Ländern, etwa in Österreich und in den USA, längst Realität.</p>
<p>Die Digitalisierung eröffnet neue Teilhabechancen insbesondere für sinnesbehinderte und mobilitätseingeschränkte Menschen. Hier wollen wir einen Schwerpunkt im Nationalen Aktionsplan setzen.</p>	<p>Gerade für Gehörlose ist jede Verbesserung der kommunikativen Möglichkeiten vorrangig. Dazu gehören unter anderem ein schnelleres Internet, die Vernetzung der Schulen, die zügige Schließung bestehender Funklöcher und weiße Flecken beim Mobilfunk und mobilen Internet sowie kostenlose WLAN-Hotspots in Bahnhöfen und Zügen. Das Datenvolumen im Mobilfunk darf nicht beschränkt oder durch zusätzliche Kosten belastet werden.</p>
<p>Wir werden darauf hinwirken, dass die Produzenten der Medien ihren Verpflichtungen nachkommen, zugängliche und barrierefreie</p>	<p>Fernsehen und Internet spielen eine große Rolle im Leben Gehörloser. Diese audiovisuellen Medien bestehen aus zwei Komponenten: Ton und Bild. Ersterer kann von Gehörlosen nicht wahrgenommen werden. Da für</p>

<p>Angebote in Film, Fernsehen und Print anzubieten. Dabei haben die öffentlichen Medien eine Vorbildfunktion.</p>	<p>sie der Fernseher immer stumm bleibt, sind gehörlose Menschen darauf angewiesen, gesendete Informationen mit den Augen aufzunehmen. Nur durch die Visualisierung akustischer Informationen in Form von Untertiteln oder Gebärdensprache erhalten Gehörlose also einen barrierefreien Zugang zum Fernsehprogramm und somit zu Informationen.</p> <p>Mit Untertitelungsquoten zwischen 70 und 98 Prozent gab es bei den öffentlich-rechtlichen Sendern ARD und ZDF sowie bei fast allen Dritten Programmen eine positive Entwicklung in den letzten fünf Jahren. Dagegen bleiben die Spartensender, wie Phoenix oder Arte, weit hinter den Erwartungen zurück. Auch die großen Privatsender schließen Gehörlose mit nur etwa einer untertitelten Sendung pro Tag noch weitgehend vom Programmangebot aus.</p> <p>Um für Menschen mit Hörbehinderungen den gleichberechtigten Zugang zu Information sowie Möglichkeiten zur barrierefreien Kommunikation zu garantieren, müssen unter anderem in den Medien 100 Prozent Untertitelungen durchgängig verfügbar sein und Inhalte konsequenter in die Deutsche Gebärdensprache übersetzt werden.</p>
<p><b>Unabhängige Teilhabeberatung</b> Unabhängige Teilhabeberatung wollen wir durch eine Weiterführung der Finanzierung verlässlich schützen.</p>	<p>Wir begrüßen die geplante dauerhafte Finanzierung der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung nach § 32 SGB IX anstelle der derzeit im Bundesteilhabegesetz festgelegten fünf Jahre.</p>
<p><b>Politische Partizipation</b> Unser Ziel ist ein inklusives Wahlrecht für alle. Wir werden den Wahlrechtsausschluss von Menschen, die sich durch eine Vollbetreuung unterstützen lassen, beenden. Wir empfehlen dem Deutschen Bundestag, in seinen aktuellen Beratungen zu Änderungen am Wahlrecht, dieses Thema entsprechend umzusetzen.</p>	<p>Wir unterstützen ausdrücklich, das Wahlrecht für alle Menschen mit Behinderungen. Bevor Gehörlose wählen gehen, ist es für sie jedoch sehr wichtig, die Inhalte der Wahlprogramme zu verstehen. Dazu sind eine Untertitelung und die Übersetzung in Gebärdensprache notwendig.</p>
<p><b>Schutz vor Gewalt</b> Menschen mit Behinderungen werden besonders häufig Opfer von Gewalt in unterschiedlichster Form. Wir wollen die Aufklärung und Stärkung der Menschen fördern</p>	<p>Die geplante Förderung der Aufklärung und Stärkung von Menschen mit Behinderungen im Hinblick auf gegen sie verübte Gewalt begrüßen wir besonders. Dies vor allem, da</p>

<p>sowie Gewaltschutzkonzepte in Einrichtungen und eine Verbesserung der Unterbringungsmöglichkeiten nach Übergriffen, z. B. in barrierefreien oder mit speziell geschultem Personal besetzten Frauenhäusern.</p>	<p>Gehörlose, zum Beispiel gehörlose Frauen, in einem größeren Ausmaß von Gewalt betroffen sind. Gewaltschutzkonzepte in Einrichtungen und Verbesserungen bei der Unterbringung nach Übergriffen sollten speziell auch den kommunikativen, psychosozialen und kulturellen Notwendigkeiten Gehörloser Rechnung tragen.</p>
<p>Seite: 29  <b>Inklusive Bildung</b>  Mit der Investitionsoffensive Schule und dem Digitalpakt Schule tragen wir auch zur inklusiven Bildung bei. In der Bildungsforschung soll die inklusive Bildung entlang der gesamten Bildungsbiographie zu einem Schwerpunkt gemacht werden.</p>	<p>Wir begrüßen, dass das Kooperationsverbot im Bildungsbereich aufgehoben wird. Wir fordern, dass inklusive Bildung unter beratender Einbeziehung der Betroffenen qualitativ verbessert wird.  Im geplanten Nationalen Bildungsrat müssen die Behindertenverbände vertreten sein.</p> <p>Dieser mangelnde Ehrgeiz zeigt sich nun auch im Entwurf für den Koalitionsvertrag: Union und SPD wollen sich ganz offensichtlich nicht darum kümmern, dass im Bildungsbereich an den richtigen Stellen Geld zur Verfügung steht, um ein funktionierendes inklusives Bildungssystem auf- und auszubauen.</p> <p>Deutschland hat sich verpflichtet, das Erlernen der Gebärdensprache und die sprachliche Identität der Gehörlosen zu fördern (Artikel 24 UN-BRK).  Das Bildungsangebot ist für Gehörlose in Deutschland nicht ausreichend. Gerade gehörlose Kinder benötigen eine zweisprachige und barrierefreie Förderung in Deutscher Gebärdensprache sowie in deutscher Laut- bzw. Schriftsprache. Dies ist selbst in Förderschulen für Hören und Kommunikation oftmals noch nicht die Regel. Deutsche Gebärdensprache als Unterrichtsfach wird derzeit nur in wenigen Bundesländern angeboten. Eine Anerkennung als gleichwertiges (Fremd-) Sprachenfach für Abschlussprüfungen, wie zum Beispiel im Abitur, hat die KMK noch nicht umgesetzt. Auch für erwachsene gehörlose Menschen gibt es im Vergleich zu Angeboten für Hörende zu wenig Bildungsangebote. So werden in Deutschland nur für den ersten Bildungsweg teilweise Dolmetscher/-innen für Gebärdensprache bezahlt.</p>

	<p>Die inklusive Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Hörbehinderungen erfordert Maßnahmen, die weit über bauliche Veränderungen hinausgehen. Es fehlen verbindliche Konzepte für inklusive Beschulung, vor allem hinsichtlich einer bimodalen und bilingualen Beschulung (Gebärdensprache, Schrift-/Lautsprache) von gehörlosen Kindern und Jugendlichen in Regelschulen, die mit Konzepten für andere bilinguale Schulen (etwa Englisch/Deutsch) vergleichbar sind. Außerdem brauchen wir Dolmetscher/-innen für Gebärdensprache und die gehörlosengerechte Förderung in der Ganztagsbetreuung an Regelschulen. Wirkliche Inklusion gelingt nur durch den gleichberechtigten Einsatz der Deutschen Gebärdensprache und der Laut-/Schriftsprache im Unterricht.</p>
--	---

Insgesamt konnten wir feststellen, dass zahlreiche Prüfaufträge in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurden. Wir fordern nun konkrete politische Handlungen, um diese zu erfüllen und um die Lebenssituation von Menschen mit Hörbehinderungen im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention signifikant zu verbessern.

**Über den Bundesverband**

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine.  
Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen, durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

**Pressekontakt**

Daniel Büter  
Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit  
Prenzlauer Allee 180, 10405 Berlin  
E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)  
Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetscherinnen und Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch: 01805-83 77 00

Berlin, 04.10.2018

## Stellungnahme 6/2018

### Der Telefonvermittlungsdienst in Schrift- und Gebärdensprache soll für Gehörlose und andere Menschen mit Hörbehinderungen ab dem 01.01.2019 bundesweit kostenfrei genutzt werden können!

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. unterstützt den offenen Brief der Deutschen Gesellschaft der Hörbehinderten – Selbsthilfe und Fachverbände e. V. (DG) „Vermittlungsdienst für gehörlose und hörgeschädigte Menschen §§ 45 Abs. 3 und 108 Telekommunikationsgesetz (TKG)“ vom 13.09.2018, der sich an das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, die Bundesnetzagentur, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, den Bundesbehindertenbeauftragten sowie den zuständigen Bundestagsabgeordneten gerichtet hat.

In dem offenen Brief wird die Forderung erhoben, die monatliche Grundgebühr (5 Euro) und die Gesprächsgebühren (0,14 Euro bzw. 0,28 Euro pro Minute) zur privaten Nutzung des Vermittlungsdienstes ab dem 01.01.2019 komplett abzuschaffen und die bisher geltenden gesetzlichen Regelungen zum barrierefreien Notruf für Menschen mit Hörbehinderungen durch § 108 TKG sowie die Notrufverordnung anzupassen bzw. zu ändern.

Diese wichtigen Forderungen der DG vollzieht der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. nach und begrüßt diese sehr, um einen besseren und kostenfreien Zugang zum Telefonvermittlungsdienst in Schrift- und Gebärdensprache zu ermöglichen und die Notrufsituation für Menschen mit Sprach- und Hörbehinderungen zu verbessern.

Die neue öffentliche Ausschreibung von der Bundesnetzagentur für den Zeitraum vom 01.01.2019 bis 31.12.2022 zeigt erfreulicherweise, dass die monatliche Grundgebühr (5 Euro) zur privaten Nutzung abgeschafft werden soll. Jedoch sollen die Gesprächsgebühren (0,14 Euro und 0,28 Euro pro Minute) noch unverändert bestehen bleiben.

Laut Quelle von CSMG 2012 über die internationale Bereitstellung von Video Relay Services (Seite 9) werden die Kosten zur Nutzung der Video-Relay-Dienste (VRS) in anderen Ländern, z. B. Amerika, Schweden, Australien, Frankreich, Neuseeland, Norwegen etc., von der Regierung und/oder den Telekommunikationsanbietern finanziert.

Wie wir festgestellt haben, ist Deutschland im Vergleich mit diesen oben genannten Ländern das einzige Land, in dem gehörlose und hörbehinderte Nutzer die behindertenspezifischen Mehrkosten selbst zahlen müssen. Das stellt eine deutliche Benachteiligung und Ungleichbehandlung dar. Deshalb schließt sich der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. der Forderung der DG ausdrücklich an, dass der Telefonvermittlungsdienst in Schrift- und Gebärdensprache ab dem 01.01.2019 bundesweit kostenfrei genutzt werden kann. Die Bundesregierung und die Telekommunikationsunternehmen sollen die Kosten des Telefonvermittlungsdienstes in vollem Umfang übernehmen.

Als die gehörlose Pinky Gehrcke, geboren und aufgewachsen in den USA, nach Deutschland zog, war sie sehr erschrocken über diese Zustände. So erzählte sie es auf der Bühne vor 2.500 Zuschauern bei den 6. Deutschen Kulturtagen der Gehörlosen vom 17. bis 19.05.2018 in Potsdam. Schon seit einigen Jahren setzt sie sich ein für dieses Thema und fordert: „Keine Mehrkosten für die Telefonvermittlungsdienste in Deutschland!“

Die Facebook-Gruppe „Unterschriftenaktion Tess-Bundesnetzagentur ohne Grundgebühr und zusätzliche Telefonminuten“ von Lars Neuhaus und Danny Canal hat die Initiative ergriffen und ein Protestschreiben gepostet. Schon haben viele Gehörlose und andere Menschen mit Hörbehinderungen dieses Protestschreiben ausgedruckt, unterschrieben und per Post an die Bundesnetzagentur abgeschickt.



Foto: Pinky Gehrcke

Das zeigt uns ganz deutlich, dass alle Menschen mit Sprach- und Hörbehinderungen die kostenfreie Nutzung zum Telefonieren und Notrufabsetzen über die Vermittlungsdienste in Schrift- und Gebärdensprache dringend benötigen, um die Benachteiligung auszugleichen und ihre Selbstständigkeit, Selbstbestimmung bzw. Unabhängigkeit zu fördern und zu stärken.

Die „Tess – Sign & Script – Relay-Dienste für hörgeschädigte Menschen GmbH“ bietet eine sehr wichtige Dienstleistung an für Gehörlose und andere Menschen mit Hörbehinderungen. Ohne diese Vermittlungsdienste können wir nicht telefonieren, einen barrierefreien Notruf absetzen oder einen Ferndolmetscher/eine Ferndolmetscherin beauftragen. Das muss in Übereinstimmung mit der UN-Behindertenrechtskonvention weiter ausgebaut werden, und zwar ohne behindertenspezifische Mehrkosten.

#### Literaturquellen:

- Offener Brief „Vermittlungsdienst für gehörlose und hörgeschädigte Menschen §§ 45 Abs. 3 und 108 Telekommunikationsgesetz (TKG)“ der Deutschen Gesellschaft der Hörbehinderten – Selbsthilfe und Fachverbände e. V. (13.09.2018)
- Ausschreibung des Vermittlungsdienstes für gehörlose und hörgeschädigte Menschen nach § 45 Abs. 3 S. 3 TKG für 2019-2022 durch die Bundesnetzagentur (01.08.2018)
- Verfügung 80/2018, Amtsblatt Nr. 12 v. 27.06.2018 der Bundesnetzagentur
- Internationale Bereitstellung von Video Relay Services (CSMG, Final Report, Oktober 2012)
- Protestschreiben an die Bundesnetzagentur
- Dokumentation zur Fachtagung „Barrierefreier Notruf“ vom 29.11.2016

#### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbände und 10 bundesweite Fachverbände, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen, durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

#### Pressekontakt

Daniel Büter

Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch

Telefon: 01805-83 77 00



Berlin, 01.02.2019

## Stellungnahme 01/2019

### Vorab-Stellungnahme zur künftig geplanten 7. Versorgungsmedizinischen Änderungsverordnung

Bearbeitet von Dr. Ulrike Gotthardt und Lela Finkbeiner (Bereich Gesundheit)

In dieser, derzeit in Entwicklung befindlichen, 7. Änderungsverordnung, steht das Thema „Hören“ im Fokus.

Dazu gibt es bereits jetzt unterschiedliche Vorabinformationen, die sich jedoch noch nicht auf einen konkreten Entwurf zur 7. Änderungsverordnung berufen können.

Ungeachtet dieser derzeit noch unklaren Informationslage ist es dem DGB ein wichtiges Anliegen, zu seinen Grundpositionen bzgl. der Versorgung Gehörloser bzw. Hörbehinderter mit technischen Hilfsmitteln, einschließlich CI, in Verbindung mit dem Grad der Behinderung (GdB) und der Wertmarke Stellung zu beziehen.

### GdB in Abhängigkeit von genutzter Technik

Gehörlosigkeit/Taubheit und Hörbehinderung sind bzgl. ihrer Potentiale wie auch ihren Einschränkungen bzgl. der Kommunikationsfähigkeit, der psychosoziale Entwicklung und anderen unterschiedliche Aspekte bei den einzelnen Hörbehinderten nicht vorhersehbar, nicht einfach kategorisierbar und für Außenstehende in ihrer Komplexität kaum beurteilbar.

Betroffene mit Resthörvermögen können heute zwar technisch weiterentwickelte Hörgeräte nutzen, jedoch sich hierbei mit Hörgeräten kein Hören erzielen, wie es Hörende kennen. D.h. die Betroffenen bleiben trotz Hörgeräten stark schwerhörig. Zudem sind sie damit abhängig von einer Technik, auf die man sich selten sicher verlassen kann, die heute komplexer und damit technisch anfälliger und für den Einzelnen kaum noch steuerbar ist. Zudem werden Geräte auf den Markt gebracht oder vom Markt genommen, wie sie den industriellen Interessen und nicht den individuellen Notwendigkeiten des einzelnen Hörbehinderten entsprechen. Oder es können z.B. viele Betroffene die Geräte nicht länger als einige Stunden im Ohr lassen, da es z.B. zu Entzündungen kommt. Somit sind Hörgeräteträger bei technischen Ausfällen oder medizinischen Komplikationen, die teilweise Tage und Wochen betragen können, wie auch bei der notwendigen Herausnahme der Geräte, z.B. nachts, weiterhin genauso taub oder schwerhörig wie ohne die Hilfsmittel.

Genauso liegt die Situation bei gehörlosen/tauben bzw. hörbehinderten Personen mit einer CI-Versorgung. Auch mit diesen Geräten ist oftmals kein durchschlagender Hörerfolg, wie Hörende es kennen, zu erzielen. Die Betroffenen bleiben trotz CI hörbehindert mit einer großen Bandbreite unterschiedlicher akustischer Einschränkungen, die kaum zu kategorisieren sind. Auch CIs sind anfällig mit z.B. tagelangen technischen Ausfällen oder medizinischen Nebenwirkungen, auch werden sie z.B. nachts abgelegt. Dann sind die Betroffenen genauso taub oder schwerhörig wie ohne CI-Versorgung.

**Aus der Sicht des DGB ist es daher unabdingbar**, dass sich ungeachtet des technischen Fortschritts bei weiter bestehenden Einschränkungen der Geräte selbst, nicht vorhersehbaren Problemen bzw. Nebenwirkungen und Ausfällen der technischen Hilfsmittel, sich die **Einstufung des GdB alleine am Ausmaß der primären Hörbehinderung orientieren muss**. Ein Abzug des GdB aufgrund einer bestehenden Versorgung mittels Hörhilfen (Hörgerät, CI u.a.) ist abzulehnen. Dies, da Hörhilfen u.a. aufgrund eines nicht erreichbaren Hörvermögens

wie es dem Hörender entspricht, wie auch der bestehenden, in ihrem Ausmaß nicht vorhersehbaren und für die Betroffenen nicht steuerbaren, Einschränkungen keinen konstanten und sicheren, dem normalen Hören vergleichbaren Ausgleich der Hörbehinderung bieten können.

### Nachteilsausgleich, hier: WERTMARKE

Für gehörlose/taube bzw. hörbehinderte Menschen, die Gebärdensprachnutzer\*innen sind, hat der persönlich-kommunikative Austausch mit anderen Gebärdensprachnutzern eine übertragende Bedeutung für die Lebensqualität auf allen Ebenen. Nicht nur für sozialen Austausch untereinander, auch für das berufliche und Alltagsleben, einschließlich kultureller Veranstaltungen, wie Treffen und Aktivitäten der Gehörlosenvereine und Gehörlosensportvereine, Gebärdensprachfestivals, Kulturtage etc. müssen und werden weite Wege in Kauf genommen. Hinzu kommt, dass es vermehrt gehörlosengerecht-gebärdensprachliche medizinische (z.B. Praxen von Zahnärzten, Psychotherapeuten, stationäre und ambulante psychiatrische Angebote, Gesundheitstage für Gehörlose, z.B. in Bayern), soziale (EUTB für Gehörlose/Hörbehinderte), wirtschaftliche (z.B. Frisöre) u.a. Angebote gibt. Diese finden sich allerdings weit verstreut und zumeist in Ballungsgebieten, was wiederum für den einzelnen Betroffenen meist weite Anfahrtswege bedeutet.

Ein wichtiger Aspekt, der immer wieder als Gegenargument genutzt wird, ist, dass es ortsnahe Gebärdensprachdolmetscher gebe. Zum einen ist deren Zahl immer noch zu gering, so dass es oft lange Wartezeiten für Einsätze gibt. Vor allem aber ermöglicht dieses nicht, das oft gewünschte oder auch primär für notwendig angesehene, z.B. im ärztlich-psychotherapeutischen Setting, 4-Augen-Gespräch. Insofern kann hier argumentativ die Möglichkeit von Gebärdensprachdolmetschern nicht die Vorrangigkeit des direkten Kontakts mit anderen Menschen bzw. Dienstleistern ersetzen.

Moderne Medien, wie Skype, Facebook u.a. können das Leben der modernen Menschen, sowohl der Hörenden wie der Gehörlosen und Hörbehinderten (=Gebärdensprachnutzer\*innen), erleichtern. Zudem bleiben aufgrund der oftmals eingeschränkten Lese- und Schreibfähigkeiten schriftliche Medien vielen Gehörlosen und Hörbehinderten damit trotzdem weiterhin verschlossen. Videoübertragungsmöglichkeiten erleichtern Vieles, ersetzen jedoch weder bei Hörenden noch bei den Gehörlosen den zwischenmenschlichen persönlichen Kontakt und Austausch, den Gehörlose gebärdensprachlich in der näheren Umgebung ohnehin nur sehr eingeschränkt finden können.

Aufgrund der o.g. Aspekte sind Gehörlose und Hörbehinderte trotz moderner technischer Weiterentwicklungen weiterhin darauf angewiesen die oft weiten Entfernungen durch ÖPNV oder das eigene Auto zu überwinden. Hinzu kommt, dass Gehörlose und Hörbehinderte öfters arbeitslos sind oder in schlechter bezahlten, z.T. vom Wohnsitz auch weit entfernten, Tätigkeiten unterkommen müssen. **Insofern fordert der DGB für alle Gehörlosen und Hörbehinderte mindestens das Fortbestehen der heutigen Kriterien der Zuerkennung der Wertmarke**. Eine Einschränkung der Zuerkennungskriterien bis hin zum befürchteten Wegfall der Wertmarke wird erhebliche Konsequenzen mit sich ziehen, deren Ausmaß nach heutigen Erkenntnissen massiv sein werden: emotional-soziale Isolation der betroffenen Gehörlosen und Hörbehinderten, Einschränkungen in Gesundheit und Pflege, wirtschaftliche Verluste, etc.

### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.





Berlin, 13.02.2019

## Stellungnahme 02/2019

### Kritik an der neuen Regelung der Bahn für Menschen mit Behinderungen

In der Vergangenheit hat die Mobilitätsservice-Zentrale (MSZ) der Deutschen Bahn die Fahrgäste mit Mobilitätseinschränkungen unterstützt, auch wenn sie mit anderen Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) fahren. Dies gilt seit dem 1. Februar 2019 nicht mehr. Das heißt, dass die Fahrgäste künftig bei den verschiedenen EVUs die jeweiligen MSZ in Anspruch nehmen müssen.

Der Deutsche Gehörlosen-Bund ist nicht einverstanden damit, dass die Deutsche Bahn nicht mehr zentral für Menschen mit Behinderungen zuständig sein soll. Es muss weiterhin eine zentrale Stelle geben, die als Vermittler zwischen den Behinderten und den anderen EVUs auftritt bzw. deren Interessen vertritt. Es kann nicht sein, dass z. B. ein Rollstuhlfahrer, wenn er mit zwei oder drei verschiedenen Eisenbahnverkehrsunternehmen durch Deutschland reist, die notwendigen Hilfen bei jedem einzelnen Unternehmen per Handy, Email oder SMS anfragen muss. Das Gleiche gilt auch für gehörlose und hörbehinderte Fahrgäste, die ohnehin mit der Kommunikation erhebliche Probleme haben, und auch für ältere Fahrgäste, die damit oft völlig überfordert sind.

Außerdem ist die Bekanntgabe der Ankündigung zur neuen Regelung seit dem 1. Februar 2019 zu kurzfristig. Auf diese Weise wird den Betroffenen nicht die Möglichkeit zur ausreichenden Vorbereitung und Suche nach Alternativmöglichkeiten gegeben.

Wir vom Deutschen Gehörlosen-Bund fordern, dass die Deutsche Bahn weiter die zentrale Rolle als Ansprechpartner und Vermittler bei erforderlichen Hilfeleistungen bei Reisen behinderter Menschen mit unterschiedlichen EVU übernimmt. Es ist nicht zumutbar, dass die behinderten Fahrgäste sich selbst um die Koordinierung der Hilfeleistungen der verschiedenen EVUs kümmern müssen.

Da sie ein staatliches Unternehmen ist, sehen wir die Deutsche Bahn in der Pflicht, sich dieser Personengruppe besonders anzunehmen. Gerade im 10. Jahr der UN-Behindertenrechtskonvention sollte es möglich sein, dass alle Menschen mit Behinderungen und Mobilitätseinschränkungen mit allen Öffentlichen Verkehrsmitteln barrierefrei und ohne zusätzliche organisatorische Hürden fahren können.

### Literaturquellen:

- Mobilitätsservice-Zentrale (MSZ) der Deutsche Bahn (Link [hier](#))
- Sachthema „Deutsche Bahn“ (Link [hier](#))

Bearbeitet von Hans-Jürgen Kleefeldt, Präsidiumsmitglied des Deutschen Gehörlosen-Bundes mit dem Schwerpunkt „Verkehr und Mobilität“

### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbände und 10 bundesweite Fachverbände, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen, durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

### Pressekontakt

Daniel Büter

Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch

Telefon: 01805-83 77 00



Berlin, 20.02.2019

## Stellungnahme 03/2019

### Keine gute Aufklärung bzw. Sensibilisierung bei der SOKO München Folge „Stille Liebe“!

Zum Film „Stille Liebe“ innerhalb der Serie SOKO München (ausgestrahlt am 11.02.2019) nimmt der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. im Folgenden Stellung:

Dieser Film führte zu einer riesigen Enttäuschung bei vielen Gehörlosen und gebärdensprachlich orientierten Menschen mit und ohne Hörbehinderung in Deutschland!

Grundsätzlich spricht natürlich nichts dagegen, einen Film über die Themen Gehörlosenkultur und Gebärdensprache zu drehen. Diese Idee ist sogar sehr zu begrüßen, da ja durchaus ein zunehmendes Interesse an der Gebärdensprache vorliegt.

Unsere Kritik bezieht sich auf das Ergebnis der Dreharbeiten, und zwar sowohl auf den Inhalt des Films, vor allem aber auf dessen Realisierung, die zu einem sehr schiefen Bild über die Lebenssituation der Gehörlosen innerhalb der hörenden Gesellschaft führen.

Dies liegt unter anderem auch und vor allem daran, dass der Regisseur in dem Film die zu spielenden gehörlosen Charaktere mit hörenden Schauspielern besetzt hat, die noch nicht einmal die Gebärdensprache beherrschen oder die Ausdrucksmöglichkeiten der Gebärdensprache kennen. Es gelang diesen Schauspielern nicht, die Tiefe der Rolle eines gehörlosen Menschen innerhalb der hörenden Gesellschaft auszuloten und zu vermitteln. Das Ergebnis war, dass der Regisseur, der Autor und eben die Schauspieler dieses Films die Gebärdensprache und das Leben der Gehörlosen innerhalb der hörenden Gesellschaft auf das niedrigstmögliche Kommunikationsniveau reduzierten, was schlicht und einfach nicht zu akzeptieren ist. Wer die Gebärdensprache nur einigermaßen kennt oder sogar beherrscht, weiß, zu welcher subtilen Aussagekraft sie den befähigt, der sie erlernt hat.

Dazu fallen noch Aussagen, die das Leben von Gehörlosen völlig falsch beschreiben. Wie zum Beispiel, dass es einen Verein gäbe, der Gehörlosen einen Assistenten vermittelt, um ihnen dabei zu helfen, rund um die Uhr den Alltag zu bewältigen und dass Gehörlose ohne einen solchen Assistenten aufgeschmissen wären. Gemeint sind sicherlich die Einsätze der Dolmetscher für Gebärdensprache und Deutsch. Ebenso wären ja auch die hörenden Menschen ohne solche Dolmetscher aufgeschmissen. Und ferner wird behauptet, dass wir Gehörlosen ausgegrenzt würden, da wir nicht der Gesellschaftsnorm entsprechen.

Wir möchten hier nur anmerken, dass die Gehörlosen keineswegs Probleme haben damit, in einem hörenden Umfeld die entsprechenden Gespräche mit Dolmetscher/-innen für Gebärdensprache und Deutsch zu führen, und dass sie auch nicht rund um die Uhr auf Assistenten angewiesen sind.

Es ist einfach sehr schade, dass hier versäumt wurde, für den Film echte gehörlose Schauspieler, von denen es viele in Deutschland gibt, zu engagieren oder zumindest einen gehörlosen Schauspieler oder eine Schauspielerin zur Beratung hinzuzuziehen. Man sollte sich ein Beispiel u. a. an dem Tatort „Totenstille“ nehmen, an dessen Drehbuch eine gehörlose Person mitgearbeitet hat und wo die drei gehörlosen Rollen mit echten gehörlosen Schauspielern besetzt wurden. Dieser Film wirkt authentischer und das Thema Gehörlosenkultur und Gebärdensprache wurde korrekt behandelt und beschrieben.

Berlin, 29.03.2019

## Stellungnahme 04/2019

### Novellierung des Filmförderungsgesetzes

#### Vorbemerkung

Seit 2013 müssen alle von der Deutschen Filmförderungsanstalt (FFA) oder vom Deutschen Filmförderfonds (DFFF) geförderten Filme barrierefrei sein, und seit 2017 können Kinos Förderhilfen zur Herstellung von Barrierefreiheit erhalten.

Es würde den Zielen der UN-Behindertenrechtskonvention Artikel 9 (Zugänglichkeit) und Artikel 30 (Teilhabe am kulturellen Leben) entsprechen, wenn Menschen mit Hörbehinderung jederzeit ein Kino besuchen könnten und dabei dem Film auch problemlos folgen können.

Leider sieht die Praxis aber anders aus:

Die Kinofilme werden sehr selten mit „offenen Untertiteln“ (fest im Bild) ausgestrahlt. Ein hörbehinderter Kinobesucher ist hier auf technische Hilfsmittel (Smartphone mit Untertitel-App oder Untertitelbrille) angewiesen. Der Filmbesuch wird auch dadurch für Menschen mit Hörbehinderung zu einem Problem, weil es kaum Informationen sowohl zu barrierefreien Filmen als auch zur barrierefreien Ausstattung von Kinos gibt.

Wir sehen daher im neuen Filmförderungsgesetz noch einen deutlichen Verbesserungsbedarf in der Untertitelqualität und der Definition, was denn unter einem barrierefreien Kino zu verstehen ist.

#### Untertitelqualität

In § 40 (Begriffsbestimmungen) wird eine **barrierefreie Fassung** eines Films als Endfassung des Films mit deutschen Untertiteln für Menschen mit Hörbehinderung in **marktgerechter und kinogeeigneter Qualität** beschrieben. Dazu hat die FFA mit Stand Juli 2017 „Empfehlungen für Standards barrierefreier Filmfassungen“ herausgegeben.

Obwohl Filme nicht nur im Kino, sondern entsprechend der Verwertungskette auch auf DVD, Internet, Fernsehen ausgestrahlt werden, weichen die Untertitelstandards für Kinos erheblich von den entsprechenden Standards für Fernsehsender ab. Infolgedessen können die Untertitel für DVD oder Fernsehen nicht einfach vom Kino übernommen werden, sondern sie müssen neu produziert werden.

Wir plädieren für eine Anpassung der beiden Untertitelrichtlinien.

#### Barrierefreies Kino

In § 47 (Barrierefreie Fassung) werden Förderhilfen für Kinos nur gewährt, wenn barrierefreie Fassungen **in geeigneter Weise und in angemessenem Maße** zugänglich gemacht werden.

Es gibt jedoch sehr unterschiedliche Meinungen darüber, was unter „geeignet“ und „angemessen“ zu verstehen ist. Sie reichen von offenen Untertiteln bis hin zu einer Smartphone-basierten App, die vom Kinobesucher mitzubringen ist.

So steht es auch im Leitfaden für Medienschaffende in Bezug auf die Darstellung von Menschen mit Behinderung. Darin wird festgestellt, dass die reale Perspektive eines behinderten Menschen ihr fiktionales Format authentischer macht, wenn die Figuren mit Behinderung jeweils durch Schauspieler/-innen mit Behinderung besetzt werden oder sich gegebenenfalls im Hinblick auf die Darstellungsweise umfassend beraten lassen. Dieser Leitfaden wurde von der Koordinierungsstelle für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention beim Beauftragten der Bundesregierung für Menschen mit Behinderungen herausgegeben.

Es wäre sehr zu empfehlen, falls wieder einmal ein Film über das Thema Gehörlosigkeit bzw. Gebärdensprache gedreht wird, dass man sich vorab an den Deutschen Gehörlosen Bund, an das Deutsche Gehörlosen-Theater e. V. oder an andere Gehörlosen Theatervereine wendet. Denn diese verfügen in Deutschland über einen Pool an fähigen gehörlosen Schauspieler/-innen. Ferner kann von dort auch ein gehörloser Coach für die hörenden Schauspieler, die die gehörlosen Charaktere spielen, vermittelt werden. Außerdem ist anzumerken, dass je mehr gehörlose Schauspieler/-innen und Menschen mit Behinderung in Serien und Filmen mitspielen, ohne dass ihre Behinderung eigens thematisiert wird, dies umso normaler wird für die Gesellschaft und für deren Vorstellung von Behinderten deren Inklusion. Leider gibt es im deutschen Fernsehen in Serien und Filmen bis jetzt kaum gehörlose Schauspieler bzw. Schauspieler mit anderen Behinderungen. Aber vielleicht ändert sich das ja auch bald. Nur so kann die Inklusion besser klappen, was auch für Nichtbehinderte eine echte Bereicherung darstellen würde.

Bearbeitet von Elisabeth Kaufmann, 1. Vizepräsidentin des Deutschen Gehörlosen Bundes e. V. mit dem Schwerpunkt Kultur

#### Literatur- bzw. Internetquellen:

Deutsche Gehörlosenzzeitung: Kritik an SOKO München: Hörende Schauspieler in tauben Rollen (15.02.2019)

URL: <https://gehoerlosenzzeitung.de/kritik-zdf-soko-muenchen-taube-rollen-hoerende-schauspieler/>

Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen: Auf Augenhöhe. Leitfaden zur Darstellung von Menschen mit Behinderung für Medienschaffende.

URL: [http://www.behindertenbeauftragte.de/SharedDocs/Publikationen/DE/AufAugenhoehe.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.behindertenbeauftragte.de/SharedDocs/Publikationen/DE/AufAugenhoehe.pdf?__blob=publicationFile)

#### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbände und 10 bundesweite Fachverbände, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine. Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen, durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

#### Pressekontakt

Daniel Büter  
Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit  
E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch  
Telefon: 01805-83 77 00

Berlin, 10.04.2019

## Stellungnahme 05/2019

### zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung (BITV 2.0)

Im Sommer 2018 wurde das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) durch die Umsetzung der EU-Richtlinie 2016/2102 über den barrierefreien Zugang zu den Webseiten und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen geändert.

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. (DGB) sieht den vorgelegten Entwurf als einen notwendigen und richtigen Schritt an, die betreffenden Angebote der Webseiten und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen des Bundes für Gehörlose und andere Menschen mit Hörbehinderungen in Gebärdensprache und Untertiteln zugänglich zu machen.

Der neue Entwurf ist viel schlüssiger und gegenüber der alten Verordnung vom 25.11.2016 nachgebessert.

Aus der Sicht des DGBs besteht Änderungsbedarf in drei Punkten:

#### 1. § 4 Erläuterungen in Deutscher Gebärdensprache und Leichter Sprache

Die Beschreibung der Webseiten („2. Hinweise zur Navigation“) hält der DGB nicht für sinnvoll, weil sie der Version BITV 2.0 aus dem Bereich blinder Menschen entlehnt wurde und dort sicherlich sinnvoll erscheint. Gehörlose Menschen aber sind visuell orientiert und können Webseiten optisch gut erfassen. Hier bedarf es keiner diesbezüglichen Erklärung.

Ein früherer Abteilungsleiter vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat sich dazu so geäußert:

*„Es ist wie ein gut in Leder gebundenes Buch mit Goldverzierungen, von außen macht sich das gut. Schlägt man es auf, stößt man auf ein Inhaltsverzeichnis und dann nur noch auf leere Seiten, weil es keine Inhalte gibt.“*

Es gibt genau das wieder, was wir auch von gehörlosen Bürgern als Rückmeldung erhalten.

Der DGB plädiert daher für das konkrete Benennen von Inhalten, die angeboten werden sollen.

Alle aktuellen Informationen, z. B. bei den Neujahrsansprachen, bei Podcasts von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, bei Pressemitteilungen aller öffentlichen Stelle des Bundes, sollen zu 100 % in Deutscher Gebärdensprache und mit Untertiteln übersetzt werden.

Da Gehörlose und andere Menschen mit Hörbehinderungen den gleichen Zugang brauchen wie Hörende bzw. Menschen ohne Hörbehinderungen, auch da alle Informationen gleich sind. Das ist eine volle Barrierefreiheit und Zugänglichkeit!

Weiterhin plädiert der DGB für den Einsatz von Übersetzungen in die Gebärdensprache bei den sozialen Medienkanälen (Facebook, Twitter, Instagramm). Hier erkennt der DGB eine starke Tendenz der Bundesministerien, dort zu veröffentlichen.

Hörbehinderte Kinobesucher sehen in offenen Untertiteln die Ideallösung, da sie sich um die technische Ausstattung keine Gedanken machen müssen. Gleichwohl ist uns bewusst, dass es (nichthörbehinderte) Kinobesucher gibt, die sich durch offene Untertitel gestört fühlen.

Ein fairer Kompromiss könnte darin bestehen, dass sich ein Kino dazu verpflichtet, einen Film **an einem Tag in der Woche** mit offenen Untertiteln zu zeigen und dem Besucher an den restlichen Tagen eine technische Lösung (Untertitel-App oder Untertitelbrille) zur Herstellung von Barrierefreiheit zur Verfügung zu stellen.

#### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbände und 10 bundesweite Fachverbände, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen, durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

#### Pressekontakt

Daniel Büter

Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch

Telefon: 01805-83 77 00

Entwurf der Verordnung zur Änderung der BITV 2.0	Unser Vorschlag
<p style="text-align: center;">§ 4</p> <p style="text-align: center;">Erläuterungen in Deutscher Gebärdensprache und Leichter Sprache</p> <p>Auf der Startseite einer Website einer öffentlichen Stelle sind gemäß Anlage 2 folgende Erläuterungen in Deutscher Gebärdensprache und in Leichter Sprache bereitzustellen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Informationen zu den wesentlichen Inhalten,</li> <li>2. Hinweise zur Navigation,</li> <li>3. eine Erläuterung der wesentlichen Inhalte der Erklärung zur Barrierefreiheit,</li> <li>4. Hinweise auf weitere in diesem Auftritt vorhandene Informationen in Deutscher Gebärdensprache oder in Leichter Sprache.</li> </ol>	<p style="text-align: center;">§ 4</p> <p style="text-align: center;">Erläuterungen in Deutscher Gebärdensprache und Leichter Sprache</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1) Auf der Startseite einer Website einer öffentlichen Stelle sind gemäß Anlage 2 folgende Erläuterungen in Deutscher Gebärdensprache und in Leichter Sprache bereitzustellen: <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Alle Informationen <b>über die Organisation und</b> zu den wesentlichen Inhalten,</li> <li>2. <b>Übersetzung von wesentlichen Inhalten,</b></li> <li>3. eine Erläuterung der wesentlichen Inhalte der Erklärung zur Barrierefreiheit,</li> <li>4. Hinweise auf weitere in diesem Auftritt vorhandene Informationen in Deutscher Gebärdensprache oder in Leichter Sprache.</li> </ol> </li> <li>2) <b>Weitere Videos zu aktuellen Inhalten und Themen können von den Vorgaben der Anlage 2 abweichen. Ziel ist eine Erhöhung der Anzahl der Gebärdensprachvideos auf den Websites des Bundes.</b></li> </ol>

## 2. Anlage 2 (zu § 4 Teil 1)

Aus Sicht des DGB sollen die öffentlichen Stellen des Bundes mehr Gebärdensprachvideos mit Untertiteln produzieren. Die in der Anlage 2 genannten Anforderungen sollen künftig weiterhin für alle Punkte von §4 gelten. Es sollte aber dann zulässig sein, dass weitere Gebärdensprachvideos auch weniger strengen Maßstäben folgen können, so dass auch neue Formate entstehen können und somit die Produktion von Gebärdensprachvideos erleichtert wird.

## 3. § 6 Erklärung zur Barrierefreiheit und § 7 Überwachungsverfahren

Die Erklärung zur Barrierefreiheit sollte durch den EU-Durchführungsbeschluss 2018/1523 vom 11.10.2018 von Deutschland als Mitgliedstaat der EU als barrierefreies und maschinenlesbares Format jährlich bereitgestellt werden. Der Feedbackmechanismus und die Einbeziehung bzw. Partizipation von den Verbänden und Organisationen von Menschen mit Behinderungen in den Überwachungsverfahren werden mitbetrachtet bzw. mitgestaltet. Der DGB befürwortet diese positiven Änderungen der BITV 2.0.

Daher fordert der DGB, dass die Erklärung zur Barrierefreiheit und der Bericht in Deutscher Gebärdensprache und mit Untertiteln bereitgestellt wird.

Für uns ist immer noch nicht klar, wer die Inhalte der Videos in Gebärdensprache und mit Untertiteln kontrollieren bzw. prüfen soll. Der DGB möchte keine falschen Übersetzungen sehen und fordert Qualitätssicherung.

In Bezug auf die Artikel 9 und 21 der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) hat Deutschland sich verpflichtet, die Zugänglichkeit von Informations- und Kommunikationsdiensten für Menschen mit Hörbehinderungen sicherzustellen.

Private Anbieter von digitalen Angeboten sind in Deutschland bisher nur indirekt über die UN-BRK zur Barrierefreiheit verpflichtet. Das heißt, über die BITV 2.0 und BGG sind private Träger im Bereich der Informationstechnik nicht verpflichtet, ihre Angebote barrierefrei zu gestalten. Bisher ist das Angebot der Barrierefreiheit nur auf freiwilliger Basis für private Träger gedacht, wobei sie gebeten sind, sich an der BITV 2.0 zu orientieren.

In den USA gilt seit 1990 der Americans with Disabilities Act (ADA). Der ADA verbietet bundesstaatsübergreifend die Diskriminierung von Menschen mit Behinderung durch private Unternehmen und staatliche Institutionen.

In Österreich sind auch private Träger, die der Öffentlichkeit Waren oder Dienstleistungen anbieten, ganz allgemein verpflichtet, Barrierefreiheit herzustellen und angemessene Vorkehrungen zu treffen.

In dem Koalitionsvertrag von der CDU, CSU und SPD für die 19. Legislaturperiode sollten durch Förderprogramme Anreize zur Verbesserung der Barrierefreiheit in den Kommunen gesetzt werden. Daher fordert der DGB, dass das finanzielle Förderungsprogramm des Bundes, der Länder und der Kommunen zu Abbau und Erweiterung der Angebote von Gebärdensprache und Untertitel im privaten Sektor zur Verfügung gestellt werden sollte, um die Zugänglichkeit, Verständlichkeit und Teilhabe für Gehörlose und andere Menschen mit Hörbehinderung sicherzustellen.

### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbände und 10 bundesweite Fachverbände, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine. Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen, durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

### Pressekontakt

Daniel Büter  
Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit  
E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)  
Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch  
Telefon: 01805-83 77 00



Berlin, 17.07.2019

## Stellungnahme 06/2019

### Der Deutsche Gehörlosen-Bund nimmt Stellung zu den Zahlen der Schwerbehindertenstatistik – 0,1 Prozent der Gesamtbevölkerung sind gehörlos, also ca. 83.000 Menschen in Deutschland

Es gibt immer wieder neue Anfragen, wie viele Gehörlose in ganz Deutschland leben. In dem Artikel der Deutschen Gehörlosenzeitung (08/2018, Seite 17) „Vom Mythos der 80.000“ wird dies beschrieben. Auf diese Frage gibt es scheinbar keine einfache Antwort, denn es werden immer wieder unterschiedliche Statistiken dazu veröffentlicht. Doch in Deutschland gibt es keine offizielle Statistik, die alle Personen in Deutschland, die eine Hörbehinderung haben bzw. gehörlos sind, erfasst.

Seit vielen Jahren gibt der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. bekannt, dass ca. 80.000 gehörlose Personen in Deutschland leben. Gerechnet wird im Allgemeinen mit einem Gehörlosen-Anteil von 0,1 % in Bezug auf die Gesamtbevölkerung, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Diese Annahme von einem Promille wird durch wissenschaftliche Quellen bestätigt.

Laut dem Statistischen Bundesamt (Stand: 31.12.2018) leben insgesamt 83.019.200 Menschen in Deutschland. Demnach wäre von ca. 83.000 Gehörlosen auszugehen.

Nun gibt es aber auch andere Angaben, die dieser Zahl (auf den ersten Blick) widersprechen: Ende 2017 gab es laut Schwerbehindertenstatistik 28.228 Gehörlose und zusätzlich 20.139 gemeldete Personen mit Taubheit in Kombination mit Störungen der Sprachentwicklung und entsprechenden Störungen der geistigen Entwicklung, also 48.367 gehörlose Menschen in Deutschland.

Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit, Gleichgewichtsstörungen	
Sprach- oder Sprechstörungen .....	6 842
Taubheit .....	28 228
Taubheit kombiniert mit Störungen der Sprachentwicklung und entsprechenden Störungen der geistigen Entwicklung .....	20 139
Schwerhörigkeit, auch kombiniert mit Gleichgewichtsstörungen .....	253 127
Gleichgewichtsstörungen .....	9 412
Zusammen ...	317 748

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13, Reihe 5.1.2017

Um aber diese Zahlen richtig zu interpretieren, müssen die Gründe bekannt sein, warum die obige Statistik zu abweichenden Zahlen kommt. Der erste Grund dafür ist, dass „Gehörlosigkeit“ (wie jede andere Behinderung) nicht meldepflichtig ist. Niemand muss eine „Behinderung“ bzw. „Schwerbehinderung“ melden, und so werden viele Menschen mit Hörbehinderung gar nicht gezählt, d. h. es gibt eine große Dunkelziffer. Der zweite Grund ist, dass es unterschiedliche Definitionen des Begriffs „Gehörlosigkeit“ bzw. „Schwerhörigkeit“ gibt, wodurch dann auch unterschiedliche statistische Angaben entstehen.

Dieselbe Statistik gibt zum Beispiel an, dass es insgesamt 262.539 schwerhörige Menschen gibt. Davon sind 53.569 in einem Maße schwerhörig, dass es an Taubheit grenzt, und haben einen Grad der Behinderung von 90 oder mehr. Würden diese 53.569 und die genannten 48.367 Gehörlosen zusammengefasst, ergäbe sich eine Zahl von 101.036. Dass mehr als 0,1 % der deutschen Gesamtbevölkerung gehörlos sind, ist also auch mit der Schwerbehindertenstatistik belegbar. Wir stellen fest, dass sehr viele an Taubheit grenzende Schwerhörige an den Aktivitäten der Gehörlosenvereine bzw. -verbände, die sich an unseren Dachverband angeschlossen haben, teilnehmen.

Eine andere Statistik kommt ebenfalls zu diesem Ergebnis: Laut den Angaben des deutschen Zentralregisters für kindliche Hörstörungen (DZH) kann in Deutschland von einer Prävalenz (= Anteil einer Population, auf den einer bestimmter Zustand zutrifft) beidseitiger kindlicher Hörstörungen von 1,2 von 1.000 Geburten ausgegangen werden (Gross et al. 2000, 879). Davon sind 41 % bei der Geburt hochgradig schwerhörig oder gehörlos mit mehr als 70 dB Hörverlust auf dem besseren Ohr (Flinck-Krämer et al. 2000, 121; Rohlfs et al. 2010, 1347). Das ist eine Prävalenz von 0,05. Wenn davon ausgegangen wird, dass es weit über 10 % progredient verlaufende kindliche Hörschädigungen und eine erhebliche Anzahl von erworbene Hörschädigungen gibt (Gross et al. 2000, 880 f.) und eine erhebliche Anzahl von erworbenen Hörschädigungen, erscheint die Annahme von Gehörlosigkeit bei mindestens 0,1 % der Bevölkerung ab dem Schulalter ebenfalls plausibel.

Es gibt zwei große Untersuchungen zur Prävalenz von Schwerhörigkeit in der Gesamtbevölkerung, HÖRSTAT und „Wie hört Deutschland?“, die sogar eine noch weitaus höhere Prävalenz nahelegen, als die offizielle Statistik nachweist (Gablenz et al. 2017): So wird dort von einem Anteil von 5,5 % aller Menschen ausgegangen, die eine Hörstörung von 40 dB Hörverlust und mehr auf dem besseren Ohr haben, während es nach der offiziellen Statistik des Bundesamtes insgesamt nur 0,36 % mit einer Hörstörung von 40 dB Hörverlust sind. Zwar sind mittelgradig schwerhörige Menschen sicherlich überproportional häufig Teil der Dunkelziffer, aber dennoch wird sich dies auch in der Kategorie der hochgradig schwerhörigen und gehörlosen Menschen auswirken. Insgesamt legen die beiden letztgenannten Studien einen Anteil von 0,2 % gehörloser Personen nahe, bei erheblichen methodischen Einschränkungen in Bezug auf diese Teilgruppe aufgrund der geringen Fallzahlen (Gablenz & Holube 2015, Gablenz et al. 2017). Auf der Grundlage dieser Daten ist ebenfalls davon auszugehen, dass die Annahme eines Gehörlosenanteils von 0,1 % sinnvoll ist.

Abschließend muss noch einmal hervorgehoben werden, dass unterschiedliche Definitionen von Gehörlosigkeit auch zu unterschiedlichen Zahlen führen: Das Statistische Bundesamt verwendet eine medizinische Definition von Gehörlosigkeit unter Zuhilfenahme der von HNO-Ärzten gemeldeten Angaben der Versorgungsämter als Grundlage seiner Statistiken. Aus Sicht des Deutschen Gehörlosen-Bundes wird Gehörlosigkeit jedoch nicht nur über einen angeborenen oder erworbenen Verlust des Hörvermögens definiert, sondern auch über das Merkmal bzw. den Status der sprachkulturellen Minderheit. Gehörlose bzw. hochgradig schwerhörige Personen kommunizieren vorwiegend in Gebärdensprache und fühlen sich der Gebärdensprachgemeinschaft und ihrer Kultur zugehörig. Das ist eine soziale und menschenrechtliche Definition!

Verfasst von Daniel Büter

## Literaturquellen:

- Finckh-Krämer, Ute; Maria-Elisabeth Spormann-Lagodzinski & Manfred Gross (2000): „German registry for hearing loss in children: results after 4 years“. In: International Journal of Pediatric Otorhinolaryngol 56:2, 113–127.
- Gablenz, Petra von & Inga Holube (2015): „Prävalenz von Schwerhörigkeit im Nordwesten Deutschlands“. In: HNO 63:3, 195–214.
- Gablenz, Petra von; Eckhard Hoffmann & Inga Holube (2017): „Prävalenz von Schwerhörigkeit in Nord- und Süddeutschland“. In: HNO 65:8, 663–670.

Berlin, 09.08.2019

## Stellungnahme 07/2019

### zum überarbeiteten Entwurf für einen Medienstaatsvertrag

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. bedankt sich für die Möglichkeit, im Rahmen der Anhörung zum überarbeiteten Entwurf für einen Medienstaatsvertrag Stellung nehmen zu können.

Wir setzen uns in unserer Stellungnahme zu den leider bislang im Medienstaatsvertrag selbst, aber auch in den eingearbeiteten bisherigen Stellungnahmen offensichtlich nur unzureichend thematisierten Fragen der Barrierefreiheit des Medienangebots auseinander.

Grundlage hierfür stellen insbesondere Erwägungsgrund 23 und Artikel 7 der Richtlinie (EU) 2018/1808 vom 14. November 2018 zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU dar. Diese Richtlinie muss bis zum 19. September 2020 in deutsches Recht umgesetzt werden.

Die Bundesregierung verweist in ihrem 2. und 3. Staatenbericht zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) auf Anfrage des UN-Fachausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen unter Frage 22. (Seite 41 ff. zu Artikel 21 UN-BRK) darauf, dass Fernsehen in der Bundesrepublik Deutschland bei Menschen mit Beeinträchtigungen das meistgenutzte Medium sei. Sie behauptet, dass in der ARD „alle Erstsendungen“ mit Untertitelung angeboten würden. Ebenso hätten die neun ARD-Landesrundfunkanstalten die Zahl der untertitelten Sendungen in den vergangenen Jahren gesteigert. Es würde darüber hinaus eine „stetig wachsende Zahl“ von Sendungen mit Gebärdensprache „zum zeitsouveränen Abruf“ angeboten. Auch für das ZDF werden hohe Zahlen von Untertitelungen angeführt. Es wird – weniger konkret – zudem hervorgehoben, dass „Personen mit Hörbehinderungen“ Inhalte mittels „Gebärdensprache live in der ZDF Mediathek verfolgen.“

Um so mehr überrascht es uns, dass die Aspekte der Barrierefreiheit und Zugänglichkeit des Fernsehens im überarbeiteten Entwurf des Medienstaatsvertrages nur am Rande in § 3 Absatz 2 und 3 sowie in § 52e Absatz 5 Nummer 4 eine Rolle spielen.

Das entspricht weder der gesellschaftlichen Bedeutung von Barrierefreiheit noch den rechtlichen Vorgaben, die wir dem Benachteiligungsverbot des Artikel 3 Absatz 3 Satz 2 GG, der AVMD-Richtlinie, der UN-BRK und den Behindertengleichstellungsgesetzen des Bundes und der Länder entnehmen.

Das Grundgesetz verbietet in Artikel 3 Absatz 3 Satz 2 GG ganz grundsätzlich die Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen wegen der Behinderung. In Artikel 21 der UN-BRK wird dieser Grundsatz konkretisiert, indem die Vertragsstaaten dazu aufgefordert werden, „alle geeigneten Maßnahmen“ zu treffen, um (unter anderem) zu gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen das Recht (und die Möglichkeit) haben, sich „Informationen und Gedankengut zu beschaffen.“ Dabei sollen Menschen mit Behinderungen ihr Recht auf Informationserhalt „gleichberechtigt mit anderen“ Menschen ausüben können.

Eine weitere Spezifizierung erfolgt durch Artikel 21 lit. c) und d) der UN-BRK, der verlangt, dass die Vertragsstaaten private Rechtsträger, die Dienste für die Allgemeinheit anbieten, „dringend dazu auffordern, Informationen (...) in Formaten zur Verfügung zu stellen, die für Menschen mit Behinderungen zugänglich und nutzbar sind“, und „Massenmedien (...) dazu auffordern, ihre Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen zugänglich zu gestalten“. Es reicht daher nicht aus, wenn die Länder als politisch Verantwortliche die Anbieter privater

- Gross, Manfred; Ute Finckh-Krämer & Maria-Elisabeth Spormann-Lagodzinski (2000): „Angeborene Erkrankungen des Hörvermögens bei Kindern Teil 1: Erworbene Hörstörungen“. In HNO 48:12, 879–886.
- Kaul, T.; Niehaus, M. (2014): „Teilhabe und Inklusion von Menschen mit Hörschädigung in unterschiedlichen Lebenslagen in NRW“. MAIS S032 Düsseldorf.
- Krüger, M. (1991): „Häufigkeitsstatistische und demographische Angaben zum Personenkreis hörgeschädigter Menschen“. In: H. Jussen, & W. H. Claußen (Hg.), Chancen für Hörgeschädigte (S. 25–30). München, Basel: Ernst Reinhardt Verlag.
- Mitchell, Ross E. (2006): „Can you tell me how many deaf people there are in the United States?“ Online unter <https://research.gallaudet.edu/Demographics/deaf-US.php> (Stand: 11.07.2019).
- Mitterhuber, Thomas (2018): „Vom Mythos der 80.000“. In: Deutsche Gehörlosenzeitung 8/2018, 17.
- Rohlf, Anna-Katharina; Thomas Wiesner; Holger Drews; Frank Müller; Achim Breitfuß; Regina Schiller & Markus Hess (2010): „Interdisciplinary Approach to Design, Performance and Quality Management in a Multicentre Newborn Hearing Screening Project: Introduction, methods and results of the newborn hearing screening in Hamburg (Part I)“. In: European Journal of Pediatrics 169, 1353–1360.
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (2018): „Cochlea-Implantate: Statistische Angaben zur Versorgung gehörloser Menschen mit Cochlea-Implantaten sowie Übersicht zu Studien über die erzielten Resultate bei der frühkindlichen Implantation“.

#### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu etwa 600 Vereine.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

#### Pressekontakt

Daniel Büter

Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch

Telefon: 01805-83 77 00

Medien anlässlich der Vertragsverhandlungen über den Medienstaatsvertrag lediglich dazu auffordern, ihre Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen zugänglich zu gestalten – im Rahmen des Medienstaatsvertrages wird ja gerade eine Regulierung vorgenommen, die grundsätzlich auch für private Rechtsträger und ihre Angebote konkrete Verpflichtungen enthält. Hier ist es vielmehr Aufgabe der Länder „alle geeigneten Maßnahmen“ zu treffen, um der Gewährleistungsverpflichtung aus Artikel 21 der 1 UN-BRK nachzukommen. Denn wenn Menschen mit Behinderungen keine Möglichkeit haben, die in Deutschland ausgestrahlten Fernsehsendungen wahrzunehmen, werden sie benachteiligt und von der gesellschaftlichen Teilhabe in dem Umfang, in dem diese Barriere zugelassen wird, ausgeschlossen: Auch Sendungen privater Medien prägen kulturelle Entwicklungen nachhaltig und beeinflussen den gesellschaftlichen Diskurs und die gesellschaftliche Wahrnehmung erheblich – je nach Altersgruppe sogar in zunehmendem Maße.

Angesichts dessen wird die pauschale Soll-Vorschrift in § 3 Absatz 2 des überarbeiteten Entwurfs des Medienstaatsvertrages dem Recht von Menschen mit Behinderungen auf benachteiligungsfreien Zugang zu medial verbreiteten Informationen und (künstlerischem und unterhaltendem) Gedankengut nicht gerecht, zumal sie so allgemein formuliert ist, dass Anbieter\*innen von Medien in dreifacher Hinsicht entlastet werden: Durch das „sollen“ wird ihnen ein Ermessensspielraum eingeräumt, der außerdem noch durch die nicht konkretisierte Berücksichtigung ihrer „technischen und finanziellen Möglichkeiten“ relativiert und abschließend durch das nicht näher qualifizierte schlichte „vermehrt“ vollends unüberprüfbar ausgestaltet wird. Diese Sichtweise, die barrierefreien Zugang lediglich als einen Kostenfaktor betrachtet, ist nicht nur verfassungsrechtlich bedenklich, sondern lässt auch außer Acht, dass ein barrierefreier Zugang zu Medienangeboten ermöglicht, dass mehr Menschen diese nutzen und damit auch beispielsweise Adressat\*innen für gesellschaftliche, kulturelle und Werbeangebote erreicht werden.

Auch die neue AVMD-Richtlinie hat eine andre grundsätzlichere Sichtweise auf Barrierefreiheit und stellt in Erwägungsgrund 22 unter Verweis auf die UN-BRK<sup>1</sup> fest, dass „die Gewährleistung der Barrierefreiheit (...) eine wesentliche Anforderung“ ist. Daraus folgt, dass „die Mitgliedstaaten ohne unangemessene Verzögerung sicherstellen“ sollen, „dass die sich die ihrer Rechtshoheit unterworfenen Mediendienstanbieter aktiv darum bemühen, ihre Inhalte für Menschen mit Behinderungen, insbesondere für Menschen mit Seh- und Hörstörungen, zugänglich zu machen.“ Maßstab ist dabei das ausdrücklich benannte Ziel der vollständigen Barrierefreiheit, bei deren Erreichung „praktische und unvermeidbare Einschränkungen, die beispielsweise im Fall von live übertragenen Sendungen (...) eine vollständige Barrierefreiheit verhindern könnten, zu berücksichtigen sind. Dies bedeutet nicht, dass bei live übertragenen Sendungen Barrierefreiheit nicht anzustreben ist. Die Live-Übersetzung von Kommentierungen zum Beispiel eines Fußballspiels in Deutscher Gebärdensprache (DGS) ist genauso möglich wie die einer Talkrunde über Hassreden.

Die Maßnahmen aus Erwägungsgrund 22 haben in der neuen Fassung des Artikel 7 der AVMD-Richtlinie ihren Niederschlag gefunden, der in Artikel 3 Absatz 2 und 3 des überarbeiteten Entwurfs des Medienstaatsvertrages jedoch nur unzureichend berücksichtigt wird. Während der neue Artikel 7 der AVMD-Richtlinie eine Verpflichtung enthält, die sicherstellt, dass die Mediendienstanbieter den Zugang zu Diensten „stetig und schrittweise“ tatsächlich verbessern, schränkt Artikel 3 Absatz 2 des überarbeiteten Entwurfs des Medienstaatsvertrages diese Verpflichtung für die privaten Mediendienstanbieter, wie oben dargelegt, unangemessen ein – und enthält darüber hinaus keine Verpflichtung zu einer Stetigkeit der schrittweisen Verbesserung – und schon gar nicht das Ziel aus Erwägungsgrund 22 und das aus Artikel 21 UN-BRK zu beziehende Kriterium und Ziel der „vollständigen Barrierefreiheit“.

<sup>1</sup> Hier ist zu beachten, dass die EU selbst Vertragspartei der UN-BRK ist und von daher auch ihrerseits gehalten ist, ihre Richtlinie und Verordnungen UN-BRK-konform auszugestalten.

Dass die Verpflichtungen aus Artikel 7 Absatz 3 bis 5 der AVMD-Richtlinie (neu) im überarbeiteten Entwurf keine Entsprechung finden, stellt überdies einen Verstoß gegen Artikel 11 der UN-BRK dar.

Weiterhin möchten wir – insbesondere mit Blick auf die Stellungnahme der Bundesregierung im 2. und 3. Staatenbericht – darauf hinweisen, dass Untertitelungen für viele Menschen mit schweren Hörbeeinträchtigungen nicht immer hilfreich sind, weil es sich bei ihnen lediglich um eine Umsetzung der deutschen Lautsprache in deutsche Schriftsprache handelt, die sich in Aufbau, Wortwahl und Grammatik teilweise erheblich von der DGS unterscheidet, die für die meisten gehörlosen Menschen Muttersprache ist. Untertitelungen sind daher keinesfalls ein Ersatz für die Einblendung von DGS-Dolmetscher\*innen. Gerade bei Untertitelungen beobachten wir zudem zum Teil erhebliche Qualitätsprobleme, die auch die Wahrnehmung der entsprechenden Medien beeinträchtigen. Wir regen deshalb an, dass die Medienanbieter zur Durchführung von Qualitätssicherungsmaßnahmen verpflichtet werden.

Des Weiteren stellen wir fest, dass ein zentraler Grundsatz der UN-BRK, nämlich das in Artikel 4 Absatz 3 der UN-BRK enthaltene Gebot der Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen im Rahmen enger Konsultationen und aktiver Einbeziehung („Nicht über uns ohne uns“) sowohl bei der Erarbeitung des Medienstaatsvertrages als auch im Medienstaatsvertrag mit Blick auf die Sicherstellung und Einhaltung der Verpflichtungen hinsichtlich der Einhaltung und des Ausbaus des Medienstaatsvertrages nicht beachtet wurde.

Insofern fordern wir Sie auf, folgende Ergänzungen und Änderungen des überarbeiteten Entwurfs vorzunehmen:

#### **§ 2 Absatz 2 wird um einen vierten Absatz ergänzt:**

Barrierefrei sind Rundfunkangebote, wenn sie für Menschen mit Behinderungen in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe auffindbar, zugänglich und nutzbar sind. Hierbei ist die Nutzung behinderungsbedingt notwendiger Hilfsmittel zulässig.<sup>2</sup>

#### **§ 3 Absatz 1 wird wie folgt ergänzt:**

(...) haben in ihren Angeboten die Würde des Menschen zu achten und zu schützen, die sittlichen und religiösen Überzeugungen der Bevölkerung sind zu achten. Die Angebote sollen dazu beitragen, die Achtung vor Leben, Freiheit und körperlicher Unversehrtheit, vor Glauben und Meinungen anderer zu stärken; sie sollen auch das Bewusstsein für Menschen mit Behinderungen schärfen und Diskriminierungen entgegenwirken.<sup>3</sup> Weitergehende landesrechtliche Anforderungen (...)

<sup>2</sup> Vgl. § 4 BGG

<sup>3</sup> Vgl. Art. 8 lit. a) UN-BRK

**§ 3 Absatz 2 und 3 werden wie folgt geändert und in einem eigenen Paragraphen (§ 4 oder § 3 a) unter der Überschrift „Barrierefreiheit“ zusammengefasst:**

(1) Die Veranstalter nach § 3 Absatz 1 Satz 1 sorgen dafür, dass der Zugang zu ihren Medienangeboten für Menschen mit Behinderungen durch geeignete Maßnahmen stetig und schrittweise verbessert wird, um so dem Recht von Menschen mit Beeinträchtigungen und von älteren Menschen auf Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben der Union und der diesbezüglichen Inklusion Rechnung zu tragen. Das Ziel dieser Maßnahmen ist umfassende Zugänglichkeit audiovisueller Mediendienste. Geeignete Maßnahmen sind insbesondere der Ausbau des Angebots an gebärdensprachlichen Übersetzungen unter anderem bei Live-Übertragungen von gesellschaftlich, kulturell oder politisch bedeutenden Ereignissen und in Kinderprogrammen sowie die Ausweitung von Untertitelungen auch in Sparten- und Zielgruppenprogrammen.<sup>4</sup>

(2) Um die stetige Verbesserung der Zugänglichkeit der Mediendienste zu erreichen sollen die Mediendiensteanbieter unter aktiver Beteiligung der maßgeblichen Organisationen der Menschen mit Behinderungen Aktionspläne für Barrierefreiheit erarbeiten. Die Aktionspläne sind den jeweils zuständigen Landesmedienanstalten, im Fall der ARD den zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, beim ZDF und dem Deutschlandradio den jeweiligen Aufsichtsgremien zu übermitteln. Hat ein Veranstalter nach Absatz 1 Satz 1 bis zum 1. November 2021 keinen entsprechenden Aktionsplan vorgelegt, informiert er die nach Absatz 3 Satz 2 zuständigen Stellen darüber, teilt die Gründe dafür mit und erklärt, wie die Verbesserung der Zugänglichkeit der angebotenen Mediendienste stattdessen erreicht werden soll. Die zuständigen Landesmedienanstalten können private Veranstalter daraufhin verpflichten, in einer bestimmten Frist einen erneuten Versuch zu unternehmen, einen entsprechenden Aktionsplan für Barrierefreiheit zu entwickeln. Die Informationen nach Satz 2 bis 4 sind von den zuständigen Stellen an den Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen zu übermitteln.<sup>5</sup>

(3) Die Veranstalter bundesweit verbreiteter privater Fernsehprogramme erstatten der jeweils zuständigen Landesmedienanstalt, die ARD den zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, das ZDF und das Deutschlandradio den jeweiligen Aufsichtsgremien alle drei Jahre, beginnend mit dem 1. November 2022, Bericht über die getroffenen Maßnahmen zum stetigen Ausbau der Barrierefreiheit. Die Berichte werden anschließend der Europäischen Kommission und dem Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen übermittelt.

(4) Bei der Schlichtungsstelle nach § 16 BGG wird für Menschen mit Behinderungen eine leicht zugängliche und öffentlich verfügbare Online-Anlaufstelle eingerichtet, über die Informationen bereitgestellt und Beschwerden entgegengenommen werden, die die in dieser Vorschrift behandelten Fragen der Barrierefreiheit betreffen.<sup>6</sup>

(5) Die Veranstalter nach § 3 Absatz 1 Satz 1 stellen sicher, dass Notfallinformationen, einschließlich öffentlicher Mitteilungen und Bekanntmachungen im Fall von Naturkatastrophen, die der Öffentlichkeit mittels audiovisueller Mediendienste zugänglich gemacht werden, so bereitgestellt werden, dass sie für Menschen mit Behinderungen zugänglich sind. Dafür hören sie die maßgeblichen Verbände der Menschen mit Behinderungen an und stimmen sich untereinander ab.

**§ 7 Absatz 2 wird wie folgt ergänzt:**

Rundfunkwerbung ist Teil des Programms. Sie soll daher auch für Menschen mit Behinderungen zugänglich sein.

**§ 52e Absatz 2 ist wie folgt zu ergänzen:**

Die Benutzeroberflächen sind auch für Menschen mit Behinderungen zugänglich zu gestalten. Gleichartige Angebote (...)

**Über den Bundesverband**

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbände und 10 bundesweite Fachverbände, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine. Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

**Pressekontakt**

Daniel Büter  
Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit  
E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)  
Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch unter Telefon: 01805-83 77 00

<sup>4</sup> Vgl. Art. 7 und Erwägungsgrund 23 AVMD-RL (neu), Art. 7 Abs. 1 und 9 Abs. 1 lit. b) UN-BRK

<sup>5</sup> Vgl. Art. 7 Abs. 2 und 3 AVMD-RL (neu) i. V. m. Art. 4 Abs. 1 lit. e), Art. 4 Abs. 3 UN-BRK

<sup>6</sup> Vgl. Art. 7 Abs. 4 AVMD-RL (neu). Diese Schlichtungsstelle wird durch den organisatorischen Ort der Einrichtung nicht zwangsläufig eine Angelegenheit des Bundes. Die Verfahrensordnung sollte der in § 16 BGG entwickelten Verfahrensordnung, die sich bislang bewährt hat, entsprechen, soweit das sinnvoll und möglich ist. Die Verfahrensordnung könnte in einer Anlage des Medienstaatsvertrages niedergelegt werden.





Berlin, 10.10.2019

## Stellungnahme 08/2019

### zum Entwurf eines Gesetzes für bessere und unabhängige Prüfungen (MDK-Reformgesetz) BT-Drs. 19/13397 und zur öffentlichen Anhörung zur Reform des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (MDK) am 14.10.2019

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. vertritt die Interessen der deutschen gehörlosen und hörbehinderten Gebärdensprachnutzer/-innen. Zu diesen gehört neben den rund 83.000 Gehörlosen auch ein sehr großer und zunehmender Anteil von Hörbehinderten mit Hörrestigkeit und CI-Trägern, deren akustisches Verstehen trotz technischer Hilfen kaum dem entspricht, was Hörende als selbstverständlich empfinden. Diese Betroffenen sind zur Kommunikation mit Hörenden auf den Einsatz von Gebärdensprachdolmetscher/-innen angewiesen.

In der ärztlich-medizinischen und psychotherapeutischen Versorgung bevorzugen Gehörlose, wie Hörende auch, die direkte und ungefilterte Kommunikation mit den Behandler/-innen und dem Behandlungsteam. Die hierfür notwendige Gebärdensprachkompetenz des Personals ist in Deutschland bei nur sehr wenigen Diagnostik- und Behandlungsangeboten gegeben. So gibt es einzelne ambulant tätige Psychotherapeut/-innen und im stationären Krankenhausbereich neben einzelnen rehabilitativ ausgerichteten Kliniken zwei psychiatrisch-psychotherapeutische Behandlungszentren in Erlangen und Lengerich.

In Anbetracht dieses sehr geringen Angebots für Gehörlose sind sie in nahezu der gesamten ambulanten und stationären somatischen Versorgung, sowie in einem Großteil der ambulanten psychiatrisch-psychotherapeutischen und einem kleineren Anteil der stationären psychiatrisch-psychotherapeutischen Versorgung auf Gebärdensprachdolmetscher/-innen angewiesen. Mittlerweile hat sich die Möglichkeit, im gesamten ambulanten Bereich Gebärdensprachdolmetscherhilfe mit unkomplizierter, direkter Kostenübernahme durch die Krankenkassen zu erhalten, als sehr effektiv und praktikabel erwiesen. Hierdurch erfahren Gehörlose mittlerweile eine ambulante Gesundheitsversorgung, die mit der von Hörenden vergleichbar ist. Dies hat den Rückmeldungen der Gehörlosen und unseren Beobachtungen zufolge den Gesundheitszustand der Gehörlosen in den zurückliegenden Jahren deutlich verbessert.

Demgegenüber bestehen jedoch im stationären Bereich – und hier vor allem im somatischen Bereich - immer noch erhebliche und untragbare Versorgungslücken für gehörlose Patient/-innen! Zwar ist im Rahmen der Kostenkalkulation mit dem Operationen- und Prozedurenschlüssel (OPS) über die Fallpauschalen theoretisch die Inanspruchnahme von Gebärdensprachdolmetscher/-innen bei stationärer Leistungserbringung berücksichtigt, in der Praxis ist dies jedoch kaum umzusetzen: Immer wieder müssen Betroffene im Krankenhaus über diese Regelungen sowie die Bedeutung und ihren Bedarf an Gebärdensprachdolmetscher/-innen informieren, dies rechtfertigen und regelrechte Kämpfe gegen Unverständnis und Untätigkeit austragen. Oftmals ist dies so nervenaufreibend, dass die Betroffenen vorzeitig aufgeben oder bereits ohne ausreichende Informationen zur Diagnose und notwendigen Behandlung aus der stationären Behandlung entlassen sind, bevor sich die Klinik zum Einsatz von Dolmetscher/-innen durchringt. So sehen wir immer wieder unzureichend informierte gehörlose Patient/-innen, die notwendigen Behandlungen unverschuldet nicht wahrnehmen und infolge dieser Hilf- und Kommunikationslosigkeit die so notwendigen Kontakte zum Gesundheitswesen vermeiden. Auch sind Fälle bekannt geworden, bei denen Kliniken betroffene Gehörlose gerade deshalb, weil Dolmetscher/-innen erforderlich waren, zur elektiven Behandlung an andere Kliniken verwiesen haben. Selbst wenn die Rechtslage eindeutig ist, ist es im stationären somatischen Bereich für die zusätzlich durch Erkrankungen gehandicapten Gehörlosen nahezu unmöglich, ihre Rechte einzufordern und durchzusetzen.

In Anbetracht dieser untragbaren, z. T. unmenschlichen Situationen begrüßt es der Deutsche Gehörlosen-Bund ausdrücklich, dass mit dem Entwurf des Gesetzes für bessere und unabhängige Prüfungen (MDK-Reformgesetz) eine diesbezügliche Änderung herbeigeführt werden soll. Demnach sollen laut Artikel 4 (Änderung des Krankenhausentgeltgesetzes) Nummer 1 (§ 2) die „...Leistungen von Gebärdensprachdolmetscherinnen und Gebärdensprachdolmetschern bei der Krankenhausbehandlung von Menschen mit Hörbehinderung (...) nach § 17 Absatz 2 SGB I von den zuständigen Leistungsträgern (finanziert werden) (...), das heißt insbesondere von den Krankenkassen und den Unternehmen der privaten Krankenversicherung.“ In Bezug auf die Ausführungen zum Änderungsantrag 29 der Fraktionen der CDU/CSU und SPD heben wir ergänzend hervor, dass dies für sämtliche stationär-medizinischen Fachbereiche gelten sollte und zwar sowohl für stationäre somatische als auch für psychiatrische, psychotherapeutische und psychosomatische Behandlungen.

Ergänzend wird angemerkt, dass gerade die Bereiche der psychiatrischen, psychotherapeutischen und psychosomatischen Behandlungen sehr kommunikationsintensiv sind und der besonderen Berücksichtigung der sozialen und kulturellen Hintergründe sowie eines angemessenen Behandlungsmilieus bedürfen, damit effektive Behandlungen durchgeführt werden können. Diese Erfahrung bestätigt auch die Berechtigung der bestehenden gehörlosengerechten Behandlungszentren, die bei entsprechend ausgebildetem Personal die direkte gebärdensprachliche Kommunikation ebenso das notwendige, entsprechende Stationsmilieu anbieten. Finanziert wird die besondere fachliche Qualifikation und Ausstattung zurzeit über einen Aufschlag zu den Tagessätzen, der sich jedoch bislang nicht im künftigen PEPP (Pauschalierendes Entgeltsystem Psychiatrie und Psychosomatik) abbildet. Zwei bisher erfolgte und durch den Deutschen Gehörlosen-Bund unterstützte Anträge an das InEK im Rahmen der OPS (Operationen- und Prozedurenschlüssel) für eine Komplexbehandlungsziffer für Gehörlose, um diese von den Krankenkassen bisher anerkannten Behandlungsangebote sicherstellen zu können, fanden bislang keine Resonanz.

### Wir erbitten daher dringend Ihre Unterstützung

- in Bezug auf das **MDK-Reformgesetz** dabei, dass künftig die Leistungen von **Gebärdensprachdolmetscher/-innen bei der Krankenhausbehandlung** von Gehörlosen und Menschen mit Hörbehinderung ohne Ausnahme eines medizinischen Fachbereichs **von den zuständigen Leistungsträgern finanziert werden**.
- in Bezug auf das **neue Entgeltsystem Psychiatrie und Psychosomatik** dabei, dass die **Anerkennung einer OPS-Ziffer zur Komplexbehandlung Gehörloser** durch das InEK entsprechend den bisher vorliegenden Anträgen erfolgt.

### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbände und 10 bundesweite Fachverbände, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

### Pressekontakt

Daniel Büter

Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch unter Telefon: 01805-83 77 00

Berlin, 17.12.2019

## Stellungnahme 09/2019

### Musikperformance und Empowerment

#### Hintergrund

Das Thema Musikperformance beschäftigt unsere Gehörlosen-/Gebärdensprachgemeinschaft (spricht: taube, schwerhörige und hörende Gebärdensprachnutzer/-innen) – und das zu Recht, denn die Anzahl der in Musikkonzerten performenden hörenden Dolmetscher/-innen für Deutsche Gebärdensprache und Deutsche Sprache nimmt zu. Dies stellt alle unmittelbar Beteiligten, insbesondere die gehörlosen Menschen, aber auch ihre Umgebung, vor erhebliche Herausforderungen. Die Begeisterung darüber, wie die Liedtexte, Rhythmen, Melodien und Tanzeinlagen durch die Gebärdensprache sichtbar werden, ist riesengroß.

Auf einmal entsteht in der Öffentlichkeit der Eindruck, dass auch gehörlose Menschen Zugang zur Musik haben. Was die Dolmetscher/in auf der Bühne angeblich dolmetschen, ist keine Übersetzung des Liedtextes, sondern vielmehr eine Performance. Somit sind vorhandene Liedtexte nicht wirklich für Gehörlose verständlich. Fragen über die Gebärdensprache und Gehörlosenkultur von Veranstalter/-innen und hörenden Konzertteilnehmer/-innen wurden nach Konzerten von einigen hörenden Dolmetscher/-innen, die selber nicht betroffen sind, beantwortet.

Martin Vahemäe-Zierold brachte mit einem Beitrag in der taz die Debatte um das Thema Dolmetschen und Musik ins Rollen („Eine optische Täuschung“ in taz, 25.08.2018). Aus der Sicht einer tauben Person äußerte er sich wie folgt: „Beim Übersetzungsvorgang sind die Dolmetscher/-innen sowohl Sprachmittler/-innen als auch Kulturmittler/-innen. Übersetzungen etwa von spanischsprachigen Liedtexten ins Englische werden in der Regel von englischen Muttersprachler/-innen erarbeitet. Warum kommen im Bereich des gebärdensprachlichen Musikdolmetschens trotzdem kaum taube Muttersprachler/-innen zum Zuge? Die Auftraggeber/-innen wissen es meist nicht besser. Wer es aber besser wissen könnte und sollte – das sind die hörenden Dolmetscher/-innen.“

Es wurde ein Unterschied zwischen der Verdolmetschung von Liedtexten in Gebärdensprache und Musikperformance festgestellt. Die Aufgabe eines/einer Dolmetscher/-in ist klar definiert, und zwar übersetzt er/sie eine Ausgangssprache in eine Zielsprache und überwindet auf diesem Weg Sprachbarrieren zwischen Menschen. Nicht mehr und nicht weniger. Da ist die Definition klar. Anders ist es bei einer Verdolmetschung von Liedtexten in Gebärdensprache: Hierbei werden die Lieder nicht nur Wort für Wort übersetzt, sondern sie müssen auch interpretiert werden, und es muss den Gefühlen Ausdruck verliehen werden. Damit bewegt man sich schon in Richtung Musikperformance. Bei einer intensiven Auseinandersetzung und Zusammenarbeit mit dem/der Musiker/-in, den Liedern, der Bühne und den Instrumenten geht es um die Suche nach einer eigenständigen künstlerischen Ausdrucksform. Diese Chance bzw. Möglichkeit wurde tauben Performer/-innen bislang mehr oder weniger verwehrt. Aus diesem Grund hat der Deutsche Gehörlosen-Bund eine Arbeitsgruppe „Deaf Performance“ ins Leben gerufen. Diese Arbeitsgruppe möchte auf verschiedene Weise die künstlerischen Fähigkeiten gehörloser Performer/-innen durch Konzerte, Musicals und verschiedene Musik- und Tanzprojekte entwickeln. Denn die Musikperformance bietet viele Möglichkeiten für die Ausbildung aller Fähigkeiten, bei denen der Schwerpunkt darauf liegt, konzeptuelle Interpretationen und musikalische Strukturen zu bilden.

Der Leitgedanke der Inklusion und der UN-Behindertenrechtskonvention „Nichts über uns ohne uns“ ist in diesem Zusammenhang zu betonen. Denn die Kehrseite dieser Begeisterung über die Verdolmetschung von Liedertexten in Gebärdensprache und Musikperformances ist, dass die gehörlosen Menschen auf schmerzhaft Weise erleben und erfahren müssen, wie ihre eigene

Gehörlosenkultur durch eine andere kulturelle und sprachliche Gruppe, zum Teil auch nicht authentisch, vertreten wird. Die Folge ist, dass gehörlose Menschen wieder marginalisiert und ihre eigenen Stimmen und Meinungen nicht gehört werden. Dies lässt in der Öffentlichkeit ein Bild entstehen, wonach gehörlose Menschen nicht in der Lage sind, sich selbst darzustellen und ihre eigene Kultur und vor allem die Gebärdensprache zu vertreten.

Es gibt jetzt eine Gruppe namens „Deaf Performance Now“, um die es hier auch geht. Diese Gruppe von tauben und hörenden Aktivisten\*innen entstand, nachdem sie lange mit ansehen mussten, wie sich einige hörende Dolmetscher an den kulturellen Errungenschaften von der sprachlichen Minderheit wie die Gebärdensprache und Gehörlosenkultur bedienen. Die eigentlichen Urheber/-innen der Gebärdensprache erfahren nichts von Glamour und Erfolg. Der Deutsche Gehörlosenbund versteht ihren Protest als ein Aufbegehren gegen Marginalisierung ihrer Gehörlosenkultur.

#### UN-Behindertenrechtskonvention

Begriffe wie Würde, Barrierefreiheit, Chancengleichheit, Inklusion, Selbstbestimmung, Empowerment und Partizipation können als zentrale Leitbegriffe der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung verstanden werden.

– Die Vertragsstaaten treffen geeignete Maßnahmen, um Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit zu geben, ihr kreatives, künstlerisches und intellektuelles Potenzial zu entfalten und zu nutzen, nicht nur für sich selbst, sondern auch zur Bereicherung der Gesellschaft. (Artikel 30 Abs. 2 der Konvention).

In einem Essay zur UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen stellt H. Bielfeldt klar, dass „Menschenrechtskonventionen dem ‚Empowerment‘ der Menschen dienen. Sie leisten dies, indem sie Ansprüche auf Selbstbestimmung, Diskriminierungsfreiheit und gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe formulieren, sie rechtsverbindlich verankern und mit möglichst wirksamen Durchsetzungsinstrumenten verknüpfen.“ (Deutsches Institut für Menschenrechte, H. Bielfeldt 2009)

In seinem Artikel führt H. Bielfeldt aus, dass es „im Wortlaut an die im Rahmen des Europarats entwickelten Standards zur Anerkennung der kulturellen Identität von nationalen Minderheiten“ erinnere, wenn gefordert wird, „(...) die ‚linguistische Identität der Community der Gehörlosen‘ anzuerkennen und zu fördern“ (Deutsches Institut für Menschenrechte, 2009).

Die Gebärdensprachgemeinschaft will einen anderen Zugang zum Thema Musikperformance eröffnen und ihre eigenen Potenziale in den Blick der Konzertveranstalter/-innen rücken. Das Ziel von Empowerment ist, für gehörlose Menschen die Möglichkeiten zu schaffen und zu erweitern, über ihr eigenes Leben und ihre eigene Kultur zu bestimmen und ihr Potenzial zu nutzen. Die Gebärdensprache ist ihr Menschenrecht.

#### Taube Performer/-innen

Taube Performer/-innen und Musiker/-innen sind unter anderem „handverlesen“ mit zahlreichen tauben Performer/-innen, wie die tauben Gebärdensolistinnen C. Schönfeld und K. Wedel für H. Oehring Konzert, den Komponisten L. Beethoven oder Deaf Kat Night. Auf internationaler Ebene sind Signmark, die Perkussionistin E. Glennie, Rosa Lee Tim und MixitMusik zu nennen. Mit „VIER – ein Visuelles Musical“ kommen demnächst Auftritte in Gebärdensprache mit vier tauben Performer/-innen. Für taube Performer/-innen bietet sich eine Chance, ihr Leben zu leben, Karriere zu machen und ihrer Berufung zu folgen, indem sie ihre Sprache, die Gebärdensprache, zum Beruf machen.

Bei zahlreichen kleinen oder größeren Veranstaltungen, bei Musikvideos und sogar beim Eurovision Song Contest (ESC) etc. war die Zusammenarbeit zwischen tauben Performer/-innen und tauben und hörenden Dolmetscher/-innen bereits erfolgreich.

Daraus sollten sich in Zukunft Möglichkeiten für Konzertveranstaltungen entwickeln – und nicht nur dafür, sondern auch in anderen kulturellen Bereichen wie Theater, Tanz und Film. Notwendig sind darüber hinaus Sensibilisierungskurse, die die Beteiligten ermutigen, sich gegenseitig zu vertrauen und die jeweils eigenen Ressourcen einzusetzen und zu nutzen.

Dadurch wird die Gebärdensprache durch taube Personen auf unterschiedliche Weise präsentiert und diese fungieren als Vorbilder für Gehörlose aller Generationen, die aufgrund von Barrieren und ihren Diskriminierungserfahrungen keine oder wenig Möglichkeiten haben. Sie bekommen eine Chance, sich weiterzuentwickeln und ihr Leben in allen Lebenslagen zu verbessern. Dadurch wird ihr Selbstbewusstsein gestärkt und sie können selbstbestimmt ein unabhängiges Leben führen.

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. begrüßt es, wenn gehörlose Performer/-innen, Konzertveranstalter/-innen und taube und hörende Dolmetscher/-innen aufeinander zugehen, um in einem gemeinsamen Prozess alle Seiten der Musikbranche zu beleuchten, zu diskutieren und eine Lösung für die Zukunft im Sinne der Gehörlosen-/Gebärdensprachgemeinschaft zu finden. Dazu können taube und schwerhörige gebärdensprachige Expert/-innen Beratungen sowie Vorträge, Seminare und Workshops anbieten.

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. folgt dem Leitgedanken aus Artikel 30, Absatz 4 der UN-BRK: „Menschen mit Behinderungen haben gleichberechtigt mit anderen Anspruch auf Anerkennung und Unterstützung ihrer spezifischen kulturellen und sprachlichen Identität, einschließlich der Gebärdensprachen und der Gehörlosenkultur.“ Die sprachlich-kulturelle Identität der Gehörlosen-/Gebärdensprachgemeinschaft kann nur bewahrt und gestärkt werden, wenn Gehörlose selbst ihre Gebärdensprache und ihre Gehörlosenkultur präsentieren und darüber sprechen sowie darüber aufklären. Wenn Inklusion in der Musikperformance gelingen soll, liegt es auf der Hand, dass hier gemeinsame Lösungen gefunden werden müssen. In diesem Fall ist eine Zusammenarbeit von Deaf Performer/-innen, tauben und hörenden Dolmetscher/-innen vonnöten.

Bearbeitet von Elisabeth Kaufmann, 1. Vizepräsidentin und Fachteamleiterin für Kultur

## Literaturquellen:

Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen  
URL: [https://www.behindertenbeauftragte.de/SharedDocs/Publikationen/UN\\_Konvention\\_deutsch.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.behindertenbeauftragte.de/SharedDocs/Publikationen/UN_Konvention_deutsch.pdf?__blob=publicationFile&v=2)

TAZ „Eine optische Täuschung“  
URL: <https://taz.de/Debatte-Barrierefreiheit-in-der-Musik/!5525817/>

Institut für Menschenrechte „Zum Innovationspotenzial der UN-Behindertenrechtskonvention“  
URL: [https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/uploads/tx\\_commerce/essay\\_no\\_5\\_zum\\_innovationspotenzial\\_der\\_un\\_behindertenrechtskonvention\\_auf13.pdf](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/uploads/tx_commerce/essay_no_5_zum_innovationspotenzial_der_un_behindertenrechtskonvention_auf13.pdf)

## Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und zehn bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine. Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

## Pressekontakt

Daniel Büter  
Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit  
E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer/-innen erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetscher/-innen für Gebärdensprache und Deutsch unter Telefon: 01805-83 77 00

Berlin, 28.02.2020

## Stellungnahme 01/2020

### Zum Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetzes (JVEG-Änderungsgesetz 2020 – JVEG-ÄndG 2020)

#### I. Einführung

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. (DGB) versteht sich als sozialpolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gehörlosen in Deutschland und als Dachverband für die Gehörlosen-/Gebärdensprachgemeinschaft. Insgesamt haben sich 26 Mitgliedsverbände, darunter 16 Landesverbände und 10 bundesweite Fachverbände, im Deutschen Gehörlosen-Bund zusammengeschlossen. Die Bereiche Förderung der (kommunikativen) Barrierefreiheit, Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten für Menschen mit Hörbehinderung sowie Förderung der Bilingualität (Deutsche Gebärdensprache und deutsche Sprache) bilden Schwerpunktthemen der Arbeit des DGB.

Inzwischen gibt es etwa 800 taube und hörende Gebärdensprachdolmetschende in Deutschland, das macht eine/n Dolmetschende/n für 100 Gehörlose (ca. 80.000 Gehörlose in Deutschland). Daher können in vielen Bundesländern nicht flächendeckend Dolmetschende eingesetzt werden. Bei diesem Mangel Abhilfe zu schaffen und die Unterversorgung abzubauen ist ein wichtiges Ziel für den Deutschen Gehörlosen-Bund und dessen Landesverbände.

#### II. Zum Referentenentwurf eines JVEG-Änderungsgesetzes 2020

Gehörlose Menschen verständigen sich hauptsächlich in Deutscher Gebärdensprache (DGS) und sind daher in Lebenssituationen, die Kommunikation erfordern, zumeist auf Dolmetschdienstleistungen angewiesen. Zu nennen ist beispielsweise der Einsatz von Dolmetschenden für Deutsche Gebärdensprache und Deutsch im Bereich der Justiz, wo gehörlose Menschen in verschiedenen Rollen an den unterschiedlichsten gerichtlichen Verfahren und Verfahrensstadien beteiligt sind.

Der geplanten Erhöhung der in § 9 JVEG festgelegten Honorarhöhe auf 95 Euro pro Stunde für von Gerichten heranzuziehende Dolmetschende wird seitens des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V. nicht widersprochen. Es wäre nicht nachvollziehbar, wenn Dolmetschende für Deutsche Gebärdensprache und Deutsch in gerichtlichen Verfahren für die gleiche Tätigkeit wie Fremdsprachdolmetschende ein geringeres Honorar erhalten würden.<sup>1</sup>

Die nicht unerhebliche Erhöhung der Stundenhonorare für Dolmetscher sollte allerdings mit einer Qualitätssicherung verbunden werden. Bislang ziehen Gerichte leider immer wieder Gebärdensprachdolmetschende heran, die für diese Aufgabe nicht hinreichend qualifiziert sind, etwa weil bestimmte Sprachkompetenzen fehlen oder keine Kenntnisse im Bereich Justizdolmetschen vorhanden sind. Des Weiteren werden oft keine Dolmetschende für andere Gebärdensprachen oder

<sup>1</sup> Zu der vom BMJV in Auftrag gegebenen sog. Marktanalyse wird angemerkt, dass – anders als bei Dolmetschenden für die verschiedenen gesprochenen Sprachen – die Honorare von Dolmetschenden für Deutsche Gebärdensprache und Deutsch von diesen tatsächlich zu einem sehr großen Teil nicht frei ausgehandelt werden können. Auftraggeber bzw. Kostenträger für Gebärdensprachdolmetschleistungen sind überwiegend staatliche Stellen und Sozialversicherungsträger. Sie haben über gesetzliche Verweisregelungen an das JVEG gekoppelte feste Honorarsätze, sodass für diese spezielle Gruppe der Dolmetschenden für Deutsche Gebärdensprache eine Art „Einheitspreis“ besteht, wie die Marktanalyse deutlich zum Ausdruck bringt. Das bedarf weiterer kritischer Klärung im Zuständigkeitsbereich des anderen Ressorts, wie das Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Vgl. Marktanalyse zum JVEG, 2019, Tabelle 85, S. 102.

Dolmetschende, die für kognitiv-beeinträchtigte Menschen mit Hörbehinderungen oder Taubblinde qualifiziert sind, bestellt. Schließlich werden Schriftdokumente, die für einen bestimmten Personenkreis von gehörlosen Menschen nicht verständlich sind, in der Regel nicht in die Deutsche Gebärdensprache übersetzt. Taube Übersetzende werden ebenfalls kaum angefragt.

Letztendlich geht eine möglicherweise mangelhafte Dolmetschleistung zu Lasten von gehörlosen Beteiligten an gerichtlichen Verfahren. Die Auswirkungen von Dolmetschfehlern können für Betroffene enorm sein und von wirtschaftlichen Nachteilen wegen verlorener Verfahren über nachteilige familiengerichtliche Entscheidungen bis hin zu unberechtigtem Freiheitsentzug wegen fehlerhaften Verdolmetschungen reichen.

Hieran ändert auch das im Jahr 2021 in Kraft tretende Gerichtsdolmetschergesetz (GDolmG) wenig, da es nur die Voraussetzungen für eine allgemeine Beerdigung regelt. Hingegen schreibt es den Gerichten nicht ausdrücklich vor, dass nur oder vorrangig Dolmetschende mit einer allgemeinen Vereidigung oder bestimmten formalen beruflichen Qualifikationen oder konkret nachgewiesenen sehr guten Sprachkenntnissen mit einem bestimmten Mindestniveau (C1) nach dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen (GER) für eine Dolmetschertätigkeit heranzuziehen sind. Der GER für DGS regelt, wie die Sprachausbildung in verschiedenen Bildungsbereichen – auch in den Studiengängen für Gebärdensprachdolmetscher/-innen – weiterentwickelt werden. Er dient der Qualitätssicherung für das Sprachenlernen, wie sie bei den Landessprachen üblich ist.<sup>2</sup>

Im Hinblick auf die Qualitätssicherung bei den Dolmetschleistungen und auf die Notwendigkeit von Kommunikationshilfen für hörbehinderte Menschen könnte für den Justizbereich eine nach § 186 Abs. 3 GVG durch das BMJV zu erlassende Rechtsverordnung diese Problematik aufgreifen und bestimmte fachliche Standards vorgeben.

Es wäre hierbei zu berücksichtigen, dass die Gruppe der gehörlosen und stark hörbehinderten Menschen nicht homogen ist und die sprachlichen Bedürfnisse innerhalb dieser Gruppe unterschiedlich sein können. Beispielsweise ist bei gehörlosen Migrant/-innen der Einsatz von tauben Gebärdensprachdolmetschenden erforderlich, die zwischen der deutschen Gebärdensprache und anderen nationalen Gebärdensprachen bzw. den internationalen Gebärden dolmetschen.

Besonders zu berücksichtigen wären beim Erlass einer entsprechenden Rechtsverordnung zudem die Kommunikationsbedürfnisse sowohl mehrfachbehinderter bzw. kognitiv beeinträchtigter gehörloser als auch taubblinder Menschen. Diese benötigen jeweils spezielle, auf ihre Zusatzbeeinträchtigungen angepasste Formen von Verdolmetschung durch geeignete taube bzw. hörende Dolmetscher/-innen. Außerdem brauchen sie zum Teil persönliche Assistenz, deren Einsatz im Justizbereich bislang ebenfalls nicht gesetzlich geregelt ist.

Ebenso sollte die Übersetzung von Gerichtsdokumenten durch taube Übersetzende geregelt werden. Eine Erweiterung der Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Gebärdensprachdolmetschende (Schwerpunkt: Justiz) und der Sensibilisierungsschulungen („Deaf Awareness Training“) für den Justizbereich würden ebenso zur Qualitätssicherung beitragen<sup>3</sup>.

Es geht darum, den gleichberechtigten Zugang für alle gehörlose Menschen im Justizbereich zu gewährleisten, anstatt sie der Gefahr auszusetzen, dass sie in ihren Teilhabemöglichkeiten eingeschränkt werden. Das hängt mit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zusammen. Um eben solch eine Entwicklung im Bereich Justizdolmetschen für gehörlose Menschen zu sichern und voranzubringen, würden wir vom Deutschen Gehörlosen-Bund e. V. einen regelmäßigen Austausch und Kontakt mit den BMJV sehr begrüßen!

<sup>2</sup> Quelle: <https://www.idgs.uni-hamburg.de/forschung/forschungsprojekte/ger-dgs.html>

<sup>3</sup> vgl. auch Forschungsprojekte zu Qualitätssicherung und -management: [http://www.justisigns.com/JUSTISIGNS\\_Projekt/About.html](http://www.justisigns.com/JUSTISIGNS_Projekt/About.html)

Berlin, 06.03.2020

## Stellungnahme 03/2020

### Fehlender Zugang zu gesundheitlichen Informationen über das Coronavirus in Gebärdensprache und mit Untertiteln

Viele Gehörlose und andere Menschen mit Hörbehinderungen sind derzeit wegen des Coronavirus besorgt und verunsichert. Sie stoßen durchgehend auf Barrieren, angefangen bei der Ansteckung. Ganz nach dem Vorbild der Ansteckungskette handelt es sich um eine regelrechte Barriereketten! Ein Videofilm *von der Aktionsgruppe „Blitzaktion Corona“ unter der Initiative von Lela Finkbeiner<sup>1</sup>* gibt dem Protest Ausdruck. Der Film mit dem Titel „Coronavirus – Risiken durch Ignoranz in punkto Aufklärung in Gebärdensprache“ in Deutscher Gebärdensprache und mit Ton und Untertiteln findet weite Verbreitung.<sup>2</sup>

Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) hat auf seiner Website über das Coronavirus informiert und Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat am 04.03.2020 eine Regierungserklärung zur Bekämpfung des Coronavirus abgegeben.<sup>3</sup> Das Robert-Koch-Institut (RKI) klärt auf seiner Website ausführlich über COVID-19 auf.<sup>4</sup> Auch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) hat Antworten auf häufig gestellte Fragen zum neuartigen Coronavirus auf ihrer Website veröffentlicht.<sup>5</sup> Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) hat auf seiner Website den „Ratgeber für Notfallvorsorge und richtiges Handeln in Notsituationen“ veröffentlicht.<sup>6</sup> Das Auswärtige Amt (AA) stellt auf seiner Website Informationen über das Coronavirus für Reisende bereit.<sup>7</sup>

All diese sehr wesentlichen Gesundheitsinformationen sind jedoch nur in deutscher Schriftsprache und deutscher Lautsprache verfügbar. Sie sind nicht barrierefrei bzw. für Gehörlose und andere Menschen mit Hörbehinderungen nicht zugänglich, da die deutsche Schrift- und Lautsprache für sie eine Fremdsprache ist. Dies widerspricht der Notwendigkeit, dass sie in der Lage sein müssen, rechtzeitig zugängliche Informationen in Deutscher Gebärdensprache, ihrer Muttersprache, und mit Untertiteln zu erhalten, um bestmöglich für die eigene Gesundheit zu sorgen und die Ausbreitung von Infektionen zu minimieren.

Durch das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG), die Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung (BITV 2.0), die EU-Richtlinie 2016/2102 über den barrierefreien Zugang zu den Webseiten und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen und durch die Artikel 8, 9, 11, 21 und 25 der UN-Behindertenrechtskonvention hat Deutschland sich verpflichtet, die Zugänglichkeit zu gesundheitlich relevanten Informationen in Deutscher Gebärdensprache und mit Untertiteln sicherzustellen. Alle fünf Bundesbehörden (BMG, RKI, BZgA, BBK und AA) dürfen laut BGG nicht benachteiligen bzw. diskriminieren. Dies tun sie jedoch in unserem aktuellen Fall. Sie müssen sich umgehend mit der Bundesfachstelle für Barrierefreiheit in Verbindung setzen und für Abhilfe sorgen.

<sup>1</sup> In der ursprünglich veröffentlichten Fassung wurde der Videofilm versehentlich dem Verein GIBDA e. V. zugeschrieben. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.

<sup>2</sup> [https://www.youtube.com/watch?v=I5\\_nHar6JEs&feature=youtu.be](https://www.youtube.com/watch?v=I5_nHar6JEs&feature=youtu.be)

<sup>3</sup> <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/coronavirus.html>

<sup>4</sup> [https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges\\_Coronavirus/nCoV.html](https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/nCoV.html)

<sup>5</sup> <https://www.infektionsschutz.de/coronavirus-sars-cov-2.html>

<sup>6</sup> [https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/BBK/DE/2020/02/Fragen\\_zu\\_Coronavirus\\_Zustandigkeit\\_liegt\\_bei\\_RKI.html](https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/BBK/DE/2020/02/Fragen_zu_Coronavirus_Zustandigkeit_liegt_bei_RKI.html)

<sup>7</sup> <https://www.auswaertiges-amt.de/de/ReiseUndSicherheit/covid-19/2296762>

Berlin, 02.04.2020

## Stellungnahme 04/2020

### Bereitstellung von gesundheitsrelevanten Informationen zur Corona-Krise in Gebärdensprache und mit Untertiteln: zum aktuellen Stand

In Bezug auf die Stellungnahme des Deutschen Gehörlosen-Bundes (DGB) vom 06.03.2020<sup>1</sup> weisen wir auf den aktuellen Stand der Entwicklungen in der Frage der Barrierefreiheit bzw. vollen Zugänglichkeit zu gesundheitlichen Informationen zur Ausbreitung des Coronavirus in Deutscher Gebärdensprache und mit Untertiteln auf Bundesebene hin.

Der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Jürgen Dusel<sup>2</sup>, fünf behindertenpolitische Sprecher/-innen der Bundestagsfraktionen, Wilfried Oellers (CDU/CSU), Angelika Glöckner (SPD), Jens Beek (FDP)<sup>3</sup>, Sören Pellmann (DIE LINKE)<sup>4</sup> und Corinna Rüffer (Bündnis 90/Die Grünen)<sup>5</sup>, der Deutsche Behindertenrat<sup>6</sup> und die BAG Selbsthilfe<sup>7</sup> unterstützen die DGB-Stellungnahme vom 06.03.2020. Wir bedanken uns bei ihnen allen.

Wir haben fünf Anträge bei der Schlichtungsstelle des Bundes (§ 16 BGG) eingereicht. Der Rechtsanwalt Dr. Oliver Tolmein vertritt uns. Die Bundesfachstelle Barrierefreiheit hat sich mit den Bundesbehörden beraten und eine kurze Handreichung veröffentlicht, die einen schnellen Überblick über barrierefreie Formate und Informationsmöglichkeiten bietet.<sup>8</sup>

Auf Grundlage des Verbots der Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen durch die Träger der öffentlichen Gewalt (§ 7 BGG) haben wir einige Forderungen an das Bundeskanzleramt, das Bundesministerium für Gesundheit (BMG), das Robert Koch-Institut (RKI), die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BKK) sowie das Auswärtige Amt (AA) gerichtet. Wir fassen sie hier zu drei Kernforderungen zusammen:

1. Tagesaktuelle Informationen öffentlicher Stellen des Bundes über das Coronavirus bzw. die Corona-Krise müssen über Videofilme in Deutscher Gebärdensprache (DGS) und mit Untertiteln auf den Websites und in den sozialen Medien zur Verfügung gestellt werden.
2. Ein simultanes Dolmetschen für DGS und Deutsch/Englisch muss bei der Bundespressekonferenz und bei Pressekonferenzen im Bundeskanzleramt und in den Bundesministerien, besonders im BMG sowie bei nachgeordneten Behörden wie dem RKI, bereitgestellt werden, sofern diese Veranstaltungen live übertragen werden. Die Videos müssen zudem mit Untertiteln versehen werden. Auch die von der Bundeskanzlerin abgegebenen Erklärungen, die sie allein und unabhängig von Pressekonferenzen an die Bevölkerung richtet, müssen simultan und im gleichen Bild gedolmetscht werden, sodass alle Medien, die diese Erklärung verbreiten, damit auch die live gebärdete Übersetzung ausstrahlen.
3. Direkte Kommunikation und die Erreichbarkeit von Hotlines zum Coronavirus müssen sichergestellt werden (Fax, E-Mail, Telefonnummer des BMG, Notrufnummer 110/112 und die Nummer des ärztlichen Bereitschaftsdienstes 116117 über Tess oder über Videotelefonie per Webcam mit Dolmetscher/-innen für DGS und Deutsch).

<sup>1</sup> [http://gehoerlosen-bund.de/browser/3909/dgb\\_03\\_2020\\_stellungnahme.pdf](http://gehoerlosen-bund.de/browser/3909/dgb_03_2020_stellungnahme.pdf)

<sup>2</sup> [https://www.behindertenbeauftragter.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2020/PM6\\_Barrierefrei\\_f%C3%BCr\\_alle.html](https://www.behindertenbeauftragter.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2020/PM6_Barrierefrei_f%C3%BCr_alle.html)

<sup>3</sup> <https://www.jensbeek.de/post/geb%C3%A4rdensprachdolmetschung>

<sup>4</sup> <https://www.soreen-pellmann.de/home/home/detail/news/gehoerlose-werden-bei-versorgung-mit-informationen-ueber-corona-virus-benachteiligt/>

<sup>5</sup> <https://www.corinna-rueffer.de/regierungsbefragung-coronavirus/>

<sup>6</sup> <https://www.deutscher-behindertenrat.de/ID248838>

<sup>7</sup> <https://www.bag-selbsthilfe.de/aktuelles/nachrichten/detail/news/notfallinformationen-corona-krise-barrierefrei-anbieten/>

<sup>8</sup> [https://www.bundesfachstelle-barrierefreiheit.de/SharedDocs/Downloads/DE/Veroeffentlichungen/handreichung-barrierefreie-kommunikation-corona-virus.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](https://www.bundesfachstelle-barrierefreiheit.de/SharedDocs/Downloads/DE/Veroeffentlichungen/handreichung-barrierefreie-kommunikation-corona-virus.pdf?__blob=publicationFile&v=6)

Andere Länder, z. B. Italien, Österreich und die USA haben bereits umgesetzt, dass Gebärdensprachdolmetscher/-innen vor Ort bei Pressekonferenzen eingesetzt und live im Fernsehen bzw. Internet übertragen werden. Das sind vorbildhafte Beispiele.

Daher appelliert der Deutsche Gehörlosen-Bund an alle öffentlichen Stellen des Bundes<sup>8</sup>, alle lebenswichtigen Informationen in Deutscher Gebärdensprache und mit Untertiteln auf den Webseiten sowie über die sozialen Medienkanäle (Facebook, Twitter, Instagram) zur Verfügung zu stellen und alle übertragenen öffentlichen Ankündigungen, z. B. Pressekonferenzen, mit Live-Untertiteln zu versehen. Diese Informationen müssen zudem von qualifizierten Gebärdensprachdolmetscher/-innen vor Ort bereitgestellt werden.

Wir haben fünf Bundesbehörden in den letzten Tagen bereits angerufen und kontaktiert, doch stehen die konkreten Antworten zugunsten der besorgten gehörlosen Mitbürger/-innen bisher noch aus. Mit dieser Stellungnahme möchten wir auf unsere verbrieften Rechte hinweisen. Ansonsten sehen wir uns gezwungen, Anträge auf die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens bei der Schlichtungsstelle nach § 16 des Gesetzes zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (BGG) einzureichen, um weitere Abhilfe zu erreichen.

#### Adressaten:

- Bundesministerium für Gesundheit
- Robert Koch-Institut
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung
- Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenschutz
- Auswärtiges Amt

#### Zur Kenntnisnahme:

- Bundeskanzleramt
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Jürgen Dusel
- Bundesfachstelle für Barrierefreiheit
- alle gesundheits- und behindertenpolitischen Sprecher/-innen der Bundestagsfraktionen
- Deutscher Behindertenrat
- BAG Selbsthilfe
- Deutsches Institut für Menschenrechte

#### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und zehn bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine. Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

#### Pressekontakt

Daniel Büter

Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer/-innen erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetscher/-innen für Gebärdensprache und Deutsch unter der Telefonnummer: 069 – 900 160 333

<sup>8</sup> Das gilt insbesondere für Dienststellen und sonstige Einrichtungen der Bundesverwaltung einschließlich der bundesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts (§ 1 Absatz 1a BGG).

Über die Schlichtungsstelle des Bundes und unseren Rechtsanwalt haben wir Antworten von den Bundesministerien und nachgeordneten Bundesbehörden erhalten und geben dazu unsere Einschätzungen ab:

### 1. Bundesregierung bzw. Bundeskanzleramt unter Bundeskanzlerin Angela Merkel

Der Staatssekretär und Sprecher der Bundesregierung Steffen Seibert hat in einem freundlichen Schreiben betont, dass kein Mensch mit Behinderung von Informationen ausgeschlossen werden dürfe, vor allem wenn sich diese aktuell als lebenswichtig erweisen könnten. Deshalb lege die Bundesregierung besonderen Wert darauf, Informationen auch barrierefrei anzubieten und dieses Angebot Schritt für Schritt auszubauen.

Es ist sehr erfreulich, dass seit dem 11.03.2020 insgesamt 18 Videofilme in DGS auf der Website<sup>9</sup> zur Verfügung gestellt werden.

Die Ansprache der Bundeskanzlerin vom 18.03.2020 war an alle Bürger/-innen gerichtet. Es waren Dolmetscher/-innen für DGS und Deutsch vor Ort, die diese wichtige Ansprache nicht direkt und simultan übersetzen konnten. Die Ansprache wurde um 19:20 Uhr im ZDF, d. h. im linearen Fernsehen, ausgestrahlt, und zwar ohne Gebärdensprache. Nach der Tagesschau wurde sie um 20:15 Uhr auf Tagesschau24 im linearen Fernsehen übertragen und simultan in Gebärdensprache übersetzt. Nachträglich wurde die Ansprache der Kanzlerin in Gebärdensprache auf der Website der Bundesregierung veröffentlicht.<sup>10</sup> In der ZDF-Mediathek war die Ansprache dann ebenfalls in Gebärdensprache verfügbar.

Wir stellen erstens fest, dass drei verschiedene Gebärdensprachdolmetscher/-innen die Ansprache der Bundeskanzlerin dreimal übersetzt haben. Zweitens konnten gehörlose Personen diese Ansprache der Kanzlerin im linearen Programm Tagesschau24 erst um 20:15 Uhr ansehen. Zuerst erhielten also hörende Personen Zugang, erst geraume Zeit danach auch gehörlose Personen.

Es ist stattdessen klar zu bevorzugen, barrierefreie Formate (Ton, DGS, UT) für eine solche Ansprache **vor** der Ausstrahlung fertigzustellen und dann live im Fernsehen zu übertragen. So können alle Bürger/-innen die Ansprache in Deutsch, in Gebärdensprache und mit Untertiteln gleichzeitig wahrnehmen.

Bis jetzt findet die Pressekonferenz der Bundeskanzlerin noch nicht in Anwesenheit eines Gebärdensprachdolmetschers / einer Gebärdensprachdolmetscherin vor Ort statt.

### 2. Bundesministerium für Gesundheit (BMG) unter Bundesgesundheitsminister Jens Spahn

Wir haben ein Antwortschreiben vom BMG erhalten. Es sei dem BMG ein großes Anliegen, die gesamte Bevölkerung mit stets aktuellen Informationen zum Coronavirus zu versorgen. Damit diese Informationen auch jene Menschen erreichen, die auf Gebärdensprache angewiesen sind, stelle das Ministerium bereits zusätzliche Informationen zur Verfügung:

- Die bereits bestehenden Beratungsservices für Gehörlose und Hörgeschädigte seien thematisch um Fragen rund um das Coronavirus erweitert worden: Fax: 030 / 340 60 66 07, E-Mail: [info.deaf@bmg.bund.de](mailto:info.deaf@bmg.bund.de) / [info.gehoerlos@bmg.bund.de](mailto:info.gehoerlos@bmg.bund.de), Gebärdentelefon (Videotelefonie): <https://www.gebaerdentelefon.de/bmg/>

Das Gebärdentelefon des BMG gibt jedoch keine Informationen zu Coronavirus, es gibt – wie auch das 115-Gebärdentelefon<sup>11</sup> – nur zu allgemeinen Themen und Leistungen der öffentlichen Verwaltung Auskunft! Die betreibenden Stellen haben zudem nur begrenzte Geschäftszeiten, und entsprechend begrenzt ist auch die Erreichbarkeit. Wir halten diesen Weg für falsch und fordern das

<sup>9</sup> <https://www.bundesregierung.de/breg-de/mediathek/videos?f=992740%3AisInSignLanguage>

<sup>10</sup> <https://www.bundesregierung.de/breg-de/mediathek/ansprache-in-gebaerdensprache-1732122>

<sup>11</sup> [https://www.115.de/SharedDocs/Publikationen/DE/flyer\\_gebaerdentelefon\\_barrierefrei2.pdf;jsessionid=F50D4E5106F9EC496C917FF946B9483F.1\\_cid340?\\_blob=publicationFile&v=3](https://www.115.de/SharedDocs/Publikationen/DE/flyer_gebaerdentelefon_barrierefrei2.pdf;jsessionid=F50D4E5106F9EC496C917FF946B9483F.1_cid340?_blob=publicationFile&v=3)

BMG dazu auf, eine eigene, tatsächlich auf die Virus-Problematik spezialisierte Corona-Hotline für gehörlose Menschen einzurichten. Dies ist als barrierefreier Zugang zum Versorgungssystem notwendig. Diese Hotline muss bei Verdacht auf eine Infektion einen Videochat in Gebärdensprache ermöglichen, sodass direkt Fragen zum Coronavirus gestellt und die erforderlichen Antworten eingeholt und Hilfen koordiniert werden können.

- Auf seinem YouTube-Kanal stelle das BMG Erklärvideos zu häufigen Fragen rund um das Coronavirus mit Untertiteln zur Verfügung.

Es ist als positiv zu bewerten, dass seit dem 14.03.2020 insgesamt 13 Videofilme in DGS bereitgestellt werden. Es wäre allerdings wünschenswert, wenn diese Videofilme in DGS, wie andere Informationen des Ministeriums auch, auf dessen eigener Website angezeigt würden. So weist auf der Seite selbst nur der an sich mit Corona nicht verbundene Gebärdensprache-Button auf die Corona-Informationen für gehörlose Menschen hin. Ein weiterer Verweis auf die Gebärdensprachvideos findet sich unter „Tagesaktuelle Informationen“. Das Video, zu dem dieser Link führt, enthält jedoch keine tagesaktuelle Information, sondern einen mehrere Wochen alten Film, in dem Bundesgesundheitsminister Spahn „Informationen für das Krankenhauspersonal“ gibt. Dies ist kein inklusiver Ansatz. Inklusion erfordert, dass aktuelle Information des Ministeriums auch für Menschen, die nicht hören können, dort zu finden sind, wo auch hörende Menschen sie finden. Nur so wird gezeigt, dass Menschen, die in Gebärdensprache kommunizieren, genauso behandelt werden wie Menschen, die Lautsprache benutzen. Die Videos nur auf dem „YouTube“-Kanal zu zeigen ermöglicht es Gehörlosen und anderen Menschen mit Hörbehinderung zwar, bestimmte Informationen zu erhalten (deutlich weniger als Menschen, die hören können), allerdings nur auf einer gesonderten Seite.

- Das BMG bemühe sich darüber hinaus, Pressekonferenzen künftig in Gebärdensprache zu übersetzen.

Dieser Satz macht nicht deutlich, ob Pressekonferenzen des BMG und/oder die Bundespressekonferenz in Gebärdensprache simultan in Echtzeit gedolmetscht und dann live im Fernsehen übertragen werden. Wir lehnen eine Nachbearbeitung von Videoaufnahmen und deren zeitverzögerte Ausstrahlung mit DGS generell ab! Alle Menschen – ob gehörlos, mit oder ohne Hörbehinderungen – müssen die Informationen in Deutsch und Gebärdensprache gleichzeitig bekommen.

### 3. Robert Koch-Institut (RKI)

Das RKI hat sich ebenfalls bei uns zurückgemeldet. Es setzt seit dem 17.03.2020 eine Gebärdensprachdolmetscherin bei seinen Pressebriefings ein. Diese Briefings umfassen die tagesaktuellen Informationen, die das RKI der breiten Öffentlichkeit zum Thema bereitstellt. Das RKI verweist auf die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), die Gebärdensprachvideos über Informationen zum Thema Coronavirus zur Verfügung stelle.

Am 17.03.2020 wurde bei der Pressekonferenz des Robert Koch-Instituts zum ersten Mal mit einer Dolmetscherin für DGS und Deutsch zusammengearbeitet.<sup>12</sup> Einige TV-Sender, zum Beispiel Phoenix, haben diese Pressekonferenz in DGS und mit UT live in Echtzeit ausgestrahlt. Dies halten wir für vorbildlich und es stellt für uns die beste Lösung dar – es ist ein Best-Practice-Beispiel, das unseren Vorstellungen entspricht.

Am nächsten Tag (18.03.2020) strahlte Phoenix die Pressekonferenz des RKI wieder in DGS und mit UT aus.<sup>13</sup> Allerdings war das Bild mit DGS ziemlich klein und ganz rechts oben positioniert. Es wäre ideal, wenn das Bild mit DGS etwas größer und ganz links unten platziert wäre.

Bis jetzt hat das RKI insgesamt sechs Pressekonferenzen in Anwesenheit einer Gebärdensprachdolmetscherin durchgeführt. Das ist sehr positiv!

<sup>12</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=eKfiyuNaBew>

<sup>13</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=RDUBQL5eJLI>

#### 4. Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Die BZgA hat uns geantwortet und sieben Videofilme in DGS zum Coronavirus auf einmal am gleichen Tag (18.03.2020) auf ihrem YouTube-Kanal zur Verfügung gestellt. Später hat sie diese Videofilme deaktiviert, weil durch die sich schnell verändernde Sachlage einzelne Aussagen nicht mehr stimmten. Die BZgA, so heißt es im Schreiben, arbeite unter Hochdruck an einer neuen Ausgabe und benachrichtige uns, sobald die Aktualisierung vorliege.

Wir halten dies weder für nachvollziehbar noch für akzeptabel. Um überhaupt Informationen für gehörlose Menschen vorzuhalten, sollten unserer Auffassung nach, diese Videofilme so lange verfügbar sein, bis neue zur Verfügung stehen. Seitdem sind viele Tage vergangen und die angekündigte neue Ausgabe in DGS ist immer noch nicht vorhanden.

#### 5. Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK)

Der Präsident des BBK Christoph Unger hat zu dem geschilderten Sachverhalt Stellung bezogen. Es seien ja bereits zwei Videos in DGS auf der Website des BBK vorhanden: eines über die Aufgaben des BBK und eines mit Informationen und Hinweisen zur Navigation.<sup>14</sup> Diese Antwort verfehlt das Thema und ignoriert unsere Belange. Denn unser ausdrückliches Interesse ist es, Zugang zu Videos in DGS über aktuelle Informationen zum Thema Coronavirus auf der Website des BBK zu bekommen.

Das BBK plane, den Ratgeber für Notfallvorsorge und richtiges Handeln in Notsituationen (68 Seiten) in Deutsche Gebärdensprache übersetzen zu lassen und auf der BBK-Website zu veröffentlichen. Das wird allerdings unseren gegenwärtigen Forderungen nicht gerecht. Alle aktuellen Meldungen und Pressemitteilungen aus dem BBK<sup>15</sup>, z. B. „Covid-19: Handlungsempfehlungen Betreiber KRITIS“ (31.03.2020) müssen unseres Erachtens zeitnah in DGS übersetzt werden.

#### 6. Auswärtiges Amt (AA)

Das Auswärtige Amt hat uns per Mail geschrieben. Es sei sehr problematisch und nicht realisierbar, die aktuellen Reise- und Sicherheitshinweise zu den einzelnen Ländern in DGS bereitzustellen, weil sie sehr häufig aktualisiert bzw. geändert würden.

Wir halten die Auskunft, dass die bereitgestellten Informationen zum Coronavirus für Reisende auf der Website des Auswärtigen Amtes nur in deutscher Schrift- und Lautsprache zur Verfügung gestellt werden sollen, für inakzeptabel. Von reise- und sicherheitsrelevanten aktuellen Informationen sehen sich gehörlose und andere Menschen mit Hörbehinderungen damit komplett ausgeschlossen. Das ist eine Ungleichbehandlung und Diskriminierung, und wir sehen unserer Recht auf Gleichbehandlung (§ 7 BGG) verletzt.

Weiterhin haben wir eine Überblicksliste über die Bereitstellung von gesundheitsrelevanten Informationen zur Corona-Krise in Deutscher Gebärdensprache und mit Untertiteln im Medienbereich auf der Bundesebene entwickelt zum besseren Verständnis.<sup>16</sup>

Am 18.03.2020 haben der Weltverband der Gehörlosen (WFD) und der Weltverband der Gebärdensprachdolmetscher/-innen (WASLI) Leitlinien zur Bereitstellung des Zugangs zu Informationen zur öffentlichen Gesundheit in nationalen Gebärdensprachen während der Coronavirus-Pandemie veröffentlicht.<sup>17</sup> Wir unterstützen diese Leitlinien und die Richtlinien für die Positionierung von Gebärdensprachdolmetschern in Konferenzen, einschließlich Web-Streaming von der AICC<sup>18</sup> uneingeschränkt und halten sie für sehr empfehlenswert, um Barrierefreiheit in nationalen Gebärdensprachen umzusetzen. Eine deutsche Übersetzung dieser Leitlinien stellen wir auf unserer Homepage bereit.<sup>19</sup>

Der Europäische Gehörlosenverband (EUD) hat in der Europäischen Union, in Island, Norwegen, der Schweiz und dem Vereinigten Königreich Informationen über die Zugänglichkeit von Informationen in nationalen Gebärdensprachen in Bezug auf das Coronavirus gesammelt und auf seiner Website veröffentlicht.<sup>20</sup>

Fast 30.000 Personen haben die am 14.03.2020 ins Leben gerufene Petition „Corona-Infos auch in Gebärdensprache für Gehörlose“ von Katja Fischer, Sabine Heinecke und Julia Probst bereits unterschrieben.<sup>21</sup> Wir haben diese Aktion von Anfang an als Kooperationspartner unterstützt und bitten Sie, diese wichtige Petition zu unterschreiben und an Freunde, Bekannte und Familienmitglieder weiterzuleiten.

Fast jeden Tag aktualisieren wir die Sammlung bzw. Auflistung der Informationsfilme mit Deutscher Gebärdensprache, Pressemitteilungen, Stellungnahmen etc. zum Thema Coronavirus auf unserer Homepage unter [www.gehoerlosen-bund.de/coronavirus](http://www.gehoerlosen-bund.de/coronavirus).

Wir von unserem Team veröffentlichen alle zwei bis drei Tage einen Film über unsere Arbeiten. Wir wollen den Zusammenhalt in der Gebärdensprach-/Gehörlosengemeinschaft in diesen ersten Zeiten bewahren und das Zusammengehörigkeitsgefühl weiter stärken.

Über die erreichten Verbesserungen im Medienbereich hinaus halten wir Folgendes für ganz dringend geboten: Die Zugänglichkeit von Informationen in Gebärdensprache muss in allen Bereichen (Medien, Gesundheit, Senioren, Arbeit, Bildung usw.) weiter ausgebaut werden, damit Gehörlose während der Corona-Krise (und auch danach) gleich behandelt werden, wie es das Benachteiligungsverbot besagt.

#### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und zehn bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine. Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

#### Pressekontakt

Daniel Büter

Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer/-innen erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetscher/-innen für Gebärdensprache und Deutsch unter der Telefonnummer: 069 – 900 160 333

<sup>17</sup> <http://2tdzpf2t7hxmqqh3njno1y-wpengine.netdna-ssl.com/wp-content/uploads/2020/03/WFD-WASLI-Guidelines-SL-access-FINAL-18March20-1.pdf>

<sup>18</sup> <https://aiic.net/page/7821/guidelines-positioning-of-sign-language-interpreters-in-conferences/lang/1>

<sup>19</sup> [http://gehoerlosen-bund.de/browser/3920/WFD-WASLI-Guidelines-SL-access-FINAL-18March20\\_DE.pdf](http://gehoerlosen-bund.de/browser/3920/WFD-WASLI-Guidelines-SL-access-FINAL-18March20_DE.pdf)

<sup>20</sup> <https://www.eud.eu/news/covid-19/>

<sup>21</sup> <http://chnq.it/S2FzTVgwY>

<sup>14</sup> [https://www.bbk.bund.de/DE/Servicefunktionen/Gebaerdensprache/gebaerdensprache\\_node.html](https://www.bbk.bund.de/DE/Servicefunktionen/Gebaerdensprache/gebaerdensprache_node.html)

<sup>15</sup> [https://www.bbk.bund.de/DE/AktuellesundPresse/aktuelles\\_und\\_presse\\_node.html](https://www.bbk.bund.de/DE/AktuellesundPresse/aktuelles_und_presse_node.html)

<sup>16</sup> [http://gehoerlosen-bund.de/browser/3918/%C3%9Cbersicht\\_Infos\\_DGS\\_UT\\_final.pdf](http://gehoerlosen-bund.de/browser/3918/%C3%9Cbersicht_Infos_DGS_UT_final.pdf)

Berlin, 31.01.2018

## Monatsbericht des Präsidiums zum Januar 2019

### Kulturtage in Potsdam 2018:

Zum 31.12.2018 hat Petra Alaei ihre Tätigkeit als Projektleiterin der 6. Deutschen Kulturtage der Gehörlosen 2018 beendet. Die Projektverantwortlichen der Kulturtage, Präsident Helmut Vogel und die ehemalige 1. Vizepräsidentin Marietta Schuhmacher haben sich bei ihr bei einem Abschlussgespräch in Hamburg Mitte Dezember 2018 für ihre ausgezeichnete Arbeit bedankt. Sie war eine von zwei hauptamtlichen Mitarbeitern der Kulturtage der Gehörlosen in Potsdam im Jahr 2018. Benjamin Busch als Projektkoordinator hatte seine Arbeit schon im August 2018 beendet. Nach den Kulturtagen in Potsdam hatte Petra Alaei auch die Bewerbungsverfahren bzgl. der Ausrichtung der nächsten Kulturtage in 2022 mitgestaltet. Dieses Verfahren wurde bei der Bundesversammlung des DGB in Magdeburg mit der Entscheidung für den Landesverband der Gehörlosen Baden-Württemberg mit dem Ausrichtungsort Friedrichshafen abgeschlossen. Weiterhin hatte Petra Alaei im Herbst 2018 Checklisten nach Abstimmung mit dem Organisationsteam der Kulturtage in Potsdam erarbeitet. Die Checklisten werden eine große Hilfe bei der Planung der 7. Kulturtage in Friedrichshafen sein.



### Inklusionsbeirat:

Bei der konstituierenden Sitzung am 11. Januar 2019 traf sich der Inklusionsbeirat bei dem Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen. Der Inklusionsbeirat gehört der staatlichen Koordinierungsstelle nach Artikel 33 der UN-Behindertenrechtskonvention an. Im Inklusionsbeirat sind 16 verschiedene Organisationen (meist Behindertenverbände) vertreten, darunter der DGB. Seit dem Ende des letzten Jahres ist nach der Ernennung vom Bundesbehindertenbeauftragten Dusel erstmals auch der DGB vertreten. Für den DGB ist dies ein weiterer gemeinsamer Schritt beim Voranbringen der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und bei der Netzwerkarbeit auf der Bundesebene für die Gebärdensprachgemeinschaft. Hier das Foto vom Inklusionsbeirat mit Helmut Vogel.



### Neue Entwicklung aus Brasilien für die Gehörlosen:

Am 12. Januar 2019 gab es in der Bundesgeschäftsstelle des DGB in Berlin eine interessante Begegnung mit einem gehörlosen Brasilianer namens Alexandro Garde. Daran nahmen der Präsident Helmut Vogel und der 2. Vizepräsident Steffen Helbing persönlich sowie die 1. Vizepräsidentin Elisabeth Kaufmann per Webcam teil. Im Austausch mit Garde erfuhren wir von aktuellen Fortschritten für Gehörlose und die Gebärdensprachgemeinschaft in Brasilien. Eine gehörlose Frau leitet jetzt das Büro für Menschenrechtsfragen in der Regierung und eine andere gehörlose Frau hat den zuständigen Posten für Gehörlosenpädagogik im Bildungsministerium inne. Diese Entwicklung steht im aktuellen Zusammenhang mit dem Einsetzen des neugewählten brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro: Denn seine Frau Michelle Bolsonaro ist gebärdensprachkompetent. Sie ist seit langem gut in Kontakt mit Gehörlosen und den Gehörlosenverbänden. Bei der Einsetzung ihres Mannes zu Anfang Januar 2019 hat Michelle Bolsonaro bei ihrer Rede bewusst die Brasilianische Gebärdensprache benutzt. Dieses Vorgehen ist sicherlich erstmalig auf der Welt und sorgt für Beachtung. Das Präsidium des DGB hat Interesse an einem Austausch zu verschiedenen Lebensbereichen der Gehörlosen in Brasilien und Deutschland. Vogel und Helbing überreichten Garde eine Gratulationsurkunde an das Präsidentenpaar, um diesen für ihr Engagement für Gehörlose und Gebärdensprache in Brasilien zu danken und Interesse an einem künftigen Austausch in den Angelegenheiten im Sinne der Gebärdensprachgemeinschaft zu zeigen.



### Taubblinde:

Am 18. Januar 2019 fand ein Besuch von Helmut Vogel und Steffen Helbing zum Thema „Taubblinde Menschen“ im EUTB-Büro in Essen von der deutschen Gesellschaft für Taubblindheit statt. Dort arbeitet Uwe Zelle, der vor einige Jahren Beauftragter für Taubblinde im DGB war. Ebenfalls anwesend war Dieter Zelle, der Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Taubblinden (BAT). Die Themen waren insbesondere Netzwerkarbeit für taubblinde Menschen und Taubblindenassistenten. Nach Absprache mit BAT wollen wir demnächst eine/n Beauftragte/n in DGB für taubblinde Menschen ernennen. Der/die Beauftragte/r mit dem neu zu bildenden Arbeiterteam wird unter anderem wichtige Aufklärungsarbeit für den DGB mit seinen Mitgliedsverbänden leisten, damit die Themen der gebärdensprachlich orientierten Taubblinde mitberücksichtigt werden können und sollen.





### Migranten/Flüchtlinge:

Ebenso am 18. Januar 2019 gab es im Gehörlosenzentrum im Essen eine Versammlung für vier Stunden zum Thema „Gehörlose Migranten und Flüchtlinge“. Ege Karar, der ehemalige Bundesreferent für Migration und Flüchtlinge beim DGB, hat die Versammlung vorbereitet und geleitet. Acht aktive gehörlose Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Migranten und Flüchtlinge sowie Helmut Vogel und Steffen Helbing vom Präsidium haben teilgenommen. Zuerst wurde über die bisherigen Arbeiten berichtet, bevor die Anwesenden sich über zukünftige Arbeiten und Projekte austauschten. Danach wurde Umut Cucu als neuer Beauftragter für Migration und Flüchtlinge des DGB einstimmig gewählt. Umut setzt sich schon seit vielen Jahren im Landesverband der Gehörlosen und Gebärdensprachgemeinschaft Nordrhein-Westfalen e.V. aktiv für gehörlose Migranten und Flüchtlinge ein. Als Teammitarbeiter haben sich Ege Karar und danach Louisa Pethke aus Hamburg bereit erklärt.



### Gesundheit:

Für den Bereich Gesundheit ist Präsidiumsmitglied Dr. Ulrike Gotthardt zuständig. Für diesen Bereich hat das Präsidium Lela Finkbeiner aus Göttingen als Teammitarbeiterin ernannt. Zurzeit gibt es ein wichtiges Thema im Bereich „Gesundheit“: Die 6. Versorgungsmedizinische Verordnung, durch die das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) Änderungen plant. Es besteht Unklarheit in Sachen „Grad der Behinderung“: Beispielsweise haben Menschen mit mindestens 80 Grad „GdB“ aktuell freie Fahrt im öffentlichen Nahverkehr.

Wird es hier neue Vorgaben geben, ist nicht absehbar, was das für behinderte Menschen individuell bedeutet. Deswegen hat es am 22. Januar 2019 eine Gesprächsrunde zwischen Frau Ahuja, Abteilungsleiterin im BMAS, und Vertretern aus verschiedenen Behindertenverbänden gegeben, unter anderem mit Lela Finkbeiner für den DGB. Im Anschluss haben Ulrike Gotthardt und Lela Finkbeiner eine Vorab-Stellungnahme über die künftig geplante 7. Versorgungsmedizinische Änderungsverordnung in Bezug auf das „Hören“ für den DGB ausgearbeitet. Die Stellungnahme wird auf der DGB-Homepage veröffentlicht. Der DGB verfolgt diese Entwicklung aufmerksam und setzt sich dafür ein, dass eine mögliche Verschlechterung der Situation gehörloser Menschen verhindert wird.

### Neujahrsempfänge bei Landesverbänden:

Zu Anfang des Jahres nahm die 1. Vizepräsidentin Elisabeth Kaufmann an verschiedenen Neujahrsempfängen teil, und zwar am 19. Januar 2019 in Frankenthal vom Landesverband der Gehörlosen Rheinland-Pfalz und am 23. Januar 2019 in Stuttgart vom Landesverband der Gehörlosen in Baden-Württemberg. Dort traf sie auch verschiedene Politikerinnen und Politiker von der Bundes- und der Landesebene. Sie hielt Grußworte für den DGB.



### Gedenkveranstaltung:

Am 28. Januar 2019 nahm Steffen Helbing, der 2. Vizepräsident, an der Gedenkveranstaltung des Bundesbehindertenbeauftragten für die Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Morde teil. Zwischen 1933 und 1945 wurden unter dem NS-Regime hunderttausende kranke Menschen und Menschen mit Behinderung grausam ermordet. Die Trauerfeier am Gedenkort für die Opfer der NS-Euthanasie-Morde in Berlin-Tiergarten hat ihn sehr berührt. So etwas darf sich nicht wiederholen!



### 18. Weltkongress vom Weltverband der Gehörlosen in Paris

Alle vier Jahre veranstaltet der WFD einen Weltkongress. Vom 23.-27. Juli 2019 findet der 18. Weltkongress im Palais des Congrès de Paris (Porte Maillot) in Paris, Frankreich, statt. Es ist eines der wichtigsten internationalen Treffen der Gehörlosen- bzw. Gebärdensprachgemeinschaft. Es werden bis zu 3.000 Teilnehmern aus den 135 nationalen Mitgliedsverbänden des WFD aus der ganzen Welt erwartet. Das Kongresssthema „Gebärdensprache für alle“ unterstreicht, dass die uneingeschränkte Wahrnehmung der sprachlichen Rechte entscheidend ist für die vollständige Einbeziehung der Gehörlosengemeinschaft in die Gesellschaft.

Das Kongressprogramm wird diese sechs im Folgenden aufgeführten Hauptthemen behandeln: Gebärdensprache und Deaf Studies; Gehörlosenausbildung; Internationale Entwicklungszusammenarbeit; Technologie und Barrierefreiheit; Gesundheit; Arbeit und Beschäftigung.

Das englischsprachige Programm für 18. WFD-Kongress mit den Vorworten von Vincent Cottineau, Präsident des französischen Gehörlosenverbandes (FNSF), Colin Allen, Präsident des Weltverbandes der Gehörlosen und Ronit Laquerrière-Leven, Vorsitzende des Organisationskomitees sind in Deutsch übersetzt worden. Siehe mehr auf der DGB-Homepage!

### Vorschau:

02.02.2019:	Workshop und Versammlung der Frauenbeauftragten in Kassel
09.03.2019:	Treffen der Arbeitsgruppe „Struktur des DGB“ in Kassel
23.-27.7.2019	WFD-Kongress in Paris
25.-27.10.2019	Ordentliche Bundesversammlung in Augsburg

### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

### Pressekontakt

Daniel Büter

Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch

Telefon: 01805-83 77 00

Berlin, 07.03.2019

## Monatsbericht des Deutschen Gehörlosen-Bundes für Februar 2019

### 1. Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses

An der ersten Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses im Jahr 2019 am 24.01.2019 nahm Daniel Büter für den Deutschen Gehörlosen-Bund teil. Der Deutsche Behindertenrat (DBR) ist ein Aktionsbündnis der Behindertenverbände, Selbsthilfe- und Selbstvertretungsorganisationen in Deutschland und engagiert sich seit 20 Jahren für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Im DBR haben sich über 140 Organisationen behinderter und chronisch kranker Menschen vereinigt. Das Bündnis repräsentiert über 2,5 Millionen Betroffene. Für das Jahr 2019 hat die Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e. V. (ISL) den Vorsitz im Sprecherrat des DBR übernommen. Vorsitzender des Sprecherrats ist ISL-Vorstandsmitglied Horst Frehe. Bei dieser Sitzung wurden verschiedene Themen der Behindertenpolitik auf Bundesebene für das Jahr 2019 besprochen und das weitere Vorgehen miteinander abgesprochen.



### Workshop für Frauen und Versammlung mit Wahl der Frauenbeauftragten

Am 2. Februar 2019 trafen sich gehörlose Frauen aus einigen Bundesländern zur diesjährigen Frauenversammlung in Kassel zum Thema „Wahl einer Frauenbeauftragten im Deutschen Gehörlosen Bund“. Da kam das Ziel, dass die gehörlosen Frauen sich für die Frauenversammlung vorgenommen haben, genau richtig: die Einbeziehung der Interessenvertretung der Frauen in die Verbandsarbeit des DGB und die Beratung gehörloser Frauen zu fördern. In den Zeiten der UN-Behindertenrechtskonvention ist etwas dringend notwendig. So wurde Frau Silvia Gegenfurtner einstimmig zur Frauenbeauftragten gewählt. Mit ihr und ihrem Team haben wir eine gut geschulte Frauenbeauftragte, die unter anderem Maßnahmen gegen die Diskriminierung der gehörlosen Frauen ergreifen wird. Über den Veranstaltungsablauf haben die anwesende 1. Vizepräsidentin Elisabeth Kaufmann und die Beisitzerin Dr. Ulrike Gotthardt auf der DGB-Homepage berichtet.



Bankverbindung: IBAN DE98 1002 0500 0007 4704 00 – BIC BFSWDE33BER  
Präsidium: Helmut Vogel, Elisabeth Kaufmann, Steffen Helbing, Michael Wohlfahrt, Dr. Ulrike Gotthardt, Hans-Jürgen Kleefeldt und Katja Hopfenzitz

### Festveranstaltung der BIH „Die Hauptfürsorgestellen werden 100“

Die Hauptfürsorgestellen werden Anfang 2019 100 Jahre alt. Die Gründung der heutigen „Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen“ (BIH) beruht auf einer Verordnung vom 08.02.1919, mit der die soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge im Deutschen Reich als staatliche Aufgabe anerkannt wurde.

Dieses Ereignis hat die BIH gemeinsam mit vielen Ehrengästen und dem 2. Vizepräsidenten Steffen Helbing sowie mit Daniel Büter als Vertretung des DGB in einem feierlichen Rahmen am 07.02.2019 in der Heilig-Geist-Kirche in Berlin begangen.



### Runder Tisch zum EFRE-Forschungsprojekt „TV-Untertitel für gehörlose und schwerhörige Kinder“

Beim Runden Tisch am 08.02.2019 in Hildesheim war Daniel Büter für den DGB und die Vertreter der Fernsehanstalten anwesend. An der Hauptstudie haben ca. 180 Kindern teilgenommen. Die Ergebnisse des Forschungsprojekts von der Universität Hildesheim (01.03.2017 bis 28.02.2019) und die Beantwortung der zentralen Fragestellung „Wie müssen Untertitel in TV-Sendungen gestaltet sein, dass gehörlose und schwerhörige Kinder zwischen 8 und 12 Jahren die Untertitel gut lesen können, der Sendung inhaltlich folgen können und die Untertitel akzeptieren?“ wurden vorgestellt und diskutiert. Der Richtlinienkatalog für Untertitelstandards, das neue Folgeprojekt und die Fragestellungen werden weiterentwickelt.



Deutscher Gehörlosen-Bund e.V., Prenzlauer Allee 180, 10405 Berlin, www.gehoerlosen-bund.de  
Präsidium: Helmut Vogel, Elisabeth Kaufmann, Steffen Helbing, Michael Wohlfahrt, Dr. Ulrike Gotthardt, Hans-Jürgen Kleefeldt und Katja Hopfenzitz

### Gespräch mit Elisabeth Motschmann (CDU)

Am 13.02.2019 nahmen Steffen Helbing, Daniel Büter und Bernd Schneider von der Deutschen Gesellschaft der Hörbehinderten – Selbsthilfe und Fachverbände e. V. an dem Gespräch mit Elisabeth Motschmann, der medienpolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion CDU/CSU, teil. Es wurde über barrierefreie Medien (Gebärdensprache und Untertitel) gesprochen. Selbst für Frau Motschmann war das Thema Gehörlosigkeit etwas Neues. Sie war sehr interessiert und wunderte sich, dass es kaum Einblendungen in Gebärdensprache im Fernsehen gibt. Sie wünschte sich, dass gerade die großen öffentlich-rechtlichen Sender, wie das ZDF, hier mit gutem Beispiel vorangehen müssten. Eine barrierefreie Zukunft sieht so aus, dass auch Gehörlose, z. B. als Experten, in die Sendungen geladen werden und ein Teil der Fernsehlandschaft sind. Besonders für Kinder ist es von großer Bedeutung, bilingual aufzuwachsen und schon im Kinderfernsehen Gebärdenspracheinblendungen mit Untertitelungen zu bekommen. Frau Motschmann wird sich persönlich dafür einsetzen und mit dem ZDF besprechen, dass hier Handlungsbedarf besteht.



### Gespräch mit Wilfried Oellers (CDU)

Am gleichen Tag (13.02.2019) haben Steffen Helbing und Daniel Büter sich mit Wilfried Oellers, dem behindertenpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion CDU/CSU, über Barrierefreien Notruf, besonders über eine bundesweite staatliche Notruf-App, intensiv ausgetauscht. Die Bundesregierung hat die Kleine Anfrage der Bundestagesfraktion DIE LINKE beantwortet (Drucksache 19/6880, 28.01.2019). Nun werden wir das Gespräch mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) nochmals suchen. Im Dezember 2018 haben wir uns mit dem Staatssekretär, Herrn Nussbaum, über die öffentliche Sicherheit und den notwendigen Schutz für gehörlose, hörbehinderte und taubblinde Menschen sowie für jeden Menschen besprochen.

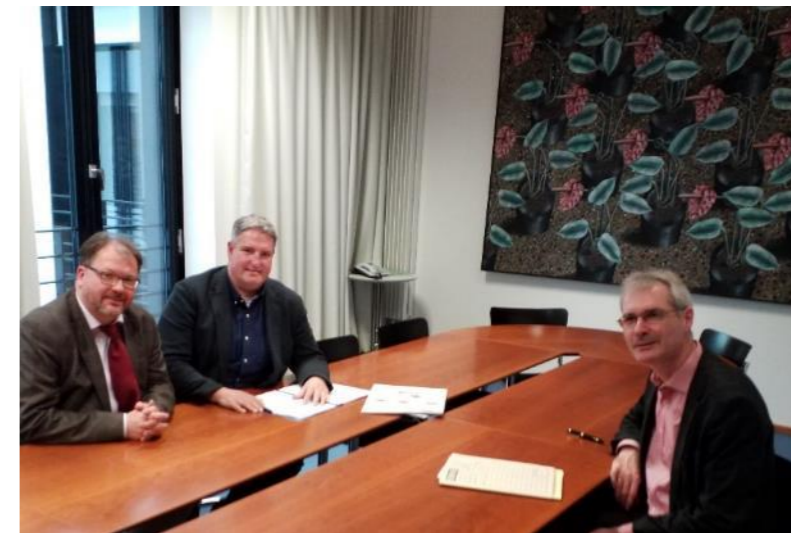


### Sitzung des Expertenkreises der Bundesfachstelle Barrierefreiheit

Am 25.02.2019 fand die fünfte Sitzung des Expertenkreises für die Bundesfachstelle Barrierefreiheit beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Berlin statt. Zweimal im Jahr treffen sich diverse Vertreter/-innen der Behindertenverbände und einiger anderer Institutionen als Experten, darunter Helmut Vogel als Präsident für den DGB. Nach der Einführung von Volker Sieger, dem Leiter der Bundesfachstelle, berichteten die Mitarbeiter/-innen aus verschiedenen Bereichen der Bundesfachstelle über ihre Arbeiten im letzten Jahr und im kommenden Jahr im Zusammenhang mit dem Arbeitsprogramm 2019. Unter anderem wird das Programm der ersten Regionalkonferenz zum Thema „Mobilität“ im Rahmen der Initiative Sozialraum Inklusiv (ISI) am 01.04.2019 in Braunschweig vorgestellt. Übrigens ist die Bundesfachstelle per Webcam auch in Gebärdensprache erreichbar, denn dort arbeitet Sven Niklas, der gebärdensprachkompetente Jurist für die Bereiche Kommunikation und Recht.

### Gespräch mit Herrn Dr. Peter Mozet (BMAS)

Das Gespräch fand am 26.02.2019 im Bundesministerium für Arbeit und Soziales statt. Ministerialrat Dr. Peter Mozet übernahm die Vertretung für die Abteilungsleiterin der Abt. V: Teilhabe, Belange behinderter Menschen, Soziale Entschädigung, Sozialhilfe, Vanessa Ahuja, die nicht kommen konnte. Der Präsident des DGB, Helmut Vogel, und Daniel Büter haben sich mit ihm über verschiedene Themen intensiv ausgetauscht: Beschluss vom Amtsgericht Goslar zum Thema „CI-Zwang-Fall“, die Antworten der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Zur Situation von hörbeeinträchtigten Menschen in Deutschland“ (Drucksache 19/1620, 12.04.2018), die Antworten der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE „Probleme bei der Gewährung des Rechtsanspruchs auf Arbeitsassistenzeleistungen“ (Drucksache 19/2339, 22.05.2018), die 6. Versorgungsmedizin-Verordnung und die Vorab-Stellungnahme des DGB zur künftigen 7. Versorgungsmedizinischen Verordnung. Es bedarf weiterer Sensibilisierungsarbeit für diverse Bundesministerien, da die Bundesregierung die Antwort vom 12.04.2018 recht kurzfristig zusammengestellt hatte und es für uns sehr unbefriedigend war. Demnächst werden wir den Forderungskatalog mit den Mitgliedsverbänden des DGB noch überarbeiten und uns künftig bei Gesprächen mit diversen Bundesministerien auf bestimmte Themen konzentrieren, um weitere Verbesserungen für die Gebärdensprachgemeinschaft anzustoßen.



## 30. Verbändekonsultationen der Monitoring-Stelle UN-BRK

Daniel Büter nahm an dem Treffen zu den 30. Konsultationen der Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention mit den behindertenpolitischen Verbänden am 27.02.2019 in Berlin teil. Es ging um die Frageliste des UN-Fachausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, um die Arbeitsübersetzung von der Allgemeinen Bemerkung Nr. 7 und um den neuen Inklusionsbeirat beim Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen.

### DGB-Stellungnahmen:

- Stellungnahme 01/2019: „Vorab-Stellungnahme zur künftig geplanten 7. Versorgungsmedizinischen Änderungsverordnung“ (Dr. Ulrike Gotthardt und Lela Finkbeiner)
- Stellungnahme 02/2019: „Kritik an der neuen Regelung der Bahn für Menschen mit Behinderungen“ (Hans-Jürgen Kleefeldt)
- Stellungnahme 03/2019: „Keine gute Aufklärung bzw. Sensibilisierung bei der SOKO München Folge „Stille Liebe!“ (Elisabeth Kaufmann)

### Vorschau:

09.03.2019	Treffen der Arbeitsgruppe „Struktur des DGB“ in Kassel
23.-27.07.2019	Weltkongress des Weltverbandes der Gehörlosen (WFD) in Paris
25.-27.10.2019	Ordentliche Bundesversammlung des DGB in Augsburg

### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine. Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

### Pressekontakt

Daniel Büter  
Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit  
E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)  
Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch  
Telefon: 01805-83 77 00

Berlin, 19.03.2019

## Bericht 03/2019

### Präsidiumssitzung vom 01. bis 03. März 2019 in Berlin

Am 1. März traf sich das gesamte Präsidium außer Katja Hopfenzitz zu einer Sitzung im Tagungsraum des DGB.

Eingeladen wurden auch Thomas Zander und Petra Alaei als Projektleiterin der letzten Kulturtage. Das Thema der Sitzung war die Aufarbeitung und Analyse der 1. bis 6. Kulturtage in verschiedenen Städten. Viele Erinnerungen von damals wurden geweckt und besprochen. Die bisherigen Kulturtage des DGB bedeuten eine große Verantwortung. Für die nächsten 7. Kulturtage brauchen wir eine gute Vorbereitung.

Am nächsten Tag ging die Sitzung im Tagungsraum im Hotel weiter. Die Themen waren vielfältig und anspruchsvoll und vieles konnte abgestimmt werden. Daniel Büter präsentierte seine Arbeit im politischen Bereich und seine Öffentlichkeitsarbeit. Auch wurde über die konkrete Verteilung der Zuständigkeiten und Aufgaben gesprochen und abgestimmt.



Fotos: Steffen Helbing und Dr. Ulrike Gotthardt

Gegen Mittag gab es eine kleine Überraschung. Das Team hatte ohne Helmut Vogel und Hans Jürgen Kleefeldt etwas vorbereitet und überreichte beiden eine Geburtstagstorte mit der Aufschrift „Helmut 50 und Hans 65“.

Am Abend ging das Präsidium in ein türkisches Restaurant, um mit den Geburtstagskindern zu feiern. Helmut Vogel und Hans Jürgen Kleefeldt waren sehr überrascht und bedankten sich herzlich.

Am dritten und letzten Tag wurden noch die restlichen Themen besprochen. Alle stellten fest, dass die drei Tage mit Begeisterung, Ansporn und hervorragender Zusammenarbeit im Team gelaufen sind.



Fotos: Steffen Helbing und Dr. Ulrike Gotthardt

Hans-Jürgen Kleefeldt

Berlin, 19.03.2019

## Bericht 04/2019

### Treffen der Arbeitsgruppe „Struktur des DGB“ in Kassel

Am Samstag, den 09.03.2019 hat die Arbeitsgruppe "Struktur des DGB" (DGB 2.0) ihre Zwischenergebnisse im Gehörlosenzentrum Kassel vorgestellt.

Die Veranstaltung wurde von Katja Fischer aus Berlin moderiert. Neben den Vertretern der verschiedenen Landes- und Fachverbände und den Interessierten waren Helmut Vogel, Elisabeth Kaufmann, Steffen Helbing und Michael Wohlfahrt vom Präsidium des Deutschen Gehörlosen-Bundes anwesend.

Am Vormittag wurden die Mitglieder der Arbeitsgruppe sowie die Ziele und eine Bestandsaufnahme der aktuellen Struktur, Finanzierung, Stimmenzahlen und Mitgliederentwicklung des Gehörlosenbundes, der Landesverbände sowie anderer Verbände z.B. VDK vorgestellt.

Am Nachmittag folgten Probleme, Ideen und Lösungsvorschläge in den Bereichen Informationsfluss, Namensstruktur sowie Transparenz und Strategieplanung. Jan Eichler stellte seine Version der neuen DGB-Struktur vor. Anschließend stellte das Präsidium das neue Organigramm (Präsidium, Beirat und Geschäftsstelle) und geplanten Länderrat vor.



Foto: DGZ/Wille Felix Zante

Bernd Schneider, Vorsitzender des Landesverbandes Bayern der Gehörlosen, leitet die Arbeitsgruppe, da der Antrag des Landesverbandes Bayern auf die Einrichtung der Arbeitsgruppe im letzten Jahr von der Bundesversammlung in Magdeburg angenommen wurde. Die Arbeitsgruppe wird nun Vorschläge für eine konkrete Umsetzung erarbeiten und auf der Arbeitstagung am 28./29. Juni 2019 in Frankfurt vorstellen.

Eine Live-Übertragung war aus personellen Gründen leider nicht möglich. Die komplette Veranstaltung finden Sie auf YouTube unter diesen Links:

Teil 1 von 10:00 - 12:00 Uhr: <https://youtu.be/EBmNrd1OZrs>

Teil 2 von 13:00 - 15:00 Uhr: <https://youtu.be/wad3R2IGDR4>

Teil 3 von 15:30 - 17:30 Uhr: <https://youtu.be/7Dpryc5-Lms>

Bernd Schneider

Berlin, 14.05.2019

## Monatsbericht des Deutschen Gehörlosen-Bundes für März und April 2019

### Sitzung des DGB-Präsidiums (01.-03.03.2019)

Am 01.03.2019 traf sich das gesamte Präsidium außer Katja Hopfenzitz zu einer Sitzung im Tagungsraum des DGB. Eingeladen wurden auch Thomas Zander und Petra Alaei als Projektleiterin der letzten Kulturtage. Das Thema der Sitzung war die Aufarbeitung und Analyse der 1. Bis 6. Kulturtage in verschiedenen Städten. Viele Erinnerungen von damals wurden geweckt und besprochen. Die bisherigen Kulturtage des DGB bedeuten eine große Verantwortung. Für die nächsten 7. Kulturtage brauchen wir eine gute Vorbereitung. Am nächsten Tag ging die Sitzung im Tagungsraum im Hotel weiter. Die Themen waren vielfältig und anspruchsvoll und vieles konnte abgestimmt werden. Daniel Büter präsentierte seine Arbeit im politischen Bereich und seine Öffentlichkeitsarbeit. Auch wurde über die konkrete Verteilung der Zuständigkeiten und Aufgaben gesprochen und abgestimmt. Es wurden diverse Fachteams in Anlehnung an den nationalen Aktionsplan 2.0 eingerichtet.

Am dritten und letzten Tag wurden noch die restlichen Themen besprochen. Alle stellten fest, dass die drei Tage mit Begeisterung, Ansporn und hervorragender Zusammenarbeit im Team gelaufen sind.



Foto: Steffen Helbing

### Gesprächsrunde über Musikdolmetschen/Musikperformance (03.03.2019)

Im August 2018 veröffentlichte eine Tageszeitung aus Berlin einen Artikel mit dem Titel „Eine optische Täuschung“ von Martin Vahemäe Zierold. Dieser Artikel löste eine heftige Diskussion bei den an diesem Thema Interessierten (Gehörlose bzw. Gebärdensprachdolmetscher/-innen) aus. Dadurch wurde die Debatte über kulturelle Aneignung ausgelöst. Nach der Podiumsdiskussion, die die „Gesellschaft für Gebärdensprache und Kommunikation Gehörloser e.V.“ (GGKG) am 01.12.2018 in Köln zu diesem Thema veranstaltet hat, hat Helmut Vogel, Präsident des DGB, eine gemeinsame Gesprächsrunde mit den Vorsitzenden vom Bundesverband der GebärdensprachdolmetscherInnen Deutschlands e.V. (BGSD) und vom Berufsverband der tauben GebärdensprachdolmetscherInnen e.V. (tGSD) vereinbart. Am 3. März 2019 fand die Gesprächsrunde beim DGB in Berlin unter dem Thema „Barrierefreies Musikdolmetschen/Musikperformance“ statt. Dort waren Helmut Vogel und Elisabeth Kaufmann vom DGB, zwei Vertreterinnen jeweils von beiden GS-Dolmetscherverbänden und zwei Experten Asha Rajashekar und Fabian Rombach, die sich am 01.12.2018 in Köln engagiert haben, unter der Moderation von Thomas Zander vertreten. Das Ziel dieser Arbeitsgruppe ist, zu erreichen, dass ein gemeinsamer Konsens für alle Teilnehmer zu diesem sensiblen Thema gefunden wird. Es war eine konstruktive und emotionale Gesprächsrunde. Beide GS-Dolmetscherverbände haben ihre Bereitschaft gezeigt, ein gemeinsames Positionspapier mit dem DGB zu erstellen. Der Wunsch vom DGB ist es, für die Gehörlosengemeinschaft eine alle zufrieden stellende barrierefreie Musikverdolmetschung mit den tauben und hörenden engagierten Gebärdensprachdolmetscher/-innen und gehörlosen Musikperformer/-innen zu erreichen.



Foto: Thomas Zander

### Gespräch mit Bankhaus Löbbecke (04.03.2019)

Am 04.03.2019 waren Michael Wohlfahrt, DGB-Schatzmeister, und Steffen Helbing, DGB-Vizepräsident, zu einem Treffen mit Herrn Heinrich Wittig vom Bankhaus Löbbecke geladen. Es war ein sehr interessanter und wichtiger Termin für uns. Herr Wittig erzählte uns zunächst viel über die Geschichte der Bank, die bis zu ihrer Unabhängigkeit zur Dresdener Bank gehörte. Danach war es an uns, über die Geschichte, Aufgaben und Bedeutung des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V. zu berichten. Herr Wittig betonte, wie wichtig der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. und seine Aktivitäten seien und dass er hier gerne unterstützen möchte. Die Idee von Steffen Helbing ist es, zur Absicherung der Zukunft aller Verbände der Gehörlosen, die Immobilien der Zentren ins Eigentum von diesen zu bringen oder andere Immobilien zu finden, um diese zu kaufen. Hintergrund ist, dass wir uns nie auf die Hilfe staatlich finanzierter Einrichtungen verlassen können und eine Unabhängigkeit gegenüber dem Staat für uns erreicht werden muss. Wir sollten hier tätig werden, bevor wir Opfer irgendwelcher Sparmaßnahmen werden und die Kultur gehörloser Menschen gefährdet wird. Um hier gemeinsam für unsere Unabhängigkeit eintreten zu können, sollen alle Vertreter der Landesverbände zu einem gemeinsamen Termin eingeladen werden. Bei dieser Versammlung möchte Steffen Helbing allen seinen Vorschlag unterbreiten und gemeinsam mit Herrn Wittig vom Bankhaus Löbbecke über Möglichkeiten der Umsetzung diskutieren. Er wird uns an seinen Erfahrungen teilhaben lassen und wir werden gemeinsam überlegen, wie das Ziel zu erreichen ist. Zum Beispiel sollte man gezielt auf Firmen zugehen und ihnen erklären, dass sie Gelder, die sie für die Steuer aufwenden müssten, besser in Spenden für den Deutschen Gehörlosen-Bund e.V. investieren könnten. Neben seinem Erfahrungsschatz stellte uns Herr Wittig auch die finanzielle Unterstützung des Bankhauses in Aussicht. Wir sind gespannt auf die kommende Zusammenarbeit!



Foto: Steffen Helbing

### Gespräch mit Jürgen Dusel (05.03.2019)

Am 05.03.2019 waren Steffen Helbing und Daniel Büter zu einem Gespräch mit Jürgen Dusel (Behindertenbeauftragter der Bundesregierung). Hierbei wurden folgende Themen besprochen: Die Kritik am Jahresempfang beim Behindertenbeauftragten des Bundes am 11.12.2018, mit einer vermeintlich gebärdenden Person auf der Bühne nahm sich Herr Dusel zu Herzen und versprach hier eine Verbesserung insofern, dass diese Rolle selbstverständlich inkludierend von einer Gehörlosen übernommen wird. Hier ist zum nächsten Jahresempfang Elisabeth Kaufmann in der Verantwortung

für unsere Kultur einzustehen. Des Weiteren ging es darum, dass wir als Gehörlosenbund darüber informiert werden sollten sobald ein gehörloses Kind geboren wird, um dem Kind und seinen Eltern vom ersten Tag an unsere Hilfe und Unterstützung gewährleisten zu können. Dazu gehört auch das ein Gebärdensprachkurs für die Eltern von der Krankenkasse übernommen werden muss. Herr Dusel möchte auch hierzu eine Lösung finden. Zum Thema wurde auch, dass es bei dem momentan steigenden Arbeitsaufkommen und immer mehr politischer Tätigkeit im Deutschen Gehörlosen Bund e. V. nötig wird, hier mehr Arbeitsplätze für Gehörlose zu schaffen. Herr Dusel und wir schlugen vor, daraus direkt das „Projekt Teilhabe“ zu machen, um diese Forderungen durchzusetzen. Zum „Projekt Teilhabe“ wird es ein weiteres Treffen mit Herrn Dusel, Helmut Vogel und Steffen Helbing geben.



Foto: Steffen Helbing

### Treffen der Arbeitsgruppe „Struktur des DGB“ (09.03.2019)

Am Samstag, den 09.03.2019 hat die Arbeitsgruppe „Struktur des DGB“ (DGB 2.0) ihre Zwischenergebnisse im Gehörlosenzentrum Kassel vorgestellt. Die Veranstaltung wurde von Katja Fischer aus Berlin moderiert. Neben den Vertretern der verschiedenen Landes- und Fachverbände und den Interessierten waren Helmut Vogel, Elisabeth Kaufmann, Steffen Helbing und Michael Wohlfahrt vom DGB-Präsidium anwesend. Am Vormittag wurden die Mitglieder der Arbeitsgruppe sowie die Ziele und eine Bestandsaufnahme der aktuellen Struktur, Finanzierung, Stimmzahlen und Mitgliederentwicklung des DGB, der Landesverbände sowie anderer Verbände, z. B. des VDK, vorgestellt. Am Nachmittag folgten Probleme, Ideen und Lösungsvorschläge in den Bereichen Informationsfluss, Namensstruktur sowie Transparenz und Strategieplanung. Jan Eichler stellte seine Version der neuen DGB-Struktur vor. Anschließend stellte das Präsidium das neue Organigramm (Präsidium, Beirat und Geschäftsstelle) und den geplanten Länderrat vor. Bernd Schneider, Vorsitzender des Landesverbandes Bayern der Gehörlosen, leitet die Arbeitsgruppe, da der Antrag des Landesverbandes Bayern auf die Einrichtung der Arbeitsgruppe im letzten Jahr von der Bundesversammlung in Magdeburg angenommen wurde. Die Arbeitsgruppe wird nun Vorschläge für eine konkrete Umsetzung erarbeiten und auf der Arbeitstagung am 28./29. Juni 2019 in Frankfurt vorstellen.



Foto: DGZ/Wille Felix Zante

### EUD-Vorstandssitzung (07.-10.03.2019)

Am 08.03.2019 fand in Nikosia, Zypern, die erste Sitzung des EUD-Vorstands im Jahr 2019 statt, an der Daniel Büter teilnahm. Während des 4-tägigen Aufenthalts hatte der EUD-Vorstand Gelegenheit, die Spende von Huawei in Höhe von 500.000 USD für die EUD ausführlich zu diskutieren. Darüber

hinaus besprachen die Mitglieder des EUD-Vorstands die Agenda der EUD-Generalversammlung, die im Mai dieses Jahres in Bukarest (Rumänien) stattfinden wird. Die EUD traf sich mit dem Präsidenten des zyprischen Gehörlosenverbands, Andreas Constantinou, und hatte Gelegenheit, die zukünftige Zusammenarbeit zwischen dem nationalen Gehörlosenverband in Zypern und der EUD zu diskutieren. Am 09.03.2019 fand das Seminar in Nikosia, Zypern, statt, bei dem der EUD-Vorstand die Arbeit der EUD präsentierte. Darüber hinaus hatten die Mitglieder der lokalen Gehörlosengemeinschaft Zyperns die Möglichkeit, während der Diskussion über die Arbeit und die Renten mit den Mitgliedern des EUD-Vorstands in Kontakt zu treten. Die Veranstaltung wurde mit 100 Teilnehmern gut besucht.



Foto: EUD

### Gespräch mit Wilfried Oellers (11.03.2019)

Am 11.03.2019 traf Steffen Helbing sich erneut mit Herrn Wilfried Oellers, dem behindertenpolitischen Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, zu einem Gespräch über verschiedene Themen. Herr Oellers ist sehr offen für die Themen und Belange von Menschen mit Behinderung. Gerade in Europa möchte Steffen Helbing sich besonders für taube Menschen engagieren, mit dem Hintergrund, dass es wichtig ist und einen Unterschied macht, wenn er sich als selbst Betroffener für die Belange von anderen Gehörlosen einsetzt, als wenn Hörende an der Realität und den Problemen, Wünschen und Bedürfnissen tauber Menschen vorbei agieren. Er hat in der Vergangenheit viele negative Erfahrungen gemacht und finde es keine gute Idee, wenn Menschen ohne Behinderung für Menschen mit Behinderung/ Einschränkungen oder besonderen Bedürfnissen, Anträge auf Projektförderung stellen. Wenn überhaupt, sollten solche Projekte inklusiv beantragt und umgesetzt werden, um gerade den Betroffenen die Chance zu geben, sich für ihre Interessen einzusetzen, sich dafür stark zu machen und ihre Erfahrungen mit einzubringen. Zudem bieten solche Projekte die Möglichkeit, Arbeitsplätze zu schaffen und Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Ein weiteres Ziel, das Steffen Helbing erreichen möchte, ist, dass die Deutsche Gebärdensprache in Deutschland offiziell als Amtssprache anerkannt wird. Dies ist dringend nötig, um gehörlosen Menschen eine barrierefreie Teilhabe in allen Bereichen zu ermöglichen. Kommunikation ist ein Menschenrecht, verstehen können und verstanden werden – dafür wird er weiterkämpfen! Barrierefreiheit für alle! Auch das Thema „Ehrenamt muss unterstützt werden“ liegt ihm sehr am Herzen. Dies und mehr sind die Themen, für die er sich weiter stark machen wird!



Foto: Steffen Helbing

### Besichtigung in Friedrichshafen (15.03.2019)

Am 15. März 2019 haben Helmut Vogel und Elisabeth Kaufmann für den DGB zusammen mit dem Landesverband der Gehörlosen Baden-Württemberg e. V. das Graf-Zeppelin-Haus und die Messe in Friedrichshafen für die 7. Deutschen Kulturtag der Gehörlosen im Jahr 2022 besichtigt. Weiterhin haben sie sich mit diversen Vertreter/innen der Gehörlosenvereine in Baden-Württemberg getroffen. Die Vorbereitungen haben also schon begonnen! Bei der Bundesversammlung des DGB im Oktober 2018 in Magdeburg hatte der Landesverband der Gehörlosen Baden-Württemberg den Zuschlag für die Ausrichtung der Kulturtag von den Mitgliedsverbänden des DGB erhalten.



Foto: Holger Nagel

### Deutscher Hörfilmpreis 2019 (19.03.2019)

Der Deutsche Hörfilmpreis wurde seit 2002 vom Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV) jedes Jahr vergeben. Hörfilme ermöglichen es blinden und sehbehinderten Menschen, Filme als Ganzes wahrzunehmen und zu genießen. Diese Filme sind mit einer Audiodeskription (AD) versehen, die in knappen Worten zentrale Elemente der Handlung sowie Gestik, Mimik und Dekor beschreibt. Den DGB vertraten Steffen Helbling und Thomas Zander.



Foto: Steffen Helbing

### Delegs-Fachtagung (20.03.2019)

Ca. 60 Gehörlose und Hörende trafen sich auf der Fachtagung „Teilhabe gehörloser Kolleginnen und Kollegen am Arbeitsleben“ am 20.03.2019 in Berlin. Es ging u. a. um die Weiterentwicklung und Verbreitung der Fachgebärden in der Deutschen Gebärdensprache. Das ist eine wichtige Voraussetzung dafür, um die berufliche Teilhabe Gehörloser in qualifizierten Berufen zu verbessern. Der 2. Vizepräsident des DGB, Steffen Helbing, hat die Veranstaltung eröffnet und begeisterte mit einem lebhaften und humorvollen Beitrag. Die Leiterin der Abteilung V im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Vanessa Ahuja, stellte danach mit einem Fachvortrag vor, wie die Bundesregierung die Teilhabe behinderter und insbesondere gehörloser Menschen fördert. Daniel Büter hat die Forderungen des DGB zum Thema Arbeit vorgestellt. Dr. Matthias Bartke (MdB, SPD, Vorsitzender der Ausschusses Arbeit und Soziales) hat sich den Fragen und Anregungen in der abschließenden Podiumsdiskussion, unter anderem mit Daniel Büter, gestellt. Weitere Themen waren die Forderung nach einer verbesserten Verfügbarkeit von Dolmetscher/-innen und deren leistungsgerechtere Vergütung. Dies könne, z. B. sozial gerecht über eine Anhebung der Ausgleichsabgabe insbesondere für Betriebe ohne Behindertenanteil erreicht werden.



Foto: Steffen Helbling

### Festakt 10 Jahre UN-BRK (26.03.2019)

Vor zehn Jahren, am 26.03.2009, ist in Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention in Kraft getreten. Aus diesem Anlass hatte Bundesminister Hubertus Heil zu einem Festakt eingeladen, an dem rund 350 Menschen mit und ohne Behinderung aus allen Teilen des gesellschaftlichen Lebens teilnahmen. Im Rahmen dieses Festaktes hat Bundesminister Heil Frau Prof. Dr. Theresia Degener für ihre Arbeit im UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen gedankt.

Steffen Helbing und Daniel Büter waren dort anwesend.

Wie der ironische Titel der Veranstaltung vermuten lässt musste Steffen Helbing immer wieder in Gesprächen darauf hinweisen das sicherlich schon einige Schritte in die richtige Richtung unternommen wurden, aber noch lange nicht von einer Umsetzung der Konvention gesprochen werden kann. Für einen Festakt ist es, seiner Meinung nach, bei Weitem noch zu früh.



Foto: Steffen Helbling

### Sitzung der Arbeitsgruppe DB (27.03.2019)

Nach der Begrüßung und Vorstellung aller Beteiligten teilte Frau Tanya Stötzer mit, dass sie die Arbeitsgruppe leitet, da Frau Engel-Kuhn erkrankt war. Anwesend waren 6 Rollstuhlfahrer, 1 Sehbehinderter, 2 Blinde, 2 Hörgeschädigte mit zwei Dolmetscherinnen und verschiedene Personen von der Deutschen Bahn. Für den DGB vertrat Hans-Jürgen Kleefeldt. Das erste Thema war die Vorstellung des neuen Eurocity-Nachfolgers „ECx“, der 2023 in Dienst gestellt werden soll. Es durfte in diesem Raum nicht fotografiert werden, da dies vom Hersteller verlangt wurde. Die Berichte mit den Fotos aus der Presse stammen von der Entwicklung aus dem Computer. Es ist noch kein Zug dieser Bauart hergestellt worden. Es wurde viel darüber diskutiert, wie die Innenausstattung insbesondere im Sanitärbereich gestaltet werden soll. Kritikpunkte waren die Toiletten, wo die Waschbecken zu klein oder falsch aufgestellt sind. Diese Kritikpunkte kamen direkt von den Rollstuhlfahrern. Die Einrichtung dieser Abteile gibt es nur in der 1. Klasse, die als Standard geführt werden soll, soll nur für den gesamten Zug ausgestattet sein. Es sollte auch überlegt werden, auch einen zweiten Waggon in der 2. Klasse einzuführen. Für Gehörlose und Hörgeschädigte sollen bei Ansagen im Zug die Texte auf den Monitoren zu lesen sein. Nach der Mittagspause wurde über die Weiterentwicklung des Bahnsteighöhenkonzepts gesprochen. Es sollen drei verschiedenen Höhen bestehen, wobei bei kleinen Bahnhöfen auf dem Lande die Bahnsteighöhe 55 cm betragen sollen und in größeren Bahnhöfen 96 (mehr bei S-Bahnen) bzw. 78 cm. Diese Höhen sollen für die neuen Züge angepasst werden. Des Weiteren wurde auch über die Fahrgastinformationen in den Bahnhöfen auf dem Lande besprochen. Diese sollen ab 2020 testweise und ab 2023 überall installiert werden. Die Anzeigen sind zwei- bzw. dreizeilig und

werden mit LED beleuchtet. Es wurde ein Testgerät vorgestellt. Die LED-Anzeige leuchtet sehr intensiv, und für Blinde wird akustisch die Anzeige angesagt, wenn man auf den Knopf drückt. Zum Schluss wurde nur kurz der Service für mobilitätseingeschränkte Fahrgäste angesprochen und das aktuelle Ergebnis mitgeteilt. Leider waren zu diesem Zeitpunkt aber die Hälfte der Beteiligten bereits auf dem Heimweg. Die Deutsche Bahn versucht, weiterhin mit den Drittbahnen eine Kooperation zu bilden, damit alle mobilitätseingeschränkten Reisenden weiterhin kostenfreie Hilfeleistungen für die gesamte Reise abrufen können.

### Pulse of Europe (31.03.2019)

Am 31.03.19 war Steffen Helbing bei der Veranstaltung ‚Pulse of Europe‘ - auf dem Gendarmenmarkt in Berlin. Er hielt dort einen kleinen Vortrag, in dem er u. a. betonte, dass Europa für ihn ein wichtiges Länderbündnis ist, um Menschen mit und ohne Behinderung ein barrierefreies und selbstbestimmtes Leben zu bieten und Inklusion real (er)lebbar zu machen! Ebenso steht Europa für ihn für die Durchsetzung von Frauen- und Menschenrechten. Europa muss für seine Bürger und Bürgerinnen und deren Anliegen und Wünsche ein verlässlicher Partner sein. Menschen mit und ohne Behinderung sollen das Gefühl haben, mit ihren Bedürfnissen wahrgenommen zu werden, und erleben, dass Themen nicht nur auf dem Papier stehen bleiben, sondern angegangen und umgesetzt werden. Es gab viel positive Resonanz auf seinen Beitrag, was ihn natürlich sehr freut! Steffen Helbing bewirbt sich um den Sitz des Europäischen Parlaments bei der Europawahl am 26. Mai 2019 und kandidiert über die Liste der Berliner CDU, dazu drücken wir ihm fest die Daumen!



Foto: Steffen Helbling

### 1. Regionalkonferenz „Mobilität in einem inklusiven Sozialraum“ (01.04.2019)

Am 01.04.2019 hat der Bundesminister für Arbeit und Soziales Hubertus Heil die erste Regionalkonferenz der Initiative SozialraumInklusiv in Braunschweig eröffnet. Damit wurde die bundesweite Konferenzreihe gestartet, die in insgesamt sechs Regionalkonferenzen das Thema „Inklusiver Sozialraum“ beleuchten und gute Beispiele aus den Regionen zeigen will. Hans-Jürgen Kleefeldt war dorthin gekommen, um sich zum Thema Mobilität in einem inklusiven Sozialraum zu informieren. Das Motto lautete: Von guten Beispielen auf kommunaler Ebene lernen. Im Fokus standen dabei die drei Handlungsfelder „Nahverkehrsplanung – Barrierefreiheit bis 2022“, „Inklusive Mobilität im ländlichen Raum“ und „Chancen der Digitalisierung für eine inklusive Mobilität“. Die Bezeichnung „Barrierefreiheit“ ist ein dehnbarer Begriff, der noch nicht überall Anwendung findet, und deshalb versuchte man in dieser Regionalkonferenz, ihn stärker zu vermitteln. Die nächsten Regionalkonferenzen werden zeigen, ob bis zum Jahr 2022 die Barrierefreiheit ernst genommen wird.



Foto: Thomas Rafalzyk/BMAS



## 2. Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses (01.04.2019)

Am 01.04.2019 nahm Daniel Büter an der 2. Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses teil. Über die Arbeit des DBR-Sekretariats hat die Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e. V. (ISL) kurz berichtet. Wahlrecht, Europawahlen, Partizipation, Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung 2.0, Bundesteilhabegesetz, Welttagsveranstaltung am 03.12.2019, AGG-Reform, Versorgungsmedizin-Verordnung, Elektronische Kleinstfahrzeuge, E-Scooter, Mobilität-Servicezentrale, Betreuungsrecht, etc. waren Themen auf der Tagesordnung, die wir diskutiert haben.



Foto: DBR

## Mitgliederversammlung der BAG Selbsthilfe (06.04.2019)

Am 6. April 2019 fand die Bundesmitgliederversammlung der BAG Selbsthilfe in Bonn statt, an der Elisabeth Kaufmann teilgenommen hat. Bei dieser Bundesversammlung wurden viele wichtige Punkte vorgetragen wie zum Beispiel der Gesamtplan und Teilhabeplan – die Stärkung der Antragsteller bei Bedarfsermittlung und die Leistungsbewilligung. Die Rednerin war Prof. Dr. Helga Seel. Es ging darum, dass die Ausgestaltung von Teilhabeplan und Gesamtplan auf Kooperation, Koordination und die Übereinstimmung von Zielvorgaben angewiesen ist. Bei dem weiteren Vortrag, bei dem Frau Natalie Tauchert sprach, handelte es sich darum, ob die EUTB in der Beratungslandschaft angekommen ist. In ihrem Vortrag betont Frau Tauchert ihr Ziel, Menschen mit Behinderung zu unterstützen und deren Recht auf Teilhabe selbstbestimmt zu verwirklichen. Zum Schluss hielt der Bundesgeschäftsführer der BAG Selbsthilfe eine zusammenfassende Rede über die Perspektiven für die verbandliche Arbeit für die BAG Selbsthilfe. Es waren geballte Informationen an einem einzigen Tag und sehr aufschlussreich!



Foto: Elisabeth Kaufmann

## Bundesversammlung der Deutschen Gehörlosen-Jugend (06.-07.04.2019)

Vom 6. bis 7. April 2019 fand die Bundesjugendversammlung der Deutschen Gehörlosen Jugend e.V. in Frankfurt am Main statt. Auf Einladung kam Elisabeth Kaufmann, Vizepräsidentin des DGB, am Sonntag für eine kurze Ansprache zur Versammlung. Sie hielt eine Rede bei der Versammlung, bei der es um die Neustrukturierung des DGB und um die Wiedereinführung des Beirats und dessen Beauftragte ging. In den Beirat soll ein Beauftragter/eine Beauftragte für Kinder und Jugend integriert werden, am besten eine Person von der DGJ, da die DGJ gut vernetzt ist mit anderen Jugendverbänden. Es gab danach auch eine Diskussion, wie in Zukunft die gegenseitige Zusammenarbeit aussehen

könnte, da dadurch auch die Wertschätzung ihrer Arbeiten steigen könnte. Es soll kein Von-oben-Her-abschauen der „Alten“ auf die „Jungen“ vorherrschen. Optimal wäre, dass die Landesverbände ihre eigenen Jugendvertreter zur BJV (Bundesjugendversammlung) delegieren und diesen auch den entsprechenden Freiraum zur Gestaltung ihrer Projekte geben.

Danach wurde noch über Social Media (Facebook, Instagram und Twitter) lange diskutiert. Elisabeth Kaufmann nahm dankbar Tipps im Umgang und zur Verwendung der Social Media an. Insgesamt war es ein schöner und ideenreicher Austausch auf verschiedenen Ebenen, und diese Zusammenarbeit soll weitergeführt werden.



Foto: Elaine Kollien

## DGB-Stellungnahmen:

- Stellungnahme 04/2019: „Novellierung des Filmförderungsgesetzes“
- Stellungnahme 05/2019 zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung (BITV 2.0)

## Vorschau:

17.-19.05.2019	EUD-Mitgliederversammlung in Rumänien
28.-29.06.2019	Arbeitstagung des DGB in Frankfurt am Main
23.-27.07.2019	Weltkongress des Weltverbandes der Gehörlosen (WFD) in Paris
25.-27.10.2019	Ordentliche Bundesversammlung des DGB in Augsburg

## Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

## Pressekontakt

Daniel Büter

Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch

Telefon: 01805-83 77 00

Berlin, 18.07.2019

## Bericht 06/2019

### 1. Norddeutschen Gehörlosen-Seniorentreff vom 14.-16. Juni 2019 in Hamburg

Der Beauftragte für Senioren Bernd Siebert ist im Auftrag des Deutschen Gehörlosen-Bund e.V. dort gewesen.

Am ersten Tag (Freitag) hielt ich für das DGB-Präsidium eine kurze an die gehörlosen Senioren aus Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen gerichtete Begrüßungsrede. Alle Teilnehmer waren erstaunt, dass auch der DGB dabei war. Der Leiter der Veranstaltung, Alexander von Meyenn, hatte mich eingeladen. Es kamen über 190 Teilnehmer. Die Veranstaltung fand im Gehörlosen-Clubheim statt.

Am Abend gab es eine Quizshow, die von den Quizshow-Leitern Simon Kollien und Stefan Palm-Ziesnitz geführt wurde. Vier Länder nahmen teil und die meisten Punkte bekam Niedersachsen.



Fotos: Alexander von Meyenn

Am zweiten Tag (Samstag) fand die Eröffnung der Fachtagung im Hamburg-Haus statt. Der 1. Vorsitzende Ralph Raule leitete diese Veranstaltung. Das DGB-Präsidiumsmitglied Hans-Jürgen Kleefeldt hielt eine kurze Rede, in der er betonte, dass diese großartige Veranstaltung ein Vorbild auch für andere Bundesländer sein sollte.

Das erste Thema lautete „Was wir gemeinsam tun können“. Die Referentin Frau Darboven vom LAG Hamburg sagte zu uns: „Wir gehörlosen Senioren sollen immer fordern, was wir für unseren Bedarf brauchen“.

Das zweite Thema war die „Versorgungssituation von gehörlosen Menschen im Alter – Am Beispiel Demenz“. Referiert wurde von Frau Lisa Stockleben von der Universität Köln. Sie gab gute Empfehlungen, wie man mit einem Arzt und Gebärdendolmetschern klare Rücksprachen über die eigene Lebenssituation halten soll, damit möglichst frühzeitig eine Diagnose erstellt wird. Sie sprach auch von Erfahrungen aus der Praxis in der Seniorenarbeit.

Das letzte Thema betraf die Altenpflege. Der Diplom-Pflegewirt David Demke sprach darüber, dass es in Zukunft auch ein wichtiges Netzwerk für Senioren geben soll. So soll z. B. künftig mit verschiedenen Landesverbänden zusammen eine Statistik erarbeitet werden. Im hörenden Bereich gebe es dies schon lange. Die Statistik soll neu erstellt werden, damit die Behörde sehen kann, wie die Situation unter gehörlosen Senioren ist.

Am Nachmittag ging eine Gruppe zur Hafensrundfahrt, die voll ausgebucht war. Viele staunten über die großen Containerschiffe und die Stimmung an Bord war super. Eine andere Gruppe besuchte mit Frau Bergmann ein Museum. Dort informierten sich die Teilnehmer über die Speicherstadt und die HafenCity. Alle Senioren waren glücklich über das gute Wetter.

Am Abend ging es weiter ins Hamburg-Haus, wo zwei Theaterstücke von dem Berliner Tauben-Theater und Panto-Magie aus Leipzig aufgeführt wurden. Es gab viel Applaus, weil auch viel gelacht wurde.



Foto: Alexander von Meyenn

Am dritten Tag (Sonntag) gab es eine Podiumsdiskussion mit den Referent\*innen aus den vier Ländern, wobei Siegfried Lepper aus Hamburg die Leitung übernahm.

Der Gehörlosen-Seniorentreff soll alle zwei Jahre stattfinden, und es wurde abgesprochen, dass das Land Niedersachsen den 2. Norddeutschen Gehörlosen-Seniorentreff 2021 ausrichten wird. Der Ort wird noch bekannt gegeben. Die Referentin Frau Dettmer aus Niedersachsen wird die Durchführung übernehmen. Seniorenleiter Siegfried Lepper teilte mit, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern an dem nächsten Seniorentreff teilnimmt.

Für einige Teilnehmer gab es eine Stadtrundfahrt mit zwei Dolmetscher\*innen unter Führung des Hamburger Gehörlosen-Seniorenkreises und weitere Museumsbesuche mit Frau Bergmann. Dort war ich allerdings nicht dabei.

Bericht geschrieben von dem DGB-Beauftragten für Senioren Bernd Siebert  
Korrigiert von Hans-Jürgen Kleefeldt und Daniel Büter

#### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

#### Pressekontakt

Daniel Büter

Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch

Telefon: 01805-83 77 00

Berlin, 19.07.2019

## Monatsbericht des Deutschen Gehörlosen-Bundes für Mai und Juni 2019

### Neue Filme in Gebärdensprache und mit Untertitelung über Monatsberichte 2019

Im Februar 2019 hat der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. erstmals den Monatsbericht in Deutsch veröffentlicht. Danach haben wir positive Rückmeldungen zu diesem neuen Format bekommen. Im Mai berichtete Elisabeth Kaufmann als 1. Vizepräsidentin erstmals über ihre Arbeiten in Gebärdensprache mit Untertitelung (DGB Film 3/2019). Im Juli berichtete Daniel Büter von der Geschäftsstelle über seine Arbeiten auf dem gleichen Weg (DGB Film 4/2019 bis 9/2019). Es wird zunehmend solche Filme vom Präsidium, vom Beirat und von der Geschäftsstelle geben. Das ist ein wichtiger Schritt für mehr Transparenz in der politischen Arbeit des DGB neben dem alle ein bis zwei Wochen erscheinenden DGB-Newsletter der Bundesgeschäftsstelle. Für viele Gehörlose und Gebärdensprachnutzer\*innen ist die Vermittlung in der Gebärdensprache wichtig! An dieser Stelle bedanken wir uns bei dem BKK Dachverband für die Förderung des barrierefreien Zugangs zu Informationen des DGB. (HV)

### Inklusionsbeiratssitzung am 08.05.2019

Die Koordinierungsstelle für die UN-Behindertenrechtskonvention hat die 16 Beiratsmitglieder zur zweiten Sitzung des neuen Jahres eingeladen. Diese Stelle ist dem Behindertenbeauftragten Dusel beigeordnet. Der Deutsche Gehörlosen-Bund als Vertreter der Gehörlosen- bzw. Gebärdensprachgemeinschaft war durch Helmut Vogel vertreten. Die Koordinierungsstelle hat die Geschäftsordnung ausgearbeitet, und der Beirat hat diese nach gemeinsamen Diskussionen angenommen. Sie wird demnächst einen Expertenkreis mit den bisherigen und mit neuen Experten zu verschiedenen Themen bzgl. des Lebens von Menschen mit Behinderungen einrichten. (HV)

### 2. Jahresempfang des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Jürgen Dusel am 09.05.2019

Über 400 Gäste aus Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft, darunter Daniel Büter als Vertretung im Namen des DGB, nahmen an diesem 2. Jahresempfang am 09.05.2019 in Berlin teil und hörten bzw. sahen die Festrede von der Juristin und Professorin für Recht und Disability Studies, Theresia Degener, sowie von Olaf Scholz, Bundesminister der Finanzen und Vizekanzler.

Die Veranstaltung stand auch im Zeichen des 10-jährigen Jubiläums der Ratifizierung der UN-BRK in Deutschland und der anstehenden Staatenprüfung Deutschlands zur Umsetzung der UN-BRK.

Jürgen Dusel betonte in seiner Eröffnung, dass Inklusion in Deutschland noch lange keine Selbstverständlichkeit sei - auch wenn sich schon viel bewegt habe. „Im Jahr des Jubiläums der UN-BRK zeigt sich, dass Menschen mit Behinderungen noch immer häufig mit zahlreichen Hürden kämpfen müssen. Sei es bei der steuerlichen Gleichstellung oder auch bei der Suche nach bezahlbarem barrierefreiem Wohnraum, führte Dusel aus. Ein wichtiges Thema sei auch die medizinische Versorgung von Menschen mit schweren Behinderungen und hohem Unterstützungsbedarf.“

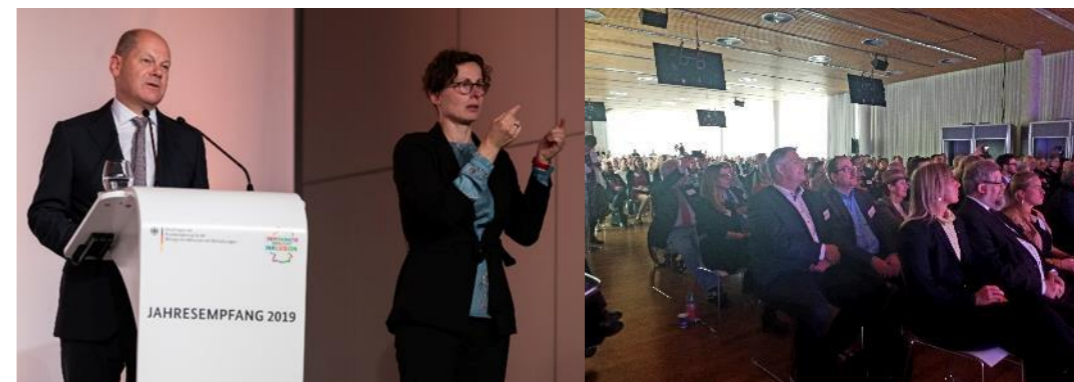


Fotos: Konrad Schmidt

So gebe es bei der Kostenübernahme von Assistenz im Krankenhaus eine gesetzliche Regelungslücke zulasten der betroffenen Menschen. Diese führe im schlimmsten Fall dazu, dass Menschen trotz schwerwiegender gesundheitlicher Probleme nicht behandelt werden könnten. Das sei eines modernen Sozialstaats im 21. Jahrhundert nicht würdig. „Deutschland wird in diesem Jahr von der Staatengemeinschaft zum zweiten Mal auf den Inklusions-Prüfstand gestellt. Und ich kann jetzt schon sagen: Wir werden sicher an einigen Stellen nacharbeiten müssen. Denn bei der Inklusion geht es um die Umsetzung fundamentaler Grundrechte.“

Auch die Teilhabe am Arbeitsleben müsse verbessert werden. Es sei inakzeptabel, dass rund ein Viertel aller beschäftigungspflichtigen Arbeitgeber gar keine Menschen mit Behinderung beschäftige. Neben Anpassungen der Ausgleichsabgabe schlug Dusel vor, dass Arbeitgeber, die Menschen mit Behinderung einstellen wollen, nur noch das Integrationsamt als alleinigen Ansprechpartner haben sollten, denn Leistungen aus einer Hand beschleunigten und vereinfachten Prozesse.

Bundesfinanzminister Olaf Scholz zeigte sich in seiner Rede zuversichtlich, dass die Forderung nach einer Verdopplung des Pauschbetrags für behinderte Menschen im Einkommensteuerecht erfüllt werde. Diese werde derzeit geprüft und brauche die Zustimmung der Länder.



Fotos: Konrad Schmidt und Daniel Büter

Dazwischen haben Cassandra Wedel mit Partnerin Rosalie Wanka auf der Bühne wunderschön getanzt. Beide trugen dabei lange Kleider und keine Schuhe, sie bewegten sich beim Tanzen synchron. Dieser Jahresempfang war eine der schönsten Veranstaltung. (DB)

### DeafMentoring – Abschlussveranstaltung am 10.05.2019 in Köln

Zahlreiche Mitarbeiter\*innen der Universität Köln unter der Leitung von Prof. Dr. Thomas Kaul und der Rheinisch-Westfälischen Hochschule Aachen unter der Leitung von Prof. Dr. Klaus Willmes von Hinckeldey sind seit 2015 im Rahmen des Projekts „DeafMentoring“ tätig. Diese Mitarbeiter\*innen haben etwa 100 Gehörlose und Schwerhörige in diversen Städten in Deutschland unterrichtet und coacht. Die Teilnehmer\*innen haben ihre Erfahrungen an interessierte gehörlose und schwerhörige Jugendliche und Erwachsene weitergegeben und sie für ihr weiteres Leben fördern können, insbesondere in der Arbeit, im Ehrenamt und in der Freizeit. Nach der erfolgreichen Qualifizierung haben bisher etwa 60 das Zertifikat als DeafMentor\*innen erhalten. Das erfuhren viele Teilnehmer\*innen der ganztägigen Abschlussveranstaltung an der Universität Köln am 10. Mai. Dort hielt unter anderem Helmut Vogel als DGB-Präsident ein Grußwort. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat das Projekt aus den Mitteln des Ausgleichsfonds gefördert. Das Projekt wird im Herbst 2019 enden. (HV)



Foto: Nina Hoffmann, SignGes RWTH Aachen

### Maiempfang des Pankower Bundestagsabgeordneten Klaus Mindrup am 10.05.2019

Am 10.05.2019 war Daniel Büter eingeladen zum Maiempfang. In gemütlicher Atmosphäre hatte er Gelegenheit, sich mit Vertretern des Bezirks Pankow, des Landes Berlin, mit Bundestagsabgeordneten und Vertretern anderer Vereine auszutauschen. (DB)

### Fachtagung „Inklusive Bildung durch Gebärdensprache“ von 17.–19.05.2019 in München

Zur dreitägigen Fachtagung „Inklusive Bildung durch Gebärdensprache“ des Gehörlosenverbands München und Umland e.V. (GMU) sind viele Gehörlosen, Eltern und Fachleute aus dem bayerischen Raum gekommen. Ebenso waren Vertreter des bayerischen Sozial- und Kultusministeriums wie auch einige Professoren für Gehörlosen-/Schwerhörigenpädagogik von deutschen Hochschulen anwesend. An einer abendlichen Diskussionsrunde nahm auch Helmut Vogel als Präsident und Leiter des Fachteams „Bildung“ teil. Der GMU hat am 18.06.2019 eine ausführliche Pressemitteilung veröffentlicht. Demnächst wird ein konkreter Forderungskatalog für die bayerische Schulpolitik veröffentlicht. Es war ein großes zweites Treffen nach dem Fachtreffen des DGB am 20.09.2018 in Hannover. Im Frühjahr 2020 wird es erneut ein DGB-Fachtreffen mit Bildungsbeauftragten der Landesverbände und Stadtverbände geben. (HV)



Foto: Hatice Yildirim-Dähne

### EUD Workshop, Seminar und Mitgliederversammlung von 16.–19.05.2019 in Bukarest

An der Mitgliederversammlung der Europäischen Union der Gehörlosen (EUD) vom 16. bis 19. Mai 2019 in Bukarest nahmen der 2. Vize-Präsident des Deutschen Gehörlosen-Bundes, Steffen Helbing, und EUD-Vorstandsmitglied Daniel Büter teil.

Der EUD-Workshop fand am Donnerstag, 16.05.2019 statt. „European Accessibility Act“ (EAA), „Audiovisual Media Services Directive“ (AVMSD) und „European Electronic Communications Code“ (EECC) waren drei politische Themenpunkte, die die Vorträge und Diskussionen beschäftigten. Dafür war die Grundlage durch die Mitgliederversammlung vorbereitet worden.

Am Freitag, 17.05.2019 hat die EUD gemeinsam mit dem rumänischen Gehörlosenverband ein Seminar „Übersicht über die europäischen Organisationen“ durchgeführt. Alle 26 nationalen Gehörlosenverbänden gaben kurze Vorträge über den Vorstand und die Geschäftsführung mit der Angabe von Männern und Frauen, Hörenden und Gehörlosen, über finanzielle Einnahmen und Hauptziele des Verbandes. Es war ein sehr interessantes und informatives Seminar.



Foto: David Hay (EUD)

An der 33. EUD-Mitgliederversammlung am Samstag, 18.05.2019 nahmen Delegierte aus 27 nationalen Verbänden der Gehörlosen teil. Dann wurde der Jahresbericht 2018 zusammen mit einem Finanzbericht und einem Überblick über das Arbeitsprogramm 2019 vorgestellt. Die politische Strategie, die Kommunikations- und Medienstrategie sowie Berichte der Kooperationspartner wurden präsentiert. Die EUD und das europäische Netzwerk für Gebärdensprachlehrer/-innen (ENSLEY) haben eine Kooperationserklärung unterzeichnet. (DB)

### Neues Fachteam für Taubblinde mit dem Beauftragten Benjamin Gutwein

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Taubblinden e. V. (BAT) und der DGB stehen seit einigen Jahren vermehrt in intensiverem Kontakt wegen des Einsatzes für das Merkzeichen „Taubblind“ und das bessere Bundesteilhabegesetz. Die BAT ist die Interessenvertretung für die gebärdensprachlich orientierten Taubblinde und ist Mitglied im Europäischen Taubblindenverband (EDBU). In diversen Vereinen und Verbänden des DGB sind auch viele Taubblinden und Usher-Betroffene als Mitglieder vertreten. Manche Vorstände kennen die Bedürfnisse der Taubblinden nicht. Bei der DeafMentoring-Abschlussveranstaltung am 10.05.2019 in Köln haben sich Dieter Zelle, Uwe Zelle, Helmut Vogel und Benjamin Gutwein nach dem Gespräch am 18.01.2019 wieder getroffen. In Absprache mit der BAT hat das Präsidium ein neues Fachteam Taubblinde einberufen, dem die folgenden Personen angehören: B. Gutwein (Balingen), Sabine Springer (Berlin) und Barbara Niese (Weilheim). B. Gutwein hat sich bereit erklärt, ehrenamtlich als Taubblindenbeauftragter und Leiter des Fachteams zu wirken. Er arbeitet beruflich als Berater bei EUTB-Beratungsstellen in Rottweil (für Taubblinde) und in Stuttgart (für Gehörlose). Bei Fragen der Mitgliedsverbände des DGB ist B. Gutwein als Ansprechpartner da. (HV)



Foto: Marion Nistor

### GFTB-Tagung für Taubblinde am 21.05.2019 in Kassel

Zweimal im Jahr trifft sich der Gemeinsame Fachausschuss für Taubblinde (GFTB). In diesem Fachausschuss kommen diverse Vertreter\*innen aus den Einrichtungen und Verbänden zusammen. Die BAT und der DGB gehören ebenfalls diesem Fachausschuss an. Der Fachausschuss befasst sich mit der Lebenssituation der lautsprachlich und gebärdensprachlich orientierten Taubblinden und ist vor etwa zehn Jahren vom Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverband e. V. (DBSV) gegründet worden. Bei der Tagung waren der Vorsitzende Dieter Zelle und die 2. Vorsitzende Inna Shevchuk von der BAT sowie Benjamin Gutwein und Helmut Vogel anwesend. Insbesondere wurde die Ausbildung der Taubblindenassistenten besprochen. Weiterhin wurde Rainer Delgado vom DBSV als Vorsitzender des GFTB für die nächsten drei Jahre wiedergewählt. Der DGB und die BAT wünschen Rainer Delgado viel Erfolg bei dieser wichtigen Aufgabe. (HV)



Foto: Lars Neuhaus

### **SALO-Fachtag am 22.05.2019**

Seit mehr als 15 Jahren arbeitet die Salo Bildung und Beruf GmbH in Berlin an der beruflichen Inklusion von Menschen mit Behinderungen. Daniel Büter nahm an dem Fachtag „Teilhabe am Arbeitsleben“ am 22.05.2019 teil. (DB)

### **70 Jahre Grundgesetz (BMJV) am 23.05.2019**

Am 23.05.2019 wird das Grundgesetz siebzig Jahre alt. Bis heute gilt es für viele als das wichtigste Regelwerk der Nachkriegszeit. Bei der Podiumsdiskussion „70 Jahre Grundgesetz: Eine Erfolgsgeschichte mit Zukunft?“ mit der Bundesjustizministerin Katarina Barley und Prof. Dr. Bernhard Schlink hat Daniel Büter vor Ort mitgesehen. (DB)



Foto: photothek

### **Verbändeanhörung zu dem Entwurf des 2./3. Staatenberichts der Bundesrepublik Deutschland zum Umsetzungsstand der UN-BRK am 27.05.2019**

Die Fragenliste („List of issues prior to reporting – LoIPR“) vom UN-Fachausschuss wurde am 21.09.2018 veröffentlicht. Deutschland muss den Staatenbericht im nun anstehenden kombinierten zweiten und dritten Berichtszyklus dem UN-Fachausschuss bis zum 1. Oktober 2019 vorlegen. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat uns den Antwortentwurf am 15.05.2019 per Mail zugesendet. Der Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit, Daniel Büter, nahm an der Verbändeanhörung am 27.05.2019 teil und gab mündlich die Stellungnahme des Deutschen Gehörlosen-Bundes e. V. ab.



Foto: DGB

Am 04.06.2019 wurde bereits die schriftliche Stellungnahme des DGB an das Ministerium versandt. In den nächsten Wochen wird das Ministerium den Staatenbericht finalisieren. Die finale Fassung soll im Juli dem Ausschuss zum Nationalen Aktionsplan vorgelegt werden. Ende Juli soll der Bericht im Kabinett verabschiedet werden. Er wird dann ins Englische übersetzt und im Herbst an den UN-Ausschuss in Genf geschickt. (DB)

### **Frühere Gewaltopfer in Heimen – neuer Beauftragter des DGB ist Christian Ebmeyer**

Menschen mit Behinderungen haben ab den 1950er Jahren in Heimen und psychiatrischen Einrichtungen Prügel und Übergriffe erlitten. Es gibt verschiedene Gewaltformen. Das haben viele Gehörlose selbst erlebt. Vor diesem Hintergrund gibt es seit 2017 die Stiftung Anerkennung und Hilfe mit Anlaufstellen in jedem Bundesland ([www.stiftung-erkennung-und-hilfe.de](http://www.stiftung-erkennung-und-hilfe.de))

In diesem Bereich war Christian Ebmeyer aus Hamburg schon länger auf freiwilliger Basis aktiv. Das Präsidium hat ihn Anfang Mai zum ehrenamtlichen Beauftragten des DGB für frühere gehörlose Gewaltopfer ernannt. Ebmeyer möchte insbesondere die Landesverbände bei diesem Thema unterstützen, damit diese den gehörlosen Opfern in ihren Bundesländern beim Gang zu den Anlaufstellen und bei der Antragstellung helfen können. Bis Ende 2020 können sie eine Entschädigungszahlung von bis zu 14.000 Euro von der Stiftung bekommen. Der Staat möchte auch die verschiedenen Formen der Gewalt an Menschen mit Behinderungen als Teil der Gesellschaftsgeschichte annehmen.



Die Stiftung hat am 13.05.2019 eine bundesweite Veranstaltung mit dem Titel „Zeit, über das Leid zu sprechen“ durchgeführt. Die Stiftung hat sich beim DGB dafür entschuldigt, keine Einladung ausgesprochen zu haben. Auch sonst hat fast niemand aus den Verbänden des Deutschen Behindertenrates eine solche bekommen. Das ist bei einer derart wichtigen Veranstaltung bedauerlich. Es wird einen weiteren Austausch zwischen dem DGB und der Stiftung geben. (HV)

### **Kommunikationsforum: „Soziale Isolierung der älteren Gehörlosen“ am 01.06.2019**

Viele Zuschauer\*innen, darunter Daniel Büter, sahen einen beeindruckenden Vortrag zum Thema „Soziale Isolierung der älteren Gehörlosen“ von Marcus Willam am 01.06.2019 im vollen Raum des Gehörlosenzentrums Berlin. Sie wurden über Sorgen, Ängste und Alarmglocken für die Zukunft der Gehörlosen im Seniorenalter sowie die mangelhafte Versorgung, Pflege und Unterbringung gehörloser Senioren informiert und gewarnt. Das Seniorenheim „De Gelderhorst“ in Holland ist vorbildlich und das beste Beispiel. Die zukünftige Situation der gehörlosen Senioren soll verbessert und die soziale Isolierung vermieden werden. Es war eine lebhaftere Veranstaltung. (DB)



Foto: Martin Vahemäe-Zierold

### **Sponsoring-Gespräch mit Herrn Salo am 04.6.2019 in Berlin**

In der Niederlassung des Salo in der Prenzlauer Allee in Berlin trafen sich Herr Salo, Firmeninhaber aus Hamburg und langjähriger Sponsor des DGB, und der Präsident Helmut Vogel. Die Sponsoringkontakte zwischen dem DGB und dem Salo haben in den 90er Jahren unter dem damaligen Präsidenten Ulrich Hase begonnen und werden bis heute fortgeführt. Salo hat dem DGB in der schweren Krise im Jahr 2014 beigestanden und dem DGB einen Raum in der Berliner Niederlassung zur Verfügung gestellt. Seit 2015 hat der DGB dort seine Bundesgeschäftsstelle.



Foto: Daniel Büter

Beim Gespräch am 04.06.2019 war der 18. Weltkongress des Weltverbandes der Gehörlosen, der vom 23. bis zum 27. Juli 2019 in Paris stattfindet, ein besonderes Thema. Der Weltkongress mit mehr als 100 Vorträgen ist von hoher Bedeutung für die politische Arbeit des DGB und die Gehörlosen. Herr Salo erklärt sich bereit, die Finanzierung der Teilnahme von vier Präsidiumsmitgliedern (H. Vogel, E. Kaufmann, S. Helbing und U. Gotthardt) und die des Referenten (D. Büter) beim Weltkongress zu unterstützen. Herr Salo wird ebenfalls am Weltkongress teilnehmen. Bei den Berichten über den Weltkongress seitens des DGB wird Salo als Sponsor erwähnt. Der DGB unterstützt gerne die verschiedenen beruflichen Angebote von Salo für Menschen mit Hörbehinderungen, sowohl im Inland als auch im Ausland. (HV)

### 31. Konsultationen der Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention mit den behindertenpolitischen Verbänden am 05.06.2019

Daniel Büter nahm an der Verbändekonsultation am 05.06.2019 teil. Als Schwerpunkt wurde über „10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention: Ist ihre Umsetzung in Deutschland ein Erfolg?“ diskutiert. Die Aussprache erfolgte auf der Basis des Berichts der Monitoring-Stelle „Wer Inklusion will, sucht Wege: Zehn Jahre UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland“. Der Bericht befasst sich mit neun Themenfeldern, die die Alltagsgestaltung von Menschen mit Behinderungen stark berühren (Wohnen, Mobilität, Bildung und Arbeit) und ihre Persönlichkeitsrechte betreffen (gleiche Anerkennung vor dem Recht, Wahlrecht, Gleichstellungsrecht) sowie mit der Frage, inwiefern die deutsche Politik im In- und Ausland die Umsetzung der Konvention systematisch mitdenkt (Aktionspläne zur UN-BRK, Inklusion in der Entwicklungszusammenarbeit). (DB)

### 3. Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses am 06.06.2019

An dieser Sitzung am 06.06.2019 nahm Daniel Büter als Vertretung des DGB teil. Wichtige Tagesordnungspunkte waren die Staatenberichtsprüfung, der ESF-Beirat, die Geschäftsordnung der PatV, die Schlichtungsverfahren, das Bundesteilhabegesetz, der 3. Teilhaberbericht, die Welttagsveranstaltung am 03.12. etc. (DB)



Foto: DBR – Franziska Vu

### Verbändetreffen zum Dolmetschen am 15.6.2019 in Recklinghausen

Nach zwei Jahren hat das Verbändetreffen im Gehörlosenzentrum Recklinghausen wieder stattgefunden. Der Vorstand um Alexandra Lorenz und Andrea Knipping vom Bundesverband der Gebärdensprachdolmetscher/innen Deutschlands e.V. hat diverse Verbände, die allesamt Nichtmitglied im Bun-

desverband sind, eingeladen. Es sind die Vertreter\*innen von den überregionalen Dolmetscherverbänden wie die von Bayern, Bremen, Norddeutschland, dem Berufsverband der tauben GebärdensprachdolmetscherInnen, dem Bundesverband der Schriftdolmetscher und dem Taubblinden-Assistenten-Verband und dem DGB gekommen.



Fotos: Sandra Gogol

In den Jahren 2016 und 2017 war die neue Umsatzsteuerregelung das beherrschende Thema bei den vier Verbändetreffen. Diesmal wurden neben diesem Thema verschiedene Themen behandelt: Neue Marktanalyse bezüglich des JVEG, Dolmetschereinsätze im Krankenhaus und in der Polizei, taube Gebärdensprachdolmetscher, Musikperformance („Musikdolmetschen“) usw. Mit mehr Auswahlmöglichkeiten können und sollen diverse Bedürfnisse der tauben und taubblinden Kunden besser erfüllt werden. Für das nächste Verbändetreffen sind verschiedene Aufgaben verteilt worden, damit die Verbände ihre Arbeiten effektiv weiterführen können. (HV)

### Sitzung zur Entwicklungszusammenarbeit am 17.06.2019 in Bonn

Steffen Helbing, der 2. Vizepräsident und Leiter des Fachteams „Internationales“, hat an der Sitzung beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in Bonn teilgenommen. Dort traf sich wieder das ‚Expertenteam Inklusion‘ zu einer Sitzung. Es ging u. a. um einen übersektoralen Konzeptentwurf zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Das Expertenteam kämpft mit guten Ideen für dieses Ziel! Die Zivilgesellschaft müsse mehr eingebunden werden. Es solle eine Botschaft an die Politik gehen, damit ein Umdenken erreicht und das Thema ‚Menschen mit Behinderung‘ auch bei der Arbeit des BMZ noch mehr berücksichtigt wird, um eine bessere Förderung zu ermöglichen. Nur so kann Inklusion gelebt werden! (SH)



Foto: Steffen Helbing

### 3. Workshop im Verbandsklageprojekt am 25.06.2019

Judith Hartmann nahm als DGB-Vertreterin an dem dritten Workshop des von der Aktion Mensch geförderten behinderungsübergreifenden Muster- und Verbandsklageprojekts am 25.06.2019 in Berlin teil. Organisatoren waren der deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband e. V. in Kooperation mit der Rechtsberatungsgesellschaft „Rechte behinderter Menschen“ gemeinnützige GmbH. Thema des Workshops war dieses Mal die Rechtsdurchsetzung barrierefreier Mobilität. Die Hürden sind vielfältig. Die Problemlagen sollten anhand von Fällen aus der Beratungspraxis analysiert und einer rechtlichen Bewertung zugeführt werden. Im ersten Teil des Workshops ging es dabei

um die Barrierefreiheit bei der Nutzung des öffentlichen Personenverkehrs – von fehlenden Informationen am Bahnsteig über Probleme mit Ein-, Aus- und Umstiegshilfen bei Bahnreisen bis zur verweigerter Mitnahme von Assistenzhunden. Im zweiten Teil des Workshops wurde dann die Barrierefreiheit im Straßenraum adressiert – von Problemen mit Ampeln über stufenlose Zugänge bis zur Gestaltung öffentlicher Plätze. Ein besonderes Augenmerk wurde daraufgelegt, wie die Rechtsdurchsetzung mit Muster- und Verbandsklagen sowie weiteren rechtlichen Instrumenten vorangebracht werden kann. (DB)

### NDR-Sitzung am 25.06.2019 in Hamburg

Am 25. Juni 2019 hatte der Norddeutsche Rundfunk (NDR) zum Treffen mit den Vertretern der Gehörlosenverbände in Hamburg eingeladen.

Die Verbände wurden durch Ralph Raule und Stefan Palm-Ziesenitz (Gehörlosenverband Hamburg e. V.), Cortina Bittner (Gehörlosen-Verband Schleswig-Holstein e.V.), Jürgen Dietze und Marion Berger (Gehörlosen Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.), Ludmila Schmidt (Gehörlosenverband Niedersachsen e.V.) und Bernd Schneider (DG/DGB) vertreten.

ARD und NDR haben das Untertitelangebot weiter ausgebaut. Die UT-Quoten liegen aktuell bei: Das Erste 98 % / MDR 88 % / NDR 85 % / RB 83 % / BR 79% / SWR 77% / HR 78%/ RBB 77 % / WDR 74% und SR 68% (Stand: März 2019).



Foto: Bernd Schneider

Die ARD strahlt bereits die Sendungen „Hart aber fair“, „Anne Will“ sowie die Polmagazine mit Gebärdensprache aus und wird zukünftig auch den „Brennpunkt“ mit Gebärdensprache ausstrahlen. Die Verbände begrüßen den Ausbau, kritisierten jedoch, dass die Angebote in Gebärdensprache nur im Internet und nicht im Fernsehen zu sehen sind. Auf dem Smartphone lassen sich die Sendungen nicht genießen, da die Gebärdenspracheinblendungen die Größe einer Briefmarke haben und das Datenvolumen bei Videos sehr schnell verbraucht ist. Wer die Sendungen mit Gebärdensprache im Fernsehen sehen möchte, braucht zwingend einen HbbTV-tauglichen Fernseher und einen Internetanschluss. Der NDR hat in den letzten Jahren viele Wünsche der Gehörlosenverbände umgesetzt. Er arbeitet zurzeit an einem Konzept, um die Sendungsankündigungen und -vorschauen ebenfalls zu untertiteln. Auch wenn wir unsere Ziele mit 100% Untertitel und 5% Gebärdensprache im TV noch nicht erreicht haben, sind wir auf einem sehr guten Weg und danken dem NDR für den konstruktiven Austausch! (BS)

### Trauerfeier von Karin Kestner am 28.06.2019 in Baunatal bei Kassel

Am 4. Juni 2019 ist Karin Kestner nach langem Krebsleiden von uns gegangen. Sehr viele haben sich in Nachrufen bei ihr für ihr großartiges Engagement bzgl. der Elternberatung, der Herausgabe zweisprachiger Lernmaterialien, juristischer Auseinandersetzungen für die inklusive bimodal-bilinguale Bildung usw. bedankt ([www.kestner.de/n/verlag/karin/Karin-Kestner-Trauer.htm](http://www.kestner.de/n/verlag/karin/Karin-Kestner-Trauer.htm)).

Der DGB hat ebenfalls einen Nachruf auf seiner Homepage, in sozialen Medien und in der DGZ veröffentlicht. An der Fachtagung des DGB über CI-Zwang im November 2018 hat Karin Kestner als Referentin teilgenommen. Es war ein ganz guter Abschluss für ihr jahrelanges Engagement, so hat sie rückblickend bei der „Sehen statt Hören“-Sendung im Februar 2019 gesagt. Sie hat von 2006 bis 2007 als Referentin für Elternfragen für den DGB ehrenamtlich gewirkt.

Zur Trauerfeier am 29. Juni 2019 in Baunatal bei Kassel sind etwa 250 Trauergäste aus ganz Deutschland gekommen. Vom DGB waren Helmut Vogel, Elisabeth Kaufmann, Steffen Helbing, Mi-

chael Wohlfahrt und Daniel Büter anwesend. Die Trauerfeier war mit verschiedenen Trauerreden würdevoll verlaufen. Karin Kestner hat eine große Lücke in der Gehörlosen-/Gebärdensprachgemeinschaft hinterlassen und bleibt in unseren Herzen als engagierte Kämpferin für die (inklusive) Zweisprachigkeit der Gehörlosen und für die Barrierefreiheit. (HV)



Foto: Michael Wohlfahrt

### DGB-Pressemitteilungen:

- Pressemitteilung 01/2019 "Vorstellung der politischen Arbeitsstruktur und des Organigramms des Deutschen Gehörlosen-Bundes"
- Pressemitteilung 02/2019 "Bekanntgabe des Datums und des Mottos zu 7. Kulturtagen 2022 – Aufruf zum Logo-Wettbewerb"
- Pressemitteilung 03/2019 "Großer Applaus zum dritten Platz von Benjamin Piwko bei der „Let's Dance“!"

### DGB-Stellungnahme:

- Stellungnahme 06/2019: "Der Deutsche Gehörlosen-Bund nimmt Stellung zu den Zahlen der Schwerbehindertenstatistik – 0,1 Prozent der Gesamtbevölkerung sind gehörlos, also ca. 83.000 Menschen in Deutschland"

### DGB-Filme:

- DGB-Film 02/2019 in Gebärdensprache und mit Untertiteln über die Pressemitteilung 01/2019 "Vorstellung der politischen Arbeitsstruktur und des Organigramms des Deutschen Gehörlosen-Bundes"
- DGB-Film 3/2019 in Gebärdensprache und mit Untertitel „Ausgewählte Kurzberichte aus dem Monatsbericht des Deutschen Gehörlosen-Bundes für März und April 2019 (14.05.2019) von der 1. Vize-Präsidentin Elisabeth Kaufmann"
- DGB-Film 4/2019 bis 9/2019 in Gebärdensprache und mit Untertitel "Ausgewählte Kurzberichte aus dem Monatsbericht des Deutschen Gehörlosen-Bundes für Mai und Juni 2019 vom Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit, Daniel Büter"

### Vorschau:

23.-27.07.2019	Weltkongress des Weltverbandes der Gehörlosen (WFD) in Paris
23.09.2019	Internationaler Tag der Gebärdensprachen
23.-29.09.2019	Internationale Woche der Gehörlosen
25.-27.10.2019	Ordentliche Bundesversammlung des DGB in Augsburg

### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

### Pressekontakt

Daniel Büter  
Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit  
E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)  
Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch  
Telefon: 01805-83 77 00

Berlin, 02.09.2019

## Bericht 08/2019

### Arbeitstagung des Deutschen Gehörlosen-Bundes vom 28.-29.06.2019 in Frankfurt/Main

Bei der Arbeitstagung des DGB im Gehörlosen- und Schwerhörigenzentrum waren vierzehn Vertreter\*innen aus elf Mitgliedsverbänden, drei Fördermitglieder, sechs Präsidiumsmitglieder und der DGB-Referent Daniel Büter anwesend.

Es wurde eine Gedenkminute für Karin Kestner eingelegt. Anschließend erläuterte der Präsident Helmut Vogel die Arbeitsverteilung innerhalb des DGB (Präsidium, Beirat und Bundesgeschäftsstelle). In Anlehnung an die Handlungsfelder des Nationalen Aktionsplans 2.0 hat das Präsidium 15 Fachteams gebildet. Jede Leitung des jeweiligen Fachteams ist für die eigene Arbeit selbst verantwortlich. Danach stellten die anwesenden Leiter\*innen der Fachteams ihre jeweiligen Forderungen vor und erhielten wichtige Rückmeldungen von den Teilnehmer\*innen. Der Forderungskatalog des DGB wird derzeit noch weiterbearbeitet.



Fotos: Hans-Jürgen Kleefeldt

Darüber hinaus gab Daniel Büter einen Einblick in die Organisationen der 26 nationalen Gehörlosenverbände im Europäischen Gehörlosenverband (EUD).

Im Anschluss berichtete die Arbeitsgruppe „DGB 2.0“ unter der Leitung von Bernd Schneider vom Landesverband Bayern über ihre Arbeiten seit der letzten Bundesversammlung in Magdeburg 2018. Die Arbeitsgruppe, die derzeit aus sieben Personen besteht, hat die Landesverbände nach ihren Bedarfen gefragt. Dabei hat sie die Vorstellungen der anderen Arbeitsgruppe aus den Jahren 2016 bis 2018 über die Umstrukturierung des DGB miteinbezogen. Die Tagungsteilnehmer\*innen entschieden sich für die vier Themen Umstrukturierung, Informationsfluss, Strategieplanung und Jugendorganisation und diskutierten in den Workshops darüber. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe werden als Nächstes bei der Bundesversammlung des DGB Ende Oktober 2019 in Augsburg vorgestellt.

Insgesamt war die zweitägige Arbeitstagung in Frankfurt wichtig für den Austausch zwischen dem DGB und den Mitgliedsverbänden. Sie unterscheidet sich auch von der nach Tagesordnungspunkten ablaufenden Bundesversammlung. Bei der Arbeitstagung im nächsten Jahr sollten mehr Vertreter\*innen aus den 26 Mitgliedsverbänden des DGB kommen. Die vier Videofilme über die Arbeitstagung in Frankfurt wurden auf der Homepage des DGB veröffentlicht, um mehr Informationen über den Dachverband DGB bereitzustellen und aktives Engagement zu ermöglichen.

## Fotoeindrücke:



Fotos: Hans-Jürgen Kleefeldt und Dr. Ulrike Gotthardt

## Videofilme:

- DGB-Film 11-1/2019 „Einleitung – DGB-Arbeitstagung in Frankfurt“  
<https://www.youtube.com/watch?v=aW-mKPAb6i8> (1 Stunde 17 Minuten)
- DGB-Film 11-2/2019 „Forderungskatalog – DGB-Arbeitstagung in Frankfurt“  
[https://www.youtube.com/watch?v=Y05FaFJA\\_HQ](https://www.youtube.com/watch?v=Y05FaFJA_HQ) (2 Stunden 42 Minuten)
- DGB-Film 11-3/2019 „EUD – DGB-Arbeitstagung in Frankfurt“  
<https://www.youtube.com/watch?v=Ri80QV8f-5Y> (49 Minuten)
- DGB-Film 11-4/2019 „DGB 2.0 – DGB-Arbeitstagung in Frankfurt“  
[https://www.youtube.com/watch?v=H\\_xzXu5QEwQ](https://www.youtube.com/watch?v=H_xzXu5QEwQ) (1 Stunde 42 Minuten)

## Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine. Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

## Pressekontakt

Daniel Büter  
Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit  
E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)  
Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch  
Telefon: 01805-83 77 00



Berlin, 06.09.2019

## Monatsbericht des Deutschen Gehörlosen-Bundes für Juli und August 2019

### Kennenlerngespräch mit dem Oberbürgermeister am 10.07.2019 in Friedrichshafen

Da die nächsten Kulturtage der Gehörlosen im Jahr 2022 in Friedrichshafen am Bodensee geplant sind, war es für uns ein selbstverständliches Anliegen mit dem dortigen Oberbürgermeister Herrn Andreas Brand ein Gespräch zu führen. Dies war für uns auch deshalb von besonderer Bedeutung, da wir wohl mit Recht annehmen konnten, dass Herr Brand über die besondere Situation und die Anliegen der Gehörlosen in der hörenden Gesellschaft nicht informiert ist. Unsere naheliegende Vermutung war auch, dass sich Herr Brand noch nicht ausführlich mit der Gebärdensprache und der Gehörlosenkultur befasst hat. So war unsere erste Begegnung eine schöne und zugleich wichtige Gelegenheit uns kennenzulernen. An dem Gespräch nahmen Wolfgang Reiner, Vorsitzender des Landesverbandes der Gehörlosen in Baden-Württemberg, Gerald Schneider in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Hörgeschädigtenzentrums Bodensee-Allgäu-Oberschwaben e.V. und Elisabeth Kaufmann, erste Vizepräsidentin des Deutschen Gehörlosen-Bundes e. V., teil.

Zu Beginn unseres Gesprächs gaben wir Herrn Oberbürgermeister Brand einen Überblick über die Struktur der Kulturtage 2022, deren wichtigste Säulen das Gremium, die Gesellschafter/-innen und die demnächst zu gründende gGmbH sind. Beim ersten Gespräch mit dem Oberbürgermeister wollten wir nicht mit der Tür ins Haus fallen und zu hohe Erwartungen oder überzogene Vorstellungen über mögliche Fördergelder und unsere Ziele zum Ausdruck bringen. Wichtig für uns war es, klarzustellen, welchen Erkenntnisgewinn Herr Oberbürgermeister Brand von unserer Organisationsarbeit und der Durchführung der Kulturtage in seiner Stadt erwarten kann. Wir erklärten ihm auch das Motto der Kulturtage 2022, „Eine Kultur überwindet Grenzen“, und führten aus, was das für unsere Gehörlosenkultur und unser Leben als Gehörlose in der Gesellschaft bedeutet.

Herr Oberbürgermeister Brand zeigte sich von unseren Darstellungen beeindruckt und betonte, dass es für ihn selbstverständlich sei, uns bei der Durchführung der Kulturtage in Friedrichshafen zu unterstützen. Schließlich sei er stolz darauf, dass die Kulturtage der Gehörlosen in seiner schönen Stadt Friedrichshafen stattfinden.

Es war ein sehr aufschlussreiches und konstruktives Gespräch – weitere Gespräche werden sicher noch folgen. (EK)



Foto: Markus Frank

### Experteninterview über Notruf-Apps am 09.07.2019 in Berlin

Rouven Samson – ein Student, der seine Masterarbeit zum Thema „Notruf-Apps für Hörbeeinträchtigte“ schreibt, führte am 09.07.2019 ein Experteninterview mit dem Vizepräsidenten und Fachteamleiter „Notruf/Katastrophenversorgung“ Steffen Helbing, Andreas Muchow (HandHelp) und Daniel Büter durch. Es wurde berichtet, dass der „Kampf“ für die Umsetzung eines barrierefreien Notrufs sich schon viel zu lang hinziehe. Dabei muss beachtet werden, dass es um Menschen geht, die in einer Notlage allein gelassen werden. Der DGB arbeitet mit dem Partner HandHelp an einer funktionierenden barrierefreien Notruf-App. Das BMWi hat zudem eine eigene Expertengruppe (Expertengruppe Notruf/EGN) initiiert und 200.000 Euro für die Entwicklung einer entsprechenden App zur Verfügung gestellt. Allerdings wurde der DGB als Gremium nicht in die Arbeitsgruppe einbezogen. Es geht um die gleiche Behandlung für alle, und es ist an der Zeit, nicht mehr länger zu warten und tatenlos zuzuschauen. Die Digitalisierung soll gesellschaftlich weiter fortschreiten, beim barrierefreien Notruf bleibt es jedoch bei Lippenbekenntnissen aus der Politik, ohne dass sich messbare Erfolge einstellen. Der DGB ist deshalb der Ansicht, dass endlich etwas umgesetzt werden muss, und fordert, dass Videotelefonie und die Notruf-App als Notrufmeldewege zugelassen werden. (DB)

### Gesprächsrunde beim Bayerischen Rundfunk am 10.07.2019 in München

Seit mehreren Jahren besteht eine Gesprächsrunde mit den Redaktionsleitungen für Barrierefreiheit und „Sehen statt Hören“ beim Bayerischen Rundfunk. Am 10. Juli 2019 nahmen Helmut Vogel – als Vertretung für Daniel Büter, den Leiter des Fachteams Medien – und Gabriele Hollweck vom Gehörlosenverband München und Umland e.V. (GMU) an der Gesprächsrunde teil. Vertreter/-innen des Landesverbandes der Gehörlosen in Bayern sowie der Deutschen Gesellschaft für Hörbehinderte konnten dieses Mal nicht teilnehmen. Herr Reuß, Programmleiter für die Abteilung Geisteswissenschaften, berichtete über verschiedene Neuerungen im Bereich des Fernsehens. Bei dem Gespräch über die Untertitelung im Bayerischen Rundfunk kristallisierte sich heraus, dass dieses Thema für die bayerischen Verbände besonders wichtig ist. Für den Deutschen Gehörlosen-Bund ist dagegen die bundesweite Sendung „Sehen statt Hören“ von großer Bedeutung, auch wenn diese Sendung zu über 90 Prozent vom Bayerischen Rundfunk finanziert wird. Es wurde der Wunsch geäußert, dass in Zukunft auch andere Rundfunkanstalten zur Finanzierung der Sendung herangezogen werden. Für den DGB und für gehörlose bzw. gebärdensprachige Zuschauer/-innen ist es außerdem wichtig, dass Wiederholungen der Sendung „Sehen statt Hören“ einen möglichst geringen Anteil ausmachen, sondern stets neue Folgen der Sendung gezeigt werden. Dafür bedarf es eines verstärkten Engagements und der Aktivität der anderen Landesverbände, die ihre regionalen Rundfunkanstalten darüber aufklären müssen, wie wichtig es den gehörlosen und gebärdensprachigen Zuschauern ist, dass stets aktuelle Sendungen von „Sehen statt Hören“ ausgestrahlt werden. (HV)



Foto: Gabriele Hollweck

### Besuch der Hochschule Landshut am 10.07.2019

Der DGB steht schon seit längerer Zeit mit der Hochschule Landshut in Kontakt. Dort arbeitet die einzige gehörlose Professorin Deutschlands, Frau Prof. Sabine Fries. Sie leitet zusammen mit Frau Prof. Brenner den Studiengang Gebärdensprachdolmetschen. Am 10. Juli fand ein Treffen von Helmut Vogel und Prof. Fries in Landshut statt, bei dem die Hochschule besichtigt wurde. Vor Ort sind gute räumliche und technische Bedingungen gegeben. Darüber hinaus besteht eine gute Verbindung zwischen Landshut und dem Flughafen München, was besonders wichtig für die Besucher aus Österreich, der Schweiz und Deutschland ist. Dies sind gute Voraussetzungen für die Organisation und Umsetzung des vierten Bildungskongresses im September 2020. Der DGB, der Österreichische Gehörlosenverband und der Schweizer Gehörlosenverband haben sich bei den drei bisherigen Bildungskongressen mit der Durchführung abgewechselt. (HV)



Foto: Helmut Vogel

### Wiedereröffnung des Beratungs- und Inklusionszentrums des Fördervereins der Gehörlosen/Hörbehinderten e. V. am 16.08.2019 in Berlin

Am 16.08.2019 hat der Förderverein der Gehörlosen/Hörbehinderten e.V. (BRD) seine neuen Vereinsräumlichkeiten in der Zingsterstraße 8 in Berlin eröffnet und den Deutschen Gehörlosen-Bund eingeladen. Der neue Standort des Fördervereins ist sehr gelungen. Es gab tatkräftige Unterstützung von ehrenamtlich tätigen Menschen, jung und alt, die den Verein dabei aktiv und motiviert unterstützt haben. Für dieses Engagement möchte sich der Deutsche Gehörlosen-Bund noch einmal bedanken. Unser 2. Vize-Präsident Steffen Helbing sprach auf der Eröffnungsveranstaltung in einer schönen Rede ebenfalls allen Beteiligten seinen Dank und Respekt aus. Er brachte seine Freude über die gute Zusammenarbeit der jungen und älteren Generation zum Ausdruck und blickte in seiner Rede auf tolle Theater Vorstellungen zurück, die es in der DDR regelmäßig gab. Da die Räumlichkeiten für neue Projekte perfekt sind, würde er sich freuen, wenn hier ebenfalls ein Theaterprojekt für Talente jeder Altersklasse entstehen könnte und bald vielleicht sogar erste Vorstellungen besucht werden können. (SH)

### Filmdreh von Huawei am 21.08. in Berlin

Ende letzten Jahres hat Huawei Westeuropa die StorySign-App für mehr als zehn Gebärdensprachen in westeuropäischen Ländern vorgestellt. Die Entwicklung der App erfolgte durch Huawei Westeuropa mit der Unterstützung des Europäischen Gehörlosenverbandes (EUD). Grundlage der StorySign-App ist ein gebärdender Avatar, der auf Basis der künstlichen Intelligenz entwickelt wurde. Die App soll es erleichtern, dass gehörlose Kinder zusammen mit ihren Familien lesen, und so die Sprachkompetenz in beiden Sprachen, der deutschen Sprache und der Gebärdensprache, fördern. Am 21. August besuchte das mehr als zehnköpfige

Filmteam im Auftrag von Huawei die Geschäftsstelle des DGB in Berlin. Der leitende Regisseur des Filmteams, Chris Overton, ist ein bekannter Regisseur, der 2017 für seinen Film „Silent Child“ einen Oscar für den besten Kurzfilm erhalten hat. An diesem Tag wurde Helmut Vogel von dem Filmteam zum Thema Lesekompetenz und Bilingualität interviewt. Vogel betonte die Bedeutung von Lesekompetenz und Sprachförderung in beiden Sprachen von Anfang an. Der Kurzfilm soll im Laufe des Monats September von Huawei veröffentlicht werden. (HV)



Foto: Daniel Büter

### Sitzung des DGB-Präsidiums am 24.08.2019 in Hannover

Am 24. August fand eine eintägige Präsidiumssitzung in Hannover statt, an der vier Präsidiumsmitglieder (Helmut Vogel, Elisabeth Kaufmann, Michael Wohlfahrt und Dr. Ulrike Gotthardt) sowie der Referent Daniel Büter teilnahmen. Die anderen Präsidiumsmitglieder konnten leider nicht anwesend sein. Bei der Sitzung standen die Vorbereitungen auf die ordentliche Bundesversammlung im Vordergrund, die vom 25. Bis zum 27. Oktober 2019 in Augsburg stattfindet, da die Einladungen für die Bundesversammlung in der darauffolgenden Woche versendet werden mussten. Der Ablauf der dreitägigen Versammlung sowie die Tagesordnungspunkte wurden besprochen. Weiterhin gab es einen Austausch über den aktuellen Stand der sechs Arbeitsgruppen wie auch über die Personalplanung und die geplanten Aktivitäten des DGB für das Jahr 2020 (Seminar, Demonstration, Bildungskongress). (HV)



Foto: Daniel Büter

#### 4. Kinder-Gebärdensprach-Festival am 24. August 2019

Am 24. August 2019 fand das 4. Kinder-Gebärdensprach-Festival in Dörnfeld an der Ilm bei Erfurt statt. Seit Jahren organisiert der Verein Biling e.V. mit seinem Vorstand unter dem Vorsitzenden Manuel Löffelholz dieses Festival. Der Präsident Helmut Vogel übermittelte ein Grußwort per Video. Helmut Vogel hat für den Deutschen Gehörlosen-Bund e.V. die Schirmherrschaft dieser wertvollen Veranstaltung übernommen.

Da der Präsident selbst nicht vor Ort sein konnte, vertrat Daniel Beilborn von der Deutschen Gehörlosen-Jugend e.V. den DGB. Beilborn hielt auch das Grußwort und nahm an der Podiumsdiskussion über Barrieren im Alltag teil. Im Laufe des Tages waren Kinder aus unterschiedlichen Altersgruppen mit gebärdensprachlichen Auftritten zu sehen. Außerdem gab es einen Vortrag von Prof. Johannes Hennies und Kristin Hennies, die die ersten Forschungsergebnisse der Begleitforschung zur bimodal-bilingualen inklusiven Beschulung am Roten Berg in Erfurt präsentierten.

Der Biling e.V. verfolgt eine klare Philosophie von Bilingualität in Deutscher Gebärdensprache und deutscher Sprache (Laut- und Schriftsprache). Der Biling e.V. stellt viele Informationen zur Verfügung und vermittelt den heranwachsenden Kindern und den Familien vielfältige Perspektiven. Ein Video des Grußworts von Helmut Vogel mit Untertiteln auf der Homepage des Biling e.V. zu sehen: [https://youtu.be/Z9\\_isSThgQ8](https://youtu.be/Z9_isSThgQ8) (HV)



Foto: Dirk Lawin

#### Veranstaltung „Gedenk- und Informationsort für die Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Morde“ am 30.08.2019 in Berlin

Am 30. August 2019 nahm unser 2. Vizepräsident Steffen Helbing stellvertretend für den DGB an der Veranstaltung „Gedenk- und Informationsort für die Opfer der nationalsozialistischen ‚Euthanasie‘-Morde“ auf dem Potsdamer Platz teil. Über 200.000 Menschen mit einer Behinderung wurden im Nationalsozialismus ermordet. Steffen Helbing brachte seine Trauer und tiefe Betroffenheit darüber zum Ausdruck, was Menschen mit einer Behinderung in der Vergangenheit widerfahren ist. Herr Helbing machte deutlich, dass so etwas im Hinblick auf die Menschenrechte nicht noch einmal geschehen darf. Jeder Mensch muss gleichbehandelt werden und verdient Respekt. Er appellierte an die Politik: Hört den Menschen mit Behinderungen zu! Alle Menschen haben das gleiche Recht! Es war eine sehr emotionale Veranstaltung und eine bedrückende Stimmung. Im Gedenken an die Opfer wurden Blumensträuße an der T4-Gedenkstätte platziert. (SH)



Foto: Steffen Helbing

#### DGB-Pressemitteilungen:

- Pressemitteilung 04/2019 „18. Weltkongress des Weltverbandes der Gehörlosen (WFD) eröffnet.“
- Pressemitteilung 05/2019 „Eröffnungsfeier des 18. Weltkongresses der Gehörlosen“
- Pressemitteilung 06/2019 „Neuer Vorstand des Weltverbandes der Gehörlosen (2019-2023) gewählt“

#### DGB-Stellungnahme:

- Stellungnahme 07/2019: „Stellungnahme zum überarbeiteten Entwurf für einen Medienstaatsvertrag“

#### DGB-Bericht

- Bericht 06/2019: „Bericht über den 1. Norddeutschen Gehörlosen-Seniorentreff vom 14.-16. Juni 2019 in Hamburg“

#### Vorschau:

23.09.2019  
23.-29.09.2019  
25.-27.10.2019

Internationaler Tag der Gebärdensprachen  
Internationale Woche der Gehörlosen  
Ordentliche Bundesversammlung des DGB in Augsburg

#### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

#### Pressekontakt

Daniel Büter

Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch

Telefon: 069 – 900 160 333

Berlin, 04.10.2019

## Bericht 10/2019

### 2. Expertengespräch mit dem Verband Deutscher Freizeitparks und Freizeitunternehmen (VDFU) am 18.07.2019 in Berlin

Kurze Hintergrundgeschichte:

Das Phantasialand in Brühl hat zwei Gehörlosen die Fahrt in der Achterbahn verboten mit der Begründung, die Fahrgäste müssten schnell und ohne Hilfe in Sicherheit gelangen können, was bei den Gehörlosen nicht möglich sei, da sie wichtige Durchsagen nicht mitbekämen. Bei diesem Ausschluss von der Nutzung von Fahrattraktionen handelte es sich schlichtweg um einen Fall v Diskriminierung.

Am 12.01.2018 fand das erste Expertengespräch in Berlin statt, an dem Daniel Büter und Andreas Kammerbauer als Vertreter der großen Verbände Deutschlands teilnahmen. Bei diesem ersten Teil des Expertengesprächs wurde das Thema behandelt, dass die Nutzung von Fahrattraktionen diskriminierungsfrei erfolgen muss. Es soll deswegen ein Verfahren entwickelt werden, um die Nutzungsbedingungen transparent und nachvollziehbar festzulegen. Zur Aufgabenerfüllung gehören unter anderem auch Gutachten zu Rechtspflichten des Freizeitparks, die Sicherheit von Fahrgeschäften und Bauverordnungen. Die Teilnehmer beschlossen zum Abschluss dieses Gesprächs, dass die Frage des diskriminierungsfreien Zugangs zu Attraktionen geklärt werden sollte und dass die Behindertenverbände bei solchen Entscheidungen eingebunden werden müssten.

Nun fand das zweite Expertengespräch statt, an dem die erste Vizepräsidentin des Deutschen Gehörlosen-Bundes Elisabeth Kaufmann teilnahm. Der Präsident des Verbandes Deutscher Freizeitparks und Freizeitunternehmen e.V. Klaus-Michael Machens sowie der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen Jürgen Dusel begrüßten die Runde.

Man ist zu der Einsicht gelangt, dass viele Mitarbeiter/-innen der Freizeitparks hinsichtlich des Umgangs mit behinderten Menschen nicht sensibilisiert sind. Weiterhin wurde vorgetragen, dass eine Bewusstseinsbildung sowohl bei den Arbeitgeber/-innen als auch bei den Arbeitnehmer/-innen von Freizeitparks vonnöten sei. Allerdings trage das zur Sorge der Haftung bei. Einige Freizeitparks haben jedoch konkrete Maßnahmen umgesetzt so zum Beispiel der Movie Park der eine entsprechende Tabelle online gestellt hat, und der Europapark Rust, dessen Guide barrierefrei sein soll. Außerdem soll ein Portal errichtet werden, um Informationen aus verschiedenen Quellen zu sammeln. Nutzer/-innen werden relevante Informationen über die Personalisierung, Navigation und Benutzerverwaltung der Freizeitparks präsentiert. Zusätzlich koordiniert das Portal die Suche nach Informationen und deren Präsentation und soll die Sicherheit gewährleisten. Elisabeth Kaufmann schlug vor, dass solche Portale, wenn sie schon eingerichtet werden, auch in Deutscher Gebärdensprache präsentiert werden sollten. Die Möglichkeiten der Umsetzung sollten mit den Betroffenenverbänden abgestimmt werden. Über die folgenden umzusetzenden Punkte wurde diskutiert:

- Es soll untersucht werden, wo die Anlagen keinen barrierefreien Zugang haben und wo zum Beispiel Notausgänge sichtbar installiert werden sollten
- Es soll eine Gefahrenanalyse durchgeführt werden.
- Es soll die Frage geklärt werden, ob die Risikoanalysen für die Allgemeinheit oder nur speziell für behinderte Menschen gelten

- Mitarbeitende müssen besser geschult werden
- Da große Freizeitparks bereit sind, diese Herausforderungen anzunehmen, sollen sie die kleineren Freizeitparks unterstützen. Das Problem ist, dass sich mittlere Freizeitparks nur ungerne an die Spezialisierungen anpassen wollen.

Als Fazit wurde festgehalten, dass weiterhin Dialoge mit allen Betroffenenverbänden geführt werden müssen. Zum Schluss wollte Elisabeth Kaufmann noch wissen, ob das Verbot für die Gehörlosen zur Benutzung der Achterbahn inzwischen aufgehoben ist. Herr Machens versicherte, dass sich der Ausschluss von der Nutzung der Achterbahn, wie im Phantasialand in Brühl geschehen, nicht wiederholen werde. Weiterhin brachte Elisabeth Kaufmann den Wunsch nach einer Einbeziehung der Betroffenenverbände zum Ausdruck. Bei den Entscheidungen, der Betreiber über barrierefreie Zugangsmöglichkeiten zu Freizeitparks müssen Betroffene mitbestimmen.



Foto: Elisabeth Kaufmann

Bericht geschrieben von Elisabeth Kaufmann

#### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

#### Pressekontakt

Daniel Büter

Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch

Telefon: 069 – 900 160 333

Berlin, 18.10.2019

## Monatsbericht des Deutschen Gehörlosen-Bundes für September 2019

### Tag der Ein- und Ausblicke des Deutschen Bundestages am 08.09.2019

Rund 23.000 Gäste haben am Sonntag, dem 8. September 2019, den 15. „Tag der Ein- und Ausblicke“ des Deutschen Bundestages in Berlin besucht. Das Programm, das Informationen über Arbeit des Bundestages vermittelte und einen Blick hinter die Kulissen von Parlament und Politik erlaubte, wurde auch in Deutscher Gebärdensprache angeboten.

Daniel Büter besichtigte während des Rundgangs nicht nur das Reichstagsgebäude, sondern auch das Paul-Löbe-Haus und das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus. Die Parlamentsgebäude beherbergen interessante Kunstwerke, Architektur und eindrucksvolle Spuren der Geschichte. Auf den Besuchertribünen des Plenarsaals berichteten die Vizepräsidentinnen und -präsidenten über die Arbeit des Parlaments, beantworteten Fragen der Gäste und gaben Gelegenheit zu Bürgergesprächen. (DB)

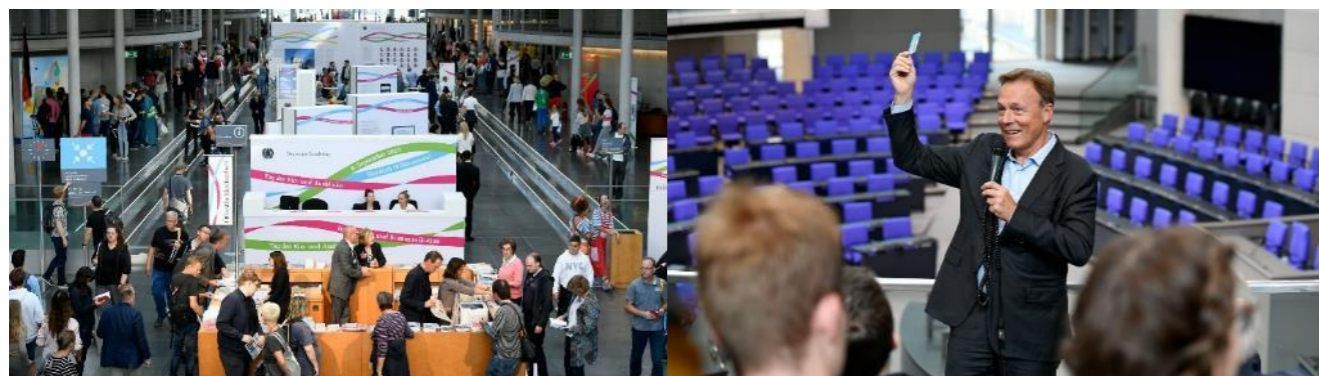


Foto: Bundestag

### Gespräch mit der Stiftung Pro Kommunikation am 09.09.2019 in Stuttgart

Die Vizepräsidentin des Deutschen Gehörlosen-Bundes e. V. Elisabeth Kaufmann, der Landesvorsitzende des Landesverbandes der Gehörlosen Baden-Württemberg e. V. Wolfgang Reiner und der Beauftragte für die Kulturtage des Landesverbandes der Gehörlosen Baden-Württemberg e. V. Gerald Schneider haben sich mit dem Vorstand der Stiftung Pro Kommunikation getroffen, um sich über eine Zusammenarbeit und finanzielle Förderung für die 7. Deutschen Kulturtage der Gehörlosen 2022 auszutauschen. (EK)



Foto: LVGLBW

### Bundesfachstelle Barrierefreiheit in der Jury für den Bundesteilhabepreis am 12.09.2019

Hans-Jürgen Kleefeldt hat in der Jury für den Bundesteilhabepreis zum Schwerpunktthema „Inklusive Mobilität“ mitgewirkt und über die Preisvergabe mitentschieden. Mit dem Preis sollen Vorbilder der gelungenen inklusiven Sozialraumgestaltung ausgezeichnet werden. Die Preisverleihung findet bei den Inklusionstagen am 11. und 12. November 2019 in Berlin statt. (DB)

### Gesprächsrunde zum Thema bilinguale Bildung am 13.09.2019 in Dresden

Die Situation einer Familie mit zwei tauben Kindern an der Dresdner Förderschule für Hören ist schon längere Zeit bekannt: Die deutsche Gehörlosen-Zeitung hat im Juli 2019 darüber berichtet, ebenso gab es einen Fernsehbericht im "Sachsenspiegel" (MDR) am 21. August 2019. Der gehörlose Vater, Rene Mittländer, hat seit drei Jahren bilingualen Unterricht für seine zwei Kinder gefordert. Schließlich hat er den Rat der (mittlerweile verstorbenen) Karin Kestner beherzigt und hat den Rechtsweg beschritten. Mit Hilfe des Rechtsanwalts Kroll klagt er das Recht auf Chancengleichheit in der Bildung für seine Kinder ein. Mit Erfolg: Das Sozialgericht Dresden hat am 6. September 2019 in einem Eilverfahren beschlossen, dass die tauben Kinder der Familie Mittländer ein Recht auf Gebärdensprachdolmetscher/-innen haben, da die Hörgeschädigtenpädagog/-innen an der Förderschule nicht ausreichende Gebärdensprachkompetenz aufweisen. Derzeit beantragen auch andere betroffene Familien bei ihren Sozialämtern Gebärdensprachdolmetscher/-innen für den Einsatz an den Schulen ihrer gehörlosen Kinder.

Am 13. September abends fand eine Gesprächsrunde im Gehörlosenzentrum Dresden statt. Die Elterninitiative „bilingual erleben“ unter der Initiatorin Magdalena Stenzel hat sich mit den betroffenen Familien solidarisiert. Die Vertreter/-innen des Stadtverbandes der Gehörlosen Dresden, des Landesverbandes der Gehörlosen Sachsen und des Deutschen Gehörlosen-Bundes setzten sich gemeinsam mit den betroffenen Familien an einen Tisch. Sie bekamen einen guten Einblick in das nervenaufreibende Engagement der Eltern für ihre Kinder. Dabei wurden und werden die Familien von der sozialen Beratungsstelle des Stadtverbandes der Gehörlosen Dresden unterstützt. Für den DGB nahm Helmut Vogel, der als Fachteamleiter für Bildung für den DGB seit längerer Zeit diese Thematik verfolgt, teil. Es ist ganz notwendig, dass man nur gemeinsam kämpfen und vorankommen kann, auf dem Weg zu guter bilingualer Bildung an den Schulen gehörloser Kinder. (HV)



Foto: Philipp Wendisch

### Projektetreffen der modellhaften Erprobung nach Artikel 25 Absatz 3 BTHG vom 12. bis zum 13.09.2019

Daniel Büter nahm an dem zweiten bundesweiten Projektetreffen der modellhaften Erprobung nach Artikel 25 des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) am 12. und 13. September 2019 in Berlin teil.

Deutschlandweit werden 29 Modellprojekte gefördert, die bis zu sieben unterschiedliche Regelungsbereiche beinhalten (Einkommens- und Vermögensanrechnung, Assistenzleistungen in der Sozialen Teilhabe, Umsetzung des Rangverhältnisses zwischen Leistungen der Eingliederungshilfe und Leistungen der Pflege, Prüfung der Zumutbarkeit und Angemessenheit, gemeinschaftliche Leistungserbringung, Abgrenzung der neuen Leistungen der Eingliederungshilfe und Bezüge zu anderen Leistungen der sozialen Sicherung). Noch vor Inkrafttreten (01.01.2020) testen die Modellprojekte die Wirkung der neuen Regelungen. Die meisten von ihnen haben zum 01.01.2018 begonnen und ihre Förderungsdauer ist auf den 31.12.2021 befristet. Die modellhafte Erprobung wird von der Kienbaum Consultants International GmbH wissenschaftlich begleitet und evaluiert.

Am ersten Tag wurden die Ergebnisse der Evaluation der Modellprojekte vorgestellt, bevor der Fokus am zweiten Tag in vier verschiedenen Workshops zu unterschiedlichen Regelungsbereichen auf die weitere Arbeit in den Modellprojekten gerichtet wurde.

Kritisch ist zu sehen, dass viele Modellprojekte verzögert gestartet sind, sodass der vorgesehene Zeitplan kaum einzuhalten sein wird. Insgesamt hat sich auf dem Projektetreffen gezeigt, dass die Umsetzung des BTHG noch gewaltige Hürden vor sich hat. Einige Landesrahmenverträge fehlen noch. Die Leistungen sollen genauer definiert werden. Dies führt zu Unsicherheiten in der Erprobung. Der Deutsche Gehörlosen-Bund wird die modellhafte Erprobung nach Artikel 25 BTHG kritisch und aufmerksam begleiten, um alle Möglichkeiten für Korrekturen am BTHG zu prüfen und zu nutzen. (DB)



Foto: gsub

### Gemeinsam vom Gesetz zur Praxis: Bilanz und Ausblick zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes vom 16. bis zum 17.09.2019 in Berlin

Am 16. und 17. September 2019 zogen 280 Vertreter/-innen aller Bereiche des sozialrechtlichen Dreiecks (Leistungsberechtigte, Leistungserbringer und zuständige öffentliche Leistungs- und Kostenträger) eine Bilanz zum Umsetzungsstand des BTHG. Nach Berlin eingeladen wurden Helmut Vogel und Daniel Büter als Vertretung des Deutschen Gehörlosen-Bundes vom Projekt Umsetzungsbegleitung BTHG. Im Zentrum der Bilanzveranstaltung standen drei zentrale Fragen: Wie kommt die Umsetzung des Gesetzes voran? Was bleibt zu tun, um „Leistungen wie aus einer Hand“ zu ermöglichen? Und wie geht es politisch weiter mit dem BTHG?



Foto: Daniel Büter

Dr. Rolf Schmachtenberg, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, erläuterte den Teilnehmenden in seinem Eröffnungsvortrag den Paradigmenwechsel von der historisch gewachsenen fürsorglichen Fremdbestimmung hin zu einem modernen selbstbestimmten Teilhaberecht. Der dafür notwendige „Kraftakt“ wurde in der anschließenden Podiumsdiskussion mit der ASMK-Vorsitzenden und Sozialministerin in Mecklenburg-Vorpommern, Stefanie Drese, sowie Vertreter/-innen von Kommunen, Leistungserbringern und Betroffenen diskutiert: Zur Sprache kamen dabei unter anderem der ambitionierte Zeitplan für die Umsetzung, die Systemunterschiede zwischen den Bundesländern, die Verhandlung von Landesrahmenverträgen vor dem Hintergrund unterschiedlicher Vorstellungen von Teilhabe sowie die Suche nach und Schulung von Personal für die Eingliederungshilfe.

Beispielsweise wurde der Landesrahmenvertrag thematisiert, der von besonderer Bedeutung ist. Er ist losgelöst vom Sozialhilfegesetz und wurde dem Sozialgesetzbuch IX übergeleitet. Bisher haben erst neun Bundesländer den Landesrahmenvertrag verabschiedet, während sieben Bundesländer dies noch nicht getan haben. Das heißt, die Entwicklung stagniert an diesem Punkt und manche Länder sind gegenüber anderen im Rückstand. Darüber fand ein Austausch statt, und es wurde sich beraten, wie es weitergehen kann. Regierungsvertreter hielten Vorträge, und in zahlreichen Workshops fand eine vertiefende Auseinandersetzung mit bestimmten Themen statt, beispielsweise mit der Bedarfsermittlung auf Grundlage der ICF und dem diesbezüglichen aktuellen Entwicklungsstand. Ein anderer Workshop beschäftigte sich mit der „Sozialen Teilhabe“ und damit, wie diese definiert werden kann. Weiterhin gab es einen Workshop zum Thema „Arbeitsleben“ sowie einen Workshop zum Thema Bildung, wie Teilhabe in diesem Zusammenhang umgesetzt wird, welche Finanzierungsmöglichkeiten bestehen und wie sich dies in Zukunft gestalten lässt. Vier Workshops aus diesen verschiedenen Themenfeldern besuchte Helmut Vogel, und an vier anderen Workshops nahm Daniel Büter teil.

Einig waren sich die Diskutierenden darin, dass es eines umfassenden Bewusstseinswandels bedürfe, für den mit dem BTHG die rechtliche Grundlage geschaffen worden sei. Dass dieser Bewusstseinswandel nicht nur die Eingliederungshilfe, sondern alle Rehabilitationsträger betreffen muss, war Gegenstand der ersten Podiumsdiskussion des zweiten Veranstaltungstages. Vertreter/-innen des GKV-Spitzenverbandes, der Bundesagentur für Arbeit, der Deutschen Rentenversicherung und der Unfallkassen besprachen, was notwendig ist, damit die Komplexität des Sozialsystems nicht zu Lasten der Menschen mit Behinderungen geht. Für Leistungen „wie aus einer Hand“, ein zentrales Ziel des BTHG, soll die „Gemeinsame Empfehlung Reha-Prozess“ der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation eine Grundlage bilden. Die Podiumsteilnehmer/-innen machten jedoch deutlich, dass neue Prozesse und Strukturen nur durch intensive Kommunikation und Schulung bei den Mitarbeitenden ankommen. Dass in Bezug auf die Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger in der Praxis noch viel Nachholbedarf besteht, wurde in der Diskussion mit den Teilnehmenden deutlich.



Foto: Daniel Büter

Zum Abschluss der Bilanzveranstaltung diskutierten die behindertenpolitischen Sprecher/-innen Wilfried Oelers (CDU/CSU), Jens Beck (FDP), Sören Pellmann (DIE LINKE) und Corinna Ruffer (Bündnis 90/Die Grünen) die Weiterentwicklung des BTHG. Dass der Mensch im Mittelpunkt des Verwaltungshandelns stehen müsse und dies vielerorts nicht der Fall sei, war Konsens zwischen den Politiker/-innen. Die Tücken des gegliederten Sozialsystems würden durch das BTHG besonders deutlich, und das System sei noch komplexer geworden. Auftrag der Politik sei es, das BTHG weiterzuentwickeln, wo gesetzliche Regelungen erforderlich seien, und Druck auszuüben, wo geltendes Recht nicht eingehalten werde. (HV und DB)

### REHACARE vom 18. bis zum 21.09.2019 in Düsseldorf

38.600 Besucher/-innen kamen zur Fachmesse REHACARE 2019, die vom 18. bis 21. September 2019 auf dem Düsseldorfer Messegelände stattfand. Für zwei Tage stand Sandra Kühling am Informationsstand und beriet die Gäste zum Thema Gebärdensprache, Gehörlosigkeit und Gehörlosenkultur. Die nächste Fachmesse REHACARE findet zwischen dem 23.09. und dem 26.09.2020 in Düsseldorf statt. (DB)



Foto: BAG Selbsthilfe

### Tag der Gehörlosen am 21.09.2019 in Oldenburg

In Vertretung des Präsidiums des Deutschen Gehörlosen-Bundes nahm Dr. Ulrike Gotthardt am 21. September 2019 an dem Tag der Gehörlosen des Gehörlosenverbandes Niedersachsen in Oldenburg teil. In der Weser-Ems-Halle überbrachte sie die Grußworte des DGB und hielt einen Vortrag. In diesem Vortrag informierte sie über die Struktur des DGB, indem sie auf das Präsidium, den Beirat, die Arbeitsgruppen und die Geschäftsstelle, sowie auf deren Organisation und Aufgaben einging. Das Programm des Tages war sehr vielfältig und beeindruckend: Bei herrlichem Sonnenschein zog eine Gebärdensprache durch die Stadt, es gab eine Theatershow und die Podiumsdiskussion „Bildungschancen in Gebärdensprache“. Parallel dazu fand die Deafmesse statt. (UG)

### Tag der Gehörlosen beim Gehörlosenverband Berlin am 21.09.2019

Wie jedes Jahr veranstaltete der Gehörlosenverband Berlin e. V. den traditionellen Tag der Gehörlosen am 21.09.2019 im Berliner Gehörlosenzentrum. Dort hielt Daniel Büter einen Vortrag über den „Internationalen Tag der Gebärdensprache“ und erläuterte dessen Ursprung. Weiterhin ging er auf das Motto „Gebärdensprachrechte für alle!“ und die „Internationale Woche der Gehörlosen“ sowie auf die Charta des Weltverbandes der Gehörlosen ein. Anschließend gab es eine Diskussionsrunde. (DB)

### Konferenz der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen „Die inklusive Gesellschaft gestalten – 10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention“ am 23.09.2019 in Berlin

Knapp 300 Menschen, darunter Daniel Büter, kamen zur Konferenz „Die inklusive Gesellschaft gestalten – 10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention“ der grünen Bundestagsfraktion am 23. September 2019. Nach einem Grußwort der Fraktionsvorsitzenden Katrin Göring-Eckardt eröffnete die Sprecherin für Behindertenpolitik Corina Rüffer die Veranstaltung und erläuterte die Zielsetzung „Die UN-Behindertenrechtskonvention stellt klar, dass Teilhabe ein Menschenrecht ist und alle Lebensbereiche umfasst.“ Im Verlauf der Diskussionen an diesem Tag wurde deutlich, dass Deutschland zehn Jahre nach dem Beitritt zur Behindertenrechtskonvention längst nicht so inklusiv ist, wie es sein sollte. Noch immer gilt: Teilhabe muss erkämpft werden.

Inklusive Bildung, vorgeburtliche Bluttests und der Zusammenhang von Armut und Behinderung waren neben weiteren Aspekten zentrale Themen der Tagung.

In einer inklusiven Gesellschaft müssen Staat und Gesellschaft so strukturiert sein, dass behinderte Menschen selbst entscheiden können, wo, wie und mit wem sie leben, lernen und arbeiten möchten und wer sie dabei unterstützt. Teilhabeleistungen müssen vollständig von der Gesellschaft finanziert werden. Das sind die Schritte, die wir zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention gehen müs-

sen. Die Bundesregierung muss nun endlich handeln. Menschenrechte gelten für alle. Die UN-Behindertenrechtskonvention formuliert keine Sonderrechte für bestimmte Menschen. Sie zeigt auf, was gegeben sein muss, damit behinderte Menschen ihre Menschenrechte auch wahrnehmen können. Die Veranstaltung hat gezeigt, dass das noch immer nicht der Fall ist. Höchste Zeit also, das Tempo zu beschleunigen.

In einer Schlussrunde wurde die Ergebnisse der Workshops zusammengefasst, bevor Helene Jarmer, die erste gehörlose Abgeordnete im österreichischen Nationalrat (2009 – 2017), zum Abschluss eine Rede hielt. Daniel Büter fand die gesamte Veranstaltung interessant und die Redebeiträge der Teilnehmenden sehr aufschlussreich. (DB)



Foto: Mareike Drygala

### Festakt zur Verleihung des Jakob-Muth-Preises am 25.09.2019 in Berlin

Der Jakob-Muth-Preis macht seit 2009 – also seit mittlerweile 10 Jahren – auf gelungene Beispiele inklusiver Schulen und Verbände aufmerksam und liefert Impulse für die Weiterentwicklung von Inklusion im deutschen Bildungssystem. Auf Initiative des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen wurde der Preis in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung und der Deutschen UNESCO-Kommission in diesem Herbst erneut vergeben.

Bei dem Festakt am 25.9.2019 in der Zitadelle Spandau kamen die verschiedenen Preisträger und viele eingeladene Personen zusammen. Es waren fünf Schulen aus ganz Deutschland ausgewählt worden, die inklusive Bildung mit ihrem jeweiligen Schulkonzept auf einen guten Weg gebracht haben. Über dreißig Schulen diverser Schulformen hatten sich für den Einzelschulpreis und den Verbundpreis beworben. Helmut Vogel vom DGB nahm als Mitglied der Jury an diesem Festakt teil. (HV)



Foto: Thomas Kunsch

### Informationsveranstaltung „Aufarbeiten, was geschah – Stiftung Anerkennung und Hilfe“ am 25.09.2019 in Dortmund

Der DGB-Beauftragte für Gewaltopfer in Heimen, Christian Ebmeyer, nahm an der Informationsveranstaltung zum Thema „Aufarbeiten, was geschah – Stiftung Anerkennung und Hilfe“ am 25.09.2019 in Dortmund teil. Die Veranstaltung war für die ca. 40 Besucher/-innen in den Räumen des Zentrums für Gehörlosenkultur e.V. Dortmund sehr informativ und gewinnbringend. Anträge und Informationsmaterial waren in großer Menge vorhanden. Die Referent/-innen erläuterten anschaulich Sinn und Zweck der Stiftung Anerkennung und Hilfe und gingen auf die Zugangsmöglichkeiten und Voraussetzungen für eine Beantragung von Entschädigungsleistungen ein. Bei der Antragstellung sollten alle geforderten Unterlagen möglichst vollständig eingereicht werden, um die Bearbeitungsdauer zu verkürzen. Die Bearbeiter/-innen der Beratungsstelle wissen aber sehr wohl, dass es oftmals schwierig ist, die Unterlagen nach vielen Jahren noch bereitzustellen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, eine Vollmacht auszustellen, so dass die Bearbeiter/-innen selbst weitere Recherchen anstellen können, um so ggf. noch an Unterlagen zu gelangen.

Die Anlauf- und Beratungsstelle in Münster umfasst fünf Stellen, die bisher ca. 2.400 Anträge bearbeitet haben. Die Berater/-innen sind demzufolge stark überlastet und die Bearbeitungszeiten entsprechend lang. Die durchschnittliche Wartezeit auf einen persönlichen Termin liegt zur Zeit bei 13 Monaten. (CE)



### Gespräch mit dem ZDF am 26.09.2019 im ZfK in Potsdam

Bernd Schneider, Thomas Zander und Daniel Büter haben an einem konstruktiven Gespräch mit Frau Foltys und Herrn Ehrlich über barrierefreie Medienangebote (Untertitel und Gebärdensprache), Gebärdensprach-Avatare, den Medienstaatsvertrag und die Planungen für das Jahr 2020 teilgenommen. Die zukünftige Zusammenarbeit mit dem ZDF soll das Prinzip der UN-BRK „Nichts über uns ohne uns“ berücksichtigen und verbessert werden. Im Anschluss an das Gespräch besichtigten wir die Räumlichkeiten und Produktionsstätten im ZfK, in denen Sendungen mit Gebärdensprache für mehrere Sender produziert werden. Frau Foltys ist die Nachfolgerin von Herrn Kleinknecht. Wir bedanken uns bei Herrn Kleinknecht für die langjährige gute Zusammenarbeit. (DB)



### Internationale Konferenz „TISLR13“ an der Uni Hamburg am 26.09.2019

Bei der Eröffnungsfeier der 13. Internationalen Konferenz für Gebärdensprachlinguistik an der Universität Hamburg am 26. September 2019 hielt Steffen Helbing, Vorstandsmitglied des Weltverbandes der Gehörlosen und 2. Vizepräsident des Deutschen Gehörlosen-Bundes, das Grußwort. Die TISLR-Konferenz fand zum ersten Mal seit ihrer erstmaligen Ausrichtung 1986 in Deutschland statt. Sie ist von vier Professor/-innen gemeinsam organisiert worden: Prof. Annika Herrmann, Professorin für Gebärdensprachen und Gebärdensprachdolmetschen an der Universität Hamburg, Prof. Barbara Hänel-Faulhaber, Professorin für Pädagogik bei Beeinträchtigung des Hörens/Gebärdensprache an der Universität Hamburg, Prof. Christian Rathmann, Professor für Deaf Studies und Gebärdensprachdolmetschen an der Humboldt-Universität Berlin, und Prof. Markus Steinbach, Professor für Gebärdensprachen an der Georg-August-Universität Göttingen. Veranstalter der Konferenz war die internationale Gesellschaft der Gebärdensprachlinguistik (SLLS), die die TISLR-Konferenz alle drei Jahre ausrichtet. Etwa 450 Teilnehmer/-innen aus aller Welt erlebten bei der Konferenz in Hamburg drei Tage lang spannende Vorträge und tauschten sich untereinander aus. (SH)



Foto: Katja Fischer

### Fachtag Hören und Sehen am 30.09.2019 in München

Zum zweiten Mal fand am 30.09.2019 der Fachtag Hören und Sehen in der Ludwig-Maximilian-Universität (LMU) in München statt, diesmal zum Thema „Bildungszugang und Inklusion“. Die Veranstaltung wurde gemeinsam vom Bayerischen Kultusministerium, dem Lehrstuhl für Gehörlosen- und Schwerhörigenpädagogik der LMU und dem Sehbehinderten- und Blindenzentrum Südbayern gestaltet. Auf Einladung von Prof. Dr. Annette Leonhardt nahmen Helmut Vogel als Präsident des DGB, Bernd Schneider als Vorsitzender des Landesverbands Bayern der Gehörlosen sowie Andreas Bethke als Geschäftsführer des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes daran teil. Der Fachtag sollte die Netzwerkarbeit zwischen den einzelnen inklusiven Schulsettings befördern und die Qualität inklusiver Bildung in Bayern verbessern. Leider wurde das Thema „bimodal-bilinguale Bildung“ bei diesem Fachtag kaum aufgegriffen. Prof. Leonhardt sagte jedoch zu, dass dieses Thema beim nächsten Fachtag stärker berücksichtigt werden soll. (HV)



Foto: Helmut Vogel



## DGB-Pressemitteilungen:

- Pressemitteilung 07/2019 „zur bundesweiten Einführung der DGS-Sprachzertifizierung“ (04.09.2019)
- Pressemitteilung 08/2019 „Gebärdensprachrechte für alle!“ – so lautet das Motto des diesjährigen Internationalen Tages der Gebärdensprachen und der Internationalen Woche der Gehörlosen, die vom 23. bis zum 29. September 2019 zum zweiten Mal stattfinden.“ (19.09.2019)

## DGB-Stellungnahme:

- Stellungnahme 08/2019 „zum Entwurf eines Gesetzes für bessere und unabhängige Prüfungen (MDK-Reformgesetz) BT-Drs. 19/13397 und zur öffentlichen Anhörung zur Reform des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (MDK) am 14.10.2019“ (10.10.2019)

## DGB-Bericht

- Bericht 07/2019 „Monatsbericht des Deutschen Gehörlosen-Bundes für Mai und Juni 2019“ (19.07.2019)
- Bericht 08/2019 „Arbeitstagung des Deutschen Gehörlosen-Bundes vom 28.-29.06.2019 in Frankfurt/Main“ (02.09.2019)
- Bericht 09/2019 „Monatsbericht des Deutschen Gehörlosen-Bundes für Juli und August 2019“ (06.09.2019)
- Bericht 10/2019 „2. Expertengespräch mit dem Verband Deutscher Freizeitparks und Freizeitunternehmen (VDFU) am 18.07.2019 in Berlin“ (04.10.2019)

## DGB-Filme:

- DGB-Film 10/2019: Stellungnahme 06/2019: „Der Deutsche Gehörlosen-Bund nimmt Stellung zu den Zahlen der Schwerbehindertenstatistik – 0,1 Prozent der Gesamtbevölkerung sind gehörlos, also ca. 83.000 Menschen in Deutschland“ (26.08.2019)
- DGB-Film 11-1/2019: Einleitung – DGB-Arbeitstagung in Frankfurt (02.09.2019)
- DGB-Film 11-2/2019: DGB-Forderungskatalog – DGB-Arbeitstagung in Frankfurt (02.09.2019)
- DGB-Film 11-3/2019: Übersicht der nationalen Gehörlosenverbände als Vollmitglieder der europäischen Union der Gehörlosen (EUD) – DGB-Arbeitstagung in Frankfurt (02.09.2019)
- DGB-Film 11-4/2019: DGB 2.0 – DGB-Arbeitstagung in Frankfurt (02.09.2019)
- DGB-Film 12/2019: Pressemitteilung 07/2019 zur bundesweiten Einführung der DGS-Sprachzertifizierung (04.09.2019)
- DGB-Film 13/2019: Pressemitteilung 08/2019 „Gebärdensprachrechte für alle!“ – so lautet das Motto des diesjährigen Internationalen Tages der Gebärdensprachen und der Internationalen Woche der Gehörlosen, die vom 23. bis zum 29. September 2019 zum zweiten Mal stattfinden.“ (25.09.2019)
- DGB-Film 14/2019: Bericht 10/2019: „2. Expertengespräch mit dem Verband Deutscher Freizeitparks und Freizeitunternehmen (VDFU) am 18.07.2019 in Berlin“ (05.10.2019)
- DGB-Film 15/2019: „Unsere 1. Vize-Präsidentin, Elisabeth Kaufmann, erklärt das Motto der 7. Deutschen Kulturtag der Gehörlosen 2022 in Friedrichshafen: „Eine Kultur überwindet Grenzen.““ (11.10.2019)

## Vorschau:

25.-27.10.2019 Ordentliche Bundesversammlung des DGB in Augsburg  
18.11.2019 Fachtagung der DG „Gebärdensprache an Schulen jetzt!“

## Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

## Pressekontakt

Daniel Büter  
Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit  
E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch  
Telefon: 01805-83 77 00

Deutscher Gehörlosen-Bund e.V., Prenzlauer Allee 180, 10405 Berlin, [www.gehoerlosen-bund.de](http://www.gehoerlosen-bund.de)  
Präsidium: Helmut Vogel, Elisabeth Kaufmann, Steffen Helbing, Michael Wohlfahrt, Dr. Ulrike Gotthardt,  
Hans-Jürgen Kleefeldt und Katja Hopfenitz

Berlin, 13.12.2019

## Bericht 12/2019

### Fachtagung von der Deutschen Gesellschaft der Hörbehinderten: „Gebärdensprache an Schulen jetzt!“ am 18.11.2019 in Berlin

In der Deutschen Gesellschaft der Hörbehinderten – Selbsthilfe und Fachverbände e. V. (DG) als Dachverband der 26 Mitgliedsverbände gibt es bereits seit mehreren Jahren den Fachausschuss Bildung, in dem folgende Personen aus verschiedenen Mitgliedsverbänden mitwirken: Prof. Dr. Christian Rathmann und Prof. Dr. Claudia Becker aus dem wissenschaftlichen Kreis, Susanne Keppner und Dietmar Schleicher aus dem Kreise der Pädagogen, Kathrin Pflugfelder vom Bundeselternverband gehörloser Kinder e. V. und Ines Helke vom Schwerhörigen-Bund e. V. Der momentane Schwerpunkt des Fachausschusses mit Prof. Dr. Christian Rathmann als Sprecher liegt in der Einführung und Etablierung des Unterrichtsfaches „Deutsche Gebärdensprache“ (DGS) an Förderschulen für Gehörlose und Schwerhörige sowie an Regelschulen.

Es wurde für diese Thematik bereits eine Arbeitsgruppe bei der Kultusministerkonferenz (KMK) initiiert. In dieser Arbeitsgruppe ist es leider noch nicht zu einem Konsens gekommen, da nicht alle anwesenden Landesvertreter eine Einführung der DGS als Unterrichtsfach in den Schulen ihres Bundeslandes befürwortet haben.

Deswegen führte die Deutsche Gesellschaft der Hörbehinderten eine Fachtagung unter dem Motto „Gebärdensprache an Schulen jetzt!“ am 18. November 2019 in der Landesvertretung Schleswig-Holstein in Berlin durch. Im Fokus der Veranstaltung „Berliner Sinfonie 2019“ stand die Umsetzung einer konkreten Forderung der UN-Behindertenrechtskonvention (Artikel 24, Absatz 3 und 4), nämlich die Implementierung des Unterrichtsfaches Deutsche Gebärdensprache.

Zuerst begrüßte der Vorsitzende der DG, Professor Dr. Ulrich Hase, die etwa hundert Tagungsbesucher, darunter zahlreiche Lehrerinnen und Lehrer und pädagogische Fachkräfte. Die drei Grußworte hielten der Bundesbeauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Jürgen Dusel, der Ministerialrat der Kultusministerkonferenz, Sönke Asmussen sowie der Präsident des Deutschen Gehörlosen-Bundes, Helmut Vogel.

Die folgenden Vorträge von Prof. Dr. Christian Rathmann, von Prof. Dr. Claudia Becker und Prof. Dr. Barbara Hänel-Faulhaber zur Bedeutung der Implementierung des Unterrichtsfaches DGS sowie zu den aktuellen Bestrebungen in der Wissenschaft machte deutlich, wie zentral eine solche Einführung für die Entwicklung und Kommunikationsfähigkeit hörbehinderter Schülerinnen und Schüler wäre. Die danach folgenden Beiträge aus der Praxis von Ulrike Witte und Christian Borgwardt von der Elbeschule Hamburg konnten den Tagungsbesuchern u.a. aufzeigen, wie eine Unterrichtseinheit des Faches Gebärdensprache gestaltet werden kann. Dabei war die vorgestellte Unterrichtseinheit über gehörlose Juden in der nationalsozialistischen Zeit äußerst beeindruckend - inhaltlich wie didaktisch – aufbereitet und umgesetzt.

Im Laufe der Tagung stellten auf dem „Markt der Möglichkeiten“ im Foyer der Landesvertretung die Elbeschule Hamburg und die Ernst Adolf Eschke-Schule Berlin ihre Unterrichtsmaterialien für das Fach DGS vor und regten die Teilnehmer/-innen zum Austausch an. In der ab-

Bankverbindung: IBAN DE98 1002 0500 0007 4704 00 – BIC BFSWDE33BER  
Präsidium: Helmut Vogel, Elisabeth Kaufmann, Steffen Helbing, Michael Wohlfahrt, Dr. Ulrike Gotthardt,  
Hans-Jürgen Kleefeldt und Katja Hopfenitz

Berlin, 20.12.2019

schließenden Podiumsdiskussion sicherte Sönke Asmussen zu, dass sich die in der KMK eingerichtete Arbeitsgruppe zur Implementierung des Unterrichtsfaches DGS weiter ernsthaft mit dem Anliegen auseinandersetzen werde. Auf Grundlage des Forderungskataloges der Deutschen Gesellschaft zur Implementierung des Unterrichtsfaches DGS, welches im Anschluss vorgelegt wurde, kann dies noch konkreter gelingen.

Die etwa hundert Tagungsteilnehmer/-innen hatten eine lebhaft und äußerst interessante Fachtagung erlebt. Es wäre eine noch erfolgreichere Fachtagung gewesen, hätten sich mehr Politikerinnen und Politiker an diesem Tag in der „Berliner Sinfonie 2019“ eingefunden, um den politischen Handlungsbedarf dieses Anliegens weiterzutragen. Jedoch machten sich sicherlich manche Lehrer/-innen und pädagogische Fachkräfte mit neuen Erkenntnissen auf den Weg, um sich für die Einführung des Unterrichtsfaches DGS in ihren Schulen einzusetzen.

Bericht geschrieben von Helmut Vogel, Präsident und Fachteamleiter für Bildung

Das Grußwort vom Präsidenten des DGB bei der Fachtagung ist dem Anhang gesondert beigefügt.

Film des DGB über die Fachtagung, zu sehen unter: <https://youtu.be/c-jWD5jeIkM>

#### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

#### Pressekontakt

Daniel Büter

Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch

Telefon: 01805-83 77 00

## Monatsbericht des Deutschen Gehörlosen-Bundes für Oktober, November und Dezember 2019

### Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Gesundheit zur Reform des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (MDK) am 14.10.2019

Die Bundesregierung hat plant, den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) organisatorisch von den Krankenkassen zu trennen und künftig als eigenständige Körperschaft des öffentlichen Rechts zu führen. Ziel des geplanten MDK-Reformgesetzes ist es zudem, die Prüfung der Krankenhausabrechnung einheitlicher und transparenter zu gestalten.



Foto: Daniel Büter

Geplant ist außerdem, die Leistungen von Gebärdensprachdolmetscher/-innen in Krankenhäusern nicht mehr durch Fallpauschalen zu vergüten, sondern unmittelbar zwischen den Gebärdensprachdolmetscher/-innen und den Kostenträgern abzurechnen.

Wir haben die DGB-Stellungnahme 08/2019 zum Entwurf eines Gesetzes für bessere und unabhängige Prüfungen (MDK-Reformgesetz) verfasst und veröffentlicht. Daniel Büter nahm als Gast an der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Gesundheit am 14.10.2019 teil und verfolgte, wie Dr. Siiri Doka, Referatsleiterin für Gesundheits- und Pflegepolitik von der BAG Selbsthilfe, die Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema der Kosten der Gebärdensprachdolmetschung im Krankenhaus beantwortete. (DB)

### Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales zu rechtlichen Regelungen für Menschen mit Behinderung am 14.10.2019

Die Bundesregierung will gesetzliche Unklarheiten im SGB IX und SGB XII beseitigen, die insbesondere die Regelungen für die Unterkunftskosten der besonderen Wohnform nach § 42a des SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) betreffen. Es ist vorgesehen, dass Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen ab dem 1. Januar 2020 personenzentriert ausgerichtet werden. Eine Unterscheidung nach ambulanten, teilstationären und stationären Leistungen soll es dann nicht mehr geben.

Für den Bereich des Bundesteilhabegesetzes sind weitere Änderungen geplant. So soll unter anderem klargestellt werden, dass die für Werkstätten für behinderte Menschen geltenden Vergünstigungen der Anrechenbarkeit von Aufträgen auf die Ausgleichsabgabe und der bevorzugten Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand für andere Leistungsanbieter nicht gelten sollen.

An einer öffentlichen Anhörung am 14.10.2019 nahm Daniel Büter als Gast teil. Zahlreiche Sachverständige stellten ihre Position dar.

Dr. Sigrid Arnade vom Verein „Selbstbestimmt Leben in Deutschland“ kritisierte die Erschwerung der politischen Partizipation von Menschen mit Behinderungen wegen „viel zu kurzer“ Fristen für Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen und der mangelnden barrierefreien Bereitstellung der Dokumente.



Foto: Daniel Büter

Ottmar Miles-Paul monierte als Einzelsachverständiger, dass das Bundesteilhabegesetz zwar „spannende Ansätze“ zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention enthalte – so etwa die Trennung der Existenzsicherung und der Fachleistung sowie der Personenzentrierung –, dass es aber in der Praxis den Menschen nicht wirklich mehr Teilhabe verschaffe. So enthalte das Gesetz „kontraproduktive Regelungen“ wie den Mehrkostenvorbehalt oder das Zwangspooling. Solche Regelungen hätten nichts mit Teilhabe und Selbstbestimmung zu tun. (DB)

### Filmdreh von Sehen statt Hören am 16.10.2019

Am 16.10.2019 fanden die Dreharbeiten für die bekannte Fernsehserie „Sehen statt Hören“ in der Bundesgeschäftsstelle des Deutschen Gehörlosen-Bundes statt.



Foto: BR

Dort führte Thomas Zander ein Interview mit dem Präsidenten Helmut Vogel und dem Referenten für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit Daniel Büter über den Forderungskatalog, die politische Arbeit und die Vorbereitung der Bundesversammlung 2019 in Augsburg. (DB)

### 6. Sitzung des Expertenkreises der Bundesfachstelle Barrierefreiheit am 24.10.2019

In Vertretung des DGB-Präsidenten nahm Daniel Büter am 24.10.2019 an der 6. Sitzung des Expertenkreises der Bundesfachstelle Barrierefreiheit teil. Zunächst begrüßten Herr Gülker als Mitglied der Geschäftsführung der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See und Herr Dr. Sieger als Leiter der Bundesfachstelle Barrierefreiheit die Anwesenden. Die Bundesfachstelle berichtete über die bisherigen Aktivitäten in der Forschungsbegleitung, in der Öffentlichkeit (Twitter, Newsletter, Webseite), in der Arbeitsgruppe „Leitfaden Barrierefreies Bauen“, in der Initiative Sozialraum Inklusiv (ISI) etc.

Im Anschluss wurde eine Studie vorgestellt und präsentiert: „Barrierefreies Arbeiten für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen“. Zuletzt wurde der Europäische Rechtsakt zur Barrierefreiheit („European Accessibility Act“, kurz EAA) vorgestellt und erläutert. (DB)

### Sitzung der begleitenden Arbeitsgruppe der DB AG am 06.11.2019 in Berlin

Nach der Begrüßung durch Frau Ellen Engel-Kuhn stellten sich die jeweiligen Behindertenverbände vor. Für den DGB übernahm dies Hans-Jürgen Kleefeldt, Beisitzer und Fachteamleiter für Mobilität beim DGB. Der Vorsitzende der Programmbegleitenden Arbeitsgruppe Herr Karl-Hermann Haack begrüßte die Anwesenden und wünschte ihnen einen guten Verlauf und reichliche Diskussionen.



Fotos: H-J. Kleefeldt

Erstes stellten Herr Christian Scheller und Frau Vera Nottebom, beide aus dem Bereich Produktmanagement Reisezentrum, per PowerPoint ein Pilotprojekt vor: Das Reisezentrum Leipzig soll völlig neu gestaltet werden. Die Wartezeit soll verkürzt werden und das Reisezentrum soll für behinderte Personen barrierefrei gestaltet werden. Wenn dieses Pilotprojekt gut aufgenommen wird, soll es auch in anderen Städten durchgeführt werden.

Leider war der Vorsitzende der DB Herr Dr. Richard Lutz verhindert. Stattdessen gab es einen Austausch zwischen Herrn Berthold Huber, Vorstand Personenverkehr, und den anwesenden Verbänden. Es gab Kritik und Diskussionen in allen Bereichen, etwa beim wie Mobilitätsservice, in Bezug auf die Pünktlichkeit oder die Züge.

Auch mit Herrn Bastian Arning, dem Leiter der Dienstleistungs- und Betriebsmanagement für die DB Station & Service AG, fanden Besprechungen über Perspektiven im Mobilitätsservice statt. Er zeigte Statistiken dazu, wie oft der Service abgelehnt wurde – dies war im letzten Jahr sehr häufig vorgekommen. Diese Statistiken seien nötig, um künftig die Mitarbeiter besser zu schulen und den Service zu verbessern.



Foto: H-J. Kleefeldt

Nach dem Mittagsimbiss berichtete uns Herr Mathias Semrau, Produktmanagement Intercity, über die Beschaffung gebrauchter KISS-Fahrzeuge für den Intercity. Diese doppelstöckigen Wagen sollen gebraucht gekauft und als IC-Züge umgebaut werden, die modern und barrierefrei ausgestaltet werden sollen. Auch in diesem Zusammenhang gab es viele Diskussionen und Kritik, vor allem mit Bezug auf Rollstuhlfahrer/-innen.

Zum Schluss hielt der 1. Vorsitzende Herr Haack eine Schlussrede und wünschte allen eine gute Heimreise. (HJK)

### 32. Konsultation der Monitoring-Stelle UN-BRK mit den behindertenpolitischen Verbänden am 06.11.2019

An der Verbändekonsultation am 06.11.2019 beteiligte sich Daniel Büter, um die Auseinandersetzung mit dem kombinierten 2. und 3. Staatenbericht der Bundesregierung zum Umsetzungsstand der UN-Behindertenrechtskonvention zu verfolgen.



Foto: Daniel Büter

Der Staatenbericht der Bundesregierung ist im Juli 2019 vom Bundeskabinett verabschiedet und im September dem Ausschuss in der englischen Fassung nach Genf übersandt worden. Der Staatenbericht wird nicht mehr im Jahr 2020, sondern voraussichtlich im Frühling oder Herbst 2021 vom UN-Ausschuss überprüft und bewertet.

Das Deutsche Institut für Menschenrechte gab eine grobe Einschätzung zum Inhalt des Staatenberichts ab:

- nicht behandelte Themen/Problemlagen,
- keine problemorientierte Berichterstattung,
- fehlende Daten und Statistiken zum Stand der Umsetzung des jeweiligen Rechts,
- Länderantworten stark zusammengefasst, wenig aussagekräftig und
- menschenrechtliche Probleme werden nicht oder anders gesehen.

Die Zivilgesellschaft ist nun aufgerufen, einen Parallelbericht zu erstellen. Der gesamte Bericht darf nicht mehr als 10.700 englische Wörter umfassen. (DB)

### Gespräch mit Medienstaatssekretärin Heike Raab am 07.11.2019

Bernd Schneider, Referatsleiter für barrierefreie Medien in der Deutschen Gesellschaft der Hörbehinderten – Selbsthilfe und Fachverbände e. V., und Daniel Büter, Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit und Fachteamleiter für Medien beim DGB, haben ein Gespräch mit der Medienstaatssekretärin Frau Raab in der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und bei der Europäischen Union geführt, um in einen Austausch über zwei Themen zu kommen: den Medienstaatsvertrag und die Fernsehserie „Sehen statt Hören“. Das Gespräch war für uns positiv und kann als erfolgreich angesehen werden.



Foto: yomma

### Medienstaatsvertrag

Aus der DGB-Stellungnahme wurden drei Punkte berücksichtigt. Folgender Satz (§ 3 Allgemeine Grundsätze Nr. 2) wird aus dem Gesetzentwurf gestrichen: „Barrierefreie Angebote sollen im Rahmen ihrer technischen und finanziellen Möglichkeiten ausgebaut werden.“ Ein neuer Paragraph speziell zur Barrierefreiheit soll in den Gesetzentwurf aufgenommen werden. Die Barrierefreiheit soll stetig und schrittweise verbessert werden – genau nach dem Vorbild des Artikels 7 der europäischen Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste. Der zweite Punkt ist, dass ab 2023 alle drei Jahre Berichte zur barrierefreien Umsetzung abgegeben werden müssen. In Bezug auf den dritten Punkt steht leider noch kein Ergebnis fest. Wir wünschen uns die Einbeziehung der Schlichtungsstelle nach § 16 des Behindertengleichstellungsgesetzes. Der DBSV möchte eine Beschwerdestelle und Frau Raab schlug eine Schiedsgerichtsstelle vor. Der dritte Punkt ist somit noch ungeklärt. Die zwei anderen Punkte hingegen sind beschlossene Sache. Am 5. Dezember soll der neue Medienstaatsvertrag von allen Bundesländern beschlossen werden. Der Vertrag wird im Frühjahr des kommenden Jahres unterzeichnet werden und im September 2020 in Kraft treten.

### Fernsehsendung „Sehen statt Hören“

Zurzeit werden viele Wiederholungen gezeigt. Wir wünschen uns mehr Neuproduktionen. Aktuell wird die Sendung zum größten Teil vom Bayerischen Rundfunk finanziert – zu fast 90 % – und nur zu einem wesentlich geringeren Teil von anderen Rundfunkanstalten. Eine höhere und gleichmäßige finanzielle Beteiligung von allen Rundfunkanstalten wäre wünschenswert. Wenn mehr Geld vorhanden ist, kann „Sehen statt Hören“ neue Inhalte produzieren. Frau Raab will den neuen Vorsitzenden der ARD, Herrn Buhrow, treffen, um dies zu besprechen. (DB)

### Fotoausstellung „Audismus“ am 08.11.2019

Die Eröffnungsveranstaltung der Fotoausstellung „Audismus – Augen auf!“ fand am 08.11.2019 in Berlin statt. Daniel Büter war anwesend und schaute sich die Fotos an. Gebärdensprache wird oft gering geschätzt. Stattdessen stehen Hören und Sprechen im Mittelpunkt, und hörende Menschen nehmen gegenüber tauben Menschen oft eine verurteilende Geisteshaltung ein. Die Fotoausstellung zeigt die fotografische Auseinandersetzung tauber Menschen mit Audismus. (DB)

### Vergabe des Kulturpreises „Goldene Krone“ am 09.11.2019 in Leipzig

Im festlichen Rahmen des City-Hochhauses Leipzig wurde am 09. November 2019 der Kulturpreis des Fördervereins der Gehörlosen der neuen Bundesländer e.V. und des Gehörlosen Magie-Clubs e.V. vergeben. Der Preis wird in vielen Kategorien verliehen, zum Beispiel Magie, Film, Presse, Lebenswerk, Theater, Gebärden-Chor, Bildende Kunst, Gebärden-Poesie, Fotografie, Pantomime und Nachwuchs. Mit dieser wichtigen Veranstaltung der gehörlosen Menschen in den neuen Bundesländern sollte die Möglichkeit geschaffen werden, die auf sozialem, kulturellem und gesellschaftlichem Gebiet ehrenamtlich Tätigen in die Ehrung einzubeziehen.



Foto: Angela Winkler-Ruppert

Lutz Köhler, amtierender Vorsitzender des Fördervereins begrüßte die Anwesenden mit warmen Worten und gab einen kurzen Rückblick auf die Vorbereitungen. Er bedankte sich für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und erklärte, dass er die Vorbereitungen mit dem Vorstand und den anderen Freiwilligen mit viel Spaß und Freude getroffen habe. Karlheinz Kunze, Projektkoordinator

und Mitglied des Fördervereins, ließ es sich nicht nehmen, die Gäste der Veranstaltung trotz seiner angeschlagenen Gesundheit per Videobotschaft zu begrüßen. Die beiden betonten, dass Menschen, die ehrenamtlich tätig sind, und vor allem jene, die schon lange dabei sind, durch diese Arbeit einen großen Lerneffekt und immensen Erfahrungsschatz haben. Sie alle verdienen das Lob und die Anerkennung des Fördervereins der Hörbehinderten der neuen Bundesländer. Beide Sprecher sagten Danke für ihr Engagement. Die an diesem Abend geehrten Menschen waren Eberhard Deininger für Magie, Thow&Show für Theater, das Redaktionsteam der Schülerzeitung der Ernst-Adolf-Eschke-Schule Berlin in der Kategorie Presse, Holger Ruppert für Medien und Jason und Janos-Calvin Giuranna in der Kategorie Nachwuchs. Weiterhin wurden Rudolf Gast und Martin Domke für ihr Lebenswerk ausgezeichnet, und zum Schluss erhielten Robert Grund und Joachim Liebig die Sonderpreise. Die Samuel Heinicke-Medaille bekamen Uwe Schönfeld und Reinhard Müller, die Ehrenpreise gingen an Ilona Lange, Monika Seifert und Frank Kuhnert. Zwischendurch stärkten sich die Gäste in der Pause am leckeren Buffet. Es war insgesamt eine gelungene Veranstaltung mit viel Liebe zum Detail. (EK)

### **Inklusionstage vom 11.-12.11.2019**

Seit 2013 organisiert das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die Inklusionstage – eine der bundesweit größten regelmäßigen Veranstaltungen der Politik für Menschen mit Behinderungen. Am 11. und 12. November 2019 fanden die Inklusionstage im Berlin Congress Center statt. Im Mittelpunkt dieser Inklusionstage standen die Themen „Kultur, Freizeit, Sport und Tourismus“. Über 500 Gäste aus den Sozial-, Wohlfahrts- und Behindertenverbänden, der Wissenschaft, von Unternehmen, den Ländern und den Bundesressorts sowie Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen nahmen daran teil. Helmut Vogel, Präsident, Sandra Kühling, Verwaltungsmitarbeiterin und Daniel Büter nahmen daran teil dort und tauschten sich über Barrierefreiheit und Teilhabe aus.



Foto: yomma

Neben Impulsvorträgen und Gesprächsrunden im Plenum wurde mit den Teilnehmenden in 14 verschiedenen Foren über Kultur-, Freizeit-, Sport- und Tourismus-Möglichkeiten und -Grenzen, über Probleme, aber auch über gute Beispiele und Fortschritte diskutiert.

Die betroffenen Experten, z. B. Bernd Schneider, Marco Lipski, Rafael Grombelka, Felicitas Merker und Petra Brandt, wurden in das Programm einbezogen.

Zum ersten Mal wurde bei den Inklusionstagen 2019 der Bundesteilhabepreis der „Initiative SozialraumInklusiv“ für vorbildliche Beispiele eines inklusiven Sozialraums verliehen.

Es ist sehr erfreulich und wir waren gerührt, dass Hubertus Heil einen Satz in Deutscher Gebärdensprache vorgestellt hat: „Ich bin Arbeitsminister“.

Im Frühjahr 2020 wird eine Dokumentation der Inklusionstage 2019 auf der Webseite [www.gemeinsam-einfach-machen.de](http://www.gemeinsam-einfach-machen.de) bereitgestellt.

Die nächsten Inklusionstage finden am 30. November 2020 und am 1. Dezember 2020 statt, wieder im Berlin Congress Center. Das Schwerpunktthema ist dann „Arbeit“. (DB)

### **Symposium „Repräsentativbefragung zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung und Beeinträchtigung“ am 12.11.2019**

Anlässlich der Inklusionstage 2019 beteiligte Daniel Büter sich am 12.11.2019 an dem Symposium „Repräsentativbefragung zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung und Beeinträchtigung“. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat das Institut für angewandte Sozialwissenschaften (infas) aus Bonn beauftragt, von 2017 bis 2021 die erste umfassende „Repräsentativbefragung zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung“ in Deutschland durchzuführen. Nach dem ersten Zwischenbericht ist nun der zweite Zwischenbericht der Studie auf der Homepage des BMAS veröffentlicht worden. Der Bericht gibt Einblick in die Vorgehensweise und die methodischen Besonderheiten der Studie. Er vermittelt einen Überblick über die Befragungsinhalte und die Konzeption des Fragebogens, die Einbindung betroffener Personen bei Fragebogentests und den Pretest zur Erfassung der Haushaltssituation. Ziel ist es, anhand der Ergebnisse bestehende Diskriminierungen zu beseitigen und Teilhabemöglichkeiten zu fördern.

Die Hauptbefragung (von 21.000 Menschen mit und ohne Behinderung) ist noch nicht abgeschlossen: Aktuell werden immer noch Interviews durchgeführt. Die anderen Teilbereiche der Studie (z. B. die Befragung von schlecht erreichbaren Personengruppen, Menschen in Einrichtungen) starten gerade erst. Die Ergebnisse sollen nach Abschluss der Studie im Jahr 2021 veröffentlicht werden.

Daniel Büter hat sich mit Herrn Steinwede darüber ausgetauscht und Unterstützung bzw. eine Kooperation bzw. Unterstützung angeboten, um die Befragungsmethode, z. B. Interviewgespräche mit gehörlosen Personen, barrierefrei zu gestalten.

Damit möchten wir erreichen, dass im nächsten Teilhabebericht mehr korrekte und ausführliche Informationen über die Situation von Gehörlosen sowie die Benennung von Problemen und Verbesserungsvorschlägen enthalten sind. (DB)

### **7. Runder Tisch „Barrierefreies Fernsehen“ am 12.11.2019**

Im Rahmen der jährlichen Inklusionstage des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) fand am 12.11.2019 zum siebten Mal der Runde Tisch „Barrierefreies Fernsehen“ statt. Vertreter/-innen der öffentlich-rechtlichen und privaten Sendeanstalten, vier Behindertenverbände (Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband e. V., Gesellschaft der Hörbehinderten – Selbsthilfe und Fachverbände e. V., Deutscher Schwerhörigenbund e. V., Deutscher Gehörlosen-Bund e. V.), Behindertenbeauftragte und das BMAS setzten sich mit dem Ausbau der Barrierefreiheit im Fernsehen auseinander. Daniel Büter stieß erst später zu der Runde hinzu. Erfreulicherweise diskutierte ein Vertreter der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, der die Rundfunkangelegenheiten koordiniert, mit uns konstruktiv über den neuen Medienstaatsvertrag. Am 05.12.2019 verabschiedeten die Ministerpräsident/-innen der Länder den Medienstaatsvertrag. (DB)

### **5. Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses am 13.11.2019**

Daniel Büter nahm am 13.11.2019 an der 5. Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses teil. Die Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e. V. (ISL) berichtete über die Arbeit des DBR-Sekretariats und die Organisation für die Welttagsveranstaltung.



Foto: DBR

Im Anschluss wurden verschiedene Themen diskutiert, darunter die aktuellen Rechtssetzungsverfahren (Angehörigenentlastungsgesetz, RISG, GKV-Richtlinie), der Parallelbericht,

die Versorgungsmedizin-Verordnung, Kurzberichte der DBR-Arbeitsgruppen, 25 Jahre Grundgesetzänderung sowie barrierefreie Arztpraxen. (DB)

### **Abschlussveranstaltung zum Projekt „Unser gutes Recht: Verbandsklagen als strategisches Instrument der Selbsthilfe“ am 15.11.2019**

Am 15.11.2019 fand die Abschlussveranstaltung des Verbandsklageprojekts der gemeinnützige GmbH Rechte behinderter Menschen (rbm) in Berlin statt. Für den Deutschen Gehörlosen-Bund e.V. nahm Judith Hartmann an der Veranstaltung teil.

Projektleiter Dr. Michael Richter blickte auf die dreijährige Projektlaufzeit zurück, die sowohl durch positive Ergebnisse als auch durch nicht erfüllte Erwartungen geprägt gewesen sei. Insgesamt könne die Klagehäufigkeit höher sein, allerdings seien nicht alle an das Projekt herangetragenen Fallkonstellationen für ein Verbandsklageverfahren geeignet gewesen. Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit sei in Zukunft stärker in die Arbeit mit einzubeziehen.

Die Schlichtungsstelle nach dem Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) stellte auf ihre bisherige Arbeit vor, und wies darauf hin, dass zunehmend auch Verbände Schlichtungsanträge stellten.

Weiterhin präsentierte sich in einem Vortrag die Deutsche Umwelthilfe (DUH), die über eine deutlich bessere finanzielle und personelle Ausstattung verfügt und daher Verbandsklagen hochprofessionell angehen kann.

Geplant ist, dass die Workshopteilnehmer/-innen künftig weiterhin über eine Art Netzwerk verbunden bleiben und dass das Thema Verbandsklage für die Behindertenverbände weiter im Fokus bleibt. (JH)

### **Arbeitstagung und Mitgliederversammlung der Deutschen Gesellschaft der Hörbehinderten – Selbsthilfe und Fachverbände e. V. mit Neuwahlen vom 15.-17.11.2019 in Eisenach**

Wie jedes Jahr fand die Mitgliederversammlung der Deutschen Gesellschaft der Hörbehinderten – Selbsthilfe und Fachverbände e. V. mit etwa dreißig anwesenden Delegierten von mehr als 20 Mitgliedsverbänden, darunter Helmut Vogel und Daniel Büter für den Deutschen Gehörlosen-Bund, im Haus Hainstein in Eisenach statt.

Am ersten Tag der Versammlung stellte der Fachausschuss Bildung seine ausgearbeiteten Forderungen nach einem Fach „Deutsche Gebärdensprache“ in den Regelschulen und in den Förderschulen für Gehörlose und Schwerhörige vor. Die Forderungen wurden mit sehr großer Mehrheit angenommen. Danach berichtete der Vorstand ausführlich von diversen Tätigkeiten im zurückliegenden Jahr. Neu ist, dass die Deutsche Gesellschaft vom September 2019 bis zum Beginn des nächsten Jahres an vier Wochenenden eine Fortbildung zur Vermittlung von Grundlagen der Verbandsarbeit für Menschen mit Hörbehinderung angeboten hat bzw. anbieten wird.

Die Wahlen des neuen Vorstandes für die nächste vierjährige Amtszeit ergaben Folgendes: Die bisherige stellvertretende Vorsitzende der DG, Renate Welter, stellte sich nicht mehr zur Wahl und wurde unter großem Applaus der Delegierten zur Ehrenvorsitzenden der DG ernannt. Der seit 1999 amtierende Vorsitzende der DG, Prof. Dr. Ulrich Hase, erklärte sich bereit, das Amt noch einmal für vier Jahre auszuüben, und wurde einstimmig wiedergewählt. Als neuer stellvertretender Vorsitzender der DG wurde Bernd Schneider gewählt. Er fungiert seit mehr als 15 Jahren als Sprecher des Fachausschusses „Barrierefreie Medien“ der DG. Wiedergewählt wurde auch der bisherige stellvertretende Vorsitzende Andreas Kammerbauer.



Foto: Daniel Büter

Am dritten Tag der Versammlung wurde berichtet, dass der Deutsche Schwerhörigenbund (DSB) und die Deutsche Cochlea Implantat Gesellschaft (DCIG) einen neuen Verbund gründen wollen. Bisher konnten der DSB und die DCIG aufgrund der unterschiedlichen Verbändestrukturen nicht zusammengeschlossen werden, wie es ursprünglich geplant war. Derzeit wird stattdessen ein Verbund angestrebt. Dabei würden der DSB und die DCIG juristisch eigenständig bleiben, aber vermehrt inhaltlich kooperieren.

Darüber hinaus gibt es die „Bundesjugend – Verband junger Menschen mit Hörbehinderung“ und die „Deutsche Hörbehinderten Selbsthilfe“. Die vier Verbände umfassen mehrere Tausend Mitglieder, die lautsprachlich orientiert sind, aber auch Gebärdensprache mehr oder weniger gut beherrschen. Es gibt jedoch keine einzige bundesweite Selbstvertretungsorganisation, wie es bei dem DGB als Dachverband der Gehörlosen mit etwa 25.000 Mitgliedern der Fall ist. Der geplante neue Verbund für die DCIG und den DSB kann sich als ein Schritt in die richtige Richtung für die weitere Verbandsarbeit schwerhöriger Menschen erweisen. (HV)

### **4. Jugendfestival der Deutschen Gehörlosen-Jugend vom 15.-16.11.2019 in München**

Was war das für ein schönes Jugendfestival unter dem Motto „stark, bunt und digital“, das am Freitag, dem 15.11.2019 begann und am Samstag, dem 16.11.2019 endete. Zwei Tage lang gehörte der Showpalast in Fröttmaning/München der jungen Deaf Community, und wie immer ist es dann viel zu schnell vorbeigegangen. Das Kulturspektakel ist ein alle vier Jahre stattfindendes Jugendfestival, das von der Deutschen Gehörlosen-Jugend ehrenamtlich organisiert wird. Den jungen gehörlosen Engagierten gilt unser Respekt. Das Event fand schon zum vierten Mal statt und hat sich in ganz Deutschland etabliert.



Einen Wow-Effekt lieferten die spektakulären Videoprojektionen auf der riesigen Leinwand, die unter anderem die letzten drei Festivals und das Engagement der jungen Gehörlosen Revue passieren ließen. Die 1. Vize-Präsidentin Elisabeth Kaufmann hielt ein kurzes Grußwort. Es war eine wundervolle Zeitreise in frühere Jahre – zwei Tage mit großartigen Showeinlagen, leckerem Essen und verschiedenen Vorträgen mit allen interessanten Themen, die uns bewegen, zum Beispiel Klima, Informatik, Deaf Performance, Ehrenamt, Austauschstudent/-innen, künstliche Intelligenz, Feminismus und Kunst. Im Rahmen des tollen umfangreichen Programms. Es wurde auch ein wichtiger Preis verliehen, und zwar die höchste Auszeichnung der Deutschen Gehörlosen-Jugend, der Jugendpreis. Ludwig Leonhardt und Conny Tiedemann erhielten verdientermaßen diese höchste Auszeichnung. Das Festival endete mit einem furiosen Finale und wir freuen uns schon auf das nächste, das fünfte Kulturspektakel der Deutschen Gehörlosen-Jugend, das in Hamburg stattfinden wird. (EK)

## Konferenz der Bundestagsfraktion DIE LINKE „Teilhabe mit Links – Gute Arbeit für Menschen mit Behinderungen“ am 29.11.2019 im Bundestag in Berlin

Sören Pellmann, der Sprecher für Inklusion und Teilhabe, suchte den Austausch mit den Teilnehmer/-innen der Konferenz, darunter Elisabeth Kaufmann vom DGB, zwecks zur Überarbeitung eines Antragsentwurfs, bevor dieser endgültig in den Bundestag eingebracht wird. Die bestehenden Menschenrechtsverträge schützen Menschen mit Behinderungen nicht ausreichend. Das Ziel ist nach wie vor eine gesetzliche Verpflichtung bzw. rechtliche Verbindlichkeit. Gemäß dem Prinzip „Nichts über uns ohne uns“ sind Menschen mit Behinderungen und ihre Verbände bei behinderungspolitischen Projekten umfassend einzubeziehen und zu beteiligen. Daher müssen entsprechende verbindliche und transparente Beteiligungsstandards erarbeitet werden.



Foto: Elisabeth Kaufmann

Zentrale Themen an diesem Tag waren:

- Menschen mit Behinderung schaffen den Sprung in den regulären Arbeitsmarkt meist nicht. Der Fehler liegt im Werkstattssystem. Fakt ist, dass Inklusion trotz aller Gesetze auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt noch nicht stattgefunden hat.
- Die Beschäftigungsquote soll von 5 % auf 6 % erhöht werden, und zugleich sollen auch die Beiträge zur Ausgleichsabgabe erhöht werden. Das Problem ist, dass die meisten Firmen lieber eine Strafe zahlen als Menschen mit Behinderung einzustellen. 75 % aller Arbeitgeber/-innen ignorieren die Beschäftigungsquote.
- Das beschäftigungspolitische Rahmenprogramm muss besser ausgebaut werden. Es soll weniger Sonderarbeitswelten geben. Ein Beispiel: Kleine Firmen würden gerne Menschen mit Behinderungen einstellen – das Problem ist nur die lange Einarbeitungszeit.
- In ihrem Vortrag zeigte Frau Sylvia Helbig, Referentin für berufliche Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderung, dass schwerbehinderte Menschen in Deutschland immer noch überdurchschnittlich oft arbeitslos sind. Eine Behinderung ist noch immer ein großer Nachteil am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Ein wichtiger Schwerpunkt der Bundesregierung sollte sein, die dauerhaft überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen abzubauen. Traurige Tatsache ist auch: Je älter eine Person ist, desto schwerer ist es für sie. Es müssen ausreichende Mittel für die Förderung von arbeitslosen schwerbehinderten Menschen bereitgestellt werden!
- Frauenbeauftragte in Werkstätten: In Werkstätten für behinderte Menschen soll es in Zukunft Frauenbeauftragte geben. Denn Frauen mit Beeinträchtigungen, die in Einrichtungen der Behindertenhilfe leben oder arbeiten, erfahren besonders häufig Gewalt. Frauenbeauftragte können dem entgegenwirken, indem sie den Betroffenen als Ansprechpartnerinnen zur Verfügung stehen und sie dabei in Form von Peer-Support unterstützen. (EK)

## Vorbereitungsarbeiten für den 4. Bildungskongress 2020

Seit Sommer 2019 beschäftigt sich Helmut Vogel als Fachteamleiter für Bildung beim DGB mit dem 4. Bildungskongress, der im September 2020 stattfinden soll. Zunächst ging es um eine überzeugende Projektkonzeption, um eine finanzielle Förderung des Projektes über den Europäischen Gehörlosen-Verband (EUD) zu ermöglichen. Nach Begutachtung der Projektbeschreibung wurde die Förderung durch den EUD erfreulicherweise genehmigt.

Die Projektinhalte (Ziele, Zeitplan, Ablauf des Bildungskongresses) wurden bei der Bundesversammlung des DGB Ende Oktober in Augsburg vorgestellt. Das Projekt, das unter dem Motto „Bimodal-bilinguale Bildung verstehen, erleben und voranbringen“ steht, beinhaltet drei Teilprojekte: den Bildungskongress, den Medienpark sowie die Erstellung einer neuen Homepage zum Thema bimodal-bilinguale Bildung.

Aus dem Kreis der Bewerberinnen und Bewerber auf die Teilzeitstelle als Projektleiter/-in hat sich das Präsidium für Petra Alaei aus Hamburg entschieden. Sie war bereits im Leitungsteam der letzten Kulturtag der Gehörlosen des DGB in Potsdam 2018 und bringt dadurch u. a. viel Erfahrung mit Eventplanung und -durchführung mit. Ihre Arbeit als Projektleiterin für den Bildungskongress des DGB hat am 1. Dezember 2019 begonnen.



Foto: Michael Wohlfahrt

Helmut Vogel und Michael Wohlfahrt wirken als ehrenamtliche Projektverantwortliche und als Vertreter des Präsidiums an dem Bildungskongress mit. Zusammen mit Petra Alaei bilden sie die Projektsteuerungsgruppe. Deren erste Sitzung fand bereits am 28. und 29. November in Frankfurt am Main statt. Es werden Gespräche mit der Hochschule Landshut, dem Österreichischen Gehörlosen-Bund und dem Schweizerischen Gehörlosen-Bund folgen. Mehr über die Inhalte des Bildungskongresses, der vom 11. bis zum 12. September 2020 in Landshut stattfindet, können Interessierte der Pressemitteilung 11/2019 vom 19.12.2019 entnehmen. (HV)

## 25-jähriges Jubiläum von Loor Ens am 30.11.2019 in Köln

Am 30.11.1994 wurde die Kölner „Loor Ens“ (Kölsch: „schau mal“) als erste Firma in ganz Deutschland gegründet, die Gebärdensprachkurse und Dolmetschen auf dem Markt anbot. Nun feierte Loor Ens am 30.11.2019 sein 25-jähriges Jubiläum in Köln mit dem Schatzmeister Michael Wohlfahrt und Daniel Büter als Vertretung des DGB, vielen Gästen, tollem Essen, einem grandiosen Programm und guter Stimmung. Die Jubiläumsfeier war sehr schön. (DB)



Fotos: Loor Ens

### Abendveranstaltung „Inklusive Bildung in Deutschland – 10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention“ am 02.12.2019

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens der UN-Behindertenrechtskonvention nahm Daniel Büter am Montag, dem 02.12.2019 an der abendlichen Festveranstaltung des Expertenkreises Inklusive Bildung der Deutschen UNESCO-Kommission und der Aktion Mensch im Kleisthaus in Berlin teil.

Der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Jürgen Dusel, die Berliner Senatorin für Bildung, Jugend und Familie, Sandra Scheeres, sowie die Bremer Senatorin für Kinder und Bildung, Dr. Claudia Bogedan, hielten ein Grußwort.

Wo stehen wir nach zehn Jahren UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland? Wie sieht es mit inklusiver Bildung in der Praxis aus? Wie muss es weitergehen? Diese Fragen diskutierten Expert/-innen aus Praxis, Wissenschaft und Politik.



Foto: Daniel Büter

Im Bundesschnitt sank die Quote der Schüler/-innen, die Förderschulen besuchen, von 4,9 % im Schuljahr 2008/2009 auf 4,3 % im Schuljahr 2017/2018, doch noch immer lernt die Mehrheit der Schüler/-innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf separiert, statt den Unterricht an allgemeinen Schulen zu besuchen. Die Vorsitzende des Expertenkreises Inklusive Bildung der Deutschen UNESCO-Kommission, Ute Erdsiek-Rave, betonte, dass die Bilanz ernüchternd ausfalle, auch wenn sich seit der Ratifikation der UN-BRK in Deutschland bei der inklusiven Bildung schon viel getan habe. Es muss für Strukturen gesorgt werden, in denen Schüler/-innen gemeinsam lernen können, um dadurch Begegnungen zu ermöglichen. Denn wenn Schüler/-innen mit und ohne Behinderung von Anfang an gemeinsam lernen und aufwachsen, entstehen Vorurteile im Erwachsenenalter gar nicht erst. (DB)

### DBR-Welttagsveranstaltung „Einmischen, Mitmischen, Aufmischen – Perspektiven politischer Partizipation“ am 03.12.2019

Anlässlich des Internationalen Tags der Menschen mit Behinderungen fand am 03.12.2019 in Berlin die Veranstaltung des Deutschen Behindertenrates „Einmischen, mitmischen, aufmischen – Perspektiven politischer Partizipation“ statt. Etwa 100 Gäste aus ganz Deutschland, darunter Daniel Büter, diskutierten über die Perspektiven und Erfolgsfaktoren von Partizipations- und Mitbestimmungsmöglichkeiten.

Der Vorsitzende des DBR-Sprecherrates Horst Frehe begrüßte die Anwesenden. Prof. Dr. Theresia Degener brachte es in ihrer Videobotschaft auf den Punkt: „Partizipation ist nicht nur ein Verfahren, sondern ein Menschenrecht.“ Sie verweist dabei auf die Allgemeine Bemerkung Nr. 7 des UN-Fachausschusses zur UN-BRK, die sich speziell dem Thema Partizipation widmet.



Foto: yomma

Deutscher Gehörlosen-Bund e.V., Prenzlauer Allee 180, 10405 Berlin, www.gehoerlosen-bund.de  
Präsidium: Helmut Vogel, Elisabeth Kaufmann, Steffen Helbing, Michael Wohlfahrt, Dr. Ulrike Gotthardt, Hans-Jürgen Kleefeldt und Katja Hopfenitz

Dann hielt Prof. Dr. Ulrike Lembke (HU, Öffentliches Recht und Geschlechterstudien) einen Vortrag zum Thema „Partizipation: Perspektiven und Konzepte“. Anschließend gab es eine Talkrunde zum Thema „Erfolgsfaktoren von Partizipation“ mit Prof. Dr. Ulrike Lembke, Dr. Rolf Schmachtenberg (Staatssekretär im BMAS), Jürgen Dusel (Bundesbehindertenbeauftragter) und Horst Frehe. Nach der Mittagspause referierte Roman Baumgartner über sein Forschungsvorhaben und stellte erste Ergebnisse aus der Online-Umfrage zur „Politischen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen“ vor.

Martina Scheel (Inklusionsbotschafterin), Sascha Ubrig (Selbstvertreter der Lebenshilfe) und Thomas Künneke (Kellerkinder e. V.) sprachen in der anschließenden zweiten Talkrunde über Partizipation konkret vor Ort. Anschließend tauschten sich die Teilnehmenden darüber aus, wie Partizipation zukünftig aussehen kann.

Traditionell wird auf dieser Veranstaltung der Staffelstab für den Vorsitz des Sprecherrates weitergegeben. Für 2020 übergab Horst Frehe von der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e. V. den Stab an die neue Sprecherratsvorsitzende Verena Bentele, Präsidentin des Sozialverbands VdK, die die Koordination der politischen Arbeit fortführen wird.

„Wir müssen Bündnisse schmieden, und behinderte Menschen sind von Anfang an bei allen Prozessen einzubeziehen“, kündigte Bentele ihr Vorhaben in Zusammenarbeit mit den Mitgliedsverbänden des Rates für das nächste Jahr an. Zu den Themen werden die barrierefreie Gesundheitsversorgung, die Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinie, ein inklusiver Arbeitsmarkt, eine höhere Ausgleichsabgabe für Unternehmen und die Anpassung der Steuerpauschbeträge für behinderte Menschen gehören. (DB)

### Fachveranstaltung „10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention: Teilhabe durch Gebärdensprache(n) aus der Perspektive der Deaf Studies“ am 07.12.2019 in Berlin

Die Abteilung „Deaf Studies und Gebärdensprachdolmetschen“ der Humboldt-Universität Berlin organisierte am 7. Dezember 2019 eine interessante Fachveranstaltung unter dem Motto „10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention: Teilhabe durch Gebärdensprache(n) aus der Perspektive der Deaf Studies“.

In diesem Jahr feiern wir zehn Jahre Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland. Bei verschiedenen Veranstaltungen im politischen Berlin wurde jedoch das Thema Gebärdensprache nicht so umfassend aufgegriffen und besprochen wie es notwendig wäre. Auch in der Teilhabeforschung wird die Lebenssituation gehörloser Menschen nicht ausreichend berücksichtigt.

Daher kamen auf Einladung der Abteilung „Deaf Studies und Gebärdensprachdolmetschen“ unter der Leitung von Prof. Dr. Christian Rathmann wissenschaftlich Forschende und Lehrende zusammen, um ihre Erkenntnisse zum Thema in Form von Impulsvorträgen einzubringen. In den anschließenden acht Workshops wurden die Aspekte dann aufgegriffen und weitergeführt. Etwa 240 Teilnehmer/-innen, darunter viele Studierende, konnten erfahren, wie sich die verschiedenen Lebenslagen gehörloser und gebärdensprachiger Menschen derzeit abbilden und wo noch Grenzen der Teilhabe verlaufen. Bei der Podiumsdiskussion am Ende der Fachveranstaltung wurde deutlich, dass die Teilhabeforschung noch ausbaufähig ist und die Forschungen im interdisziplinären Fach Deaf Studies in Deutschland vorangetrieben werden sollen.



Foto: BerlinDeafStudiesTalks

Deutscher Gehörlosen-Bund e.V., Prenzlauer Allee 180, 10405 Berlin, www.gehoerlosen-bund.de  
Präsidium: Helmut Vogel, Elisabeth Kaufmann, Steffen Helbing, Michael Wohlfahrt, Dr. Ulrike Gotthardt, Hans-Jürgen Kleefeldt und Katja Hopfenitz



Helmut Vogel als Präsident des DGB betonte in seinem Grußwort, dass die Erkenntnisse aus der Teilhabeforschung auch wichtig für die politische Arbeit und die Selbstvertretung gehörloser Menschen seien. Ebenso hob er hervor, dass die Förderung der Partizipation, wie sie bereits auf Bundesebene mittels Bundesgleichstellungsgesetz umgesetzt wird, auch auf Länderebene mittels Landesgleichstellungsgesetzen eingeführt werden müsse. Mit hauptamtlich Tätigen in den Landesverbänden der Gehörlosen könne politische Teilhabe noch wirksamer werden. Das Grußwort von Helmut Vogel ist auf der Homepage des DGB veröffentlicht worden und ist unter dem Link [hier](#) zu finden. (HV)

#### Gespräch mit Corinna Rüffer am 09.12.2019

Am 09.12.2019 führte Daniel Büter als Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit ein intensives und fast zweistündiges Gespräch mit Corinna Rüffer, Sprecherin für Behindertenpolitik der Grünen-Bundestagsfraktion, in ihrem Abgeordnetenbüro.



Foto: Daniel Büter

Besprochen wurden die Planungen für 2020 und der Forderungskatalog des Deutschen Gehörlosen-Bundes mit 13 verschiedenen Themenbereichen. Es ist schön, dass Corinna Rüffer unseren Forderungskatalog gründlich gelesen hat. Sie hält den Katalog für eine gute Arbeitsgrundlage für ihre politische Arbeit und setzt sich zum Ziel, die Forderungen unserer Gehörlosen- bzw. Gebärdensprachgemeinschaft anzunehmen und umzusetzen, z. B. vorerst durch eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung. (DB)

#### Abschlussveranstaltung „Alle dabei – gemeinsam unterwegs“ am 10.12.2019

Die Abschlussveranstaltung „Alle dabei – gemeinsam unterwegs“ fand am 10.12.2019 im Kleisthaus statt. Steffen Helbing, 2. Vize-Präsident des DGB, und Daniel Büter nahmen daran teil. Der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Jürgen Dusel, besuchte mit seinem Team verschiedene Regionen in Deutschland, um sich mit Menschen mit Behinderungen und Expert/-innen über inklusive Projekte auszutauschen, Erfahrungen zu sammeln und Ergebnisse festzuhalten. Dann wurden die wichtigen Teilhabempfehlungen formuliert und veröffentlicht. Bei der Abendveranstaltung wurden die Teilhabempfehlungen zu den Themen gesundheitliche Versorgung, Kinder und Jugendliche mit Behinderungen, Wohnen, Teilhabe am Arbeitsleben und Digitalisierung vorgestellt und diskutiert. Außerdem wurde ein Ausblick auf die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes gegeben. Anschließend übergab Jürgen Dusel seine Teilhabempfehlungen an die Bundesregierung. Dr. Franziska Giffey, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Markus Kerber, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat sowie Dorothee Bär, MdB, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Digitalisierung, waren vor Ort und nahmen die Empfehlungen entgegen. Jürgen Dusel machte deutlich, dass Inklusion eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei – und damit auch eine gemeinsame Aufgabe aller Ressorts der Bundesregierung. Er forderte darüber hinaus, dass das geplante Bundesprogramm für Barrierefreiheit mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden müsse, um mehr Barrierefreiheit und Teilhabe für alle Menschen in allen Lebensbereichen und überall in Deutschland zu verwirklichen. Insbesondere die Verpflichtung privater Anbieter zur Barrierefreiheit müsse endlich ernsthaft angegangen werden, z. B. in Bezug auf barrierefreie Arztpraxen, beim Wohnungsbau und bei digitalen Angeboten. (DB)

#### Gespräch mit Herrn Salo am 16.12.2019 in Frankfurt

Am Abend des 16. Dezember 2019 gab es ein freudiges Wiedersehen zwischen Herrn Rolf Salo und Helmut Vogel, dem Präsidenten des DGB in Frankfurt am Main.



Foto: Helmut Vogel

Wir hatten uns das letzte Mal im Juni in der Salo-Niederlassung in Berlin getroffen, wo sich die Geschäftsstelle des DGB befindet. Herr Salo hatte damals seine Unterstützung für den DGB zugesagt. Durch seine Spende konnten die Reisekosten der fünf Vertreterinnen und Vertreter des DGB zum Weltkongress der Gehörlosen im Juli 2019 in Paris finanziert werden. Diese konnten mit dem im Rahmen des Weltkongresses gewonnenen Wissen ihre politische Arbeit in verschiedenen Bereichen weiterentwickeln. Herr Salo steht seit vielen Jahren – schon seit Prof. Dr. Ulrich Hase in den 90er Jahren Präsident war – in gutem Kontakt zum DGB und hat uns seitdem jedes Jahr finanziell unterstützt. (HV)

#### DGB-Pressemittellungen:

- Pressemitteilung 09/2019 „Der Forderungskatalog des Deutschen Gehörlosen-Bundes e. V. als ein wichtiges Handlungsinstrument zur politischen Verbandsarbeit“ (15.11.2019)
- Pressemitteilung 10/2019 „Abbau kommunikativer Barrieren als Voraussetzung für soziale Teilhabe – E-Learning-Programm für Deutsche Gebärdensprache“ (27.11.2019)
- Pressemitteilung 11/2019 „4. Bildungskongress vom 11.-12. September 2020 in Landshut: „Bimodal-bilinguale Bildung verstehen, erleben und voranbringen“ (19.12.2019)

#### DGB-Stellungnahme:

- Stellungnahme 09/2019 „Musikperformance und Empowerment“ (17.12.2019)

#### DGB-Bericht

- Bericht 11/2019 „Monatsbericht des Deutschen Gehörlosen-Bundes für September 2019“ (18.10.2019)
- Bericht 12/2019 „Fachtagung von der Deutschen Gesellschaft der Hörbehinderten: „Gebärdensprache an Schulen jetzt!“ am 18.11.2019 in Berlin“
- Bericht 13/2019 „Monatsbericht des Deutschen Gehörlosen-Bundes für Oktober, November und Dezember 2019“ (20.12.2019)

#### DGB-Filme:

- DGB-Film 16-1/2019 in Gebärdensprache und mit Untertiteln über den Weltkongress in Paris (20.10.2019)
- DGB-Film 17/2019 in Gebärdensprache und mit Untertiteln über das Gespräch mit Frau Raab (10.11.2019)
- DGB-Film 18/2019 in Gebärdensprache und mit Untertiteln über die Inklusionstage 2019 „Kultur, Freizeit, Sport und Tourismus“ (14.11.2019)

- DGB-Film 19/2019 in Gebärdensprache und mit Untertiteln über die Fachtagung „Gemeinsam vom Gesetz zur Praxis: Bilanz und Ausblick zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes“ (22.11.2019)
- DGB-Film 20/2019 in Gebärdensprache und mit Untertiteln über die Ergebnisse des Gesprächs mit Frau Raab (24.11.2019)
- DGB-Film 21/2019 in Gebärdensprache und mit Untertiteln über den Forderungskatalog des Deutschen Gehörlosen-Bundes e. V. als ein wichtiges Handlungsinstrument zur politischen Verbandsarbeit (26.11.2019)
- DGB-Film 22/2019 in Gebärdensprache und mit Untertiteln über das 4. Jugendfestival (10.12.2019)
- DGB-Film 23/2019 in Gebärdensprache und mit Untertiteln über die Fachtagung „Gebärdensprache an Schulen jetzt!“ (13.12.2019)
- DGB-Film 24/2019 in Gebärdensprache und mit Untertiteln über die Stellungnahme „Musikperformance und Empowerment“ (17.12.2019)
- DGB-Film 25/2019 in Gebärdensprache und mit Untertiteln über die DBR-Welttagsveranstaltung 2019 (19.12.2019)
- DGB-Film 26/2019 in Gebärdensprache und mit Untertiteln über die Weihnachts- und Neujahrsgrüße (20.12.2019)

## Vorschau:

- |                   |   |
|-------------------|---|
| 21.02.2020        | Öffentliche Veranstaltung des DGB zum Tag der Muttersprache „Gebärdensprache als Minderheitssprache“ in Berlin oder Potsdam |
| 07.05.2020        | Europäischer Protesttag mit eigener Demonstration des DGB zum Motto „Gebärdensprachrechte für alle“ in Berlin               |
| 11./12.09.2020    | 4. Bildungskongress zum Motto „Bimodal-bilinguale Bildung verstehen, erleben und voranbringen“ in Landshut                  |
| 23.09.2020        | Internationaler Tag der Gebärdensprachen  |
| 21.-27.09.2020    | Internationale Woche der Gehörlosen   |
| 30.10./01.11.2020 | Ordentliche Bundesversammlung des DGB in Berlin   |

## Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

## Pressekontakt

Daniel Büter  
Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit  
E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)  
Hörende Anrufer erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch  
Telefon: 01805-83 77 00

Deutscher Gehörlosen-Bund e.V., Prenzlauer Allee 180, 10405 Berlin, [www.gehoerlosen-bund.de](http://www.gehoerlosen-bund.de)  
Präsidium: Helmut Vogel, Elisabeth Kaufmann, Steffen Helbing, Michael Wohlfahrt, Dr. Ulrike Gotthardt,  
Hans-Jürgen Kleefeldt und Katja Hopfenitz

Berlin, 18.02.2020

## Monatsbericht des Deutschen Gehörlosen-Bundes für Januar 2020

### Telefongespräch über barrierefreien Notruf am 07.01.2020

Am 07.01.2020 hat Daniel Büter ein langes Telefongespräch mit Frau Husch und Herrn Röske vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geführt. In dem angenehmen und informativen Gespräch ging es um den aktuellen Sachstand in Bezug auf die Notruf-App und den Referentenentwurf des neuen Telekommunikationsgesetzes. (DB)

### 1. Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses am 16.01.2020

Der Sozialverband VdK Deutschland übernimmt das Sekretariat des Deutschen Behindertenrats (DBR) für ein Jahr. Verena Bentele, Präsidentin des Sozialverbandes VdK, eröffnete die erste Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses am 16. Januar 2020.

Die Mitglieder und Gäste blickten auf die DBR-Welttagsveranstaltung 2019 zurück und tauschten sich intensiv über weitere Themen aus: die Veranstaltung der Uni Innsbruck zur Umsetzung der UN-BRK und zur Staatenberichtsprüfung am 13.02.2020, das Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz, die Positionierung des DBR zum geplanten Medienstaatsvertrag, die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, die Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes etc. Daran nahm Daniel Büter teil. (DB)



Foto: Sozialverband VdK

### Gespräch mit dem LWL über Gebärdensprach-Avatare am 20.01.2020 in Münster

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) hat das Projekt „Inklusives Internet“ durchgeführt, um seine Internetseiten barrierefrei zu gestalten und mehr Angebote in DGS bereitzustellen. Da es bei Twitter Kritik und Diskussionen in Bezug auf Gebärdensprach-Avatare gab, haben Ralf Kirchhof als 1. Vorsitzender des Landesverbandes der Gehörlosen NRW und Daniel Büter am 20. Januar 2020 in Münster an einem runden Tisch mit fünf Vertreter/-innen des LWL konstruktiv über Gebärdensprach-Avatare und dessen Vorteile und Nachteile diskutiert. Mit Besorgnis stellten wir fest, dass dies aktuell dazu führt, dass eine vollständige Wahrnehmung und ein umfassendes Verständnis aufseiten Gehörloser nicht optimal gewährleistet sind. Wir müssen den Gebärdensprach-Avatar mehrmals anschauen, um die Inhalte und Informationen richtig verstehen zu können. Deshalb stehen wir Gebärdensprach-Avataren sehr skeptisch gegenüber. Gebärdensprach-Avatare wirken unnatürlich und nicht authentisch.

Der LWL wird eine Mischform umsetzen, sodass der Avatar nur für kurze Sachinformationen mit begrenztem Wortschatz genutzt wird, während wichtige Sachinformationen von menschlichen Gebärdensprachdolmetscher/-innen bereitgestellt werden. (DB)

Bankverbindung: IBAN DE98 1002 0500 0007 4704 00 – BIC BFSWDE33BER  
Präsidium: Helmut Vogel, Elisabeth Kaufmann, Steffen Helbing, Michael Wohlfahrt, Dr. Ulrike Gotthardt,  
Hans-Jürgen Kleefeldt und Katja Hopfenitz

### Neujahrsempfang der Evangelischen Gehörlosengemeinde am 19.01.2020

Am Sonntag, dem 19. Januar 2020 war Steffen Helbing, der 2. Vizepräsident des Deutschen Gehörlosen-Bundes, zum Gottesdienst und Neujahrsempfang der Evangelischen Gehörlosengemeinde in der St.-Lukas-Kirche in Berlin (Kreuzberg) eingeladen. Viele Menschen waren vor Ort und auch viele Gehörlose besuchten den Gottesdienst. Pfarrer Krusche hielt eine beeindruckende Predigt zum Neujahrsempfang, und ein aus vier Personen bestehender Gebärdenchor trug verschiedene Gebärdenlieder vor. In der Pause war Zeit für interessante Unterhaltungen und leckere belegte Brötchen. Im Anschluss gab es einen gedolmetschten Vortrag. Darin ging es um die Frage, wie man die drei Religionen Islam, Christentum und Judentum miteinander verbinden könnte. Jede Religion verdient Respekt und die Menschen sollen friedvoll miteinander leben.



Fotos: DGB

Die Botschaft des Vortrages war: Es ist wichtig, den Menschen an sich zu sehen. Das Bild eines Menschen sollte nicht durch Vorurteile geprägt sein. Jeder Mensch an sich ist wertvoll, jeder Mensch verdient Respekt und alle sollten gleichwertig behandelt werden. Die Gesellschaft sollte das verstehen, und die Menschen sollten ohne Krieg und in Frieden miteinander leben. Alles in allem war es ein schöner Nachmittag und Steffen hat von dem Neujahrsempfang viel für seine zukünftige Arbeit mitnehmen können. (SH)

### Workshop „Teilhabe von Menschen mit Behinderung“ am 24.01.2020

Am 24. Januar 2020 fand ein Workshop mit dem Thema „Teilhabe von Menschen mit Behinderung – was und wie wird da geforscht?“ statt. Bei diesem Workshop wurden zwei Schwerpunkte behandelt: Einerseits ging es um kleinwüchsige Menschen im Alter und andererseits um barrierefreies Arbeiten für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen.



Foto: DGB

Zuerst wurde zu den Rahmenbedingungen von Teilhabe und Teilhabeforschung Stellung genommen, und die beiden Begriffe Teilhabe und Partizipation wurden erklärt. Da wir im Zeitalter der Partizipation leben, erscheinen diese beiden Begriffe – Teilhabe und Partizipation – als Leitbegriffe in unserer Ge-

sellschaft. Darunter verstehen wir das Recht aller Menschen, vor allem von Menschen mit Behinderungen, unabhängig von ihren Fähigkeiten, Merkmalen oder ihrer Herkunft gleichberechtigt in der Gemeinschaft zu leben und mitzubestimmen.

Vor dem Hintergrund des Grundsatzes „Nichts über uns ohne uns“ ist die Beteiligung von Menschen mit Behinderung an der Ausgestaltung des Inklusionsprozesses essenziell und eine klare Forderung der UN-Behindertenrechtskonvention. Eben dieser Grundsatz „Nichts über uns ohne uns“ muss auch in der Wissenschaft gelten. Menschen mit Behinderungen dürfen nicht allein Objekte der Forschung bleiben, sondern sollen im Forschungsprozess selbstbestimmt als Partner/-innen handeln können. Denn die Ergebnisse dieser Forschung können konkrete Auswirkungen auf das Leben von Menschen mit Behinderungen haben. Und wenn Menschen mit Behinderungen als Expert/-innen in eigener Sache rechtzeitig und umfassend einbezogen werden, können Fehlplanungen vermieden und Kosten gesenkt werden. (EK)

### 70. Geburtstag des Sozialverbandes VdK Deutschland e. V. am 29.01.2020

Der Sozialverband VdK Deutschland hat am 29. Januar 2020 in Berlin mit Gästen aus Politik, Wirtschaft, der Sozialgerichtsbarkeit, Verbänden und Institutionen seinen 70. Geburtstag gefeiert. Die Präsidentin des Sozialverbandes VdK, Verena Bentele, hielt eine starke Rede. Die Festrede hielt Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Der Sozialverband VdK hat sich vom ehemaligen Kriegsopferversverband zu einem modernen Sozialverband für alle Menschen und alle Generationen entwickelt und kämpft für soziale Gerechtigkeit, gute Renten, gute Löhne, Barrierefreiheit, eine würdevolle Pflege und eine faire, bezahlbare Gesundheitsversorgung. Der 2. Vize-Präsident des DGB, Steffen Helbing, und Daniel Büter haben mitgefeiert und sind beeindruckt von der VdK-Erfolgsgeschichte. (DB)



Foto: Sozialverband VdK

### Gespräch über barrierefreien Notruf am 30.01.2020

Über den aktuellen Stand des barrierefreien Notrufes und der Notruf-App haben Andreas Muchow, Thomas Bosse und Uwe Schönfeld vom Anbieter „HandHelp“ und Steffen Helbing und Daniel Büter vom DGB-Fachteam „Notruf“ sich am 30. Januar 2020 in der Geschäftsstelle des Deutschen Gehörlosen-Bundes ausgetauscht. Der DGB hat anlässlich des Europäischen Tages des Notrufs 112 eine Pressemitteilung verfasst und diese am 11.02.2020 veröffentlicht. Zudem strebt der DGB ein Gespräch mit dem Innenministerium des Landes NRW an. (DB)

### Verabschiedung von Sandra Kühling

Helmut Vogel und Daniel Büter haben Sandra Kühling am 31.01.2020, ihrem letzten Arbeitstag, verabschiedet. Seit dem 01.02.2020 arbeitet sie nicht mehr bei uns als Verwaltungsmitarbeiterin. Wir bedanken uns bei ihr für ihre Arbeitsleistung und die zweijährige Zusammenarbeit und wünschen ihr alles Gute für ihre berufliche Zukunft. (DB)



Foto: DGB

### Vorschau:

- |                   |   |
|-------------------|---|
| 07.05.2020        | Europäischer Protesttag mit eigener Demonstration des DGB zum Motto „Gebärdensprachrechte für alle“ in Berlin |
| 11./12.09.2020    | 4. Bildungskongress zum Motto „Bimodal-bilinguale Bildung verstehen, erleben und voranbringen“ in Landshut    |
| 23.09.2020        | Internationaler Tag der Gebärdensprachen  |
| 21.-27.09.2020    | Internationale Woche der Gehörlosen   |
| 30.10./01.11.2020 | Ordentliche Bundesversammlung des DGB in Berlin   |

### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine. Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

### Pressekontakt

Daniel Büter  
Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit  
E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer/-innen erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch  
Telefon: 01805-83 77 00

Deutscher Gehörlosen-Bund e.V., Prenzlauer Allee 180, 10405 Berlin, [www.gehoerlosen-bund.de](http://www.gehoerlosen-bund.de)  
Präsidium: Helmut Vogel, Elisabeth Kaufmann, Steffen Helbing, Michael Wohlfahrt, Dr. Ulrike Gotthardt, Hans-Jürgen Kleefeldt und Katja Hopfenitz

# Deutscher Gehörlosen-Bund e. V.

Interessenvertretung der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung in Deutschland



## Tagungsbericht über den Weltkongress des WFD

Vom 23. Juli bis zum 27. Juli 2019 traf sich die (gebärdensprachige) Welt in Paris zum fünftägigen Weltkongress des Weltverbandes der Gehörlosen (World Federation of the Deaf, WFD). Der Kongress, der alle vier Jahre stattfindet, stand unter dem Motto „Gebärdensprachrechte für alle“. Im Palais des Congrès de Paris fanden sich 2.536 Teilnehmer/-innen aus 137 Nationen ein, um einem äußerst interessanten, spannenden und umfangreichen Programm zu folgen, aber auch, um viele bekannte und neue Gesichter der großen Gebärdensprachgemeinschaft zu sehen. Kurzum: Es ging darum, beeindruckend viel Neues zu erfahren und zu lernen, aber auch darum, sich zu begegnen, sich auszutauschen und gemeinsam Spaß zu haben – über alle Landes- und Kommunikationsgrenzen hinweg!



Vom Deutschen Gehörlosen-Bund e. V. nahmen dieses Mal Helmut Vogel, Elisabeth Kaufmann, Steffen Helbing und Dr. Ulrike Gotthardt vom Präsidium sowie Daniel Büter als Referent für politische Arbeit und Öffentlichkeitsarbeit teil. Mit dabei waren auch vier hörende Gebärdensprachdolmetscher/-innen, um für kommunikative Barrierefreiheit für das Team des DGB sowie für die ca. 50 angereisten Teilnehmer/-innen aus Deutschland zu sorgen. Sie dolmetschten die Beiträge, die in „International Sign“ gehalten oder übersetzt wurden, in DGS. Parallel dazu wurden alle Beiträge von dem Münchner Unternehmen VerbaVoice, durchgehend in Englisch untertitelt, was hervorragend gelang. Viele Länderdelegationen hatten ihre eigenen Gebärdensprachdolmetscher/-innen mitgebracht, die von „International Sign“ in die jeweilige Landesgebärdensprache übersetzten.

Bevor das offizielle Programm des Weltkongress beginnt, findet stets die Generalversammlung der WFD statt. Auf der diesjährigen Generalversammlung am 21. und 22. Juli 2019 wurde es spannend: Es kündigte sich ein Führungswechsel an. Die nationalen Mitgliedsorganisationen – darunter der Deutsche Gehörlosen-Bund (DGB) – waren bei der Generalversammlung vertreten. Jede Organisation hat dort eine Stimme.

Der Australier Colin Allen, der nach acht Jahren WFD-Präsidentschaft sein Amt abgegeben hatte, hielt eine beeindruckende Eröffnungsrede, in der er über die Aktivitäten des WFD berichtete. Im Mittelpunkt stand dabei der Grundsatz des Kongresses: „Gebärdensprache ist Menschenrecht“.

Die Tagesordnung wurde abgearbeitet, verschiedenste Anträge wurden gestellt und es wurde darüber abgestimmt. Beispielsweise hatte Frankreich (im Namen einer Arbeitsgruppe) ein Konzept für eine eigene „WFD-Flagge“ eingereicht, dieser Antrag wurde bei der Abstimmung allerdings nicht angenommen. Des Weiteren gab es zwei Beitrittsanträge aus Ländern, die nicht Mitglieder der UN

Deutscher Gehörlosen-Bund e. V., Prenzlauer Allee 180, 10405 Berlin, [www.gehoerlosen-bund.de](http://www.gehoerlosen-bund.de)  
Bankverbindung: IBAN DE98 1002 0500 0007 4704 00 – BIC BFSWDE33BER  
Präsidium: Helmut Vogel, Elisabeth Kaufmann, Steffen Helbing, Michael Wohlfahrt, Dr. Ulrike Gotthardt und Hans-Jürgen Kleefeldt

sind, nämlich von der Palästinensischen Union der Gehörlosen und von der Kosovarischen Vereinigung der Gehörlosen. Die Delegierten der Generalversammlung nahmen ihre Anträge an, und so hat der WFD nun 125 ordentliche Mitglieder.

Mit Spannung wurde auch die Wahl des Gastgebers des nächsten Weltkongresses erwartet: Von den vier Bewerberländern Griechenland, Neuseeland, Ruanda und Südkorea konnte Südkorea mit einer beeindruckenden Präsentation überzeugen. Somit wird der 19. Weltkongress 2023 in Jeju in Südkorea veranstaltet.

Der Höhepunkt der Generalversammlung war die Wahl des Präsidenten, des Vizepräsidenten sowie der neun Vorstandsmitglieder – schließlich gibt das Präsidium die Richtung für die politische Arbeit der nächsten vier Jahre vor. Für das Amt des Präsidenten stellten sich Dr. Joseph Murray (USA), Dr. Humberto Insolera (Italien) und Bruno Drachen (Südafrika) zur Wahl. Dr. Joseph Murray gewann deutlich mit 46 der 81 abgegebenen Stimmen, Vizepräsident wurde Kasper Bergmann aus Dänemark. Bei der darauf folgenden Wahl der neun Vorstandsmitglieder wurde Steffen Helbing vom Deutschen Gehörlosen-Bund e. V. mit 77 Stimmen auf den fünften Platz gewählt. So ist nach 56 Jahren wieder ein Mitglied des DGB im WFD-Vorstand vertreten, was die bilaterale Beziehung zwischen DGB und WFD mit Sicherheit stärken wird.



Am Dienstag, dem 23. Juli 2019 wurde der WFD-Kongress mit einer feierlichen Zeremonie eröffnet. Die Eröffnungsrede, die von Prof. Dr. Fernand de Varennes gehalten wurde, führte wunderbar in das Motto des Kongresses ein und verdeutlichte, welche Botschaft nach außen in die (Welt-)Öffentlichkeit gesendet werden soll: Der UN-Sonderberichtsersteller für Minderheitenfragen plädierte für **mehr Vielfalt in der Gesellschaft** und forderte **mehr Akzeptanz und Respekt gegenüber Minderheiten**. Die Würde von Minderheiten zu respektieren bedeutet nach de Varennes, sie als wichtigen Teil der Gesellschaft anzuerkennen und ihre Rechte ebenso zu achten wie die Rechte der Mehrheit. Für gehörlose Menschen heißt das, dass das Recht auf ihre Sprache, die Gebärdensprache, in erster Linie ein Menschenrecht darstellt und nicht nur im Zusammenhang mit einer Behinderung zu sehen ist. **Ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Gebärdensprache ein Menschenrecht ist, das ist das große Ziel!**

Auf diese eindrucksvolle Rede folgten zahlreiche Grußworte, unter anderem von der Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo in französischer Gebärdensprache.



Deutscher Gehörlosen-Bund e. V., Prenzlauer Allee 180, 10405 Berlin, [www.gehoerlosen-bund.de](http://www.gehoerlosen-bund.de)  
Bankverbindung: IBAN DE98 1002 0500 0007 4704 00 – BIC BFSWDE33BER  
Präsidium: Helmut Vogel, Elisabeth Kaufmann, Steffen Helbing, Michael Wohlfahrt,  
Dr. Ulrike Gotthardt und Hans-Jürgen Kleefeldt

Das an den folgenden Tagen dargebotene Programm des WFD-Kongresses umfasste eine Fülle an Beiträgen: Es gab sechs Hauptvorträge und 93 halbstündige Vorträge zu sechs Themenbereichen: „Gebärdensprache und Deaf Studies“, „Gehörlosenbildung“, „Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung“, „Technologie und Zugänglichkeit“, „Gesundheit“ sowie „Beschäftigung“. Die teilnehmenden Mitglieder des DGB hatten im Vorfeld intensiv das Programmheft studiert und sich bereits untereinander abgesprochen, um so vielen Beiträgen wie möglich folgen zu können. Im Folgenden werden Beiträge aus ausgewählten Themenbereichen kurz vorgestellt:

Im Themenfeld **„Gebärdensprache und Deaf Studies“** setzten die Studien unterschiedliche Schwerpunkte, allen gemein ist aber das Ergebnis, dass die Gebärdensprachen der verschiedenen Länder in ihrer Wertigkeit und in ihrer Bedeutung den Lautsprachen der Welt in nichts nachstehen. Sie sind unverzichtbar für gehörlose Menschen, um gleichberechtigt an allen Lebensbereichen der Gesellschaft teilnehmen zu können. In vielen Ländern werden derzeit Wörterbücher und Gebärdensprachlexika entwickelt, um das Wissen über die eigene (Gebärdensprache) in dem jeweiligen Land zu manifestieren und damit auch das Selbstbewusstsein der dort lebenden gehörlosen Menschen zu befördern.

Auch im Themenfeld **„Bildung“** zeigten Forschungsprojekte, wie zentral Bilingualität von Anfang an ist, wie bedeutsam der Einsatz von gehörlosem und hörendem Fachpersonal in zweisprachigen Lernumgebungen ist und welche Wirkung dies auch auf die Identitätsbildung gehörloser Kinder hat. Nur 8 Prozent der gehörlosen Kinder auf der Welt haben derzeit überhaupt Zugang zu gebärdensprachlicher Bildung, so eine Studie von der Gallaudet Universität (Cordano und Holmes). In vielen Ländern ist die Verwirklichung des Mottos des Kongresses, „Gebärdensprachrechte für alle“, also noch sehr weit entfernt – vor allem in Bezug auf gehörlose Kinder.

Die Beiträge zu **„Internationaler Zusammenarbeit“** und zu **„Technologie“** hoben hervor, dass Gebärdensprachgemeinschaften längst nicht mehr von Gebärdensprachdolmetscher/-innen „abhängig“ sind. Immer mehr und immer bessere Technologien werden angeboten und entwickelt, um kommunikative Barrieren überwinden zu können. Aber auch die Zunahme von Partnerschaften und die zunehmende Zusammenarbeit unter gehörlosen Menschen wie auch zwischen gehörlosen und hörenden Menschen, intensive Netzwerkarbeit und das Loslösen von den Kategorien „hörend“ und „gehörlos“ haben das Potenzial, eine gesteigerte Inklusion in der Gesellschaft zu fördern.

Es gibt Länder, in denen der Zugang zur Gesundheitsversorgung für viele Menschen gefährdet ist. Für Menschen mit einer Hörbehinderung trifft dies besonders zu: Kommunikative Barrieren verhindern oft qualitativ gute medizinische und therapeutische Beratung, Hilfe und Versorgung und riskieren damit die Gesundheit und manchmal sogar das Leben der Menschen. Sowohl diese wichtigen Themen als auch weitere wie „Genforschung“ und Ideologien hinsichtlich Cochlea-Implantationen sowie Reproduktionstechnologien wurden im Themenfeld **„Gesundheit“** vorgestellt und diskutiert.

Im Themenfeld **„Arbeit“** zeigten die Beiträge, dass sich in den letzten Jahren einiges zum Positiven verändert hat: In vielen Ländern haben gehörlose Menschen einen verbesserten Zugang zu höherer Bildung sowie zu Hochschulbildung, und neue Gesetze verbessern die Beschäftigungsaussichten gehörloser Menschen. Dennoch ist eine gleichberechtigte Arbeitsmarktsituation mit gleichen Aufstiegschancen und Entwicklungsmöglichkeiten noch lange nicht erreicht, und es besteht eindeutig noch großer Handlungsbedarf.

Deutscher Gehörlosen-Bund e. V., Prenzlauer Allee 180, 10405 Berlin, [www.gehoerlosen-bund.de](http://www.gehoerlosen-bund.de)  
Bankverbindung: IBAN DE98 1002 0500 0007 4704 00 – BIC BFSWDE33BER  
Präsidium: Helmut Vogel, Elisabeth Kaufmann, Steffen Helbing, Michael Wohlfahrt,  
Dr. Ulrike Gotthardt und Hans-Jürgen Kleefeldt



Die Teilnehmer/-innen des DGB waren sich nach Beendigung des inhaltlichen Programms einig: Die fast 100 Beiträge, die auf dem WFD-Kongress dargeboten wurden, bergen wahrlich einen Schatz an Wissen zur aktuellen Forschungs- und Studienlage über die Gebärdensprachgemeinschaften der Welt und ihre Mitglieder. Die Ergebnisse und Erkenntnisse werden sicherlich an der einen oder anderen Stelle in die Verbandsarbeit des DGB – in Projekte, Veranstaltungen kultureller, sozialer und politischer Art usw. – einfließen.

Für die Arbeit der politischen Selbstvertretung des DGB sowie für ihre Außenwirkung hatte der Weltkongress schon wenige Monate später spürbar positive Auswirkungen: Steffen Helbing, neues Mitglied des Vorstands des WFD, hatte auf dem Kongress seine internationalen Kontakte intensivieren können: Noch im November 2019 besuchte er Mosambik, um sich dort mit Regierungsvertretern und Bildungsbeauftragten zum Thema "Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche mit Behinderung in Mosambik" auszutauschen. Er konnte dazu beitragen, dass eine durch Wirbelstürme im März 2019 zerstörte Gehörlosenschule nun wiederaufgebaut wird sowie einen Erweiterungsbau erhält, der den Jugendlichen auch eine Ausbildungsstätte bieten kann. Ebenfalls erfolgreich verlief ein Besuch Helbings Ende 2019 in Indien (Neu Delhi und Chandigarh). Durch Regierungsgespräche im indischen Parlament gelang es Helbing, dem Gehörlosenverband MENTOR SKILLS INDIA eine Förderung für das Jahr 2020 durch die Regierung zuteil werden zu lassen. Auch wurde eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Indien und Deutschland mittels eines vorläufigen Vertrages vereinbart, um die Lebenssituation gehörloser Menschen in Indien zu verbessern.

Bei der Abschlussfeier des Kongresses gab es dieses Jahr noch eine Besonderheit : Nach dem festlichen Drei-Gänge-Gala-Dinner mit vielen schönen Begegnungen mit anderen Teilnehmer/-innen wurde eine „**Charta der Gebärdensprachrechte für alle**“ verkündet. Die Unterzeichner/-innen des dreiseitigen Papiers unterstützen das Engagement des WFD, taube Menschen und ihre Bedürfnisse in die Gesellschaft einzubeziehen. Die Charta fordert den Wechsel der wissenschaftlichen Grundauffassung von der medizinischen Sichtweise der Hörbehinderung zur Anerkennung als Menschenrecht im Einklang mit der Behindertenrechtskonvention. Der WFD ruft Verbände, Organisationen und Institutionen weltweit dazu auf, die Charta online zu unterzeichnen.

Ebenfalls bedingt durch den Kongress hat der DGB das Thema „Gebärdensprache für alle“ erneut aufgegriffen. Die „Charta der Gebärdensprache für alle“ wurde vom DGB ins Deutsche übersetzt und auf der eigenen Webseite veröffentlicht. Damit unterstützt der DGB das starke Engagement des WFD und knüpft thematisch daran an, um diese Forderungen noch stärker öffentlich zu machen, vor allem auf politischer und gesellschaftlicher Ebene in Deutschland. Mittlerweile konnten schon viele Personen und Organisationen aus Deutschland motiviert werden, die WFD mittels ihrer Unterschrift bei ihrem Vorhaben zu unterstützen.

In thematischer Hinsicht könnte die Charta nicht besser auf den nächsten, den 19. Weltkongress der Gehörlosen in Jeju (Südkorea) vorbereiten, denn das Motto im Jahr 2023 wird lauten: „**Bekenntnis zu den Menschenrechten gehörloser Menschen!**“\_Man kann sich schon jetzt auf dieses spannende, interessante und vor allem für die Gebärdensprachgemeinschaften der Welt wichtige Ereignis freuen!

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. dankt dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales für die Finanzierung der Gebärdensprachdolmetscherinnen im Rahmen der Partizipationsförderung nach dem Behindertengleichstellungsgesetz.

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

Berlin, 15.07.2020



## Monatsbericht des Deutschen Gehörlosen-Bundes für Februar, März, April, Mai und Juni 2020

### Vorbereitungen für den Bildungskongress im Dezember 2019 und Januar 2020

Am 27. Dezember 2019 traf sich Helmut Vogel mit Helene Jarmer, der Präsidentin des Österreichischen Gehörlosenbundes (ÖGLB) bei Salzburg/Österreich.



Fotos: DGB

Am 28. Dezember 2019 fuhr er weiter nach Zürich, um dort Tatjana Binggeli, die Präsidentin des Schweizerischen Gehörlosenbundes (SGB-FSS), sowie Rudi Graf, den Regionalleiter für die Deutschschweiz und Mitglied der Geschäftsleitung im SGB-FSS, zu treffen. Ihnen stellte er nacheinander das Konzept des vierten Bildungskongresses vor, das seit einem halben Jahr entwickelt worden war. Beide Verbände teilten ihre Erfahrungen mit der Organisation eines Bildungskongresses mit Helmut Vogel, denn der zweite Bildungskongress fand 2013 in Wien statt, und der dritte Bildungskongress wurde 2016 in Bern veranstaltet. Gemeinsam wurde überlegt, wie in allen drei Ländern Interessierte, die einen Beitrag zum Bildungskongress leisten können und wollen, am besten erreicht werden können.



Foto: DGB

Am 16. Januar 2020 konnte sich die Projektsteuerungsgruppe (mit Petra Alaei als Projektleiterin sowie Helmut Vogel und Michael Wohlfahrt vom Präsidium des DGB) zum ersten Mal in der Hochschule in Landshut treffen. Zusammen mit David Dawei Ni, einer tauben Lehrenden der Hochschule, und mit Alina Reidelstütz, einer Studentin des Studiengangs Gebärdensprachdolmetschen, besichtigten sie die Räumlichkeiten der Hochschule und besprachen die Programmplanung des Kongresses. Die Räumlichkeiten (Hörsaal, Seminarräume, Mensa etc.) sowie der Campus beeindruckten Petra Alaei und Michael Wohlfahrt sehr. Helmut Vogel hatte sich die Hochschule schon im Juli 2019 zusammen mit der Professorin Sabine Fries angeschaut. Die Voraussetzungen für eine Umsetzung des Bildungskongresses sind dort ideal. (HV)

### Feier „15 Jahre Deutsche Gehörlosen-Jugend“ am 08.02.2020

Am Samstag, dem 8. Februar 2020 fand nachmittags im Bremer Gehörlosen-Zentrum die „15 Jahre DGJ“-Feier mit einem schönen Programm statt. An drei Tagen, von Freitag bis Sonntag, gab es neben dem Jubiläumsprogramm verschiedene Vorträge zum Thema „Identität“. Der bekannte Performer Rafael Grombelka richtete am Freitagnachmittag und Samstagmittag einen Workshop zu „Deaf Slam“ für sechs jugendliche Teilnehmer/-innen aus. Für das Präsidium kam Helmut Vogel zu der Feier und übermittelte im Namen des DGB herzlichste Glückwünsche. Er betonte, dass die DGJ sich vor allem durch ihre gute und kontinuierliche Arbeit über 15 Jahre auszeichnet: In dieser Zeit hat die DGJ 14 Jugendcamps, 16 Kindercamps, acht Deaf-Youth-Ways-Veranstaltungen und vier Jugendfestivals organisiert. Er unterstrich, wie wichtig diese ehrenamtliche Arbeit für taube Kinder und Jugendliche für die Gebärdensprachgemeinschaft war und ist. Ebenso ging er auf die besondere Bedeutung der Vernetzung mit europäischen und internationalen Gehörlosen-Jugendorganisationen (EUDY/WFDYS) ein. Sehr interessant war die Rede von Stefan Goldschmidt zur Geschichte der DGJ – von der Vorgeschichte des seit 1997 bestehenden Fachausschusses Jugend im DGB bis zur Gründung der DGJ im Jahr 2004. Goldschmidt war einer der Gründerväter bzw. Initiatoren der DGJ. Er erzählte auch von seiner Amtszeit als erster Vorsitzender der DGJ von 2004 bis 2010. Zwischen den verschiedenen Reden gab es sechs schöne Darbietungen von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Workshops von Rafael Grombelka. Es war beeindruckend, wie schnell diese nach so kurzer Zeit umsetzen konnten, was sie unter der Anleitung von Grombelka gelernt hatten. Abschließend ist festzuhalten, dass die beiden Vorsitzenden Antonia Ricke und Katja Hopfenzitz die DGJ seit Ende 2017 auf hervorragende Weise leiten. (HV)



Fotos: Lena Krächan (DGJ)

### Gespräch mit Herrn Staatssekretär Dr. Nussbaum am 12.02.2020

Am 12. Februar 2020 trafen Steffen Helbing und Daniel Büter sich mit Herrn Staatssekretär Nußbaum und Frau Husch vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), um sich über den barrierefreien Notruf auszutauschen. Sie signalisierten Verständnis und werden Kontakt zum Innenministerium des Landes NRW aufnehmen, damit wir als Selbstvertretungsorganisation in den Prozess zur Einführung einer Notruf-App einbezogen und zum Gespräch eingeladen werden. Im März/April 2020 wird das BMWi den Referentenentwurf des neuen Telekommunikationsgesetzes (TKG) versenden. Im Rahmen der Überarbeitung des TKG werden nach jetzigem Stand Notrufe in Deutscher Gebärdensprache und auch alternative Notrufmöglichkeiten, z. B. die Notruf-App, berücksichtigt werden. Das Gespräch verlief gut und war sehr angenehm. (DB)



Foto: DGB

## Tagung „Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Österreich und Deutschland“ am 13.02.2020 in Innsbruck

Bei der Tagung wurden die aktuellen Staatenberichte Österreichs und Deutschlands sowie die Staatenberichtsprüfung behandelt. Auch wurde der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in den Bereichen Rechtssubjektivität und Zugang zu Recht, Bildung und Arbeit nachgegangen. Die Veranstaltung war eine Zusammenarbeit der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck und der Universität Kassel. Das erste Thema war das Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW). Dieses ist das wichtigste Menschenrechtsinstrument für die Rechte von Frauen. Die Referentin erklärte, dass es eine Schönrederei sei, wenn tatsächlich nichts geschehen sei. Maßnahmen würden als besonders erfolgreich geschildert, und am Ende erföhre man von der Zivilgesellschaft, insbesondere von Frauenorganisationen, dass diese oft sogar kontraproduktiv und somit für Frauen schädlich seien. Die Arbeitsmarktintegration von Frauen mit Behinderungen werde besonders beobachtet. Ein weiteres Thema war die De-Institutionalisierung. Dabei ging es vor allem um den Zusammenhang mit dem Wohnen von Menschen mit Behinderungen. Es stellten sich einige Fragen, zum Beispiel in Bezug auf die Sorgen über diese Entwicklung und die Pläne für die Umsetzung und Zugänglichkeit zu allgemeinen Einrichtungen für behinderte Menschen. Es wurde ein Fallbeispiel in Salzburg angeführt: Trotz der Proteste wird eine Einrichtung für Kinder und Erwachsene mit Behinderungen gebaut. Als Handlungsempfehlung wurde genannt, der Staat solle sicherstellen, dass die Bundesregierung und die Landesregierung ihre Anstrengungen verstärken, um die De-Institutionalisierung voranzutreiben. Der Gesamteindruck ist, dass nicht alles umgesetzt wird, sondern nur teilweise. Die Probleme liegen in der Dominanz des medizinischen Modells, in Vorurteilen und einem fehlenden Bewusstsein der Zivilgesellschaft wie auch im Föderalismus und fehlenden Ressourcen begründet. Es war insgesamt ein spannendes Programm mit Vorträgen und Arbeitsgruppen zu den einzelnen Artikeln der UN-BRK. An diesem Tag standen das Recht auf Bildung, das Recht auf Arbeit und die Rechtssubjektivität sowie der Zugang zum Recht im Mittelpunkt. (EK)



Fotos: DGB

## 7. Sitzung des Expertenkreises der Bundesfachstelle Barrierefreiheit am 17.02.2020

Am 17.02.2020 fand die 7. Sitzung im Kleisthaus des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales statt, an der Daniel Büter teilnahm. Die Bundesfachstelle Barrierefreiheit berichtete über die Ergebnisse der bisherigen Arbeit und präsentierte ihr zehn Punkte umfassendes Arbeitsprogramm für das Jahr 2020: Mustervorlage §8 Absatz 3 BGG – Barrierefreiheit von Bestandsgebäuden, Begleitung der „Machbarkeitsstudie zur ambulanten Pflege im Bad“, European Accessibility Act (EAA), Durchführung von zwei Regionalkonferenzen im Rahmen der Initiative SozialraumInklusiv (ISI), Auslobung des Bundesteilhabepreises im Rahmen von ISI, Bundesprogramm für mehr Barrierefreiheit, Digitale Barrierefreiheit, Öffentlichkeitsarbeit, Fach- und fachübergreifende Gremien und Forschungsbegleitung. Anschließend hielt Dr. Jacob Steinwede vom Institut für angewandte Sozialwissenschaft (infas) einen Vortrag zum aktuellen Stand der Repräsentativbefragung zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Ziel der Befragung ist eine repräsentative Erhebung der Lebenslagen von Menschen mit und ohne Behinderungen und ihrer Möglichkeit der Teilhabe in verschiedenen Lebensbereichen. (DB)



Foto: Bundesfachstelle Barrierefreiheit

## Sitzung der AG Sprachliche Minderheit am 21.02.2020 in Berlin

Am 21. Februar 2020 trafen sich Prof. Dr. Christian Rathmann (Leiter der Abteilung „Deaf Studies“ an der Humboldt-Universität), Dina Tabbert-Zander (Vertreterin des Bundeselternverbands gehörloser Kinder e.V. ), Sven Niklas (Jurist) sowie Steffen Helbing und Helmut Vogel vom DGB bei einer Sitzung der Arbeitsgruppe „Sprachliche Minderheit“ in Berlin. Es ging um die Anerkennung der Gebärdensprache als Minderheitensprache. Im Jahr 2019 hat Eeva Tupi, die frühere politische Referentin des Weltverbandes der Gehörlosen (WFD), für die finnische Regierung ein Gutachten zu der Möglichkeit verfasst, Gebärdensprachen in die Charta der Regional- und Minderheitensprachen aufzunehmen. Der Europarat in Straßburg behandelte den Antrag von Finnland in diesem Jahr jedoch nicht weiter. Die Arbeitsgruppe möchte das Thema mit verschiedenen politischen Vertreterinnen und Vertretern auf der Bundesebene aufgreifen, besprechen und weiter vorantreiben. Helmut Vogel gab die Leitung der Arbeitsgruppe ab. Christian Rathmann sowie Dina Tabbert-Zander erklärten sich bereit, die Leitung der Arbeitsgruppe für den DGB gemeinsam fortzuführen. (HV)

## Austauschtreffen am 22.02.2020 in Frankfurt

Der DGB hat Ende Februar eine Stellungnahme zum Referentenentwurf des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz bzgl. der Novellierung des JVEG abgegeben. Dafür hat es ein Austauschtreffen am 22. Februar 2020 in Frankfurt am Main gegeben, an dem etwa 15 Vertreter/-innen der Mitgliedsverbände des DGB teilgenommen haben. Verschiedene Sachfragen wurden besprochen. Aus diesen Diskussionen über die Stellungnahme zum JVEG hat sich ergeben, dass die Qualität der Dolmetschdienstleistungen im Bereich der Gerichte im Vordergrund stehen sollte. Daher hat der DGB im finalen Verfahren eine Stellungnahme hierzu erstellt. Andere Sachfragen, insbesondere zur Kommunikationshilfeverordnung des BGG und der LGG, werden beim nächsten Treffen besprochen. (HV)



Foto: Günter Freßmann



### **Gespräch mit Dr. Annette Tabbara am 25.02.2020 in Berlin**

Am 25. Februar 2020 trafen sich Helmut Vogel und Daniel Büter vom DGB mit Dr. Annette Tabbara, die seit Oktober 2019 die neue Leiterin der Abteilung V (Teilhabe für Menschen mit Behinderungen) beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) ist. Sie ist die Nachfolgerin von Dr. Ahuja, die bei der Cochlear-Implantant-Fachtagung Ende November 2018 das Grußwort gehalten hat. Der DGB berichtete ihr bei diesem ersten Treffen über den DGB-Forderungskatalog.

Des Weiteren besprachen die beiden mit Frau Dr. Tabbara die folgenden Themen: Vonseiten des DGB wurde betont, wie essenziell die Einführung einer flächendeckenden staatlichen Notruf-App für Deutschland besonders für gehörlose und hörbehinderte Menschen ist. Darüber hinaus wurde die Bedeutung der Finanzierung der Kommunikationshilfen (darunter Gebärdensprachdolmetscher) laut der Kommunikationshilfeverordnung (KHV) besprochen. Dies ist umso wichtiger, da die geplante Novellierung des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes (JVEG) ansteht.

Schließlich war der Internationale Tag der Gebärdensprache am 23.09.2020 Thema, denn die Öffentlichkeit sollte mit Unterstützung des BMAS mehr über diesen Tag erfahren. Beim letzten Mal zeigte der Arbeits- und Sozialminister Hubertus Heil die „I love you“-Gebärde. (HV)



Foto: DGB

### **33. Konsultation der Monitoring-Stelle UN-BRK mit den behindertenpolitischen Verbänden am 04.03.2020**

Der Leiter der Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention, Valentin Aichele, begrüßte die Anwesenden und eröffnete die Verbändekonsultation am 04.03.2020 bei der Stadtmission am Hauptbahnhof in Berlin. Die Monitoring-Stelle berichtete über ihre Arbeit, z. B. über die UN-BRK in der betreuungsgerichtlichen Praxis, die Beratung mit der Berliner Senatsverwaltung zur Novellierung des Landesgleichberechtigungsgesetzes (LGBG) und die Evaluierung des Aktionsplans zur Umsetzung der UN-BRK im Land Bremen. Im Anschluss wurde über zwei Schwerpunkte diskutiert: einerseits über die inklusive Berufsbildung, konkret über die Phase von der Beendigung der Schule bis zur Aufnahme einer Ausbildung, und andererseits über Blindenführhunde bzw. Assistenzhunde. Danach brachte Daniel Büter zwei wichtige Punkte zur Sprache: die Bundes-Notruf-App und den barrierefreien Zugang zu gesundheitsrelevanten Informationen zum Thema Coronavirus. (DB)

### **Neue Mitarbeiterin in der DGB-Geschäftsstelle**

Seit dem 5. März 2020 ist Ngoc Mai Nguyen als neue Verwaltungsmitarbeiterin mit 20 Wochenstunden in der Geschäftsstelle des Deutschen Gehörlosen-Bundes beschäftigt. Nebenbei absolviert sie ihr Bachelorstudium im Fach Sportmanagement und Sportkommunikation an der Deutschen Sporthochschule Köln, wohnt aber in Berlin. Sie befindet sich in der letzten Phase des Studiums und schreibt gerade ihre Bachelorarbeit. Wir heißen sie im Team des DGB herzlich willkommen und freuen uns auf die Zusammenarbeit. (DB)



Foto: Ngoc Mai Nguyen

### **Telefongespräch mit Prof. Dr. Günter Huhle über Emergency Eye am 10.03.2020**

Bei einem Telefongespräch am 10.03.2020 hat sich Daniel Büter intensiv mit Prof. Dr. Günter Huhle ausgetauscht. Dabei hat er einen interessanten Einblick in die barrierefreie Notruf-Software „Emergency Eye“ bekommen, die Günter Huhle und seine Firma Corevas aus Grevenbroich entwickelt haben.

Die Leitstellen können die Software auf ihre Rechner herunterladen und nutzen, um sich im Notfall auf die Handys von Anrufern zu schalten. Der Anrufer bzw. die Anruferin am Notfallort braucht dafür keine spezielle App, sondern nur ein Handy mit Kamera und Internetverbindung. Gehörlose können einfach einen Notruf durch Eintippen von „112\*112#“ absetzen. Dann weiß die Leitstelle Bescheid, dass der/die Anrufer/-in gehörlos ist, und kann mit den gehörlosen Anrufern chatten.

Durch das Vergabeverfahren des Innenministeriums des Landes NRW zur Bundes-Notruf-App fühlt sich die Firma Corevas ungerecht behandelt – sie hat deshalb eine Klage bei der Vergabekammer in Köln eingereicht. Das Telefongespräch war angenehm und interessant. (DB)

### **2. Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses am 11.03.2020**

In der Bundesgeschäftsstelle des Sozialverbandes VdK Deutschland fand am 11.03.2020 die zweite Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses statt. An dieser Sitzung nahm Daniel Büter als Vertretung des DGB teil. Zu den Tagesordnungspunkten gehörten unter anderem die Vorstellung des neuen Positionspapiers zur Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes, Kriterien der Barrierefreiheit in Arztpraxen, die barrierefreie Notruf-App, der fehlende Zugang bzw. die fehlende Barrierefreiheit zu gesundheitlichen Informationen mit Deutscher Gebärdensprache und die EU-Ratspräsidentschaft. Darüber wurde diskutiert, und der DBR-Arbeitsausschuss hat uns seine Unterstützung zugesichert und beschlossen, eine Pressemeldung zur fehlenden Barrierefreiheit der Berichterstattung über die Entwicklung der Corona-Krise zu verfassen und veröffentlichen. (DB)



Foto: DGB

### Situation in der Corona-Krise ab Mitte März 2020

Aufgrund der Ausbreitung des Coronavirus haben wir die Verbandsarbeit des Deutschen Gehörlosen-Bundes größtenteils stilllegen müssen, z. B. in Bezug auf den DGB-Newsletter, den DGB-Monatsbericht, die Dokumentation zur Fachtagung CI, den Parallelbericht zur UN-BRK, den Jahresbericht des DGB, das Protokoll der Bundesversammlung des DGB, die Stellungnahme zu Gebärdensprach-Avataren etc.

Ab dem 16.03.2020 mussten alle drei Mitarbeiter/-innen, Ngoc Mai Nguyen, Dr. Anja Gutjahr und Daniel Büter, zu Hause bleiben und im Homeoffice arbeiten. Wir beschäftigten uns mit dem Thema Coronavirus, wobei wir insbesondere mit dem Präsidenten Helmut Vogel, der 1. Vizepräsidentin Elisabeth Kaufmann und dem Präsidiumsmitglied Dr. Ulrike Gotthardt zusammenarbeiteten, die sich ehrenamtlich einsetzten. Wir haben ein Aufklärungspapier, Stellungnahmen, Pressemitteilungen und zahlreiche Videofilme in DGS veröffentlicht und uns für die volle Zugänglichkeit zu gesundheitlichen Informationen über das Coronavirus in Gebärdensprache und mit Untertiteln auf Bundesebene eingesetzt. Zahlreiche Informationsangebote und Nachrichten sowie Links zum Thema Coronavirus und Informationszugänglichkeit bzw. Barrierefreiheit haben wir auf der DGB-Homepage gesammelt und diese Zusammenstellung regelmäßig aktualisiert.

Die Organisation der Demonstration inklusive der Kundgebung am 07.05.2020 in Berlin konnten wir nicht fortsetzen – sie musste abgesagt werden. Der 4. Bildungskongress, der vom 11. bis 12.09.2020 in Landshut stattfinden sollte, wird auf das Frühjahr 2021 verschoben. Viele weitere Veranstaltungen und Sitzungen im März, April und Mai 2020 mussten ausfallen. Erst Anfang Juni ist Ngoc Mai Nguyen wieder an den Arbeitsplatz zurückgekehrt, Daniel Büter erst ab Mitte Juni. (DB)

### Telefongespräch mit dem NRW-Innenministerium am 13.05.2020

Da das geplante Gespräch am 23.04.2020 in Düsseldorf wegen der Corona-Krise ausgefallen war, führte Daniel Büter am 13.05.2020 ein Telefongespräch mit dem Ministerium des Innern des Landes NRW, um die aktuelle Entwicklung der Notruf-App des Bundes zu besprechen.

Bei der Vergabekammer Köln wurden zahlreiche Klagen eingereicht, und eine endgültige Entscheidung ist noch nicht gefallen. Vor diesem Hintergrund ist eine Bundes-Notruf-App immer noch nicht zur Verfügung gestellt worden. Wenn das Vergabenausschreibungsverfahren abgeschlossen und die Einspruchsfrist abgelaufen ist, wird das NRW-Innenministerium voraussichtlich der Firma „bevuta IT GmbH“ aus Köln, die die Notruf-App „Salus“ entwickelt, den Zuschlag erteilen.

Das NRW-Innenministerium und die bevuta IT GmbH sind nicht bereit, uns die Abschlussergebnisse des Förderprojektes „Notruf-App Salus“ zukommen zu lassen, und begründen dies mit dem Schutz von Geschäftsgeheimnissen. Wir kennen die Inhalte und die Funktionalität der App „Salus“ nicht und haben dem NRW-Innenministerium ein Gespräch im Juni 2020 in Düsseldorf vorgeschlagen, um die App „Salus“ anzuschauen, zu testen bzw. zu überprüfen.

Über den Prozess der Einführung einer bundeseinheitlichen Notruf-App und die Nichteinbeziehung des Deutschen Gehörlosen-Bundes im Beirat bzw. in der Expertengruppe Leitstellen und Notruf (EGLN) sind wir nicht glücklich.

Wenn die Notruf-App bis September 2020 nicht bereitgestellt wird, muss Deutschland aufgrund der Verletzung der EU-Richtlinie und der Nichteinhaltung der Frist eine hohe Geldstrafe an die EU zahlen. Es ist noch offen, ob Deutschland es schafft, endlich eine Bundes-Notruf-App zur Verfügung zu stellen. (DB)

### 3. Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses am 17.06.2020

Wegen der Corona-Maßnahmen fand die dritte Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses zum ersten Mal in zwei Blöcken als Online-Videokonferenz per Zoom statt. Daniel Büter nahm daran teil und folgte der Verdolmetschung in DGS auf dem Bildschirm. Zu den Tagesordnungspunkten gehörten unter anderem die Diskussion und Abstimmung gemeinsamer Forderungen und Positionen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, die Finanzierung und die Anforderungen des DBR-Sekretariats, der European Accessibility Act (EAA) und der Medienstaatsvertrag. Die Videokonferenz verlief gut und funktionierte reibungslos. (DB)



Foto: DBR

### DGB-Pressemitteilungen:

- Pressemitteilung 01/2020 „Menschen mit Hör- und Sprachbehinderungen brauchen mehr staatliche Sicherheit und staatlichen Schutz in Notfall- bzw. Gefahrensituationen!“ (11.02.2020)
- Pressemitteilung 02/2020 „Krankenhäuser sind seit 01.01.2020 nicht mehr für die Dolmetscherkosten zuständig, sondern die Krankenkassen“ (25.02.2020)
- Pressemitteilung 03/2020 „Das Verwenden von Mund-Nase-Masken ohne und mit Sichtfenster erschwert die Kommunikation zwischen Hörenden und Gehörlosen. Die Möglichkeiten der Kommunikation müssen vielfältiger sein!“ (22.04.2020)
- Pressemitteilung 04/2020 „Die Dokumentation zur Fachtagung „Cochlea Implantat – Realitäten ohne Zwang“ ist erschienen!“ (04.06.2020)

### DGB-Stellungnahmen:

- Stellungnahme 01/2020 „zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes (JVEG-Änderungsgesetz 2020)“ (28.02.2020)
- Stellungnahme 03/2020 „Fehlender Zugang zu gesundheitlichen Informationen über das Coronavirus in Gebärdensprache und mit Untertiteln“ (06.03.2020)
- Stellungnahme 04/2020 „Bereitstellung von gesundheitsrelevanten Informationen zur Corona-Krise in Gebärdensprache und mit Untertiteln: zum aktuellen Stand“ (02.04.2020)

### DGB-Bericht

- Bericht 01/2020 „Monatsbericht des Deutschen Gehörlosen-Bundes für Januar 2020“ (18.02.2020)

### DGB-Filme:

- DGB-Film in Gebärdensprache „Wir brauchen mehr staatliche Sicherheit und staatlichen Schutz in Notfall- bzw. Gefahrensituationen!“ (11.02.2020)
- DGB-Film in Gebärdensprache „Statement des Präsidenten des Deutschen Gehörlosen-Bundes, Helmut Vogel, anlässlich des Internationalen Tages der Muttersprache am 21.02.2020“ (21.02.2020)
- DGB-Film 01/2020 in Gebärdensprache und mit Untertiteln zur DGB-Pressemitteilung 02/2020 „Krankenhäuser sind seit 01.01.2020 nicht mehr für die Dolmetscherkosten zuständig, sondern die Krankenkassen“ (25.02.2020)

- DGB-Film in Gebärdensprache „DGB-Stellungnahme „Fehlender Zugang zu gesundheitlichen Informationen über das Coronavirus in Gebärdensprache und mit Untertiteln“ (10.03.2020)
- DGB-Film in Gebärdensprache „Weitere Informationen zum aktuellen Stand in Bezug auf die DGB-Stellungnahme "Fehlender Zugang zu gesundheitlichen Informationen über das Coronavirus in Gebärdensprache und mit Untertiteln" (12.03.2020)
- DGB-Film 03-01/2020 in Gebärdensprache zum DGB-Aufklärungspapier Corona-Virus – Vorwort (17.03.2020)
- DGB-Film 03-02/2020 in Gebärdensprache zum DGB-Aufklärungspapier Corona-Virus – Allgemeine Einleitung zum Corona-Virus (17.03.2020)
- DGB-Film 03-03/2020 in Gebärdensprache zum DGB-Aufklärungspapier Corona-Virus – Ansteckung mit dem Corona-Virus 2019-nCoV (17.03.2020)
- DGB-Film 03-04/2020 in Gebärdensprache zum DGB-Aufklärungspapier Corona-Virus – Was kann ich tun, worauf muss ich achten, damit ich möglichst nicht angesteckt werde? (17.03.2020)
- DGB-Film 03-05/2020 in Gebärdensprache zum DGB-Aufklärungspapier Corona-Virus – Wann muss man an die Gefahr einer Ansteckung mit dem Virus denken? Oder: wann kann der Verdacht auf eine Ansteckung bestehen? (17.03.2020)
- DGB-Film 03-06/2020 in Gebärdensprache zum DGB-Aufklärungspapier Corona-Virus – Was passiert, wenn ich am Corona-V. erkrankt bin? (17.03.2020)
- DGB-Film 04/2020 in Gebärdensprache und mit Untertiteln: „Statement von DGB-Präsident Helmut Vogel zur Coronavirus-Krise“ (23.03.2020)
- DGB-Film 05/2020 in Gebärdensprache und mit Untertiteln: „Statement von Daniel Büter, Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit, zur aktuellen Situation in der Corona-Krise“ (26.03.2020)
- DGB-Film 06/2020 in Gebärdensprache und mit Untertiteln: „Statement von Bernd Siebert, Beauftragter für Senioren des Deutschen Gehörlosen-Bundes, zum Umgang mit dem Coronavirus“ (29.03.2020)
- DGB-Film 07-01/2020 in Gebärdensprache und mit Untertiteln: „Bericht von Elisabeth Kaufmann, 1. Vizepräsidentin des Deutschen Gehörlosen-Bundes, über den Weltverband der Gehörlosen zur Corona-Krise (1. Teil)“ (31.03.2020)
- DGB-Film 07-02/2020 in Gebärdensprache und mit Untertiteln: „Bericht von Elisabeth Kaufmann, 1. Vizepräsidentin des Deutschen Gehörlosen-Bundes (2. Teil)“ (03.04.2020)
- DGB-Film 08/2020 in Gebärdensprache und mit Untertiteln: „Stellungnahme 04/2020: „Bereitstellung von gesundheitsrelevanten Informationen zur Corona-Krise in Gebärdensprache und mit Untertiteln: zum aktuellen Stand“ (07.04.2020)
- DGB-Film 09/2020 in Gebärdensprache und mit Untertiteln: „Online-Beratung oder Online-Therapie in Gebärdensprache und Schriftsprache während der Corona-Krisenzeit“ (08.04.2020)
- DGB-Film 10/2020 in Gebärdensprache und mit Untertiteln zur Stellungnahme 01/2020 „zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes (JVEG-Änderungsgesetz 2020)“ (14.04.2020)
- DGB-Film 11/2020 in Gebärdensprache und mit Untertiteln: „Statement von DGB-Präsident Helmut Vogel über barrierefreie Medien und Zugang zu Informationen zur Corona-Krise“ (23.04.2020)
- DGB-Film 12/2020 in Gebärdensprache und mit Untertiteln zur Pressemitteilung 03/2020 „Das Verwenden von Mund-Nase-Masken ohne und mit Sichtfenster erschwert die Kommunikation zwischen Hörenden und Gehörlosen. Die Möglichkeiten der Kommunikation müssen vielfältiger sein!“ (24.04.2020)
- DGB-Film 13/2020 in Gebärdensprache: „Ein Appell an die Solidarität der Gehörlosen-/Gebärdensprachgemeinschaft zur Corona-Krise“ (27.04.2020)
- DGB-Film 14/2020 in Gebärdensprache und mit Untertiteln: „Stellenausschreibung: Referent/-in für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ (06.06.2020)

#### Vorschau:

21. – 23.08.2020	DGB-Präsidiumssitzung in Braunschweig
11. – 12.09.2020	DGB-Arbeitstagung in Frankfurt am Main
23.09.2020	Internationaler Tag der Gebärdensprachen
21. – 27.09.2020	Internationale Woche der Gehörlosen
30.10. – 02.11.2020	Ordentliche Bundesversammlung des DGB in Berlin
30.11./01.12.2020	Inklusionstage 2020
03.12.2020	DBR-Welttagsveranstaltung

#### Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine. Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

#### Pressekontakt

Daniel Büter

Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Hörende Anrufer/-innen erreichen mich über den Telefonvermittlungsdienst mit Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch

Telefon: 069 – 900 160 333



>>> Die bereichsleitende Oberärztin der LWL-Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Neurologie Lengerich ist neben ihrer beruflichen Tätigkeit Beisitzerin des Präsidiums im Deutschen Gehörlosen-Bund e. V. und Beauftragte für psychische und körperliche Gesundheit bei Gehörlosen

**D**r. Ulrike Gotthardt studierte zu einer Zeit, als hörgeschädigte Studenten während ihres Studiums noch nicht von Gebärdensprach- oder Schriftsprachdolmetscher unterstützt wurden. Lesen Sie das Interview, das Chefredakteur Marc Weigt mit Dr. Ulrike Gotthardt führte, und erfahren Sie, wie Dr. Gotthardt es trotz ihrer Resthörigkeit schaffte, ihr Studium erfolgreich abzuschließen, und warum sie als drittes Kind tauber Eltern erst ein Maschinenbaustudium begann.

**Marc Weigt: Hallo Ulrike, ich freue mich auf unser Interview. Zuerst solltest Du Dich vorstellen. Bist Du verheiratet und hast Du Kinder?**

**Dr. Ulrike Gotthardt:** Ja, ich bin seit 27 Jahren verheiratet und habe eine 27-jährige Tochter.

**MW: Was macht Deine Tochter beruflich?**

**UG:** Sie hat ihr Psychologie-Studium abgeschlossen. Und weil sie auch Philosophie studiert hat, macht sie jetzt darin ihre Doktorarbeit. Sie hat für drei Jahre eine Promotionsstelle in Hannover an der Universität bekommen.

**MW: Ist Deine Tochter taub?**

**UG:** Nein, sie ist hörend.



Ulrike mit ihrer Tochter

**MW: Bist Du selber taub oder schwerhörig?**

**UG:** Ich bin resthörig. Also das bedeutet, der Hörverlust liegt bei 100 Dezibel. Ich muss von den Lippen ablesen.

**MW: Wie kam es zu Deiner Hörschädigung?**

**UG:** Bei uns liegt es in der Familie. Ich muss als Kind etwas besser gehört haben als heute, denn ich habe erst mit sechs Jahren, als ich in die Schule kam, Hörgeräte bekommen. Früher im Kindergarten hatte ich bereits Probleme beim Verstehen. Ich war im Kindergarten für hörende Kinder, weil es bei uns in der Nähe keinen Kindergarten für Schwerhörige oder Gehörlose gab.

**MW: Sind Deine Eltern hörgeschädigt?**

**UG:** Meine Mutter ist stocktaub, mein Vater hatte Hörreste, wobei er nie Hörgeräte getragen hat. Also haben alle gebärdet.

**MW: Was waren Deine Eltern von Beruf?**

**UG:** Damals, mein Vater wurde 1912 und meine Mutter 1916 geboren, gab es für Gehörlose keine speziellen höheren Berufe. Beide waren Schneider, mein Vater war Schneidermeister. Er hatte später einen eigenen Betrieb und bildete auch Lehrlinge aus. Meine Mutter war später Hausfrau.

**MW: Wie war Deine Kindheit? Hast Du mehr mit hörenden Kindern Kontakt gehabt oder mit hörgeschädigten?**

**UG:** In der Familie war es klar. Da waren alle hörgeschädigt außer der Oma, die mit uns zusammengelebt hat. Sie war die einzige Hörende. Sie war Außenseiterin in unserer Familie, weil sie nichts hörte, wenn wir gebärdet haben. Dann

hat sie gesagt: „Sprich doch mal, ich verstehe nichts.“ Meine Eltern hatten auch viele gehörlose Freunde und nahmen mich oft mit in den Frankfurter Gehörlosen Verein. Mein Vater war dort aktiv im Vorstand. Dadurch hatte ich Kontakt mit vielen bekannten Gehörlosen, wie den Präsidenten des Deutschen Gehörlosen-Verbandes: Fritz Ellmers oder Max Härdtner. Sie kamen aus dem Frankfurter Raum. Oder Wolfgang Czempin. Derartige Kontakte waren für mich normal. Ich hatte durch die Schule auch hörende Freunde, aber nicht so viele. Es waren Einzelne. Es war für mich weniger das Problem, ich hatte die gehörlose Familie und andere Freunde, die Kontakte waren da. In der Rückschau bin ich normal aufgewachsen. Von der Kommunikation her war alles da. Ich kann nicht sagen, wie es wäre, wenn meine Eltern hörend gewesen wären. Ich glaube, dann hätte ich nicht so viele Kontakte gehabt. Auch wenn in der Hörendenschule wenig Kontakte mit anderen Schülern waren, das hat mir nichts ausgemacht. Auf anderer Ebene war der Ausgleich da.

**MW: Welche Berufsausbildung hast Du genau?**

**UG:** Ich bin Ärztin für Psychiatrie und Neurologie. Ich habe eine psychotherapeutische Weiterbildung gemacht. Deshalb arbeite ich jetzt schwerpunktmäßig ambulant in der Psychiatrie, mache auch psychotherapeutisch orientierte Beratung in der LWL-Klinik in Lengerich. Da gibt es einen speziellen Bereich für hörgeschädigte Menschen mit seelischen Erkrankungen – ambulant und stationär.



Eine glückliche Kindheit



Ulrike mit ihrer Oma, der einzigen Hörenden in der Familie

**MW: In der Nähe von Osnabrück?**

**UG:** Ja, zwischen Münster und Osnabrück, aber näher an Osnabrück.

**MW: Was war der Grund, dass Du Ärztin werden wolltest?**

**UG:** Da hole ich mal ein bisschen aus. Und zwar, ich habe zwei Geschwister. Die beiden sind stark schwerhörig. Sind aber auch gebärdensprachlich aufgewachsen. Die beiden sind 20 beziehungs- →

IM INTERVIEW (TEIL 1)

**DR. ULRIKE GOTTHARDT**



Lengerich



Ulrike mit ihren Eltern

weise 23 Jahre älter als ich und beide hatten damals schon Medizin studiert. Sie waren für mich ein Vorbild. Medizin studieren wollte ich allerdings erst nicht. Drei Mediziner in der Familie, das erschien mir zu viel. Deshalb habe ich erstmal Maschinenbau studiert. Ich habe nur ein Semester durchgehalten. Es war ein bisschen mein Fehler, weil man im ersten Semester nicht alles schafft, was vorgegeben ist. Die meisten Studenten brauchen auch länger. Ich hatte damals die Vorstellung, ich muss alles, was angeboten wird, in einem Semester schaffen. Dann habe ich das hingeschmissen und bin ganz schnell zur Medizin gewechselt. Meine Schwester hat auch Neurologie gemacht und ich fand das auch immer recht interessant. Daran habe ich mich orientiert. Ich wollte auch Neurologie machen. Als ich mit dem Studium fertig war, war es schwierig für mich, eine Stelle zu finden. Es gab indirekte Vorbehalte, weil ich hörgeschädigt bin.

**MW: Hat Dich das persönlich getroffen?**

**UG:** Nein, ich habe mich beim Träger, wo ich jetzt bin, beim LWL (= Landschaftsverband Westfalen-Lippe), beworben. Ich wusste, dass sie auch speziell die Aufgabe haben, Schwerbehinderte zu fördern. Ich habe mir gedacht, ich bewerbe mich mal da, weil der LWL auch Träger von psychiatrischen Klini-

ken ist. In der Klinik für suchtkranke Menschen in Haltem, in der Nähe von Osnabrück, suchten sie eine Ärztin, weil sie dort eine Station für hörgeschädigte Suchtkranke aufgebaut hatten. Dort habe ich am 1. April 1985 angefangen und ein halbes Jahr gearbeitet. Für meine Facharztweiterbildung haben sie nur eine Anerkennung für ein halbes Jahr gehabt. Deswegen bin ich an meine jetzige Klinik gewechselt, weil dort 1985 erstmals Gehörlose aufgenommen wurden. Nach und nach haben wir das Angebot für psychisch kranke gehörlose und schwerhörige Menschen aufgebaut.

**MW: Wie alt warst Du, als Du Deine Ausbildung abgeschlossen hattest?**

**UG:** Da war ich 26 Jahre.

**MW: Wie hast Du Dein Studium durchgezogen. Hattest Du einen Gebärdensprachdolmetscher?**

**UG:** Damals gab es noch keine Dolmetscher. Ich war ja auch auf der Schule für Hörende. Zuerst war ich ein halbes Jahr auf der Schwerhörigenschule. Aber das war zu langweilig, weil dort sehr viel sprechen geübt wurde. Ich hatte ja meine Oma, die Mutter von meiner Mutter, die mit uns wohnte. Sie war hörend, hatte eine Ausbildung zur Sängerin abgeschlossen und daher sehr viel Wert darauf gelegt, dass wir alle gut sprechen gelernt haben. Von klein auf wurde diszipliniert sprechen geübt und daher war es in der Schwerhörigenschule für mich sehr langweilig. Meine Oma hat dann damals mit dem Stadtschulamt in Frankfurt verhandelt, dass ich auf die Grundschule für Hörende kam. Die Schule war nur 100 Meter von unserer Wohnung entfernt. Das war natürlich sehr praktisch. Zur anderen Schule bin ich eine Stunde mit der Straßenbahn durch Frankfurt gefahren. Es gab ein Hin und Her, bis das Ok kam und ich für ein halbes Jahr zur Probe dort hingehen durfte.

**MW: War das eine große Umstellung für Dich?**

**UG:** Die Klassenlehrerin hatte viel Verständnis, hat vorne gestanden, dass ich ablesen konnte. Und sie hat ein Nachbarmädchen neben mich gesetzt, das



Beim Studium

mir zwischendurch das erklären sollte, was ich nicht verstanden habe. Das ist eine gute Freundin geworden. Und ich konnte dann auch auf der Schule bleiben. Hat alles gut geklappt und von der Leistung her war es kein Problem. Natürlich, wenn beispielsweise Diktate geschrieben wurden, bekam ich eine andere Aufgabe und musste Aufsätze schreiben. Es klappte dann mit dem Übergang an die weiterführende Schule. Das war damals bei uns eine der ersten Integrierten Gesamtschulen in Hessen. Es klappte weiterhin mit der Schule, doch war es nicht immer einfach mit dem Verstehen. Ich musste allen Lehrern wiederholt erklären, dass ich schlecht höre, dass ich von den Lippen ablesen muss. In der Pubertätszeit war es auch sehr schwierig. Mit vielen Mitschülern war der Kontakt nicht so toll. Es war ein Kommunikationsproblem. Von den Lerninhalten hat es mir viel Spaß gemacht, es hat für mich gut gepasst.

**MW: Und wie war es an der Uni?**

**UG:** An der Uni war es vergleichbar. Im Maschinenbaustudium waren wir drei Frauen bei 300 männlichen Studenten. Da haben wir drei zusammengehalten und haben uns unterstützt. Sie haben mir viel geholfen, es war total nett. Bei meinem Medizinstudium war es dann anders. Da war die Konkurrenz anders. Ich habe auch ein paar gute Kommilitonen gehabt, die mich unterstützt haben, mir Papiere von Vorlesungen und Notizen gegeben haben. Aber es war eben nicht so toll, weil ich keinen Dolmetscher hatte. Von den Vorlesungen habe ich nicht viel profitiert. Die Professoren liefen auf und ab, ich konnte nicht ablesen und wir waren teilweise 300 Studenten im Hörsaal. Dann bin ich auch nicht mehr hingegangen. Ich habe gedacht, ich kann in der Zeit lieber aus einem Lehrbuch lernen. Lieber bin ich auch in Seminare gegangen oder habe versucht, mehr Praktika zu machen, um das ein bisschen auszugleichen und vor

allen Dingen dort zu arbeiten, wo ich auch besser verstehen konnte.

**MW: Hast Du überhaupt einen Gebärdensprachdolmetscher bekommen?**

**UG:** Ja, im Jahr 1991 oder 1992 habe ich das erste Mal einen Gebärdensprachdolmetscher für die Arbeit bekommen. Es waren früher nicht so viele Dolmetscher da. Später habe ich dann in der Woche drei mal zwei Stunden Dolmetscher für Telefonate usw. bekommen, für spezielle Konferenzen kamen dann noch Stunden dazu. Davor habe ich mit dem Ende meiner Studentzeit im November 1984 bis zum Ende meiner Weiterbildung ein, zwei Mal Gebärdensprachdolmetscher für eine Fortbildung gehabt, aber nicht kontinuierlich. Erst ungefähr ab 1992 dann regelmäßiger.

**MW: Wie lange bist Du in Deinem Beruf tätig?**

**UG:** Im Grunde seit 1985. 1985 war ich Assistenzärztin, d.h. in der Weiterbildung. Ich habe somit neben der beruflichen Arbeit auch gelernt und mich fachlich weiter qualifiziert mittels der Weiterbildung, bis ich 1992 dann die Facharztprüfung gemacht habe. Seitdem bin ich in dem Bereich Psychiatrie als Fachärztin tätig.

**MW: War die Weiterbildung im Bereich von Hörgeschädigten?**

**UG:** Meine Weiterbildung habe ich bei Hörgeschädigten und Hörenden gemacht. Man muss in der Weiterbildung verschiedene Abteilungen durchlaufen und Erfahrungen sammeln. Und daher betraf die Arbeit mit Hörgeschädigten nur einen Teil davon. Seit der Prüfung bin ich nun durchgehend nur für Hörgeschädigte tätig.

**MW: Welche Tätigkeit fällt heute in Deinen Bereich?**

**UG:** Heute bin ich bereichsleitende Oberärztin der ambulanten Versorgung hörgeschädigter Menschen in unserer Klinik. Ein Kollege und ich sind in der Hörgeschädigtenambulanz in Vollzeit tätig und arbeiten ausschließlich mit Hörgeschädigten. Unsere Arbeit ist sehr unterschiedlich. Es kommen Patienten neu zu uns, wobei wir uns für den Erstkontakt mehr Zeit für den Patienten nehmen müssen als wenn es Wiedervorstellungen sind, also Nachsorge. Wir haben im Durchschnitt am Tag zwischen sechs bis fünfzehn, auch mal zwanzig Patienten.

**MW: Fünfzehn bis zwanzig Patienten, das ist viel.**

**UG:** Mit zwei vollen Stellen können wir das schaffen. Und dann gibt es natürlich bei uns im Krankenhaus im Bereich für

hörgeschädigte Menschen auch noch die Stationen zur Behandlung psychisch kranker hörgeschädigter Menschen.

**Lesen Sie im zweiten Teil des Interviews, wie es deutschlandweit mit der psychotherapeutischen und psychiatrischen Versorgung hörgeschädigter Menschen aussieht. Erfahren Sie Hintergründe und welche Projekte derzeit auf diesem Gebiet in Planung sind.**

Interview: Marc Weigt  
Fotos: Ulrike Gotthardt privat, Marc Weigt



Dr. Gotthardt mit ihrer Tochter bei der Arbeit (1995)



Mit Dr. Ulrich Hase am Tag der Facharztprüfung



Dr. Ulrike Gotthardt mit Ehemann Dr. med. Albrecht Pfeiff und Tochter



Dr. Ulrike Gotthardt  
in ihrem Büro in der  
LWL-Klinik Lengerich

IM INTERVIEW (TEIL 2)

## DR. ULRIKE GOTTHARDT



>>> Die bereichsleitende Oberärztin der LWL-Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Neurologie Lengerich und Beisitzerin des Präsidiums im Deutschen Gehörlosen-Bund e. V. berichtet im zweiten Teil des Interviews mit Chefredakteur Marc Weigt, wie es deutschlandweit mit der psychotherapeutischen und psychiatrischen Versorgung hörgeschädigter Menschen aussieht. Dr. Ulrike Gotthardt erklärt Hintergründe und welche Projekte derzeit auf diesem Gebiet in Planung sind

**Marc Weigt: Wie sieht im Moment der Bedarf an Psychologen für hörgeschädigte Menschen aus?**

**Dr. Ulrike Gotthardt:** Man muss das unterscheiden. Es gibt stationäre und ambulante Hilfen für hörgeschädigte Menschen. Diese können einen psychotherapeutischen und/oder psychiatrischen Schwerpunkt haben. Eine psychiatrische Behandlung hat eine

medizinische Ausrichtung, umfasst daher auch medikamentöse Behandlung, sie sollte aber immer auch psychotherapeutische Behandlungsmaßnahmen einbeziehen. Das bedeutet z. B. für eine stationäre Behandlung, dass manche Patienten nur eine psychotherapeutische Behandlung bekommen und andere eine kombinierte medizinische und psychotherapeutische Behandlung je nach dem bestehenden Bedarf.

Grundsätzlich muss man sagen, sowohl für die psychiatrische als auch für die psychotherapeutische Behandlung fehlt es vor allem im ambulanten Versorgungsbereich an psychiatrischen und psychotherapeutischen Beratungs- und Behandlungsmöglichkeiten. Im stationären Bereich gibt es mit den Stationen in Erlangen und bei uns in Lengerich zwei Standorte in Deutschland für die psychiatrische und psychotherapeu-

tische Behandlung hörgeschädigter Menschen. Im Moment reicht es im stationären Bereich aus.

**MW: Ich dachte, es gäbe zu wenig Einrichtungen.**

**UG:** Spezialisierte stationäre Behandlungsangebote benötigen durchschnittliche, stabile Belegungszahlen. Diese schwanken allerdings manchmal stark. Ein Spezialangebot für schwerhörige und gehörlose Menschen braucht eine Mindestzahl an Patienten, damit es finanziert werden kann. Da mal mehr und mal weniger Betten belegt sind, halten sich im Moment Angebot und Nachfrage die Waage, so dass nicht gesagt werden kann, dass im stationären Bereich für Gehörlose und Schwerhörige im Deutschland zur Zeit zu wenig Betten da sind. Es werden auch niemals alle Gehörlosen und Schwerhörigen von einem spezialisierten Angebot Gebrauch machen, z. B. wollen manche Schwerhörigen und auch Gehörlose lieber mit Hörenden zusammen behandelt werden.

**MW: Da bin ich überrascht.**

**UG:** Ja, manche Gehörlose haben zum Beispiel Angst, auf andere Gehörlose zu treffen. Oder sie haben das Gefühl, sie sprechen gut und können auch mit Hörenden zusammen behandelt werden. Aber vor allem ist die Versorgungssituation im ambulanten Bereich wichtig. Da fehlt es noch sehr an Versorgungsmöglichkeiten. Und Psychiater, d. h. Ärzte,

die auch gebärdensprachkompetent sind, gibt es kaum. Dagegen gibt es mehr psychologische Therapeuten mit Gebärdensprachkompetenz. Das heißt z. B., dass es im Umkreis von 100 bis 150 Kilometer von uns eine Reihe von psychologischen Psychotherapeuten mit eigener Praxis gibt, die gebärdensprachkompetent sind. Aber sie haben auch etliche Patienten, die parallel dazu psychiatrische Behandlung brauchen, da sie Medikamente benötigen, die vom Arzt, Psychiater, kontrolliert und verordnet werden müssen. Daher empfehlen dann diese psychologischen Psychotherapeuten uns diesen Patienten, weil sie sonst in der Nähe keinen Psychiater finden, der mit den Patienten direkt kommunizieren kann. Dieses zeigt im ambulanten Bereich die bestehende Versorgungslücke, weswegen es aus meiner Sicht gerade hier wichtig ist, dass noch mehr Angebote da sind.

**MW: Das bedeutet, dass es für Hörgeschädigte wenig Anlaufstellen gibt oder erst in weiter Entfernung.**

**UG:** Also auf jeden Fall psychotherapeutisch und psychiatrisch, aber auch andere Anlaufstellen fehlen. Zum Beispiel denke man an Gewaltopfer, für die es zu wenig Beratungs- und Unterstützungsangebote gibt. Auch wenn man auf die Situation

von alten gehörlosen Menschen schaut. Da hat das GIA-Projekt der Uni Köln schon viele Weiterentwicklungen gebracht, u. a. die bislang deutschlandweit nur zwei Kompetenzzentren für Gehörlose Menschen im Alter in Dresden und in Essen. Diese sind zentrale Beratungs- und Vermittlungsstellen, die auch an anderen Stellen in Deutschland aufgebaut werden müssten. So gibt es eigentlich zu wenig Kompetenzzentren für alte Menschen, für Missbrauchs- oder für Gewaltopfer oder traumatisierte Patienten und andere.

**Einen fachlichen Dialog ohne Kommunikationsbarrieren anbieten, um eigenes Wissen zu erweitern und Erfahrungen mit Experten auszutauschen**

**MW: Wie kam es zu deiner Hörschädigung?**

**UG:** Bei uns liegt es in der Familie. Ich muss als Kind etwas besser gehört haben als heute, denn ich habe erst mit sechs Jahren, als ich in die Schule kam, Hörgeräte bekommen. Früher im Kindergarten hatte ich bereits Probleme beim Verstehen. Ich war im Kindergarten für hörende Kinder, weil es bei uns in der Nähe keinen Kindergarten für Schwerhörige oder Gehörlose gab.

**MW: Was kann man tun, dass eine bessere Versorgung aufgebaut wird?**

**UG:** Das ist ein komplexes Thema. Erst mal ist zu klären: wie soll die Versor-



Das Team des Behandlungszentrums für Hörgeschädigte der LWL-Klinik Lengerich

gung aussehen? Man kann z. B. ein Versorgungsangebot aufbauen, in dem entsprechend weitergebildete Hörende aktiv werden. So mache ich demnächst eine Schulung für ehrenamtliche Mitarbeiter des Weißen Rings, d. h. der Opferhilfe. Das sind alles Hörende und sie werden geschult, wie sie mit gehörlosen Opfern umgehen, kommunizieren und ihnen helfen können. Dies ist ein wichtiger Schritt, wobei nach meiner Erfahrung für viele Gehörlose aber auch die Schwelle zu hoch ist, zu Hörenden zu gehen und sich von ihnen Hilfe zu holen. Solche Angebote sind zwar ein erster und sehr wichtiger Schritt, doch ich denke, langfristig sollte es das Ziel sein, dass mehr Gehörlose und Schwerhörige selbst hauptberufliche oder ehrenamtliche Berater in unterschiedlichen Bereichen speziell für Hörgeschädigte werden. Das kann aber auch lange dauern, da damit verbunden auch manche Strukturen geändert werden müssen. Manche ursprünglich für Hörende aufgebaute Angebote sind föderalistisch organisiert, d. h. nach Bundesländern. Da es für spezielle Angebote für Hörgeschädigte nicht in jedem Bundesland genügend Nachfrage gibt, müssten diese Angebote zentralisiert werden, um stark zu sein. Dann kann es möglich werden, dass Hilfesuchende aus mehreren Bundesländern dort Hilfe bekommen und nicht abgelehnt werden, weil es dieses spezielle Angebot in ihrem Bundesland nicht gibt. Es muss sich lohnen, die Berater hierfür auszubilden. Dafür ist auch eine ausreichende Nachfrage notwendig.

**MW: Ja, aber ich denke, die Nachfrage ist so hoch?**

**UG:** Stell dir vor, jedes Bundesland bildet einen Berater, z. B. für Gehörlose mit Essstörungen aus, das sind 16 speziell ausgebildete Personen. Dann müssen betroffene Gehörlose ja auch erst mal bereit sein, dorthin zu gehen. Wie oft kommt tatsächlich ein Betroffener dorthin? Und auch der speziell ausgebildete Berater muss Erfahrungen sammeln und sich weiter qualifizieren, er braucht also auch genügend Personen, die er beraten kann. Ich meine, man sollte bei speziellen Angeboten für Gehörlose erst klein anfangen und schauen wie die Nachfra-



Bei einer Schulung von Mitarbeitern des Weißen Rings

ge aussieht. Dann könnte es sich eher lohnen, so fünf/sechs Anlaufstellen in Deutschland zu haben, die gut ausgebildete Berater mit spezieller Erfahrung haben und wo auch die Schwelle der Kommunikation für die Betroffenen nicht so hoch ist, dass sie dahin gehen können. Aber das ist jetzt erst mal ein guter Anfang, zum Beispiel beim Weißen Ring, Hörende für die Unterstützung Gehörloser weiterzubilden.

**MW: Lernen die Leute auch die Gebärdensprache?**

**UG:** Nein, nicht wie in Gebärdenskursen. Sofia Wegner und ich haben vom Gehörlosen Bund e. V. mit dem Weißen Ring e. V. ein Konzept zur Schulung bereits tätiger, ehrenamtlicher und hörender Mitarbeiter des Weißen Rings ausgearbeitet. Dieses umfasste zwei Wochenendschulungen im Februar und März 2017. Die Teilnehmer bekamen in der Zeit erst mal die Grundlagen über Gehörlose vermittelt: wie kann man mit Hörgeschädigten kommunizieren, wie berät man Hörgeschädigte, welche Hilfen für Gehörlose gibt es, wie kann man mit gehörlosen Gewaltopfern umgehen und sie unterstützen usw. Daher wurde mit den Teilnehmern auch mittels Rollenspielen geübt.

**MW: Das ist ja eine interessante Neuigkeit.**

**UG:** Ja, das bedeutet auch Änderungen und Verbesserungen der Hilfsangebote für Gehörlose. Beim Weißen Ring war es bis vor kurzem schwierig, über die Homepage per E-Mail-Kontakt dorthin

aufzunehmen. Durch die Zusammenarbeit kommt es zu einer bewussteren Wahrnehmung bestehender Hürden, die damit nach und nach abgebaut werden können. Das sind natürlich erste Schritte, um eine Verbesserung der Angebote für Hörgeschädigte zu erreichen, dass sie mehr Beratung und Unterstützung bekommen können.

**MW: Ich denke auch, dass viele die Adresse nicht kennen, wo es eine Beratungsstelle gibt. Das muss auch nach außen bekannt gemacht werden.**

**UG:** Das Problem des erschwerten Zugangs Gehörloser zur Opferhilfe und Gewaltprävention hat der Deutsche Gehörlosen-Bund erkannt und hat nun eine Beauftragte für Gewaltschutz. Das ist Sofia Wegner, sie ist selbst Psychologin und es gibt schon vereinzelt Anfragen an sie von Betroffenen. Mit diesen zunehmenden Angeboten können wir Erfahrungen sammeln und die Konzepte später ausbauen. Zumindest gibt es damit erstmal mehr Anlaufstellen und dann schauen wir, wie sich das entwickelt.

**MW: Du kennst die Welt Hörgeschädigter. Welcher Bereich ist bei hörgeschädigten Menschen besonders gefährdet, oder wo haben sie ihre Schwachstellen? Wo brauchen sie wirklich Hilfe?**

**UG:** Ich denke, es gibt hier viele Optimierungsmöglichkeiten. Auf jeden Fall im Frühförderbereich, im schulischen Bereich. Dass hier vor allem auch Gebärdensprache mehr eingesetzt wird. Deswegen war ja auch das Projekt: „Sprachen machen mich gesund!“ vom Gehörlosenbund, welches eine Übersicht zu den Frühförderkonzepten und -angeboten bietet, so wichtig. Es ist auch dessen Ziel, dass Kinder mehr und mehr mit Gebärdensprache aufwachsen können. Besonders im Rahmen der CI-Versorgung gehörloser Kinder, z. B. Eltern davon zu überzeugen, die Gebärdensprache zu verwenden oder auch Gebärdensprache in der Schule in einem inklusiven Konzept einzusetzen. Für CI-Kinder kann dies später im Beruf vorteilhaft sein, Gebär-

densprachdolmetscher nutzen zu können, weil sie trotzdem schwerhörig oder gehörlos bleiben und trotzdem kommunikative Schwierigkeiten haben. Ein anderer ist für mich der Bereich von Gewalt, z. B. bei der Frage des Umgangs damit, der Aufklärung und Prävention sowie u. a. der psychischen und gesundheitlichen Folgen. Es gibt zu wenig Informationen für Gehörlose, beispielsweise zu den Fragen, wie kann man sich selbst schützen, welche Unterstützung bekommt man, wie kann man mit bestimmten Problemen oder Folgen umgehen. Das sind für mich persönlich die Bereiche, die ich besonders im Auge habe, die für mich auch besondere Wichtigkeit haben. Daneben gibt es natürlich noch viele andere Bereiche notwendiger Verbesserungen von Hilfsangeboten, z. B. im Bereich von Arbeit, Studium und anderen.

**MW: Wie sieht es mit Gewalt aus? Welche Art von Gewalt kommt häufig vor? Oder gibt es etwas, was die Gehörlosen nicht merken?**

**UG:** Es gab 2011 ein Forschungsprojekt über Gewalt bei behinderten Frauen durch die Universität in Bielefeld. Sie haben herausgefunden, dass behinderte Frauen deutlich mehr als nicht behinderte Frauen unter verschiedenen Formen von Gewalt leiden. Und dann wurde eine Ergänzungsstudie mit gehörlosen Frauen durchgeführt und festgestellt, dass gehörlose Frauen noch mehr von Gewalt betroffen sind als andere behinderte Frauen. Dies betrifft psychische, sexuelle und körperliche Gewalt in verschiedenen Bereichen, u. a. Familie, Internat.

**MW: Woran liegt das?**

**UG:** Es gibt verschiedene Hinweise, die auf den Erfahrungen Betroffener basieren. Sabine Fries hat in der Ergänzungsstudie zehn gehörlose Frauen befragt. In diesem Zusammenhang hat der Gehörlosen-Bund mit Sabine Fries vor drei Jahren noch zwei Workshops durchgeführt zusammen mit gehörlosen Frauen, die aus der Verbandsarbeit kamen. Insgesamt ergaben sich verschiedene Gründe für Gewalt: Einmal ist die Kommunikation in der hörenden Familie sehr gering, auch der Informa-

tionsstand der hörenden Eltern bzgl. Gehörlosigkeit oder ihr Umgang mit den Kindern ist nicht angemessen. Zum anderen kommt es vor, dass Hörende die tatsächliche oder vermeintliche Schwäche der Gehörlosen, die unzureichende Kommunikation mit der hörenden Welt, ausnutzen. Dann fehlt es Gehörlosen häufig an den Begriffen, z. B. was ist sexuelle Anmache, ist Anfassen bereits sexuelle Gewalt oder an die Brust fassen? Viele mittlerweile erwachsene gehörlose Frauen berichteten im Nachhinein, es sei für sie normal, an Brust oder Po angefasst zu werden, was eigentlich nicht normal und nicht akzeptabel ist. Als Kinder hatten sie nicht gelernt, wo ihre Grenze ist oder zu sagen, „Nein, das darf man nicht“ oder „Ich will das nicht“. Und das ist ein Komplex mit so vielen problematischen Aspekten, wo noch viel getan werden muss. Wichtig sind und waren dabei die Erfahrungsberichte von den betroffenen Frauen selbst aus den Interviews und denjenigen, die an den Workshops zu Gewalt an Frauen teilgenommen haben. Sowohl, um künftig mehr Prävention in Bezug auf Gewaltsituationen bei Gehörlosen leisten zu können, als auch andere Problembereiche erkennen und diese verbessern zu können, sind noch viele weitere Projekte erforderlich. Allerdings habe ich dabei auch festgestellt, wenn man Finanzierungen für Projekte haben möchte, erwarten Politiker u. a. Geldgeber, Nachvollziehbarkeit und handfeste

In einer psychotherapeutischen Einzelsitzung



Zahlen, wobei es sehr schwierig ist, ihnen die besondere Situation Gehörloser zu vermitteln. Das bedeutet also, wenn man wissenschaftliche Untersuchungen machen möchte, muss man viel, viel mehr handfeste Nachweise und wissenschaftliche Ergebnisse haben, um gegenüber der Politik sagen zu können, das und das brauchen wir.

**Als Kinder hatten sie nicht gelernt, wo ihre Grenze ist oder zu sagen: „Ich will das nicht“**

**MW: Ist das so schwierig nachzuweisen?**

**UG:** Wir haben beim Deutschen Gehörlosen-Bund versucht, verschiedene Projekte auf den Weg zu bringen. Dann wird immer wieder gesagt: „Gehörlose sind eine zu kleine Gruppe“ oder „Andere Behindertengruppen haben dieselben Fragen schon beantwortet, das kann man doch ausnutzen, nutzen Sie das!“ Und so wird immer wieder verhindert, Geld zu geben. Ich weiß von Universitäten, die versuchen, für Projekte für Gehörlose Geld zu bekommen. Sie haben ebenfalls mit den gleichen Problemen zu kämpfen, dass es für Hörende unheimlich schwierig ist zu begreifen oder nachzuvollziehen, warum Gehörlose etwas Spezielles brauchen oder dass es eine spezielle Kultur ist, eine spezielle Situation mit ganz anderen Voraussetzungen als das, was schon für Hörende da ist. Ich meine, daher kann nicht die Situation von Rollstuhlfahrern oder Blinden, die zwar auch eine besondere Situation haben, für die Lebenswelt Gehörloser passen.







# Demo in Karlsruhe

>>> Am 5. Mai 2017 fand in Karlsruhe die Demo für mehr Chancengleichheit und Anerkennung der Gehörlosengemeinschaft statt

**A**nlässlich des Europäischen Protesttags zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung riefen der Gehörlosenverein Karlsruhe 1900 e.V., der Gehörlosensportverein Karlsruhe 1948 e.V., der Stadt- und Kreisverband der Hörgeschädigten Karlsruhe e.V., der Landesverband der Gehörlosen Baden-Württemberg e.V. und der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. zur Demonstration auf. Hadi Rahmani, der Zweite Vorstand des Gehörlosensportvereins Karlsruhe 1948, organisierte den Protest.

### Forderungen

Die Forderung der Veranstalter war die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe hörbehinderter Menschen. Dazu gehört:

- > kommunikative Barrierefreiheit für Menschen mit Hörbehinderung in allen Lebensbereichen
- > die Übernahme von Dolmetscherkosten im Ehrenamt und im privaten Bereich für Volkshochschulkurse, kulturelle Angebote oder für die Beratung bei Banken und



### Rechtsanwälten

- > die klare Regelung der Kostenübernahme für Dolmetscher bei Behandlungen im Krankenhaus
- > ein barrierefreier Notruf über eine Notruf-App mit einer bundesweit einheitlichen Nummer
- > vollständige Untertitelung und fünf Prozent Gebärdenspracheinblendung im Fernsehen

- > die gesetzliche Verankerung des Rechts hörbehinderter Eltern mit hörenden Kindern auf Elterngespräche, Elternabende und Veranstaltungen in der Schule und im vorschulischen Bereich mit finanziertem Gebärdensprachdolmetscher

Für diese Forderung wurden Unterschriften vom Landesverband der Gehörlosen Baden-Württemberg gesammelt und Sozialminister Lucha übergeben.

### Schätzung

Der Deutsche Gehörlosen-Bund und der Landesverband der Gehörlosen

Baden-Württemberg schätzen, dass gehörlose Menschen für gesellschaftliche Teilnahme die Kostenübernahme von 15 Dolmetscherstunden im Monat benötigen.

### Bundesverfassungsgericht

Begleitet von lautstarkem Pfeifkonzert und unterstützt von Rasseln, kam der Demonstration am Bundesverfassungsgericht an. Die folgenden Reden wurden öfter von lautstarker Zustimmung der Demonstranten unterbrochen. Hadi Rahmani bedankte sich bei den zirka 3000 Demonstranten. „Heute“, meinte er, „haben hier Hörende Bar-



Helmut Vogel hält eine Ansprache vor dem Bundesgerichtshof



# Neuigkeiten vom Deutschen Gehörlosen-Bund e.V.



Wolfgang Bachmann, Zweiter Vizepräsident des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V.

heruntergeladen werden. Im Moment ist dieser Dienst jeden Tag von 8:00 bis 23:00 Uhr erreichbar. Bisher hat der Telefonvermittlungsdienst Tess die Kosten für einen Notrufdienst freiwillig übernommen. In Zukunft sollen diese Kosten vom Deutschen Staat getragen werden. Die geänderte Rechtslage muss nun von der Bundesnetzagentur zügig umgesetzt werden, so dass im Laufe

des Jahres 2018 der Dienst 24 Stunden am Tag und sieben Tage die Woche verfügbar sein wird.

## Ab 2018 Notruf in Gebärdensprache rund um die Uhr

Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries hat ihr Versprechen zum barrierefreien Notruf gehalten. Auf der Pressekonferenz vom 18. Juli 2017 im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat sie den Telefonvermittlungsdienst persönlich mit Wolfgang Bachmann, Zweiter Vizepräsident des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V., ausprobiert und ein Telefongespräch in Deutscher Gebärdensprache und Deutscher Lautsprache geführt. Sie überzeugte sich selbst, dass das Telefongespräch einwandfrei funktioniert. Bisher ist nur der Telefonvermittlungsdienst Tess-Sign & Script - Relay-Dienste für hörgeschädigte Menschen GmbH auf dem Markt bekannt, welche die Voraussetzungen zum barrierefreien Notruf in Gebärdensprache und Schriftsprache erfüllt. Der Dolmetschdienst ist über das Internet mit einer kostenlosen MMX-Software zu erreichen. Die Telefonvermittlungsdienste funktionieren mit allen Betriebssystemen für PC, Laptop, Tablet und Smartphone. Dafür muss nur aus dem Google Playstore oder Apple Store die kostenlose Tess-APP

## Einladung zur Wahlkampfveranstaltung mit Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. veranstaltet am Samstag, dem 2. September 2017, im Gehörlosenzentrum Berlin, Friedrichstraße 12 eine Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl 2017. An der Podiumsdiskussion nehmen teil:

- Steffen Helbing (CDU), gehörlos und Kandidat für die Bundestagswahl der CDU-Landesliste, Listenplatz 12 und Erster Vorsitzender des Landesverbandes der Gehörlosen Brandenburg e.V.
- Mechthild Rawert (SPD), Bundestagsabgeordnete seit 2005 für Berlin-Tempelhof-Schöneberg; kandidiert auf Listenplatz 5 der SPD-Landesliste Berlin
- Margit Glasow (DIE LINKE), Inklusionsbeauftragte der Partei DIE LINKE und Mitglied im SprecherInnenrat der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik und freie Journalistin mit dem Schwerpunkt Inklusion



- Corinna Ruffer (Bündnis 90/Die Grünen), Bundestagsabgeordnete und Sprecherin für Behindertenpolitik der Bundestagfraktion seit 2013, kandidiert auf Platz 3 der Landesliste Rheinland-Pfalz
- Helmut Vogel, Präsident des Deutschen Gehörlosen-Bund e.V., Fachbeiratsleiter „Soziales“ und Bundesreferent für das Bundesteilhabegesetz
- Dr. Ulrike Gotthard, Präsidiumsmitglied des Deutschen Gehörlosen Bundes, Fachbeiratsleiterin „Gesundheit“ und Bundesbeauftragte für psychische und körperliche Gesundheit bei Gehörlosen

Die Moderation übernimmt Daniel Büter, Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit im Bundeskompetenzzentrum des Deutschen Gehörlosen-Bund e.V.. Hauptthema der Podiumsdiskussion ist die Behinderten- und Sozialpolitik in Bezug auf unsere Wahlprüfsteine. Die Wahlprüfsteine orientieren sich an den 13 Handlungsfeldern des Nationalen Aktionsplan 2.0 der Bundesregierung (NAP 2.0) zur UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) und an den über 60 Empfehlungen des UN-Vertragsausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Die Wahlkampfveranstaltung mit Podiumsdiskussion wird in Deutscher Gebärdensprache und in Deutscher Lautsprache gedolmetscht. Der Eintritt ist frei. Um Anmeldung wird bis Donnerstag, 24. August 2017 gebeten

unter: [info@gehoerlosen-bund.de](mailto:info@gehoerlosen-bund.de)

Der DGB freut sich auf zahlreiches Kommen und eine spannende Diskussion!

## Neue Leitung für die 6. Deutschen Kulturtage der Gehörlosen

Die 6. Deutschen Kulturtage der Gehörlosen unter dem Motto „Unsere Kultur mit Gebärdensprache: inklusiv und gleichwertig“ werden vom 17.05.2018 bis 19.05.2018 in der Metropolis Halle des Filmparks Potsdam-Babelsberg in der Nähe von Berlin stattfinden. Eine Besonderheit der kommenden Veranstaltung wird das 25-jährige Jubiläum der Deutschen Kulturtage der Gehörlosen sein, das gebührend gefeiert werden soll. Organisiert werden die „6. Deutschen Kulturtage, der Gehörlosen“ neben der Ersten Vizepräsidentin Ma-

rietta Schumacher als Verantwortliche und Ansprechpartnerin der Kulturtage durch die Projektleitung. Diese steht seit dem 01.07.2017 unter der Leitung von Ludwig Herb und Vera Koplin. Unterstützt wird das Leitungsteam durch das Organisationsteam, bestehend aus 25 Mitgliedern, das sich in zwölf Gruppen den unterschiedlichen Veranstaltungsbereichen widmet. Alle weiteren Informationen zur Veranstaltung, den Tickets und dem Veranstaltungsprogramm

finden Sie unter:  
[www.gehoerlosen-kulturtage.de](http://www.gehoerlosen-kulturtage.de)

Redaktion

### Weitere Infos

Kontaktaten von Vera Koplin, Ludwig Herb und Lisa Leonhardt:  
[herb@gehoerlosen-kulturtage.de](mailto:herb@gehoerlosen-kulturtage.de)  
[koplin@gehoerlosen-kulturtage.de](mailto:koplin@gehoerlosen-kulturtage.de)  
[sponsoring@gehoerlosen-kulturtage.de](mailto:sponsoring@gehoerlosen-kulturtage.de)  
[www.gehoerlosen-kulturtage.de](http://www.gehoerlosen-kulturtage.de)



Kulturtage 2012 in Erfurt

## Technik, die begeistert

## Lichtsignalanlagen & mehr

Rauchwarnmelder BE1480

Anzeige

**Bellman Visit.**  
Rauchwarnmelder sind Lebensretter.  
Schützen Sie Ihre Lieben und Ihr Zuhause.

**Sichern Sie sich den Zuschuss Ihrer Krankenkasse!**

REHA  
COM  
TECH



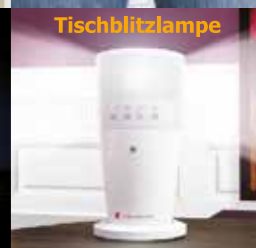
Telefonsender



Vibrationsempfänger



Alarmwecker



Tischblitzlampe

Bellman Signalanlage. Signalisiert Feuer, Türklingel, Telefon, Fax/Handy, Babyruf.



Mobile Phone Sensor

Reha-Com-Tech | Schönbornstraße 1 | 54295 Trier | Fon: 0651-99 45 680  
Fax: 0651-99 45 681 | Mail: [info@reha-com-tech.de](mailto:info@reha-com-tech.de) | [www.reha-com-tech.de](http://www.reha-com-tech.de)

Deutscher  
Gehörlosen-Bund

DGB-Präsident Helmut Vogel, Rudi Sailer,  
Alexander von Mayenn, Gerlinde Gerken  
und Prof. Dr. Ulrich Hase (v. l.)



TEILHABE  
INKLUSION  
AUFKLÄRUNG  
BILDUNG  
ANERKENNUNG  
BÄRDENSPRACHE  
MEINSCHAFT  
LBSTBEWUSSTSEIN  
MMUNIKATION

# BUNDESVERSAMMLUNG



# 90 Jahre DEUTSCHER GEHÖRLOSENBUND

>>> Im Rahmen des jährlichen Bundestreffens (20. bis 22. Oktober 2017) mit den Landes- und Fachverbänden feierte der deutsche Gehörlosenbund seinen 90. Geburtstag in Bremen. Die Abendveranstaltung wurde für die Basis auf Facebook via Livestream übertragen

**B**evor am Samstagabend die Jubiläumsfeier stieg, konzentrierten sich die Verbände am Vortag auf die wichtige Bundesversammlung im Gehörlosenzentrum Bremen. Die Delegierten folgten der Tagesordnung zügig. Laut Helmut Vogel verlief die Bundesversammlung effizient.

### Eilantrag

Der DGB hat drei Tage vor der Bundesversammlung einen Eilantrag

eingereicht, in dem er bat, die neubearbeiteten Jahresabschlüsse 2009 bis 2013, die bereits per Mail an ihre Mitglieder versendet wurden, vorzulegen und zu besprechen. Grundlage hierfür war das Treffen des geschäftsführenden Vorstandes mit dem alten Vorstand im September 2016. Bernd Schneider vom Landesverband der Gehörlosen Bayern übernahm die Moderation. Ausschlaggebend war, dass in den alten Jahresabschlüssen Rechnungen

enthalten waren, die nicht im gleichen Geschäftsjahr überwiesen wurden. Die neu überarbeiteten Jahresabschlüsse mit Rechnungen, die in das Geschäftsjahr gehörten, in dem die Leistung getätigt worden war, sollen helfen, die Schuldenursachen zu finden. Der geschäftsführende Vorstand um Helmut Vogel fühlte sich dazu gegenüber seinen Mitgliedern und der Öffentlichkeit insbesondere der großen solidarisierten Spendengemeinschaft, die erheblich

zur Rettung des Verbandes beigetragen hat, verantwortlich.

### Aussprache, auch mit Sailer

Das Kommen Rudolf Sailers, des Präsidenten bis 2014, wurde mit Überraschung zur Kenntnis genommen. Einige Besucher fanden es mutig. In der zwei Stunden dauernden Aussprache mit ihm wurde festgestellt, dass der Überschuss von 2008 bereits in 2009 sehr schnell nach dem Präsidentenwechsel zu Rudolf

Sailer aufgebraucht wurde. Ein Grund war die Finanzierung des neuen Personals. Rudolf Sailer meldete sich zu Wort und erklärte, dass die Gegenfinanzierung durch Spenden, Mittelabrufe usw. folgen sollte und so die entsprechenden Entscheidungen für die Ausgaben getroffen wurden. Über das große Minus zeigte er sich erschrocken. Das Ausmaß hatte er so nicht erwartet, sonst hätte er anders gehandelt.

### Überprüfung durch Rechtsanwalt

Der geschäftsführende Vorstand wollte nicht mehr endlose Diskussionen über die Schulden und ihre Ursachen mit dem alten Vorstand führen und hatte Rechtsanwalt Ulrich Horrion beauftragt, die Situation rechtlich und finanziell auf der Grundlage der Jahresabschlüsse von 2008 bis 2014 zu prüfen. Die schriftliche Einschätzung von Horrion ergab, dass

sich zum Thema Strafrecht weiterhin keine konkreten Anhaltspunkte ergeben. Bilanzfälschungen sind für sich genommen im Gegensatz zu Kaufleuten nach HGB im Vereinsrecht nicht strafbar. Im Vereinsrecht ist eine Bilanzfälschung nur in Verbindung mit Steuerhinterziehung strafbar. Untreue nach § 266 StGB ist nicht gegeben. Untreue ist ein Vorsatzdelikt, wobei beim Täter Wissen und Wollen der Tatbestandsverwirklichung vorliegen. Bestraft wird bei Untreue, die Verletzung der Pflicht zur Wahrnehmung fremder Vermögensinteressen, was aber bei nicht jeder schlechten Amtsführung Tatbestand und strafbar ist. Es muss ein messbarer Vermögensnachteil entstehen, und diese Erfordernis ist nach den Unterlagen nicht greifbar. Nur wenn es Finanzbeschränkungen durch die Mitgliederversammlung in einer neuen Geschäftsordnung gäbe, könne man einen Missbrauchstatbestand des § 266 StGB gelten mache, wenn der Vorstand seine Befugnisse aus dem Innenverhältnis überschreitet. Zum anderen sind die Verjährungsvorschriften bei gegebener Untreue nach § 77 Abs. 3 Nr. 4 StGB mit fünf Jahren zu beachten und somit sind alle Taten vor dem 17.10.2012 verjährt.

### Krisenursachen

Rechtsanwalt Horrion führte im mehrseitigen Schreiben vom 18. Oktober 2017 die Krisenursachen auf. Einmal beruhen sie im Wesentlichen auf Fehlverhalten des tätig gewesenen alten Präsidenten bis 2014. Darunter



Bianca Demmig, Vorsitzende der Deutschen GL-Jugend



Tatjana Binggeli und Helmut Vogel arbeiten länderübergreifend zusammen



Die Delegierten der Bundesversammlung



Helmut Vogel und Michael Wohlfahrt geben die Haushaltsführung bekannt

die hohen Personalkosten, die in 2008 noch 28,4 Prozent der Umsatzerlöse betrug, wobei sie jährlich zunahm, bis auf einen Rückgang 2012 und dann einem Anstieg ab 2013 und zuletzt 2014 bei 149,15 Prozent lag. Zum anderen war die Buchführung unzureichend und widersprüchlich, so dass es dazu führte, dass es den jederzeitigen Überblick erschwerte und die Gefahr bestand, die Gemeinnützigkeit zu verlieren. Die fehlerhafte Buchführung bei den

Kulturtagen 2012, die zu einer Versagung der Umsatzsteuererstattung führte, trug dazu bei, dass die Schuldensumme sich erhöhte. Des Weiteren fehlte die Beschränkung der Handlungsvollmacht des Präsidiums durch die Mitgliederversammlung. Bei der Umsetzung des Bundeskompetenzentrums hat der alte Präsident eine alleinige Entscheidung getroffen und damit verbunden über die Überziehungsvereinbarung von über 50.000 Euro entschieden.

### Nicht umfassend informiert

Die Bundesversammlung war in den Jahren 2009 bis 2014 durch andere Jahresabschlüsse nicht ausreichend und vollständig informiert worden, um entsprechend eingreifen zu können. Die Revisoren hatten bereits gewarnt, dennoch passierte es. Verständlich war, dass beim weiteren Verlauf der Versammlung berechtigte Fragen bzgl. der Kulturtag-Finanzierung kamen. Der geschäftsführende Vorstand arbeitet

## Technik, die begeistert

## Lichtsignalanlagen & mehr

Rauchwarnmelder BE1480

Anzeige

**Bellman Visit.**  
Rauchwarnmelder sind Lebensretter.  
Schützen Sie Ihre Lieben und Ihr Zuhause.

Sichern Sie sich den Zuschuss Ihrer Krankenkasse!



Reha-Com-Tech | Schönbornstraße 1 | 54295 Trier | Fon: 0651-99 45 680  
Fax: 0651-99 45 681 | Mail: info@reha-com-tech.de | www.reha-com-tech.de



Telefonsender



Vibrationsempfänger

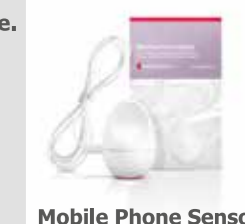


Alarmwecker



Tischblitzlampe

Bellman Signalanlage. Signalisiert Feuer, Türklingel, Telefon/Fax/Handy, Babyruf.



Mobile Phone Sensor



## Wie wird der 4. Bildungskongress 2019 in Deutschland ausgerichtet werden?

Tatjana Binggeli über die Organisation des Bildungskongresses in der Schweiz

transparent, um das Beteiligungsrecht der Mitgliederversammlung nach der Krise wieder zu stärken und auch um das Vertrauen wiederzugewinnen.

### Lösungsvorschläge

Rechtsanwalt Horrion schlug vor, einen starken Finanzausschuss einzurichten, um zukünftige Fehlentwicklungen der genannten Art zu vermeiden. Das heißt, in der Satzung soll der Finanzausschuss als das dritte Satzungsorgan neben Vorstand und Bundesversammlung eingerichtet werden. Die Mitgliederversammlung soll dann den Finanzausschuss wählen, der auch die Revisoren-Tätigkeit durchführen soll. Der Finanzausschuss soll ein eigenständiges Recht erhalten, die Einberufung von außerordentlichen Bundesversammlungen zu verlangen. Weiter wurde empfohlen, die Geschäftsordnung zu überarbeiten. Bei Einzelausgaben, auch bei Personaleinstellungen, ist die Zustimmung des Finanzausschusses einzuholen, bei höheren Summen die Zustimmung der Bundesversammlung. Hinzu kommt jederzeitiges Einsichtsrecht, Erstellung einer Zwischenbilanz und Haushaltsplanung.

### Wie geht es weiter?

Für die kommende Zeit will das Präsidium den Fokus auf das Finanzthema legen und an den Verbesserungen gemeinsam mit der Mitgliederversammlung arbeiten. Ein Finanzausschuss besteht bereits. Mit der langen Aussprache zum Thema ist die Strafverfolgung abgehakt,

da sie nach rechtlicher Begutachtung nicht gegeben ist. Das Ziel für die nächste Versammlung ist, die neuen Jahresabschlüsse, die die Vizepräsidentin Marietta Schumacher mit dem Schatzmeister Michael Wohlfahrt erstellt hat, von der Bundesversammlung genehmigen zu lassen, um das Thema endgültig abzuschließen. Das jetzige Präsidium will zudem die Verbände in der Mitgliederversammlung in einer neuen flacheren Hierarchie mehr in die Tätigkeiten einbeziehen.

### Im Gespräch = Meinungsbild

In Einzelgesprächen mit einigen Teilnehmern war erkennbar, dass das Thema mit der Schuldenkrise noch schwer im Magen liegt. Zuversicht ist mit dem neuen Präsidium da. Angst vor neuen Fehlern besteht, dennoch soll mit dem leidigen Thema abgeschlossen werden. Für das Kommen von Rudi Sailer, um sich den Fragen stellen, gab es auch Zustimmung. Für ihn war es sicherlich nicht einfach, da er durch die „finanzielle Katastrophe“ bereits tief im Ansehen gesunken ist, und die Wertschätzung und Anerkennung für seine Leistungen damit vernichtet wurde. Das wiegt in so einer kleinen Gehörlosengemeinschaft sicherlich noch schwer und braucht vielleicht Zeit. Dennoch sollte man nicht vergessen, was er trotz der Fehlritte geleistet hat.

### Gewinn

Der Jahresabschluss von 2016 weist einen Gewinn von 30.000 Euro auf und der Vorstand wurde von der Mitglieder-

versammlung als oberstem Organ des Verbandes entlastet. Mittlerweile hat der DGB einen Kontostand von ca. 150.000 Euro zu verzeichnen. Selbstverständlich gehören die Mittelabruflzahlungen für die laufenden Projekte mit dazu, die den Betrag in Form von Ausgaben mindern werden. Dennoch zeigten alle vorgelegten Zahlen, dass der DGB nach der Schuldenkrise weiterhin einen finanziell gesunden Kurs fährt.

### Kritischer Punkt – Mitgliedsbeiträge

Einen kritischen Punkt sieht der Schatzmeister bei den Entwicklungen der Mitgliedsbeiträge. Die Einnahmen der Mitgliedsbeiträge müssen stabil bleiben, da bei Projektfinanzierungen auf Eigenmittel zurückgegriffen werden muss. Die Einnahmen über Mitgliedsbeiträge sollten sich erhöhen, da der DGB langfristig plant, auf einer guten soliden finanziellen Basis mehr Personal einzustellen, um politische Ziele zu verfolgen. Das Präsidium ist fachlich im finanziellen Bereich gut aufgestellt, da der Schatzmeister Michael Wohlfahrt Betriebswirt ist und die Vizepräsidentin Marietta Schumacher lange als Buchhalterin gearbeitet hat. Nach der Bekanntgabe der positiven Zahlen meinte Helmut Vogel, dass er sich bei den Neuwahlen im nächsten Jahr gerne wieder für das Amt des Präsidenten zur Verfügung stellt. Michael Wohlfahrt ist bereit, an seiner Seite die Finanzgeschäfte des DGBs zu verwalten.

### Politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit

Vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) wird die Stelle des Daniel Büters zu 90 Prozent für drei Jahre finanziert. Seine Aufgaben beim DGB bestehen darin, die politische Arbeit voranzubringen und die Gehörlosengemeinschaft zu informieren und stärken. Die Arbeit am Bundesteilhabegesetz haben Helmut Vogel und sein Team sehr viel Kraft gekostet. Die intensive, gute und unermüdliche Arbeit des DGB bestätigte Hubert Hüppe, ehemaliger Behindertenbeauftragter der Bundesregierung und ehemaliges Mitglied des Bundestages, lobend in seinem Grußwort auf der Jubiläumsfeier.



Die Teilnehmer

### Kulturtag 2018 in Potsdam

Das Projektteam wurde von Ludwig Herb vorgestellt. Die Anmeldungen laufen ein, die Finanzierung durch „Aktion Mensch“ wurde nach Antragstellung im März endlich Ende September bewilligt. Mit der kommenden Veranstaltung feiert der DGB auch 25 Jahre Kulturtag. Die Veranstaltung sollte über eine gGmbH organisiert werden, was auf Empfehlung des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands fallen gelassen wurde. Um die Finanzen gut zu verwalten, wurde ein Finanzausschuss für die Kulturtag gegründet. Thomas Worsecck vom Gehörlosenverband Hamburg und Wolfgang Reiner vom Landesverband

der Gehörlosen Baden-Württemberg wurden mit 80 Stimmen einstimmig gewählt. Für Sozialhilfeempfänger und Flüchtlinge, die zur Veranstaltung kommen wollen, gab die KUGG-Vorsitzende Dorothy Buhr die Empfehlung, Teilhabepakete beim örtlichen Sozialamt zu beantragen,

um einen finanziellen Zuschuss für die Eintrittskarte zu erhalten.

### In Potsdam werden 2018 auch 25 Jahre Kulturtag gefeiert

### Überlegungen für den Bildungskongress 2019

2010 wurde der erste Bildungs- und Fachkongress für den deutschsprachigen Raum unter der Präsidentschaft von Rudolf Sailer durchgeführt. Sein Ziel war, das Bewusstsein für Bildung

durch Gebärdensprache zu schaffen, auf dieser Veranstaltung durchgängig zu erleben und die Einbeziehung von tauben Menschen als Fachleute voranzubringen. Der zweite Kongress fand 2013 in Wien statt, 2016 in Österreich. Beide Verbände wurden eingeladen. Die Österreicherin Helene Jarmer konnte nicht kommen, schickte eine Videobotschaft, um von diesen Erfahrungen zu berichten. Die Präsidentin des schweizerischen Gehörlosenverbandes SGB-FSS, Dr. Tatjana Binggeli, berichtete vom letzten Jahr und gab die Auswertungsergebnisse gleich mit. Zusammen wurde die Ausgestaltung des vierten Kongresses in Deutschland überlegt und diskutiert. Die Fragestellung ist, wie effektiv und ressourcenorientiert so eine Veranstaltung organisiert werden muss, um eine breite Zielgruppe zu erreichen und die Nachhaltigkeit der Veranstaltung sicherstellen zu können.

Anzeige

## Sonic Boom - Der platzsparende Reisewecker

### Kompakter Reise-Vibrationswecker



- Weckt mit starker Vibration
- Beleuchtbare und gut lesbare Anzeige
- Weckwiederholung
- Wird einfach in den Kopfkissenbezug gelegt oder zwischen Matratze und Bettkasten geklemmt
- Durchmesser nur 9 cm
- Mit Reise-Etui



Ihr zuverlässiger Begleiter

## Jubiläumsfeier

Nach dem Ortswechsel ins „Borgfelder Landhaus“ kamen immer mehr Gäste zu den Delegierten hinzu. Der große Saal füllte sich, überall waren sprechende Hände zu sehen. Die alten Präsidenten waren auch gekommen: Professor Ulrich Hase, Gerlinde Gerkens, Alexander von Meyenn und Rudolf Sailer. Die Basis feierte von überall her mit – via Livestream auf Facebook. Nach dem Abendessen führte die Moderatorin Conny Khadivi durch das Abendprogramm. Die Auftritte von Gebärdensprachkünstler Giuseppe Giuranna sorgten für eine – laut Conny Kadivis Worten: „Augenmassage“. Die Grußworte hatten eine persönliche Note. Der Ostdeutsche Karl-Heinz Kunze übergab zum 90. des DGBs ein besonders wertvolles Buch, das die Geschichte der DDR beschreibt. Die Schweizerin Tatjana Binggelli begrüßte die gute Zusammenarbeit mit dem DGB und überreichte einen Scheck in Höhe von 700 Euro für den runden Geburtstag. Weitere Grußworte machten den Geschenketisch voller und voller.

## Exkurs: Gehörlosengeschichte zu DGB

Die organisierte Hörbehindertenbewegung in Deutschland gibt es bereits 170 Jahre. In Berlin wurde 1848 der erste „Taubstummverein“ gegründet. Seit 1892 gab es deutschlandweit Organisationen für „Taubstumme“, in denen sich gebärdensprachlich/bilingual orientierte Gehörlose und Schwerhörige zusammenfanden. Erst am 15./16. Januar 1927 wurde der „Reichsverband der Gehörlosen Deutschlands“ (Regede) als eine eigenständige Organisation in Weimar gegründet. Darin organisierten sich die Landes- und Stadtverbände der Gehörlo-

sen. Die Gleichschaltung, Entmachtung und Auflösung erfolgte 1944 während der nationalsozialistischen Diktatur. Nach dem Krieg gründete sich die Organisation am 14./15. Januar 1950 unter dem Namen „Deutscher Gehörlosen Bund“ wieder. Seitdem vertritt der DGB mit seinen 16 Landesverbänden und zehn bundesweiten Fachverbänden in der 90-jährigen Tradition der Verbandsarbeit die Interessen der deutschen Gebärdensprachgemeinschaft. Aktuell zählt der Deutsche Gehörlosenbund 28.000 Mitglieder/innen in über 530 Vereinen.

## Verleihung: Karl-Wacker-Ehrenplakette

Die erste Laudatio hielt Professor Ulrich Hase für einen besonderen Mann: Siegmund Prillwitz, dem für sein besonderes Engagement die Karl-Wacker-Plakette verliehen wurde. Er erkannte als Linguist und Wissenschaftler, dass die deutsche Gebärdensprache keine Anhäufung von Einzelzeichen, sondern wie die Lautsprache ein Zeichensystem mit einer eigenen Grammatik ist. Für ihn war es bereits früh klar, dass ein gehörloses Kind von hörenden Eltern die Gebärdensprache von Anfang an benötigt. Dies gab er 1985 auf dem Internationalen Gebärdensprachkongress im Congress-Centrum Hamburg bekannt. Dies war zur damaligen Zeit sehr umstritten. Siegmund Prillwitz setzte sich weiterhin für die Gebärdensprache und Gehörlosen ein. Mit dem Aufbau des Instituts für deutsche Gebärdensprache an der Universität Hamburg wurde der Weg zur Gebärdensprachforschung bereitet. Auch war er der Antreiber, der zu Professor Ulrich Hase immer wieder sagte, sich beim DGB als Präsidenten zu engagieren. So kam es auch. Professor Ulrich Hase wurde 1989 Präsident des DGB, was den großen Vorteil mit sich brachte, dass sich die Wissenschaft und der Gehörlosenbund ab dem Zeitpunkt einig waren, was die Gebärdensprache anging. Leider konnte Siegmund Prillwitz aus gesundheitlichen Gründen nicht dabei sein. Er zeigte sich in einem Schreiben höchst

erfreut über die besondere Anerkennung und betonte, dass die Gehörlosen selbst die Wegbereiter waren. Professor Ulrich Hase wird die Plakette persönlich überbringen.

## Ehrungen für zwei taube Persönlichkeiten

Martin Domke hielt die nächste Laudatio für Erhard Müller, einen gehörlosen Sozialpädagogen und in der ostdeutschen Landesebene aktiven Vorsitzenden, der sich nach dem Fall der Mauer für die Verbesserung der Beratungssituation Gehörloser einsetzte sowie zwischen Ost und West vermittelte und das Zusammenwachsen mit dem DGB förderte. Die weitere Laudatio für Hans-Wolfram Kleefeld hielt Rudolf Gast aus Bayern über eine Videobotschaft, da er aus gesundheitlichen Gründen nicht kommen konnte. Kleefeld war von 1972 bis 2004 als Erzieher im Berufsbildungswerk für Hör- und Sprachgeschädigte Nürnberg tätig und hat sein Ehrenamt von kleinen in größere Ämtern bis zur langjährigen Führung als Vorsitzenden des Bezirksverbandes der Gehörlosen Mittelfranken ausgebaut. Er war in vielen anderen Bereichen z. B. in Gebärdensprachkursen, damals noch LBG und in der Prüfungskommission bezüglich der Gebärdensprachlehre aktiv. Müller und Kleefeld sind zwei Größen, die bereits die Bundesverdienstkreuze als Auszeichnung erhielten. Hinzu kommt die Auszeichnung vom DGB: die Karl Wacker Plakette. Beide fühlten sich geehrt und waren gerührt über diese Geste des DGBs.

## Sekt für alle

Zum Abschluss der Feier stiegen die fünf Präsidenten – Professor Ulrich Hase, Gerlinde Gerkens, Alexander von Meyenn, Rudolf Sailer und Helmut Vogel – auf die Bühne. Professor Ulrich Hase sagte: Mit fünf Präsidenten wurde es geschafft, den Kampf und die Anerkennung der Gebärdensprache zu erreichen. Auf weitere zehn Jahre bis zum 100. Geburtstag stießen alle Gäste mit Sekt an. Ein gelungener Abend, was vor drei Jahren undenkbar gewesen wäre!

Bericht und Fotos: Sandra Gogol



Prof. Dr. Ulrich Hase hält die Ansprache

Der SGB-FSS überreichte das Jubiläumsgeschenk: 700 Euro für den DGB

Die Karl-Wacker-Ehrenplakette für Erhard Müller



Gut, gelaunte Gäste



Ein Hoch auf die 90!



IM INTERVIEW

# HELMUT VOGEL

>>> Die Kulturtage waren der Schwerpunkt des Gesprächs, das Chefredakteur Marc Weigt mit dem Präsidenten des Deutschen Gehörlosen-Bundes (DGB) am 26. Februar 2018 führte. Doch nicht nur das, Helmut Vogel gab einen Einblick in die Planungen für die Zukunft des DGBs



**Marc Weigt: Hallo Helmut, wie geht es dir?**  
**Helmut Vogel:** Mir geht es gut!.

**MW: Was gibt es Neues vom DGB oder von den Kulturtagen?**

**HV:** Ich fange mit dem DGB an. Der DGB hat seit 1. Februar 2018 eine neue Mitarbeiterin für die Verwaltung eingestellt. Es war eine Ausschreibung und die Stelle konnte besetzt werden. Die neue Mitarbeiterin arbeitet mit dem Bundeskompetenzzentrum zusammen und übernimmt Verwaltungsaufgaben. Und die Vorbereitungen für die Deutschen Gehörlosen Kulturtage laufen auf Hochtouren. In drei Monaten ist bereits der Countdown für die Kulturtage. Das Organisationsteam hat alle Hände voll zu tun.

**MW: Gibt es etwas, was du den Lesern von Life InSight mitteilen willst?**

**HV:** Die Kulturtage sind eine große Veranstaltung für Gehörlose, man kann sogar sagen, die größte Veranstaltung in Deutschland. Wir werden so viel wie möglich an diesen Tagen anbieten. Geplant ist ein Rahmenprogramm für Erwachsene und Kinder. Es gilt, alles zusammen zu verknüpfen: Künstlerprogramm, Referentenprogramm, Kinderprogramm. Um einen guten Ablauf zu gewährleisten. Die Organisation läuft seit einem Jahr. Wir haben vieles geschafft. Die Herausforderung ist sehr hoch. Wir haben eine einfache, leere Halle gemietet. Das Programm wird größtenteils in dieser Halle stattfinden. Diese muss ausgestattet werden. Es müssen mobile Wände errichtet werden, Licht muss verlegt werden, die Bewirtung braucht in der Halle einen Platz. Außerhalb der Halle sind zusätzliche Toiletten. Zudem werden draußen Wagen stehen, die Essen und Getränke ausgeben. Bei so einer großen Veranstaltung sind viele Vorschriften zu beachten.

**MW: Welche Gründe sprechen für den Veranstaltungsort Potsdam-Babelsberg?**

**HV:** Bei den Kulturtagen 2012 in Erfurt hat das frühere Präsidium beschlossen, die Kulturtage 2018 in Berlin

stattfinden zu lassen. Der Deutsche Gehörlosen-Bund hat eine Umfrage unter den Mitgliedsverbänden, welcher Verband Interesse an der Ausrichtung hat, gemacht. Wir vom Präsidium haben versucht, einen passenden Raum in Berlin zu bekommen. Eine Location war zu teuer und aufgrund der Flüchtlingskrise waren auch einige Hallen besetzt. In Potsdam-Babelsberg gibt es die älteste Filmgesellschaft der Welt. Babelsberg ist eine Medienstadt, und da haben wir die Metropolis-Halle von der Größe passend für die Kulturtage gefunden.

**MW: Kann man die Eintrittskarte schon kaufen?**

**HV:** Ja, die Karten sind teilweise ausverkauft. Es gibt zwei verschiedene Eintrittskarten. Einmal die Eintrittskarte für die Kulturtage von Donnerstagmittag bis Samstagmittag mit Zutritt zum Programm mit den Referenten, mit der Eröffnungsfeier und auch für Talkshows an beiden Abenden. Diese Karten (2.200 Tickets) sind bereits ausverkauft. Es gibt eine Warteliste, falls jemand absagt oder sich noch Plätze ergeben. Das müssen wir abwarten. Drei Monate vor Beginn der Kulturtage sind die Karten bereits ausverkauft. Das heißt, die Leute haben großes Interesse. Wir haben im Januar 2018 bereits 400 Tickets verkauft. In den verkauften Tickets sind die 320 Karten enthalten, die die Unterstützer als Gegenleistung erhielten, die zu gründende Tochtergesellschaft des DGB, die gGmbH, zu unterstützen.

**MW: Und das zweite Ticket?**

**HV:** Das zweite Ticket ist der Eintritt zum Galaabend, also zum Höhepunkt der Kulturtage. Die Gäste erwartet ein sehr exklusives Kulturprogramm. Es werden die Kulturpreise verliehen. Wahrscheinlich gibt es vier Ehrungen von herausragenden Persönlichkeiten in der Gebärdensprachgemeinschaft. Für den Galaabend sind noch Tickets frei. Bisher

sind 1.300 Karten verkauft. Von 20 bis etwa 22.30 Uhr wird es ein Kulturprogramm geben, danach startet die Deaf Party mit toller Musik.

**MW: Das Organisationsteam wurde ausgewechselt. Was war los?**

**HV:** Das Organisationsteam besteht aus ungefähr 20 Personen. Ungefähr ein Drittel der Personen wurde ausgewechselt, weil die Leute nicht mehr weitermachen wollten und konnten. In diesem Team haben wir zwei Stellen für hauptamtliche Mitarbeiter für die Kulturtage, also angestellt beim DGB. Davon läuft die Stelle für die Projektleitung über 18 Monate und die Stelle für die Projektkoordination über 12 Monate. Seit Januar 2018 arbeiten Petra Alaei als Projektleiterin und Benjamin Busch als Projektkoordinator. Die Arbeit wurde durch die Neubesetzung von Mitarbeitern verzögert, aber nicht unterbrochen.

**MW: Es wird viele Aussteller auf den Kulturtagen geben.**

**HV:** Ja, etwa 45 Aussteller, Firmen, Vereine und Institutionen aus Deutschland werden einen kostenpflichtigen Stand haben. Künstler bekommen einen freien Stand. Auch drei Fotografen, die sich bis Ende März auf unseren Wettbewerb bewerben, bekommen einen freien Foto-stand. Die Fotografen erhalten als Prämie 500 Euro und die Filmemacher 1000 Euro. Die Filme werden bei Talkshows am 17. und 18. Mai abends gezeigt. Diese Filme und Fotos werden danach auf der



Homepage der Kulturtage des DGB zu sehen sein.

**MW: Gibt es spezielle Pläne oder etwas Neues für die Zukunft?**

**HV:** Einmal muss die gGmbH notariell gegründet werden. Dafür ist ein Geschäftsführer nötig. Der Geschäftsführer darf nicht vom Vorstand des DGBs sein. So hat es die Bundesversammlung beschlossen. Es muss eine Person sein, die die Kompetenz mitbringt.

**MW: Was muss der Geschäftsführer leisten?**

**HV:** Der Geschäftsführer muss planen und kalkulieren können, ähnlich wie jetzt speziell für die Kulturtage. Die nächsten Kulturtage 2022, das ist dann die Aufgabe der gGmbH. Der nächste Fachkongress 2019 sollte auch von der gGmbH durchgeführt werden. Der letzte Fachkongress war 2016 in der Schweiz in Bern. Für den nächsten Fachkongress sind wir vom DGB zuständig. Eine gGmbH ist gemeinnützig. Der Geschäftsführer muss sich mit einer gGmbH auskennen, Anträge stellen, Personalverwaltung beherrschen usw. Der Vorstand des



Leitungsteam der 6. Kulturtage des DGBs in Potsdam 2018 (v. l.): Benjamin Busch (Projektkoordinator der Kulturtage), Marietta Schumacher (Finanzreferentin für die Kulturtage und Erste Vizepräsidentin des DGBs), Helmut Vogel (Leiter der Programmkommission für die Kulturtage und Präsident des DGBs), Petra Alaei (Projektleiterin der Kulturtage)





Das Organisations-Team in Aktion

DGBs hat die Aufsicht. Die operativen Arbeiten gehen vom Geschäftsführer der gGmbH aus. Es ist eine einhundertprozentige Tochtergesellschaft des DGB, also noch mal für den DGB eine Absicherung.

**MW: Welche wichtigen Vorteile hat die gGmbH?**

**HV:** Die gGmbH hat den Vorteil, dass sie sich nur um große Veranstaltungen kümmert. In unserem Fall sind es die Kulturtage im Mai und der Fachkongress 2019. Durch die gGmbH wird der DGB finanziell nicht belastet, falls die gGmbH durch die Kulturtage einen Verlust macht. Es geht bei den Kulturtagen um einen finanziellen Umlauf von einer halben Million. Zum Vergleich, die Kulturtage dauern drei Tage und kosten eine halbe Million. Der DGB macht ansonsten kleine Veranstaltungen mit einem kleinen finanziellen Umlauf. Das ist ein neuer Weg für den DGB. Falls etwas schief läuft, betrifft es die gGmbH, der DGB bleibt davon unberührt. Dennoch, der DGB-Vorstand hat eine Aufsichtsfunktion, muss Berichte anfordern. Der DGB kann sich nicht fahrlässig auf die gGmbH verlassen, sondern steht auch in der Pflicht, dass alles gut läuft.

**MW: Gibt es noch weitere Neuerungen?**

**HV:** Der zweite Punkt ist, wir müssen weitere Mitgliederausweise ausgeben und mit diversen Firmen eine Kooperation eingehen, wodurch die DGB-Mitglieder mit ihrem Ausweis Vorteile bekommen. So dass Gehörlose eine Gegenleistung

bekommen, beispielsweise mit einem Vorteil etwas bestellen können. Wir haben ungefähr 28 000 Mitglieder, für die wir einen Ausweis über die Gehörlosenvereine, Gehörlosensportvereine usw. ausstellen können. In der modernen Zeit braucht man eine Gegenleistung. Dass die Mitglieder sehen, ich habe viele Vorteile davon, im DGB Mitglied zu sein. Der Ausweis wird von Gehörlosenverein beantragt und kostet für 10 Jahre 2,50 Euro. Wenn man aus dem Verein austritt, muss man den Mitgliedsausweis zurückgeben. Für junge Leute ist es dann auch attraktiver in einen Verein zu gehen und den Beitrag zu zahlen, wenn es auf der anderen Seite einen Vorteil gibt. Der DGB hat viele Netzwerke, die genutzt werden können. Der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband hat für seine Mitglieder einen Ausweis mit vielen Vorteilen. Der Landesverband der Gehörlosen Bayern hat verschiedene Kooperationen mit guten Erfahrungen gemacht. Es sollte in Deutschland einheitliche Mitgliedsausweise geben.

**MW: Das sind schon zwei Neuigkeiten und die dritte?**

**HV:** Ich hoffe, dass wir bei den Kulturtagen wenig Verlust machen werden. Also, wir werden einen minimalen Verlust haben, mehr Ausgaben als Einnahmen. So zeigen es die Vorausberechnungen. Derzeit sind vier Mitarbeiter angestellt, inklusive der angestellten Mitarbeiter für die Kulturtage. Eine Mitarbeiterin kommt im März dazu, dann haben wir fünf Mitarbeiter. Wenn mit den Kulturtagen alles gut geht, kommt im Sommer

noch eine Person hinzu. Der Grund ist, dass im Moment die politische Arbeit sehr intensiv ist und mit viel Arbeit verbunden. Daniel Büter, Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit, ist seit Juli 2017 durch die Finanzierung der Bundesregierung für drei Jahre angestellt. Es wird 90 Prozent der Vergütung bezahlt, den Rest muss der DGB tragen. Es ist so viel Arbeit, dass wir eine zweite Person benötigen. Hoffen wir, dass es im Sommer oder spätestens im Herbst mit einer zweiten Person klappt, um die Arbeit bewältigen zu können. Jetzt im Februar ist eine Verwaltungskraft dazu gekommen. Im März bekommen wir noch eine Assistentin in Teilzeit, eine weitere Unterstützung für das Präsidium. Im Sommer/Herbst die vierte Person beim DGB. Die zwei Personen für die Kulturtage sind bis zum August bzw. Dezember dieses Jahres angestellt. Dazu sollte der Geschäftsführer für die gGmbH im Laufe des Jahres gefunden und angestellt werden.

**MW: Wie sind die Verwaltung und die Arbeiten des Präsidiums organisiert?**

**HV:** Das Präsidium hatte alle zwei Wochen eine Sitzung am Abend mit Webcam über Skype. Wenn etwas Wichtiges anstand, hatten wir jede Woche eine Sitzung. Wir sind fünf Leute, Marietta Schumacher, Wolfgang Bachmann, Michael Wohlfahrt, Dr. Ulrike Gotthardt und ich. Bianca Demmig ist für die Deutsche Gehörlosen-Jugend im Präsidium dabei. Daniel Büter ist nicht mehr im Präsidium, da er angestellt ist.

Daniel Büter arbeitet 35 Stunden in der Woche im Bundeskompetenzzentrum und besucht in dieser Zeit politische Veranstaltungen, auch Abgeordnete und organisiert Fachtagungen. Wir vom Präsidium sind ehrenamtlich tätig. Der DGB vertritt die Interessen für Gehörlose und die Gebärdensprachgemeinschaft auf der Bundesebene in Deutschland. Das Präsidium ist der gesetzliche Vertreter nach außen. 26 Mitgliedsverbände, 16 Landesverbände und 10 bundes-

weite Fachverbände treffen sich einmal im Jahr zur Bundesversammlung.

**MW: Was bist du von Beruf?**

**HV:** Erziehungswissenschaftler und Historiker. Dazu bin ich Dozent, hauptsächlich für Kultur, Geschichte und Politik der Gehörlosen, und gebe Unterricht an verschiedenen Institutionen, beispielsweise für Gebärdensprachdozenten und Dolmetscher für DGS/Deutsch. Ich habe vor meinem Amt als Präsident auch Forschungsprojekte gemacht. Ich war Film- und Buchautor. Durch das Präsidentenamt arbeite ich nur noch als Dozent. 2008 habe ich mit einem eigenen Büro als Freiberufler angefangen, mit Forschungsarbeiten für die Projekte und als Dozent.

**MW: Wie sieht die Zukunft aus?**

**HV:** Bei der letzten Bundesversammlung in Bremen habe ich bekannt gegeben, dass ich mich zur Wahl bei der nächsten Bundesversammlung in Magdeburg im Oktober 2018 als Präsident zur Verfügung stelle. In Vorbereitung für die nächsten vier Jahre ist, welches Ar-

beitsprogramm wir anbieten wollen. Es müssen alle laufenden Projekte beendet werden. Im Oktober werden die Weichen in Magdeburg gestellt.

**MW: Was willst du anbieten?**

**HV:** Ich kann noch nichts sagen, da das Arbeitsprogramm zum Herbst hin ausgearbeitet wird und werde sehen, ob es andere Kandidaten gibt.

**MW: Wir sind in einem spannenden und ereignisreichen Jahr, das mit sehr viel Arbeit und persönlichem Einsatz aller Beteiligten erfolgreich beendet werden will. Ich wünsche mir, dass alle Gehörlosen das zu schätzen wissen und dementsprechend handeln.**

**Helmut, ich wünsche dir persönlich alles Gute, viel Erfolg bei deiner Arbeit und danke für das Interview. Dann bis zum Wiedersehen spätestens im Mai in Babelsberg.**

Interview: Marc Weigt  
Fotos: Helmut Vogel und Marietta Schumacher



# Arbeitsassistentenz

Der Deutsche Gehörlosen-Bund will mehr



>>> Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. (DGB) ist mit der Antwort der Bundesregierung zur Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE über „Probleme bei der Gewährung des Rechtsanspruchs auf Arbeitsassistentenzleistungen“ nicht zufrieden

Der DGB strebt weiter an, die Teilhabe für Menschen mit Hörminderung am Arbeitsleben zu verbessern und die Kommunikation für Arbeitnehmer sicherzustellen. Siebzehn Fragen umfasste die Kleine Anfrage. Die Antwort der Bundesregierung enthielt Statistiken, teilweise wurden Fragen nicht beantwortet. Die Antwort zu den ersten drei Fragen zeigte, dass die Fallzahlen zur Bewilligung von Anträgen zur Kostenübernahme einer notwendigen Arbeitsassistentenz in den letzten zehn Jahren stetig gestiegen sind und sich in diesem Zeitraum fast verdoppelt haben. Entsprechend dem stetigen Wachsen der Fallzahlen sind auch die für die Arbeitsassistentenz aufgewandten Mittel in den letzten zehn Jahren stetig gestiegen. Die Fragen vier bis sieben konnten nicht beantwortet werden. Dass die Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen (BIH) eine Empfehlung zur Arbeitsassistentenz erarbeitet hat, ist aus Sicht der Bundesregierung nicht zu kritisieren, war die Antwort zur Frage acht.

## Zwei Fragen

Die Fragen 9, 10 und 14 wurden gemeinsam beantwortet: Sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf, falls Integrationsämter pauschal den Arbeitsassistentenzbedarf kürzen und nicht bedarfsgerecht gewähren? Sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf, falls Menschen mit Behinderungen, die Arbeitsassistentenzleistungen erhalten, von den Integrationsämtern in die Arbeit-

geberrolle gedrängt würden, obwohl zuvor die Arbeitsassistentenz problemlos über einen Dienstleister oder über den Arbeitgeber des Leistungsberechtigten organisiert wurde?

## Antwort der Bundesregierung

Die Fragen betreffen die konkrete Umsetzung der Regelungen des SGB IX durch die Integrationsämter der Länder und werden wegen dieses sachlichen Zusammenhangs gemeinsam beantwortet. Die Arbeitsassistentenz war jüngst Gegenstand mehrerer Gerichtsentscheidungen. So hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden, dass die Ausübung einer Teilzeitbeschäftigung dem Anspruch auf Übernahme der Kosten einer notwendigen Arbeitsassistentenz für eine daneben

ausgeübte weitere Erwerbstätigkeit nicht entgegenstehe (Urteil vom 23. Januar 2018, BVerwG 5 C 9.16). Bei einer selbständigen Tätigkeit steht der Bewilligung einer notwendigen Arbeitsassistentenz nicht entgegen, dass nur geringe Einkünfte erzielt werden (Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, Urteil vom 6. Oktober 2017, OVG 6 B 86.15). Das Verwaltungsgericht Dresden hat entschieden, dass das gesetzliche Wunsch- und Wahlrecht grundsätzlich dahingehend ausgeübt werden darf, das Dienstleistungsmodell zu wählen (Beschluss vom 17. Februar 2017, 1 L 179/17). Die Bun-

desregierung geht davon aus, dass die zuständigen Landesbehörden die für ihr Verwaltungshandeln maßgebliche Rechtsprechung beachten und sieht insoweit keinen Handlungsbedarf.

## Frage 11

Warum nach Kenntnis der Bundesregierung die Integrationsämter die Honorarsätze der Gebärdensprachdolmetscherinnen und Gebärdensprachdolmetscher gemäß dem JVEG (Justizvergütungs-/Entschädigungsgesetz) nicht anpassen, antwortete die Bundesregierung wie folgt: Die Kostenerstattung der Tätigkeit von Gebärdensprachdolmetscherinnen

und Gebärdensprachdolmetschern ist, abhängig vom Anlass ihrer Inanspruchnahme, unter-

schiedlich geregelt. Das JVEG kommt als Anspruchsgrundlage für die Erstattung der Honorarkosten nicht in jedem Fall zur Anwendung. Nach aktueller Rechtsprechung ist Bezugspunkt für die Verweisungen auf das JVEG die Ausführung von Sozialleistungen und nicht die Sozialleistung selbst (Urteil des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz vom 30. Mai 2016 – 7 A 10583/15.OVG). Daraus folgt, dass das JVEG nur zur Anwendung kommt, wenn die Gebärdensprachdolmetscherleistung bei der Ausführung von Sozialleistungen erbracht wird. In diesem Fall werden Gehörlose und hörbehin-



Arbeitsassistentenz Förderfälle 2008 – 2017 (Quelle: BIH-Statistik)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
<b>Baden-Württemberg</b>	164	180	208	204	231	253	274	303	397	397
<b>Bayern</b>	173	170	168	213	229	247	281	292	282	341
<b>Berlin</b>	168	198	227	242	251	244	420	326	579	479
<b>Brandenburg</b>	34	32	46	32	43	37	37	97	91	90
<b>Bremen</b>	26	29	48	33	58	64	77	76	65	71
<b>Hamburg</b>	329	342	324	310	315	265	279	278	455	507
<b>Hessen</b>	208	289	322	322	280	309	321	328	309	310
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	25	27	31	31	43	37	42	42	55	55
<b>Niedersachsen</b>	86	98	102	89	69	99	99	108	131	152
<b>NRW – Rheinland</b>	199	251	254	274	319	342	344	286	388	365
<b>NRW – Westfalen-Lippe</b>	160	174	195	237	248	278	314	320	338	360
<b>Rheinland-Pfalz</b>	70	73	55	59	52	52	52	65	70	67
<b>Saarland</b>	10	0	0	12	15	12	12	12	16	10
<b>Sachsen</b>	123	96	169	152	137	210	203	261	249	245
<b>Sachsen-Anhalt</b>	59	58	59	67	60	61	77	81	104	79
<b>Schleswig-Holstein</b>	59	54	49	74	64	71	71	70	98	113
<b>Thüringen</b>	30	33	26	30	30	41	46	60	48	49
<b>Insgesamt</b>	1923	2104	2283	2381	2474	2622	2949	3005	3673	3690



Die Aufgabe des BIH ist die Sicherung der Integration schwerbehinderter Menschen im Arbeitsleben

derte Menschen genauso gestellt wie im Verwaltungs- und Gerichtsverfahren. Dies ist zum Beispiel in der Kommunikation mit Sozialleistungsträgern bei der Beantragung von Leistungen der Fall. Stellt hingegen die Gebärdensprachdolmetscherleistung selbst die bewilligte Sozialleistung dar, wie z. B. im Fall der Erstattung der Kosten für eine notwendige Arbeitsassistenz, richtet sich die Vergütung nicht nach dem JVEG. In diesen Fällen wird von jedem Integrationsamt eigenständig geregelt, welche Honorarsätze bezahlt werden.

**Frage 12**

In welcher Weise stehen nach Auffassung der Bundesregierung die Empfehlungen der BIH und die Praktiken der Integrationsämter im Einklang mit der UN-Behindertenrechtskonvention und mit den abschließenden Bemerkungen über den ersten Staatenbericht Deutschlands des UN-Ausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen?

**Antwort**

In seinen abschließenden Bemerkungen zur ersten Staatenprüfung Deutschlands zur UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) hat der UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen Deutschland u. a. empfohlen, durch entsprechende Vorschriften wirksam einen inklusiven, mit dem Übereinkommen in Einklang stehenden Arbeitsmarkt zu schaffen. Damit knüpft er an Artikel 27 UN-BRK an, wonach die Vertragsstaaten das Recht behinderter Menschen auf Arbeit und Beschäftigung anerkennen. Insbesondere beinhaltet es das Recht der Betroffenen, ihren Lebensunterhalt in einem offenen, inklusiven

sowie zugänglichen Arbeitsmarkt und -umfeld durch Arbeit zu verdienen. Die Vertragsstaaten sichern und fördern dieses Recht durch geeignete Schritte. Der Artikel konkretisiert in einem umfangreichen Katalog in Artikel 27 Absatz 1 Satz 2 Buchstaben a) bis k) UN-BRK arbeitsspezifische Maßnahmen. Auch wenn die Arbeitsassistenz in dem Katalog nicht ausdrücklich aufgeführt ist, wird auch sie grundsätzlich vom Recht auf einen inklusiven Arbeitsmarkt miteingefasst. So sollen die Vertragsstaaten sicherstellen, dass angemessene Vorkehrungen am Arbeitsplatz für Menschen mit Behinderungen getroffen werden (Artikel 27 Absatz 1 i). Angemessene Vorkehrungen (reasonable accommodation) sind nach Artikel 2 Absatz 4 UN-BRK notwendige und geeignete Anpassungen, die keine unverhältnismäßigen oder unbilligen Belastungen darstellen und die bei Erfordernis vorgenommen werden, um zu gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen alle Menschenrechte und Grundfreiheiten genießen oder ausüben können. Ein Vorenthalten angemessener Vorkehrungen stellt gemäß Artikel 5 Absatz 3 i. V. m. Absatz 2 UN-BRK eine Diskriminierung dar. Allerdings wird dieser Rechtsanspruch auf Arbeitsassistenz und damit das Recht auf angemessene Vorkehrungen i. S. d. UN-BRK auch nach den Schilderungen der Fragesteller durch das Verhalten der genannten Behörden der Länder nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Vielmehr geht es nicht um das „Ob“, sondern das „Wie“ der

**„Damit unterliegt die Umsetzung von Artikel 27 UN-BRK grundsätzlich dem (sozial-)rechtlichen Gestaltungsspielraum“**

Leistungserbringung. Insoweit ist dann zu berücksichtigen, dass das Recht auf Arbeit und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen aus Artikel 27 UN-BRK zum Kreis der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen (WSK-)Rechte zählt. Das Recht auf Arbeit und Beschäftigung unterliegt als WSK-Recht daher dem Progressionsvorbehalt des Artikels 4 Absatz 2 UN-BRK, wonach die Vertragsstaaten der UN-BRK diese Rechte nach und nach im Rahmen der verfügbaren Mittel umzusetzen haben. Damit unterliegt die Umsetzung von Artikel 27 UN-BRK grundsätzlich dem (sozial-)rechtlichen Gestaltungsspielraum.

Leistungserbringung. Insoweit ist dann zu berücksichtigen, dass das Recht auf Arbeit und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen aus Artikel 27 UN-BRK zum Kreis der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen (WSK-)Rechte zählt. Das Recht auf Arbeit und Beschäftigung unterliegt als WSK-Recht daher dem Progressionsvorbehalt des Artikels 4 Absatz 2 UN-BRK, wonach die Vertragsstaaten

**„Damit unterliegt die Umsetzung von Artikel 27 UN-BRK grundsätzlich dem (sozial-)rechtlichen Gestaltungsspielraum“**

der UN-BRK diese Rechte nach und nach im Rahmen der verfügbaren Mittel umzusetzen haben. Damit unterliegt die Umsetzung von Artikel 27 UN-BRK grundsätzlich dem (sozial-)rechtlichen Gestaltungsspielraum.

**Frage 13**

In welcher Weise sich die Bundesregierung mit den Ländern in dieser Angelegenheit ausgetauscht hat, kam die Antwort: Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales ist regelmäßiger Gast im Arbeitsausschuss Schwerbehindertenrecht der BIH. Bei der letzten Sitzung dieses Ausschusses am 22./23. März 2018 wurde auch die Entwicklung der Rechtsprechung zur Arbeitsassistenz diskutiert. Die BIH hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion und Rechtsprechung die BIH-Empfehlung Arbeitsassistenz einer kritischen Überprüfung unterzieht.

**Frage 15**

Ob die Bundesregierung eine steuerfinanzierte Arbeitsassistenz in Erwägung zieht wurde geantwortet: Für eine Änderung der Finanzierungsgrundlage besteht

aus Sicht der Bundesregierung keine Veranlassung. Mit einer Finanzierung der Arbeitsassistenz aus Steuermitteln wären keine Vorteile für die Leistungsberechtigten verbunden.

**Frage 16**

Ob der Bundesregierung Schnittstellenprobleme bei gleichzeitigem Bezug von Leistungen für ein persönliches Budget und Arbeitsassistenzeleistungen bekannt sind, die Menschen mit Behinderungen diskriminieren und ihre Selbstbestimmungsrechte einzuschränken, wurde geantwortet: Schnittstellenprobleme, die geeignet sind, Menschen mit Behinderungen zu diskriminieren und ihre Selbstbestimmungsrechte einzuschränken, sind der Bundesregierung nicht bekannt. Grundsätzlich sind persönliche Budgets

auf der Grundlage der nach Kapitel 4 des ersten Teils des SGB IX getroffenen Feststellungen so zu bemessen, dass der individuell festgestellte Bedarf gedeckt wird und die erforderliche Beratung und Unterstützung erfolgen kann. In Kapitel 4 wird für alle Rehabilitationsträger verbindlich das neue Teilhabeplanverfahren in § 19 SGB IX vorgegeben, sofern Leistungen verschiedener Leistungsgruppen oder mehrerer Rehabilitationsträger erforderlich sind. Der leistende Rehabilitationsträger ist dafür verantwortlich, dass die nach dem individuellen Bedarf voraussichtlich erforderlichen Leistungen hinsichtlich Ziel, Art und Umfang funktionsbezogen und schriftlich so zusammengestellt werden, dass sie nahtlos ineinandergreifen. Auch die Integrationsämter sind an der Durchführung zu

beteiligen bzw. können ein Teilhabeplanverfahren anstelle des leistenden Rehabilitationsträgers durchführen.

**Frage 17**

Interessant war die Antwort auf die Frage, ob die Bundesregierung eine Notwendigkeit, auch für betriebliche, schulische und überbetriebliche Ausbildung eine Assistenz zu garantieren erkennt? Wenn nein, warum? Wenn ja, was wird sie hier unternehmen? Hier war die Antwort: Assistenzleistungen bei Ausbildung fallen nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung unter § 49 SGB IX (BVerwG 5C 24/11 vom 10. Januar 2013 zu Kommunikationshilfen und BSG B 11 AL 8/12 R vom 04. Juni 2013 zu Gebärdensprachdolmetschern). Vor diesem Hintergrund wird kein Handlungsbedarf gesehen.

# Der DGB nahm wie folgt auf die Antwort der Bundesregierung Stellung:

Die 1.923 bewilligten Anträge zur Kostenübernahme einer notwendigen Arbeitsassistenz aus dem Jahr 2008 sind im Jahr 2017 mit 3.690 Anträgen fast um das Doppelte gestiegen. Uns fehlt jedoch ein Gesamtüberblick der gestellten, abgelehnten oder zurückgezogenen Anträge. Außerdem sind wir dennoch überrascht über diese Anzahl, da wir annahmen, dass es mehr Menschen mit Behinderungen gibt, die Arbeitsassistenzeleistungen erhalten. In Deutschland leben laut Bericht zur Statistik der schwerbehinderten Menschen des statistischen Bundesamtes 2014 insgesamt 315.799 Menschen mit Sprach- und Hörbeeinträchtigungen. Der Gesamtbetrag der Integrationsämter für Arbeitsassistenzeleistungen ist von 12,31 Mio. Euro im Jahr 2008 auf 32,35 Mio. Euro im Jahr 2017 fast um das Dreifache gestiegen. Uns fehlt die Aufteilung der Arbeitsassistenzeformen (Gebärdensprachdolmetscher, Schriftdolmetscher, Kommunikationsassistenz, Mobilitätsassistenz, etc.), die Klärung der Honorar- bzw. Stundensätze für Formen der Arbeitsassistenz und

die Aufteilung der Behinderungsarten der LeistungsempfängerInnen.

Die Integrationsämter der Länder richten sich im Hinblick auf die Vergütung der GebärdensprachdolmetscherInnen nicht immer nach dem Justizvergütungs-/Entschädigungsgesetz (JVEG), weil

Gebärdensprachdolmetscher nur bei der Ausführung von Sozialleistungen nach dem JVEG bezahlt werden, wenn sie selbst die Sozialleistung nicht sind (Urteil des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz vom 30.05.2016 - 7 A 10583/15). Das ist absurd, da Dolmetscherleistungen für uns immer noch Sozialleistungen sind. Die Begründung der Bundesregierung ist nicht nachvollziehbar und unzutreffend.

Die Formulierung „aufgrund gesetzlicher Vorgaben in §19 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 4 SGB X i.V. mit dem JVEG“ aus der alten BIH-Empfehlung seit 2008 wurden aus der aktuellen BIH-Empfehlung (14.09.2014) entfernt. Im Jahr 2013 wurde das JVEG durch das 2. KostRMdG reformiert, worin der Stundensatz von 55 Euro auf 75 Euro erhöht wurde. Wir befürchten, dass die GebärdensprachdolmetscherInnen vermehrt Angebote mit Vergütungen nach dem JVEG in anderen Bereichen annehmen. Die Konsequenz wäre, dass es



Helmut Vogel

für die Gehörlose und Menschen mit Hörbehinderungen sehr schwierig ist, eine/n Gebärdensprachdolmetscher/in im Bereich Arbeit zu bekommen. Im schlimmsten Fall könnten viele Betroffene

arbeitslos werden, da die kommunikativen Barrieren nicht beseitigt werden können. Wir fordern eine gerechte, einheitlich vorgegebene und angemessene Vergütung der GebärdensprachdolmetscherInnen in allen Bereichen.

Man stelle sich vor, ein Gehörloser erhält die Zusage für eine neue Arbeit und beantragt die Leistung „Arbeitsassistentz“. Sein Chef bzw. Arbeitgeber beobachtet ihn während der Probezeit. Ohne Arbeitsassistentz wird die Arbeit dieses Gehörlosen nicht annähernd so verrichtet werden können, wie die eines hörenden Bewerbers. Wenn die Bewilligung erst eintritt, nachdem aufgrund der Kommunikationsprobleme der Arbeitsplatz bereits verloren ist, nutzt selbst ein positiver Bescheid vom Integrationsamt dem wieder arbeitslosen Hörbehinderten nichts. Er hatte somit keine Chance, seine ganze Arbeitsleistung zu erbringen und seine Fähigkeiten unter Beweis zu stellen.

Oft bringen lange Bearbeitungszeiten, wiederholte Rückfragen und unberechtigte Ablehnungen für ArbeitnehmerInnen mit Hörbehinderungen erhebliche Schwierigkeiten mit sich, die weit über den Arbeitsplatz hinauswirken.

Wir halten es für notwendig, die Dauer der Bearbeitung von Anträgen auf Arbeitsassistentz zu beschleunigen und einen Pauschalbetrag ab der Antragstellung bis zur Bewilligung zur Verfügung zu stellen. Damit würde die erste Kommunikationshürde genommen werden, bevor nach Wochen oder auch Monaten ein Bewilligungsbescheid vorliegt. Je schneller der Antrag bearbeitet wird, umso weniger muss die Pauschale in Anspruch genommen werden. Die Kappungsgrenze von 50 Prozent des gezahlten Arbeitgeberbruttos und von 50 Prozent der Arbeitszeit sollten abgeschafft werden. Der Bewilligungszeitraum sollte außerdem zwei Jahre betragen.

Im Koalitionsvertrag der 19. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages zwischen der CDU, der CSU und der SPD steht: Gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit werden wir die Ursachen der überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderungen genau analysieren und passgenaue Unterstützungsangebote entwickeln.

Im Koalitionsvertrag der 19. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages zwischen der CDU, der CSU und der SPD steht: Gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit werden wir die Ursachen der überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderungen genau analysieren und passgenaue Unterstützungsangebote entwickeln.

Im Hinblick auf die Verbesserung der Teilhabechancen von hörbehinderten Menschen, darauf die Inklusion im Arbeitsleben zu verwirklichen und damit

Im Hinblick auf die Verbesserung der Teilhabechancen von hörbehinderten Menschen, darauf die Inklusion im Arbeitsleben zu verwirklichen und damit

eine Forderung der UN-BRK (Artikel 27) zu erfüllen, messen wir der Leistung Arbeitsassistentz eine besonders hohe Bedeutung bei. Erst durch eine Arbeitsassistentz kann auch eine höhere Beschäftigungsquote der gehörlosen Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt erreicht werden.

In diesem Zusammenhang sollte auch darauf hingewiesen werden, dass in bestehenden Arbeitsverhältnissen und damit verbundenen bzw. dafür notwendigen Fortbildungsmaßnahmen die Nichtakzeptanz von begleitenden Arbeitsassistentzleistungen durch Arbeitgeber oder Veranstalter (z.B. die Ablehnung von Dolmetscheranwesenheit bei privaten Unternehmen) verstärkt geahndet wird. Die IA/IFDs erhalten hierbei mehr Handlungsspielraum, um davon betroffene Menschen zu unterstützen oder eine Ahndung in die Wege zu leiten. Betroffene bleiben in solchen Situationen nicht selten hilf- und unterstützungslos zurück. Wir werden unsere Anregungen und Vorschläge an die Arbeitsgruppe, welche im November 2018

zurück. Wir werden unsere Anregungen und Vorschläge an die Arbeitsgruppe, welche im November 2018

eine neue BIH-Empfehlung zur Arbeitsassistentz abgeben wird, weiterreichen und außerdem die 16 Landesverbände der Gehörlosen dazu anregen, die mit den zuständigen Integrationsämtern der Länder Kontakt aufnehmen werden, zufriedenstellende Antworten auf unsere Fragen abzugeben.

Redaktion (Pressemitteilung)



Teilhabechancen von hörbehinderten Menschen am Arbeitsmarkt durch Arbeitsassistentz

## 2. Staatenprüfung Deutschland im September



>>> In der Pressemitteilung vom 3. Juli 2018 berichtet der Deutsche Gehörlosen Bund e. V. (DGB) über den aktuellen Stand zum Umsetzungsprozess der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland. Die zweite Staatenprüfung steht in Kürze an

Die Staatenprüfung Deutschlands geht auf das Jahr 2015 zurück, als der UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen den ersten deutschen Staatsbericht zur UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) prüfte. Die Bemerkungen des Fachausschusses (Concluding Observations) über den ersten Staatsbericht Deutschlands wurden am 13. Mai 2015 veröffentlicht. Die Empfehlungen für die Umsetzung der UN-BRK wurden durch Bund, Länder und Kommunen angenommen und seither wurde daran gearbeitet.

### Aufforderung

Der UN-Fachausschuss fordert den Vertragsstaat nun dazu auf, bis spätestens 24. März 2019 seinen zweiten und dritten Bericht vorzulegen und darin die Informationen der vorliegenden abschließenden Bemerkungen zur Umsetzung aufzunehmen.

### Frageliste des DGB

Der Deutsche Gehörlosen Bund e.V. hat im April und Mai 2018, zusammen mit seinen 26 Mitgliedsverbänden (Landes- und Fachverbänden) und beteiligten Experten, eine Fragenliste im Zusammenhang mit dem zweiten Zyklus der Staatenprüfung Deutschlands formuliert. Am 15. Mai 2018 wurde die Fragenliste an das Kernteam, bestehend aus dem Deutschen Behindertenrat, der BAG der Freien Wohlfahrtspflege, den Fachverbänden für Menschen mit Behinderung und der LIGA Selbstvertretung, versendet.

### Gesamtfrageliste

Am 20. Juni 2018 hat dieses Kernteam eine Gesamtfrageliste, die inzwischen von über 50 Verbänden mitgetragen wird, und ein Update an die UN-Berichterstatler nach Genf übersandt. Das gemeinsame Ziel war es, die zivilgesellschaftlichen Kräfte zur 2. Staatenprüfung Deutschlands erneut zu bündeln. Von

unserer Seite wurden diverse Vorschläge und Begründungen in diese Gesamtfrageliste aufgenommen.

### Mit Spannung erwartet

Die zweite Staatenprüfung Deutschlands soll nach dem sogenannten vereinfachten Verfahren am 21. September 2018 in Genf stattfinden. Deutschland wird diesbezüglich nur Stellung zur Fragenliste nehmen. Diese Stellungnahme muss binnen sechs Monaten erfolgen. Anschließend erfolgt dann die Prüfung vor dem UN-Ausschuss in Genf, die im Frühjahr 2019 zu erwarten ist.

### Folgekatalog

Im Sommer 2018 wird der Forderungskatalog des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V. neu überarbeitet und aktualisiert. Er wird für die Diskussion bei der DGB-Bundesversammlung vom 26. bis 28. Oktober 2018 in Magdeburg vorbereitet.

Pressemitteilung DGB, Redaktion





Helmut Vogel, Präsident des Deutschen Gehörlosenbunds e.V.

>>> Gemeinsam mit dem deutschen Gehörlosenbund (DGB) e.V. organisierte der Gehörlosenverband Niedersachsen e.V. am 20. September 2018 ein Fachtreffen in Hannover, speziell für die Bildungsbeauftragten der Mitgliedsverbände des DGBs, aber auch für andere Gremium-Mitarbeiter/innen und Interessierte



**Z**iel dieser Veranstaltung war ein Informationsaustausch zum Themenkomplex zur Deutschen Gebärdensprache (DGS) als Unterrichtsfach in den Schulen aus fachwissenschaftlicher, schulstruktureller und pragmatischer Sicht zu ermöglichen, so dass bundesweit politische Handlungsanweisungen zur Etablierung der DGS als Unterrichtsfach entwickelt werden kann.

### Grußworte und Vorträge

Grußworte erteilte der Schulvertreter des Veranstaltungsortes Hartwig-Claußen-Schule, Jürgen Rode, der niedersächsische Kultusminister Grant Hendrik Tonne, der Präsident des Deutschen Gehörlosenbunds Helmut Vogel und die Zweite Vorsitzende des Gehörlosenverbands Niedersachsen Ludmila Schmidt. Die Moderation übernahm Bengt Förster, Beauftragter für Politik und Bildung des Gehörlosenverbandes Niedersachsen



Ludmila Schmidt, Zweite Vorsitzende des Gehörlosenverband Niedersachsen e.V.

e.V.. Verschiedene Vorträge von Prof. Dr. Claudia Becker (Humboldt Universität zu Berlin), Prof. Dr. Christian Rathmann (Humboldt Universität zu Berlin), Prof.

Dr. Barbara Hänel-Faulhaber (Universität Hamburg), Sieglinde Lemcke (Ernst-Adolf-Eschke-Schule, Berlin) und Magdalena Stenzel (Petition „Gebärdensprache umsetzen!“) rundeten neben den Vorträgen aus den Landesbildungszentren für Hörgeschädigte Hildesheim, Hannover und Osnabrück sowie den Förderschulen aus Niedersachsen die Tagung ab.

### Bisherige Entwicklung

Noch ist der Einsatz des Unterrichtsfaches DGS keine Selbstverständlichkeit in Deutschland. Vereinzelte Bundesländer wie Hamburg, das in den 1990er Jahren mit dem bilingualen Schulversuch startete, oder Berlin – sind in der bilingualen Bildung in Bezug auf Unterrichtsfach DGS Vorreiter. Nur in fünf Bundesländern (Bayern, Berlin, Brandenburg, Hamburg und Sachsen-Anhalt) gibt es Lehrpläne bzw. Curricula für DGS. Es ist nichts Neues, dass sich der Einsatz von

Gebärdensprache positiv auf die gesamte Entwicklung hörgeschädigter Kinder auswirkt. Weiter soll hörenden Kindern ermöglicht werden, Gebärdensprache in einem Unterrichtsfach zu erlernen. Dennoch hapert es an vielen Stellen.

### Gehörlose Kinder haben ein Recht auf Gebärdensprache!

Die UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) verweist in ihren Ausführungen ausdrücklich auf das Recht einer gebärdensprachlichen Bildung für hörgeschädigte Kinder und damit auf die Verpflichtung, diese auch strukturell zu ermöglichen. (vgl. § 24 UN-BRK). Die UN-BRK wurde im Dezember 2006



Prof. Dr. Claudia Becker (Humboldt Universität zu Berlin)

verabschiedet. Deutschland hat sie erst Februar 2009 ratifiziert. Die bundesweite Umsetzung fehlt immer noch. Die Online-Petition um Magdalena Stenzel zu „Gebärdensprache umsetzen!“ machte im Vortrag klar, wie wichtig die Umsetzung des Artikels 24 der UN-BRK ist und wie

die Initiative Druck auf die Politik macht. Mittlerweile ist die Unterstützter-Statistik bei über 14.000 Unterschriften.

### KMK ist zu langsam

In Deutschland ist Bildung Ländersache. Im Prinzip gibt es bei 16 Bundesländern unterschiedliche Ländervereinbarungen. Damit es einheitlicher wird oder zumindest vergleichbare Standards im Kulturbereich geschaffen werden, setzten sich die Kultusminister der Länder zur Kultusministerkonferenz (KMK) zusammen und geben Empfehlungen raus. Danach orientieren sich die Länder. Die Kultusministerkonferenz hat zum Beispiel 1996 eine Empfehlung zum Förderschwerpunkt Hören herausgegeben. Diese besagt, dass Gebärdensprache das Bildungsziel nur für Schüler/innen ist, die nicht über Lautsprache als primäres Kommunikationsmittel verfügen. Dies ist allerdings nicht mehr zeitgemäß und ein neuer Beschluss ist dringend erforderlich. Denn die Umsetzung in den jeweiligen Bundesländern ist nach wie vor schwierig.

### Versuch in 2015

Der Antrag von Berlin bei der KMK 2015 DGS als zweite Fremdsprache anzuerkennen wurde leider abgelehnt. Bundesländer dürfen aber „Einzelfalllösungen“ umsetzen, dennoch bleibt das weitere politische Ziel, dass das Fach DGS auf die Liste der gegenseitig anerkannten länderspezifischen Fächer in die Abiturprüfung gesetzt wird. In Österreich und Frankreich ist dies im Vergleich ohne Einzelfalllösungen mög-



lich und wird auch bereits praktiziert. Dazu sollten in Deutschland die entworfenen Bildungsstandards für DGS als fortgeführte Fremdsprache von der KMK genehmigt werden.

### Niedersachsen führte viele Gespräche

Der Gehörlosenverband Niedersachsen ist mit seinem Bildungs- und Politikbeauftragten Bengt Förster sehr bemüht, die DGS in den Schulen Niedersachsens einzuführen. Konkret erfordert es die Verankerung der DGS in den Stundenplan, Curriculum Deutsche Gebärdensprache



Der niedersächsische Kultusminister Grant Hendrik Tonne



Die Teilnehmer/innen verfolgen den Beitrag von Prof. Dr. Christian Rathmann (Humboldt Universität zu Berlin)

(DGS) und Einsatz von tauben/schwerhörigen DGS-Lehrkräften. Auch hier ist der Bildungsbeauftragte Bengt Förster im Kontakt mit dem Kultusministerium und weiteren Gremium, um endlich die Umsetzung einzufordern. Der Kultusminister von Niedersachsen, Grant Hendrik Tonne, erwähnte in seinen Grußwort von den Bemühungen hierzu aber noch den veralteten Beschluss von 1996 und nimmt es mit seiner Verantwortung nicht so ernst. Das enttäuschte die Tagungsgäste, da bereits hierzu in Richtung KMK und der Landesregierung viel Input zum Thema DGS erfolgte und mit mehr Engagement seinerseits eine Umsetzung sicherlich leichter möglich sei. Leider blieb er zudem nur kurz, um mehr Bewusstsein für das Thema zu entwickeln.

### Fachausschuss als Arbeitsgruppe

Die jeweiligen Kultusminister der Bundesländer orientieren sich gerne an einem aktualisierten Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK). Daher engagiert sich die Deutsche Gesellschaft der Hörgeschädigten zum Thema Deutsche Gebärdensprache als Unterrichtsfach mit dem Fachausschuss „Bildung“, in dem die Fachvertreter Prof. Dr. Claudia Becker, Prof. Dr. Ulrich Hase, Prof. Dr. Christian Rathmann und Dietmar Schleicher sich für das notwendige Input in Richtung KMK für einen bundesweiten Beschluss engagieren. Dazu waren sie auch bei der Arbeitsgruppe der KMK eingeladen und haben diverse Gespräche geführt, unter anderem wie der Unterrichtsfach DGS eingebunden werden kann. Noch gibt es, wie Prof. Dr. Christi-

an Rathmann in seinen Vortrag berichtete, kein endgültiges Ergebnis hierzu.

### Wofür das Fach DGS?

Prof. Dr. Claudia Beckers Vortrag zeigte deutlich, dass das Fach einen Beitrag zur Bildung wie jedes andere (Fremd-)Sprachfach leisten kann. Es geht auch um die Wahrung der Rechte von Menschen mit Behinderung, der Wertschätzung von Vielfalt in einer inklusiven Gesellschaft sowie einen Nachteilsausgleich bei einer Hörschädigung beim Fremdsprachenlernen. Es soll kein Zwang sein, aber eine Wahlmöglichkeit für alle. Durch Standards kann auch die Qualität gesichert werden. Es geht weiter, z.B. um die Anerkennung als zweite Fremdsprache, die bei Zulassung zum Abitur notwendig ist.

### Bedarf an DGS-Lehrenden steigt

Mit der Umsetzung des Unterrichtsfaches DGS steigt auch der Bedarf an qualifiziertem Personal, die DGS lehren sollen. Die Schulen berichten von zu wenig ausgebildete DGS-Lehrkräfte. In der Lehrerbildung muss mehr getan werden, so dass der Bedarf gedeckt werden kann. Die DGS-Kompetenzvermittlung an Lernende soll orientierend an GER (Gemeinsames europäisches Referenzrahmen) erfolgen. Fürs Assessment bzw. die Einschätzung der DGS-Kompetenz müssen weitere Standards berücksichtigt werden.

### Ergebnisse der Neurowissenschaften

Prof. Dr. Barbara Hänel-Faulhaber stellte die wesentlichen positiven Er-

kenntnisse zu Sprachverarbeitung und Spracherwerb der DGS vor. Darunter auch, dass durch die DGS die für Sprache relevanten Hirnareale auf allen Spracherebenen aktiviert werden, andere Merk- und Lernmöglichkeiten über die DGS erfolgen sowie der soziale Aspekt des Sprachlernens wichtig ist. Durch Gebärdensprache lernen erfolgt Zugang zur Sprache und damit die Sicherstellung von Beziehungen. Im zweiten Teil wurde der Rahmenlehrplan „Deutsche Gebärdensprache“ an Grundschule, Stadtteilschule und Gymnasium des Bundeslandes Hamburg vorgestellt, welches auch aus dem Internet heruntergeladen werden kann.

### Aus der Unterrichtspraxis

Sieglinde Lemcke, taube Lehrerin der Ernst-Adolf-Eschke-Schule aus Berlin, stellte einige Beispiele aus dem Rahmenlehrplan Deutsche Gebärdensprache DGS Berlin und Brandenburg und Unterrichts-



Die taube Lehrerin Sieglinde Lemcke (Ernst-Adolf-Eschke-Schule, Berlin)

einheiten aus dem schulinternen Curriculum vor. Im Lehrplan ist die funktionale kommunikative Kompetenz, Sprachwissen, Sprachmittlung, Sprachlernen, Gemeinschaft und Geschichte sowie Kommunikation und Alltagsbewältigung enthalten. Die Unterrichtsbeispiele waren recht interessant, da so bildlicher wurde, wie die Umsetzung in die Praxis erfolgen kann. Zum Beispiel werden Medien aus dem Gehörlosenbereich, wie Sehen statt Hören oder die Life Insight im Unterricht verwendet, so dass Schüler/innen sich mit gewissen Themen nach Curriculum beschäftigen und darüber die Inhalte in DGS ausarbeiten.

### Aus der Schule zur Umsetzung – Beispiel LBZH Osnabrück

Der Schulleiter des Landesbildungszentrums (LBZH) für Hörgeschädigte Osnabrück, Christoph Plickert, berichtete von dem Wandel der Schulphilosophie „so viel Gebärden wie nötig – so wenig Gebärden wie möglich“ gegen Ende der 80er Jahre zu einer vollständigen Umsetzung des Anspruchs auf umfassende kommunikative Teilhabe der Schülerinnen und Schüler in seiner Schuleinrichtung, wo große Bereitschaft seines Kollegiums zur Umsetzung da ist. Als eigenverantwortliche Schule kann das LBZH in eigener Verantwortung Personal einstellen. Die Lehrerstellen können umgewidmet werden, z.B. Schulsozialarbeit oder Psychologe zur Beratung. Gebärdensprache wird als Einstellungsvoraussetzung festgeschrieben bzw. Bereitschaft zum Erlernen wird vorausgesetzt. Der taube Gehörlosenpädagoge

Bengt Förster ist dort als Lehrer angestellt. Es gibt viel Unterstützung seitens der Elternvertreter, auch wenn die Umsetzung über die Landesregierung zum Implementieren des Faches DGS noch andauert. Es werden regelmäßige Gespräche mit den politischen Verantwortlichen geführt. Dennoch werden bereits etliche Grundschulklassen in DGS unterrichtet, und es gibt eine besetzte Funktionsstelle zum Thema DGS.

### Praxis aus weiteren Schulen Niedersachsens

Der Schulleiter des LBZHs Hildesheim, Joachim Budke, berichtete vom bilingual-bimodalen Ansatz an seiner Einrichtung. Die taube Gebärdensprachdozentin Dana Apel ist dort tätig. Weiter wurde über einen Unterricht im inklusiven Setting mit Gebärdensprachdolmetschern in Deutscher Gebärdensprache am Gymnasium Andreanum in Hildesheim berichtet, darunter auch eine Videobotschaft von einem tauben Schüler mit seinen Erfahrungen hierzu. Besonders wichtig, die Anerkennung der DGS als zweite Fremdsprache. Die Hartwig-Claußen-Schule in Hannover war einst eine reine Schwerhörigenschule, die sich für die Gebärden öffnete und bewusst macht, dass es notwendig ist, die Gebärden im Zeichen der Inklusion einzusetzen. Dort ist die taube Gebärdensprachdozentin Sybille Deister angestellt sowie der taube Dozent Jörg Apel, der die Lehrer/innen im Hause unterrichtet. Diese Schulen zeigen mehr als deutlich, dass sie schon an der Umsetzung sind, die offizielle politische Umsetzung jedoch noch fehlt.

### Elternperspektive

Der Bundeselternverband gehörlose Kinder e.V., vertreten durch die Präsidentin Kathrin Pflugfelder, rundete die Tagung mit der politischen Forderung des Verbandes, das Unterrichtsfach DGS als Pflichtfach an Schulen für Hören und Kommunikation umzusetzen. Da sind alle Tagungsbeiträge übereinstimmend. Persönlichen Erfahrungen aus der Elternperspektive in Bezug auf Beschulung in einer Förderschule und Regelschule mit Gebärdensprachdolmetschern rundeten die Tagung ab.

### Fazit

Die Fachtagungsbesucher/innen konnten sich rege austauschen und Strategien überlegen, jedoch nahmen bedauerlicherweise nicht viele Bildungsbeauftragte von den Landesverbänden des Deutschen Gehörlosenbundes teil. Lag das an dem Wochentag Donnerstag? Bilinguale Förderung von Anfang an ermöglicht eine optimale Entwicklung hörgeschädigter Kinder und an der Umsetzung muss in den Bundesländern selbst und an der politischen Arbeit in Richtung Kultusminister bzw. Kultusministerien Konferenz (KMK) mehr gearbeitet bzw. Druck ausgeübt werden. Denn wir schreiben das Jahr 2018 und nächstes Jahr jährt sich die UN-BRK zum zehnten Mal und der Bildungsbereich ist immer noch nicht eindeutig verbessert worden.

Die Schulen wollen oftmals – brauchen aber auch die gesetzliche Verankerung!

Bericht: Sandra Gogol  
Fotos: Gehörlosenverband Niedersachsen e.V.

Bengt Förster, Kathrin Pflugfelder, Magdalena Stenzel, Prof. Dr. Barbara Hänel-Faulhaber (Uni Hamburg), Jürgen Rode (Hartwig-Claußen-Schule Hannover), Christoph Plickert (LBZH Osnabrück), Joachim Budke (LBZH Hildesheim), Prof. Dr. Christian Rathmann (HU zu Berlin) (v. l. n. r.)



Beim Mittagstisch im Austausch



# Ordentliche Bundesversammlung des Deutschen Gehörlosen-Bundes

vom 26. bis 28. Oktober 2018 in Magdeburg



>>> Große Spannung herrschte bis zur Wahl des neuen Präsidenten. An zweiter Stelle rangierte die Wahl der Stadt, in der die nächsten Kulturtage der Gehörlosen stattfinden. Das NH-Hotel Barleben war Tagungsort für die insgesamt 28 Tagesordnungspunkte. Bengt Förster leitete die Versammlung

**N**ach der Begrüßung durch den Präsidenten Helmut Vogel, der Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit der Versammlung, der Wahl der Versammlungsleitung und der Protokollführung wurde als erster Punkt das Protokoll der Bundesversammlung vom 20. bis 22. Oktober 2017 in Bremen genehmigt.

## Schlichtungsstelle

In der unabhängigen Schlichtungsstelle bei dem Beauftragen der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen können jetzt Gehörlose mit dem SQAT-Verfahren (Abkürzung für Signing Question and Answer Tool)

ihren Antrag in Deutscher Gebärdensprache stellen und einreichen. Zuerst wird ein zweiminütiges Video in Gebärdensprache aufgenommen und an die Services abgeschickt. Die Services übersetzen die Gebärdensprache in Schriftsprache und senden den Inhalt per Mail an die Schlichtungsstelle. Die Antwort der Schlichtungsstelle übersetzen die Services wieder in Gebärdensprache und senden es an den Gehörlosen zurück. Das ist der vorgesehene Ablauf.

## Präsidiumswahl

Helmut Vogel wurde erneut mit überwältigender Stimmenmehrheit mit 70 Ja-Stimmen, bei drei Enthaltungen

und drei Nein-Stimmen in geheimer Wahl für die nächste Amtszeit von 2018 bis 2022 als Präsident bestätigt. Weiter wurden gewählt: Elisabeth Kaufmann als Erste Vizepräsidentin, Steffen Helbig als Zweiter Vizepräsident, Michael Wohlfahrt ist weiterhin Schatzmeister, Dr. Ulrike Gotthardt ist weiterhin Beisitzerin und Hans-Jürgen Kleefeldt ebenfalls Beisitzer. Kassenrevisoren sind Wolfgang Reiner und Jutta Löhnert.

## Wahlprogramm von Helmut Vogel

Vor der Präsidiumswahl stellte Helmut Vogel sein Wahlprogramm der nächsten vier Jahre vor. Vogel Vorschlag ist, eine

H.-J. Kleefeldt (Beisitzer)

H. Vogel (Präsident)

M. Wohlfahrt (Schatzmeister)

E. Kaufmann (1. Vizepräsidentin)

Dr. U. Gotthardt (Beisitzerin)

S. Helbig (2. Vizepräsident)



Helmut Vogel wird mit großer Mehrheit in seinem Amt bestätigt

JA: 70 Stimmen  
NEIN: 3 Stimmen  
Enthalten: 3 Stimmen  
Ungültig: 4

Elisabeth Kaufmann (1. Vizepräsidentin)



Besprechung über weitere Anträge

Abstimmung, ein Strategieplan, damit das Wichtigste in den nächsten vier Jahren umgesetzt werden kann. Mehr Transparenz für die Öffentlichkeit. Es geht auch darum, aktuelle Themen sofort anzugehen und eine Lösung zu schaffen.

## Inklusion, wie sieht es damit aus?

„Inklusion und Bildung ist sowieso ein heißes Thema“, meinte Vogel. Es sprach das Umfeld eines gehörlosen Kindes und der Lehrer sowie der anderen Schüler

im Klassenraum an. Inklusion bedeutet auch hier, den Gesamtrahmen zu sehen. Inklusion kann man nicht einfach so mit einem Dolmetscher und „bitteschön“ bedienen. Das geht nicht, das ist Integration und keine Inklusion. „Wir brauchen eine klare Definition und es ist gut, wenn wir andere Gehörlose oder auch Lehrer mit einbeziehen, die Erfahrung haben“, so Helmut Vogel weiter. Es ist das Profil zu definieren, was man unter Inklusion versteht. Darüber ist noch nicht genug aufgeklärt worden. „Inklu-



Versammlungsleiter Bengt Förster

Anzeige

# Kompetenz für gutes Hören

Hörgeräte Seifert steht für Hörsystemversorgung in höchster Qualität. Bei großer Markenvielfalt, modernsten Arbeitsweisen, fairen Preisen und außergewöhnlich guter Dienstleistung finden Sie das passende Hörsystem für Ihre Ansprüche - über 80 mal in Süddeutschland.

Das Team von Hörgeräte Seifert freuen sich auf Ihren Besuch.

[www.hoergeraete-seifert.de](http://www.hoergeraete-seifert.de)

HÖRGERÄTE SEIFERT

Wunsch-Termin vereinbaren!



sion ist da, wenn meine Sprache gleichwertig ist und meiner Kultur Respekt erwiesen wird“, so Vogel. Auch Schutz für eine Minderheit, Wertgleichheit ist Inklusion. Eine Peer-Gruppe ist wünschenswert. Wenn man beispielsweise ein Kind mit einem Gebärdensprachdolmetscher in die Schule schickt, ist es isoliert. Auch ein Kind braucht die Gesellschaft. Hier ist immer noch Handlungsbedarf. Helmut Vogel sprach den Bedarf an Gebärdensprachdolmetschern sowie Musikgebärdensprachdolmetschern an.

### Personal

Die Mitarbeiter wurden von vier auf zwei fast volle Stellen reduziert, von 70.000 Euro auf 9.000 Euro. „In Zukunft muss das mehr werden“, so Vogel. Er hatte gehofft, durch Rücklagen mehr Personal einstellen zu können. Doch er musste das Geld in die Technik für die Gehörlosen Kulturtage investieren. Es war geplant, das Geld für einen Juristen auszugeben, der die Durchführung der Kulturtage 2022 unterstützt. Es wird ein Medienbegleiter benötigt, auch für die negativen Veröffentlichungen im Internet. „Es ist unmöglich, alles selbst zu machen“, meinte Helmut Vogel.

### Nachwuchs und Ausweis

Junge Leute sind die Zukunft. Helmut Vogel sieht die Notwendigkeit eines anerkannten Jugendvereins, um so mit den jungen Leuten zusammenzuarbeiten und sie zu unterstützen. Dieses wichtige Thema sollte weiterverfolgt werden. Langfristig soll ein Mitgliedereausweis mit Mehrwert eingeführt werden. 28.000 Mitglieder sollen einen Vorteil durch die Mitgliedschaft bekommen. Der DGB ist die drittgrößte Organisation. An erster Stelle stehen die Blinden 45.000 Mitgliedern, die Rollstuhlfahrer haben eine Mitgliederzahl von ungefähr 30.000. Blinde Mitglieder habe schon einen Ausweis mit Vorteilen. Ein Verein ist attraktiver, wenn die Mitglieder zusätzliche Leistungen bekommen. Auch der DGB sollte Leistungen bieten, die die Mitgliedschaft attraktiv machen. Ganz wichtig sieht Helmut Vogel die Aufgabe von Daniel Büter als EUD-Vorstandsmitglied.

### 7. Kulturtage

Drei Bewerberstädte standen zur Wahl. Der Gehörlosen-Landesverband Baden-Württemberg setzte sich gegen die Bewerber Bremen und Mainz durch. Die 7. Kulturtage der Gehörlosen werden nach jetzigem Vorschlag vom 8. bis 11.

Juni 2022 in Friedrichshafen stattfinden. Das endgültige Datum gibt der DGB noch bekannt. Die nächste Bundesversammlung des DGBs wird 2019 in Augsburg stattfinden.

### Bericht des Präsidiums und des Beirats

In seinem Bericht ging das Präsidium nochmal auf die nicht übliche Situation für ein Präsidium ein und bezog sich dabei auf die zu bewältigenden Altlasten, auf die Doppelbelastung, die durch die alten Schulden, die Sanierung des DGBs und durch die erschwerte Öffentlichkeitsarbeit verursacht wurden. Im Zwischenbericht des DGBs wurden viele Punkte angeführt, viele aktuelle Punkte blieben offen.

### Unterstützung

Drei gehörlose Lehrer aus Hamburg benötigen Unterstützung durch die Landesverbände. Sie wollen ein Positionspapier anfertigen und erreichen, dass in allen Schulen in Deutschland die Deutscher Gebärdensprache als Fremdsprache angeboten und unterrichtet wird. Ihr Positionspapier sollte von den Landesverbänden in den zuständigen Ämtern ihres Bundeslandes eingereicht werden.

### Punkte aus dem Bericht der Bundesgeschäftsstelle

Daniel Büter, Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit, übernahm diesen TOP. Die lange Liste des DGBs zeigt den hohen Arbeitseinsatz. Es folgen einige Punkte: Formulierung zentraler Fragen des DGBs in neun Wahlprüfsteinen, Befragung von sieben Parteien, Dokumentation und Veröffentlichung des Fragenkatalogs und der Antworten der Parteien. Analyse der Wahlprogramme der Parteien und Prüfung auf Barrierefreiheit, Verfassung einer Stellungnahme, Veröffentlichung eines Films in Gebärdensprache. Optimierung der Zusammenarbeit der Bundesreferenten, Beauftragten

und Vertreter der Landesverbände durch Änderungen der Beiratsordnung (Arbeitsprogramm). Der Entwurf des Arbeitsprogramms zur Umstrukturierung des DGBs wurde von Daniel Büter bei der Bundesversammlung des DGBs 2017 in Bremen vorgestellt und diskutiert, Dokumentation seiner Rede. Teilnahme an der 3. Internationalen Konferenz des Weltverbands der Gehörlosen vom 8.-10.11.2017 in Budapest, Ungarn, durch Marietta Schumacher, Helmut Vogel und Daniel Büter. Forderungskataloge, Stellungnahmen und Pressemitteilungen vom DGB zur UN-BRK. Erstellung und stete Aktualisierung einer Kontaktliste, um Netzwerkarbeit zu betreiben.



Daniel Büter über Öffentlichkeitsarbeit



Live-Übertragung bei der Städtewahl für die Kulturtage 2022



Friedrichshafen gewinnt die Abstimmung und ist Austragungsort der 7. Kulturtage

Demokratische Abstimmung: die Ansichten sind vielfältig



Anzeige

SALO  PARTNER

Berufliche Rehabilitation für Hörgeschädigte

[www.salo-ag.de](http://www.salo-ag.de)

## Teilnahme an Veranstaltungen

SPD-Diskussionsveranstaltung „Nur eine inklusive Gesellschaft ist eine gerechte -Gesellschaft“ am 30.08.2017 in Berlin

Sitzung der Programmbegleitenden Arbeitsgruppe zur Barrierefreiheit (Deutsche Bahn) am 06. und 09.09.2017 in Münster

Matinee zum 50-jährigen Bestehen der BAG Selbsthilfe am 22.09.2017 in Berlin

REHACARE von 04.-06.10.2017 in Düsseldorf

BBK-Veranstaltung „Selbsthilfe im Wandel“ am 05.10.2017 in Düsseldorf

Treffen der LIGA Selbstvertretung am 09.10.2017 in Berlin

WFD-Konferenz von 08.-10.11.2017 in Budapest

Fachtagung „Selbsthilfeförderung“ am 13.11.2017 in Berlin

MDR-Sitzung am 15.11.2017 in Leipzig

Fachtagung „Internationaler Tag der Menschen mit Behinderung“ am 30.11.2017 in Berlin

DBR-Versammlung am 30.11.2017 in Berlin

Eröffnungsfeier der Fachstelle Teilhabeberatung (EUTB) am 01.12.2017 in Berlin

## Deutsche Bahn

Daniel Büter setzt sich dafür ein, dass Gehörlose künftig kostenlos schnelles Internet im ICE haben. Die „App Deutsche Bahn Barrierefrei“, die digitale Unterstützung für barrierefreies Reisen mit der Bahn, gibt es bereits jetzt. Mit der App können Anzeigen und Durchsagen zu Reisen akustisch und visuell abgerufen, die Funktionsfähigkeit von Aufzügen und Rolltreppen geprüft und eine Merkliste angelegt werden. Der Fahrtverlauf von Zügen ist in Echtzeit zu verfolgen. Über Push-Nachrichten wird über wichtige Änderungen informiert.

## Finanzbericht Kulturtage 2018

Der DGB hatte über 500.000 Euro Einnahmen. Ein großer finanzieller Schlag war die Technik, die mit einem Kalkulationsfehler von ca. 60.000 Euro zu Buche schlug. Allgemein war die Kommunikation sehr hart, es gab Missverständnisse. Die Halle in Potsdam war „nackt“, jede Schraube wurde extra berechnet. Die große Leinwand verursachte Mehrkosten, was erst im Nachhinein zur Berechnung kam. Zudem wurde das Organisationsteam ausgetauscht, was die Vorbereitung auf ein halbes Jahr für das neue Team verkürzte. Thomas Worssek konnte nicht anwesend sein. Er betonte in seinem Video, dass das Verhalten der Firma Metropolis Veranstaltungstechnik nicht korrekt war.

## Satzungsänderung und Überarbeitung Finanzordnung

Das Hauptthema war, einen starken Finanzausschuss einzurichten, um zukünftige Fehlentwicklungen zu vermeiden. Der Vorschlag war, mit einer Satzungsänderung einen Finanzausschuss bestehend aus drei Organen einzurichten. Alexander von Meyen schlug als Alternative vor, der Finanzrevision mehr Macht zu geben. Ralph Raule meinte, der Finanzausschuss sollte nicht aufgeblasen werden, sondern schlank und flexibel sein. Es wird ein Finanzausschuss benötigt, der Fehler verhindert. Helmut Vogel will die Finanzverantwortung aufteilen, damit die Last nicht alleine auf dem Präsidenten liegt. Die Meinungen waren sehr unterschiedlich. Die neu zu gründende gGmbH, die die Finanzierung der Gehörlosen Kulturtage als separate Geschäftseinheit, weg vom Verein, übernehmen sollte, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Helmut Vogel war sichtlich geschockt.

## Beschlussfassung weiterer Anträge

Bernd Schneiders Wunsch war, die Bildung einer Arbeitsgruppe „Struktur des DGB“ und die Überarbeitung des „Ehrungsformulars“. In der Vergangenheit gab es viele Beschwerden. Es fehlt die klare Definition, wann geehrt werden soll. Das Präsidium musste schwere öffentliche Kritik aushalten. Geplant ist



Marietta Schuhmacher (r.) legt ihr Amt nieder



Aufmerksam verfolgen die Teilnehmer die Vorträge

nun eine Arbeitsgruppe. Kritiker Jan Eichler soll eingeladen werden, um mit ihm über die Kritikpunkte zu sprechen. Hamburg stellte einen Antrag, das Stimmrecht besser aufzuteilen. Bayern hat beispielsweise zwölf Stimmen, Baden-Württemberg hat zehn Stimmen, das sind zusammen schon 22 Stimmen. Andere Bundesländer haben nur zwei Stimmen. Die Verteilung sollte sich an die Verteilung im Bundesrat anlehnen. Der Vorschlag: bis 500 Mitglieder = 1 Stimme, bis 1000 Mitglieder = 2 Stimmen, über 1000: maximal 3 Stimmen. Der DGB begrüßte den Antrag, da in letzter Zeit mehrere Vorsitzende den Wunsch geäußert hatten. Eine Arbeitsgruppe wird den Antrag übernehmen. Daniel Büter wünschte sich, dass der Förderkatalog

eins bis zwölf bald überarbeitet wird, mit einer konstruktiven Diskussion und in einem Jahr die Abstimmung.

## Fazit

Das Fazit der Bundesversammlung: Es bleibt weiterhin viel Arbeit zu tun. Zum Beispiel: Transparenz. Eine Anregung war, die nächste Bundesversammlung live auszustrahlen. Die Lebensqualität Gehörloser muss weiter verbessert werden, wozu ein Netzwerk zum Bundesrat, Bundesländer und Landratsamt aufgebaut werden muss. Gehörlose haben oft Schwierigkeiten bei der Beantragung einer Blitzenanlage. Das Gehörlosengeld ist gegenüber dem Blindengeld sehr gering. Zur Sprache kamen auch die Angriffe auf verschiedene Personen in

öffentlichen Medien sowie der Datenschutz. Der Fokus sollte weiterhin darauf gerichtet sein, die Kultur der Gehörlosen zu fördern. Das persönliche Budget, der Dolmetscher für Arzt- und Privatbesuche, das Gehörlosengeld, die Deaf Anonymität beispielsweise bei Facebook sind Themen, die nach wie vor auf der To-Do-Liste stehen. In seinem Schlusswort sagte Helmut Vogel, er sei seit zwölf Jahren bei der Bundesversammlung anwesend und das gerne. Es hat sich wieder gezeigt, dass die Mitglieder eine Kraftquelle sind, was ihn sehr motiviert. „Leider wird dieses von außen nicht gesehen“, waren seine abschließenden Worte. Helmut Vogel bedankte sich bei den Mitgliedern.

Bericht, Fotos: Marc Weigt

Bernd Schneider vom Landesverband der Gehörlosen Bayern



Alexander von Meyenn mit seinem Diskussionsbeitrag



Die Teilnehmer der erfolgreichen Sitzung



# COCHLEA IMPLANTAT REALITÄTEN OHNE ZWANG



>>> Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. (DGB) lud in Kooperation mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales am 28. November 2018 zur Fachtagung ins Kleisthaus in der Mauerstraße nach Berlin ein.

Die Veranstaltung wurde in Deutscher Gebärdensprache und in gesprochener und geschriebener Sprache abgehalten, dementsprechend übersetzten sechs Dolmetscherinnen. Seit November 2017 entwickelt sich in Deutschland der erste juristische Präzedenzfall, der „Fall Goslar“ genannt, wonach einem gehörlosen Kleinkind gegen den Willen seiner gehörlosen Eltern ein Cochlea-Implantat (CI) eingesetzt werden soll. Das CI-Thema allgemein verfolgt der DGB bereits seit vielen Jahren mit großer Sorge. Auf dieser Grundlage bildeten die Themen „Zwang zu einer CI-Operation als äußerst bedenkliche Entscheidungsgrundlage“ und „Förderung der bimodal-bilingualen Erziehung mit Gebärdensprache für Kinder mit Hörbehinderungen“ die Schwerpunkte der Fachtagung. Jürgen Dusel, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, übernahm die Schirmherrschaft für die Fachtagung.

## Zur Eröffnung sprach Vanessa Ahuja

Vanessa Ahujas Thema war, ob Ärzte gegen den Willen gehörloser Eltern

einem gehörlosen Kind ein Cochlea Implantat einsetzen können. In Bezug auf den Fall in Goslar, in dem das Familiengericht nun entscheiden muss/soll, was „dem Wohle des Kindes dient“, führte Vanessa Ahuja aus, dass dieses Thema zu den heißdiskutiertesten und umstrittensten unter gehörlosen Menschen und ihren Angehörigen gehört. Zudem stellen sich mit medizinisch-technischen Fortschritten ähnliche Fragen auch für Menschen mit anderen Behinderungen. Manche behinderten Menschen sagen, ihr persönliches Recht auf Selbstbestimmung sei in Frage gestellt. Für gehörlose Eltern ist ihr gehörloses Kind weder behindert noch krank und eine Zwangsimplantation greift in das Elternrecht ein. Zudem ist eine Operation immer mit Gefahren verbunden, führte Vanessa Ahuja aus. Weiter meinte sie, dass ein Kind mit einem CI nie wie ein „normal“ Hörender hören wird. Seitens der Mediziner wird die Ansicht vertreten, dass Kinder mit einem CI größere Möglichkeiten der Teilnahme erhalten würden. Vanessa Ahuja stellte die Fragen: Geht es einem gehörlosen Kind schlechter als einem hörenden? Was ist Vielfalt?



Jürgen Dusel

## Behindertenbeauftragter Jürgen Dusel

Der Leiter der Abteilung V im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Jürgen Dusel, drückte seine Freude darüber aus, die Schirmherrschaft der Fachtagung innezuhaben. Das Kleist-Haus, so Jürgen Dusel weiter, ist ein Haus des Dialogs. „Ich glaube an das sokratische Prinzip, dass man nur im Dialog voneinander lernen kann und das Richtige findet, wenn es überhaupt das Richtige gibt. Ich bin jemand, der es sehr schätzt, dass der DGB diese Fachtagung hier macht, um genau diesen Dialog von Expertinnen und Experten zu ermöglichen, die teilweise mit Cochlea Implantat leben, und teilweise nicht. Mir ist wichtig, dass wir gemeinsam kommunizieren

und wegkommen von dogmatischen, ideologischen Diskussionen und uns mehr dem Thema nähern: um was geht es denn eigentlich. Selbstverständlich ist der Beauftragte jemand der sich grundsätzlich gegen Zwang, egal in welchem Bereich, und für Selbstbestimmung ausspricht. Ich bin selbst Jurist und habe erfahren, dass man mache Fragen auch nicht juristisch lösen kann, so wie Fragen, die man nicht nur medizinisch lösen kann. Einem Kind, das nicht hören kann, mit einer Operation eine Art von Hören zu ermöglichen. Das ist ein sehr medizinischer Blick auf das Thema. Wir haben aber mit dem Blick auf die Behindertenrechtskommission und mit in Kraft tretenden Behindertengleichstellungsgesetze in der jetzigen Form, den Behindertenbegriff weiter gefasst. Wir reden vom sozialen Begriff der Behinderung. Also von der Eigenschaft von Menschen, die in der Wechselwirkung, in der sie umgebenden Welt letztlich zu Behinderten werden. Ein Beispiel ist der Mensch im Rollstuhl, er wird erst behindert, wenn er auf eine Treppe trifft und keinen Aufzug oder keine Rampe vorfindet. Und gerade in der Frage um das Cochlea Implantat werden die verschiedenen Behindertenbegriffe so deutlich. Wir sollten dem sozialen Begriff von Behinderung folgen. Wir haben einen Vergleich, den Artikel 25 der UN BRK, der dieses Recht für Menschen mit Behinderung auf ein Höchstmaß an Versorgung beschreibt und auch das Recht von Menschen mit Behinderung gesundheitliche Dienstleistungen aufgrund ihrer Behinderung in Anspruch zu nehmen. Wir haben auf der anderen Seite das Selbstbestimmungsrecht von Menschen mit Behinderung aus Artikel 19, das eben die selbstbestimmte Lebensführung beschreibt. Und wir haben auf der anderen Seite das Grundgesetz, das genau dieses Spannungsverhältnis abbildet, nämlich den Artikel 6 einerseits, die elterliche Sorge und auf der anderen Seite den Artikel 2, die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Und auch da gibt es keine einfachen Lösungen. Ich bin tief davon überzeugt, dass es ein großer Fehler wäre, gehörlosen Eltern abzusprechen, dass sie das Beste für ihr Kind wollen. Ich bin selbst Vater von zwei Kindern und kann die Schwierigkeit, beispiels-

weise die Situation von gehörlosen Eltern in der konkreten Situation, sehr gut nachvollziehen. Entscheiden sie sich für eine Implantation wird ihnen vielleicht der Vorwurf gemacht, dass sie ihr Kind nicht so angenommen haben, wie es auf die Welt kam und vielleicht dem Optimierungsdruck der Gesellschaft nachgegeben haben. Entscheiden sie sich gegen die Implantation des CIs kann es sein, dass das Kind ihnen vielleicht später den Vorwurf macht, dass es die Chance nicht hatte zweisprachig – in Gebärdensprache und Schriftsprache/Lautsprache – groß werden zu können. Was man sicher sagen muss ist, dass es eine Extremsituation ist und dass sicherlich Eltern es sich auf keinen Fall leicht machen mit dieser Entscheidung. Und ich will es deutlich sagen: Mein Herz schlägt in diesem Falle für die Eltern! Ich glaube, dass es nicht richtig ist, und dass es auch verfassungsrechtlich höchst fragwürdig ist, gegen den erklärten Willen der Eltern eine Implantation vorzunehmen. Ich glaube, dass ist nicht richtig. Ich weiß aber, dass der Diskurs darüber notwendig ist. Und wir müssen vielleicht das CI als das nehmen, was es ist, nämlich als eine Hörprothese. Und wir müssen aufhören, diese dogmatischen Diskussionen zu führen. Wir müssen es zurückführen auf das Wohl des Kindes und das Recht der Eltern in ihrer Erziehung das Wohl des Kindes zu berücksichtigen. Es ist in der Tat kein leichtes Thema.“



Professor Dr. Ulrich Haase

## Professor Dr. Ulrich Haase

Als Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft der Hörbehinderten – Selbsthilfe und Fachverbände e.V. stieg Prof. Haase mit den Worten in sein Grußwort ein, dass das Thema Cochlea Implantat ihn persönlich und beruflich seit 30 bis 40 Jahre beschäftigt und es ihm deshalb

sehr wichtig war, an der Fachtagung teilzunehmen. „Das Thema zur heutigen Veranstaltung ‚Realitäten ohne Zwang zum Cochlea Implantat‘“, so Professor Haase, „hat seinen Ursprung in dem Verfahren in Goslar, von dem heute schon gesprochen wurde. Wir hatten diese Verfahren bereits vor zehn Jahren und auch damals haben wir uns positioniert und interveniert und das Thema verfolgt. Das Thema berührt viele unterschiedliche Fragen. Es geht um Normen, es geht um Anpassung an bestimmte Normen. Wobei keiner von uns genau weiß, welche Normen das sind. Es geht um die Frage, ob das Machbare immer das Richtige für alle Menschen ist. Gibt es überhaupt eine Pflicht zum Hören? Es geht natürlich auch darum: Kann das alles über Zwangsmaßnahmen durchgesetzt werden? Ist das richtig? Das Problem ist, die Behindertenrechtskonvention gibt auf diese Thematik keine eindeutige Antwort. Wir haben das Recht der Selbstbestimmung, wir haben das Recht der Gebärdensprache. All das ist in der UN-Konvention klar geregelt, aber es ist nicht in der UN-Behindertenrechtskonvention geregelt, wie der Behinderte grundsätzlich entscheiden kann. Und es ist auch nicht in der UN-Behindertenkonvention geregelt, wie weit Eltern für ihre Kinder entscheiden können. Es gibt in der UN-Konventionen auch keinen Schutz des Ungeborenen. Auf der anderen Seite ist aber die UN-Behindertenrechtskonvention insgesamt so zu deuten, in der Frage von Selbstbestimmung, in der Frage von Anerkennung der Gebärdensprache, in der Frage von Definition von Behinderung, weg von der medizinischen Orientierung. Wir in der deutschen Gesellschaft mit unseren 28 Bundesverbänden, zu denen auch die Deutsche Cochlea Gesellschaft gehört. Wir haben alle deutlich gesagt, wir alle sind gegen jeden Zwang in jeder Weise zum Cochlea Implantat. Aber es gibt noch eine zweite Dimension. Da ist es tatsächlich so, dass wir noch kein einheitliches Meinungsbild haben. Wie weit stehen eigentlich Gebärdensprache und Cochlea Implantat nebeneinander? Wann ist der richtige Zeitpunkt für was? Zuerst steht das Hören und wenn das nicht funktioniert, dann darf Gebärdensprache

nachgesetzt werden. Das darf aus meiner Sicht nicht sein. Kein Mensch kann über den anderen sagen, wo er in Zukunft seinen Schwerpunkt haben wird.

### DGB-Präsident Helmut Vogel

Helmut Vogel, Präsident des Deutschen Gehörlosen-Bund e. V., stellte in seinen Grußworten die Tagesordnung für den weiteren Verlauf vor. Er freute sich sehr über die angereisten Teilnehmer aus ganz Deutschland, die er herzlich begrüßte. Die Gebärdensprache und die Deutsche Schriftsprache sind für den Deutschen Gehörlosen-Bund schon immer ein wichtiges Thema gewesen. Der DGB verfolgt seit vielen Jahren die Diskussionen um das Cochlea Implantat. Die Angelegenheit um die Zwangsimplantation beim Familiengericht in Goslar war Anlass für die heutige Fachtagung, so Vogel weiter. „Es muss uns allen klar sein, dass der Elternwille ein sehr hohes Gut ist und dieses Gut sollte unangetastet bleiben. Wenn sich Eltern, ob sie hörend oder taub, gegen ein Cochlea Implantat entscheiden, dann sollte dies akzeptiert werden. Aus unserer Sicht ist es unerlässlich, dass hier kein Zwang ausgeübt wird.“

### Betroffene kommen zu Wort

Dr. Ulrike Gotthardt, Präsidiumsmitglied des Deutschen Gehörlosen-Bundes, übernahm die Moderation der Podiumsdiskussion. Tanja Wolters berichtete von ihrer 14-jährige Tochter Isea. Die Ärzte vermittelten ihr, dass es keinen anderen Weg für ihre Tochter als das CI-Implantat gäbe. Sie sollte in die hörende Gesellschaft integriert werden, sie sollte in eine „normale“ Schule gehen. Sie ließ ihre Tochter als Kleinkind mit einem CI versorgen. Danach hatten sie ziemliche Schwierigkeiten. Isea wurde aggressiv, sie hat sich das CI im-



Dr. Ulrike Gotthardt

mer wieder vom Kopf gerissen und hatte Abwehrreaktionen. Infolgedessen wurde sie immer wieder krank, jede Reha und Anpassung gestaltete sich schwierig. Zwei Mal ging der Prozessor kaputt und Isea krampfte während der Anpassung. Es kam fast zu einer Sepsis. Die Ärzte der Klink haben sich dann entschieden, das Implantat zu entfernen. Während der OP stellte sich heraus, dass das CI eventuell nicht ganz richtig saß und sie wollten gleich neu implantieren. „Ich konnte nicht mehr und wir haben uns dagegen entschieden. Also uns wurde das CI als Lösung schlechthin vorgestellt. Die Ärzte haben uns auch abgeraten mit Isea zu gebärden. Ich habe dann heimlich mit ihr gebärdet. Isea blühte auf, als ich ihr die Gebärden angeboten habe, wir hatten fortan eine gute Kommunikation und das war unser Weg.“

### Jette von Deetzen

Nadine von Deetzen und ihrer Tochter Jette haben eine andere Lebensgeschichte. Jette hat bis zum sechsten Lebensjahr die Lautsprache schon gut gelernt. „Bis zu diesem Zeitpunkt hatten wir keine Kenntnisse über das Leben von Gehörlosen, keiner hatte uns etwas über die Gebärdensprache gesagt“, so Nadine von Deetzen. Sie führten Gespräche über ein CI. Nadine von Deetzen hatte zufällig von einer Familie gelesen, in der die Kinder Cochlea implantiert sind und zusätzlich die Gebärdensprache lernen. Ich habe das so mitgenommen und daran gedacht, wenn es doch nicht mit dem CI klappt. Die Ärzte haben gesagt, dass Jette nach der Implantierung wieder ganz normal am gesellschaftlichen Leben teilnehmen kann. Jette wollte das CI, sie war frustriert und wollte einfach wieder gut hören. Sie hat mitentschieden. Die Gebärdensprache ging Nadine von Deetzen nicht aus dem Kopf. Sie hat gemeint, was machen wir, wenn die Technik nicht am Ohr ist. „Ich habe einen Hausgebärdensprachkurs beantragt. Jette hat das Cochlea Implantat

bekommen, und wir haben zeitgleich mit dem Gebärdensprachkurs angefangen. Ich merkte, dass Jette aufblühte. Sie hat die Gebärden aufgenommen wie ein Schwamm. Und ich dachte: Toll, alles hat gut funktioniert und wir haben noch eine weitere Kommunikation, wenn die Technik nicht funktioniert. Ohne Gebärdensprache wäre Jette nicht so entspannt, wie sie jetzt ist.“ Jette meinte in einem perfekten Deutsch, dass sie ohne die Gebärdensprache gar nicht leben will.

### Ich will kein CI mehr

Tina Ehmann ist taub geboren. „Gebärdensprache ist meine Muttersprache. Mit sechs Jahren haben mich meine Eltern gefragt, ob ich ein CI will. Mir sollte die Welt der Geräusche nahegebracht werden. Nach der Implantation und in den Therapien war es mir sehr lästig, sprechen zu lernen. Es wurden Erwartungen gehegt, ich wurde gelobt, wenn ich gesprochen habe, aber dennoch ist die Gebärdensprache meine Muttersprache, in der ich Alltagsverstehen habe und in der ich verstanden werde. Ich habe einfach nie einhundert Prozent hören und sprechen durch das CI gelernt.“

### Julia Probst entfernte das CI

„Mit dem CI zu hören, war für mich ein mühsamer Prozess. Abgesehen davon, dass alle gesagt haben, ich spreche so toll, war doch die Gebärdensprache die Sprache, mit der ich mich gut verständigen konnte. Aber ich wurde nie belohnt. Niemand sagte, du kannst aber gut gebärden oder dich ausdrücken. Als ich mit 17 oder 18 Jahren kein CI mehr wollte, wurde mir gesagt, dann wird es mit dem beruflichen Werdegang nichts. Es gab einen hohen Erwartungsdruck von Seiten der Lehrer und Ärzte. Mit zwölf Jahren habe ich mein CI bekommen und bin „normal“ aufgewachsen. Das war mein Wunsch, ich kannte vorher keine Gebärdensprache. Ich kannte auch keine Gehörlosenkultur. Ich fragte mich, bin ich jetzt voll hörend, werde ich jetzt auch so akzeptiert? Es war sehr anstrengend und wenn ich vom Internat nach Hause kam, habe ich das CI ausgemacht. Die Erzieher im Internat haben mein CI überwacht, ob es gut eingestellt ist, ob ich damit telefonieren kann. Und ich konnte telefonieren.



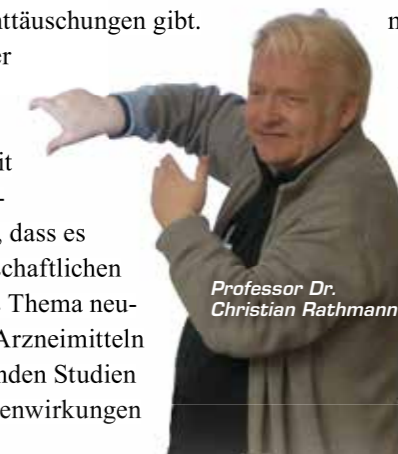
Julia Probst, Tina Ehmann, Nadine von Deetzen, Jette von Deetzen, Isea Wolters, Tanja Wolters (v. l.)

Alle haben sich gefreut, doch es war alles reduziert auf das Ohr, auf die Kompetenz oder Nichtkompetenz. Das hat mit Kommunikation nichts zu tun. Mein Weg war so ähnlich wie der von Tina Ehmann. Ich habe das CI irgendwann nicht mehr benutzt, mit 16, 17, 18, nur wenn ich ins Kino gegangen bin oder mich mit hörenden Freunden getroffen habe. Und dann habe ich gesagt, ich möchte nicht mehr und das war auch gut, das war eine gute Entscheidung. Wenn ich zum Arzt gehe, egal welche Fachrichtung, jeder fragt mich, ob ich schon mal überlegt habe, ein Cochlea Implantat einsetzen zu lassen. Das ist sehr seltsam und befremdlich.

### Umfrage

Dr. Ulrike Gotthardt betonte in ihrem anschließenden Vortrag, dass es bisher kaum Erhebungen zu den körperlichen, psychosozialen Langzeitentwicklungen bei erwachsenen CI-Trägern gibt. Sie zeigte, unter welchem großen Erwartungsdruck CI-Implantierte stehen und welche Negativsituation jemand erlebt, der mit dem CI nicht zurechtkommt. Eine vom DGB durchgeführte Umfrage lief bis Oktober 2018. Ziel war, die Lebenssituation von CI-Trägern aus Sicht der Betroffenen zu untersuchen. 622 Beteiligte konnten in der Auswertung berücksichtigt werden. Vierzig Prozent waren männlich, sechzig Prozent waren weiblich. Die mittlere Altersgruppe war am stärksten vertreten. 39,9 Prozent der Personen waren gehörlos, 34,3 Prozent ertaubt, 22,3 Prozent schwerhörig, 13 Prozent andere. Fast ein Drittel der Personen kam erst später mit der Gebärdensprache in Kontakt. 72 Prozent hatten sich selbst für ein CI entschieden, in den anderen Fällen waren es die Eltern oder andere. 45 Personen entschieden, das CI wieder entfernen zu lassen. Das Hören mit einem CI ist wesentlich anstrengen-

der als die Kommunikation in Gebärdensprache. Achtzig Prozent gaben an, das CI regelmäßig zu tragen, 20 Prozent tragen ihr CI selten oder nie. Etwa 50 Prozent der CI-Träger sind sehr zufrieden mit dem Verstehen von Lautsprache, 50 Prozent von ihnen haben Mühe oder zum Teil große Schwierigkeiten, die Lautsprache gut zu verstehen. 33 Prozent der CI-Träger können teilweise bis gut Radio hören. 39 Prozent der Befragten können telefonieren. 74 der Befragten sind zufrieden mit dem CI, teilweise zufrieden sind 12, nicht zufrieden waren 15 Prozent. 25 Prozent gaben erhebliche Identitätsprobleme an. Im Umkehrschluss wird festgestellt, dass es viele Erfolge, jedoch auch viele Enttäuschungen gibt. Vor 20 Jahren hat der DGB eine Stellungnahme verfasst, die heute noch Gültigkeit hat. Eine der interessantesten Punkte ist, dass es bisher keine wissenschaftlichen Studien gibt, die das Thema neutral behandeln. Bei Arzneimitteln werden die umfassenden Studien geprüft und auf Nebenwirkungen



Professor Dr. Christian Rathmann

untersucht, bevor sie an Menschen verkauft werden dürfen. Solche ähnlichen Studien fehlen für das CI – und das ist ein brandheißes Thema.

### Professor Dr. Christian Rathmann

Sein Vortrag lautete „Kognitive, psychosoziale und sprachliche Risiken im Fall eines Sprachentzugs bei Kindern mit Hörbehinderung (Language Deprivation)“. „In der Kommunikationswissenschaft gibt es sehr große Diskussionen, wie die Situation ist, wenn man ein Kind, das einen Hörschaden hat, mit einem CI versorgt oder auch nicht und was man dann tun muss. Das Neugeborenen-Hörscreening hat das Ziel, so früh wie möglich zu erkennen, wie sprachlicher Input aussehen kann. Das ist grundsätzlich gut, so früh wie möglich festzustellen, wie der Hörstatus ist. Wenn der Input nicht stattfindet, gibt es keine Sprachentwicklung, wie sie eigentlich stattfinden soll, wenn es um die auditive Wahrnehmung geht. Es geht um die Sprache im Allgemeinen. Wenn man ein Kind hat, dass über den auditiven Kanal nicht wahrnehmen kann, dann hat man den visuellen Kontakt. Insofern hat man dann die Möglichkeit, Sprache anzubieten. Das hat mit einem Sprachentzug nichts zu tun. So gibt es zwischen hörenden Eltern mit hörenden Kindern und tauben Eltern

**Lust auf den perfekten Style?**  
Dann sind Sie hier richtig.

**SALON TOEPPICH IV.**  
Friseur-Meister • Gérard-Leonhard Toepfich

PERSONLICHE BERATUNG,  
AUCH IN GEBÄRDENSPRACHE!

Master Stylist für Damen, Herren + Kinder  
Leo ist für Sie persönlich da!

Neues Haarstyling • Haarfärben • Dauerwelle • Hair-Tattoo  
Nageldesign • Make-up • Hochzeitsfrisur • Hausbesuch

SALON TOEPPICH IV.  
Argentinische Allee 1 • 14163 Berlin-Zehlendorf  
St-Mexikoplatz / U3 Krumme Lanke / Bus: 118, 622

Fax: 030 - 96 60 38 55  
SMS/WhatsApp: 0171 - 38 76 418  
E-Mail: Leo@deaf-friseur.de

NEUKUNDENGUTSCHEIN  
www.deaf-Neukunde 343

mit tauben Kindern kaum Unterschiede. Unser Fokus sollte darauf liegen, dass es keinen sprachlichen Entzug gibt, es sollte auf jeden Fall Sprache stattfinden, ob auf audiologischem oder auf visuellem Gebiet. Mit fünf oder sechs Jahren sagt man, ist bei Kindern der Reifungsprozess des Gehirns abgeschlossen. Insofern darf man in dieser Phase bei einem Kind keine Zeit verpassen. Der Gebärdenspracherwerb spielt in dieser Zeit eine große Rolle, weil es die Situation nicht gibt, in der man voraussagen kann, wer von was, beispielsweise vom CI, profitiert. Und man weiß von vorne herein nicht, in welche Kategorie das Kind fällt, insofern kann man die Entscheidung nicht treffen: Gebärdensprache oder Lautsprache, sondern es muss beides stattfinden. Und das Ziel ist, wenn hörende Eltern gehörlose Kinder haben, Gebärdensprache anzubieten. Ein CI ist sicherlich eine gute Wahl, aber es gibt eine sehr große Variabilität. Gebärden und sprechen ist eine gute Idee. Aber die Sprache wegzulassen, finde ich keine gute Idee aus verschiedenen Gründen. Es gibt eine Forschung, in der 176 taube Kinder untersucht wurden. Es ist klar, wenn ein Kind taube Eltern hat, wird es theoretisch mit Gebärdensprache aufwachsen. Ein sprachlicher Entzug kann negative Folgen für andere kognitive Bereiche und Fähigkeiten haben, zum Beispiel für die Lösung von mathematischen Aufgaben. Und es gibt ein weiteres Risiko für Kinder, die sehr spät Gebärdensprache lernen. In dem Fall ist das Gehirn anders organisiert. Bei 270 Kindern wurde die Lese-Kompetenz betrachtet, die sehr variierte. Kinder von gehörlosen Eltern habe eine sehr gute Lese-Kompetenz im Unterschied zu Kindern mit hörenden Eltern. Wenn Sprache reduziert wird, ist der Zugang zum vollständigen Spracherwerb nicht gegeben. Wenn das auf dem auditiven Kanal nicht geschehen kann, ist der visuelle Kanal der, der sehr sicher ist. Es ist nicht gut, wenn man sagt, man macht zuerst das eine und dann das andere. Gebärdensprache fördert den lautsprachlichen Erwerb. Das ist das, was ich rausstellen möchte.“

**Professor Dr. Claudia Becker**  
Ihr Thema war: „Chancen und Formen der bilingualen Sprachbildung mit Laut-

und Gebärdensprache bei Kindern mit einer Hörbehinderung“. „Seit Jahrhunderten hat man sich darüber gestritten, wie man gehörlose Kinder sprachlich fördern kann. Soll Gebärdensprache verwendet werden oder soll man Sprache mit einbeziehen. Deutschland stand sehr lange dafür ein, dass Sprache verwendet wurde. In den 1980er Jahren hat sich das gewandelt, so dass Lautsprache und Gebärden eingesetzt wurden. Mit großem Erfolg. Gleichzeitig ist das CI entwickelt worden und hat zu einem erbitterten Kampf in der Pädagogik geführt. Heute, 30 Jahre später, können wir sagen, es ist ein großes Glück, dass viele Studien zeigen, dass unsere Schülerschaft zu heterogen ist, als dass nur eine einzige Methode die Richtige sein kann. Was bedeutet bimodale-bilinguale Bildung. Welche Gründe sprechen für das Angebot, auch für Kinder mit CI. Zu den Begriffen: „bilingual“ bedeutet, dass es Menschen sind, die mindestens zwei Sprachen in ihrem Leben verwenden. Sie können die Sprachen auf unterschiedlichen Niveaus verwenden, in unterschiedlichen Lebensbereichen und zu verschiedenen Zwecken. „Bimodal“ bedeutet, dass es sich



Dr. Claudia Becker

um zwei Sprachen handelt, um Laut- und Gebärdensprache. Lautsprachen haben unterschiedliche Sprachregister auf unterschiedlichen Niveaus. Lautsprachebegleitende Gebärden sind reines Deutsch, weil man hier in der Grammatik des Deutschen bleibt. Lautsprache kann als Schriftsprache verwendet werden. Wir haben verschiedene Register, wir können uns übers Wetter unterhalten, über einen Zeitungsartikel oder über einen wissenschaftlichen Austausch. Bei der Gebärdensprache ist es genauso. Auch hier haben wir verschiedene Register, die Zeit brauchen, um sie zu lernen. Es ist für alle

Kinder ein Gewinn, mit mehreren Sprachen aufzuwachsen. Und das gilt für alle Kinder. Das Zweite ist ein Recht, das in der UN-Behindertenrechtskonvention für Kinder festgeschrieben ist, dass Kinder mit einer Hörschädigung Gebärdensprache verwenden dürfen und Eltern die Chance haben, Gebärdensprache zu lernen. Die bimodale-bilinguale Versorgung ist ein Sicherheitsnetz, auch im Hinblick auf die CI-Versorgung. Wir bieten zwei Sprachen, so kann sich das Kind in einer Sprache auf dem Erstsprachniveau entwickeln. Es ist egal, welche Sprache das ist, aber es muss eine davon sein. Deswegen werden explizite Förderangebote in beiden Sprachen gebraucht. Wenn man zwei Sprachen beherrscht, kann man flexibel entscheiden, wie man sie einsetzt. Erfreulicher Weise gibt es jedes Jahr hörgeschädigte Studierende in unserem Fachbereich und wir haben eine große Gruppe von Studierenden, die CIs tragen, die in Lautsprache kommunizieren, aber in überfüllten Hörsälen auf Gebärdensprachdolmetscher zurückgreifen. Es ist das Ziel, eine hohe Sprachkompetenz aufzubauen. Der bimodale-bilinguale Aufbau von Sprachen ermöglicht, im Alltag bewusst mit zwei Sprachen umzugehen und mehr Sprachen zu lernen, beispielsweise die englische Sprache. Mit dem Erwerb der Sprache ist verbunden, die Kultur der Sprache kennenzulernen. Gehörlose und schwerhörige Kinder sollten einen Einblick in die hörende Welt bekommen, in die Lautsprache und gleichzeitig mit der Gebärdensprache die Kultur der Gebärdensprachgemeinschaft kennenlernen. Was man heute als interkulturelle oder transkulturelle Kompetenz bezeichnet. Es ist ganz wichtig, dass Kinder nach der Schule verschiedene soziale Optionen haben, auf die sie zurückgreifen können. Es hängt von vielen verschiedenen Faktoren ab, wie sich Kinder heutzutage entwickeln. Es geht nicht darum zu bewerten, wie ein Kind später mit der bimodale-bilinguale Methode umgeht. Was wird für die Praxis benötigt, um den Erstspracherwerb zu ermöglichen. Müssen wir mit der bimodal-bilingualen Förderung so früh wie möglich ansetzen. Und müssen wir sie für die gesamte Schulzeit ermöglichen. Lautsprache und Gebärdensprache haben verschiedene Register. Ganz wich-

tig ist in der Schule das Unterrichtsfach Deutsch und DGS, das bis zum Ende der Schulzeit angeboten werden muss. Fachübergreifend müssen Worte in Deutsch und in DGS gelehrt werden, sonst macht es später keinen Sinn, wenn man ein Mathematik-Studium beginnt. Der Einsatz von jetzt schon über 100 gehörlosen und hörgeschädigten Lehrern ist sehr wichtig. Sie sind einerseits wichtige sprachliche Vorbilder, andererseits wichtige Identifikationsfiguren. Wichtig ist es, dass die Kinder dann beide Sprachen verwenden können, deshalb machen inklusive Schulen einen Sinn, in denen die Kinder beide Sprachen verwenden können. Auch der Einsatz von Dolmetschern gehört dazu. Aber der Einsatz von Dolmetschern ist alleine genommen keine bilinguale Bildung. Er ist eine Möglichkeit, an der Unterrichtskommunikation teilzuhaben. In Deutschland ist es immer noch abhängig vom Wohnort, ob ein Kind an einem bilingualen Unterricht teilnehmen kann. Die Umsetzung ist meist auf Förderschulen beschränkt. 50 Prozent der Kinder mit Hörschädigungen besuchen mittlerweile Regelschulen. Wichtige Bausteine für eine bimodale-bilinguale Bildung sind u. a. DGS in der Schule, die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen ebenso wie umfassende Qualifizierungsangebote für die hörbehinderten und hörenden PädagogInnen, um eine hochwertige bimodal-bilinguale Förderung von der Frühförderung bis zur Berufsschule anbieten zu können.“

## Ethische Aspekte der CI-Versorgung

War das Thema von Dr. Katrin Bentele. „Es gibt nicht DIE Moral, wir leben in einer Gesellschaft, in der sehr, sehr viele Moralen nebeneinander existieren. Es gibt nicht die Ethik, sondern es gibt sehr, sehr viele unterschiedliche Kon-



Dr. Kathrin Bentele

zepte. Wir befinden uns in einer sehr großen Vielfalt. Wir haben verschiedene Bereiche, in denen wir ethnisch urteilen. Die Beziehung zwischen einzelnen Menschen, es gibt die Sozialethik. Wir wollen gerne, dass überall die gleichen Rechte herrschen und die gleichen Pflichten. Dazu muss man sich in der Gesellschaft auf bestimmte Dinge einigen. Auf das CI bezogen befinde ich mich auf der privaten Ebene, auch wenn Eltern für ihre Kinder entscheiden. Wichtig ist, dass eine Aufklärung stattfindet, die alle Aspekte berücksichtigt und das Ziel hat, größtmögliche Autonomie für den Patienten in den Mittelpunkt zu stellen. Ein weiteres

Prinzip ist die Schadensvermeidung und die Vermeidung unnötiger Risiken. Wichtig ist, dass der Arzt die persönliche Lebenssituation berücksichtigt. Die Fürsorge ist die Verpflichtung und die Sorge um das Wohl des Patienten. Aber wer hat die Macht zu definieren, was das Wohl des Patienten ist? Gerade um die Diskussion des Kindeswohls oder die Selbstdeutung von Gehörlosen als nicht krank, das stößt auf sehr viel Kontra, wenn es um die CI-Diskussion geht. Die Geschichte muss man mit im Blick haben, weil die verhärteten Fronten auch aufgebrochen werden können. Das Recht auf Bildung und Information ist im Hinblick auf die bimodale-bilinguale Bildung eine Geldfrage. Aufklärung ist wichtig. Die Entscheidung muss in den Zusammenhang gestellt werden und darf nicht verallgemeinert werden. Es ist leider nicht im Voraus zu sehen, wer davon profitiert. Wichtig ist eine Studie, die besagt, dass der Erfolg gut ist, wenn vor dem dritten Lebensjahr implantiert wird. Wenn eine Muttersprache vorhanden ist, wenn regelmäßiges Sprachtraining stattfindet, wenn regelmäßige und bilinguale Nutzung vorliegt, dass mit Erfolgen zu rechnen sei. In der Individualethik geht es um die Entscheidung Einzelner für oder gegen ein CI aus guten Gründen. Es geht um umfassende Information auch für hörende Eltern, die noch nie etwas von Gebärdensprache gehört haben. Es geht um Selbstbestimmung und um das Kindeswohl. Wir haben neben der hö-

## Der Online-Shop für Hörgeschädigte

**Bellman Visit**  
Lichtsignalanlage  
für Hörgeschädigte

Fragen Sie uns nach Zuschussmöglichkeiten!

**Amplicomms**  
TCL-350



Der Funk-Reisewecker  
mit Vibrationskissen

**REHA  
COM  
TECH**

**VibraLITE-8**

Die sportliche  
Vibrations-Armbanduhr



[www.REHA-COM-TECH.de](http://www.REHA-COM-TECH.de)

renden auch eine Kultur der Gehörlosen. Eine kulturelle Vielfalt, eine Vielfalt der Sprachen, eine Vielfalt der Lebensentwürfe und wir sind eine Gesellschaft, die solche Vielfalt fördert und die die Gehörlosenkultur mit Positivem verbinden kann. Es ist eine sehr große Kultur. Viele denken, die Gebärdensprache sei ein Hilfsmittel. Stimmt nicht, das ist eine natürlich entstandene Sprache. Es gibt noch viel zu tun, um die Teilhabe und Kommunikationsmöglichkeiten sowie die beruflichen Möglichkeiten von Menschen mit einer Hörschädigung zu verbessern. Praktische Wahrnehmung von Verantwortung heißt qualifizierte Ausbildung und Beratung derjenigen Berufsgruppen, die auf den verschiedenen Gebieten tätig sind. Ausreichende und gut erreichbare Hilfsangebote für hörgeschädigte Menschen in den unterschiedlichsten Lebensumständen. Inklusion soll nicht als ein politisches Schlagwort verstanden sein, sondern als eine kritische Reflektion transparenter Gesellschaft.“

#### Fragen aus der Zuhörerschaft

Nach den Vorträgen hatten einige Zuhörer Gelegenheit, ihre Frage zu stellen.

Die erste Frage war, ob die Umfrage eine objektive Untersuchung gewesen ist. Ob alle Menschen erreicht worden seien? „Ob es wissenschaftlich haltbar ist, sei dahingestellt“, meinte Dr. Ulrike Gotthardt. Und weiter sagte sie: „Wir wollen niemand ausschließen, und wir bieten an, dass es nochmal wissenschaftlich untersucht wird.“

**FRAGE:** Ein zweiter Fragensteller stellte sich als ehemaliger Leiter des Cochlea-Implant-Centrums in Hannover vor. Er meinte, dass die Beratung zum CI zu allgemein und zu negativ dargestellt werde. „Ich glaube schon, dass die Eltern korrekt beraten werden. Während meiner Zeit gab es nicht nur die medizinische Beratung, es gab ein Vorgespräch mit den Eltern, ich hatte Kontakt zu den Lehrern. Die Eltern hatten das Angebot, vorher zu hospitieren oder sich mit Eltern zu unterhalten, die bereits ein CI-versorgtes Kind hatten. Also ganz frei unter vier Augen. Und wenn etwas nicht ganz klar

war, hatten die Eltern die Möglichkeit zu einem zweiten oder dritten Gespräch. Und ich habe im Zweifelsfall eindeutig gesagt, hier würde ich eine CI-Versorgung nicht empfehlen. Wenn sich Eltern nicht entscheiden können, was nachvollziehbar ist, insbesondere wenn das Kind sehr jung ist. Die körperliche Integrität wird durch die körperliche Operation verletzt, das ist klar und das ist eine schwere Entscheidung. Und in Hannover wurde das auch akzeptiert“, so der Gast.

**ANTWORT:** Es gibt viele Stellen, die beraten gut und es gibt viele Stellen, die beraten schlecht, und wir haben tatsächlich flächendeckend in Deutschland nicht ein neutrales Angebot für alle Möglichkeiten. Es hängt auch mit der Region zusammen und es ist oft dem Zufall überlassen, an welche Berater die Eltern geraten. Es bleibt ein Zufall, ob der Berater das CI gutfindet oder nicht. Wir müssen schauen, dass wir ein System aufbauen, so dass die Eltern eine interdisziplinäre Anlaufstelle haben, wo sie die verschiedenen Möglichkeiten kennenlernen können. Wir haben gehört, dass es eine Frage der Kosten und Kostenträger ist. Die Kostenträger müssen wissen, welche verschiedenen Angebote es gibt und diese den Eltern zur Verfügung stellen. Die Eltern sind in einer sehr schwierigen Situation. Sie müssen eventuell Hausgebärdensprachkurse durchkämpfen, sie müssen sich dafür engagieren. Es gibt Materialien, aber man kommt an die Materialien nicht heran. Deswegen sollte man schauen, welche Voraussetzungen es gibt, um einen guten Bildungsweg zu ermöglichen.

**FRAGE:** Die Eltern haben ein CI und das erwachsene Kind hat ein CI. Jetzt kommt die nächste Generation und mir ist aufgefallen, dass die Eltern, die ein CI haben, ihren Kindern kein CI mehr implantieren lassen, sondern sich für eine bimodale Förderung entscheiden. Für

mich ist das sehr verwunderlich. Ich habe gefragt, warum das so ist. Die Frage ist die Selbstbestimmung des Kindes. Wann kann das Kind sagen, ich bestimme jetzt selber und ich möchte das nicht?

**ANTWORT:** Wenn ein Kind früh diagnostiziert wurde und es soll hören lernen, dann können wir mit einer CI-Versorgung nicht abwarten, bis das Kind selbst reflektieren kann, ob es ein CI bekommt. Es bleibt eine Entscheidung, die die Eltern für das Kind treffen müssen. Wenn Kinder gehörlos auf die Welt kommen, ist es im Alter von 14, 15 Jahren kaum noch möglich, das Hören zu lernen.

**FRAGE:** Dr. Roland Zeh unterstützte das Recht auf Gebärdensprache als Präsident der Deutschen Cochlea Gesellschaft. „Aber es gibt auch ein Recht auf Förderung. Eine echte Bilingualität kann nur funktionieren, wenn sich der Hörkanal entwickelt. Sprechen ohne hören ist sehr, sehr schwierig und klappt nur in wenigen Ausnahmefällen. Das heißt, wenn die Kinder wirklich bilingual sein sollen, müssen sie sprechen und hören. Ich leite aus der Forderung ab, dass die Kinder beides bekommen sollen. Da muss sich der DGB die Frage gefallen lassen, sollen gehörlose Kinder ein CI bekommen, damit sie auch bilingual gefördert werden können“, meinte Dr. Zeh.

**ANTWORT:** Wir sagen nicht entweder oder. Man muss mit den Eltern sprechen, man muss alle Möglichkeiten und eine umfassende Beratung (inklusive der zur Gebärdensprache) durchlaufen. Dann können die Eltern entscheiden, was das Beste für ihr Kind ist und für ihre Situation ist. Bei dem Recht auf Hören muss auch das Recht auf Nicht-Hören und auf Gebärdensprache bestehen. Das Problem ist, dass das Recht auf Nicht-Hören, nicht ohne die Eltern durchgesetzt werden kann. Und das ist eben das, was wir genau in der Gerichtsverhandlung haben.



Dr. Roland Zeh



Anzeige

H.-J. Kleefeldt  
(Beisitzer)

H. Vogel  
(Präsident)

M. Wohlfahrt  
(Schatzmeister)

E. Kaufmann  
(Erste Vizepräsidentin)

S. Helbing  
(Zweiter Vizepräsident)

Ein frohes Weihnachtsfest und erholungsreiche Feiertage.

Vielen Dank für die bisherige gute Zusammenarbeit.

Die besten Wünsche und viel Erfolg im neuen Jahr!

Neues Präsidium des Deutschen Gehörlosen-Bundes für die Amtszeit 2018 - 2022

**Ehrenpräsidenten:** Gerlinde Gerkens, Prof. Dr. Ulrich Hase  
**Ehrenmitglied:** Käthe George

**Bundesgeschäftsstelle:** Petra Alaei, Daniel Büter, Dr. Anja Gutjahr und Sandra Kühling

Präsident Helmut Vogel,  
1. Vizepräsidentin Elisabeth Kaufmann, 2. Vizepräsident Steffen Helbing, Schatzmeister Michael Wohlfahrt, Beisitzer/innen Dr. med. Ulrike Gotthardt, Hans-Jürgen Kleefeldt und Katja Hofpenzitz (DGJ)



www.gehoerlosen-bund.de

## Vier Vorträge nach der Mittagspause

Professor Dr. Gisela Szagun begann ihren Vortrag über „Zweisprachigkeit – der sicherste Weg zur Sprache: empirische Evidenz von Kindern mit CI“ mit einer Präsentation. Gezeigt wurde bildlich, wie unterschiedlich lange Kinder



Professorin Dr. Gisela Szagun

mit CI Sprache lernen, wobei es darauf ankommt, wann die Kinder das CI erhalten haben. „Als Wissenschaftler und als Mediziner weiß man nicht alles und kann auch die großen Unterschiede beim Erfolg oder Nichterfolg bei Kindern mit einem CI nicht erklären. Es darf nicht sein, dass ein Kind ohne Sprache lebt. Die Zweisprachigkeit mit gesprochener Sprache und mit Gebärdensprache ist der sicherste Weg und aus meiner Sicht eine weise Strategie für Kinder mit CI“, so Dr. Szagun. Ohne Sprache gibt es Entwicklungsverzögerungen. Die Gebärdensprache und die Lautsprache kann

man nacheinander lernen oder gleichzeitig, beides funktioniert. In Kanada wird Eltern vor der CI-Implantation ihrer Kinder die Gebärdensprache angeboten. Ebenso seitens Kliniken in den USA. Kinder, die mit Gebärdensprache und mit Lautsprache aufwachsen, haben keine Rückstände in der Lautsprache. Sie sind sogar besser als Kinder, die nur unterstützende Gebärden erhalten. Wichtig sind Verlaufskontrollen bei Kindern mit CI, ob ein Spracherwerb möglich ist.

### Karin Kestner

Karin Kestner referierte über das Thema „Diagnose gehörlos – was Ärzte Eltern raten“. Wie sieht die Realität aus, besonders für hörende Eltern, die das erste Mal durch die Diagnose – mein Kind ist taub – mit dem Thema in Berührung kommen. Der Vortrag war mit Zitaten von Eltern gespickt. Beim Baby-Hörscreening müssen Eltern unterschreiben, dass sie die Untersuchung NICHT wollen, bei allen anderen Untersuchungen unterschreiben Eltern für die Behandlung ihres Kindes. Schon das macht ein schlechtes Gewissen, denn die Eltern müssen etwas aktiv ablehnen. Eine Mutter hat mit ihrem Kind die Klinik verlassen, weil angedroht wurde, gegen ihren Willen die Untersuchung durchzuführen. Ergibt die Untersuchung eine Hörschädigung, sind die Eltern verunsichert. Zitat einer Mutter: „Ich habe nur noch

geweint. Ich wusste gar nicht mehr, wie ich mit meiner Tochter umgehen sollte. Ich fiel wie in ein dunkles Loch.“ Wird eine hochgradige Hörschädigung festgestellt, wird in den HNO-Praxen und HNO-Kliniken nicht mehr auf Hörgeräte hingewiesen, sondern nur noch auf eine CI-Versorgung. Wird das CI abgelehnt,



Karin Kestner

werden von Ärzten folgende Aussagen gemacht, wie (Zitat): „Ohne CI wird ihr Kind niemals Mama sagen, ihr Kind wird nie rechnen lernen und nie fünf und fünf zusammenzählen können, weil es nicht weiß, was fünf und fünf bedeutet.“ Auch wird oft vermittelt, dass Eltern sich später vor ihrem Kind rechtfertigen müssen. Im „Fall Goslar“ macht ein Arzt es wahr, was viele Ärzte nur androhen, nämlich das Kind beim Jugendamt zu melden. Das Jugendamt war völlig überfordert, das Gericht auch, obwohl umfangreiche Unterlagen eingereicht wurden. Dieser Prozess dauert schon ein

Jahr. Zusammenfassend kann man sagen, dass von Ärzten das CI empfohlen wird, andere Hörhilfen werden nicht erwähnt oder schlecht gemacht. In Slowenien besteht für Eltern ein Programm mit zwei Phasen, wenn für ihr Kind eine CI-Operation ansteht. Sie erhalten Informationen über die Geschichte und Kultur von Gehörlosen und Grundlegendes über Kommunikations-Instrumente. Dazu einen Gebärdensprachkurs von 60 Stunden. Der Anschluss an die Gehörlosengemeinschaft wird gemanagt. In der zweiten Phase wird alles vertieft und von der CI-Versorgung bis zum Schuleintritt des Kindes werden 320 Stunden Gebärdensprachkurs angeboten unter Einbeziehung der gesamten Familie. „In anderen Ländern geht es, das muss doch auch in Deutschland möglich sein“, so Karin Kestner. Es geht nicht darum, die CI-Technik zu verdammen. Es geht darum, Einseitigkeit zu vermeiden, Möglichkeiten aufzuzeigen und unnötiges Leiden

zu verhindern. Und es geht darum, eine Gemeinschaft und eine Kultur zu erhalten, die sich in ihrer Eigenart nicht als defizitär, sondern als Bereicherung wahrnimmt.

### Simone Bräunlich



Simone Bräunlich

Simone Bräunlich ist prädestiniert für das Thema „Beratungsqualität und deren Informationsmöglichkeiten für Eltern von hörbehinderten Kindern – aus erfahrungsbasierter Perspektive der betroffenen Eltern. „Trotz Hörscreening wird die Hörschädigung oftmals gar nicht oder viel zu spät festgestellt“, meinte Simone Bräunlich. „Vermuten die Eltern eine Hörstörung, werden sie von Ärzten nicht ernst genommen. Be-

kommen die Eltern die Diagnose, findet keine Beratung statt, es wird das CI vorgeschlagen. Bei Ablehnung des CIs, wird gegen die Eltern ein vehementer Druck aufgebaut. Selbst wenn die Eltern sagen, das Kind ist mit Gebärdensprache glücklich, wird das nicht akzeptiert. Das Vertrauen in taube Eltern fehlt, dass sie eine passende Entscheidung für ihr Kind treffen können. Die Forderungen sind: Eltern müssen ein Recht auf umfangreiche Information haben, das muss auch das Recht auf Gebärdensprache beinhalten. Flyer mit Informationen müssen öffentlich ausgelegt werden. Ärzte müssen eine Informationspflicht haben oder an Beratungsstellen verweisen. Eltern sollten ein Recht auf eine psychologische, unterstützende Begleitung haben. Wenn Eltern ein CI für ihr Kind ablehnen, dürfen Ärzte keinen Druck ausüben. Der Zeitdruck muss weg. Die Frühförderung sollte über das dritte Lebensjahr hinausgehen. Ein CI sollte die Förderung in Gebärdensprache beinhalten. Die Ärzte müssen aufgeklärt werden, ebenso braucht das

Anzeige

# FROHE WEIHNACHTEN UND ALLES GUTE IM NEUEN JAHR!

## DANKE FÜR IHR VERTRAUEN UND FÜR IHRE TREUE!



Bundesverband  
der GebärdensprachdolmetscherInnen  
Deutschlands e.V.

Kontakt: info@bgsd.de

Jugend- und Sozialamt Hintergrundwissen. Für die Eltern muss ab der Diagnose ein großes Netzwerk bestehen. Das CI stellt eine Option dar, aber es ist keine lebensnotwendige Operation.“

### Dr. Karen Jahn, Diplompsychologin

Als Hörgeschädigte sprach die Diplompsychologin Dr. Karen Jahn über das Thema „CI-Versorgung bei Kindern und Jugendlichen aus psychologischer



Sicht – im Spannungsfeld von Individuum, Familie und Gesellschaft“. Eltern, die erfahren, dass ihr Kind taub ist, haben einen Diagnoseschock. Die Eltern und das Familienleben müssen in dieser Situation begleitet werden, damit die Eltern-Kind-Bindung nicht negativ von der Hörschädigung beeinflusst wird. „Die Begleitung ist in unserem System nicht installiert und Ärzte und Psychologen sind oft nicht ausreichend informiert“, so Dr. Jahn. Um Erfolg im Leben zu haben,

kann Technik hilfreich sein. Doch ist es ein Unterschied, ob die Technik wirklich in dem Maße verstehen hilft, was sich darunter vorgestellt wird. Ein CI bedeutet lange noch nicht, alles gut zu verstehen, ob in der Schule oder auf der Arbeit. Es gibt Situationen, in denen die Technik und die Zusatztechnik nicht mehr reichen. Jeder Mensch braucht soziale Kontakte. Das heißt: Eltern brauchen Begleitung. „Die Eltern kommen am ehesten in das Medizinsystem. Sie haben den Diagnoseschock, sie haben ihr Kind im Arm und sprechen nicht mehr mit dem Kind, weil sie nicht wissen, was sie tun sollen“, so Dr. Jahn weiter. Das macht hochempfänglich für eine Eltern-Kind-Störung. Eltern brauchen Zuspruch von Fachleuten, die ihnen Mut machen, dass sie Gebärdensprache mit ihrem Kind gemeinsam lernen können. Beratung allumfassend ist wichtig, nicht tendenziös.

### Diskussion mit dem Publikum

Viele interessante Fragen und Antworten kamen, wie dass hörgeschädigte Kinder die Regelschule aufgrund der Tatsache verlassen, weil das soziale Umfeld fehlt, weil sie gemobbt werden. Es wurde angesprochen, dass Studenten im Medizinstudium nichts von Gebärdensprache erfahren. Der fundierte Wissenstransfer fehlt. Die Frage wurde gestellt, wer die Verantwortung dafür übernimmt, eine Homepage bereitzustellen, auf der sich Eltern bei der Entscheidung für

oder gegen ein CI fundiert, umfassend und neutral informieren können. Der Vorschlag war, ob das nicht der DGB übernehmen kann. Ein anderer Vorschlag war, Krankenkassen zur Übernahme von Gebärdensprachkursen zu verpflichten und zwar für die gesamte Familie. Eine taube Teilnehmerin berichtete aus dem Klinikum Großhadern in München, in dem sie arbeitet, und dass dort die von ihr ausgelegten Flyer grundsätzlich weggeräumt werden. Karin Kestner brachte den Vorschlag, dass man auf einen Ärztekongress gehen sollte, um dort zu fragen, warum die Ärzte nicht umfassend aufklären.

### Podiumsdiskussion

Zu dem Thema „Der Weg zu einem risikominimierten, gesicherteren Langzeiterfolg auf der Grundlage einer bimodal-bilingualen Erziehung mit Gebärdensprache für hörgeschädigte Kinder mit und ohne CI“ nahmen die behindertenpolitischen Sprecher Angelika Glöckner (SPD-Bundestagsfraktion), Jens Beeck (FDP-Bundestagsfraktion), Corinna Ruffer (Bündnis 90/Die Grünen-Bundestagsfraktion) und Sören Pellmann (DIE LINKE-Bundestagsfraktion) sowie Prof. Dr. Christian Rathmann teil. Der DGB stellte als erstes die Frage, ob es verpflichtend festgeschrieben werden kann, dass ein Kind, das ein CI bekommt, parallel dazu Gebärdensprache lernt und wie eine Beratung durch gehörlose Betroffene für die Eltern aussehen kann.

In der Politik herrscht die Meinung, dass es nur in der Kommunikation miteinander gehen kann, eine verpflichtende Festschreibung wurde angezweifelt. Eine Zwangsimplantation wird allerdings skeptisch gesehen. Festgestellt wurde, dass es an Gebärdendolmetschern fehlt. Eine Festschreibung der Gebärdendolmetscher-Kosten durch Krankenkassen wurde nicht gutgeheißen. Angeprangert wurde, dass es im Bundestag ebenso uninformierte Abgeordnete gibt, wie uninformierte Menschen in Deutschland allgemein. Das heißt, es gibt keine Mehrheit für Gehörlose, da Abgeordnete keinen blassen Schimmer von dem Thema haben. Abgeordnete gehen davon aus, wenn jemand ein CI eingesetzt bekommt, kann er hören und braucht keine Gebärdensprache mehr. Entgegenghalten wurde, dass mit Blick auf die UN-BRK eine Regierung die Gebärdensprache verankern und in die Praxis umsetzen sollte. Taube Kinder kommen auf die Welt, es gibt keine Beratungsmöglichkeiten, keine Hausgebärdenkurse, keine kompetenten Lehrer. In anderen Ländern gibt es klare Richtlinien, die funktionieren. Die Forderungen sind kein Luxusartikel. Es gibt Forschungen, die liegen seit zehn Jahren auf dem Tisch. Der DGB hat Stellungnahmen eingereicht und es passiert nichts. So entstand die Meinung, dass eine gehörlose Person, die im Bundestag sitzt, schon etwas ändert. Die Politik tut sich schwer, da die

Gruppe der Gehörlosen in Deutschland nicht präsent ist. Auch Behörden sind völlig ahnungslos, was zur Folge hat, dass gar nicht gemerkt wird, wie brutal die Behörden mit Gehörlosen umgehen. Man kann Gebärdensprache im Gesetz verankern, aber es gibt keine Mehrheit im Parlament dafür. Wissenschaftliche Studien über CI-Träger sind für Unis nicht interessant. Hier kommt wieder die kleine Gruppe ins Spiel. Fazit war: Es braucht einen Anfang! Und eine Verpflichtung zum Angebot von Gebärdensprache ist ein Anfang. Die Wissenschaft ist für Untersuchungen bereit, wenn die Politik Geld für die Finanzierung in die Hand nimmt. Beim Verfahren in Goslar sollte der Ausgang abgewartet werden, danach sollte man schauen, ob die Politik eingreifen muss. Es gibt Bereiche in Deutschland, die beratungsverpflichtend sind, beispielsweise Schwangerschaftsabbrüche oder Geschlechtsumwandlung. Das kann auf den Bereich CI angewandt werden, Eltern zu verpflichten, vor einer CI-Operation Beratungsstellen aufzusuchen. Trotz vieler Aktionen reagiert die Politik nicht.

### Abschließende Worte

Mit dem abschließenden Dank des DGB-Präsidenten Helmut Vogel bei allen Referenten, Gästen, beim Publikum und nicht zuletzt beim gesamten Team endete die Fachtagung.

Bericht, Fotos: Marc Weigt

Sören Pellmann, Jens Beeck, Corinna Ruffer (v. l.)



Glückliche Teilnehmer nach erfolgreicher Fachtagung



Anzeige

# Soziale Berufe für Hörgeschädigte

Gehörlose + Schwerhörige + CI-Träger/innen



### >> Sozialpädagogische/r Assistent/in

Dauer der Ausbildung: 2 Jahre  
Nächster Beginn: 12. August 2019  
Voraussetzung: Realschulabschluss

### >> Erzieher/in

Dauer der Ausbildung: 3 Jahre  
Nächster Beginn: 12. August 2019  
Voraussetzung: Fachabitur oder abgeschlossene Berufsausbildung



### >> Altenpflegehelfer/in

Dauer der Ausbildung: 1 Jahr  
Nächster Beginn: 1. Oktober 2019  
Voraussetzung: Hauptschulabschluss

### >> Altenpfleger/in

Dauer der Ausbildung: 3 Jahre  
Nächster Beginn: 1. Oktober 2019  
Voraussetzung: Realschulabschluss

**IB AF** Institut für berufliche Aus- und Fortbildung

Gehörlosenfachschule für soziale Berufe  
Arsenastraße 2-10 | 24768 Rendsburg  
Telefon 04331 1267 0 | Telefax 04331 1267 14  
gehoerlosenfachschule@ibaf.de

www.gehoerlosenfachschule.de





IM INTERVIEW

# HELMUT VOGEL

>>> Bei seinem Aufenthalt in München traf Helmut Vogel, Präsident des Deutschen Gehörlosenbundes e. V. (DGB), Chefredakteur Marc Weigt. Dieser nahm die Begegnung zum Anlass für ein ausführliches Interview. Zum Dank für die Unterstützung als Medienpartner bei den Kulturtagen der Gehörlosen 2018 überreichte ihm Helmut Vogel eine Tasse.

**Marc Weigt: Wie geht es dir, Helmut?**

**Helmut Vogel:** Vorgestern habe ich meinen 50. Geburtstag gefeiert und bin in meiner Heimatstadt München. Hier genieße ich einen schönen Rückblick. 50 Jahre und ich sehe, wie schnell die Zeit vergeht. Zusammen mit meiner Frau, meiner Familie und Freunden habe ich eine kleine Feier gemacht.

**MW: Oh, ein runder Geburtstag. Alles Gute für dich, bleibe gesund, das ist das Wichtigste. Ich habe viele Fragen an dich. Meine erste Frage ist, was kannst du vom DGB berichten?**

**HV:** Wir haben im DGB Ende Oktober 2018 ein neues Präsidium gewählt mit vier neuen Präsidiumsmitgliedern und drei Mitgliedern aus dem letzten Präsidium. Die Zusammenarbeit klappt sehr gut. Es gibt viel Austausch, Abstimmung, Aufgaben für die Zukunft, der aktuelle Stand der politischen Arbeit. Auch die Fachtagung Ende November 2018 in Berlin war eine erfolgreiche Veranstaltung. Jetzt läuft die Arbeit ganz normal weiter, Öffentlichkeitsarbeit und politische Arbeit.



**MW: Vor der Wahl herrschte eine große Spannung. Wie war es nach der Wahl?**

**HV:** Vor der Wahl war eine heftige Diskussion, es sind zum Teil Missverständnisse entstanden. Das wurde versucht, so schnell wie möglich zu bereinigen. Vor der Wahl haben wir viel Unterstützung bekommen. Nach der Wahl haben wir viele Gratulationen bekommen. Für uns war es sehr erleichternd, dass alles letztendlich so gut gelaufen ist. Selbst harte Kritiker haben gratuliert. Teilweise haben Kritiker falsch informiert,



beispielweise mit der Behauptung, der DGB sei schon wieder insolvent.

**MW: Welche Pläne hast du für die Zukunft? Was willst du umsetzen?**

**HV:** Im Moment wollen wir Aufgaben verteilen, vergeben, damit wir die Kraft haben, mit Geschlossenheit verschiedene Bereiche, Bildung, Frühförderung, Arbeit, Notruf, Migranten, Medien, Familie, Senioren, Frauen, Gesundheit usw. zu bewältigen. Für die verschiedenen Bereiche brauchen wir jeweils Beauftragte, die für einzelne Bereiche zuständig sind. Wir haben bereits viele Leute mit Kompetenz, doch wir benötigen noch mehr. Wir brauchen eine größere Wahrnehmung in der Öffentlichkeit, das ist ein wichtiges Ziel. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat bereits eine gute Wahrnehmung für die Anliegen Gehörloser. Der nächste Schritt ist, bei verschiedenen Ministerien das Recht auf Gebärdensprache und Bilingualität durchzusetzen. Politische Arbeit ist insgesamt nicht einfach. Es braucht viele Gespräche. Bis jetzt ist es gut gelaufen, doch es braucht noch mehr, damit es auch richtig ankommt.

**MW: Arbeitest du ehrenamtlich?**

**HV:** Meine Arbeit besteht seit vier Jahren Vollzeit aus einer ehrenamtlichen Tätigkeit. Ich bekomme lediglich eine Aufwandsentschädigung. Beruflich bin ich als Dozent und Historiker tätig. Ich hatte meine berufliche Tätigkeit redu-

ziert, werde jetzt wieder aufstocken. Ich werde wieder über die Kultur und Geschichte der Gehörlosen und auch über die Politik schreiben. Das mache ich schon zehn Jahre, allerdings vier Jahre sehr eingeschränkt.

Anzeige



Tag der offenen Tür im  
Berufsbildungswerk München



23. März  
10 - 15 Uhr

Informieren Sie sich über  
unser Ausbildungsangebot.  
Mehr Infos:  
[www.bbw-muenchen.de](http://www bbw-muenchen.de)

Adresse:  
Nußstraße 20 &  
Musenbergstraße 33  
81929 München

**MW: Du musst ja auch deine Miete bezahlen, wie machst du das finanziell?**

**HV:** Ich lebe mit meiner Frau zusammen und ich habe Stammkunden und dadurch Stammaufträge. Ich mache zudem weitere Projekte wie Bücher schreiben, und ich bin Filmautor. Ich unterrichte Dolmetscher, Kommunikationsassistenten, Gebärdensprachdozenten, Studenten u. a. an der Fresenius-Universität in Idstein. Als Historiker arbeite ich ebenfalls.



**MW: Wird die Kommunikationshilfeverordnung (KHV) von sozialen Leistungsträgern, Ämtern, Krankenkassen, Arbeitsagentur, Behörden und Integrationsämtern angewandt und umgesetzt?**

**HV:** Sie haben teilweise Kenntnis, wenn Gehörlose sich dort beraten lassen wollen, es ist aber sehr unterschiedlich. Die Bundesfachstelle für Barrierefreiheit ist in Berlin. Die Fachstelle ist zuständig für

Behörden und klärt diese über die KHV und das Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz auf. Sie haben Mitarbeiter mit Gebärdensprachkompetenz.

**MW: Hessen hat es geschafft, das Gehörlosengeld im Koalitionsvertrag festzuschreiben.**

**HV:** Ja, das Gehörlosengeld ist Ländersache. Das bedeutet mit Einkommen und Vermögen hat das nichts zu tun. Es ist einkommensunabhängig, ein Nachteilsausgleich. Jedes Bundesland regelt das selbst, was jeder Blinde oder jeder Gehörlose bekommt. Das erste Bundesland, das Gehörlosengeld bezahlt hat, war Berlin und dort schon in den 1980er Jahren. Nordrhein-Westfalen bezahlt ebenfalls Gehörlosengeld. Später kam die Hoffnung, dass durch das Teilhabegeld das Gehörlosengeld gezahlt wird. Doch es wurde weiterhin zur Ländersache erklärt. Jetzt ist die Chance. Hessen hat bereits einen Schritt getan mit dem Koalitionsvertrag. Das muss in der Koalition umgesetzt werden. In Bayern läuft eine Petition. Da es Ländersache ist, muss der jeweilige Landesverband tätig

werden und sich mit dem Landesministerium auseinandersetzen.

**MW: Was sind die nächsten Aufgaben des DGBs?**

**HV:** In Moment hat die Priorität die Nacharbeit von der Fachtagung in Berlin. Umzusetzen gilt, dass ein Kind von frühester Kindheit an das Recht auf Gebärdensprache und Bilingualität hat. Das muss im Krankenkassenkatalog eingetragen werden. Also wenn ein Kind ein CI bekommt, haben die Eltern auf Wunsch das Recht, die Gebärdensprache zu lernen. Dafür muss man aktuell noch oft ein oder zwei Jahre kämpfen, bis das Sozialamt dies anerkennt und die Kosten trägt. Für Familien ist es eine große Belastung. Für ein Kind ist ein CI ohne Gebärdensprache ein hoher Druck. Wenn die Kinder sich nur an die Eltern anpassen müssen, gibt es keine richtige Inklusion. Deshalb ist der DGB sehr geschockt, dass immer mehr Krankenhäuser meinen, ein Cochlea-Implantat sei genug. Das CI ist bezahlt und das Kind braucht nicht mehr. Das Bild, das verbreitet wird, ist total falsch.

**MW: Wie soll das geändert werden?**

**HV:** Das Anrecht nach einem CI auf Gebärdensprache muss im Heilmittelkatalog eingetragen sein. Das Bundesministerium für Gesundheit muss mit einbezogen werden.



**MW: Bist du oft in Berlin?**

**HV:** Wir teilen das im Team auf. Jetzt bin ich zwei Mal im Monat in Berlin. Es gibt auch Zeiten, dann bin ich öfter dort. Ich bin in verschiedenen Gremien tätig. So bin ich Mitglied im Expertenkreis für Barrierefreiheit und im Inklusionsbeirat des Bundesbehindertenbeauftragten tätig. Es gibt auch ein Gremium vom Deutschen Behindertenrat, das ist ein Arbeitsausschuss von zehn Behindertenverbänden. Da ist Daniel Büter für den DGB im Einsatz.

**MW: Was wünschst du dir von den Gehörlosen? Mehr Unterstützung?**

**HV:** In den Gehörlosenvereinen und in den Gehörlosenverbänden sind viele aktive Mitglieder, die Veranstaltungen organisieren. Die Mitgliederpflege ist wichtig sowie die Öffentlichkeitsarbeit. Andere, die nicht gebärdensprachkompetent sind, mit einzuladen. Politiker einladen, ob Kommune oder seitens Ländern, das ist egal, Hauptsache man lädt sie ein. Und die Bundestagsabgeordneten des Wahlkreises. Das bezieht sich nicht nur auf den Wahlkampf. Auch übers Jahr sollten diese Politiker zu Veranstaltungen eingeladen werden, um sie für die Themen Gehörloser zu sensibilisieren. Gehörlosenvereine sollten den Mut haben, Politiker einzuladen. Die Kommunalpolitik ist sehr wichtig. Der DGB versendet jede Woche Newsletter, die jeder Gehörlose abonnieren kann. Landesverbände haben eigene Newsletter und man kann sie abonnieren. Ergänzen will ich noch, dass die Medien eine wichtige

Rolle spielen. Ich meine Life InSight, die Deutsche Gehörlosenzeitung und Sehen Statt Hören. Printmedien übernehmen eine wichtige Rolle.

**MW: Hast du ein Vorbild aus dem Ausland?**

**HV:** Habe ich. Manche Länder haben es leichter, da das politische System zentraler ist. Dadurch bekommt man schneller Kontakt. Deutschland ist kompliziert, weil es drei Ebenen gibt. Föderalistisch. Für die Behindertenpolitik ist das sehr schwer. In Finnland, Schweden, Holland ist es leichter, für bestimmte Leistungen eine Anerkennung zu bekommen. Ich kenne zwei Länder, die vorbildlich für die kommunikative Barrierefreiheit sorgen, auch im öffentlichen und privaten Bereich Gebärdensprache und Bilingualität anbieten: Finnland und Ungarn. Einen großen Einfluss darauf hat sicher der gehörlose, ungarische Politiker Adam Kosa, der Gehörlose im Europäischen Parlament vertritt.

**MW: Die neuen Medien haben für Gehörlose viele Barrieren umgestoßen.**

**HV:** Ja, die Digitalisierung ist für uns Gehörlose ein ganz wichtiges Thema, die



Barrierefreiheit zu bekommen. Der Notruf ist immer ein sehr wichtiges Thema gewesen. Wir brauchen ein starkes Netz für die Kommunikation über iPad oder Handy für die Videotelefonie. Die Digitalisierung kann in schwierigen Situationen im Krankenhaus helfen. Jeder hat ein Selbstbestimmungsrecht, um dieses einzufordern besteht ein Anrecht auf einen Gebärdensprachdolmetscher. Da es leider sowieso zu wenig Gebärdensprachdolmetscher gibt, sollte man schauen, wie die technischen Möglichkeiten einzusetzen sind.



Viele Gehörlose besuchten die Wahlkampfveranstaltung der CDU am 18. September 2018 in Bracht/Marburg

Helmut Vogel überreicht Chefredakteur Marc Weigt zum Dank für die Medienunterstützung bei den Kulturtagen in Potsdam ein Präsent



**MW: Was wird dafür getan, damit es mehr Gebärdensprachdolmetscher gibt?**

**HV:** Wünschenswert sind mehr Ausbildungseinrichtungen für Gebärdensprachdolmetscher. Auch damit Gehörlose den Beruf als Gebärdensprachdozent erlernen können. In Brasilien gibt es beispielsweise 1.300 Gebärdensprachdozenten. Der Grund ist, Brasilien verpflichtet überall Universitäten, in den sozialen Studienfächern Gebärdensprache zu unterrichten. Ob die Studenten später mit Gehörlosen zu tun haben, ist völlig egal, sie müssen die Gebärdensprache lernen. In Amerika ist die Gebärdensprache ebenfalls als Unterrichtsfach mit einbezogen. In Deutschland müssen wir noch kämpfen, in der Kultusministerkonferenz gibt es Blockaden. Es wurde von der Deutschen Gesellschaft für Hörbehinderte alles vorgelegt und dennoch gilt es weiter zu kämpfen. Es geht auch um das Wahlfach Gebärdensprache an den Regelschulen. In Zukunft werden mehr Gebärdensprachdozenten

benötigt. Der Staat sollte beispielsweise die zweijährige Ausbildung zum Gebärdensprachdozenten anerkennen. Das ist auch interessant für gebärdensprachkompetente Schwerhörige. Die Frage ist zudem, welche Bildungseinrichtung übernimmt die Ausbildung. Es geht um Unterricht und Praktikum. Die Methodik spielt eine Rolle, die Grammatik der Gebärdensprache unterscheidet sich von der Schriftsprache. Die Bildungseinrichtung fehlt bisher, die diesen Bereich abdeckt.

**MW: Auf der Fachtagung in Berlin wurde gesagt, das Thema Gehörlose ist zu wenig in der Regierung bekannt.**

**HV:** Ja, das stimmt absolut. Ich erlebe oft bei meinen Gesprächen mit Politikern, dass sie mir Unterstützung versichern, mir dann jedoch sagen, das Thema sei bei anderen Politikern nicht bekannt. Das ist eine enorme Behinderung im Vorwärtkommen. Dadurch fehlt oft der nötige Druck, das Thema an

die Regierung weiterzugeben. Deshalb ist es auch wichtig, Politiker in Gehörlosenvereine einzuladen.

**MW: Wie stellst du dir die Hilfe aus der gehörlosen Bevölkerung vor?**

**HV:** Einmal ist es wichtig, Gehörlose mit besonderen Talenten als Botschafter in die Öffentlichkeit zu bringen. Sogenannte Inklusionsbotschafter sind Gebärdensprachler, die in der Gesellschaft sichtbar sind. Gehörlose Sportler, Wissenschaftler, Schauspieler oder andere gehörlose Künstler müssen in der Gesellschaft sichtbar sein. Dass sie als Menschen bekannt sind, die wegen ihrer Leistung bewundert werden, wie es bei Hörenden der Fall ist. Diese Menschen sollten dann bei verschiedenen Veranstaltungen von Hörenden gesehen werden. Wir haben zu den letzten Kulturtagen in Potsdam sogenannte prominente Gehörlose eingeladen. Es ist wichtig, der Gesellschaft unsere Fähigkeiten und Kompetenzen zu zeigen.

Wir sollten ebenfalls Mehrwert für die Gesellschaft anbieten. Das ist für mich ein Teil der Inklusion. Ein gegenseitiges Wahrnehmen. Der DGB und die 26 Mitgliedsverbände müssen daran arbeiten, dass es viele Botschafter aus der Gebärdensprachgemeinschaft gibt.

**MW: Wir brauchen Gehörlose in der Regierung.**

**HV:** Das stimmt! Politiker haben ihre Grenzen, wenn es darum geht, sich in jede Gruppe hineinzusetzen. Deshalb ist es unerlässlich, dass Gehörlose als Politiker tätig sind. Ein Gehörloser ist als Politiker tätig: Sascha Nuhn. Steffen Helbing, der Zweite Vizepräsident des DGBs, kandidiert für die Europawahl am 23. Mai 2019. Er ist in der CDU in Berlin. Am 23. Mai hoffen wir, dass Steffen Helbing Erfolg hat. Politik ist ein hartes Geschäft.

**MW: Lieber Helmut, vielen Dank für das Interview! Gute Heimfahrt nach Frankfurt.**



Helmut Vogel und Marc Weigt im Gespräch



Geladene Politiker bei der Fachtagung am 28. November 2018 in Berlin: Sören Pellmann, Jens Beeck, Corinna Rüffer (v. l.)

Anzeige

EINE SPRITZIGE LIEBESKOMÖDIE MIT WAHRSAGEREI FÜR GEHÖRLOSE UND HÖRENDE

FREI NACH DEM ORIGINAL

VON NIKOLAI EVREINOV

deutsches  
GEHÖRLOSENTHEATER

RESIE JEFFREY DÖRING  
**DIE HAUTSACHE**

EINE BÜHNE. EIN PUBLIKUM. ZWEI SPRACHEN.

02.03.2019 MÜNCHEN  
09.03.2019 BERLIN  
30.03.2019 ESSLINGEN  
07.04.2019 WIESBADEN  
04.05.2019 WÜRZBURG  
12.05.2019 BREMEN  
18.05.2019 HAMBURG

30.05.2019 KÖLN  
01.06.2019 KARLSRUHE  
15.09.2019 DRESDEN  
28.09.2019 ESSEN  
19.10.2019 ARNSTADT  
02.11.2019 ASCHAFFENBURG  
03.11.2019 FÜRTH



Kartenbuchung unter [www.gehoerlosetheater.de](http://www.gehoerlosetheater.de)

Ermäßigung für DGT-Mitglieder, Schüler, Studenten, Rentner und Arbeitslose.



IM INTERVIEW

## STEFFEN HELBING

>>> „Politiker aus Leidenschaft“, das ist das Markenzeichen von Steffen Helbing! Trotz Taubheit und Rollstuhl lässt sich der Christdemokrat, Vizepräsident des Deutschen Gehörlosen-Bundes e. V., 2. Vorsitzender des Zentrums für Kultur und visuelle Kommunikation der Gehörlosen Berlin/Brandenburg e.V. und Vorsitzender des Brandenburgischen Landesverbands der Gehörlosen nicht aufhalten.

**E**r ist als Kandidat für die Europawahlen aufgestellt und engagiert sich schon jetzt weltweit für die Belange behinderter Menschen, besonders für die Belange von Menschen mit Hörschädigung. Erfahren Sie in diesem spannenden Interview, welche politischen Pläne Steffen Helbing als EU-Abgeordneter umsetzen will.

**Marc Weigt: Hallo lieber Steffen, wie geht es Dir? Stelle Dich bitte den Lesern, die Dich tatsächlich noch nicht kennen, kurz vor.**

**Steffen Helbing:** Mir geht es gut. Ja, was willst Du wissen? Ich bin von

Geburt an taub und bin in Löbau in Sachsen geboren. Gelernt habe ich damals den Beruf Bürokaufmann/Buchhalter, seit einigen Jahren konzentriere ich mich parallel dazu auf meine politische Karriere. Ich bin 48 Jahre alt, verheiratet und wohne in Berlin.

**MW: Seit wann sitzt Du im Rollstuhl und welcher Unfall war es?**

**SH:** Seit Februar 2002 bin ich auf den Rollstuhl angewiesen, wie es dazu kam möchte ich hier nicht thematisieren.

**MW: Seit ein paar Monaten bist Du Vizepräsident des Deutschen**

**Gehörlosen-Bundes e.V.. Welche Aufgaben hast Du übernommen? Hast Du ein besonderes Ziel?**

**SH:** Mein übergeordnetes Ziel ist die Barrierefreiheit, nicht nur für Menschen mit einer auditiven Einschränkung, sondern für alle Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Dafür setze ich mich ein. Der Kampf für die Umsetzung von Barrierefreiheit und real gelebter Inklusion, also nicht nur auf dem Papier, teilt sich in viele einzelne Bereiche, Projekte und Unterziele, an denen ich mit Partnern und Kollegen ständig und zeitgleich arbeite. Wichtige Themen sind hier bspw. das Bundesteilhabegesetz, der

barrierefreie Notruf, die Katastrophenvorsorge, der Kampf um Anerkennung der Gebärdensprache als Amtssprache in Deutschland, Gehörlosengeld usw. Es gibt noch viele Ziele zu erreichen und viele Punkte, die in Deutschland noch umgesetzt werden müssen. Hierbei unterstütze ich in meinem Amt auch die Landesverbände der Gehörlosen.

**MW: Du bist unsere neue Hoffnung für Brüssel. Es läuft Deine Bewerbung fürs EU-Parlament. Welche Aufgabe willst Du gerne übernehmen und welche Pläne hast Du?**

**SH:** Europa ist für mich ein ganz wichtiges Länderbündnis, das es unbedingt zu erhalten gilt! Ein vereintes und starkes Europa kann Menschen mit und ohne Behinderung ein barrierefreies und selbstbestimmtes Leben bieten und Inklusion real (er)lebbar machen! In Deutschland, in Europa, weltweit. Ebenso steht Europa für mich für die Durchsetzung von Frauen- und Menschenrechten. Europa muss für seine Bürgerinnen und Bürger und deren Anliegen und Wünsche ein verlässlicher Partner sein. Menschen mit und ohne Behinderung sollen das Gefühl haben, mit ihren Bedürfnissen wahrgenommen zu werden und erleben, dass Themen nicht nur auf dem Papier stehen bleiben, sondern angegangen und umgesetzt werden.

**MW: Durch die vielen verschiedenen Aufgaben bist Du sehr aktiv und viel unterwegs. Wie schaffst du den Ausgleich, um Deine Kräfte zu erhalten?**

**SH:** Die Energie für die Umsetzung meiner Ziele kommt ganz allein aus dem Kampf dafür. Den Menschen zuzuhören und mich ihrer Probleme anzunehmen ist mein ganzer Antrieb. Menschen zu helfen erfüllt mich voll und ganz. Es vergeht kaum ein Tag, an dem ich keine Schmerzen habe und die Belastung durch meine vielen Ämter und Aufgaben ist sicherlich enorm, aber ich denke immer positiv und lasse mich durch nichts unterkriegen. Der Austausch mit Menschen und das häufig entgegengebrachte Vertrauen und die Unterstützung sind Benzin für meinen Motor und meine Motivation.

**MW: Du hast die Initiative ergriffen, die Sanierung der Gehörlosenschule in Tirana in Albanien zu unterstützen. Wie kam es dazu?**

**SH:** Ich lerne im Rahmen meiner Arbeit immer wieder faszinierende Menschen kennen und erfahre unglaubliche Geschichten. So kam es, dass ich von der schwierigen Situation in Albanien erfuhr. Bei einem persönlichen Besuch dort und nach Gesprächen mit dem Albanischen Gehörlosenbund ANAD fasste ich den Entschluss: Hier muss ich helfen! Und dann kommt immer ein Schritt nach dem anderen. Ich hatte dann die Gelegenheit, bei einer Veranstaltung in Stuttgart von meinen Erfahrungen in Albanien zu berichten und konnte die schwierige Situation der gehörlosen Menschen dort schildern. Ich erzählte natürlich auch, dass ich fest plane, die Gehörlosen in Tirana zu unterstützen. Mein Vortrag kam beim Publikum gut an und dann hatte ich das große Glück, dass eine Baustoff-Firma das Projekt sofort mit einer Spende unterstützen wollte und den Umbau der Gehörlosenschule teilweise realisieren wird. Ich war so überrascht und bin unendlich dankbar! Es ist einfach wunderbar. Ich werde mich weiter auch für taube Menschen in Albanien engagieren. Ich werde auch so bald wie möglich einen Termin mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vereinbaren, um weiterhin Menschen mit und ohne Behinderung in Europa, aber auch in Afrika und weltweit durch verschiedene Projekte mit Bildungsangeboten und Arbeitsplätzen zu helfen und zu versorgen.

**MW: Planst Du weitere Projekte?**

**SH:** Nach und nach werde ich ähnliche Projekte auch im Kosovo, in Panama, in Kuba, in Indien, Philippinen, in Nigeria, in Kambodscha, in der Türkei und in Rumänien umsetzen. An dieser Stelle noch einmal meinen herzlichsten Dank für die Spende! Es war wirklich eine tolle und sehr gut organisierte Veranstaltung und ich bin allen Spendern und Sponsoren von Herzen dankbar! Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft! Es ist so wichtig für sie, eine Schule zu haben, in der sie sich wohlfühlen und in Ruhe lernen können. Das Projekt „Sanierung der

Gehörlosenschule in Tirana“ ist wirklich eines meiner Hauptprojekte im Moment und ich werde mich weiter mit voller Kraft für eine erfolgreiche und baldige Realisierung und Fertigstellung einsetzen!

**MW: Wie siehst du die Sache mit dem Gehörlosengeld in Deutschland. Steht dazu etwas auf Deiner Agenda?**

**SH:** Ich könnte mir vorstellen das Ideen, Vorschläge und Konzepte aus allen Fachbereichen durch die Mitglieder aller Landesverbände demokratisch befürwortet oder abgelehnt werden. Für die Vertrauensbildung und Teilhabe der Mitglieder an der Arbeit des Präsidiums ist dies von hoher Wichtigkeit. Missverständnissen und langwierigen Diskussionen im Nachgang kann so entgegengewirkt werden. Es sollte immer ein gleichberechtigtes Miteinander für alle möglich sein.

**MW: Wie war das Gespräch mit dem Beauftragten für die Belange behinderter Menschen der CDU/CSU, Herrn Wilfried Oellers MdB?**

**SH:** Am 12. März 2019 traf ich mich erneut mit Herrn Wilfried Oellers, Mitglied des Bundestages, zu einem Gespräch über verschiedene Themen, die mir am Herzen liegen. Herr Oellers ist sehr offen für die



Thomas Silberhorn Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Steffen Helbing und Uwe Schommer (v. l.)



Steffen Helbing bei der Arbeit im Flugzeug nach Nigeria



UNISDR in Genf, 2018



Steffen Helbing in einer Gehörlose-schule in Tirina, Albanien



Beim Halbmarathon (21 km) in Berlin, 2017



Doran Schulko und Florjan Rojba vom Albanischen Gehörlosenverband ehren Steffen Helbing für sein Engagement (v. l.)



Vortrag in der UNISDR in Bangkok, Thailand 2017



Steffen Helbing in Abuja in Nigeria mit dem Präsidenten für Menschenrechte Rt. Hon. Abbas Tajudeen



Tennis im Urlaub in Dubai

Themen und Belange von Menschen mit Behinderung. Daher freue ich mich sehr über die Zusammenarbeit mit ihm.

**MW:** Das Thema „Gebärdensprache liegt Dir auch sehr am Herzen.

**SH:** Ja, das Thema „Gebärdensprache als Amtssprache in Deutschland“ will ich weiter vorantreiben. Dass die Deutsche Gebärdensprache in Deutschland offiziell als Amtssprache anerkannt wird. Dies ist dringend nötig, um gehörlosen Menschen eine barrierefreie Teilhabe in allen Bereichen zu ermöglichen. Kommunikation ist ein Menschenrecht, verstehen können und verstanden werden - dafür werde ich weiterkämpfen! Barrierefreiheit für alle!

**MW:** Barrierefreiheit wünschst Du Dir auch fürs Ehrenamt.

**SH:** Stimmt genau! Ich werde mich dafür einsetzen, dass taube Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, bei Reisen im Rahmen ihres Ehrenamtes automatisch eine Begleitperson (bspw. Dolmetscher/Kommunikationsassistenz) kostenlos mitnehmen dürfen.

Das bedeutet, dass alle gehörlosen Menschen, die aktiv ehrenamtlich tätig sind, ein „B“ in ihrem

Schwerbehindertenausweis bekommen. Ich finde es nicht fair, dass gehörlose Personen, die sich bereits ehrenamtlich betätigen, auch noch die Fahrkarten für die Person zahlen, die dabei sein muss, um eine barrierefreie Kommunikation abzusichern. Dies ist eine unnötige zusätzliche finanzielle Belastung, weil ja auch die Kosten für einen Gebärdensprachdolmetscher oder Kommunikationsassistenten im Rahmen ehrenamtlicher Tätigkeit bisher von keinem Kostenträger übernommen werden. Auch dies ist ein unhaltbarer Zustand und ein Problem, für das ebenfalls dringend und zeitnah eine Lösung gefunden werden muss!

**MW:** Du willst auch erreichen, dass Menschen mit Behinderung sich selbst, inklusiv vertreten.

**SH:** Genau, ich habe in der Vergangenheit viele negative Erfahrungen gemacht und finde es keine gute Idee, wenn Menschen ohne Behinderung für Menschen mit Behinderung/ Einschränkungen oder besonderen Bedürfnissen, Anträge auf Projektförderung stellen. Wenn überhaupt, sollten solche Projekte inklusiv beantragt und umgesetzt werden, um gerade den Betroffenen die Chance zu geben, sich für ihre Interessen einzusetzen und stark zu

machen und ihre Erfahrungen mit einzubringen. Zudem bieten solche Projekte die Möglichkeit, Arbeitsplätze zu schaffen und Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

**MW:** Hast du ein bestimmtes Vorbild?

**SH:** Es gibt Personen, die mich in meiner Arbeit inspirieren. Häufig sind es Menschen aus ganz alltäglichen Situationen die ich für ihren Mut, ihr Engagement oder ihre Kraft bewundere. Ein Vorbild kann ich doch nennen: Eine große Frau, Mutter Teresa. Sie hat sich fast ihr ganzes Leben lang mit großer Hingabe für Menschen in Not, für Arme und Bedürftige eingesetzt.

**MW:** Die neuen Medien haben für Gehörlose viele Barrieren umgestoßen. Werden diese von den Gehörlosen auch voll genutzt?

**SH:** Die neuen Medien sind eine große Chance für die Teilhabe Gehörloser und sicherlich werden diese auch vielfältig genutzt. Jedoch von der Umstoßung von Barrieren können wir erst sprechen, wenn alle Ämter, Parteien, Ministerien, Regierungen und andere Institutionen diese auch nutzen und alle Veröffentlichungen auch barrierefrei erfolgen. Im Zentrum für Kultur und visuelle Kommunikation Berlin/Brandenburg e.V. verzeichnen wir dahingehend glücklicherweise einen hohen Zuwachs an Medienproduktionen. Beispielsweise durch die Übersetzung für den RBB, das ZDF, die Homepages von öffentlichen Anbietern oder Museen. Durch das Internet kann die Kommunikation schneller und effektiver erfolgen. Mit

dem HBBTV Fernsehen wird sich auch das Angebot im Bereich der Gebärdenspracheinblendung verbessern.

**MW:** Was wird dafür getan, damit es mehr Gebärdensprachdolmetscher gibt?

**SH:** Der Bedarf an Gebärdensprachdolmetschern ist sehr groß. Leider gibt es noch viele Landstriche wo kaum Gebärdensprachdolmetscher vorhanden sind. Der Deutsche Gehörlosen Bund hat leider keinen Einfluss auf die Absicherung von Einsätzen. Wir möchten aber verstärkt mit den Landesverbänden Lösungen finden und umsetzen, die eine zeitnahe Verbesserung ermöglichen. Zudem geht es uns nicht nur um Gebärdensprachdolmetscher, sondern auch um alle geeigneten Kommunikationshilfen. Zum Beispiel die Schriftdolmetscher, die Kommunikationsassistenten u.a.. Weiterhin gibt es schon konkrete Überlegungen die Technik (PC und Smartphone) mehr in den Übersetzungsprozess einzubeziehen. Dadurch können schneller und effektiver Dolmetschereinsätze abgedeckt werden. Doch dazu gehört auch, dass sich die Gebühren weiter senken müssen.

**MW:** Wie siehst Du die Sache mit den Untertiteln?

**SH:** Die öffentlich-rechtlichen Sender sind in Hinblick auf Untertitel auf dem richtigen Weg. ARD liegt bei 97,6 Prozent, bei den 3. Programmen liegt der MDR bei 88,9 Prozent und der SR nur bei 64,2 Prozent. Hier müssen mit allen Rundfunkanstalten Gespräche geführt werden.

Es kann nicht sein, dass es derartige Unterschiede gibt. Öffentliche Bereiche wie Kinos und die privaten Sender sind aber hier noch in der Pflicht nachzubessern. Auch dafür kämpfe ich aktuell.

**MW:** Zurzeit ist in den Sozialen Medien wie Facebook viel Unruhe. Welchen Rat kannst Du dazu den Postern geben?

**SH:** Facebook ist für Gehörlose wie auch für Hörende immer ein Medium in dem viele verschieden Meinungen aufeinander treffen und Themen sicherlich nicht immer sachlich diskutiert werden. Einen Rat geben, der die Mechanismen des Internets verändert, kann ich da nicht. Jeder muss für sich entscheiden, wie er mit Themen, die auf Facebook diskutiert werden, umgeht. Ich würde mir wünschen, dass einige dieser Diskussionen in den Vereinen, von Gesicht zu Gesicht, erfolgen sollten. Das würde vielleicht auch das Vereinsleben wieder aufblühen lassen. Es ist kein Geheimnis, dass die Verbände und Vereine mit immer weniger Mitgliederzahlen zu kämpfen haben.

**MW:** Was war dein schönstes Erlebnis in deinem Leben?

**SH:** Zu viele, um sie hier aufzuzählen.

**MW:** Was machst Du morgens als erstes?

**SH:** Aufstehen, einen Kakao trinken und mir einen Tagesplan machen. Ich überlege mir, welche Aufgaben in welcher Reihenfolge an diesem Tag zu erledigen sind. Dann geht es an die Arbeit.

**MW:** Deine größte Verführung? **SH:** Schokolade.

**MW:** Gibt es etwas, was Dich besonders aufregt und was geändert werden muss?

**SH:** Ich bin nicht der Typ, der sich aufregt. Missstände, die mir auffallen, gehe ich immer sachlich an. Wut ist der falsche emotionale Antrieb.

**MW:** Hast Du ein Hobby?

**SH:** Marathon, Tennis, Lesen und die Welt sehen.

**MW:** Welche Eigenschaft schätzt Du an Freunden?

**SH:** Offenheit, Vertrauen und Hilfsbereitschaft sind für mich wichtige Eigenschaften meiner Freunde, Wegbegleiter und Partner.

**MW:** Lieber Steffen, vielen Dank für das Interview! Ich wünsche Dir viel Erfolg, privat und in Deiner politischen Arbeit.



Besuch der Gehörlosen-schule in Albanien 2019 anlässlich der Renovierungs- und Umbauarbeiten

# 83.000 GEHÖRLOSE MENSCHEN LEBEN IN DEUTSCHLAND

0,1 PROZENT DER GESAMTBEVÖLKERUNG



>>> Wiederholte Anfragen haben den Deutschen Gehörlosen-Bund dazu veranlasst, Stellung zu den Zahlen der Schwerbehindertenstatistik zu nehmen, wie viele Gehörlose in Deutschland leben. Folgend lesen Sie die Pressemeldung vom 17. Juli 2019 mit der Stellungnahme.

**A**uf diese Frage gibt es scheinbar keine einfache Antwort, denn es werden immer wieder unterschiedliche Statistiken dazu veröffentlicht. In Deutschland gibt es keine offizielle Statistik, die alle Personen, die eine Hörbehinderung haben bzw. gehörlos sind, erfasst.

## Wissenschaftliche Quellen

Seit vielen Jahren gibt der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. bekannt, dass ca. 80.000 gehörlose Personen in Deutschland leben. Gerechnet wird im Allgemeinen mit einem Gehörlosen-Anteil von 0,1 Prozent in Bezug auf die Gesamtbevölkerung, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Diese Annahme von einem Promille wird durch wissenschaftliche Quellen bestätigt. Laut dem Statistischen Bundesamt (Stand: 31.12.2018) leben insgesamt 83.019.200 Menschen in Deutschland. Demnach wäre von ca. 83.000 Gehörlosen auszugehen.

## Statistiken

Nun gibt es aber auch andere Angaben, die dieser Zahl (auf den ersten Blick) widersprechen: Ende 2017 gab es laut Schwerbehindertenstatistik 28.228 Gehörlose und zusätzlich 20.139 gemeldete Personen mit Taubheit in Kombination mit Störungen der Sprachentwicklung und entsprechenden Störungen der geistigen Entwicklung, also 48.367 gehörlose Menschen in Deutschland.

## Richtige Interpretation

Um aber diese Zahlen richtig zu interpretieren, müssen die Gründe bekannt sein, warum die obige Statistik zu abweichenden Zahlen kommt. Der erste Grund dafür ist, dass „Gehörlosigkeit“ (wie jede andere Behinderung) nicht meldepflichtig ist. Niemand muss eine „Behinderung“ bzw. „Schwerbehinderung“ melden, und so werden viele Menschen mit Hörbehinderung gar nicht gezählt, d. h. es

SPRACH- ODER SPRECHSTÖRUNGEN, TAUBHEIT, SCHWERHÖRIGKEIT, GLEICHGEWICHTSSTÖRUNGEN	
6.842	Sprach- oder Sprechstörungen
28.228	Taubheit
20.139	Taubheit kombiniert mit Störungen der Sprachentwicklung und entsprechenden Störungen der geistigen Entwicklung
253.127	Schwerhörigkeit, auch kombiniert mit Gleichgewichtsstörungen
9.412	Gleichgewichtsstörungen
317.748	Zusammen



gibt eine große Dunkelziffer. Der zweite Grund ist, dass es unterschiedliche Definitionen des Begriffs „Gehörlosigkeit“ bzw. „Schwerhörigkeit“ gibt, wodurch dann auch unterschiedliche statistische Angaben entstehen.

## An Taubheit grenzend – gehörlos

Dieselbe Statistik gibt zum Beispiel an, dass es insgesamt 262.539 schwerhörige Menschen gibt. Davon sind 53.569 in einem Maße schwerhörig, dass es an Taubheit grenzt, und haben einen Grad der Behinderung von 90 oder mehr. Würden diese 53.569 und die genannten 48.367 Gehörlosen zusammengefasst, ergäbe sich eine Zahl von 101.036. Dass mehr als 0,1 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung gehörlos sind, ist also auch mit der Schwerbehindertenstatistik belegbar. Wir stellen fest, dass sehr viele an Taubheit grenzende Schwerhörige an den Aktivitäten der Gehörlosenvereine bzw. -verbände, die sich an unseren Dachverband angeschlossen haben, teilnehmen.

## Deutsches Zentralregister

Eine andere Statistik kommt ebenfalls zu diesem Ergebnis: Laut den Angaben des deutschen Zentralregisters für kindliche Hörstörungen (DZH) kann in Deutschland von einer Prävalenz (= Anteil einer Population, auf den einer bestimmter Zustand zutrifft) beidseitiger kindlicher Hörstörungen von 1,2 von 1.000 Geburten ausgegangen werden (Gross et al. 2000, 879). Davon sind

41 Prozent bei der Geburt hochgradig schwerhörig oder gehörlos mit mehr als 70 dB Hörverlust auf dem besseren Ohr (Flinck-Krämer et al. 2000, 121; Rohlfis et al. 2010, 1347). Das ist eine Prävalenz von 0,05. Wenn davon ausgegangen wird, dass es weit über 10 Prozent progredient verlaufende kindliche Hörschädigungen und eine erhebliche Anzahl von erworbene Hörschädigungen gibt (Gross et al. 2000, 880 f.) und eine erhebliche Anzahl von erworbenen Hörschädigungen, erscheint die Annahme von Gehörlosigkeit bei mindestens 0,1 Prozent der Bevölkerung ab dem Schulalter ebenfalls plausibel.

## Dunkelziffer

Es gibt zwei große Untersuchungen zur Prävalenz von Schwerhörigkeit in der Gesamtbevölkerung, HÖRSTAT und „Wie hört Deutschland?“, die sogar eine noch weitaus höhere Prävalenz nahelegen, als die offizielle Statistik nachweist (Gablenz et al. 2017): So wird dort von einem Anteil von 5,5 Prozent aller Menschen ausgegangen, die eine Hörstörung von 40 dB Hörverlust und mehr auf dem besseren Ohr haben, während es nach der offiziellen Statistik des Bundesamtes insgesamt nur 0,36 Prozent mit einer Hörstörung von 40 dB Hörverlust sind. Zwar sind mittelgradig schwerhörige Menschen sicherlich überproportional häufig Teil der Dunkelziffer, aber dennoch wird sich dies auch in der Kategorie der hochgradig schwerhörigen und gehörlosen Menschen auswirken. Insgesamt legen die beiden letztgenannten Studien einen Anteil von

0,2 Prozent gehörloser Personen nahe, bei erheblichen methodischen Einschränkungen in Bezug auf diese Teilgruppe aufgrund der geringen Fallzahlen (Gablenz & Holube 2015, Gablenz et al. 2017). Auf der Grundlage dieser Daten ist ebenfalls davon auszugehen, dass die Annahme eines Gehörlosenanteils von 0,1 Prozent sinnvoll ist.

## Unterschiedliche Definition

Abschließend muss noch einmal hervorgehoben werden, dass unterschiedliche Definitionen von Gehörlosigkeit auch zu unterschiedlichen Zahlen führen: Das Statistische Bundesamt verwendet eine medizinische Definition von Gehörlosigkeit unter Zuhilfenahme der von HNO-Ärzten gemeldeten Angaben der Versorgungsämter als Grundlage seiner Statistiken.

## Sprachkulturelle Minderheit

Aus Sicht des Deutschen Gehörlosen-Bundes wird Gehörlosigkeit jedoch nicht nur über einen angeborenen oder erworbenen Verlust des Hörvermögens definiert, sondern auch über das Merkmal bzw. den Status der sprachkulturellen Minderheit. Gehörlose bzw. hochgradig schwerhörige Personen kommunizieren vorwiegend in Gebärdensprache und fühlen sich der Gebärdensprachgemeinschaft und ihrer Kultur zugehörig. Das ist eine soziale und menschenrechtliche Definition!

Verfasst von Daniel Bütter  
Deutscher Gehörlosen-Bund



Christine Kaufmann und Helmut Vogel auf der Bühne



Augsburg



Die Arbeitsgruppen im Workshop



Dr. Ulrike Gotthardt (auf den Tisch gelehnt) diskutiert leidenschaftlich im Workshop

# Ordentliche Bundesversammlung des Deutschen Gehörlosen-Bund e. V.

>>> Vom 25. bis 27. Oktober 2019 in Augsburg. Rudolf Gast kam am Samstag als Ehrengast in die durchweg harmonisch verlaufende Versammlung.

**D**GB-Präsident Helmut Vogel begrüßte alle Delegierten mit den Worten, dass Augsburg eine Friedensstadt ist, als gutes Omen für die Bundesversammlung. Die Beschlussfähigkeit der Versammlung war mit 72 Delegierten gegeben, Daniel Büter wurde zum Protokollführer gewählt. Unter der Leitung von Katja Fischer wurde die Tagesordnung angenommen. Im Verlauf der Tagung wurde das Protokoll der letzten Bundesversammlung 2018 genehmigt und anschließend das Präsidium 2018 nach dem Rechnungsbericht entlastet.

Gehörlosen und Gebärdensprachgemeinschaft Nordrhein Westfalen standen für den Vorstand und die Delegierten zur Debatte. Arbeitsgruppen präsentierten die Ergebnisse ihrer Workshops zu den Themen Umstrukturierung, Ehrungen, Qualitätssicherung für Gebärdensprachfilme, Musikperformance, Kommunikationsassistenten und Gebärdensprache als Minderheitensprache. Am Sonntagmittag, nach Ende der Versammlung, konnten interessierte Versammlungsteilnehmer bei schönstem Sonnenwetter eine Stadtführung in Augsburg mit gehörlosen Stadtführern unternehmen.

Anregungen und umsetzfähige Ergebnisse erarbeiten. Die Sorge bleibt, dass die Mitglieder immer weniger werden. Durch attraktive Angebote, mit mehr Kompetenz für die Gehörlosengemeinschaft, soll dem Mitgliederschwund entgegengesteuert werden.

### Vorteile als Mitglied

Vorgeschlagen wurden exklusive Mitgliedervorteile, kostenfreie oder kostenvergünstigte Veranstaltungen, juristische Mitglieder-Beratung auch für Soziales, Fahrdienste zu Veranstaltungen, Gründung eines Altenheims für Mitglieder. Katja Fischer verwies auf das letzte Jugendfestival, was nach ein paar Tagen völlig ausverkauft war. Sie meinte, junge Leute haben andere Vorstellungen. Dieses sollte der DGB mit einbeziehen und sich zu Nutze machen zum Beispiel mit der Veranstaltung eines Diskussions-Camps. Ziel ist es, die ältere und die jüngere Generation zu verbinden.

### Workshop

Zu den Themen wie Namenstrukturen, Finanzausschuss, Umstrukturierung, Mitgliedervorteile, Führungskraftseminar, Personalausbau mit Fundraising (systematische Beschaffung von Ressourcen, besonders Spendengeldern) und zum Länderrat, sollen Arbeitsgruppen

### Tagesordnungspunkt

Allfälliges wie die BWA 2019, der Haushaltsplan 2020 und der geänderter Forderungskatalog waren Tagesordnungspunkte. Fünf Anträge vom Gehörlosenverband Hamburg und jeweils ein Antrag vom Landesverband Bayern der Gehörlosen und vom Landesverband der



Rudolf Gast überreicht Helmut Vogel eine Urkunde mit historischem Wert



Katja Fischer leitet die Versammlung



Christian Rathmann wirft kritische Fragen auf

### Länderrat-Treffen

Alexander von Meyenn meinte, dass das Länderrat-Treffen mindestens einmal im Jahr mit zwei Vertretern der einzelnen Bundesländer, zwei Vertretern der Deutschen Gehörlosengemeinschaft, durch abwechselnde Organisation der Landesverbände, stattfinden sollte. Schwache Landesverbände sollten unterstützt werden. Die politische Orientierung ist wichtig, damit Meinungsgleichheit besteht.

### Individuelles Recht

Christian Rathmann forderte mehr individuelles Recht in der Gesellschaft in Bezug auf Bildung, Gesundheit und Arbeitsleben. Er warf die Frage auf, wie sieht es mit der Kulturminderheit in zehn Jahren aus. Wir kann dann die Gebärdensprachkultur gezeigt werden? Als Amtssprache gibt es die deutsche Gebärdensprache schon, doch das ist nicht genug. Die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprache wurde am 5. November 1992 vom

Europarat gezeichnet. Ziel der Charta ist es, dass Regional- oder Minderheitensprachen als ein einzigartiger Bestandteil des kulturellen Erbes Europas anerkannt werden. Es bleibt eine Herausforderung nicht nur für Deutschland und es ist wichtig, den gesetzlichen Rahmen zu erreichen.

### Musikdolmetschen

Elisabeth Kaufmann plädierte für ein Positionspaper, dass für gehörlose und hörende Dolmetscher erarbeitet werden soll. Sie meinte, dass „Deaf Performance“ ein klarer Begriff ist, mit dem Hörende nichts zu tun haben. Das ist die Kunst von tauben Menschen. Der Protest von der Gruppe „Deaf Performance Now“ wurde begrüßt. Auch die Musikgruppe wurde lobend wegen ihrer Solidarität erwähnt, weil sie „Deaf Performance Now“ gestattet, während ihres Konzerts auf die Bühne zu kommen und ihren Protest kundzutun. Es wird eine Arbeitsgruppe gebildet, die das Gespräch mit der Gruppe

„Deaf Performance Now“ aufnimmt. Es sollen nur noch Deaf Performer eingesetzt werden, auch im Theaterbereich. Laura Schwengber vermittelt mit ihren Auftritten Augen und Ohrenschermerzen, hieß es. Helmut Vogel meinte, es ist nicht gut, hörende Dolmetscher zu kritisieren. Besser ist es, wenn taube Dolmetscher auf der Bühne stehen und hörende Zuschauer sehen das und staunen: der ist aber gut! Es ist jetzt die Aufgabe von Elisabeth Kaufmann, taube Dolmetscher, gehörlose Künstler auf ihrem Weg zu fördern.

### Ausbildung Gebärdensprachdolmetscher

Ein weiteres Thema war die Ausbildung von Gebärdensprachdolmetschern und Kommunikationsassistenten. Zudem besteht der Unterschied von einem Zertifikat nach der Ausbildung oder eine staatliche Anerkennung. Es fehlt die klare Definition was bedeutet Kommunikationsassistent? Leider sind viele

## Ich plane gerade meinen Winterurlaub. Mein »Traveler Set« reist mit!

Anzeige

Winterurlaub. »Klopft« jemand an die Zimmertür? Klingelt der Wecker? Ertönt ein Alarm? Das »Traveler Set« übermittelt Rufe und Signale »unübersehbar« mit Lichtimpulsen und/oder Vibrationen!

Zuverlässige Signalisierung – ob im Hotel, in der Ferienwohnung, dem Ferienhaus oder an jedem anderen Übernachtungsort.

Das »Traveler Set« im praktischen Softcase ist reisefertig, so mobil wie Sie, sicher und mit wenigen Handgriffen netzunabhängig aktiv.

Jetzt im Fachhandel oder im Webshop: [www.humantechnik-shop.com](http://www.humantechnik-shop.com)

Humantechnik GmbH · Im Wörth 25 · D-79576 Weil am Rhein  
Tel.: +49 (0) 76 21 - 9 56 89 - 0 · E-Mail: [info@humantechnik.com](mailto:info@humantechnik.com)



Daniel Büter, Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit des DGB



Volle Konzentration der Delegierten bei den Vorträgen (rechts Hans-Jürgen Kleefeld)



Die Delegierten stehen zusammen - nicht nur für das Gruppenbild

Kommunikationsassistenten als Gebärdensprachdolmetscher unterwegs. Das Thema, die klare Abtrennung, ist über 15 Jahre alt. Es sind schwarze Schafe unterwegs, die mit der Ausbildung Kommunikationsassistent als Gebärdensprachdolmetscher fungieren.

### Freizeitparks und Museen

Im September 2019 war ein Expertengespräch mit Vertretern der Deutschen Freizeitparks und Freizeitunternehmen. Gefordert wurde Barrierefreiheit für Gehörlose, damit sie ebenfalls alle Fahrgeschäfte, auch Achterbahnen, benutzen können. Christine Kaufmann leitet das Projekt Museen. Die Museen in Hamburg und München sind barrierefrei.

### Gesundheit

Dafür ist Dr. Ulrike Gotthardt Spezialistin. Sie hat mit Kerstin Brake Verstärkung bekommen. Es gibt viele neue Gesetze, die sie mit dem Augenmerk liest, ob das Gesetz für Gehörlose passt. Für den Schwerbehindertenausweis soll es eine Änderung für Neueinstufungen geben. Die neue Einstufung wird CI-Nutzern nicht gerecht, meint Dr. Gotthardt. Zu klären ist auch, ob ein Hausgebärdensprachkurs, derzeit durchgeführt von Sandra Gogol, generell bezahlt wird.

### Deutsche Bahn

Hans Jürgen Kleefeld zeigte, dass die Mobilität in Zügen der Deutsche Bahn für Rollstuhlfahrer bezüglich Toilettenbesuch nicht gegeben ist. Gehörlose bekommen die Ansagen nicht mit. Neue ICEs haben eine digitale Anzeige, von der gehörlose Reisende wichtige Informationen ablesen können.

### Gewalt

Sylvia Gegenfurtner sprach sich als Frauenbeauftragte für eine Internetplattform aus, auf der sich Frauen melden können, die Gewalt erleben. Ebenso sollte es ein Amt geben, wo sich Frauen und Männer hinwenden können, und in Notsituationen Unterstützung finden. Sie plädierte für eine Frauenbeauftragte und für einen Männerbeauftragten. Viele Gründe sprechen für derartige Einrichtungen, Gewalt Autismus, Kommunikations-Probleme.

### Anträge

Alle sieben Anträge von drei Landesverbänden wurden von den Delegierten der Bundesversammlung angenommen. Der Gehörlosenverband Hamburg vertreten durch Thomas Worsek stellte fünf Anträge. Der erste Antrag wurde zur Inklusion gestellt. Der DGB soll bis zum 29. Februar 2020 den Mitgliedern schriftlich erklären, wie er zum Konzept

der Inklusion steht. Die Diskussion und Pläne zur schulischen Inklusion behinderter Kinder und die Abschaffung der Sonderschulen gefährden die Gehörlosenschulen und die Gebärdensprachgemeinschaft. Beim zweiten Antrag ging es um TESS, dass der DGB etwas unternimmt, dass Gehörlosen keine zusätzlichen Kosten neben den üblichen Telefon-Gebühren berechnet werden und dass TESS seine Monopolstellung durch mehr Anbieter auf den Markt verliert. Und TESS sollte endlich ein Video-Chat für Appel entwickeln.

### Weitere Anträge aus Hamburg

Der DGB soll bis zum 29. Februar 2020 schriftlich erklären, wie das Thema Gebärdensprach-Dolmetscher\*innen bezüglich des Stundensatzes, der Qualitätssicherung und Kostenerstattung der Dolmetschkosten im privaten Bereich aktiv bearbeitet wird. Helmut Vogel sagte, dass dazu eine Arbeitsgruppe benötigt wird, da das Thema für jedes Bundesland unterschiedlich ist. Im nächsten Antrag ging es um die Nennung von fünf der wichtigsten Ziele des DGB. Der Grund des Antrags war, dass die politische Arbeit der Landesverbände koordiniert werden muss. Alle Landesverbände und der DGB müssen an einem Strang ziehen und brauchen dazu Informationen. Der

nächste Antrag war, dass der Deutsche Gehörlosen-Bund keine finanziellen Verpflichtungen für die Kulturtage der Gehörlosen eingehen darf. Die Träger-schaft und Durchführung der Kulturtage der Gehörlosen muss von einer anderen Organisation übernommen werden. Elisabeth Kaufman berichtete, dass zeitnah eine gGmbH gegründet werden soll.

### Bayern und NRW

Der Antrag des Landesverband Bayern der Gehörlosen e. V. vertreten durch Bernd Schneider, eine DGB-Urkunde und goldene DGB-Ehrendnadel für 70 Jahre Mitgliedschaft zu verleihen, fand komplette Zustimmung. Der Landesverband der Gehörlosen und Gebärdensprachgemeinschaft NRW e.V. brachte seinen Antrag zum CI-Zwang und zur „ethnischen Säuberung“ ein. Der DGB sollte sein Menschenbild von gehörlosen Menschen dringend überdenken und dazu, das seit 2017 angestrebte Projekt sobald als möglich beginnen. Das Pro-

jekt soll Sensibilisierungsarbeit im medizinischen Bereich und Aufklärungsarbeit für Behörden z.B. Jugendamt, Sozialamt stärken. Karin Kestner hatte die Themen in der Vergangenheit übernommen. Es wird für die Zukunft sehr schwierig. Der Bundeselternverband gehörloser Kinder hat einen Antrag für Fördergelder gestellt, um dieses Thema zu vertreten.

### Forderkatalog

Der Forderungskatalog ist ein wichtiges Medium, um politische Forderungen einzubringen, auch langfristige Projekte. Dahinter stehen 26 Mitgliedsverbände mit 28.000 Mitgliedern, 10 Landesverbände und 10 bundesweite Fachverbände mit insgesamt 600 Vereinen mit Gehörlosen, Taubblinden und hörbehinderten Menschen, sowie Gebärdensprachnutzern. Der neue Forderungskatalog wurde einstimmig angenommen. Geplant ist am 7. Mai 2020 eine Demonstration in Berlin, im Anschluss am 8. und 9. Mai

2020 die Länderratssitzung in Berlin. Alle, wirklich alle Gehörlosen, sollten zur Protestaktion kommen, um dadurch eine klare Forderungsaussage zu zeigen, so Steffen Helbing. Der 4. Bildungskongress ist am 11. und 12. September 2020 mit dem Motto „Bilinguale Bildung verstehen und erleben“ in Landshut geplant.

### Austritt DGS

Als letztes wurde bekannt, dass der Deutsche Gehörlosensportverband e. V. (DGS) aus dem DGB austreten will. Vermutet wird, dass Jan Eichler dieses angeregt hat. Über einen Austritt muss in einer Mitgliederversammlung des DGS abgestimmt werden. Als Grund wurde genannt, dass der DGS den Mitgliedsbeitrag an den DGB nicht bezahlt kann.

**Helmut Vogel bedankt sich und schloss die Versammlung mit den Worten: „Augsburg ist tatsächlich eine friedliche Stadt.“**

Bericht, Fotos: Marc Weigt



Bernd Schneider vom Landesverband Bayern



Thomas Worsek vom Landesverband Hamburg



Der Schatzmeister Michael Wohlfahrt

Anzeige



# Berufliche Rehabilitation für Hörgeschädigte

[www.salo-ag.de](http://www.salo-ag.de)





IM INTERVIEW

## HELMUT VOGEL

>>> Was ist der aktuelle Stand und was steht beim Deutschen Gehörlosen-Bund e. V. (DGB) für das Jahr 2020 in der Planung. Zur Beantwortung nicht nur dieser Fragen trafen sich, auch in Anbetracht der Corona-Krise, Helmut Vogel, Präsident des DGB, und Chefredakteur Marc Weigt zum Interview per Skype.

**Marc Weigt: Wie geht es dir in Coronakrise, Helmut?**

**Helmut Vogel:** Es geht mir soweit gut. Natürlich muss ich wie andere auch gut aufpassen und mich mit den Fahrten beschränken. Die Coronavirus-Thematik beschäftigt uns vom DGB schon sehr und wir müssen derzeit viel daran arbeiten.

**MW: Was ist in der Planung des DGB?**

**HV:** Die Planung für das Jahr 2020 war schon im letzten Jahr geklärt. Geplant waren drei Veranstaltungen. Am 8. Mai war eine Kundgebung mit Demonstration in Berlin geplant. Dann der Bildungskongress im September. Ende Oktober ist die Bundesversammlung mit einem EUD-Seminar geplant, einem Seminar von dem Europäischen Gehörlosen Verband. Die Planungen hierfür sind noch nicht abgeschlossen.

**MW: Was ist der aktuelle Stand für das Jahr 2020 in Bezug auf den politischen Bereich?**

**HV:** Im Moment ist das aktuelle Thema auch bei uns das Coronavirus. Politisch geht es besonders um die Barrierefreiheit, die die Bundesregierung und die Bundesbehörden zur Verfügung stellen sollten. Die Information in Gebärdensprache muss umgesetzt werden. Dafür kämpfen wir derzeit besonders. Es stehen noch andere Themen an, beispielsweise der Dolmetscherbereich und der Kulturbereich.

**MW: Was steht im Dolmetscherbereich an?**

**HV:** Der Stundensatz der Gebärdensprachdolmetscher wird alle zehn Jahre angepasst. Das ist eine ganz normale Anpassung wie in vielen Bereichen der Wirtschaft. Es geht um das Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetz

(JVEG) für Gebärdensprachdolmetscher, die beispielsweise bei einer Gerichtsverhandlung eingesetzt werden. Das ist insoweit korrekt, für uns ist eine andere Sache wichtig, so dass es nicht zu einer Verknüpfung kommt, also auf eine Übertragung auf den Bereich der Sozialleistungen. Der DGB und die Landesverbände klären gemeinsam ab, wie diese Preisgestaltung auf verschiedene Bereiche übertragen werden kann. Das braucht ungefähr ein Jahr Vorbereitung. Im nächsten Jahr soll die Änderung kommen.

**MW: Welche Auswirkungen hat das für uns Gehörlose?**

**HV:** Für uns Gehörlose gibt es in vielen Bereichen Sozialleistungen, zum Beispiel Begleitung zur Schule, zu Konferenzen, Besprechungen mit Politikern, Arztbesuchen und vielem mehr. Es geht darum,

die automatische Verknüpfung von diesen Bereichen mit der JVEG zu vermeiden, damit wir keine Verschlechterung bezüglich der Teilhabe bekommen.

**MW: Gibt es noch andere Bereiche, die im Fokus stehen?**

**HV:** Ja, der andere Bereich betrifft die Bildung. In den Schulen ist das Bilinguale Konzept nicht vollständig umgesetzt worden. Nur einige Schulen haben das Konzept umgesetzt. Ein Grund ist auch, dass einige Bundesländer kein Geld haben. Es geht um Weiterbildung von Lehrern, dass sie die Gebärdensprache lernen. Schulen sehen das Bilinguale Konzept nicht als Bedarf an. Die Universitäten setzen das Konzept zumeist um. Immer mehr Studenten für das Lehramt lernen die Gebärdensprache. So können immer mehr Lehrer die Gebärdensprache, doch die Schulen ziehen nicht mit. Der DGB ist hierfür gemeinsam mit den Landesverbänden aktiv. Und auch viele Eltern betroffener Kinder setzen sich für die bilinguale Erziehung ein, worüber wir uns sehr freuen.

**MW: Beim Bundesteilhabegesetz tritt 2020 die dritte Stufe in Kraft.**

**HV:** Ja, die erste Stufe erlangte 2017 Gesetzeskraft, die zweite Stufe 2018 und in diesem Jahr die dritte Stufe. Das ist wieder ein wichtiger Meilenstein für uns Gehörlose. Der Grund ist, die soziale Teilhabe bedeutet mehr ehrenamtliches Engagement. In unserem persönlichen Lebensumfeld bestand bisher für die Kommunikation mit anderen Personen, auch hörenden Personen, keine Dolmetscherverpflichtung. Und nun 2020 kann man auch für das persönliche Lebensumfeld Dolmetscher beantragen. Wir müssen jetzt schauen, wie die Umsetzung in der Praxis ist, in Städten, Bundesländern, Behörden wie Eingliederungshilfeträgern. Die verschiedenen Erfahrungen sind jetzt wichtig, wenn Gehörlose einen Antrag stellen, ob es dann klappt. Jetzt heißt es Erfahrungen sammeln, denn das ist eine große Chance für uns Gehörlose, dass wir hier eine Lebensverbesserung bekommen. Das Gesetz ist da, doch wie sieht es mit der Umsetzung aus. Das muss geprüft



werden und darüber müssen wir uns austauschen und zwar mit der Umsetzung im gesamten Bundesgebiet.

**MW: Das ist interessant. Da können wir Gehörlose also im privaten Bereich beispielsweise für einen Museumsbesuch einen Gebärdensprachdolmetscher beantragen?**

**HV:** Ja! Wichtig ist, dass die Begründung für den persönlichen Bedarf vorliegt und dass auf die Barriere hingewiesen wird. Dann kann man einen Gebärdendolmetscher beantragen. Derzeit hält Thomas Worsch vom Gehörlosenverband Hamburg bei verschiedenen Gehörlosenvereinen in Deutschland über dieses Thema Vorträge.

**MW: Es gibt Gerüchte bezüglich der Zusammenarbeit mit dem Deutschen Gehörlosen Sportverband (DGSV)?**

**HV:** Der Deutscher Gehörlosen Sportverband ist für mich und für den DGB selbstverständlich ein ganz wichtiger Partner. Darüber besteht keine Frage. Wir brauchen die Zusammenarbeit und den Austausch. Was in den letzten Jahren nicht gut gelaufen ist, können wir hoffentlich klären. Wir haben bald einen Termin mit den Vertretern des DGSV, um die Angelegenheit zu bereinigen. Der Sportverband ist ganz wichtig, auch im Bildungsbereich, weil der Nachwuchs im DGSV Sport macht und soziale Kontakte pflegen soll. Für junge gehörlose Menschen ist es eine Chance sich zu erweitern, Erfahrungen im sportlichen Bereich zu sammeln und in Deutschland sowie international zu reisen. Über diese Chancen sollte gut informiert werden, auch an den Schulen. Das ist für uns

sehr wichtig. Der Grund ist, dass wir dadurch Sportler gewinnen und diese Gehörlosen in die Gehörlosengemeinschaft mit einbeziehen. Wichtig ist ebenfalls die Jugendarbeit. Das bedeutet, dass junge Leute Erfahrung sammeln für Vereine, die Leitung und Steuerung, dass sie stark werden und Erfahrung und Kompetenz haben, um die Vereine und Verbände später zu führen. Zum Beispiel die Deutsche Gehörlosen-Sportjugend oder die Deutsche Gehörlosen-Jugend, beide sind gleichermaßen wichtig für unsere Zukunft. Wir vom DGB setzen uns für Themen ein, die auch für den DGSV wichtig sind.

**MW: Ein anderes Thema: Wie ist der Stand beim Notruf?**

**HV:** Dieses Jahr ist das Thema Notruf sehr, sehr aktuell und wichtig. Der Grund ist, dass das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie schon festgelegt hat, dass 2020 eine staatliche Notruf-App kommen wird. Normalerweise sollte dies bereits letztes Jahr geschehen, doch nun soll die App dieses Jahr fertig werden. Die Ausschreibung dazu organisiert das Landesministerium von Nordrhein-Westfalen. Es ist eine Absprache mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Wie die Ausschreibung aussieht, welche Bedingungen es gibt, diese Informationen haben wir nicht. Wir sind dabei, Kontakte zu knüpfen, um zu erfahren, welche Bedingungen in der Ausschreibung stehen. Dieses Jahr muss der Notruf bis September zur Verfügung stehen, ansonsten muss Deutschland eine Strafe an die EU zahlen. Vor zwei Jahren haben die EU-Richtlinien für Barrierefreiheit mit dem Notruf und mobilen Anwendungen herausgegeben und die Frist bis



Helmut Vogel

Helbing und Daniel Bütter zuständig. Beide bearbeiten und koordinieren das Thema Notruf.

**MW: Gibt es etwas, Helmut, was du den Lesern noch mitteilen möchtest?**

**HV:** Ja, wir von Gehörlosen Bund ärgern uns sehr, dass die barrierefreie Nachrichtenerstattung in der aktuellen Situation mit der Coronaviruskrise nicht optimal läuft. Wir sind davon ausgegangen, dass die Bundesbehörden oder

das Bundesministerium für Gesundheit Gebärdensprachdolmetscher organisieren würden, doch es wurde nicht gemacht.

**MW: Wie ist das passiert, warum ist es so gelaufen?**

**HV:** Die Bundesoberbehörde Robert Koch-Institut und die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung haben auf ihren Homepages Informationen nicht mit Gebärdensprachdolmetscher gezeigt. Die Bundesregierung hat ihre Pressekonferenz ebenso ohne Dolmetscher durchgeführt. Diese wichtigen Nachrichten müssen auch für uns gehörlosen Menschen zugänglich sein. Behinderte Menschen müssen erfahren, wie die Situation aussieht und was in Live-Fernsehsendungen gezeigt wird. Vor allem die Bundespressekonferenz muss mit Gebärdensprachdolmetscher sein. Uns vom DGB ist aufgefallen, dass im Fernsehen und Internet schon einige Sender ihre Beiträge mit Gebärdensprache ausgestrahlt haben, der MDR, NDR und ARD. Die Fernsehanstalten kennen das. Die Bundesregierung war damit nicht vertraut, obwohl im Gesetz steht, dass sie verpflichtet sind, barrierefreie Informationen zu vermitteln. Sie haben die Möglichkeit die Bundesfachstelle für Barrierefreiheit zu fragen. Normalerweise müssten sie zusammenarbeiten und sich gegenseitig austauschen, doch das

wurde nicht gemacht. Eins ist positiv: Bundeskanzlerin Angela Merkel ist auf der Homepage der Bundesregierung in einem Film mit Gebärdensprachdolmetscher zu sehen. Zwar nicht live, doch später wurde der Beitrag mit Dolmetscher ausgestrahlt. Das ist schon mal ein Schritt in die richtige Richtung, es muss nur mehr werden. Bei Pressekonferenzen, seitens der Bundesbehörden oder des Bundesministeriums für Gesundheit müssen Beiträge mit Gebärden ausgestrahlt werden. In anderen europäischen Ländern gibt es Dolmetscher bei Live-Sendungen. Das muss doch in Deutschland auch möglich sein. Wir haben vor kurzem unsere Stellungnahmen abgesandt. Politiker wie der Bundesbehindertenbeauftragter Jürgen Dusel haben die Stellungnahmen gut angenommen und sofort ihre Unterstützung zugesagt.

**MW: Gibt es noch andere Möglichkeiten, als sich an Politiker zu wenden und zu beschweren?**

**HV:** Das ist jetzt neu, dass es eine Beschwerdestelle aufgrund der EU-Richtlinie geben wird. Dieses Jahr muss die Bundesfachstelle für Barrierefreiheit die Beschwerdestelle noch aufbauen. Deutschland hat durch die Verordnung des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) eine Schlichtungsstelle, wo man sich auch beschweren kann. Die Schlichtungsstelle ist mit dem Bundesbehindertenbeauftragten verbunden. Der DGB kann sich dort ebenfalls beschweren. Die Schlichtungsstelle organisiert in so einem Fall ein Schlichtungsgespräch mit den Bundesministerien bzw. Bundesbehörden. Sie können soviel Einfluss nehmen, dass das Problem beseitigt wird. Also wir alle, wir Gehörlose, müssen gemeinsam lauter werden und uns beschweren. Im Privatbereich sollten wir uns über andere Informationen, die im Internet live ausgestrahlt werden, beschweren. Darüber sollten wir uns in Zukunft bei der Beschwerdestelle melden, wenn Barrierefreiheit fehlt. Die Adresse für die Beschwerdestelle gibt es noch nicht, doch werden wir diese gleich bekanntgeben, sobald wir sie haben. Nach der EU-Richtlinie muss es die Beschwerdestelle bis zum September geben.

**MW: Also die Beschwerdestelle kommt erst und die Schlichtungsstelle gibt es schon lange.**

**HV:** Genau! Die Adresse der Schlichtungsstelle lautet: Schlichtungsstelle nach dem Behindertengleichstellungsgesetz bei dem Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Mauerstraße 53, 10117 Berlin. Auf folgender Seite kann jeder online, bei Verletzung der Barrierefreiheit, einen Schlichtungsantrag stellen: [behindertenbeauftragter.de/DE/SchlichtungsstelleBGG/SchlichtungsstelleBGG\\_node.html](http://behindertenbeauftragter.de/DE/SchlichtungsstelleBGG/SchlichtungsstelleBGG_node.html)

**MW: Gibt es noch etwas Wichtiges?**

**HV:** Ja, leider müssen wir die Kundgebung und Demonstration wegen der Coronaviruskrise im Mai absagen. Wie es weitergeht, ist offen. Wir müssen jetzt abwarten, wie das öffentliche Leben verläuft.

**MW: Wie werden die ehrenamtlichen Aktivitäten aussehen?**

**HV:** Momentan ist in der ehrenamtlichen Tätigkeit sehr viel Einsatz gebracht worden, weil die Aufgabenverteilung besser geworden ist. Das Präsidium unter meiner Leitung hat jeden Monat ein- bis zweimal Online-Sitzungen durchgeführt, je nach Aktualität. Wir haben eine interne Struktur mit mehr ehrenamtlich Tätigen für diverse politische Bereiche gefunden und dadurch Fachteams und Arbeitsgruppen gebildet. Wir brauchen noch eine bessere Verknüpfung mit den Landesverbänden. Wir versuchen bei Themen, die Bund und Länder betreffen, eine klarere Zusammenarbeit zu erreichen. Was dieses Jahr auch noch wichtig ist, ist der Staatsbericht. Es geht um die UN-Behindertenrechtskonvention. Alle vier Jahre müssen die einzelnen Länder ihre Staatsberichte abgeben. Die Bundesregierung muss Report leisten, was bis jetzt für Menschen mit Behinderung umgesetzt wurde. Die Landesregierungen sind mit einbezogen. Das bedeutet die Bundesregierung und die 16 Landesregierungen der Bundesrepublik Deutschland müssen zusammen den Staatsbericht erstellen. Die Behindertenverbände erstellen ebenso einen Bericht, der heißt

Parallel-Bericht, der aufzeigt, was fehlt, also was nicht gut oder überhaupt nicht umgesetzt wurde. Wir als DGB sind mit verschiedenen Fachthemen dabei und erstellen den Bericht mit anderen Verbänden gemeinsam. Beispielsweise mit dem Deutschen Schwerhörigen-Bund und mit der Deutschen Gesellschaft der Hörbehinderten. Der Bericht muss voraussichtlich bis zum Herbst 2020 erstellt sein. Der deutsche Staatsbericht und der Parallel-Bericht werden dann gemeinsam in Genf beim Fachausschuss für die UN-Behindertenrechtskonvention abgegeben. Dann wird etwas Zeit vergehen

**Die Gehörlosengemeinschaft hält in kritischen Zeiten gut zusammen.**

und in etwa zwei Jahren werden Vertreter von der Bundesregierung und von den Behindertenverbänden gemeinsam eingeladen, um Stellung zu nehmen. Die internationalen Verbindungen laufen nach wie vor mit unseren Dachverbänden, der Europäischen Union der Gehörlosen (European Union of the Deaf - EUD) und dem Weltverband der Gehörlosen.

**MW: Für den DGB ist die Öffentlichkeitsarbeit sehr wichtig.**

**HV:** Auf jeden Fall. Wir können durch die Öffentlichkeitsarbeit über unsere Arbeit berichten. Wir zeigen nicht nur den Mitgliedern, in welchen Bereichen wir tätig waren und was geschafft wurde. Wir veröffentlichen Stellungnahmen, Pressemitteilungen, Newsletter, Filmaufnahmen in Gebärdensprache. So informieren wir die Gehörlosen und die Öffentlichkeit. Die Geschäftsstelle in Berlin ist mit drei Personen besetzt. Alle sind sehr fleißig und arbeiten sehr gut. Das ist für uns vom Präsidium sehr wichtig. Ein wichtiger Mann im Team ist Daniel Bütter. Er ist Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit. Er ist in Vollzeit 35 Stunden die Woche für uns tätig.

**MW: Ist geplant noch mehr Personal einzustellen?**

**HV:** Wir haben schon den Antrag gestellt. Derzeit haben wir einen hauptamtlichen Referenten für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit, eine Verwaltungsmitarbeiterin für 20 Stunden die Woche und eine Assistentkraft für das

Präsidium, also insbesondere für mich, 20 Stunden die Woche. Eineinhalb Stellen werden über BAMS finanziert, über die Partizipationsförderung für die politische Arbeit. Eine halbe Stelle finanziert der DGB selbst. Im Sommer hoffen wir, noch einen hauptamtlichen Mitarbeiter zu bekommen, der über BAMS und die Partizipationsförderung bezahlt wird. Dann sollte es so sein, dass wir einen Mitarbeiter für die Öffentlichkeitsarbeit haben und einen Mitarbeiter für die politische Arbeit. Das würde mehr

Potential für unsere politischen Anliegen bedeuten, und wir könnten uns Gehörlose politisch

noch besser vertreten und eine bessere Zusammenarbeit auf der Bundesebene erreichen. Schade ist, dass es in den Bundesländern kaum Gesetze für Partizipationsförderungen gibt. So ist es nicht möglich, dass ein Landesverband einen Antrag für eine Partizipationsförderung stellt. Das kann nur der Bund. Wenn die Länder das auch hätten, wäre alles viel leichter. Die politische Arbeit könnte so in den Bundesländern viel mehr vorangehen werden.

**MW: Helmut, was wünschst du dir von der Gehörlosengemeinschaft?**

**HV:** Ich hoffe, dass es in der schlimmen Zeit mit dem Coronavirus vielen Gehörlosen und Gebärdensprachnutzern weiter gut gehen wird. Wir müssen gemeinsam darauf achten und brauchen dafür guten Zusammenhalt. Wie ich die Gehörlosengemeinschaft von früher und heute kenne, hält sie in kritischen Zeiten oft gut zusammen. Der DGB wird den Gehörlosen und den Gebärdensprachnutzern in dieser Zeit beistehen. Natürlich sind viele Gehörlose ehrenamtlich aktiv in Vereinen und Verbänden. Ich hoffe, dass noch andere Gehörlose sich ebenso ehrenamtlich engagieren, heute und später, nach der bekannten Devise: Gemeinsam macht stark!

**MW: Lieber Helmut, vielen Dank für den Einblick in die politische Arbeit und für die Vorausschau. Alles Gute für dich und für die Arbeit des DGB und bleibe gesund!**

IM INTERVIEW

# DANIEL BÜTER

Daniel Büter als EUD-Vorstandsmitglied vor dem EU-Parlament 2018

>>> In der Gehörlosen-Szene ist er weithin bekannt: Daniel Büter, der Mann, den der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. (DGB) seit dem 1. Juli 2017 als Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit nach außen vertritt. Im Interview erzählt Daniel Büter von seinem Privatleben und gibt einen tiefen Einblick in das große Arbeitsgebiet des DGBs mit seinen Aufgaben und Zielen.

**Marc Weigt:** Hallo lieber Daniel, viele von unseren Lesern kennen dich bereits, doch stelle dich bitte kurz vor.

**Daniel Büter:** Hallo Marc, mein Name ist Daniel. Ich bin 42 Jahre alt und seit Geburt gehörlos. Im Sommer 2010 habe ich mich von meiner Frau getrennt und bin nach München gezogen. Sie ist mit unseren zwei Kindern nach London gezogen. Jetzt lebe ich mit meiner Lebenspartnerin zusammen am Bodensee, wir haben ein gemeinsames Kind. Insgesamt habe ich also drei Kinder, die 17, 15 und vier Jahre alt sind. Der Bodenseekreis ist mein Lebensmittelpunkt. Ich lebe wahnsinnig gern hier. Es ist herrlich ruhig und die Landschaft mit dem See und den Bergen ist wunderschön. Das fasziniert mich.

**MW:** Daniel erzähle uns aus deiner Kindheit, von deinen Eltern. Hast du Geschwister?

**DB:** Ich bin in Jena geboren, wo meine Eltern studiert haben. Aufgrund meiner Gehörlosigkeit, des Baus einer neuen Schule und eines Internats und wegen einer neuen Arbeitsstelle als Lehrerin für meine Mutter sind wir nach Halberstadt gezogen. Dort bin ich als Einzelkind aufgewachsen. Meine Kindheit habe ich schön und unbeschwert empfunden. Ich habe ein paar Jahre beim SV Langenstein Fußball gespielt, was sehr schön war. Langenstein ist ein Dorf, das zirka fünf Kilometer vor Halberstadt liegt. Zweimal pro Woche bin ich mit dem Fahrrad von Halberstadt nach Langenstein gefahren, um dort am Fußballtraining mit der Jugend-

mannschaft teilzunehmen, und abends bin ich zurück nach Hause gefahren. Am Wochenende habe ich oft Fußball gespielt und als Mittelstürmer sehr



viele Tore geschossen. Am schönsten war es, mit meiner Mannschaft den Pokal in Spanien gewonnen und nach Langenstein geholt zu haben. Weitere Erfolge waren Aufstiege von der Kreisklasse über die Kreisliga bis in die Landesklasse. Ich habe mit Maik Franz zusammengespielt, der später Profi in der Fußball Bundesliga geworden ist. Wenn ich hörend wäre, wäre ich in Langenstein geblieben, um dort weiter zu wohnen und zu arbeiten. Langenstein war meine Heimat, die mir sehr ans Herz gewachsen ist.

**MW:** Welche Schul- und Berufsausbildung hast du gemacht? Und wo?

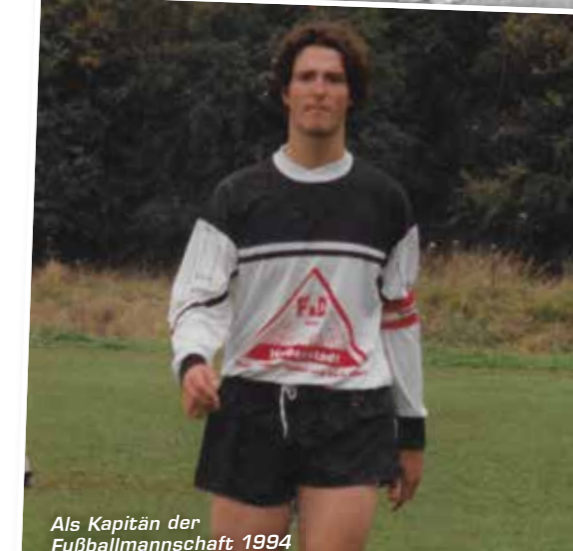
**DB:** Nach dem Realschulabschluss besuchte ich die Kollegschule im Bildungsgang Wirtschaft in Essen und machte erfolgreich mein Abitur. Anschließend nahm ich einen Ausbildungsplatz zum Versicherungskaufmann bei der Allianz-Versicherung in Berlin an. Leider wurde ich in der Probezeit gekündigt. Danach arbeitete ich freiberuflich als Gebärdensprachdozent. Von 2003 an studierte ich Lehramt Sonderpädagogik an der Universität Köln, schloss das erste Staatsexamen erfolgreich ab und begann mein Referendariat. Im Jahr 2010 zog ich nach München und versuchte, mein Referendariat fortzusetzen. Nebenbei engagierte ich mich als Vorstandsmitglied des Gehörlosenverbandes München und Umland und wirkte bei der Organisation des 1. Internationalen Fachkongresses 2010 in Saarbrücken und der 5. Deutschen Kulturtag der Gehörlosen 2012 in Erfurt mit. Bei der Abschlussfeier in Erfurt habe ich endgültig entschieden, das Referendariat in München aufzugeben bzw. nicht weiterzumachen und mich beruflich neu zu orientieren. Im März 2013 bekam ich eine Arbeitsstelle als Geschäftsführer beim Landesverband der Gehörlosen Baden-Württemberg in Stuttgart. Im Juli 2017 wechselte ich dann zum Deutschen Gehörlosen-Bund nach Berlin, wo ich die Arbeitsstelle als Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit antrat. Mein Weg war also eine Achterbahnfahrt.

**MW:** Wenn du auf deine jungen Jahre zurückblickst, welchen Unterschied stellst du zu den Möglichkeiten der heutigen Jugend fest?

**DB:** Ich stelle fest, dass junge Leute in der heutigen Zeit viele gute Möglichkeiten erhalten, die ich in meiner Kindheit und Jugend nicht hatte: Anerkennung der Gebärdensprache, bilingualer Unterricht mit Gebärdensprache, breite Auswahl in Bezug auf Beruf und Studium, Medien (TV und Internet) mit DGS und Untertiteln, Technologie – aber manchmal vermisse ich das Leben der DDR. Dabei denke ich vor allem an das Schulsystem (Pioniere, FDJ, Jugendweihe), Sport und menschliche Wärme, nicht aber an die fehlende Reisefreiheit und die Wirtschaft.

**MW:** Du bist beim Deutschen Gehörlosen-Bund e. V. (DGB) Referent für die Öffentlichkeitsarbeit.

**DB:** Seit dem 01.07.2017 habe ich als Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit mit 35 Wochenstunden im Rahmen des Projektes „Intensivierung der Verbandsarbeit und mehr Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen“ gearbeitet, das durch die Partizipationsförderung nach §19 BGG gefördert wurde. Dieses Projekt endete am 30.06.2020. Es hat sich sehr positiv auf die politische Verbandsarbeit ausgewirkt und diese gestärkt. Die ehrenamtliche Verbandsarbeit des Präsidiums und des Beirats ist dadurch erleichtert worden. Die Öffentlichkeitsarbeit und die Kooperationen mit Bundesministerien, Abgeordneten, Behinderten- und Sozialverbänden haben sich verbessert. Wir haben viele Meilensteine des Projekts erreicht: die



Neufassung des Forderungskatalogs, das Verfassen von Pressemitteilungen und Stellungnahmen und die Erstellung von Monatsberichten wie auch von Filmbeiträgen in DGS und mit Untertiteln. Außerdem haben wir regelmäßig Newsletter versendet, die Dokumentation „Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2017“ veröffentlicht, zahlreiche Gespräche geführt etc. Am 01.07.2020 hat ein neues dreijähriges Projekt begonnen, um die politische Verbandsarbeit und Öffentlichkeitsarbeit nachhaltig weiterzuentwickeln und zu vertiefen. Es gibt auch eine berufliche Veränderung für mich: Ich bin weiterhin als Referent für politische Arbeit mit 39 Wochenstunden tätig und gebe die Aufgabe des Referenten für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit an meinen neuen Kollegen, Wille Felix Zante, ab. Das bedeutet eine deutliche Entlastung für das Präsidium des DGB und auch für mich, denn ich kann mich so stärker auf die politische Arbeit konzentrieren.

#### **MW: Was zählt zu deinen Aufgaben?**

**DB:** Zu meinen Aufgaben zählen unter anderem die Wahrnehmung von politischen Aufgaben für die Interessenvertretung der Gehörlosen-/Gebärdensprachgemeinschaft auf Bundesebene, die Begleitung von Gesetzgebungs-

verfahren des Bundes und politische Lobbyarbeit, die Mitverfolgung der Debatten im Bundestag und Bundesrat, das Lesen der relevanten Plenarprotokolle, die Beobachtung und Analyse aktueller Entwicklungen in der Behinderten-, Gesundheits- und Sozialpolitik sowie entsprechende Recherchen, das Verfassen von verbandspolitischen Stellungnahmen und Positionspapieren zu Gesetzen und Verordnungen, die inhaltliche Begleitung der Weiterentwicklungs- und Umsetzungsprozesse des Nationalen Aktionsplans der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-BRK, die inhaltliche Begleitung des Umsetzungsprozesses des Bundesteilhabegesetzes, die Koordination der Arbeiten im Beirat, die Aktualisierung des Organigramms des DGB, die Netzwerkarbeit und Kontaktpflege mit Institutionen, Politiker/-innen, Ministerien und Behindertenverbänden und die Teilnahme an Gremiensitzungen, Kongressen, Fachtagungen, Workshops und Seminaren.

#### **MW: Welche wichtigen Themen sind im Moment aktuell?**

**DB:** Ich setze mich gerade mit den folgenden aktuellen politischen Themen auseinander: 13 Themen aus dem Forderungskatalog des DGB (Arbeit, Bildung, Gesundheit, Kinder und Jugendliche, Frauen, Senioren, Mobilität, gesellschaftliche und politische Teilhabe, Barrierefreie Medien, Barrierefreier Notruf, Förderung der Gebärdensprache und Gehörlosenkultur, Behindertenpauschbeträge, Stiftung Anerkennung und Hilfe) Weiterentwicklungs- und Umsetzungsprozesse des Nationalen Aktionsplans 2.0 der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, Weiterentwicklungs- und Umsetzungsprozesse des Bundesteilhabegesetzes, Weiterentwicklungs- und Umsetzungsprozesse des Behindertengleichstellungsgesetzes und des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes, Umsetzung des Europäischen Rechtsakts zur Barrierefreiheit („European Accessibility Act“, kurz EAA) und der wesentlichen EU-Richtlinien, Umsetzung des Telekommunikationsgesetzes und des Medienstaatsvertrages.

#### **MW: Wie bewertest du die Zusammenarbeit mit den Ministerien und Politikern?**

**DB:** In der Bundesrepublik Deutschland besteht die Bundesregierung derzeit aus der Bundeskanzlerin und den 14 Bundesministerien. Bis jetzt hat der Deutsche Gehörlosen-Bund bereits zahlreiche Gespräche mit sieben verschiedenen Bundesministerien über verschiedene Themen aus dem Forderungskatalog geführt. Vor allem gab es viele Gespräche mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Ich halte diese Zusammenarbeit für positiv. Im 19. Deutschen Bundestag sind insgesamt 709 Abgeordnete aus sieben politischen Parteien (CDU/CSU, SPD, AfD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen) vertreten. Das ist eine Rekordzahl in der Geschichte. Mit schätzungsweise 70 Abgeordneten hat der DGB bereits Kontakt aufgenommen und sich ausgetauscht. Wichtige Ansprechpartner/-innen sind für uns die fünf Sprecher/-innen für Behindertenpolitik: Wilfried Oellers (CDU/CSU), Angelika Glöckner (SPD), Jens Bееck (FDP), Sören Pellmann (Die Linke) und Corinna Rüffer (Bündnis 90/Die Grünen). Die Zusammenarbeit mit diesen fünf Personen bewerte ich ebenfalls als positiv.

#### **MW: Sind „Die Grünen“ mit Corinna Rüffer für uns Gehörlose eine wichtige Partei?**

**DB:** Laut Satzung ist der DGB parteipolitisch und konfessionell neutral. Wir arbeiten mit sechs politischen Parteien gerne zusammen – nur nicht mit der AfD, weil die Zusammenarbeit mit den Grundsätzen des DGB und der UN-Behindertenrechtskonvention nicht vereinbar ist. Corinna Rüffer ist seit 2013 und damit am längsten die Sprecherin für Behindertenpolitik –, sie ist für uns eine sehr wichtige Ansprechpartnerin. Mitte Dezember 2019 habe ich ein fast zweistündiges intensives Gespräch mit ihr in ihrem Abgeordnetenbüro geführt. Ich war überrascht und begeistert, dass sie den Forderungskatalog des DGB gründlich gelesen hatte. Über alle 13 Themenbereiche aus dem Forderungs-

katalog haben wir lang diskutiert. Sie nimmt unsere Forderungen der Gehörlosen-/Gebärdensprachgemeinschaft ernst und setzt ein paar Punkte um. Zum Beispiel hat sie den Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages damit beauftragt, eine Aufstellung darüber zu erstellen, wie die rechtliche Stellung der Gebärdensprachen in Europa ist. Außerdem hat Corinna Rüffer an den wichtigen Veranstaltungen des DGB teilgenommen, zum Beispiel an der Fachtagung zum barrierefreien Notruf 2016, an der Wahlkampfveranstaltung mit Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl 2017, an den 6. Deutschen Kulturtagen der Gehörlosen 2018, an der CI-Fachtagung 2018 usw.

#### **MW: Wie schätzt du das neue Bundesteilhabegesetz ein?**

**DB:** Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) hat die rechtlichen Regelungen für Menschen mit Behinderungen im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) reformiert und zu einem modernen Teilhaberecht weiterentwickelt. Das Sozialgesetzbuch IX ist durch das BTHG neu gefasst worden. Die Eingliederungshilfe für Behinderte ist aus dem bisherigen Fürsorgesystem der Sozialhilfe nach dem SGB XII herausgelöst und in das SGB IX mit eingebunden worden. Das BTHG tritt in vier Stufen zwischen dem 30.12.2016 und dem 01.01.2023 in Kraft. Bis zum 31.12.2019 wurden Dolmetscherkosten für gehörlose Menschen im privaten und ehrenamtlichen Bereich nicht übernommen. Ab dem 01.01.2020 wurden die Leistungen zur sozialen Teilhabe (§ 76 – 84, SGB IX) und zu Assistenzleistungen im Rahmen der dritten Reformstufe reformiert, um eine individuelle Lebensführung zu ermöglichen und die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu fördern. Seitdem können gehörlose Menschen einen Antrag auf Kostenübernahme für Gebärdensprachdolmetscher/-innen im privaten und ehrenamtlichen Bereich nach §82 SGB IX (Leistungen zur Förderung der Verständigung) bei dem Träger der Eingliederungshilfe stellen. Es ist sehr problematisch, dass §82 SGB IX Gehörlosen nur

dann ein Recht auf diese Leistungen zuspricht, wenn sie aus besonderem Anlass benötigt werden. Daneben wird Kommunikation in §78 als Anlass für Assistenzleistungen erwähnt. Diese Unterscheidung ist verwirrend! Daher müssen die Regelungen zu den Leistungen zur Kommunikation vereinfacht werden, indem sie in einem Paragraphen zusammengefasst werden. Wir fordern, die Formulierung „aus besonderem Anlass“ in §82 SGB IX „Leistungen zur Förderung der Verständigung“ zu streichen. Wir sind der Meinung, dass diese Formulierung ein großes Hindernis für die gehörlosen Leistungsberechtigten darstellt. Zudem sollte auf §99 SGB IX zur Definition des leistungsberechtigten Personenkreises verzichtet werden, und §78 SGB IX „Assistenzleistungen“ sollte um notwendige Unterstützung durch Dolmetscher/-innen für DGS und Deutsch und andere professionelle Kommunikationshilfen (Taubblindenassistenz) bei ehrenamtlichen und politischen Tätigkeiten ergänzt werden. Wir fordern die Abschaffung der Einkommens- und Vermögensabhängigkeit von Leistungen zur sozialen Teilhabe. Der Deutsche Gehörlosen-Bund hat am 26.04.2016 eine Stellungnahme zum Thema BTHG veröffentlicht. Diese Stellungnahme ist immer noch aktuell, da die Anmerkungen bzw. Wünsche des DGB noch nicht angenommen und umgesetzt werden. Übrigens gibt es auch einen sehr guten Artikel von Prof.

Dr. Ulrich Hase mit dem Titel „Das BTHG im Spektrum der Erwartungen von Menschen mit Hörbehinderungen“, der in „Das Zeichen 106“ (Nr. 106, Seite 204-212) erschienen ist. Den Forderungsbereich „gesellschaftliche und politische Teilhabe“ hat der DGB in seinem Forderungskatalog (Seite 19-21) beschrieben. Der DGB plant, eine Pressemitteilung zu verfassen und zur Sammlung von Ablehnungsbescheiden und Widerspruchsschreiben von Gehörlosen und anderen Menschen mit Hörbehinderungen aufzurufen. Die Ergebnisse können für die Evaluation verwendet und auch dazu genutzt werden, die Forderungen zu den Nachbesserungen des BTHG neu zu formulieren.



Abi-Ball 2000: Daniel mit seiner Mutter



EUD-Präsident Markku Jokinen und Daniel Büter 2019



Teilnahme an der EUD-Mitgliederversammlung 2018 in Wien



Unterwegs auf der Vespa mit Blick auf Bodensee und Alpen im Sommer 2020

**MW:** Katja Fischer ist in den Behindertenbeirat in Berlin gewählt worden, Ralph Raule zum Senatskoordinator für die Gleichstellung behinderter Menschen in Hamburg. Welche Vorteile siehst du darin für die Behindertenpolitik?

**DB:** Dass mit Katja Fischer vom Gehörlosenverband Berlin, Gaston von Krshiwoblozki von der Gesellschaft zur Förderung der Gehörlosen in Berlin und Thomas Zander vom Elternverein Hörbehinderter Kinder Berlin-Brandenburg, drei gehörlose Personen in den Landesbeirat für Menschen mit



Porträt von 2014

Behinderung im Senat von Berlin für die 5. Amtsperiode von 2020 bis 2025 gewählt worden sind, freut mich besonders. Der Senat Hamburg hat der Bürgerschaft Ralph Raule als Senatskoordinator für die Gleichstellung behinderter Menschen vorgeschlagen. In Deutschland wäre Ralph Raule nach Prof. Dr. Ulrich Hase erst der zweite hörbehinderte Mensch in dieser Funktion. Ich halte das für großartig. Zum Beispiel sind Dr. Ádám Kósa aus Ungarn und Helga Stevens aus Belgien als Abgeordnete im Europäischen Parlament und Dr. Gergely Tapolczai ist Abgeordneter im ungarischen Parlament. Es wäre vorteilhaft für die Behindertenpolitik auf der Bundesebene, wenn ein paar Gehörlose oder andere Menschen mit Behinderung als Abgeordnete im Bundestag säßen.

**MW:** Es gibt immer noch viel zu wenig Gebärdensprachdolmetscher. Wie kann deiner Meinung nach der Notstand behoben werden?

**DB:** Seit Mitte der 1990er Jahre werden in Deutschland Dolmetscher\*innen für DGS und Deutsch an Hochschulen ausgebildet. Akademische Abschlüsse zum/zur Dolmetscher\*in für DGS und Deutsch können derzeit an sieben Bildungseinrichtungen, an der Universität Hamburg, Fachhochschule Magdeburg, Westsächsische Hochschule Zwickau, Humboldt-Universität zu Berlin, Hochschule Landshut, Hochschule Fresenius, Universität zu Köln, erworben werden. Neben diesen Ausbildungen gibt es seit Ende der 1990er Jahre auch die Möglichkeit, bei zwei Institutionen – in Darmstadt und in Nürnberg – die Anerkennung als staatlich geprüfte/-r Dolmetscher/-in für DGS und Deutsch zu erlangen. Die Zahl von schätzungsweise 800 Dolmetscher/-innen für DGS und Deutsch, die in Deutschland arbeiten, ist noch immer viel zu niedrig – es besteht nach wie vor ein Mangel an Dolmetscher/-innen. Wir fordern mehr Dolmetscher/-innen für DGS und Deutsch in Deutschland und neue Studiengänge zum/zur Dolmetscher\*in für DGS und Deutsch an Hochschulen, insbesondere in Südwestdeutschland.

**MW:** Die Paulinenpflege Winnenden bietet für die Ausbildung von Hörenden zu Gebärdensprachdolmetschern das Berufskolleg Gebärdensprache an. Sollte dafür nicht mehr „Werbung“ gemacht werden? Auch seitens des DGB, um mehr Gebärdensprachdolmetscher zu bekommen?

**DB:** Dass die Paulinenpflege Winnenden eine zweijährige schulische Ausbildung mit den zusätzlichen Fächern Gebärdensprache und Gehörlosenkultur für hörende Personen anbietet, ist großartig. Dort kann man die allgemeine Fachhochschulreife und Vorkenntnisse in Gebärdensprache und Gehörlosenkultur erwerben, um sich an der Hochschule zum/zur Dolmetscher\*in für DGS und Deutsch ausbilden zu lassen. So werden gute Voraussetzungen für die Aufnahme der Ausbildung geschaffen. Der DGB begrüßt dies und unterstützt dieses in Deutschland einmalige Angebot.

**MW:** Sind im DGB Veränderungen geplant, strategisch oder personell?

**DB:** Nach dem starken Schuldenabbau und den Maßnahmen zur Sanierung, Restrukturierung und Stabilisierung wurden durch finanzielle Unterstützungen wie durch Mitgliedsbeiträge, Spenden, Selbsthilfeförderungen, Partizipationsförderung und Förderung der Aktion Mensch, fünf Personalstellen in der Geschäftsstelle des DGB geschaffen: Ngoc Mai Nguyen ist als Verwaltungsmitarbeiterin hinzugekommen, Dr. Anja Gutjahr arbeitet als Assistentin des Präsidiums, Wille Felix Zante als Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Petra Alaei als Projektleiterin für den 4. Bildungskongress, und ich bin als Referent für politische Arbeit tätig. Das Präsidium freut sich sehr über diesen wieder erreichten Personalstand zum Wohl der Gehörlosen- und Gebärdensprachgemeinschaft. Die dauerhafte und finanzielle Absicherung von mehr als den genannten fünf Personalstellen wäre im Sinne der zukünftigen Nachhaltigkeit sinnvoll – dies ist allerdings noch offen und fraglich, weil weniger Mitgliedsbeiträge und Spenden eingenommen werden. Erstens sind die

Mitgliederzahlen rückläufig, zweitens fehlt es an Nachwuchs, drittens sind gehörlose Personen nicht mehr bereit, sich in der Vereins- bzw. Verbandsarbeit ehrenamtlich zu engagieren.

**MW:** Gibt es eine Lösung?

**DB:** Vor zwei Jahren ist der Antrag des Landesverbandes der Gehörlosen Bayern bei der Bundesversammlung des DGB in Magdeburg angenommen worden, eine Arbeitsgruppe „Umstrukturierung des DGB 2.0“ einzurichten, die zukünftig Lösungen für eine konkrete Umsetzung und Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Landesverbänden erarbeiten soll. Im Frühjahr 2019 in Kassel hat die Arbeitsgruppe die Bestandsaufnahme der aktuellen Struktur, der Finanzierung, der Stimmzahlen und der Mitgliederentwicklung vorgestellt und Probleme, Ideen und Lösungsvorschläge in den Bereichen Informationsfluss, Namensstruktur sowie Transparenz und Strategieplanung präsentiert. Bei



6. Deutsche Kulturtag der Gehörlosen 2018: Daniel mit seiner Lebenspartnerin Natalia

der Arbeitstagung im Sommer 2019 in Frankfurt wurde die Arbeit der Arbeitsgruppe „DGB 2.0“ fortgesetzt und es wurde in einem Workshop über die vier Themen „Umstrukturierung, Informationsfluss, Strategieplanung und Jugendorganisation“ diskutiert. Die Ergebnisse des Workshops wurden bei der Bundesversammlung 2019 in Augsburg

vorgelegt. Die Arbeitsgruppe „DGB 2.0“ wird einen Maßnahmenkatalog zu neun Themen (Informationsfluss, Strategieplanung, Jugendorganisation, Umstrukturierung, Namensstrukturen, Mitgliedervorteile, Führungsseminar, Personalausbau (Fundraising, Projektleitung) und Länderrat) erstellen und bearbeiten.



Familie Bütter im Sommer 2020



Familienfoto (Ostern 2020)

## NOTIZEN

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

**MW: Wie siehst du die Zusammenarbeit mit den Landesverbänden?**

**DB:** Ich muss ehrlich zugeben, dass die Zusammenarbeit mit den 16 Landesverbänden der Gehörlosen nicht optimal läuft. Im Rahmen des neuen dreijährigen Projektes streben wir an, vor dem Hintergrund des föderativen Systems der Bundesrepublik Deutschland einen Länderrat mit den 16 Landesverbänden der Gehörlosen einzurichten. Der Länderrat soll den Austausch über politische Themen fördern, die Kommunikation und Zusammenarbeit mit den Landesverbänden verbessern und die gemeinsame politische Verbandsarbeit stärken. Mindestens einmal pro Jahr soll eine Sitzung des Länderrates stattfinden. Der Ort der Sitzung des Länderrates ist das Bundesland, welches die Präsidentschaft des Bundesrates übernimmt: 1.11.2020 bis 31.10.2021 – Sachsen-Anhalt, 1.11.2021 bis 31.10.2022 – Thüringen, 1.11.2022 bis 31.10.2023 – Hamburg. Er ist der Ort, an dem unterschiedliche Auffassungen über den richtigen politischen Weg formuliert und diskutiert werden. Der Länderrat wirkt an der Entwicklung, Überarbeitung und Aktualisierung des Forderungskatalogs und der Ziele der politischen Arbeit mit.

**MW: Wann ist die nächste Sitzung geplant?**

**DB:** Wir organisieren eine Arbeitstagung zum Thema des Länderrats am 11./12.09.2020 in Frankfurt am Main, um ein Konzept der Arbeitsweise und eventuell eine Geschäftsordnung vorzustellen und zu diskutieren. Bei der Bundesversammlung vom 30.10. bis zum 01.11.2020 in Berlin soll die Satzungsänderung bezüglich der Einrichtung ei-

nes Länderrates vollzogen werden. Bei der Sitzung des Länderrates können der DGB und die 16 Landesverbände der Gehörlosen ab dem Jahr 2021 gemeinsam die fünf wichtigsten politischen Ziele und konkrete politische Themen bestimmen, darüber diskutieren und eine Priorisierung hinsichtlich der politischen Themenschwerpunkte vornehmen. Dann können wir uns darüber austauschen, wie wir diese Themen umsetzen bzw. wie unsere Ziele erreicht werden können.

**MW: Wie können wir Gehörlose den DGB bei seiner Arbeit unterstützen?**

**DB:** Der Deutsche Gehörlosen-Bund freut sich immer über finanzielle Unterstützung für die Verstärkung seiner politischen Arbeit durch eine Spende oder eine Fördermitgliedschaft.

**MW: Jetzt werden meine Fragen eher privat. Welche Eigenschaften schätzt du bei deinen Freunden?**

**DB:** Am meisten an meinen Freunden schätze ich, dass sie immer für mich da sind, fragen, wie es mir geht oder ob ich ihre Unterstützung brauche, und an mich denken. Das gilt auch umgekehrt. Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit, Vertrauen, Offenheit, Respekt und Humor sind für mich wichtige Eigenschaften von Freunden. Wir können frei erzählen und uns miteinander wohlfühlen, lachen und weinen.

**MW: Auf welche eigene Leistung bist du besonders stolz?**

**DB:** Ich freue mich immer, wenn ich es geschafft habe, eine kleine oder große Aufgabe zu erledigen. Ich bin zufried-

den mit meinem Leben, besonders mit der Arbeit beim Deutschen Gehörlosen-Bund und mit meiner Familie, meiner Lebenspartnerin, unserem gemeinsamen Sohn und ihren zwei Kindern. Nicht zufrieden bin ich dagegen mit meinem Körper bzw. Übergewicht. Ich muss mehr Sport treiben, z. B. spazieren gehen, walken, wandern, laufen, mit dem Fahrrad fahren und schwimmen, und ich muss mehr auf meine Gesundheit achten.

**MW: Welche Ziele hast du in der Zukunft?**

**DB:** Für die Zukunft habe ich mir ein paar Ziele im Privatleben gesetzt: wieder das Idealgewicht erreichen, mehr Sport machen, mehr Zeit mit der Familie und in der Natur verbringen, ein gemütliches Zuhause schaffen und den Führerschein für das Motorrad machen.

**MW: Hast du ein Hobby?**

**DB:** Für mich ist Vespa-Fahren weit mehr als nur ein Hobby – eine schöne Leidenschaft und ein pures Lebensgefühl. Ich wandere sehr gerne in den Alpen und atme frische Luft, und ich schwimme gerne im Bodensee.

**MW: Was ist deine Lebensweisheit?**

**DB:** Das bekannte Motto „Nichts über uns ohne uns“ erweitere ich zu: „Nichts über und für uns ohne uns“. Es ist mir wichtig, dass nicht einfach nur „über uns“ hinweg etwas getan wird. Das kann man sich schon für das eigene Leben als Weisheit vornehmen. Gebärdensprache ist mein Reichtum, auf den ich nicht verzichten kann.

Fotos: Daniel Bütter, David Hay

# Verjährt, nicht versöhnt

In Bremen feiert der Deutsche Gehörlosen-Bund seine 90-jährige Geschichte – und ist kurz davor, die jüngere Vergangenheit endlich abzuschließen

Von Thomas Mitterhuber

„Ich stehe hier, ich verstecke mich nicht.“ Dies war der erste Satz von Rudolf Sailer auf der jüngsten Bundesversammlung des Deutschen Gehörlosen-Bundes (DGB). Lange hatte sich der ehemalige DGB-Präsident dort nicht blicken lassen, zuletzt im November 2014 in Frankfurt am Main – an jenem Wochenende, bei dem die deutsche Gebärdensprachgemeinschaft zusammenwuchs und den DGB solidarisch aus der unter Sailer als Präsidentenschaft entstandenen Schuldenkrise rettete.

Nun aber stand Rudolf Sailer am 20. Oktober im Bremer Gehörlosenzentrum vor den Delegierten und legte seine Sicht der Vorgänge dar. Zuvor hatte Vizepräsidentin Marietta Schuhmacher die umstrittenen Jahresabschlüsse für 2009 bis 2013 komplett neu aufgesetzt. Bei dieser wochenlangen „Mordsarbeit“ kam sie, wie schon Schatzmeister Michael Wohlfahrt, auf Ergebnisse, die zum Teil stark von den ursprünglichen Abschlüssen abwichen. Präsident Vogel sprach von „Umschichtungen“ in falsche Zeiträume, von Verstößen in der Buchführung. Dadurch hatten die Mitgliedsverbände jahrelang

ein verzerrtes, harmloseres Bild von der tatsächlichen Schuldenlage bekommen.

Das derzeitige Präsidium um Vogel ließ zudem die Unterlagen zwischen 2008 und 2013 von einem Rechtsanwalt überprüfen. In seinem Bericht, der in Bremen den Delegierten ausgehändigt wurde, spricht der Jurist davon, dass der Jahresabschluss 2008 in Sailer's Amtszeit eigenmächtig im Nachhinein verändert wurde. Außerdem habe es bereits 2009 eine Überschuldung gegeben, 2012 sogar Zahlungsunfähigkeit.

Von einer „unzureichenden“, „widersprüchlichen“ Buchführung ist in dem Bericht zu lesen, dem Ex-Präsidenten Sailer bescheinigte der Rechtsanwalt einen Mangel an finanzwirtschaftlichem Verständnis. Am Ende empfahl er die Errichtung eines ständigen Finanzausschusses mit Befugnissen, gewählt von der Bundesversammlung. Allerdings konnte er keinerlei strafrechtliche Anhaltspunkte – etwa zu Untreue oder Bilanzfälschung – aufzufinden. Außerdem seien Taten bis Oktober 2012 bereits verjährt. Die immer wieder gestellte Haftungsfrage für den finanziellen Scha-

den hatte sich somit in Luft aufgelöst. Übrig bleibt nunmehr die Frage nach der moralischen Verantwortung.

In Bremen hatte Rudolf Sailer trotzdem keinen leichten Stand. Aus der vorsichtigen Defensive heraus wunderte er sich über die abweichenden Zahlen, gab aber auch Fehler zu – etwa für das sechsstellige Minus bei den Kulturtagen 2012 in Erfurt – und entschuldigte sich dafür, nicht sofort einen Finanzausschuss errichtet zu haben. Außerdem machte er seinen ehemaligen Schatzmeister Edgar Brandhoff („Ich bin von ihm enttäuscht!“) beziehungsweise das Vorgängerpräsidium für die Krise mitverantwortlich. Dennoch kündigte er an, nicht mehr über dieses Thema zu sprechen, wenn die Bundesversammlung es abschließen wolle. „Ich werde es euch gleich tun und die Entscheidung akzeptieren.“

Viele wünschen sich nämlich längst einen Abschluss dieses leidigen Kapitels. Auch das DGB-Präsidium will endlich einen Schlusstrich ziehen – als lange versprochenes Signal an die Gehörlosengemeinschaft. Bis zuletzt hatte Präsident Vogel Bedenken, Sailer würde auch nach einem Abschluss weiterhin seine Version verbreiten und für Verunsicherung sorgen.

Selbst die Hamburger gaben sich veröhnlich und merkten an, Sailer habe in den letzten Jahren genug gelitten und es sei ihm zugutezuhalten, dass er nach Bremen gekommen ist. Nach einer Diskussion entschieden die Delegierten, dass die neu vorgelegten Jahresabschlüsse bei der nächsten Bundesversammlung angenommen werden sollen – ohne aber das alte Präsidium zu entlasten.

Und am Abend des 21. Oktobers, als der DGB seinen 90. Geburtstag feierte, in

**Abschluss ohne Entlastung:**  
Viele Delegierte sehnen sich nach einem Schlusstrich bei der Schuldenfrage



DGZ/Thomas Mitterhuber

**Die Ahnengalerie der Altpräsidenten:**  
Präsident Helmut Vogel (links) nahm Glückwünsche seiner Vorgänger entgegen (Rudolf Sailer, Alexander von Meyenn, Gerlinde Gerkens, Dr. Ulrich Hase)



Oliver Barndt

einem stilvollen Rahmen mit geladenen Gästen, geschah etwas Ungewöhnliches: Zu später Stunde, nach dem offiziellen Programm, hatte jemand die Idee, dass die letzten fünf noch lebenden DGB-Präsidenten sich gemeinsam auf die Bühne stellen sollten: Dr. Ulrich Hase, Gerlinde Gerkens, Alexander von Meyenn, Rudolf Sailer und Helmut Vogel.

Es sollte eine Geburtstagsgeste sein, ein Zeichen des langjährigen Bestehens des DGB. Daraus wurde ein willkommenes Motiv für die zahlreich hervorgeholten Fotoapparate und Handykameras. Vogel nahm die Glückwünsche aller seiner Vorgänger entgegen. Und es schien fast, als wäre Rudolf Sailer rehabilitiert worden. Für einen Moment lang war er nicht der Mann, der den DGB fast in die Insolvenz getrieben hatte. Sondern einer der Altpräsidenten aus der Ahnengalerie.

Jedenfalls ist die Finanzkrise längst überwunden. Der DGB sei nun flüssig und „mehr als gesund“, sagte Präsident Vogel zuvor auf der Bundesversammlung. Abzüglich von Verbindlichkeiten und Rückstellungen verfüge der Verband nun über 150.000 Euro auf dem Bankkonto. „Wir wollen wieder auf unser altes Niveau zurück und das Personal schrittweise auf etwa fünf Personen ausbauen.“

Aktuell hat der DGB mit Daniel Büter, der im vergangenen Juli vom Beisitzerposten in das Bundeskompetenzzentrum wechselte, wieder nur einen Angestellten. An diesem Wochenende gab der Mitarbeiter Ludwig Herb, seit 2014 angestellt, seine Kündigung als Referent für Sozialpolitik zum 31. Oktober bekannt. Bis Ende 2018 wird Herb aber noch die Projektleitung für die Kulturtage in Potsdam innehaben. Der neue Mitarbeiter Büter stellte außerdem sein umfangreiches Arbeitsprogramm vor. Seine dreijährig befristete Stelle wird vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales bezuschusst. Eine seiner Hauptaufgaben ist es, dem DGB mehr Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen zu er-

öffnen und die Gesellschaft durch mehr Öffentlichkeitsarbeit zu sensibilisieren.

Trotz der gesunden Finanzen gebe es rückläufige Mitglieds- und Spendeneinnahmen, sagte Schatzmeister Wohlfahrt besorgt. „Bislang haben wir diese Einnahmen als Eigenmittel bei Projektanträgen verwendet. Für die Zukunft müssen wir uns Lösungen überlegen.“ Wie viele Mitglieder der DGB aktuell hat, wurde in einer der Quizfragen bei der Jubiläumsfeier beantwortet: 28.000. Vor zwei Jahren waren es noch über 30.000.

Zum Jahresabschluss 2016 gab es ansonsten keinerlei Beanstandungen, Wohlfahrts Haushaltsplan für 2018 wurde mehrheitlich angenommen. Allerdings gab es Verwirrung bei der Darstellung der neu gesetzten Jahresabschlüsse 2009 bis 2013. Wohlfahrt und Schuhmacher waren nur teilweise in der Lage, ein klares Bild zu vermitteln und Fragen zufriedenstellend zu beantworten. Versammlungsleiter Thomas Geißler, der mit straffer Hand die Tagesordnungspunkte durchging, musste die beiden zu mehr Klarheit ermahnen.

Das Präsidium berichtete ebenfalls von seiner Arbeit in den letzten zwölf Monaten. Präsident Vogel erklärte, es sei unmöglich, die Arbeit des vergangenen Jahres auf ehrenamtlicher Basis fortzusetzen. 2016 stand im Fokus des Bundesteilhabegesetzes, das im letzten Dezember verabschiedet wurde. Nun müsse die schrittweise Umsetzung bis 2020 aufmerksam verfolgt werden.

Dazu gehört auch die „Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung“ (EUTB),

die ab dem 1. Januar 2018 starten wird. Laut Vogel haben bislang zehn Gehörlosen-Landesverbände einen Antrag für die Fördermittel vom Bund gestellt, die Bewilligungen stehen noch aus. Mit der EUTB sollen die Landesverbände eigene Beratungsstellen aufbauen, in denen sich Gehörlose zu Teilhabemöglichkeiten beraten und informieren lassen können – und zwar von Selbstbetroffenen (Peer Counseling). Ziel sei eine möglichst „kompetente, unentgeltliche, neutrale und objektive“ Beratung.

Der DGB ist darum bemüht, sein politisches Netzwerk in der Hauptstadt weiter auszubauen. Präsident Vogel sitzt im Beirat für Partizipationsförderung sowie im Expertenkreis der Bundesfachstelle für Barrierefreiheit. Daneben nimmt er regelmäßig an den Sitzungen des Deutschen Behindertenrats teil und ist weiterhin einer der Vorsitzenden der LIGA Selbstvertretung. Vogel will den Ruf der DGB-Bundesgeschäftsstelle wieder etablieren – als wichtigster Ansprechpartner für Fragen rund um Gehörlose.

2017 organisierte der DGB zwei Fachtagungen zu den Themen „Barrierefreier Notruf“ und „Barrierefreie Medien“. Geladen waren Experten, Politiker und Verantwortliche. Das Ziel war, Kontakte zu knüpfen, Entscheidungsträger aufzuklären und die eigenen Forderungen zu bekräftigen. Die beiden Fachtagungen verbuchte der DGB als Erfolg. Insbesondere die Notruf-Fachtagung habe für den nötigen Druck gesorgt, so Vogel. Dadurch sei die Gesetzesänderung für den 24-Stunden-Service von Tess (ab Sommer 2018) zustande gekommen und auch die Entwicklung der Notruf-App

erneut in Angriff genommen worden. Für das nächste Jahr sind wieder zwei Fachtagungen geplant, diesmal mit den Schwerpunkten Arbeit und Gesundheit.

Außerdem stellte Projektleiter Ludwig Herb das Programm der im Mai 2018 stattfindenden 6. Kulturtag der Gehörlosen vor. Schirmherr wird der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Den Besucher erwarten am Donnerstag und Freitag insgesamt 36 Foren – dies sind Vorträge und Workshops. Am Samstagvormittag soll es zwei große Abschlussdiskussionen geben, am Nachmittag eine öffentliche Kulturveranstaltung am Alten Markt in der Stadtmitte Potsdams. Zudem sind Stadtführungen, Rundfahrten und eine Fahrradtour in Planung. Ende Oktober war bereits die Hälfte der maximal 2.000 Eintrittskarten verkauft.

Wie schon bekannt, werden auch die 6. Kulturtag nicht von der geplanten gGmbH organisiert, sondern vom DGB selbst. Die ursprüngliche Idee der gGmbH war, den Verband finanziell abzusichern, falls die Kulturtag erneut Schulden verursachen sollten. Bereits 2015 wurde die Gründung beschlossen, doch erwies sich das Vorhaben als schwere Geburt. Bei der letzten Bundesversammlung hatte es



**Wollen 2018 erneut kandidieren: Präsident Vogel (rechts) und Schatzmeister Wohlfahrt**

eine „emotionale Auseinandersetzung“ zu den Satzungsänderungen gegeben, so Vogel. Außerdem empfahl man dem Präsidium, nicht kurz vor dem Großevent die Trägerschaft zu wechseln, weil das eine langwierige Neuprüfung des Förderantrages von der Aktion Mensch bedeuten würde. Die gGmbH-Gründung wurde daher auf Eis gelegt und soll erst nach Potsdam wieder angegangen werden. Vorsorglich setzte die Bundesversammlung zwei Delegierte für die Kostenkontrolle der Kulturtag ein.

Kurz vor Ende kamen in Bremen die Anträge an die Reihe. Der DGB-Mitgliedsausweis stößt vor allem in Hamburger Vereinen noch auf datenschutzrechtli-



**Gab teilweise Fehler zu, machte aber auch andere mitverantwortlich: Rudolf Sailer**

che Vorbehalte. Man einigte sich daher darauf, dass der vergünstigte Kulturtag-Eintritt vorübergehend auch von Nicht-Ausweisinhabern in Anspruch genommen werden kann, bis die Datenschutzfragen geklärt sind.

Außerdem erhielt das Präsidium mehrere Arbeitsaufträge. Es soll sich unter anderem für mehr Untertitelung im öffentlichen Raum einsetzen, etwa in U-Bahnen oder bei Public-Viewing-Veranstaltungen. Vom DGB forderte der NRW-Landesverband zudem mehr Lobbyarbeit. In ihrem Antrag verglichen die Westfalen die jüngste Resolution der Weltgesundheitsorganisation (WHO) mit dem Mailänder Beschluss 1880, sogar von einer „ethnischen Säuberung“ war die Rede. Die WHO hatte der Taubheit dem Kampf angesagt, ohne aber die Gebärdensprache aufzugreifen. Dies hatte der Weltverband der Gehörlosen scharf kritisiert. Diese Thematik soll in einer Fachtagung ausgearbeitet werden, Ziel sei eine verstärkte Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit.

Am Nachmittag hielt Dr. Tatjana Binggeli, Präsidentin des Schweizerischen Gehörlosenbundes (SGB-FSS), einen eindrucksvoll professionellen Vortrag. Darin zog sie schonungslos Bilanz aus dem 3. Bildungskongress 2016 in Bern. Hintergrund ist, dass der nächste Bildungskongress 2019 in Deutschland stattfinden wird und der DGB aus den Schweizer Erfahrungen profitieren soll. Ein Kritikpunkt war, dass die bisherigen Kongresse nicht klar definiert und kommuniziert wurden: als Bildungsveranstaltung für alle oder als Fachkongress für Experten? Damit griff Binggeli die Kritik der **DGZ** auf (07 | 2016), denn der SGB hatte etwa eine halbe Million Euro in den Kongress investiert und auch mit mehr Besuchern gerechnet, was zu einem Verlustgeschäft führte. Am Ende beschlossen die DGB-Delegierten, dass der nächste Bildungskongress sich auf Fachleute konzentrieren soll.

Danach erhielt das Wochenende seinen feierlichen Rahmen durch die 90-Jahre-Jubiläumsfeier – mit insgesamt 180 Gästen. Der DGB sieht sich als Rechtsnachfolger des 1927 gegründeten Reichsverbandes der Gehörlosen Deutschlands. In seiner Begrüßungsrede hob Präsident Vogel drei Worte hervor: Zusammenhalt, Engagement und Verantwortung. Diese hätten

**„Mehr als gesund“: Die Bundesversammlung des erfolgreich sanierten DGB in Bremen**

die lange Geschichte des DGB geprägt, so der Historiker. Es klang fast wie ein Wunsch für die weiteren zehn Jahre bis zum nächsten Jubiläum.

Für ihre „überregionale Gehörlosenarbeit“ zeichnete der DGB drei Personen mit der Karl-Wacker-Ehrenplakette aus: Prof. Dr. Siegmund Prillwitz, Erhard Müller und Hans-Wolfram Kleefeld (siehe unten). Die Jubiläumsfeier, moderiert von Conny Khadivi und untermalt mit fetzigen Einlagen des Gebärdenkünstlers Giuseppe Giuranna, wurde live auf Facebook übertragen. Auf der Bundesversammlung schon nannte Helmut Vogel diese Plattform ein wichtiges Kommunikationsmedium: „Bei meinem Amtsantritt waren es 2.500 Fans, nun folgen uns fast 6.000 Menschen.“ Die Landesverbände hatte er aufgefordert, Facebook stärker zu nutzen.

Als Helmut Vogel 2014 als Kandidat antrat, war mit ihm der Wunsch verbun-



den, den DGB zu retten und zu erhalten. Dafür wurde er gewählt und darin war er erfolgreich. Nun gilt es, an seinen anderen Zielen zu arbeiten. Ihm schwebt eine flachere Hierarchie im Verband vor. Er will die Mitgliedsverbände stärker einbeziehen, auch über das Beiratssystem, das die DGB-Referate miteinander besser vernetzen soll. Bislang will das Konzept allerdings nicht richtig zünden, in Bremen beschloss man eine erneute Änderung der Beiratsordnung. Am Sonntag

hatten die Mitgliedsverbände immerhin die Gelegenheit zu einem gegenseitigen Austausch.

Im Moment gilt der Fokus zwar den Kulturtagen, aber danach wird Vogel wohl auch genügend Zeit haben, den DGB nachhaltig umzugestalten: In Bremen kündigte der Präsident an, bei der Neuwahl im Sommer 2018 erneut kandidieren zu wollen – mit Schatzmeister Wohlfahrt an seiner Seite. ■

**Überregional engagiert**

In Bremen ausgezeichnet: Die drei neuen Preisträger der Karl-Wacker-Ehrenplakette



**Prof. Dr. Siegmund Prillwitz**

Der Linguist Prillwitz gründete 1987 das Institut für Deutsche Gebärdensprache in Hamburg und leitete es bis 2005. Sein Einsatz galt der wissenschaftlichen und politischen Anerkennung der Gebärdensprache. Die Ehrung konnte Prillwitz allerdings aus gesundheitlichen Gründen nicht persönlich entgegennehmen.



**Erhard Müller**

Schon in der ehemaligen DDR begann sein Engagement, als Sekretär der Bezirksorganisation Erfurt. Außerdem war Müller über Jahrzehnte hinweg hauptamtlich in der Sozialberatung tätig. Viele Jahre lang setzte er sich zudem als Vorsitzender des Thüringer Landesverbands sowie als DGB-Präsidiumsmitglied für die Belange Gehörloser ein.



**Hans-Wolfram Kleefeld**

Kleefeld war der erste gehörlose Erzieher in Deutschland, er arbeitete über 30 Jahre lang am BBW Nürnberg. Zudem ist er seit 1963 bis heute noch in der Vereins- und Verbandsarbeit tätig – in verschiedenen Positionen. Außerdem gab er zahlreiche Kurse über Verkehrssicherheit sowie LBG-Kurse für Hörende.

**INFO**

**Die Ursachen der Finanzkrise**

Auf der Bundesversammlung in Bremen wurden folgende Ausgaben und Gründe als Hauptursachen der DGB-Schuldenkrise genannt:

- Sechsstelliger Verlust durch die Kulturtag 2012 in Erfurt
- Schlampige Buchführung, die zum Scheitern der Umsatzsteuer-Rückerstattung für die Kulturtag 2012 führte
- Zu hohe Personalkosten
- Ungedeckte Ausgaben für die Reise zum WFD-Kongress 2011 in Südafrika
- Mangelereinnahmen beim 1. Bildungskongress 2010 in Saarbrücken



## NOTIZEN



In der Mehrzweckhalle sollen die Veranstaltungen stattfinden, durch Trennwände aufgeteilt

# Herber Schlag

Noch vier Monate bis zu den Kulturtagen: Das Programm ist nur grob thematisch bekannt, die Webseite wirft drängende Fragen auf, der DGB antwortet nur zögerlich, doch gibt schließlich preis: Es gab einen Erdbeben im Team

Von Wille Felix Zante

Die Kulturtage sind neben dem Berliner Gebärdensprachfestival, dem Münchner DEGETH und dem Jugendfestival eine der festen Institutionen der gebärdensprachlichen Veranstaltungslandschaft. Für die 6. „Auflage“, die von 17. bis 19. Mai 2018 in Potsdam stattfinden wird, sollte der Kartenverkauf ursprünglich zum 31. Dezember des letzten Jahres in die 2. Phase übergehen. Doch dann gab der DGB überraschend bekannt, dass die Karten noch bis zum 31. Januar günstiger bleiben sollten. Gleichzeitig wurde die erste Version des Programms veröffentlicht: Die meiste Zeit wird es vier parallel laufende Vorträge geben, mit großzügigen Pausen und kulturellem Abendprogramm.

Seitdem das Team das erste Mal zusammengesessen war, präsentierten sich die Kulturtage auf Twitter und Facebook betont transparent. Von den Besichtigungen der Halle in Babelsberg wurde berichtet, mit Bildern und Vi-

deos. Auch sonst war das Team sehr mitteilungsfreudig.

So veröffentlichte die Kulturtage-Mannschaft zum Jahresende ein Video, in dem alle Mitglieder den Gästen ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr wünschten. Doch halt — alle Teammitglieder? Ludwig Herb, der Projektleiter der Kulturtage und ehemalige Mitarbeiter des DGB-Bundeskompetenzzentrums, fehlte in dem Video. Sollte er kurz nach seiner Kündigung beim Kompetenzzentrum auch hier aufgehört haben? Dazu hatte es bereits Ende Oktober Gerüchte gegeben. Als Veranstaltungsleiter bzw. Finanzreferent der letzten beiden Jugendfestivals der Deutschen Gehörlosen-Jugend hatte sich Herb einen Namen gemacht. Im vergangenen Jahr wurde er außerdem in den Vorstand der EUDY gewählt, in seinem Bewerbungsvideo kündigte er an, ein europäisches Jugendfestival organisieren zu wollen.

Ein Blick auf [www.gehoerlosen-kulturtag.de](http://www.gehoerlosen-kulturtag.de) und in das „Organisations-

team“ sorgt für Verwirrung: Das Team wirkt plötzlich dünn besetzt. Herb fehlt tatsächlich, doch auch andere Mitarbeiter aus dem Weihnachtsvideo sind nicht mehr zu finden. Sogar die zweite hauptamtliche Angestellte neben Herb – Projektkoordinatorin Vera Koplín – ist raus. Der DGZ gegenüber bestätigte Herb, dass er aus dem Team ausgestiegen ist. Grund seien die fehlenden klaren Rahmenbedingungen des DGB-Präsidiums gewesen. Intern gebe es zudem verschiedene Vorstellungen davon, wie die Kulturtage aussehen sollen. Und das Vertrauen habe gefehlt, zudem Kompetenz und Führungsqualitäten. Mehr wolle er dazu nicht sagen. Nach seinem Abgang ist ihm offenbar ein Großteil des Teams gefolgt. Außerdem wurde Marietta Schumacher, bislang als Projektverantwortliche im Präsidium für die Kulturtage zuständig, zur Finanzreferentin umfunktioniert. Wer nun die Fäden in der Hand hat, ist zwar noch nicht offiziell, aber es läuft auf DGB-Präsident Helmut Vogel hinaus.

Eine Recherche im Web-Archiv ergab: Noch Mitte Dezember setzte sich das Team laut der Webseite aus 21 Mitgliedern zusammen, nun sind es nur noch 13 – mehr als ein Drittel weniger. Kurz vor Redaktionsschluss gab der DGB schließlich in einer Pressemitteilung bekannt, dass der taube Benjamin Busch aus München, bekannt als Organisator des DEGETH-Festivals, seit Jahresanfang als Projektkoordinator für die Kulturtage angestellt ist und die Coda Petra Alaei aus Hamburg als Projektleiterin. Daneben sind Katja Fischer und Barbara Niese neu im Team. Fischer ist als taube Dolmetscherin bekannt, Niese arbeitet als Taubblindenassistentin im bayerischen Weilheim-Schongau. Sie sitzt in dem Landkreis im Behindertenbeirat. Fischer konnte Erfahrungen bei der Organisation des Berliner Gebärdensprachfestivals sammeln, ist also in Sachen Großveranstaltungen kein unbeschriebenes Blatt. Jedenfalls ist der DGB den Kartenkäufern und allen, die noch vorhaben, sich Tickets zu sichern, eine ausführlichere Erklärung schuldig. ■



DGZ/Thomas Mitterhuber

## „Der Druck ist natürlich da“

Nach den großen Teamveränderungen wenige Monate vor den 6. Kulturtagen in Potsdam: Ein Gespräch mit zwei Männern, die die Zügel nun in die Hand genommen haben. Helmut Vogel und Benjamin Busch im Doppelinterview

Von Thomas Mitterhuber

**D**rei Cappuccinos in einem Café hoch über den Dächern Münchens. Damit beginnt das Gespräch, zu dem DGB-Präsident Helmut Vogel extra aus Hessen angereist ist. Der Dritte in der Runde ist der Münchner Benjamin Busch, einer der beiden neuen Angestellten im Kulturtageteam nach dem personellen Erdbeben (DGZ 01 | 2018). Nun wollen sie über das nahe Großereignis sprechen. Über das, was passiert war, woran sie momentan arbeiten und worauf die Besucher sich freuen dürfen.

**Die geplante gGmbH auf Eis gelegt, das halbe Organisationsteam weg, das endgültige Programm steht immer noch nicht fest. Und doch sind die 6. Kulturtage, die in drei Monaten stattfinden, fast ausverkauft. Worin liegt das Geheimnis?**

**Vogel:** Ein Geheimnis gibt es nicht. Daran sieht man einfach den großen Bedarf an den Kulturtagen, viele Gehörlose warten darauf. Schließlich gab es seit Erfurt 2012 eine Durststrecke, eigentlich hätte es schon vor zwei Jahren eine Fortsetzung geben müssen. Die mussten wir aber wegen der Schuldenkrise verschieben. Zudem haben wir den Event bereits seit zwei Jahren angekündigt, man konnte sich darauf einstellen.

**Gibt es eigentlich noch freie Tickets?**

**Vogel:** Allein im Januar haben wir 444 Karten verkauft. Die Kulturtage sind nun bald ausverkauft. Für den Galaabend am Samstag gibt es noch Tickets.

**Helmut, warst du bei allen Kulturtagen dabei? Was bedeuten sie für dich persönlich?**

**Vogel:** Außer Dresden 1997 habe ich bei keinen Kulturtagen gefehlt. Sie sind für mich jedes Mal ein Erlebnis gewesen,

ein Ort des Wiedersehens, Austauschens und Genießens.

**Benjamin, wie ist es bei dir?**

**Busch:** In Dresden war ich zum ersten Mal dabei, es hat mich sehr beeindruckt. Eine Art Gehörlosendorf, mit tausenden Besuchern. Als Junge wusste ich nicht, dass es verschiedene Subkulturen unter uns gibt. Zum Beispiel taube Schwule – vorne dran Gunter Trube. Danach war ich bei allen Kulturtagen dabei.

**Im Oktober 2017, ein halbes Jahr vor dem Event, ging der ehemalige Projektleiter Ludwig Herb – und mit ihm ein Großteil des Teams. Kurz darauf auch die zweite Angestellte Vera Koplin. Was war los?**

**Vogel:** Es war ein notwendiger Schritt. Wir sahen keine Möglichkeit zu einer weiteren Zusammenarbeit mit Herb, die Trennung geschah schließlich im beiderseitigen Einvernehmen. Dass

daraufhin mehrere Mitarbeiter ebenfalls gingen, damit hatten wir nicht ganz gerechnet.

**Herb verfügt über Erfahrung im Organisieren von Großevents, bei den beiden letzten Jugendfestivals war er im Leitungsteam dabei**

**Vogel:** Das ist richtig und davor ziehe ich auch meinen Hut! Jedoch sind die Kulturtage eine andere Größenordnung. Überhaupt sind die Kulturtage jedes Mal immer eine Herausforderung gewesen. Es erfordert viel Einarbeitung und einen guten Überblick. Diesmal gab es am Ende immer mehr und mehr offene Fragen, sodass wir uns zu einem Eingreifen gezwungen sahen.

**Also eine Kompetenzfrage?**

**Vogel:** Wie man das interpretiert, überlasse ich anderen. Außerdem fühlte sich das Präsidium nicht ausreichend über diverse Sachfragen zum Stand der Organisation informiert.

**Ursprünglich war Marietta Schumacher als Projektverantwortliche eigentlich das Bindeglied zwischen dem Organisationsteam und dem Präsidium. Somit wäre sie für den Kommunikationsfluss zuständig gewesen. Inzwischen ist sie „nur“ Finanzreferentin und du hast inoffiziell die Verantwortung übernommen.**

**Vogel:** Marietta war eigentlich von Anfang an für die Finanzen zuständig, die neue Bezeichnung trifft es schon besser. Von einer ehrenamtlichen Tätigkeit kann man eigentlich nicht erwarten, dass man sämtliche Details eines Großevents im Blick hat. Dafür sind die hauptamtlichen Mitarbeiter zuständig. Im August bin ich in das Organisationsteam eingestiegen, zu ihrer Unterstützung. **Busch:** Zu einem Problem gehören immer zwei. Auch in Beziehungen ist das so. Manchmal ist eine Trennung besser als ein verkramptes, vorbelastetes Zusammenbleiben.

**Laut Herb gab es Meinungsverschiedenheiten zwischen dem KT-Team und dem Präsidium. Er beschwerte sich über einen Mangel an Vertrauen und über fehlende Rahmenbedingungen. Es stellt sich die Frage, warum man die Differenzen nicht hätte früher auflösen können.**

**Herb war ja zudem beim DGB angestellt, eigentlich ein Vorteil.**

**Vogel:** Das haben wir am Anfang auch gehofft. Es gab keine Checklisten von den früheren Organisationsteams, wir mussten quasi von null anfangen. Daher hatten wir Herb gebeten, sich anhand der Unterlagen in die Erfahrungen der bisherigen Kulturtage einzuarbeiten. Das lief leider nicht so wie erwartet. **Busch:** Viele der Leute, die gingen, sind übrigens privat eng miteinander befreundet. Ich sehe das problematisch. Das kann gut für die Zusammenarbeit sein – oder auch nicht.



## POTSDAM

Das neue Team legte schnell ein modernes Logo vor

**Erst Monatespäter, im Januar, sprachst du offiziell von „Umstrukturierungen“.**

**Vogel:** Wir wollten Unruhen vermeiden und uns erst öffentlich melden, wenn wir eine Lösung für die Personalfrage parat haben. Im Nachhinein war es die richtige Entscheidung. Seitdem die Neuen dabei sind, läuft es für uns perfekt. Es gab kaum Aufregung in der Öffentlichkeit zu den Personalveränderungen und die Organisation der Kulturtage konnte weiter ungestört laufen.

**» Wie man das interpretiert, überlasse ich anderen «**

**Dass Herb kurz zuvor seine Stelle beim DGB-Kompetenzzentrum kündigte, ist sicherlich kein Zufall. Bedauert der DGB seinen doppelten Abgang?**

**Vogel:** Während seiner drei Jahre beim DGB konnte Ludwig Herb viel lernen. Die Kündigung seiner Stelle im Bundeskompetenzzentrum geschah,

damit er sich auf seinen Kulturtageteam-Job konzentrieren konnte. Ich bin jedenfalls zuversichtlich, dass diese Erfahrungen ihn persönlich voranbringen werden.

**Konnten die freigewordenen Positionen im Kulturtageteam inzwischen alle besetzt werden?**

**Vogel:** Ja, fast. Wir haben allerdings nicht jede frei gewordene Stelle neu besetzt, sondern dabei auch einige Aufgaben umverteilt, sodass einige Stellen überflüssig wurden. Die beiden hauptamtlichen Stellen haben wir ja mit Benjamin Busch als Projektkoordinator und Petra Alaei als Projektleiterin neu besetzt. Die anderen im Team arbeiten alle übrigens ehrenamtlich.

**Unter anderem auch wegen hohen Ausgaben bei den 5. Kulturtagen in Erfurt stand der DGB am Abgrund. Unter deiner Leitung konnte der Verband saniert werden. Ist es der Druck, jetzt bloß nichts falsch machen zu dürfen, der dich veranlasst, selbst die Zügel in die Hand zu nehmen?**

**Vogel:** Der Druck ist natürlich da, ich fühle mich aber verpflichtet. Und wir im Präsidium haben Pläne für den DGB in den nächsten Jahren, wir wollen ja unser Personal schrittweise ausbauen. Und wir möchten keineswegs, dass diese Pläne durch ein erneutes Minus bei den Kulturtagen ausgebremst werden.

**Auch in den bisherigen Kulturtagen hatte es Probleme gegeben, in der Leitung wie in den Finanzen. Hat der DGB Schwierigkeiten, die richtigen Leute zu finden – und zu halten?**

**Vogel:** Das kann man schon so sagen. Für die Kulturtage brauchen wir eigentlich geschulte Leute, die sich im Organisieren und Kalkulieren von Großveranstaltungen auskennen. Das hoffen wir mit der zu gründenden gGmbH zu schaffen. Auch ist es mein Wunsch, dass wir für die späteren Großveranstaltungen Checklisten ausarbeiten. Das hatte bislang leider gefehlt.

**Benjamin, du bist seit gut einem Monat dabei. Wie ist dein Eindruck von dem Team?**

**Busch:** Zu Beginn war der personelle Abgang natürlich noch präsent. Bevor ich den Job annahm, sprach ich mit vielen Beteiligten über die Geschehnisse. Mit Ludwig stehe ich in einem guten





DGZ/Norbert Richter

## Früher war mehr Lametta

Drei Tage volles Programm: Nach sechs Jahren und einer heftigen Schuldenkrise fanden im Mai 2018 die Kulturtag der Gehörlosen wieder statt – nicht in Berlin, sondern in Potsdam. Von den Höhepunkten und dem Eklat, der nach der Preisverleihung die sozialen Medien erschütterte

Von Wille Felix Zante

Sonntag im Morgengrauen, die letzten Gäste verlassen das Gelände der Metropolis-Halle in Babelsberg bei Potsdam. Vorbei sind drei Tage mit vollem Programm, vorbei sind die 6. Kulturtag der Gehörlosen. Als man in Erfurt im Jahr 2012 noch ankündigte, die nächsten Kulturtag würden in Berlin stattfinden, war die Begeisterung groß. Darauf folgte schnell Ernüchterung, als aus Platzgründen auf Potsdam ausgewichen werden musste. Doch alles in allem konnten die Kulturtag überzeugen – eigentlich. In Anbetracht der Tatsache, dass die Planungen von einigen Krisen gebeutelt wurden, eine gute Leistung. Erst führte die Schuldenkrise dazu, dass man die

Veranstaltung komplett um zwei Jahre nach dem eigentlichen Termin – 2016 – verlegte. Dann scheiterte die Gründung der gemeinnützigen GmbH zur Absicherung des Veranstalters, dem Deutschen Gehörlosen-Bund (DGB). Schließlich stieg erst wenige Monate vorher ein Drittel des Organisationsteams aus, inklusive der Projektleitung. Die Zügel übernahmen Benjamin Busch und Petra Alaei.

Von all den Krisen ist am Eröffnungstag nichts zu spüren. Die Räume sind fertig aufgebaut und dekoriert, die Aussteller richten sich ein, die ersten Gäste stehen schon um 10 Uhr Schlange für die Eröffnung des Geländes um 11 Uhr. Auf einer Pressekonferenz – zu der anders als sonst sogar ein paar Pressevertreter

der hörenden Lokalpresse eintrudeln – erklärt DGB-Präsident Helmut Vogel das Programm: Inklusiv und gleichwertig wolle man sein. Im Logo findet sich ganz modern der „Like“-Daumen, exemplarisch für die Öffnung der Gehörlosen zu den sozialen Medien. Die Vielfalt der Farben im Logo solle die Vielfalt der Gehörlosen-Community abbilden.

Aufgabe der Kulturtag, so Vogel: „Nach außen informieren, Vorbehalte gegenüber Gehörlosen abbauen.“ Weiter wolle der DGB sich mehr gegenüber Hörenden öffnen und seine Arbeit grundsätzlich transparenter machen. „Alle Menschen, die interessiert sind, sind eingeladen.“ So sind während der Kulturtag 18 Dolmetscher von Tess/Telesign im Einsatz. Hörende können sich Kopfhörer ausleihen,

damit sie die gebärdeten Vorträge hören und die in leise gestellte Mikrofone sprechenden Redner verstehen können. Eine offensichtlich hörende Besucherin zeigt sich später trotz vorhandener Gebärdensprachkompetenz sehr erleichtert: „Das ist so schön! Endlich kann ich entspannt zugucken!“

Schnell füllt sich der Eingangsbereich, genauso schnell macht sich bemerkbar, dass manches an diesen Kulturtag etwas improvisiert ist. Die lose beschrifteten Zettel an den Plätzen in der Halle, die engen und schwer einzusehenden Kabinen für die Kunstaussstellung inmitten der normalen Aussteller – alles wirkt etwas unfertig. Aber die Leute sind da, das Wichtigste. 2.500 Zuschauer sollen kommen. In die Haupthalle passen nach Schätzungen der DGZ gut 2.000 Personen auf die Stühle – aber schließlich haben nicht alle Gäste für alle Tage Karten. Und ein Teil steht immer im Foyer oder draußen auf dem Kurt-Eisenblätter-Platz – dem einzigen Ort der Kulturtag, an dem offiziell geraucht werden darf. Eine Idee, die viele Gäste, auch die Raucher, begrüßen.

Aber auch wenn das Motto „Inklusiv und gleichwertig“ ist, wirken einige Dinge etwas exklusiv, sodass nur Insider verstehen, worum es geht: Die Räume sind zunächst nur mit den Bildern von Jochen Muhs, Gunter Trube und anderen behängt, schriftliche Informationen sucht man vergebens. Ähnlich ist es bei der Eröffnungsfest, bei welcher DGB-Präsident Vogel das Publikum bittet, eine Gedenkmü-



DGZ/Norbert Richter

DGB-Präsident Vogel bei der Eröffnungsfest

nute einzulegen und kommentarlos sechs Porträtfotos an die Wand werfen lässt. Eine kleine Erklärung, um wen es sich handelt, wäre nicht verkehrt gewesen, auch wenn im Publikum viele sitzen, die aus dem Stegreif aufzählen können, wer die sechs Verstorbenen sind: David Ludwig Bloch, Albert Fischer, Gunter Trube, Jochen Muhs, Friedrich Waldow und Kurt Eisenblätter – allesamt zwar Kulturpreisträger, aber: „Inklusiv“ ist anders. Zumindest hätte der DGB kurz etwas zu ihnen erzählen können, aber so wirkt es, wie vieles, schnell ausgedacht und abgehakt. Zumindest bei den Räumen und ihren Namenspaten und -patinnen merkt das Kulturtag-Team den Informationsmangel, und so zieren zumindest die Fotos an den Räumen bald die Namen der Porträtierten.

Die Moderation der Eröffnungsfest, von Christina Schönfeld sehr lebhaft, von Rita Mazza eher routiniert vorgetragen, weckt Erinnerungen an Erfurt. Auch da gab es einen starken DDR-Schwerpunkt, die Veranstaltung gleich einer einzigen Werbeveranstaltung für das Zentrum für Kultur und visuelle Kommunikation (ZfK). Dieses hatte damals die „Flucht der Schönfelds“ eifrig beworben, indem die Eheleute Christina und Uwe detailliert von ihrem Ausbruch aus der DDR erzählten. Auch hier lassen sie es sich nicht nehmen, sich selbst zu loben: Ehrengast ist eine überlebensgroße Sandmännchen-Figur, die seine Hand zum ILY-Zeichen formt. Die Babelsberg Filmstudios, Geburtsstätte des Sandmännchens, liegen hier schließlich um die Ecke.

Der Hintergrund: Die Nähe zwischen ZfK und Kulturtag kommt nicht von ungefähr. Direkt gegenüber der Metropolis-Halle ist die Filmabteilung der Firma und im Landesverband Brandenburg sitzen viele ZfK-Leute im Vorstand. Es wird die Organisation der Kulturtag-Technik sicher um einiges einfacher gemacht haben, dass so schnell auf Ausstattung und Personal zurückgegriffen werden kann. Auch die politische Vernetzung des Landesverbands dürfte geholfen haben. Doch die Werbung hält sich im Rahmen, vielmehr scheint das ZfK – zu erkennen vor allem an dem durch den Saal hechtenden Uwe Schönfeld mit seinen Regieanweisungen – insbesondere dafür zu sorgen, dass die Technik rund läuft.

DGZ/Norbert Richter, Gerhard Niebisch

Ralf Brauns & Conny Tiedemann, Rita Mazza & Christina Schönfeld: Die beiden Moderatorenspanne vom Galaabend und der Eröffnungsfest (hier mit dem Sandmännchen)



Rolf Schmachtenberg, der Staatssekretär des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, schlaksig und hager, kann sich das Grinsen nicht verkneifen, als er auf Vogels „hartnäckige“ Lobbyarbeit Bezug nimmt. Doch sie trägt Früchte. Später sieht man noch mehr Politiker, noch mehr hohe Tiere vom Rundfunk. Die Kultur kommt bei der Eröffnungsfeier aber fast zu kurz. Das Deutsche Gehörlosen-Theater zeigt ein Bühnensexperiment: Eyk Kauly spielt eine Diva, Athina Lange eine Regisseurin, die beide mit ihren Vorstellungen aufeinanderprallen und ein bisweilen sehr unterhaltsames, aber noch ausbaufähiges

Stück darbieten. Dodzi Dougban tanzt munter, Giuseppe und Jason Giuranna zeigen eine präzise, beeindruckende Vater-Sohn-Synchronarbeit und Manfred Mertz gibt nach langer Pause wieder seine Gebärdensprachpoesie zum Besten.

Sehr gut und sehr schön umgesetzt ist die Taubblindenassistenz. Auch wenn es mittlerweile Standard ist, dass Sehbeeinträchtigte Sonderplätze bekommen, war das umfangreiche Angebot von Assistenten, die zur Verfügung standen, lobenswert.

Dann geht es los, die ersten inhaltlichen Diskussionen beginnen: Eine Mischung von hörenden und gehörlosen Politikern und Vereinsfunktionären tritt auf die große Bühne. Von Thomas Geißler und Sabine Fries moderiert werden ihnen auf dem „heißen Stuhl“ Fragen gestellt. Ein

interessantes und lebendiges Konzept, das Schwung reinbringt in den von bislang überwiegend etwas drögen Grußworten dominierten Nachmittag.

Die offene Diskussion zum Motto der Kulturtag, bei dem Besucher ihre Ideen einbringen können, ist ebenfalls spannend. Angeleitet von Patricia Hermann-Shores und Thomas Mitterhuber soll wohl versucht werden, den Kofo-Effekt der Publikumsbeteiligung etwas abzumildern. Üblicherweise nutzen ja viele die Gelegenheit zum „Fragen stellen“ dazu, in unübersichtliche Ausschweifungen zu verfallen. Vielleicht wollte die Organisation mit diesem Programmpunkt versuchen, das abzumildern? Die Wünsche für die Gehörlosengemeinschaft werden jedenfalls live in Stichpunkten zusammengefasst und nach Themen sortiert an die Wand geworfen. Eine sehr gute Idee, die für Übersicht sorgt,

bevor die Kulturtag erst am Freitag so richtig in Schwung kommen.

24 Veranstaltungen an einem Tag, jede Stunde vier neue Themen parallel: Logisch, wenn man da die Übersicht verliert. Dass die Veranstaltungen im Programmheft nur chronologisch aufgelistet sind, ohne dass die Räume etwa grob nach Themen sortiert dargestellt werden, erschwert die Auswahl. Orientierung, Gewichtung, Tipps sucht man vergeblich. Lediglich die Tatsache, dass die Haupthalle mit Vorhängen in zwei große und zwei kleinere Säle unterteilt wird, bietet etwas Aufschluss darüber, wie interessant etwas sein könnte.

Aktuelle Themen beim Europäischen Gehörlosenverband, barrierefreier Notruf, Behindertenrechtskonvention, selbstbestimmt leben ohne Gewalt, das gehörlose Kind im Wandel der Zeit, Abbau von

Barrieren im Arbeitsleben, Verbesserung der Versorgung im Alter, Cybermobbing, Kommunalpolitik, Migration und Flüchtlinge – vieles dreht sich um Politik. Am Rande geht es auch mal in einer Handvoll Veranstaltungen um Theater, Film und Fotografie. Politik und Probleme sind eben auch Kultur. Die eingeladenen hörenden Funktionäre aus dem Rundfunk wirken zwar etwas widerspenstig, wenn ihnen vorgehalten wird, dass Live-Untertitel nach wie vor schlecht sind und es im Ausland bessere Lösungen gibt. Aber zumindest haben sie hier einmal gesehen, dass es tatsächlich eine Menge interessanter Menschen gibt, also eine Zielgruppe für die Bemühungen um Barrierefreiheit.

Abends sorgt Donnerstag und Freitag neben Andreas Costrau auch Simon Kollien für Unterhaltung. Angelehnt an die Quizshow der dritten Kulturtag befragt er Bewerber aus dem Publikum zu

allerlei Gehörlosenthemen, am Ende gibt es Preise. Costrau moderiert mit seiner „Talkshow“ die beiden Abendprogramme, kann aber trotz seines jungen Co-Moderators nicht so wirklich in Fahrt kommen. Dabei ist vor allem der erste Abend etwas blutleer. Vielleicht hätte man das über zwei Abende ausgedehnte Programm besser für den inhaltlich etwas dünnen Galaabend verwenden sollen?

Generell wird deutlich, dass Vogel und sein Präsidium ganze Arbeit leisten: Politiker sind da, Verantwortliche aus Film und Fernsehen, Entwickler der offiziellen Bundesnotruf-App – sie alle sehen eine lebendige Gehörlosengemein-

- 1 Die drei Professoren: Ulrich Hase und Christian Rathmann auf dem „heißen Stuhl“, befragt von Sabine Fries
- 2 EUD-Präsident Markku Jokinen
- 3 Förderverein-Gründer Karlheinz Kunze
- 4 Inklusionsaktivist Raul Krauthausen

- 5 Entwicklungshelfer Robert Grund (rechts)
- 6 Sozialpädagoge Thomas Wartenberg
- 7 taube und hörende Dolmetscher
- 8 der taubblinde Diakon Peter Hepp mit Taubblindenassistentin

DGZ/Norbert Richter DGZ/Norbert Richter



schaft. Auch Raul Krauthausen wurde als Gast eingeladen, um mit Björn Blumeier und Viola Kunkel über Protest und Social Media zu diskutieren. Während der reichweitenstarke Inklusionsaktivist Krauthausen besonnen ermahnt, im Protest nie verletzend oder unfreundlich zu werden, schwärmt Blumeier von seiner klammheimlichen Freude über einen Protest für mehr Untertitel in Südkorea. Dort habe der Vorsitzende des Gehörlosenverbandes, „wenn ich mich richtig erinnere“, wie Blumeier vorsichtig ergänzt, einfach Fernseher auf die Straße und die Autos geschmissen, die dort standen. Was bleibt, ist Krauthausens Tipp, nicht zu viele Hashtags zu verwenden, da dies die Leute nur verwirre. Für einzelne konzentrierte Aktionen sei es okay, aber jede Woche einen neuen Hashtag für das Tagesthema zu bringen, sei verschenkte Mühe.

kann, bleibt unbeantwortet. Ohne Zweifel ist jedoch, dass die Arbeit vorangeht. Zeitgleich zu den Kulturtagen verkündet Tess per Pressemitteilung übrigens, dass der Telefonvermittlungsdienst nunmehr auch rund um die Uhr verfügbar ist.

Uwe Schönfeld, der im Forum Zukunftstrends gemeinsam mit Thomas Wörseck eine Publikumsbefragung zum Thema „Zukunft der Gehörlosengemeinschaft“ moderiert, muss genervt betonen: „Erzählt hier bitte nicht eure Lebensgeschichte, kommt auf den Punkt!“ Der taubblinde Diakon Peter Hepp schafft es, beides unter einen Hut zu bringen, als es um die Angst vor dem Verschwinden der Gebärdensprache geht. „Als ich blind wurde, hatte ich Angst, ich würde die Gebärdensprache vergessen, wenn ich sie nicht mehr sehe. Doch ich kann euch sagen, die Gebärdensprache

teilweise 55 Euro für den Abend bezahlt haben, sorgt dies für Unmut.

Die Kundgebung auf dem Luisenplatz ist zunächst noch etwas isoliert, hörende Passanten gibt es hier nur wenige. So werden gegenüber vor gut 1.000 Gehörlosen Reden geschwungen, türkise Luftballons in die Luft entlassen und dann folgt der eigentliche Anlass, für den die Leute eine halbe Stunde durch Potsdam gefahren sind: Entlang der Fußgängerzone an der Luisenstraße stellen sich die Kulturtag-Besucher in einer Reihe auf und machen mit den Händen eine La-Ola-Welle. Von links nach rechts heben sie nach und nach ihre Hände.

Was dann folgt, hat etwas Magisches: Plötzlich sind Hörende in der Einkaufsstraße in der Minderheit. In jedem Café, in jeder Kneipe sitzt ein gehörlo-

– zumindest bis die Flaschen leer sind. Die Ankündigung, dass es wenigstens kleine Häppchen geben wird, verpufft schnell als Gerücht: Das einzig Essbare sind Traubenzuckertabletten, die als Spende von der Drogeriekette dm kamen und eigentlich an die Kinderbetreuung gingen. Resteverköstigung? Wer will, kann sich ein allerletztes Mal ein Bratwürstchen an der Bude draußen kaufen. Dann geht's auch schon schnell durch den Abend.

Conny Tiedemann und Ralf Brauns moderieren mit Schwung, während der DGB kurz und fast außer Atem immer mal wieder die Bühne betritt. Ein bisschen wirkt es, als wäre das Präsidium froh, die Veranstaltung bald hinter sich zu haben und sich wieder der Politik zuwenden zu können (siehe dazu den Kommentar von Thomas Mitterhuber auf Seite 13). Die mit 1.000 Euro do-

Dann folgt der Eklat des Abends, der später noch durch die sozialen Medien gehen wird: Das DGB-Präsidium zeigt Karin Kestners Konterfei (= Bildnis) auf der Leinwand mit dem Wort „Danke“, druckst ein bisschen auf der Bühne herum und entlässt dann das Publikum in die Pause. Zum jahrzehntelangen Engagement der Dolmetscherin für die Rechte Gehörloser verliert Vogel nur sehr wenig Worte. Anschließend gibt es die Kulturpreise – für andere Personen. Viele Zuschauer sind fassungslos, Björn Blumeier macht später auf Facebook seinem Ärger Luft: „Schämt euch!“, wirft er dem DGB vor. Wenn jemand den Kulturpreis verdient hätte, dann Karin Kestner, so der allgemeine Tenor (= Einstellung zu etwas). Es ist auch nicht so, dass es zu wenig Preise gebe. Allein für das Retteten-DGB-Team werden drei Extra-Skulpturen zusätzlich zu den vier geplanten

DGB!“. Mehr über die neuen Kulturpreisträger erfahrt ihr auf Seite 12.

Und schon ist der Abend vorbei und damit die Kulturtage. Alle Beteiligten des Galaabends werden noch einmal auf die Bühne gerufen, die Helfer stellen sich am Rand auf und goldenes Lametta-Konfetti wird aus Röhren in die Halle gepustet. Ein halbherziger Versuch, dem Abend noch einen letzten Glanz zu verleihen? Es erinnert an den kultigen Lorient-Sketch, in dem sich Opa Hoppenstedt zu Weihnachten beschwert: „Früher war mehr Lametta!“

Im Nachhinein fällt dann auf, wie wenig sichtbar das hauptamtliche Kulturtag-Team bei der Abschlussfeier war. Es gab kein Wort des Dankes an Benjamin Busch und Petra Alaei – sie waren doch diejenigen, die die abgesprungenen

DGZ/Norbert Richter

DGZ/Norbert Richter



Helmut Vogel spricht auf dem Luisenplatz zu den Gehörlosen; mit Simon Kollien gab es ein Revival der Quizshow von den 3. Kulturtagen

Apropos Twitter: Der DGB führt eine vorbildliche Öffentlichkeitsarbeit während der Kulturtage durch. Fast immer werden live von einer Kulturtag-Veranstaltung kurze Nachrichten gepostet. So sind die Eindrücke auch unmittelbar online sichtbar.

Die Bundesnotruf-App wird übrigens vorgestellt, zu rechnen sei ihre Einführung Ende 2018 mit einer Testversion. Diese soll für Apple- und Android-Handys verfügbar sein. Die Frage, ob das deutsche Mobilfunknetz dann auch entsprechend ausgebaut ist, dass an Autobahnen und im Wald ein Notruf über das mobile Internet abgesetzt werden

wird nie sterben!“ Er erntet tosenden Applaus, den ihm seine Assistentin auf den Rücken trommelt. Solche Gänsehaut-Momente sind rar gesät, aber sie sind da.

Der Samstag ist im Grunde ein halber Tag: mit zwölf nur halb so vielen Vorträgen als am Freitag, anschließender Kundgebung auf dem Luisenplatz im Potsdam mit Signmob und abends Galaabend. Die Vorfreude wird schnell getrübt, als die Moderatoren der ersten Veranstaltungen verkünden, dass jeder Besucher sich nachmittags selbst versorgen soll, denn es gebe kein Essen beim Galaabend. Unter einigen Gästen, die

ses Grüppchen und plaudert, an jeder Straßenecke kann man stehen bleiben und quatschen. Dies ist einer der Punkte, bei dem es dem DGB gelungen ist, die Kulturtage nach draußen in die Öffentlichkeit zu tragen. Leider nur vorübergehend und wenig nachhaltig, was die Aufklärung gegenüber den Hörenden angeht, aber für die Gehörlosen sicher Balsam auf die diskriminierte Seele.

Der letzte Abend. Wie es der neue Bundesbehindertenbeauftragte Jürgen Dusel schon am ersten Tag gesagt hat: Wer arbeitet, soll auch feiern! So gibt es zur Eröffnung des Galaabends für alle Sekt satt



Moderator Andreas Costrau führte durch die beiden abendlichen Talkshows; Cassandra Wedel mit Tanzpartnerin beim Galaabend

tierten Film- und Fotopreise werden nun verliehen. Bei den Filmen gewinnen verdient Pavel Rodinov und Rafael-Evitan Grombelka den Preis für ihren flott bearbeiteten Film A=7 über Aliens auf der Erde. Ein toller Film, der hoffentlich einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Aber auch die anderen beiden Filme, eine Liebesgeschichte von Eyk Kauly und ein Kommentar über soziale Netzwerke von Mila Hergert und Kevin Kiekbusch sind sehenswert. Filmjuror Manfred Mertz kündigt an, mit allen Gewinnern zusammenarbeiten zu wollen, um neue Talente zu fördern. „Ihr braucht Disziplin!“, mahnt der Künstler.

Preisen verliehen. Eigentlich richtig peinlich. Doch Kestner, vom DGB noch nicht einmal eingeladen, reagiert auf Nachfrage der DGZ gelassen: „Das ist aber jetzt nicht mehr wichtig! Der DGB entscheidet. Einen Preis kann man nicht erzwingen, das sollte von Herzen kommen und nicht auf Druck.“ Wichtiger sei ihr der persönliche Kontakt zu Gehörlosen.

Die Preisträger sind dann die Schauspielerinnen und Gebärdensprachsolistin Christina Schönfeld, der TV-Moderator Jürgen Stachlewitz, der Theatermacher Roland Kühnlein, die Wissenschaftlerin Sabine Fries und – in einem dreifachen Sonderpreis – die Gruppe „Rettet den

Mitarbeiter wenige Monate vor dem Großereignis ersetzt. So hatten sie keine Gelegenheit, sich ans Publikum zu wenden. Und so blieben die Kulturtage etwas anonym. Das 7. DEGETH-Festival im vergangenen Oktober war da vergleichsweise noch recht peppig – und auch von Busch organisiert.

Und der Austragungsort der nächsten Kulturtage? Im Oktober auf der nächsten DGB-Mitgliederversammlung wird es soweit sein und – statt am Galaabend – die Stadt verkündet werden. Man darf gespannt sein, ob der DGB es dann auch ohne die gGmbH geschafft hat, seine Finanzen im Reinen zu halten. ■

# Beim DGB wird neu gewählt

In Magdeburg trifft sich Ende Oktober die Bundesversammlung des Deutschen Gehörlosen-Bundes. Welche Themen kommen dran? Erhält Helmut Vogel seine zweite Amtszeit? Wir blicken auf die letzten vier Jahre zurück und ziehen Bilanz

Von Thomas Mitterhuber

Vom 26. bis 28. Oktober werden die Delegierten des Deutschen Gehörlosen-Bundes in Magdeburg zur ordentlichen Bundesversammlung zusammenkommen. Damit ist 2018 erstmals das Jahr ohne eine außerordentliche Versammlung – nach der Schuldenkrise. Bislang hatten sich die Delegierten zweimal jährlich getroffen.

Um Lehren aus der Schuldenkrise 2014 zu ziehen, will der DGB-Vorstand einen ständigen, dreiköpfigen Finanzausschuss ohne Präsidiumsberatung errichten, als „drittes Organ des DGB“. Dieser Ausschuss soll den geschäftsführenden Vorstand überwachen und bei allen wirtschaftlichen und finanziellen Vorgängen beraten. Und was sich seit Jahren hingezogen hatte, will hinter sich gebracht werden: Die Bundesversammlung soll die korrigierten Jahresabschlüsse von 2009 bis 2013 genehmigen.

Außerdem wird die Einführung einer neuen DGB-Auszeichnung für besonderes Engagement beant-



Präsident Helmut Vogel wird für eine zweite Amtszeit kandidieren

ragt. Bislang hatte der Verband die Karl-Wacker-Plakette und den Kulturpreis der Gehörlosen an verdiente Personen verliehen.

Mit Spannung wird die Präsentation der drei Kulturpreise-Bewerber Bremen,

Mainz und Friedrichshafen erwartet. Danach wird die Delegation entscheiden, wer das Großereignis 2022 austragen darf. Interessant dürfte auch der Finanzbericht zu den 6. Kulturtagen werden, die im vergangenen Mai in Potsdam stattfanden. Das Präsidium rechnete bereits im Frühjahr mit einem „minimalen Verlust“ – wie groß das Minus ausfallen wird, ist hier die Frage.

Zudem stehen Anträge von mehreren Mitgliedsverbänden zur Abstimmung. Doch der Höhepunkt in Magdeburg wird die Neuwahl des Präsidiums bilden. Bereits 2017 in Bremen kündigte Helmut Vogel an, sich erneut zur Wahl aufstellen zu lassen. Gegenkandidaten wurden bislang nicht bekannt.

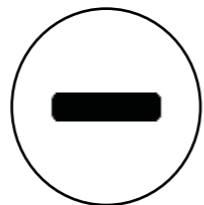
Inzwischen steht der DGB allerdings bei mehreren Landesverbänden offen in der Kritik. Wird Vogel den DGB für weitere vier Jahre übernehmen? Wie viel Rückhalt hat er noch von den Delegierten? Wer wird im neuen Präsidium sein? Das alles wird sich in Magdeburg zeigen.

## Was gut war, was nicht

### Die Bilanz des DGB von 2014 bis 2018



- Rettung des Verbands vor der Insolvenz
- Kostenloser, barrierefreier Notruf per Tess rund um die Uhr
- Einführung des DGB-Mitgliedsausweises
- Ausbau des politischen Netzwerks
- Kulturtage 2018



- Relativ eingeschränkte politische Arbeit
- Personal nach wie vor reduziert
- Jahresabschlüsse 2009–2013 weiterhin offen
- Gründung der gGmbH verzögert sich erneut
- Noch keine Vorschläge von der Strukturreform-Arbeitsgruppe

## Der DGB unter Helmut Vogel

### Eine Chronik der wichtigsten Ereignisse seit der Schuldenkrise

#### Oktober 2013

Die Nachricht aus der Bundesversammlung in München, der DGB stehe kurz vor der Insolvenz, verbreitet sich wie ein Lauffeuer. Eine neu gegründete Finanzkommission soll die Finanzlage aufarbeiten.

#### 1. Mai 2014

Die vierköpfige Finanzkommission löst sich auf, da ihnen die „gewünschte Transparenz“ nicht gewährt wurde. Die Delegierten zwingen das vorherige Präsidium unter Rudolf Sailer zu vorgezogenen Neuwahlen.



#### 5. Juli 2014

Helmut Vogel wird in Chemnitz auf einer vorgezogenen Bundesversammlung zum DGB-Präsidenten gewählt.

#### September 2014

Das neue Präsidium verkündet, Schulden in Höhe von etwa 200.000 Euro zu haben und kurz vor der Insolvenz zu stehen. Sanierungsmaßnahmen werden eingeleitet. Die Büros in Hamburg und München werden geschlossen, Mitarbeiter entlassen.

#### 1. November 2014

Beim bundesweiten Fest der Vielfalt und Solidarität, das in 13 deutschen Städten ausgetragen wurde, kommen an einem einzigen Tag über 22.000 Euro an Spenden zusammen.

#### Januar 2015

Präsident Vogel verkündet, die drohende Insolvenz erfolgreich abgewendet zu haben.

#### Juni 2015

Nach einem monatelangen Streit um das geplante Bundesteilhabegesetz

bricht der Arbeitskreis Sign Teilhabe mit dem DGB.

#### Oktober 2015

Bei der Bundesversammlung in Hannover legt der Untersuchungsausschuss seinen Bericht zur Schuldenkrise vor. Das Präsidium kündigt einen eigenen Bericht an.

#### 4. Mai 2016

Behindertenverbände rufen zu einer Demo gegen den Entwurf zum Bundesteilhabegesetz auf – auch der DGB. Den Löwenanteil der Demonstranten stellen die Gehörlosen.



#### Oktober 2016

Das Präsidium verkündet in Büren, dass der DGB nunmehr schuldenfrei ist.



#### 29. November 2016

Der DGB veranstaltet eine Notruf-Tagung in Berlin, zu der Experten und Entscheider eingeladen sind.

#### 12. September 2017

In Mainz findet eine vom DGB organisierte Fachtagung zum Thema „Barrierefreie Medien“ statt.

#### Oktober 2017

In Bremen beschließt die Bundesver-

sammlung einen Schlusstrich bei der Schuldenkrise. Anschließend feiert der DGB sein 90-jähriges Bestehen.



#### Ende 2017

Nach Querelen mit dem Präsidium steigt ein Großteil der Mitarbeiter aus dem Kulturtag-Team aus.

#### Mai 2018

Die 6. Kulturtage der Gehörlosen in Potsdam werden ein Erfolg – mit über 2.000 Besuchern.



#### Juli 2018

Der barrierefreie Notruf über Tess ist nun rund um die Uhr verfügbar.





DGZ/Holger Nagel

## Ein Neuanfang ohne Altlasten

Bundesversammlung in Magdeburg: Ein erneutes Mal beschern die Kulturtage dem DGB ein großes Minus. Präsident Helmut Vogel muss sich außerdem zahlreicher Kritik stellen – und wird dennoch in seinem Amt bestätigt

Von Thomas Mitterhuber

Die Bombe schlug bereits am Wochenende davor ein. Am 20. Oktober, eine Woche vor der Bundesversammlung in Magdeburg, erhielten die Mitgliedsverbände des Deutschen Gehörlosen-Bundes (DGB) eine E-Mail. Im Anhang: ein dreiseitiges Schreiben mit brisanten Vorwürfen an das Präsidium. Der Absender: Wolfgang Bachmann, ehemals 2. Vizepräsident.

Die Vorwürfe hatten es in sich: ein Minus in sechsstelliger Höhe, Ungereimtheiten in Steuerfragen, unerlaubte Mailweiterleitungen, Honorarzahllungen an Präsidiumsmitglieder. Auch von Meinungsverschiedenheiten und dem Fehlen einer strategischen Arbeit war die Rede. Ebenso wurde mangelnde Transparenz innerhalb des Präsidiums vorgeworfen. Bachmann habe trotz Nachfragen keinen vollständigen Ein-

blick in die Finanzen erhalten. „Die unter Präsident Rudolf Sailer bekannte Intransparenz ist zurückgekehrt“, schimpfte der Vizepräsident.

» Es ist uns nicht gelungen, an einem Strang zu ziehen «

Außerdem sei Präsident Helmut Vogel „wie ein absoluter Herrscher geworden“. Er wolle alles selbst machen, könne nicht delegieren und vertraue nur sehr wenigen Personen. „Dadurch war er oft überfordert und konnte nur sehr wenige Sachen erledigen“, so Bachmann. In den Folgetagen kamen noch zwei weitere Schreiben von ihm dazu. Die volle Wucht folgte erst zwei Tage später, mit einem knapp 19-minütigen Video, das der DGB-Kritiker Jan Eichler veröffentlichte. Darin berichtete er von den Bachmann-Vorwürfen. Zwei

Landesverbände hätten ihn um eine Gebärdensprachübersetzung gebeten, sagte Eichler. In der aufgekommenen Empörungswelle wurden Rücktrittsfordernungen laut. Andere griffen eine alte Forderung wieder auf: Man solle den schon wieder verschuldeten DGB lieber komplett auflösen und einen neuen Verband gründen.

Präsident Helmut Vogel wandte sich in einer kurzen Videobotschaft an die Gemeinschaft und erklärte die Zusammenarbeit mit Bachmann für beendet. Alles Weitere würde man in Magdeburg auf der Bundesversammlung besprechen, vom 26. bis 28. Oktober. Als die Delegierten am Freitag im NH Hotel Magdeburg eintrafen, fanden sie eine angespannte Atmosphäre vor. Ist der DGB tatsächlich wieder in einer Schuldenkrise? Ist an den vielen Vorwürfen etwas dran? Wird es die geforderte Transparenz geben? Und: Wird Helmut Vogel sein Amt behalten?

### Spannungen im Präsidium

Die brisanten Themen kamen erst am Samstag an die Reihe. Auch Wolfgang Bachmann, der Freitag nicht kommen konnte. Der Zwist zwischen Bachmann und dem restlichen Präsidium war nicht zu übersehen. Während die anderen geschlossen in einer Tischreihe waren, saß der 2. Vizepräsident ab Samstag etwas abseits, mit dem Rücken zur Wand. Im Verlauf der Versammlung lieferten er und seine Präsidiumskollegen sich Wortgefechte. Es wurde deutlich, dass das Vertrauensverhältnis seit vielen Monaten zerrüttet war.

Dabei zeigte sich das restliche Präsidium geschlossen hinter Vogel, Bachmann wurde auch von mehreren Delegierten scharf kritisiert. DGB-Beisitzerin Dr. Ulrike Gotthardt, ansonsten eine ruhige und besonnene Person, platzte der Kragen und sie berichtete von persönlichen Angriffen und Beleidigungen aus seiner Richtung. Anstatt dass er das Gespräch mit den Präsidiumskollegen suche, habe Bachmann nur WhatsApp-Nachrichten verschickt. Dieser rechtfertigte seine Schreiben damit, dass es ihm um steuerrechtliche Fragen gehe. Als Inhaber eines Unternehmens wolle er nicht für die Fehler des Präsidiums mithaften. Mit der Verbreitung des Eichler-Videos habe er aber nichts zu tun, außerdem würden einige Aussagen aus dem Video nicht stimmen. Auf die Aufforderung von Alexander von Meyenn, einem ehe-

maligen Weggefährten, entschuldigte Bachmann sich anschließend knapp für seine Vorwürfe.

### Wieder rote Zahlen für die Kulturtage

Dass die 6. Kulturtage in Potsdam mit einem hohen Verlust abschlossen, musste Vogel allerdings zugeben. Grund sei eine „Kostenexplosion bei der Veranstaltungstechnik“ gewesen. Dafür hätte eine Kombination von internen Fehlern gesorgt, außerdem habe man die Kosten für diesen Posten im Antrag an die Aktion Mensch zu niedrig angesetzt. Zuletzt bezeichnete Vogel die Metropolis-Halle als nicht seriösen Verhandlungspartner, es seien später noch Kosten hinzugekommen. Thomas Worseck, Kontrolleur der Kulturtage-Finanzen, bestätigte diese Ansicht.

Weil der Metropolis-Kostenvoranschlag erst Anfang März 2018 – zwei Monate vor den Kulturtagen – kam, sah das Präsidium keine Alternative mehr. Nach Verhandlungen und Streichungen konnten die Ausgaben reduziert werden, am Ende kam ein Verlust in Höhe von über 142.000 Euro heraus. Der DGB konnte dieses Minus jedoch größtenteils abdecken, weil der Bund bereits vorgesorgt hatte: 2017 wurden Rücklagen in Höhe von 127.500 Euro gebildet.

Deutliche Kritik kam von den beiden Kulturtage-Kontrolleuren Thomas Worseck und Wolfgang Reiner. Von der Bundes-

versammlung waren sie dafür eingesetzt, die Finanzen dieses Großevents zu überwachen, damit keine hohen Verluste mehr aufkommen – wie mehrfach schon in der Vergangenheit passiert.

Worseck und Reiner bescheinigten zwar eine saubere Buchführung, hatten von den Technik-Mehrausgaben jedoch erst im vergangenen September erfahren, also Monate nach den Kulturtagen. Damit sei es ihnen nicht möglich gewesen, ihrer Aufgabe als Kontrolleure gerecht zu werden, rüffelten sie das Präsidium. Zum Schluss gaben sie die Empfehlung, dass der DGB keine Kulturtage mehr organisieren darf. Aus Gründen des finanziellen Risikos sollte man die Organisation einer externen Veranstaltungsfirma oder einer eigenen gGmbH übertragen, erklärte der nicht anwesende Worseck in einer Videobotschaft.

Auch von der geplanten Gründung eines ständigen Finanzausschusses riet er ab. Würden künftig die Kulturtage nicht mehr vom DGB organisiert, seien die sonstigen DGB-Finanzen überschaubar und die Risiken nicht allzu groß, sagte der Geschäftsführer des Gehörlosenverbands Hamburg. Die Finanzkontrolle solle man nicht unnötig aufblähen.

Bezüglich der Honorare, die Helmut Vogel und Marietta Schumacher für ihre Arbeit für die Kulturtage erhielten, hatte Worseck dagegen keine Bedenken. Beide Präsidiumsmitglieder hatten Ende 2017, als die beiden hauptamtlichen Mitarbeiter und ein Großteil des Kulturtage-Teams absprangen, die Leitung notgedrungen übernommen.

Trotz dieser hohen Verluste sei der DGB weiterhin flüssig, es gebe keine offenen Verbindlichkeiten, sagte Schatzmeister Wohlfahrt. Auf dem DGB-Hauptkonto würden sich gut 34.000 Euro befinden. Ein Großteil davon (32.400 Euro) ist aber als Gründungskapital für die gGmbH reserviert, das Geld wurde 2016 per Crowdfunding eingesammelt. In Magdeburg geriet diese jedoch wieder in eine Grundsatzdiskussion. Einige Delegierte äußerten Bedenken, ob eine gGmbH wirtschaftlich gesehen Sinn mache. Das Präsidium bekam den Auf-



DGZ/Holger Nagel

Setzte die Jahresabschlüsse 2009 bis 2013 komplett neu auf: Vizepräsidentin Marietta Schumacher, die dem neugewählten Präsidium nicht mehr angehört



trag, sich mit diesen Bedenken zu befassen.

### E-Mails unerlaubt weitergeleitet

Auch zur Mailaffäre äußerte sich das Präsidium. Aufgrund technischer Probleme am Mailserver habe man sicherheitshalber E-Mails von vier Kulturtag-Mitarbeitern weitergeleitet, um einem möglichen Datenverlust vorzubeugen. „Dabei haben wir die einzelnen Mails nicht gelesen“, versicherte Michael Wohlfahrt den Delegierten. Man habe jedoch vergessen, die Betroffenen zu informieren, entschuldigte er sich. Diese Affäre sei der Auslöser des Zwists im Kulturtag-Team gewesen, vorher habe es allerdings bereits Spannungen mit dem Präsidium gegeben. „Es ist uns nicht gelungen, an einem Strang zu ziehen“, so Vogel.

Einer der hartnäckigsten Kritikpunkte an den DGB ist dessen schlechte Erreichbarkeit. Mails, heißt es, würden nicht beantwortet. Dazu erklärte Vogel, die Arbeit an den Kulturtagen habe ihn enorm beansprucht, er sei quasi „vereinnahmt worden“, sodass er andere Aufgaben liegen ließ.

Dieses Problem soll eine weitere Angestellte in Teilzeit angehen: Dr. Anja Gutjahr kam in diesem Jahr als dritte Mitarbeiterin hinzu, finanziert aus der Partizipationsförderung. Ein Schwerpunkt ihrer Tätigkeit werde die Beantwortung der Mailanfragen an den DGB bilden, erklärte Vogel. Damit ist Gutjahr die dritte DGB-Angestellte – nach Sandra Kühling im Februar 2018, zuständig für Verwaltungsangelegenheiten. Kühlings Halbtagesstelle finanziert der DGB komplett aus eigenen Mitteln. Trotz der heftigen Kritik in den sozialen Medien betonte Vogel die Wichtigkeit von Facebook. Über diesen Kanal könne der DGB junge Leute erreichen, Facebook sei ein geeignetes Instrument zum Verbreiten von Informationen, so der Präsident. Allerdings gebe es auch Schattenseiten: „Bei einem Ehrenamt ist es schwer, schnell und entsprechend auf einen Shitstorm zu reagieren.“ Anschließend griff er die Idee einer wöchentlichen Sprechstunde, wie sie die Deutsche Gesellschaft für Hörbehinderte ihren Mitgliedsverbänden jeden Sonntag zwei Stunden lang anbietet, auf.

### Aus der Bundesgeschäftsstelle

Daniel Büter aus der DGB-Bundesgeschäftsstelle berichtete über seine Arbeit. Unter seiner Mitarbeit hat die Öffentlichkeitsarbeit deutlich zugenommen, der DGB verschickt wöchentlich Newsletter und informiert über die sozialen Medien, teilweise auch in Gebärdensprachvideos. In Magdeburg twitterte Büter live über den Verlauf der Versammlung. Den DGB vertritt Büter zudem immer öfter auf politischen Veranstaltungen, um das Präsidium zu entlasten.

Ein neuer Forderungskatalog ist derzeit in Arbeit. Darin werden DGB-Forderungen zu verschiedenen Themenbereichen in einer Übersicht zusammengelegt. Büter nannte ihn als wichtiges Instrument für die politische Arbeit und bat die Delegierten um Rückmeldungen und Ergänzungen. Sobald die Überarbeitung abgeschlossen ist, soll der Katalog veröffentlicht werden.

### » Die Delegierten lehnten den Finanzausschuss-Antrag ab «

Ab 2020 können Gehörlose für private Einsätze Gebärdensprachdolmetscher beantragen. So sieht es das Bundesgesetz vor, das seine volle Wirkung erst am 1. Januar 2020 entfalten wird. Für 2019 plant der DGB einen Aufruf, so Büter. Gehörlose werden dann gebeten, über ihre Erfahrungen bei der Antragstellung zu berichten.

### Endlich vom Tisch?

**Die Altlasten aus der Finanzkrise**  
Vizepräsidentin Marietta Schumacher präsentierte anschließend die Jahresabschlüsse für 2009 bis 2013. Wie bereits bekannt, zeichneten sich enorme Differenzen zu den Abschlüssen des Vorgängerpräsidiums ab. Daher hatte die Bundesversammlung im Oktober 2017 beschlossen, diese komplett neu aufsetzen zu lassen. „Wir stellen uns der Verantwortung, die uns aufgetragen wurde“, sagte Vogel in Magdeburg und berichtete, dies sei ein „großer Klotz“ am Bein und belaste das Präsidium sehr zusätzlich zu der laufenden Arbeit. Die Delegierten zollten Respekt dafür.

„Die Buchführung meines Vorgängers Rudolf Sailer war erschreckend. Es gab

zahlreiche Verschiebungen“, erklärte Vogel. Die Bundesversammlung sei in den Jahren 2010 bis 2014 nicht vollständig über die Finanzen aufgeklärt worden. Das Minus, das Schumacher nun beispielsweise für das Jahr 2011 bilanzierte, betrug etwa 85.000 Euro – statt minus 22.000 Euro aus der Sailer-Ära. Auch in anderen Jahren gab es Unterschiede in fünfstelliger Höhe.

Bernd Schneider aus Bayern wünschte sich dazu einen Abschluss: „Ich bin es leid, dass die Fehler des Vorgänger-Präsidiums immer wieder Thema sind. Ich erwarte von Rudolf Sailer, dass er Fehler zugibt und sich entschuldigt.“ Später wurde Vogel energisch: „Sailer stellt sich nicht der Wahrheit. Dass er weiterhin seine Version verbreitet, ist traurig. Ich weiß nicht, ob er sich die damaligen Jahresabschlüsse überhaupt angeschaut hat. Er sollte hierherkommen und sich all das ansehen. Dann würde er unsere Sicht verstehen. Stattdessen schiebt er die Fehler seinem Schatzmeister und dem Steuerberater zu.“ Der damalige Schatzmeister Edgar Brandhoff habe darunter gelitten und sei dadurch krank geworden, so Vogel. Der DGB plant, eine Videobotschaft zu veröffentlichen. Darin will man die Gehörlosengemeinschaft über die Aufarbeitung der Altlasten informieren.

Für Diskussion sorgte auch das Honorar für Schumachers Neuaufsetzung der Jahresabschlüsse. Die freiberufliche Bilanzbuchhalterin erhielt insgesamt 9.520 Euro. Dies hatte Bachmann in seinem Schreiben kritisiert, er sah Interessenkonflikte aufgrund des Ehrenamts.

Vogel erklärte, bezüglich der steuerrechtlichen Fragen habe sich der DGB von Dr. Christof-Ulrich Goldschmidt, einem Rechtsanwalt und dem Bruder des gehörlosen Stefan Goldschmidt, beraten lassen. Ergebnis: Das Honorar für Schumacher angesichts der 400 geleisteten Stunden ist verhältnismäßig. Auch Revisor Wolfgang Reiner befand, diese Arbeit sei ehrenamtlich nicht zu schaffen gewesen. Es handele sich um 8.000 Buchungen, die Schumacher bearbeiten musste.

Weil Goldschmidts Beratung aber unentgeltlich war, gebe es keine

Rechtssicherheit. Falls sich die Bundesversammlung eine rechtliche Absicherung wünsche, werde das Präsidium sie einholen, so Vogel. Die Delegierten forderten dies anschließend mit großer Mehrheit ein. Auch die Jahresabschlüsse 2009 bis 2013 wurden angenommen, auf Empfehlung der Revisoren Wolfgang Reiner und Hans-Jürgen Kleefeldt.

### Kulturtag-Bewerber präsentieren sich

Für den Samstagabend war die Präsentation der Kulturtag-Bewerber geplant. Spontan wurde vorgeschlagen, einen Moderator einzusetzen. Die Wahl fiel auf Schauspieler und Komiker Marcus Willam. Bereits im Vorfeld hatte der DGB angekündigt, die Bewerber-Präsentation live zu übertragen. Mehrere hundert Menschen verfolgten das 75-minütige Ereignis über das Internet.

Den Anfang machte der Landesverband der Gehörlosen Bremen. Knut Weinmeister lieferte eine professionelle Präsentation mit einem beeindruckenden Werbefilm. Dann folgte Holger Nagel, für den baden-württembergischen Landesverband warb er enthusiastisch für den Standort Friedrichshafen am Bodensee. Die dritte Bewerbung kam von Norbert Herres vom Landesverband Rheinland-Pfalz, für Mainz.

Der Fairness halber erhielt jeder Mitgliedsverband eine Stimme. In der ersten Abstimmungsrunde fiel Mainz heraus. Wie viele Stimmen die beiden anderen Städte erhielten, wurde nicht bekannt gegeben, um Beeinflussungen zu vermeiden. Anschließend ließ Willam verkünden, dass Friedrichshafen die Stichwahl gewann. Die 7. Kulturtag der Gehörlosen finden 2022 somit am Bodensee statt. Für seine Moderation erhielt Willam viel Zuspruch, aber auch Kritik auf Facebook. Seine kalauerhafte Darbietung hätte nicht zu dem seriösen Rahmen einer Bundesversammlung gepasst.

### Neuwahl am späten Abend

Auf Wunsch der Delegierten fand dann noch spät die Neuwahl des Präsidiums statt. Noch am Nachmittag wurde das alte Präsidium fast einstimmig entlastet. Unter Wahlleiter Carsten Koch



Der Zuschlag ging an Friedrichshafen: Die Delegierten entschieden über den Veranstaltungsort der 7. Kulturtag der Gehörlosen 2022

(Bayern) stellte sich einzig Helmut Vogel für das Präsidentenamt zur Wahl. Er erhielt 70 der insgesamt 80 Stimmen.

Vorher aber sorgte er für Überraschungen, als er seine Wunschmannschaft vorstellte. Aus dem vorigen Präsidium waren zwar Schatzmeister Michael Wohlfahrt und Beisitzerin Dr. Ulrike Gotthardt dabei. Es gab aber zwei neue Köpfe: Elisabeth Kaufmann, Vorsitzende des Deutschen Gehörlosen-Theaters sowie des Gehörlosenverbands München und Umland (GMU) und der brandenburgische Landesvorsitzende Steffen Helbing wurden für die beiden Vizepräsidentenposten aufgestellt.

Kaufmann sprach von mehr Wertschätzung für das Ehrenamt. Helbing beeindruckte mit einer kämpferischen Wahlkampfreden. Seine zahlreichen internationalen Kontakte wolle er in die politische Arbeit beim DGB einbringen. Den sechsten Posten (2. Beisitzer) ließ Vogel offen. Sein Wunschteam wurde mit überwiegender Mehrheit und ohne Gegenkandidaten gewählt.

Für den offenen Beisitzerposten stellte sich Hans-Jürgen Kleefeldt aus Hamburg, zuvor DGB-Revisor, zur Wahl. Auch er erhielt das Vertrauen der Delegierten. Revisor Wolfgang Reiner wurde im Amt bestätigt, als Kollegin bekam er Jutta Löhnert zur Seite gestellt. Anders als in Chemnitz 2014 konnte man das Präsidium direkt vollständig beset-

zen. Damals war der Posten des ersten Vizepräsidenten vakant geblieben und wurde ein Jahr später von Marietta Schumacher übernommen. Im Video-interview mit der **DGZ** sprach Helmut Vogel von seiner „ersten Amtszeit ohne Altlasten“. Mehr über die einzelnen Mitglieder des neuen Präsidiums auf Seite 11.

### Die einzelnen Anträge

Bachmanns Kritik an der präsidialen Alleinherrschaft war Gegenstand eines Hamburger Antrages. Laut Satzung darf nur der Präsident über die Aufgabenverteilung innerhalb des Präsidiums entscheiden. Die Hamburger wünschten, die Satzung so zu ändern, dass die Macht des Präsidenten beschnitten und die der übrigen Präsidiumsmitglieder gestärkt wird. Vogel selbst hatte keine Bedenken dagegen und fügte hinzu, die Entscheidungen der letzten vier Jahre seien im Team erfolgt. Gut die Hälfte der Delegierten war für die Satzungsänderung, der Rest dagegen. Weil die nötige Zweidrittelmehrheit fehlte, wurde der Antrag abgelehnt.

Einen außergewöhnlichen Antrag gab es vom Deutschen Gehörlosen-Theater (DGT): Elisabeth Kaufmann bat um Zurückzahlung eines Teildarlehens an den DGB. 2014 gingen 30.000 Euro an den DGB – als Finanzspritze für den überschuldeten Bund, abgewickelt über den GMU als Vermittlerin. Später erließ das DGT 8.000 Euro des Darlehens. Kaufmann



**Das neue DGB-Präsidium:**  
Dr. Ulrike Gotthardt, Hans-Jürgen Kleefeldt,  
Michael Wohlfahrt, Helmut Vogel, Steffen  
Helbing, Elisabeth Kaufmann

eines ständigen dreiköpfigen Finanzausschusses, der das DGB-Präsidium in Geldfragen begleiten und kontrollieren sollte. Weil dafür die Satzung geändert werden müsste, legte das Präsidium diesen Vorschlag in einem Antrag zur Abstimmung vor.

Die Delegierten waren sich aber zuvor einig, dass der DGB künftig nicht mehr die Kulturtagung organisieren sollte. So lehnten sie den Finanzausschuss-Antrag ab – zur Enttäuschung für Sodomann. Andere Vorschläge wurden bislang nicht präsentiert. Schleswig-Holstein beklagte in Magdeburg die fehlende Umsetzung ihres vier Jahre zuvor eingereichten Antrages.

#### Strukturreform-Tagung in Kassel

Bernd Schneider, Leiter der neuen Arbeitsgruppe, will dies nun anpacken und verbandsexterne Kritiker einbeziehen. Bereits auf der Heimreise von Magdeburg begann er mit der Organisation und verschickte Anfragen. Nun steht ein Termin fest: Am 9. März 2019 sollen Verbandsleute sowie Außenstehende im Gehörlosenzentrum Kassel zusammenkommen und Vorschläge für die Problemfelder ausarbeiten. Für die Moderation ist die taube Gebärdensprachdolmetscherin Katja Fischer eingepplant.

Auch die Stimmverteilung unter den Landesverbänden wird wohl ein Thema sein. Kleinere Verbände kritisierten immer wieder ihren begrenzten Einfluss bei DGB-Abstimmungen: Sie würden regelmäßig von großen Landesverbänden übertrumpft – vor allem von Bayern und Baden-Württemberg, aufgrund ihrer hohen Mitgliederzahlen. Daher soll das Stimmverhältnis ausgewogener werden. ■

hatte die Verzichtserklärung selbst unterschrieben, berichtete aber von einer nicht korrekt verlaufenen Abwicklung.

„Ich als Vorsitzende wäre damit niemals einverstanden gewesen, hätte man mich richtig darüber informiert. Der damalige Präsident des Deutschen Gehörlosen-Bundes Rudolf Sailer gab an, dass die Summe von privaten Personen stamme und hat mich in dieser Situation um meine Unterschrift gebeten“, erklärte Kaufmann. Die angeblich von anonymen Spendern kommenden 30.000 Euro gehörten aber dem Deutschen Gehörlosen-Theater. Zum damaligen Zeitpunkt war Sailer Geschäftsführer beim GMU, unter Kaufmann als Vorsitzende.

Sailer wehrte sich in einem Brief gegen die Behauptung, Kaufmann sei falsch informiert worden, befürwortete aber die Zurückzahlung der 5.000 Euro (auf die restlichen 3.000 Euro hatte das DGT verzichtet). Eine friedliche, einvernehmliche Lösung sei aber trotz mehrerer Versuche gescheitert, erklärte Kaufmann. Das DGB-Präsidium unterstützte Kaufmanns Antrag, die Bundesversammlung stimmte der Rücküberweisung zu.

#### Neuigkeiten bei den Ehrungen

Gleich mehrere Anträge befassten sich mit den DGB-Ehrungen. Bayern beantragte die Einführung einer goldenen Ehrennadel für 60-jährige Mit-

gliedschaft, außerdem will man das Ehrenformular überarbeiten. Zudem wünschte sich das Präsidium die Einführung einer neuen Auszeichnung, die sich von den beiden anderen (Karl Wacker-Ehrenplakette, Kulturpreis) abgrenzt. Diesen Preis sollen Menschen erhalten, „die sich für einen bestimmten Personenkreis engagieren und die Umsetzung der Ziele des DGB großartig unterstützen“. Damit reagierte der DGB auf die Kritik an den Verleihungen während der Kulturtagung in Potsdam. Alle drei Anträge fanden Zustimmung. Auch der dritte bayerische Antrag wurde angenommen: Um die Struktur des DGB zu reformieren, soll eine neue Arbeitsgruppe Vorschläge und Konzepte erarbeiten. Dies geht auf einen Antrag von 2014 zurück, den der Gehörlosen-Verband Schleswig-Holstein stellte – unter dem Schlagwort „NEW DGB“. Ziel war es, den Verband zu modernisieren und nachhaltig zu gestalten.

Dabei hatte man das Rad neu erfunden. Denn dieser schleswig-holsteinische Antrag wurde bereits im Oktober 2016 umgesetzt: Die Bundesversammlung hatte in Büren eine Expertenkommission ins Leben gerufen. Vier Personen, darunter Thomas Sodomann, erklärten sich zur Mitarbeit bereit. Nach und nach stiegen Leute aus dieser Arbeitsgruppe aus, sie wurde mit neuen Personen besetzt. Zwei Jahre später, in Magdeburg, präsentierte Sodomann das Konzept

## Alt-neue Köpfe

Im Kurzporträt: Das Präsidium des DGB in der Amtszeit von 2018 bis 2022



**Helmut Vogel**  
Präsident

2014 setzte er sich gegen zwei Gegenkandidaten durch, unter dem studierten Erziehungswissenschaftler konnte der am Rande einer Insolvenz stehende DGB saniert werden. Nun geht der 49-Jährige freiberufliche Dozent und Historiker in seine zweite Amtszeit als Präsident – diesmal konkurrenzlos.



**Steffen Helbing**  
2. Vizepräsident

Als Vorsitzender des brandenburgischen Landesverbandes verfügt der CDU-Politiker und Rollstuhlfahrer Helbing über ein breites Netzwerk und laut eigener Aussage über 24 Jahre Erfahrung im Ehrenamt. Der 48-jährige Berliner ist zudem 2. Vorsitzender des Zentrums für Kultur und visuelle Kommunikation der Gehörlosen.



**Dr. Ulrike Gotthardt**  
Beisitzerin

Die Chefarztin in der LWL-Klinik Lengerich ist die dritte Person aus dem alten Präsidium. In dieser Zeit hielt Gotthardt sich vornehmlich im Hintergrund und hielt die Rücken ihrer Präsidiumskollegen frei, indem sie sie bei ihren Aufgaben unterstützte.



**Elisabeth Kaufmann**  
1. Vizepräsidentin

Als Leiterin des Deutschen Gehörlosen-Theaters hat Kaufmann sich einen Namen als Kulturschaffende gemacht. Außerdem fanden mehrere DEGETH-Festivals in München unter ihrer Mitwirkung statt. Im DGB wird ihr Schwerpunkt auf politischer Arbeit liegen, dazu soll ihr die Erfahrung als Vorsitzende des Gehörlosenverbands München und Umland zugutekommen.



**Michael Wohlfahrt**  
Schatzmeister

Wie Vogel hatte Wohlfahrt bereits vor einem Jahr in Bremen angekündigt, sich für eine weitere Amtszeit zur Verfügung zu stellen. Der Betriebswirt gilt als versiert in der Buchführung, an der Sanierung des Verbands hatte er maßgeblichen Anteil.



**Hans-Jürgen Kleefeldt**  
Beisitzer

In der abgelaufenen Amtszeit war Kleefeldt zuständig für die Revision der DGB-Finzen. Den offen gelassenen Posten in Vogels Wunschmannschaft belegte die Bundesversammlung mit dem 2. Vizevorsitzenden des Gehörlosenverbands Hamburg.

# Packt die Reformen an!

Helmut Vogel ist alt-neuer Präsident des DGB. Was er tun muss, um nicht noch mehr Vertrauen zu verlieren. Ein Kommentar

Von Thomas Mitterhuber

**V**ereinfacht gesagt, hatte Präsident Helmut Vogel in seiner ersten Amtszeit mit zwei riesigen Brocken zu kämpfen gehabt. Den ersten bekam er von seinem Vorgänger vererbt, der drohenden Insolvenz musste er sich mit aller Kraft entgegenstemmen. Obwohl er die Schuldenkrise nicht verursacht hatte, musste er die Drecksarbeit erledigen und den DGB sanieren. Dies geschah in der ersten Hälfte der vier Jahre.

Der zweite Brocken, das waren die 6. Kulturtage in Potsdam. Die Arbeit daran hatte das Präsidium derart in Anspruch genommen, sodass auch in der zweiten Hälfte der Amtszeit andere Aufgaben liegen gelassen werden mussten. Dabei unterlief Vogel ein eigentlich unverzeihlicher Fehler, das Kalkulationsmissgeschick, das die Kosten in die Höhe trieb. Mit der sechsstelligen Summe hätte man neue Mitarbeiter einstellen können, welche die politische Arbeit vorantreiben.

Das ist natürlich scharf zu kritisieren. Aber mangelnde Transparenz? Das kann man Vogel nicht wirklich vorwerfen – vor allem nicht eine Woche vor einer Bundesversammlung. In Magdeburg bezog er Stellung zu den Vorwürfen, legte die Finanzen offen und gab auch Fehler zu.



Erschreckend war zu beobachten, wie Persönlichkeiten, die in den sozialen Medien über eine große Reichweite verfügen, sich mittlerweile mit Schadenfreude auf jedes noch so kleine Negativdetail stürzen. Dabei wird nicht daran gedacht, erst mal nachzufragen und die andere Seite anzuhören. Sondern die eigene Enttäuschung ist einfach mal spontan in einem Facebook-Video loszuwerden. Da fließen eigene Interpretationen mit ein, es kommen mitunter abenteuerliche Vorwürfe auf – wie etwa Verschuldung, Korruption und Datenmissbrauch. Fakten und Beweise werden nicht geliefert, auf Nachfragen zu Belegen wird nicht geantwortet. Damit wird Hetze betrieben und Hass geschürt. Es werden Keile in die Gemeinschaft getrieben.

Paradoxe Weise sind es oft dieselben Personen, die quasi im gleichen Atemzug Solidarität mit allen einfordern. So gesehen haben sie moralisch versagt und sich als Führungsperson-

sönlichkeiten disqualifiziert (= als nicht geeignet gezeigt). Auffallend ist dabei, dass die Kritiker sich vor Verantwortung drücken: Aufforderungen, sich für ein Ehrenamt beim DGB oder eines seiner Mitgliedsverbände zur Verfügung zu stellen und den Verband von innen heraus zu reformieren, wurden stets abgewunken.

Und da sind die Träumer, die sich an der Illusion ergötzen, den DGB einfach mal aufzulösen und einen neuen Verband zu gründen – und schwupps, wären die Probleme gelöst! So easy läuft es nicht, da bin ich mir sicher. Definitiv muss sich der DGB neu ausrichten, um langfristig zu überleben und ein starker Interessenvertreter zu werden. Der Reformwille ist zwar da, die Bereitschaft zu Veränderungen. Aber in den letzten Jahren hat man diesen Prozess aus dem Blick verloren.

Dass eine Arbeitsgruppe Reformen erarbeiten soll, wurde nun übrigens zum zweiten Mal innerhalb von zwei Jahren entschieden. Die Gründung der gGmbH ist ebenfalls beschlossene Sache – seit 2015. Nur wo bleibt sie heute? Der DGB muss ernsthaft und konsequent an der Umsetzung von genehmigten Anträgen arbeiten. Ansonsten läuft der Verband Gefahr, noch mehr Vertrauen zu verlieren – nicht nur an der Basis.

Es darf schon als kleines Wunder bezeichnet werden, dass Helmut Vogel das Präsidialamt erneut übernommen hat. Dies zeichnet sein Verantwortungsbewusstsein aus, das man haben muss, um den wichtigsten Verband der deutschen Gehörlosen zu leiten. In seiner Alleinherrschaftskritik hatte Wolfgang Bachmann aber offensichtlich nicht unrecht: Vogel muss mehr Aufgaben delegieren. Die Arbeiten, die er übernahm, wuchsen ihm über den Kopf.

In Magdeburg hat Helmut Vogel sich jedenfalls den Rückhalt der Mitgliedsverbände gesichert. Nun liegt es an ihm und seinem Präsidium, das Vertrauen der Basis zurückzuholen. Ohne Altlasten dürfte ihm der Start in seine zweite Amtszeit leichter fallen. ■

## NOTIZEN

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

# Realitäten ohne Politiker

Die Fachtagung des DGB zum Thema CI-Zwang war gut besucht. Vertreter der Regierungsparteien blieben dem Treffen jedoch fern, die Oppositionspolitiker kamen erst am Nachmittag zur Podiumsdiskussion



Prof. Dr. Christian Rathmann, einer der eingeladenen Wissenschaftler auf der CI-Fachtagung

Von Wille Felix Zante

Bei der Berichterstattung um die drohenden Cochlea-Implantat-Zwangsfälle von Goslar und Trier wurde immer wieder klar, dass Menschen außerhalb der Gebärdensprach-Community wenig über die Möglichkeiten wissen, welche die Gebärdensprache bietet. Daher folgte der Deutsche Gehörlosen-Bund (DGB) dem eigenen Vorbild und organisierte im Stil der Notruf-Tagung 2017 einen CI-Fachtag im Kleisthaus in Berlin. Der Veranstaltungstitel bezog deutlich Stellung und forderte „Realitäten ohne Zwang“. Eingeladen waren für Podium und Vorträge fast alle Menschen, die zum Thema CI etwas zu sagen hatten: neben Betroffenen wie Jette von Deetzen und Julia Probst auch Wissenschaftler wie Christian Rathmann, Gisela Szagun und Claudia Becker. Kurzfristig wurden statt 90 doch 110 Teilnehmer zugelassen, um dem Andrang gerecht zu werden.

Klar war hierbei, dass der Fokus nicht auf Erfolgsgeschichten lag, sondern vielmehr auf dem Risiko, welches das Cochlea-Im-

plantat darstellt. Völlig verständlich, denn in den Mainstream-Medien herrscht – von löblichen Ausnahmen abgesehen – immer noch die Meinung vor, das CI sei ein Allheilmittel gegen die „Krankheit Nicht-Hören-Können“. Wie bei der Notruf-Tagung sollten also Verantwortliche informiert werden, damit man entsprechende verbindliche Vereinbarungen treffen konnte, so der Eindruck.

Allerdings waren zunächst keine Politiker anwesend, obwohl diese für die Podiumsdiskussion am Nachmittag eingeladen waren. Immerhin kamen Vanessa Ahuja, Leiterin der Abteilung für die Belange behinderter Menschen im BMAS,



Auch der Bundesbehindertenbeauftragte Jürgen Dusel hielt eine Grußrede

und der (blinde) Bundesbehindertenbeauftragte Jürgen Dusel für ein Grußwort vorbei. Dusel, selbst Jurist, zeigte Verständnis für die „schweren Fragen im Leben“ und sagte offen, dass man „manche Fragen auch juristisch nicht lösen kann“.

Der ausgebuchte Fachtag als Ganzes war überzeugend strukturiert: Zunächst gab es Erfahrungsberichte von vier Betroffenen. Neben den Kindern Isea Wolters und Jette von Deetzen (mit ihren Müttern) waren das die Erwachsenen Tina Ehmann und Julia Probst. Berührend dabei die emotionale Aussage von Jette: „Ohne Gebärdensprache würde ich heute nicht leben.“ Probst und Ehmann stellten anschließend unter Beweis, dass auch eine eigenständige Entscheidung von Kindern für ein CI, ob mit zwölf oder mit sechs Jahren, kein Garant für Erfolg ist. Beiden brachte die Implantation langfristig nichts. Tina Ehmann ließ sich das CI sogar wieder entfernen.

Anschließend präsentierte Dr. Ulrike Gotthardt vom DGB-Präsidium die Ergebnisse der Online-Umfrage, die der Bund durchgeführt hatte – schriftlich und nicht repräsentativ (= für alle geltend). Aber: Von den Teilnehmern gaben immerhin gut 20 Prozent an, Komplikationen als Folge der Implantation erlebt zu haben. Trotz der schwierigen Umsetzung sind die Ergebnisse eine gute Grundlage für weitere Forschungen oder Befragungen.

Wesentlich wissenschaftlicher ging es bei Christian Rathmann, Claudia Becker, Katrin Bentele und Gisela Szagun zu: Sie erzählten jeweils von den Risiken des Sprachentzugs, den Formen der bilingualen Sprachbildung, von Ethik und Zweisprachigkeit. Weil auch diese Veranstaltung komplett schriftlich werden soll, entsteht eine für die Öffentlichkeitsarbeit brauchbare Zusammenfassung des aktuellen Stands der Forschung.

In der Fragerunde vor der Mittagspause meldete sich aus dem Publikum plötzlich Bodo Bertram zu Wort. Als ehemaliger Leiter des CI-Versorgungszentrums Hannover sei er sehr betroffen darüber, dass der Fall in Goslar (der sogenannte CI-Zwang von Braunschweig) solche hohen



Keine Eingliederungshilfe: Die Verlegerin und Gebärdensprachdolmetscherin Karin Kestner berichtete von Drohungen, die Eltern tauber Kinder über sich ergehen lassen mussten

Wellen schlägt. Ihn schockiere das und er könne nur zusichern, dass seine Einrichtung zweifelnde Eltern immer noch einmal nach Hause geschickt hätte, um zu überlegen. Außerdem habe es auch immer Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch mit anderen Betroffenen gegeben.

Später kam Karin Kestner, die über ihre Webseite und auch sonst schon lange Eltern gehörloser Kinder berät, auf die Bühne. Sie erzählte auf eindringliche



„Würde ohne Gebärdensprache nicht leben“: Jette von Deetzen (rechts) mit ihrer Mutter

Weise, was Eltern sich von Ärzten anhören lassen mussten, nachdem ihre Kinder als taub diagnostiziert wurden. Unter anderem drohte man ihnen, sie würden keine Eingliederungshilfe für ihr Kind bekommen, wenn sie es nicht implantieren ließen. Das alles zusätzlich zur fast schon klassischen Drohung, dass aus den Kindern „ohne CI ohnehin nichts wird“.

Ein Tag randvoll mit Informationen – ideal, um sich als Politiker fortzubilden.

Doch diese kamen erst nach der Kaffeepause zur Podiumsdiskussion. Es waren die behindertenpolitischen Sprecher der FDP, der Partei DIE LINKE und der Grünen: Jens Beek, Sören Pellmann und Corinna Rüffer. Von den vielen Informationen und der betroffenen Stimmung im Saal vorher hatten sie nichts mitbekommen. Am Anfang scherzten sie sogar, dass sie sich „rausreden könnten“, weil sie nicht die Regierung seien, sondern die Opposition. Eine gelinde gesagt taktlose Formulierung, wenn man die



Zeigt sich mit dem Fachtag zufrieden: DGB-Mitarbeiter Daniel Büter

ernste Stimmung vorher miterlebt hatte. Die Politiker waren verunsichert und uninformatiert – bis auf Rüffer, die zwar bewies, dass sie sich mit dem Thema Gehörlosigkeit auskennt (Trier, wo der jüngste Fall herkam, ist ihr Wahlkreis). Doch dann forderte sie, es müssten sich mehr Gehörlose in die Politik einbringen und im Bundestag die Gesetze selbst ändern. Daraufhin kriegte sie die Konter (= Gegenschläge), dass bereits zwei Gehörlose in ihrer Partei auf Kommunal-ebene erhebliche Schwierigkeiten hät-

ten und dies ein grundsätzliches, ganz anderes Problem sei. Dolmetschen im Ehrenamt würde eben nicht bezahlt. Darauf wusste Rüffer auch nicht viel zu antworten.

Nach dem Fachtag blieb ein unbefriedigendes Gefühl. Ja, den Text der Tagung würden sie an alle Politiker schicken, sagte Büter der **DGZ** abschließend. Die CDU hätte sich zumindest entschuldigt, die SPD erst zugesagt, sei dann aber doch nicht gekommen – erst hinterher erfuhr der DGB, dass es zu Terminschwierigkeiten gekommen war. Auf der positiven Seite gab es dennoch etwas zu verbuchen: Alle Informationen und Kompetenzen waren einmal in einem Raum versammelt und es gab Gelegenheit zum Netzwerken. Der DGB strebt darüber hinaus nach der Fachtagung Gespräche mit der Deutschen Cochlea Implantat Gesellschaft an, ebenso mit Bundes- und Landesärztekammer sowie dem Gesundheitsministerium.

Karin Kestner ist sich sicher: „Bei Ärzten beißen wir allerdings auf Granit, da wird sich nichts ändern, wenn es nicht Gesetze gegen Lügen und verdrehte Tatsachen in der Patientenaufklärung gibt.“ Die schriftliche Version der Tagung wird es als Heft und PDF geben, aber erst im



Kamen erst zur Podiumsdiskussion: Jens Beek (FDP) und Corinna Rüffer (Grüne)

nächsten Jahr, sofern es mit der Finanzierung klappt. Ebenfalls gelungen war die Twitter-Begleitung, die eine Extraperson übernahm, welche sich voll auf diese Aufgabe konzentrieren konnte. So wurde zumindest eine gewisse Sichtbarkeit nach außen gewährleistet. Insgesamt ist Büter aber zufrieden: „Wenn wir jedes Jahr eine Fachtagung zu verschiedenen Themen organisieren, werden wir die Politiker mit Sicherheit auf uns aufmerksam machen.“ ■



## Die Karten auf den Tisch

DGZ/Wille Felix Zante

Unter Leitung von Bernd Schneider kamen Vertreter der DGB-Mitgliedsverbände und externe Kritiker zu einem Treffen in Kassel zusammen. Das Ziel: die Strukturreform des Deutschen Gehörlosen-Bundes anzugehen

Von Wille Felix Zante

In einem verregneten Kassel treffen sich am Samstagmorgen des 9. März die Vertreter der Landesverbände und anderer Organisationen mit dem Deutschen Gehörlosen-Bund (DGB), um zusammen mit ihm und einigen externen Kritikern über die Strukturreform des Verbandes zu sprechen. Nach einem Grußwort des Allgemeinen Gehörlosenvereins Kassel, in dessen Räumen die Versammlung stattfindet, werden die Mitglieder der Arbeitsgruppe (AG) vorgestellt. Neben fünf Delegierten der Landesverbände Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen sind vier Personen außerhalb der Verbände auch ausdrücklich Mitglieder der Arbeitsgruppe „Struktur des DGB – DGB 2.0“. Im Publikum sitzen gut 20 Teilnehmer. Das Präsidium des DGB ist ebenfalls vertreten. Katja Fischer leitet als Moderatorin das Programm.

Bernd Schneider informiert zu Beginn über den Hintergrund der Arbeitsgruppe. Tatsächlich gab es bereits 2014 einen Antrag des schleswig-holsteinischen Landesverbands, eine Arbeitsgruppe unter dem Namen

„New DGB“ zu gründen, 2016 wurde eine Expertenkommission eingerichtet. Darauf folgte erst im Oktober 2018 ein Antrag zur Gründung einer Finanzkommission, der allerdings von den Mitgliedern abgelehnt wurde. Der Grund dafür: Diese würde mit der Gründung einer separaten gGmbH für die Kulturtage sowieso überflüssig. Der darauf folgende Antrag für die Arbeitsgruppe „DGB 2.0“ wurde danach allerdings angenommen. Direkt im Anschluss übernahm Schneider dann im letzten Herbst die Organisation.

Daraufhin folgt in Kassel eine Bestandsaufnahme und eine Vorstellung der grundsätzlichen DGB-



Will sich in Berlin als Lobby etablieren: Das frischgewählte Präsidium des DGB

Struktur mit der Stimmen- und Mitgliederverteilung. Nicht überraschend ist dabei die rückläufige Entwicklung, die bei fast allen Vereinen zu beobachten ist. So verlor der Landesverband Bayern der Gehörlosen fast 500 Mitglieder (rund 38 Prozent), der NRW-Landesverband fast 300 (24 Prozent) – beide über einen Zeitraum von elf (Bayern) bzw. zehn Jahren (NRW). Die Ursache dafür sehen die Verbände vor allem darin, dass sie Schwierigkeiten haben, Nachwuchs für die Verbandsarbeit zu begeistern. Jan Eichler kann stolz verkünden, dass sein Kölner Verband VGKU Zuwachs verzeichnen konnte. Er führt das darauf zurück, dass die Gebärdensprache und nicht der Hörstatus im Vordergrund steht. Das findet sich auch im Namen wieder: „Verband für Gebärdensprachkultur in Köln und Umland“. Die Entwicklungen bei den Verbänden stehen im Gegensatz zu den Schwerbehindertenstatistiken. In Bayern gab es, gemessen am Merkzeichen „GL“ im Behindertenausweis, von 2009 bis 2017 einen Zuwachs von über 50 Prozent, aber keinen entsprechenden Mitgliederanstieg in den Vereinen.

Zum Vergleich wird der Sozialverband VdK Deutschland e. V. angeführt, der über die letzten Jahre einen konstanten Anstieg verzeichnen konnte. Der Großteil der Einnahmen stammt hier aus der Verbandszeitschrift, die über Werbung 58,9 Prozent der Bundeseinnahmen des VdK einspielt. Für Mitglieder ist die Zeitschrift kostenlos. Das führt zum nächsten Thema: „Probleme, Ideen und Lösungsmöglichkeiten“. Konkret wird der schwierige Informationsfluss zwischen dem DGB und den Landesverbänden kritisiert. So erhalten viele Mitglieder keine Informationen. Zwar sei es eine Möglichkeit, E-Mails zu verschicken, aber es gebe Mitglieder, die keine Mailadresse hätten. Außerdem ist die neue Datenschutzverordnung (DSGVO), die seit letztem Jahr in Kraft ist, ein Hindernis. Hier

Am Nachmittag richtet Helmut Vogel eine Bitte an Jan Eichler. Dieser hatte vor der Mitgliederversammlung des DGB in Magdeburg im Oktober 2018 eine DGS-Übersetzung der Bachmann-Papiere auf Facebook gepostet (= veröffentlicht). Vogel bat ihn, diese offline zu nehmen (= zu entfernen), da sie Fehler in der Übersetzung enthielte und maßgeblich zum damaligen „Shitstorm“ beigetragen hätte. Eichler

### » Der Informationsfluss zwischen DGB und Landesverbänden wird kritisiert «

zeigt jedoch keine Einsicht, dieser Bitte nachzukommen. Gerhard-Leonhard Toepfich vom Gehörlosenverband Berlin merkt an, dass hauptberufliche Politiker genug „Schmerzengeld“

den bereits Schneider am Vormittag anmerkte, eine weitere Baustelle sein. So sind über 70 Prozent der Mitglieder im DGB über 50 Jahre alt.

Später kommen dann versöhnlichere Töne von Vogel: So bedankt er sich bei Schneider und Eichler dafür, dass sie ihre Kritik vorgetragen hätten. Damit und auch mit den Konzepten könne man gut arbeiten. Nach der Kaffeepause stellt Vogel das aktuelle Organigramm des DGB vor. So sind mittlerweile alle Posten belegt, lediglich das Fachteam „Taubblinde“ ist in Kassel noch nicht besetzt. Eichler bleibt hart: So fehlen ihm konkrete Signale, dass der DGB bereit ist, seine „Baustellen“ im Blick zu behalten. Vogel hält dagegen, der DGB würde sich gerade erst in Berlin als Lobbygruppe etablieren. Zum Schluss sind die beiden Vertreter

DGZ/Wille Felix Zante



Problemfelder und Lösungsansätze sammeln: Bernd Schneider, Jan Eichler und Helmut Vogel tauschten sich mit weiteren 20 Personen aus

wird die Idee in den Raum gestellt, eine DGB-Verbandszeitschrift aufzustellen, die in einen Bundesteil und Regionalteile untergliedert ist. Hier müsse noch Finanzierung und Personal geklärt werden.

Als Vorbild wird nun von Bernd Schneider der Schweizerische Gehörlosenbund (SGB-FSS) genannt: Hier hätte man 8 Millionen Euro Umsatz im Vergleich zu den 300.000 Euro beim bayerischen Landesverband. Die Zahlen sind vergleichbar, da es sich um eine ähnlich große Fläche und Mitgliederanzahl handelt. Helmut Vogel reflektiert dann noch einmal die Sailer-Ära. Man hätte damals zu große Schritte gemacht mit acht Mitarbeitern und sei damit „auf die Schnauze gefallen“, so der amtierende DGB-Präsident. Jetzt wäre man vorsichtiger.

bekommen. Das sei bei den meisten gehörlosen Verbandsvorsitzenden nicht der Fall. So würde eine harsche Kritik, wie sie etwa Eichlers Übersetzung auslöste, viele abschrecken und für Nachwuchsprobleme sorgen.

Alexander von Meyenn, der auch im Gehörlosenverband Hamburg tätig, aber auf der Tagung als Vertreter des Dozentenverbands erschienen ist, mahnt noch, man dürfe die Migranten nicht vergessen. Diese stellen inzwischen eine immer größer werdende Gruppe unter den Gehörlosen dar, aber hätten wenig Interesse an den klassischen Vereinsangeboten. Diese Mitglieder müsse man auch repräsentieren. Als Beispiel fragt er in die Runde: „Wer hat hier einen Migrationshintergrund? Ich sehe niemanden.“ Dies dürfte zusammen mit dem hohen Altersdurchschnitt,

der Arbeitsgruppe zuversichtlich. Eichler sagt, er sei erfreut über die „konstruktiven Diskussionen“ in Kassel und auch Schneider meint geradeheraus: „Ich bin zufrieden.“

Letzten Endes handelte es sich in Kassel um eine Sammlung von Problemfeldern und Lösungsansätzen. Konkrete Schritte sollen auf einer Arbeitstagung am 28. und 29. Juni in Frankfurt am Main angegangen werden. Als Gesamteindruck bleibt haften, dass der DGB nach Finanzkrise und Kulturtag-Organisation endlich wieder Boden unter den Füßen gewinnt und gestärkt aus dem „Shitstorm“ von Magdeburg hervorgegangen ist. Gleichzeitig gibt es den Unkenrufen von Eichler zum Trotz glaubwürdige Bemühungen um eine kritische Auseinandersetzung mit den Baustellen des Verbands. ■



## Verteilt auf viele Schultern

Bessere Öffentlichkeitsarbeit, Fachteams zu aktuellen Problemen und ein Katalog mit hundert Forderungen: Auf der Bundesversammlung in Augsburg präsentierte sich ein emsiger DGB. In Anträgen zwingen Delegierte den Verband dazu, sich stärker zu positionieren. Zudem zeichnet sich am Horizont ein dunkler Vorboten ab

Von Kerstin Reiner-Berthold

Der Deutsche Gehörlosen-Bund ist voller Tatendrang. Im ersten Amtsjahr beschäftigte sich das 2018 neu gewählte Präsidium mit Themen in einer bisher nie dagewesenen inhaltlichen Breite. Fast wirkte es, als wollte der Verband die politischen Versäumnisse der vergangenen Amtszeit nachholen. Auf der jährlichen ordentlichen Bundesversammlung des DGB vom 25. bis 27. Oktober in Augsburg gaben sich viele der Delegierten von der Fülle der Arbeit beeindruckt. So mancher von ihnen hatte das Gefühl, ein atemloses Präsidium bremsen zu müssen.

Kurz vor der Bundesversammlung hatte der DGB einen 122 Seiten umfassenden Jahresbericht an die Mitgliedsverbände gemailt. In Augsburg präsentierte man auf der Leinwand Zahlen, die den Arbeitsumfang belegen sollten: 11 Monatsberichte, 24 Pressemitteilungen, 14 Stellungnahmen und 40 Videos. Die Zahlen beziehen sich allerdings auf den

Zeitraum von Anfang 2018 bis heute – nicht erst ab der Neuwahl im Oktober 2018. Würde man nur die Amtsperiode des aktuellen Präsidiums berücksichtigen, wären es 11 Pressemitteilungen und 8 Stellungnahmen. Dass das Protokoll der letzten Bundesversammlung im Oktober 2018 erst elf Monate später verschickt wurde, hatte man moniert (=angemahnt). Das Präsidium gelobte Besserung und versprach, das Protokoll zu Augsburg bis März 2020 fertigzustellen.

Präsident Vogel berichtete, er allein habe in den letzten zwölf Monaten 53 Termine wahrgenommen – was einen leichten Rückgang bedeutet (in seiner ersten Amtszeit kam er auf knapp 350 Termine in vier Jahren). Außerdem erklärte er, dass er seit der Wiederwahl 2018 wieder stärker in seinem eigentlichen Hauptberuf tätig sei. Dass Vogel sich wieder mehr der Erforschung der Gehörlosengeschichte widmen könne, bereite ihm Freude. Auch auf der Facebook-Seite des DGB lässt sich beobachten, dass im Vergleich zur vorigen Amtsperiode deutlich mehr

Termine von anderen DGB-Leuten wahrgenommen werden – etwa von Steffen Helbing, Elisabeth Kaufmann oder Mitarbeiter Daniel Büter.

Die politische Arbeit wird also beim DGB inzwischen auf mehr Schultern verteilt. Dies wurde auch durch die Fachteams deutlich. Dieses Konzept habe er von seinem Vorgänger Dr. Ulrich Hase übernommen, erklärte Vogel. Jedes der aktuell 14 Fachteams hat eine Leitung und drei bis fünf Experten. Diese befassen sich jeweils mit einem bestimmten Thema und arbeiten eigene Ziele aus. In Augsburg stellte jeder Teamleiter per PowerPoint einen eigenen Tätigkeitsbericht zu den letzten zwölf Monaten vor, wodurch sich die Tagesordnungspunkte zäh bis in den Samstagnachmittag hineinzogen.

Der DGB verfügt über drei hauptamtliche Mitarbeiter – unverändert gegenüber 2018. Im Dezember soll ein Projektkoordinator in Teilzeit zur Organisation des 4. Bildungskongresses 2020 in Landshut hinzukommen.

Im Oktober wurde dazu eine Stellenausschreibung veröffentlicht. Eine weitere soll bald folgen, um einen Mitarbeiter auf Honorarbasis für die Öffentlichkeitsarbeit zum Bildungskongress zu finden. Im neuen Jahr werde es eine Neuverteilung der verschiedenen Aufgaben in der Geschäftsstelle geben, so Vogel gegenüber der **DGZ**. Am Freitag bei den Workshops war bereits die Rede von einem Personalmangel beim DGB, drei Mitarbeiter seien viel zu wenig, ideal wären mindestens acht.

Sauber und übersichtlich präsentierte Schatzmeister Michael Wohlfahrt die Finanzen. Der Kassenbericht 2018 wies zum Dezember ein Plus von über 18.000 Euro auf. Darin waren die sechsstelligen Verluste der Kulturtage 2018 mit einbezogen. Auf Empfehlung der Revisoren Wolfgang Reiner und Jutta Löhnert wurde die Entlastung für den Kassenbericht erteilt. Der aktuelle DGB-Kontostand beträgt inzwischen über 60.000 Euro, wie Wohlfahrt auf Anfrage mitteilte.

Ein 25 Seiten starker Forderungskatalog. Der ganze Sonntagvormittag galt dem Forderungskatalog, den der DGB aktuell erarbeitet. Zu Beginn erzählte Helmut Vogel, dass diese Idee auf die Empfehlung eines befreundeten Politikers zurückgehe. DGB-Mitarbeiter Daniel Büter erläuterte, dass jedes der 16 Bundesländer einen eigenen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention habe. Bei seinen Recherchen stellte er fest, dass in diesen Aktionsplänen die Themen Gehörlosigkeit und Gebärdensprache sehr unterschiedlich häufig vorkommen. Spitzenreiter sei der Bremer Plan, in dem 28 Mal „gehörlos“ und 19 Mal „Gebärdensprache“ auftauchen (siehe auch Infokasten).

Auf dieser Basis habe das Präsidium gemeinsam mit der Geschäftsstelle seinen Forderungskatalog erarbeitet. Entstanden ist ein 25-seitiges Papier mit knapp 100 Einzelforderungen, verteilt auf 13 Themenfelder. Mehrmals betonte Vogel, er sei stolz auf dieses Werk. In Augsburg wurde der Forderungskatalog leicht abgeändert, aber einstimmig von

Bernd Schneider und André Döll beim Workshop der Arbeitsgruppe DGB 2.0



Führte die Versammlung: Katja Fischer

der Bundesversammlung angenommen. Er soll Mitte November auf der DGB-Webseite veröffentlicht werden, sodass jeder (gemeint sind Mitgliedsverbände, Experten und Einzelpersonen) „eine gute und gemeinsame Orientierungs- und Argumentationshilfe“ nutzen und auf die DGB-Forderungen verweisen könne. Auch eine komplette Übersetzung in die DGS ist in Planung.

### » Die Mitgliedsprognosen waren bei vielen Grund zur Besorgnis «

Die Stimmung auf der Versammlung war harmonisch. „Endlich eine sachliche, konstruktive und friedliche Bundesversammlung. Keine persönlichen Angriffe, das ist gut!“, schrieb Alexander von Meyenn, Vorsitzender des Bundesverbands der Dozenten für Gebärdensprache, später. Das wurde auch bei den Anträgen deutlich.



Außergewöhnlich war dabei, dass alle sieben gestellten Anträge angenommen wurden – davon waren gleich fünf vom Gehörlosenverband Hamburg (GLVHH). Bei drei der Anträge handelte es sich eher um Fragestellungen an den DGB, um Näheres über dessen Position zu bestimmten Themen zu erfahren.

Vertreten durch Geschäftsführer Thomas Worseck wollte der GLVHH wissen, wie der Verband zum Konzept der Inklusion steht. Befürwortet der DGB die aktuellen Bestrebungen oder sind Stellungnahmen zur aktuellen Entwicklung geplant? „Wir brauchen ein klares Bild für Inklusion“, so Worseck. Weitere Fragestellungen bezogen sich auf den Telefonvermittlungsdienst Tess und die Gebärdensprachdolmetscher-Versorgung. Was tut der DGB dagegen, dass Gehörlose für Telefonate immer noch mehr zahlen als hörende Menschen? Das sei laut Worseck nicht hinnehmbar. Außerdem wollte der GLVHH wissen, was der DGB tut, um Qualität und Quantität im Dolmetschprozess sowohl hörender als auch tauber Gebärdensprachdolmetscher sicherzustellen. Vom Präsidium hieß es, dass eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema gebildet werden müsse.

Außerdem forderte Hamburg den DGB dazu auf, fünf Prioritäten in der politischen Arbeit zu setzen und einen Strategieplan zu erstellen. So könnten die Landesverbände und der DGB an einem Strang ziehen. Bis Ende Februar 2020 hat der DGB Zeit, alle Fragen zu beantworten. Im letzten und fünften Antrag appellierte Worseck noch

einmal daran, dass der DGB keine finanzielle Verpflichtung mehr für Großveranstaltungen – insbesondere die Kulturtage der Gehörlosen – eingehen dürfe. Vizepräsidentin Elisabeth Kaufmann versicherte, dass die seit Jahren geplante gGmbH demnächst gegründet werde. Nach wie vor liege der Beschluss aus einer früheren Bundesversammlung vor, ebenso sei der Gesellschaftsvertrag fertig vorbereitet und das nötige Startkapital vorhanden. „Dann können wir das Geschäftskonto eröffnen. Wir werden dann einen Geschäftsführer einstellen“, so Kaufmann.



DGZ/Kerstin Reiner-Berthold

**Muss sich zu bestimmten Fragen stärker positionieren: das DGB-Präsidium**

Der Landesverband der Gehörlosen und Gebärdensprachgemeinschaft Nordrhein-Westfalen e. V. pochte in seinem Antrag auf die Umsetzung eines Beschlusses aus 2017. Dieser sah vor, ein Projekt zu starten, das unter anderem Sensibilisierungsarbeit im medizinischen Bereich und Aufklärungsarbeit bei Behörden vorantreiben soll. Inzwischen seien neue, besorgniserregende Entwicklungen wie Kindswohlgefährdung hinzugekommen. Das Projekt solle so bald wie möglich beginnen, um die „ethnische Säuberung“ der Gehörlosen zu stoppen, so der Vorsitzende Martin Magiera. Wie andere Behindertenverbände müsste auch der DGB über ein klares, modernes Menschenbild verfügen. So könne man darstellen, wie wir uns selber sehen, betonte Magiera. Der DGB nahm den Antrag an und versicherte, ihn mit hoher Priorität zu bearbeiten, vor allem hinsichtlich des Menschenbilds.

An letzter Stelle wurde ein Antrag vom bayerischen Landesverband bearbeitet. Da die Menschen immer länger leben, sollen die Ehrungen um 60- und 70-jährige Mitgliedschaften erweitert werden. Alle Anträge wurden mit großer Mehrheit angenommen. Ebenso debattierte die Bundesversammlung über neue Ideen, darunter die Einführung eines Engagementpreises – als Reaktion auf die Kritik zu der Kulturpreis-Verleihung bei den Kulturtagen 2018 in Potsdam.

» **Wir brauchen ein klares Bild für Inklusion** «

Die Bundesversammlung mit den rund 70 Delegierten aus ganz Deutschland fand strenggenommen nur am Samstag und Sonntag statt. Am Freitag davor stellten fünf Arbeitsgruppen ihre Ergebnisse zu fünf Themenbereichen vor. Mit der Berliner Katja Fischer würde erstmalig

seit 2005 zumindest wieder eine Frau die Bundesversammlung leiten, freute sich DGB-Präsident Helmut Vogel.

Am Freitagnachmittag gab es Workshops zu den fünf Themenbereichen. Der zeitintensivste galt der Arbeitsgruppe DGB 2.0, geleitet von Bernd Schneider. Er berichtete über die bisherigen zwei Arbeitstreffen in Kassel und Frankfurt und von einer Umfrage, die an die 16 Landesverbände verschickt wurde. Ziel war es, herauszufinden, wie sich die Zahl der Vereine und Mitglieder innerhalb der nächsten 20 Jahre entwickeln werden. Aktuell gibt es 195 an den DGB angeschlossene Vereine. Für 2039 wird es laut Prognose nur noch 87 Vereine geben. Eine ähnliche Entwicklung sehe man bei den Mitgliederzahlen: Diese werden voraussichtlich von derzeit 9.650 auf 3.700 schrumpfen. Die Zahlen waren bei vielen Delegierten Grund zur Besorgnis.

Nun wurde in den Workshops nach Lösungsideen gesucht. Man schlug eine Umstrukturierung des Verbands „von oben nach unten“ vor, auch das Vorantreiben der Digitalisierung. Man wolle die Mitgliedschaft beim DGB attraktiver gestalten, etwa mit einem Zugang zu Online-Liveübertragungen der Bundesversammlungen. Auch die Gründung eines Altenheims für DGB-Mitglieder und eine kostenlose Rechtsberatung wurden vorgeschlagen.

Eine Idee, die sich in Augsburg herauskristallisierte, war der Länderrat.

**Mit dem Workshop Musikperformance greift der DGB ein aktuelles Problem auf**



DGZ/Kerstin Reiner-Berthold

In der Vergangenheit wurde wiederholt die Kritik laut und der Informationsfluss zwischen dem DGB und den Ländern sei nicht optimal. Die derzeitigen Überlegungen sehen daher einen Länderrat vor, der sich mindestens einmal jährlich treffen soll. Darin sollen aus jedem Bundesland, vom DGB und von der Deutschen Gehörlosen-Jugend jeweils zwei Vertreter sitzen. Nach diesen Diskussionen folgte die Fortsetzung der Arbeit. Die Arbeitsgruppe DGB 2.0 wird künftig von Volker Siegling geleitet. Die Schwerpunkte sollen vor allem auf Informationsfluss, Umstrukturierung, Mitgliedervorteile, Personalausbau, Fundraising und den Länderrat gelegt werden.

Als Leiter der Arbeitsgruppe „Gebärdensprache als Minderheitensprache“ berichtete Prof. Dr. Christian Rathmann, die DGS sei zwar seit 2002 in Deutschland anerkannt, aber in vielen Bereichen noch nicht umgesetzt. Ein entsprechender Antrag der Grünen-Partei sei im Jahr 2018 von der Bundesregierung abgelehnt worden. Die Begründung: Bei einer Minderheitensprache müssen eine regionale Verortung und die Bedrohung durch „Aussterben“ gegeben sein. Momentan sei auf europäischer Ebene schon einiges in Bewegung, so Rathmann. „Wir befassen uns damit und sammeln die Informationen, was es genau heißt, in die Europäische Charta der Minderheitensprachen aufgenommen und als regionale Minderheitensprache anerkannt zu werden. Wenn dann auf europäischer Ebene der Stein ins Rollen kommt, können wir auch in Deutschland aktiv werden.“ Dieser Weg sei, so der Tenor (= grundlegender Sinn), vielversprechender als eine Anerkennung als Amtssprache.

Der DGB beschäftigte sich auch mit dem aktuellen und brisanten Thema Musikperformance. Elisabeth Kaufmann als Vertreterin der gleichnamigen Arbeitsgruppe sprach von einem geplanten Treffen im November mit Vertretern der Dolmetscherverbände und der Aktionsgruppe Deaf Performance Now, deren Engagement sie begrüßte. Sie berichtete von einem erfolgreichen Konzept in England und plant ein Positionspapier in Zusammenarbeit mit hörenden und tauben Dolmetschern. Der DGB wolle, so Kaufmann, taube Performer



DGZ/Kerstin Reiner-Berthold

**Zeigten sich beeindruckt von der Fülle der Arbeiten: Die gut 70 Delegierten in Augsburg**

mit Ausbildungsangeboten fördern. Man müsse die Öffentlichkeitsarbeit vorantreiben und Musikagenturen darauf aufmerksam machen, dass auch taube Performer gebucht werden könnten.

In der Arbeitsgruppe „Kommunikationsassistenten“, vertreten durch Andreas Costrau und Helmut Vogel, ging es darum, die Definition dieser Tätigkeit genauer auszuarbeiten und klarer



DGZ/Kerstin Reiner-Berthold

**Zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit: DGB-Mitarbeiter Daniel Büter**

von Gebärdensprachdolmetschern abzugrenzen. Einen Überraschungsgast gab es am Samstag. Rudolf Gast, Ehrenvorsitzender des Landesverbands Bayern der Gehörlosen, brachte ein historisches Geschenk für den DGB mit: die Beschlussfassung zur Gründung des DGB in Düsseldorf aus dem Jahr 1950 mit den Originalunterschriften der Gründungsmitglieder.

Für Unruhe sorgte eine Nachricht aus Niedersachsen: Der Deutsche Gehörlosen-Sportverband – mit

über 7.500 Mitgliedern größter Mitgliedsverband im DGB, in Augsburg jedoch nicht anwesend – würde einen Austritt aus dem DGB anstreben. Als Initiator wurde der Vizepräsident für Öffentlichkeitsarbeit Jan Eichler genannt. Beim DGS-Verbandstag in Dresden am 22. und 23. November soll ein entsprechender Antrag gestellt werden. Eichler bestätigte auf Anfrage dieses Vorhaben und schrieb, das Präsidium werde dazu in Dresden Stellung beziehen. Dort wird außerdem das DGS-Präsidium neu gewählt. ■

**VORSCHAU**

---

**Was der DGB für 2020 plant**

**21. Februar**  
Öffentliche Veranstaltung des DGB zum Tag der Muttersprache: „Gebärdensprache als Minderheitensprache“ in Berlin

**7. Mai**  
Europäischer Protesttag mit eigener Demonstration des DGB in Berlin zum Motto „Gebärdensprachrechte für alle“

**11./12. September**  
4. Bildungskongress in Landshut zum Motto „Bimodal-bilinguale Bildung verstehen, erleben und voranbringen“

**30. Oktober/1. November**  
Ordentliche Bundesversammlung in Berlin

# „Wir müssen das gemeinsam aushalten“

Beim Deutschen Gehörlosen-Bund ist seit Anfang März eine sechsköpfige Corona-Taskforce im Einsatz. Präsident Helmut Vogel im Gespräch über die Fortschritte im Informationszugang, Dolmetschereinsätze aus der Ferne und den Plan, neue Mitarbeiter einzustellen

Von Thomas Mitterhuber

**M**it der Corona-Krise ging es Schlag auf Schlag: Bei den Pressekonferenzen des Robert-Koch-Instituts (RKI) ist live eine Dolmetscherin dabei. Vom Bund bis hinunter in die Kommunen stellen Regierungen DGS-Videos bereit. Mit dem Virus gehen aber auch große Unsicherheiten und Einschränkungen einher. Wie die jüngeren Entwicklungen zu bewerten sind und was der Verband aktuell tut und plant, beantwortet der DGB-Präsident im Interview.

## Warum braucht es erst ein Virus, damit der Informationszugang barrierefreier wird?

**Helmut Vogel:** Die Corona-Krise betrifft die ganze Bevölkerung, da es eine große Ansteckungsgefahr für alle gibt. Zu Beginn der Krise befasste sich der DGB gleich mit dieser Thematik und veröffentlichte Anfang März ein Aufklärungspapier zum Virus sowie eine Stellungnahme für die volle Zugänglichkeit zu gesundheitlichen Informationen. Zudem erfuhr der DGB sofort Unterstützung aus Politik und mehreren Verbänden. Ebenso führten wir viele Telefonate mit Politikern, der Schlichtungsstelle des Bundes und dem von uns beauftragten Rechtsanwalt (Dr. Oliver Tolmein, Anm. d. Red.). Weiterhin fand die von drei Aktivistinnen gestartete Petition viel Unterstützung, die wir im Vorfeld als Kooperationspartner unterstützten. Man kann sagen, dass Politik und Bevölkerung die Forderungen verstanden und unterstützt haben. Das Benachteiligungsverbot im Artikel 7 des Bundesgleichstellungsgesetzes findet derzeit starke Entfaltung im Medienbereich, dies war und ist für uns der Schlüsselpunkt.

## Bist du zufrieden mit dieser Entwicklung?

Besonders positiv sind die Presse-

konferenzen des RKI hervorzuheben. Ebenso veröffentlichten Bundesbehörden zu unserer Freude viele Gebärdensprachfilme im Internet. Allerdings müssen die Gebärdensprachdolmetscher im Bild aufgenommen werden und danach in Echtzeit auf allen Medienkanälen (Fernsehen und Internet) zu sehen sein. Der Informationsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss besser erfüllt werden, so wie es bei Ansprachen einiger Ministerpräsidenten der Fall



war. Die Bereitstellung von GSD bei den Ansprachen muss im linearen Fernsehen (d. h. ARD, ZDF und dritte Programme) kontinuierlich umgesetzt werden, damit Ältere ohne Internetanschluss sowie Gehörlose auf dem Land erreicht werden können, wo das Internet nicht gut ausgebaut ist.

## Dafür gingen bei vereinzelt TV-Sendern die Untertitel zurück. Ist das akzeptabel?

Es hat ein Missverständnis gegeben. Der NDR hat nur auf die Untertitelung der zwei Sendungen DAS! und Talkshow verzichtet. Wir haben das bereits in einem Film in Facebook klargestellt.

## Wie setzt sich der DGB bezüglich dieser Themen ein?

Wir haben am 16. März fünf Forderungen an sechs Bundesministerien und Bundesbehörden auf Grundlage des Benachteiligungsverbots (§ 7 BGG) gerichtet. Seitdem korrespondieren wir über unseren Anwalt mit der Bundesregierung. Seitdem konnte manche Forderung umgesetzt werden, siehe dazu unsere Stellungnahme vom 2. April. Diese sind nicht neu formuliert und standen bereits im DGB-Forderungskatalog. Trotz sehr stressiger Ausnahmesituation konnten wir unsere Kräfte bündeln. Unsere drei hauptamtlichen Mitarbeiter konzentrieren sich im Homeoffice ausschließlich auf die Corona-Krise, aus dem Präsidium insbesondere Dr. Ulrike Gotthardt, Elisabeth Kaufmann und ich. In diesem aufgebauten sechsköpfigen Koordinierungsteam bearbeiten wir nun verschiedene Themen, haben verschiedene Kontakte zu diversen gehörlosen und hörenden Experten und den DGB-Fachteams. In der Krise gilt insbesondere die Devise (= Motto): Gemeinsam macht stark!

## Was muss getan werden, dass die Errungenschaften künftig und auch nach der Krise beibehalten werden?

Wir haben die Leitlinien von den Weltverbänden WFD und WASLI für die Zugänglichkeit von Medien durch Gebärdensprache übersetzt und veröffentlicht. Für das Einhalten dieser wird sich das DGB-Fachteam Medien zusammen mit den Landesverbänden bei den Medienverantwortlichen nach wie vor beharrlich einsetzen.

## Dolmetscher berichten, ihnen seien Aufträge für Wochen weggebrochen, und bieten vermehrt Ferndolmetschen an. Werden sich solche Lösungen etablieren?

Davon können wir ausgehen, ja. Die Krankenkassen haben Video-

sprechstunden empfohlen und das Ferndolmetschen anerkannt – eine positive Nachricht. Viele Landesdolmetscherverbände bieten Notfalllisten an, damit Dolmetscher mit technischen Geräten bestellt und angerufen werden können.

## Auf Facebook berichtete der bgsd von einer Corona-Arbeitsgruppe mit dem DGB und dem tgsd. Woran arbeitet ihr konkret?

In der Corona-Krise ist es notwendig, dass der DGB und die zwei Dolmetscherverbände eng zusammenarbeiten und sich für Sicherheit und Wohl der Gehörlosen einsetzen. Wir besprachen intensiv unsere Forderungen an das Bundesministerium für Gesundheit und an die Krankenhäuser. Auf internationaler Ebene arbeiten die WFD und WASLI eng zusammen.

## In der Bevölkerung gibt es eine hohe Solidarität und breite Akzeptanz der Eindämmungsmaßnahmen, aber teilweise auch Verunsicherung. Wie nimmt der DGB das bei gehörlosen Menschen wahr?

Sehr viele Gehörlose haben sich ebenso vernünftig verhalten und solidarisiert sich. Das unsichtbare und gefährliche Virus schafft aber auch Unsicherheit und Ängste. Die Pandemie macht uns vom DGB ebenso starke Sorgen. Das müssen wir alle gemeinsam aushalten, bis wir schrittweise unsere Freiheit zurückbekommen.

Wir wollen zwei-, dreimal die Woche in Filmen über unsere Arbeiten berichten und so in diesen ernsten Zeiten das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Gehörlosen-/Gebärdensprachgemeinschaft weiter stärken. Wir werden ihnen fest beistehen und als Interessensvertretung für sie kämpfen. Wir müssen auch an ältere Gehörlose denken, sie brauchen Unterstützung von uns allen. Wir kommunizierten bereits mit den Landesverbänden darüber. Auch streben wir an, sobald wie möglich neue hauptamtliche Mitarbeiter für unser geplantes Hilfsprojekt (von der Aktion Mensch finanzierte Corona-Soforthilfen, um Assistenz/Begleitung oder Lebensmittelbeschaffung zu ermöglichen, Anm. d. Red.) einzustellen, zwecks Entlastung aller Mitarbeiter. ■

# Wir gegen Corona

Die Corona-Krise betrifft die Menschen auf unterschiedlichste Art und Weise. Was macht der Virus mit ihrem Leben? Wie gehen sie mit den Einschränkungen um? Acht Menschen erzählen aus ihrem veränderten Alltag

Von Melissa Wessel



**Sarah Beilborn (30)** gründete Mitte März den Instagram-Account `coronavirus_in_dgs`

Da wir in häusliche Quarantäne mussten, hatte ich in meinem privaten Account darüber berichtet. Zu der Zeit war das Coronavirus noch nicht so präsent in Deutschland. Es kamen viele Anfragen, ob meine Berichte

Damals bin ich zu vielen Treffen im Taubblindenverein und zum Stammtisch gegangen. Zurzeit ist das nicht mehr möglich. Mir haben auch Taubblindenassistenten (TBA) abgesagt und ich stehe dadurch vor mehr Barrieren. Dolmetscher im Fernsehen oder Internet kann ich nicht sehen. Ich brauche einen TBA oder Freunde, die es mir per taktile Gebärden übersetzen oder eine Zusammenfassung erzählen. Allerdings informiere ich mich jetzt über eine Teletext-App auf meinem Tablet, das extra groß eingestellt ist. So kann ich die wichtigsten News wenigstens etwas verfolgen. Ich habe Glück, dass ich für meine Besorgungen direkt gegenüber einen Netto habe und somit in Begleitung von Freunden oder Angehörigen das Nötigste einkaufen kann. Derzeit habe ich weniger soziale Kontakte, ich kann mich nicht mit anderen Taubblinden oder Freunden treffen oder meine

weitergeleitet werden dürfen. Daher habe ich einen neuen Account erstellt. Zu dieser Zeit gab es so gut wie keine DGS-Infos zum Virus. Ziel des Accounts war es, Verunsicherungen und Panik durch persönliche Erfahrungsberichte zu vermeiden. Dann meldeten sich viele, die ihre Erfahrungen und Wissen auch mit anderen teilen wollten. Wir versuchen auch, eingehende Fragen zu beantworten. Ich habe nicht erwartet, dass wir innerhalb kürzester Zeit so viele Abonnenten haben würden. Dies spiegelt den hohen Austauschbedarf wider. Derzeit besteht unser Team aus fünf Personen. Jeder ist willkommen, etwas dazu beizutragen. Ich finde es schön, dass die Personen in unserem Team so verschieden sind und aus unterschiedlichen Altersgruppen bestehen. Wir arbeiten ehrenamtlich daran, dass niemand sich in der Corona-Krise alleine fühlt und dass Panik und Verunsicherung vermieden wird.



**Jacqueline Laier (59)** ist taubblind und bekommt Absagen von Taubblindenassistenten

Angehörigen besuchen. Glücklicherweise kann ich mich mit bestimmten Freunden per Videochat unterhalten. Es ist für mich einfacher, mich mit engen Freunden zu unterhalten, deren Gebärden ich sehr gut kenne. So muss ich nicht oft nach Wiederholungen fragen.



## Bundesministerium für Arbeit und Soziales

### Richtlinie für die Förderung der Partizipation von Menschen mit Behinderungen und ihrer Verbände an der Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten

Vom 26. Oktober 2016

#### 1. Zuwendungszweck

Artikel 4 des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) enthält die allgemeine Verpflichtung der Vertragsstaaten bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Rechtsvorschriften und politischen Konzepten zur Durchführung des Übereinkommens und bei anderen Entscheidungsprozessen in Fragen, die Menschen mit Behinderungen – einschließlich Kinder mit Behinderungen – betreffen, mit diesen über die sie vertretenden Organisationen enge Konsultationen zu führen und sie aktiv einzubeziehen.

Nach Artikel 29 UN-BRK verpflichten sich die Vertragsstaaten, sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen wirksam und umfassend am politischen und öffentlichen Leben teilhaben können.

Der Bundesgesetzgeber hat mit § 19 des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) die Grundlage für die Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an der Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten auf Bundesebene gelegt.

Ziel der Förderung ist es, Verbänden von Menschen mit Behinderungen, insbesondere Selbstvertretungsorganisationen, eine aktive und umfassende Teilhabe an der Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten und die Partizipation von Menschen mit Behinderungen an politischen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen bzw. dies zu erleichtern. Diese Organisationen haben oftmals behinderungsbedingten Mehraufwand und verfügen nur über geringe finanzielle und personelle Ressourcen. In der Folge verzichten einige Verbände bzw. Organisationen auf eine aktive Verhandlung, Mitwirkung oder Mitgestaltung in Politik und Gesellschaft. Um ihre Partizipation zu stärken und ihnen eine Möglichkeit einzuräumen, Politik und Gesellschaft auf Augenhöhe und gleichberechtigt mit anderen Interessengruppen mitzugestalten, sollen Verbände von Menschen mit Behinderungen, insbesondere Selbstvertretungsorganisationen, finanziell gefördert werden.

#### 2. Rechtsgrundlage

Der Bund gewährt nach § 19 BGG und nach Maßgabe dieser Richtlinie, der §§ 23 und 44 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) mit den dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften (VV), der Allgemeinen Nebenbestimmung für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) und dem Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) Zuwendungen.

Diese Förderrichtlinie begründet keinen Rechtsanspruch auf Förderung. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) entscheidet aufgrund seines pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

#### 3. Gegenstand der Förderung

Gefördert werden Maßnahmen, die die Fähigkeiten und Möglichkeiten der Organisationen von Menschen mit Behinderungen (nachfolgend: Organisationen) zur Teilhabe an der Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten auf Bundesebene verbessern.

##### a) Förderung von Kompetenzaufbau: Empowerment und Capacity-Building

Gefördert werden Maßnahmen, mittels derer ehren- und hauptamtlichen Kräften von Organisationen Kompetenzen und praktische Erfahrungen für die Interessenvertretung auf Bundesebene vermittelt werden.

##### b) Nachwuchsförderung

Gefördert werden die Jugendarbeit und Maßnahmen zur Potenzialentwicklung von Nachwuchskräften für die künftige Wahrnehmung von Leitungsfunktionen in Organisationen (z. B. Workshops, Seminare, Coaching).

##### c) Struktur- und Starthilfe, Organisationsentwicklung, Fortbildung

Gefördert werden Maßnahmen, die der Weiterentwicklung und Strukturverbesserung der Organisationen dienen (z. B. Aufbau und Pflege von Netzwerken, Fortbildungen) einschließlich der Verbesserungen der technischen Infrastruktur.

##### d) Behinderungsspezifische Hilfsmittel und Nachteilsausgleiche

Gefördert wird der Ausgleich behinderungsspezifischen Mehrbedarfs, wie z. B. durch Übertragung von Texten in Leichte Sprache, durch den Einsatz von Gebärdensprachdolmetschern oder durch technische Hilfsmittel, die im Rahmen der Wahrnehmung von Aufgaben für die Organisation erforderlich sind, sofern ein Anspruch nicht bereits auf anderer Grundlage besteht.

##### e) Leistungen für Assistenz

Organisationen im Sinne von Nummer 4 dieser Richtlinie können einen Zuschuss bis zur Höhe von 6 000 Euro pro Jahr zu den Ausgaben für Assistenzkräfte für Mitglieder erhalten, die für ihre ehrenamtliche Tätigkeit in der Organisation wegen ihrer Behinderung Assistenz benötigen, sofern ein Anspruch nicht bereits auf anderer Grundlage besteht.

##### f) Sonstige Maßnahmen

Gefördert werden auch sonstige Maßnahmen, die die Fähigkeiten und Möglichkeiten der Organisationen zur Teilhabe an der Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten auf Bundesebene ermöglichen und verbessern.

#### 4. Zuwendungsempfänger

Antragsberechtigt sind juristische Personen des privaten und des öffentlichen Rechts,

– deren Mitglieder überwiegend Menschen mit Behinderungen sind und die überwiegend von Menschen mit Behinderungen geleitet werden („Selbstvertretungsorganisationen“),

– bei denen es sich um Organisationen handelt, deren Hauptziel die Stärkung der Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen ist oder

– bei denen es sich um Organisationen der Angehörigen von Menschen mit Behinderungen handelt, wie zum Beispiel von Kindern mit Behinderungen, von Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen, von taubblinden Menschen oder von psychisch erkrankten Menschen,

und die die Voraussetzungen für eine Anerkennung gemäß § 15 Absatz 3 Satz 2 Nummer 1 bis 5 BGG erfüllen.

#### 5. Zuwendungsvoraussetzungen

Eine rückwirkende Förderung ist ausgeschlossen.

Die Bewilligung der Zuwendung erfolgt in Abhängigkeit und nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

Liegen mehr förderungswürdige Anträge vor als Haushaltsmittel zu Verfügung stehen, sollen insbesondere Maßnahmen gefördert werden, die

– auf die Nachhaltigkeit der behindertenpolitischen Arbeit der betreffenden Organisation wie z. B. auf den Aufbau hauptamtlicher Strukturen oder

– auf die Nachwuchsförderung der betreffenden Organisation oder

– auf die offenkundig notwendigen Nachteilsausgleiche (wie z. B. Assistenzleistungen)

abzielen.

Die Förderung soll die Vielfalt von Behinderungen widerspiegeln.

#### 6. Art und Umfang, Höhe der Zuwendungen

Die Zuwendungen werden im Rahmen einer Projektförderung grundsätzlich in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses auf Ausgabenbasis als Anteilfinanzierung gewährt. Grundlage für die Bemessung des Zuschusses sind die zuwendungsfähigen Ausgaben der in Nummer 6 Buchstabe a genannten Ausgabenpositionen des Finanzierungsplans.

Die maximale Zuschuss Höhe für eine Förderung aus Mitteln des Bundes nach Maßgabe dieser Richtlinie beträgt höchstens 95 %. Mindestens 5 % der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben sollen von den Antragstellenden als Eigenanteil aufgebracht werden.

Die Gesamtfinanzierung des Projekts muss sichergestellt sein und im Finanzierungsplan schlüssig dargelegt werden.

##### a) Zuwendungsfähige Ausgaben

Im Rahmen der Förderung von Maßnahmen nach Nummer 3 dieser Richtlinie sind nur Ausgaben zuwendungsfähig, die folgenden Ausgabenpositionen zugerechnet werden können:

– Ausgaben für im Projekt beschäftigtes zusätzliches Personal (einschließlich Personal für projektbezogene Verwaltungstätigkeiten). Zuwendungsfähig ist eine Vollzeit/Teilzeitstelle bis maximal TVöD EG 13/Stufe 3 (je nach Nachweis der entsprechenden Qualifikation des eingesetzten Personals). Höhere Entgelte als nach dem TVöD sowie sonstige über- und außertarifliche Leistungen sind nicht zuwendungsfähig.

– Ausgaben für die im Projekt eingesetzten Honorarkräfte,

– Ausgaben für Assistenzkräfte. Zuwendungsfähig ist eine Vollzeit/Teilzeitstelle bis maximal TVöD EG 4/Stufe 3 bis zu einem Betrag von 6 000 Euro im Jahr (Höchstbetrag). Höhere Entgelte als nach dem TVöD sowie sonstige über- und außertarifliche Leistungen sind nicht zuwendungsfähig.

– Ausgaben für Räume, die für das Projekt angemietet werden,

– Ausgaben in Zusammenhang mit der Qualifizierung ehren- und hauptamtlicher Kräfte (z. B. Maßnahmekosten, Lernmittel, Fahrtkosten),

– Ausgaben für Auftragsvergaben für Maßnahmen, die die geförderte Organisation nicht selbst durchführen kann,

– Ausgaben für technische Infrastruktur und technische Arbeitshilfen sowie Einweisung in deren Gebrauch,



- Reisekosten einschließlich der Reisekosten für Assistenzkräfte,
- Tagungsgebühren,
- Ausgaben für Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit,
- sonstige Ausgaben, die zur Finanzierung der in Nummer 3 der Förderrichtlinie dargestellten Maßnahmen erforderlich sind.

#### b) Finanzierungsplan

Der Finanzierungsplan besteht nach VV Nummer 3.2.1 zu § 44 BHO aus einer aufgegliederten Berechnung der mit dem Zweck zusammenhängenden Ausgaben und einer Übersicht über die beabsichtigte Finanzierung.

#### c) Dauer der Förderung

Die Projektlaufzeit kann bis zu 36 Monate betragen.

### 7. Verfahren

#### a) Antrag

Der Antrag auf Erhalt einer Zuwendung ist in Schriftform zu stellen beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Dem Antrag ist eine Projektplanung für den Bewilligungszeitraum vorzulegen. Die Projektplanung muss aus einer oder mehreren Maßnahmen bestehen, die die Fähigkeiten und Möglichkeiten der Organisationen zur Teilhabe an der Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten auf Bundesebene ermöglichen und verbessern (Nummer 3 Buchstabe a bis f). Im Antrag ist zudem darzulegen, dass die in Nummer 4 genannten Voraussetzungen vorliegen. Ein detaillierter Finanzierungsplan sowie die Vereinsatzung und der Freistellungsbescheid zur Körperschaftsteuer sind beizufügen. Der Finanzierungsplan beinhaltet eine plausible Darstellung der beantragten Förderung, die notwendig und angemessen ist, um das Ziel der Maßnahme(n) zu erreichen sowie die Darstellung der Gesamtfinanzierung der Fördermaßnahme, die sichergestellt sein muss.

Die vom BMAS mit der Administration der Förderung beauftragte Einrichtung (Bewilligungsbehörde) prüft die Zuwendungsanträge auf Förderfähigkeit der vorgesehenen Maßnahme nach dieser Richtlinie, holt im zuständigen Fachreferat des BMAS eine Stellungnahme ein und leitet dem Beirat die als förderfähig beurteilten Anträge zu.

#### b) Beirat

Das BMAS beruft für die Dauer von vier Jahren in einen Beirat bis zu 15 Personen, die die Organisationen von Menschen mit Behinderungen vertreten.

Im Beirat sollen überwiegend Organisationen gemäß Nummer 4 dieser Förderrichtlinie vertreten sein.

Die/der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen nimmt an den Sitzungen des Beirats ohne Stimmrecht teil. Der Beirat tagt unter Leitung des für die Förderung zuständigen BMAS-Fachreferats, das ebenfalls über kein Stimmrecht verfügt.

Dem Beirat obliegt die Aufgabe, zu den eingegangenen Anträgen Förderempfehlungen abzugeben. Er gibt Anregungen für die Auswahl der durch die Richtlinie zu fördernden Projekte.

#### c) Bewilligung

Das BMAS entscheidet unter Einbeziehung des Votums des Beirats und nach Vorliegen der zuwendungsrechtlichen Voraussetzungen über die Gewährung der Zuwendung im Rahmen des pflichtgemäßen Ermessens und der verfügbaren Haushaltsmittel.

Der Beirat ist über die getroffene Entscheidung zu unterrichten.

### 8. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

#### a) Prüfung

Nach den Allgemeinen Nebenbestimmungen zum Zuwendungsbescheid sind das BMAS und die vom BMAS beauftragte Bewilligungsbehörde in dem dort niedergelegten Umfang berechtigt, die Verwendung der Zuwendung zu prüfen. Der Bundesrechnungshof ist gemäß den §§ 91 und 100 BHO ebenfalls zur Prüfung berechtigt.

#### b) Mitwirkung/Datenspeicherung

Die Zuwendungsempfänger sind verpflichtet, im Rahmen der Finanzkontrolle mitzuwirken und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Die im Zusammenhang mit den beantragten Zuwendungen stehenden Daten werden auf Datenträgern gespeichert.

#### c) Zu beachtende Vorschriften

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheids und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die §§ 48 bis 49a VwVfG, die §§ 23, 44 BHO und die hierzu erlassenen Allgemeinen Verwaltungsvorschriften soweit nicht in dieser Förderrichtlinie Abweichungen von den Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zugelassen sind.



### 9. Inkrafttreten

Diese Förderrichtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung im Bundesanzeiger in Kraft.

Berlin, den 26. Oktober 2016

Bundesministerium  
für Arbeit und Soziales

Im Auftrag  
Dr. C. Brückner

## KONTAKT



**Deutscher Gehörlosen-Bund e. V.**  
Prenzlauer Alle 180  
10405 Berlin



Internet: [www.gehoerlosen-bund.de](http://www.gehoerlosen-bund.de)



E-Mail: [info@gehoerlosen-bund.de](mailto:info@gehoerlosen-bund.de)



Telefon: **069 – 900 160 333**



@gehoerlosenbund